

Michael Brie (Hrsg.)

Futuring

PERSPEKTIVEN DER
TRANSFORMATION
IM KAPITALISMUS
ÜBER IHN HINAUS



Bric (Hrsg.)
Futuring

Michael Brie, geb. 1954, Prof. Dr. habil., Sozialphilosoph, Wissenschaftlicher Referent für Geschichte und Theorie sozialistischer Transformation am Institut für Gesellschaftsanalyse der Rosa-Luxemburg-Stiftung, Mitglied im Wissenschaftlichen Beirat von Attac und im Kuratorium des Instituts Solidarische Moderne sowie in der Leibniz-Sozietät.

Michael Brie (Hrsg.)

Futuring

Perspektiven der Transformation im Kapitalismus
über ihn hinaus

WESTFÄLISCHES DAMPFBOOT



Gefördert durch die Rosa-Luxemburg-Stiftung

Bibliografische Information der Deutschen Nationalbibliothek

Die Deutsche Nationalbibliothek verzeichnet diese Publikation in der Deutschen Nationalbibliografie; detaillierte bibliografische Daten sind im Internet über <http://dnb.d-nb.de> abrufbar.

Dieses Buch wird unter den Bedingungen einer Creative Commons License veröffentlicht: Creative Commons Attribution-Non-Commercial-NoDerivs 3.0 Germany License (abrufbar unter <http://creativecommons.org/licenses/by-nc-nd/3.0/de/legalcode>). Nach dieser Lizenz dürfen Sie die Texte für nichtkommerzielle Zwecke vervielfältigen, verbreiten und öffentlich zugänglich machen unter der Bedingung, dass die Namen der Autoren und der Buchtitel inkl. Verlag genannt werden, der Inhalt nicht bearbeitet, abgewandelt oder in anderer Weise verändert wird und Sie ihn unter vollständigem Abdruck dieses Lizenzhinweises weitergeben. Alle anderer Nutzungsformen, die nicht durch diese Creative Commons Lizenz oder das Urheberrecht gestattet sind, bleiben vorbehalten.

1. Auflage Münster 2014

© 2014 Verlag Westfälisches Dampfboot

Alle Rechte vorbehalten

Umschlag: Lütke Fahle Seifert AGD, Münster

Druck: Rosch-Buch Druckerei GmbH, Scheßlitz

Gedruckt auf säurefreiem, alterungsbeständigem Papier

ISBN 978-3-89691-969-4

Inhalt

Michael Brie
Vorwort 7

Rainer Rilling
Transformation als Futuring 12

Konzeptionelle Ansätze

Rolf Reißig
Transformation – ein spezifischer Typ sozialen Wandels
Ein analytischer und sozialtheoretischer Entwurf 50

Dieter Klein
Doppelte Transformation 101

Bob Jessop
Reform, Umformierung, Gegenformierung, Neuformierung
und Transformation 126

Horst Müller
Probleme marxistischer Analytik in der eröffneten
Krisen- und Übergangsperiode 161

Dimensionen und Szenarien

Frigga Haug
Die Transformation muss am Herrschaftsknoten ansetzen 178

Michael Brie
Transformationen des Reichtums – Reichtum der Transformationen
Eine Vier-in-einem-Perspektive 194

Ulrich Brand
Transition und Transformation: Sozialökologische Perspektiven 242

<i>Michael Thomas</i>	
Transformation und Regionalisierung – Versuch eines produktiven Umgangs mit inflationären Leitbegriffen	281
<i>Mario Candeias</i>	
Szenarien grüner Transformation	303
Politisierung und Dynamik	
<i>Judith Dellheim</i>	
Kapitaloligarchien und Transformation Zur Entwicklung der Europäischen Union	332
<i>Lutz Brangsch</i>	
Transformationsprozesse und ihre Politisierung in Einstiegsprojekten	368
<i>Erhard Crome</i>	
Transformationsperspektive und die Frage der Gewalt	392
<i>Alex Demirović</i>	
Transformation und Ereignis Zur Dynamik demokratischer Veränderungsprozesse der kapitalistischen Gesellschaftsformation	419
Autorinnen- und Autorenverzeichnis	436

Vorwort

Seit der Großen Französischen Revolution hatte sich die Linke immer als Avantgarde des Fortschritts begriffen. Das Ancien Régime war das der anderen, der Gestrigen. Auch die Gegenwart mochte der Reaktion gehören. Nicht aber die Zukunft. „Vorwärts immer, rückwärts nimmer“, hatte Erich Honecker noch zum 40. Jahrestag der DDR im Oktober 1989 verkündet, während draußen sich die Demonstranten versammelten und verprügelt und eingesperrt wurden. Jetzt aber ist die Zukunft ganz in der Hand der Herrschenden, so scheint es. „Futuring“ ist ihre Sache. Wie Rainer Rilling in diesem Buch schreibt: „Es wird also *jetzt vorwegnehmend* und *antizipierend* prophezeit, erhofft, imaginiert, gehandelt, gekämpft, investiert, gedroht, gebombt, okkupiert, mobilisiert und ausgerottet im Namen von etwas, *was nicht geschehen ist oder womöglich niemals geschehen wird.*“ Die Verfügung über die Optionen aller nur möglichen Zukünfte wäre die totale Herrschaft, die keiner spürt, weil er oder sie sich in jedem Moment frei entscheiden kann zu tun oder zu lassen, was immer möglich ist. Widerstand ist nicht einmal mehr denkbar, weil jedes Subjekt ganz sich selbst regiert, so das neoliberal, neosozial geführte Projekt (vgl. Foucault 2012).

Ein solches Projekt ist zu schrecklich schön, um wahr zu sein. Es bricht sich an der Realität. Weder die Privatisierung der Welt noch das „amerikanische Jahrhundert“ haben die 1990er Jahre, ihren Höhepunkt, lange überlebt. Der Wallstreet-finanzmarktgetriebene Kapitalismus ist in eine organische Krise geraten (Candeias 2014). Und diese Krise ist zugleich Vielfach- und Zivilisationskrise (Institut für Gesellschaftsanalyse 2009; Demirović et al. 2011). Dass sich die „organische Krise“ einer gesellschaftlichen Formation mit einer Zivilisationskrise verbindet, ist nicht neu. Dies war beim Niedergang des Römischen Reiches oder der Han-Dynastie der Fall und war vor der Großen Französischen Revolution zu beobachten; und auch bei der Krise des Spätsozialismus hatte sich die Artikulation von spezifischen Widersprüchen der sowjetischen Formation direkt mit einer Kritik der ihr zugrunde liegenden industrialistisch-bürokratischen Zivilisation verbunden (Bahro 1980). Es wurde versucht, diese Kritik in die Reformversuche von oben zu integrieren (Gorbačev 1988). Ähnliche Tendenzen zeigen sich heute. 1991 war der Bericht von Alexander King und Bertrand Schneider an den Club of Rome „The First Global Revolution“ noch sang- und

klanglos in den Endwirren der Sowjetunion und des Versuchs der USA, imperial ein neues „amerikanisches Jahrhundert“ durchzusetzen, untergegangen. Ganz zu schweigen ist von dem linken Projekt einer „doppelten“ Modernisierung oder Transformation in Deutschland, das 1990 aufforderte, den Aufbruch im Osten Europas mit einem Umbruch in dessen Westen zu verbinden und die Chance bei der Vereinigung der beiden deutschen Staaten entsprechend zu nutzen (Brie/Klein 1992; Reißig 1993).

Zwanzig Jahre später ist „Transformation“ zur neuen Metaerzählung aufgestiegen. Dieses Mal geht es nicht um den Übergang hin zu einer liberalen Demokratie und Marktwirtschaft, sondern um deren eigene grundlegende Umgestaltung (Reißig 2009). Vor Jahren noch ein Randthema eher der Linken (Klein 2003), wird Umgestaltung nun zum herrschenden Leitmotiv und ist deshalb heftig umstritten. Zum einen wird das Projekt eines neoliberalen Umbaus der Gesellschaften und Staaten weiter vorangetrieben, wird der Kampf um die Wirtschaftsstandorte verschärft, zum anderen gibt es die Hoffnung oder Illusion, die Lösung drängendster ökonomischer und sozialer Probleme mit einer langfristigen Strategie des umfassenden gesellschaftlichen Umbaus von Produktions- und Lebensweise zu verbinden, ohne dabei die Macht- und Eigentumsstrukturen ernsthaft anzutasten. Ein Beispiel dafür ist das Hauptgutachten des Wissenschaftlichen Beirats der Bundesregierung Globale Umweltveränderungen (WBGU) von 2011 „Welt im Wandel: Gesellschaftsvertrag für eine Große Transformation“ (WBGU 2011). Eine ähnliche Position wurde auch in der Kommission des Deutschen Bundestages zu diesen Fragen vertreten (Enquetekommission des Deutschen Bundestages 2013; analytisch-kritisch dazu Brand et al. 2013). Kritische Analysen von links wie von rechts münden in tiefen Pessimismus (Streeck 2013; Miegel 2010).

Vielleicht ist gerade dies eine Herausforderung, das Projekt Zukunft von links aufzunehmen und sich nicht nur auf Abwehrkämpfe zu konzentrieren? Die Autorinnen und Autoren dieses Bandes versuchen, Antworten auf diese Frage zu formulieren. Ausgangspunkt ist ein Blick auf das, was hier das Futuring der Herrschenden genannt wird – der Zugriff auf Zukünfte als zentrales Element von Macht. Eine Linke, die nach Gegen-Hegemonie strebt, kann dabei auf ein Gegen-Futuring nicht verzichten. Die Grundlage dafür ist aber ein eigenes Verständnis von Transformation, von möglichen Szenarien und Projekten sowie von gesellschaftlichem Eingreifen. Jeder dieser Fragen ist in diesem Buch eine Reihe von Beiträgen gewidmet.

Vorworte sollten nicht missbraucht werden, damit der Herausgeber in Kurzform seine Version dessen, was „eigentlich“ gemeint ist, darstellt. Deshalb nur drei Vorbemerkungen.

Erstens: Eine linke Perspektive auf die Transformation schließt ein, Walter Benjamins Diktum ernst zu nehmen: „Der Begriff des Fortschritts ist in der Idee der Katastrophe zu fundieren. Dass es ‘so weiter’ geht, *ist* die Katastrophe“ (Benjamin 1982, 592). Einerseits geht es um die erneute Herstellung des Bezugs auf das dramatisch Uneingelöste des Fortschrittsprojekts selbst, wenn man sich der mit ihm verbundenen sanscullottischen, proletarischen, von Frauen, von Sklaven und Farbigen getragenen Bewegungen bewusst ist – den Bezug auf die Gesellschaft der Freien, Gleichen und miteinander brüderlich-schwesterlich Solidarischen. Radikale Reformpolitik misst sich daran, was „unten“ geschieht. Eine linke Transformationsperspektive insistiert andererseits zugleich auf dem Bruch mit dem Fortschritt selbst. Es geht auch um Rückkehr zu den Konditionen der Freiheit, oder wie Ernst Bloch schrieb: „Denn das, was ist, kann nicht wahr sein, aber es will durch die Menschen zur Heimkehr gelangen“ (Bloch 1985, 338). Der Fortschritt kapitalistisch-bürgerlicher Gesellschaften war auch ein Hinwegschreiten von elementarer Solidarität, von Gemeinschaftlichkeit, von dem unmittelbaren Sorgen um sich selbst und andere, von Subsistenz und Einfügen in die lebendige Welt. Kaum jemand hat diese doppelte Vision von gleichzeitigem Fortschritt und Rückschritt einer radikalen Transformation so auf den Punkt gebracht, wie vor über 100 Jahren der Designer und Kommunist William Morris, der sich vorstellte, wie Menschen in den Trümmern der alten Gesellschaft darüber nachdenken, was unter den Bedingungen von Freiheit und Selbstbestimmung wirklich und in welcher Gestalt gebraucht werden würde (Morris 2013; vgl. auch die große Biografie von Thompson 2011).

Transformation ist ein sehr spezifischer Typus sozialen Wandels, wie Rolf Reißig in diesem Buch verdeutlicht. Er ist kein Weiter-so, sondern eher ein Weiter-anders in einer sehr grundsätzlichen Weise. Transformation ist deshalb auch doppelte Transformation zugleich in dieser kapitalistisch geprägten Gesellschaft und zielend auf eine andere, eine solidarische Gesellschaft, die auch sozialistisch genannt werden kann, wenn es denn gelingen würde, diesen Begriff in Theorie wie Praxis grundsätzlich zu erneuern. Transformation schließt Reformieren, Umformieren, Gegenformieren mit dem Ziel der solidarischen Emanzipation ein (Bob Jessop). Sie setzt gegebenes Anderes, Widerständiges frei und schafft es zugleich. Transformation ist Gestaltung von Übergängen in einen anderen Typ von Gesellschaft (Horst Müller).

Zweitens: Solidarisch-emanzipatorische Transformation gibt es nur im Plural der Transformationen, die aber nur dann zu solchen werden, wenn sie sich verdichten, verknüpfen, ineinander übergehen, zu dem werden, was Karl Polanyi „Große Transformation“ nannte. Dem „Herrschaftsknoten“ (Frigga Haug)

muss ein „Widerstandsknoten“ entgegengestemmt werden. Die theoretische wie praktische Verbindung der verschiedenen Ansätze ist eine ganz eigene Aufgabe. „Falsche Gegensätze“ lassen sich nur überwinden in „richtigen Verknüpfungen“ – des Sozialen und des Ökologischen (Ulrich Brand) mit dem Demokratischen und Libertären oder des Globalen mit dem Regionalen wie Lokalen (Michael Thomas). Immer geht es um den Zugang zu den Reichtumsbedingungen eines guten und gelingenden Lebens (Michael Brie). Der Erfolg dieses Verknüpfens wird sich erweisen oder auch nicht in einer Politik, die auf sozialökologische Transformation und einen „grünen Sozialismus“ zielt (Mario Candeias).

Drittens: Transformationsanalyse verlangt, sich den objektiven Strukturen wie Akteurskonstellationen zu stellen, die das heutige Weiter-so bestimmen. Es sind oligarchische Machtstrukturen in der Verknüpfung von Wirtschaft, Politik, Expertentum und Kultur (Judith Dellheim), die die zentralen Bereiche von Vergesellschaftung kontrollieren. Eine solche konzentrierte Macht kann auch durch Einstiegsprojekte aufgebrochen werden, die in den Klüften, Rissen und Nischen herrschender Politik gebildet werden können (Lutz Brangsch). Hier vor allem kann das mögliche Andere gelernt werden. Aber Transformation lässt sich nicht denken, ohne die Frage der Gewalt und des Widerstands neu zu stellen (Erhard Crome). Denn gerade die Ereignishaftigkeit von Transformation (Alex Demirović) setzt Gewalt immer wieder unübersehbar auf die Tagesordnung. Das Legale wird infrage gestellt, Neues entsteht, Ansprüche prallen auf Ansprüche.

Transformation von links zu denken verlangt ein anderes „Futuring“ und zugleich den Abschied davon. „Zeit“, so Marx, ist „Raum für menschliche Entwicklung“ (Marx 1865/1974, 144). Nicht die Verfügung über die Ungeborenen, nicht die vorwegnehmende Kontrolle über das denkbar Mögliche, sondern der heutige Beitrag dazu, dass Menschen in Zukunft gleicher und freier, selbstbestimmter und demokratischer, friedlicher vor allem leben können, dies ist gesellschaftsreformierende wie umstürzende, ist „revolutionäre Realpolitik“ (Luxemburg 1903/1972, 373) der Transformation.

Literatur

- Bahro, Rudolf (1980). *Die Alternative. Zur Kritik des real existierenden Sozialismus*, Reinbek bei Hamburg: Rowohlt
- Benjamin, Walter (1982). *Das Passagen-Werk*, in: ders.: *Gesammelte Schriften*, Bd. V, Frankfurt am Main: Suhrkamp
- Bloch, Ernst (1985). *Geist der Utopie. Erste Fassung*, in: ders.: *Werkausgabe*, Bd. 16, Werkausgabe. Frankfurt am Main: Suhrkamp

- Brand, Ulrich/Pühl, Katharina/Thimmel, Stefan (Hrsg.) (2013). Wohlstand – wie anders? Linke Perspektiven, hrsg. von der Rosa-Luxemburg-Stiftung, Manuskripte Neue – Folge 5, Berlin
- Brie, Michael/Klein, Dieter (Hrsg.) (1992). Umbruch zur Moderne? Kritische Beiträge, Hamburg: VSA
- Candeias, Mario (2014). „Wenn das Alte stirbt ...“ – Organische Krise bei Antonio Gramsci, in: Brie, Michael (Hrsg.): „Wenn das Alte stirbt ...“ Die organische Krise des Finanzmarktkapitalismus. Zweite Transformationskonferenz der Rosa-Luxemburg-Stiftung, hrsg. von der Rosa-Luxemburg-Stiftung, Manuskripte – Neue Folge 8, Berlin, 14–28
- Demirović, Alex/Dücker, Julia/Becker, Florian/Bader, Pauline (Hrsg.) (2011). Vielfach-krise. Im finanzmarktdominierten Kapitalismus, Hamburg: VSA
- Enquetekommission des Deutschen Bundestages (2013). Schlussbericht der Enquete-Kommission „Wachstum, Wohlstand, Lebensqualität – Wege zu nachhaltigem Wirtschaften und gesellschaftlichem Fortschritt in der Sozialen Marktwirtschaft. Drucksache 17/13300, Berlin: Bundestag
- Foucault, Michel (2012). Die Regierung des Selbst und der anderen. Vorlesungen am Collège de France 1982/83, Frankfurt am Main: Suhrkamp
- Gorbačev, Michail S. (1988). Umgestaltung und neues Denken für unser Land und für die ganze Welt, 2. Aufl., Berlin: Dietz
- Institut für Gesellschaftsanalyse (2009). Die Krise des Finanzmarktkapitalismus – Herausforderungen für die Linke, hrsg. von der Rosa-Luxemburg-Stiftung, Reihe Papers, Berlin
- Klein, Dieter (Hrsg.) (2003). Leben statt gelebt zu werden. Selbstbestimmung und soziale Sicherheit. Zukunftsbericht der Rosa-Luxemburg-Stiftung, Berlin: Karl Dietz
- Luxemburg, Rosa (1903/1972). Karl Marx, in: dies.: Gesammelte Werke, Bd. 4, Berlin: Dietz, 369–377
- Marx, Karl (1865/1974). Lohn, Preis und Profit. Vortrag, gehalten auf den Sitzungen des Generalrats der I. Internationale am 20. und 27. Juni 1865, in: MEW, Bd. 16, Berlin: Dietz, 103–152
- Miegel, Meinhard (2010). Exit. Wohlstand ohne Wachstum, Berlin: Propyläen
- Morris, William (2013). Die Kunde von Nirgendwo, Lich: Edition AV '88
- Reißig, Rolf (2009). Gesellschafts-Transformation im 21. Jahrhundert. Ein neues Konzept sozialen Wandels, Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften
- (Hrsg.) (1993). Rückweg in die Zukunft. Über den schwierigen Transformationsprozess in Ostdeutschland, Frankfurt am Main/New York: Campus
- Streeck, Wolfgang (2013). Gekaufte Zeit. Die vertagte Krise des demokratischen Kapitalismus, Berlin: Suhrkamp
- Thompson, Edward P. (2011). William Morris. Romantic to Revolutionary, Oakland: PM Press
- WBGU (2011). Welt im Wandel. Gesellschaftsvertrag für eine große Transformation, Berlin: Wissenschaftlicher Beirat der Bundesregierung Globale Umweltveränderungen

Rainer Rilling

Transformation als Futuring

Am Ende des 1974 gedrehten Films „Chinatown“ von Roman Polanski gibt es eine Unterhaltung zwischen dem Privatdetektiv Jake Gittes (gespielt von Jack Nicholson) und einem Kapitalisten (Noah Cross, gespielt von John Huston). Gittes hat eben herausgefunden, dass Cross die Wasserversorgung Kaliforniens sabotiert hat, um sich zu bereichern. Er ist neugierig, warum Cross das getan hat und fragt:

Jake Gittes: Wie viel sind Sie wert?

Noah Cross: Ich habe keine Ahnung. Wie viel wollen Sie?

Jake Gittes: Nein, Nein! Ich will nur wissen, wie viel Sie wert sind. Über zehn Millionen?

Noah Cross: Oh ja, mindestens!

Jake Gittes: Warum tun Sie so etwas? Wie viel besser können Sie noch essen? Was gibt es für Sie noch zu kaufen, was Sie nicht schon besitzen?

Noah Cross: Die Zukunft, Mr. Gittes! Die Zukunft

Offenbar ist für Noah Cross ein Zusammenhang zwischen der Mehrung seines Vermögens und der Zeit – in diesem Fall der Zukunft – selbstverständlich. Um diesen Zusammenhang zu verstehen, ist ein Blick zurück auf die Agrargesellschaften des 14. Jahrhundert hilfreich.

Operation Zukunft

Die damals vorherrschenden Zeitverhältnisse waren von zyklischen Zeitvorstellungen bestimmt, die an den äußeren „Lauf der Natur“ gebunden waren: Tag und Nacht, Ebbe und Flut, den Lauf der Sonne, die Jahreszeiten. Zugleich versprachen die Prophezeiungen und Orakel der großen Erzählungen der Religionen kommende Dinge, Endzeiten und transzendente Zukünfte, die durch eine größere Macht eintreten und bestimmt würden (Gurjewitsch 1978). Doch 1288 wurde die erste Schlaguhr auf dem Glockenhaus von Westminster Hall in England erwähnt und im folgenden Jahrhundert hatte in Westeuropa die Durchsetzung einer radikalen Veränderung dieser Zeitverhältnisse begonnen. Die

24-Stunden-Zählung verbreitete sich. Eine von der Uhrzeit repräsentierte lineare Zeit etablierte sich, die in temporale Maßeinheiten (Sekunden, Minuten, Stunden etc.) zerfällt. Diese Zeit besteht aus identischen, äquivalenten und austauschbaren, also universell messbaren Einheiten, die sich in neuartigen Kalendern und Uhren repräsentierten. Ein neues Zeitverständnis etablierte sich: die abstrakte Zeit. Sie ist linear, konstant, kontinuierlich, uniform. Sie ist leere Zeit, neutral gegenüber dem, was konkret geschieht, während sie verläuft.

Kapitalzeit

Im Zentrum dieser neuen sozialen Zeitpraxis stand die Arbeitszeit. Sie wurde nach gemessener Dauer organisiert, überwacht und einer neuen Zeitdisziplin unterworfen (Thompson 1967; Rosa 2008; Postone 1993; Fuchs 2013). Die 60-Minuten-Stunde löste den Tag als Grundeinheit des „Tagwerks“ (also der Arbeitszeit) ab. Die neue Praxis des Kaufs und Verkaufs von Arbeitszeit steht im Mittelpunkt dieser allmählichen Kommodifizierung der Zeit als „einer spezifisch kapitalistischen Form der Zeit“ (Castree 2009, 30). Die soziale Konstruktion der „Uhrzeit“ und ihre technische Erfindung und Verallgemeinerung wurden für die Operationsweise des Kapitalismus zentral: Die Akkumulation des Kapitals ist ein Prozess der ständigen Organisation und Reorganisation der Zeitverhältnisse, um eine Vermehrung des eingesetzten Kapitals zu erreichen. Dies kann erreicht werden durch Verlängerung der Arbeitszeit und wachsende Produktivität (Senkung der Produktionszeit, Schließung der Poren der Arbeitszeit, Verdichtung), durch Minderung der Zeit für Distribution und Zirkulation von Waren, durch Senkung der Umschlagszeit durch Verringerung der Lebenszeit der Waren etc., wodurch profitable Zeitvorsprünge und Zeiteffizienzen („Zeitersparnis“) erzielt werden. Die Produktion, Zirkulation und Konsumtion von mehr Waren in kürzerer Zeit wird zur dauerhaften Beschleunigungslogik der Ökonomie („Zeit ist Geld“) (Rosa/Scheuerman 2009) und der entstehenden bürgerlichen Moderne. Gegenüber der mit dem Arbeitsgegenstand verbundenen Arbeitsaufgabe richtete sich die Aufmerksamkeit auf die Arbeitszeit und ihr Maß. Eine neue Verteilung von Zeit und Raum bildete sich heraus: Freizeit/Reproduktionszeit und Lohnarbeitszeit verteilten sich auf Wohnung und Fabrik/Büro. Ein neuer Schlüsselkonflikt entstand, der die Geschichte des Kapitalismus seit dem Kampf um die Dauer des Arbeitstages unaufhörlich begleitet: der Kampf um Zeit. In der Geschichte des Kapitalismus veränderten sich die Zeitpraxen und -verhältnisse mehrfach grundlegend: Nach den Kämpfen um die Ausdehnung der Arbeitszeiten folgten die Verkürzung der Arbeitszeit und ihre Intensivierung. In den

letzten Jahrzehnten schließlich etablierten sich neue Entgrenzungen („Arbeit kommt heim“), Landnahmen und Heteronomien multipler und flexibilisierter Zeitverhältnisse – ein neuer „Angriff“ der abstrakten auf die konkrete Zeit.

Der welthistorische Bruch der Herausbildung kapitalistischer Zeitverhältnisse transformierte die vorkapitalistischen *Vergangenheitsgesellschaften* in kapitalistische *Zukunftsgesellschaften*. Eine bürgerliche Aufstiegs-gesellschaft entstand, gekoppelt an Aufklärung und die Entfaltung einer technisch-industriellen Revolution. Mit der Französischen Revolution 1789 fand dieser Bruch seinen politischen Ausdruck. Das Verhältnis zur Zukunft wurde neu bearbeitet und organisiert. Das Verständnis von Zukunft veränderte sich, ihre Präsentation in der Gegenwart ebenso. Fortschrittsidee und Zukunftsvertrauen etablierten sich. Vielfach operierte die neue kapitalistische Wirtschaftsweise auf Zukunft hin: In der Absicht, zu einem späteren Zeitpunkt in der Zukunft mehr Geld zu erhalten, werden Finanz und Kredit verfügbar gemacht, um in der Gegenwart Investitionen in die unmittelbare Produktion zu ermöglichen; zwischen der Entstehung und der Realisation von Wert existiert eine Zeitlücke, die womöglich ebenfalls durch einen in die Zukunft hinein wirksamen Kredit überbrückt werden muss; das für die Produktion notwendige fixe Kapital (Transport, Energie, Gebäude, Arbeitsmittel etc.) hat eine zeitliche Bindung, die lange in die Zukunft reicht. Endlich: Aus Geld entsteht in knappster Zeit umstandslos mehr Geld. Mit der Aussicht auf Profite in der Zukunft wird jetzt investiert, Termingeschäfte werden auf Zukunftsmärkten gehandelt, Kredite werden aufgenommen und „später“ als Schulden abgezahlt – oder auch nicht. *Kurz: die Operation mit und auf Zeit – also Zukunft – ist Schlüsselmoment der inneren Bewegungslogik des Kapitalismus.*

Alltagszeit

Wenn von Zukunft geredet wird, sind im Alltagsgebrauch völlig unterschiedliche Zeithorizonte gemeint, und die dabei üblichen Zeitkonzepte gehen von einer universellen, linearen, unidirektionalen, irreversiblen und überwiegend kontinuierlichen Zeitordnung aus, die Zeit als eine Linie begreifen, die von der Vergangenheit über den fiktiven Punkt der Gegenwart in eine Zukunft gehe (Kosselleck). Dieser gebräuchlichen Art der Unterscheidung zwischen Vergangenheit, Gegenwart und Zukunft gilt Zukunft als bloße „Verlängerung“ einer uns vertrauten Gegenwart. Sogar präzise Vorhersagen einzelner Ereignisse („prediction“) scheinen da möglich. Aber auch bei dieser Zeitvorstellung ist Zukunft immer mehr als Gegenwart, die sie bis zu ihrer unvermeidlichen Ankunft ununterbrochen überschreitet und nie wiederholt: „Die Zukunft ist und bleibt unbekannt,

denn mit jeder eintretenden Gegenwart schiebt sie sich hinaus, erneuert sich als Zukunft“ (Luhmann 1996, 38).

Unsere Gegenwart kommt nicht ohne die Überraschung der Zukünfte aus. Dabei geht es nicht nur um die Ökonomie. Wir sind uns gewiss, dass wir sterblich sind und schließen *heute* Verträge und machen Testamente, welche uns über den Tod hinaus zukunfts wirksam machen sollen. Schon seit Jahrzehnten veranlasst die absehbare Erschöpfung der fossilen Energievorräte, zu regenerativen Energien überzuwechseln. Um Nuklearkatastrophen in der Zukunft zu verhindern, wird *heute* eine Energiewende angegangen. Um das Auftreten terroristischer Anschläge oder das Aufkommen von Machtkonkurrenten in der Zukunft zu verhindern, werden *präventiv* Länder wie Irak oder Afghanistan okkupiert. Um zu verhindern, dass ein Land wie der Iran in der Zukunft Atomwaffen baut, wird ihm *jetzt* mit Militärschlägen gedroht. Um den Wandel des Klimas durch Schadstoffemissionen zu mäßigen, werden *heute* Emissionsrechte gehandelt. Zur *Vorsorge* gegen zukünftige Überschwemmungen werden *heute* Deiche gebaut und kritische Infrastrukturen gesichert. Um die Verbreitung von Seuchen wie der Schweine- oder Vogelgrippe zu verhindern, werden *jetzt* riesige Tierbestände vernichtet. Ungeheure Ressourcen werden heute bewegt, um morgen zurechtzukommen. Durch alledem soll dem Bestehenden eine Zukunftsfähigkeit verliehen werden, die ihm ohne dieses Handeln abgesprochen wird: „Wenn wir so weitermachen wie bisher, wird es ein Leben auf der Erde nach unseren Vorstellungen kaum noch geben können. Die Fortschreibung des Bestehenden ergibt keine Zukunft mehr“ (Steinkühler 1989, 511). Daher gibt es im Zeichen besserer, gerechter, demokratischer postkapitalistischer oder nachhaltiger Zukünfte *heute* Kämpfe, Aufstände, Rebellionen oder Revolutionen – und es gibt natürlich die Kämpfe darum, dass alles auch morgen so sein wird, wie es heute schon ist.

Es wird also *jetzt vorwegnehmend* und *antizipierend* prophezeit, erhofft, imaginiert, gehandelt, gekämpft, investiert, gedroht, gebombt, okkupiert, mobilisiert und ausgerottet im Namen von etwas, *was nicht geschehen ist oder womöglich niemals geschehen wird*¹: einer Zukunft oder der Zukünfte, die Anlass, Bezug oder Rechtfertigung eines Handelns hier und heute werden, zumal wenn dieses auf Veränderung, Reform, Transformation oder gar Revolution aus ist. Die genannten Aktivitäten gehen zumeist davon aus, dass kommende Ereignisse sich durch

1 Niklas Luhmann unterscheidet die „künftigen Gegenwarten“ (Luhmann 1992, 187) von der „gegenwärtigen Zukunft, die [...] noch nicht aktuell“ ist (ebd., 142). Ein Zusammenfall der „gegenwärtigen Zukunft“ mit der „künftigen Gegenwart“ ist eine „unbestimmte Möglichkeit“ (Massumi).

Voraussetzungen, Vorboten, Anfänge oder Einstiege im Heute ins Zukunftsspiel bringen – sie werden in der Gegenwart ausgebrütet.

Wir *fassen* somit ständig auf irgendeine Weise Zukunft, indem wir zum Beispiel über sie sprechen oder einem zukünftigen Ereignis einen Namen geben („framing“). Da aber diese Momente des Zukünftigen sich in einem komplexen, heterogenen, diversen, ständig neu zusammengesetzten Jetzt auf nichtlineare Weise entfalten (also emergent sind), ist die Zukunft zwar unvermeidbar, aber offen. Zukunftsbezogene Handlungen sind deshalb durchzogen vom Versuch, das Eintreten handlungswirksamer oder -leitender Zukünfte zu sichern.

Kapitalistische Zeiten

Viele der genannten Beispiele des Zukunftshandelns gelten Bedrohungen, potenziellen Katastrophen, Entsicherungen des normalen Lebens. Die zugrunde liegenden Zukunftsvorstellungen – Dystopien oder Katastrophenannahmen – haben sich im letzten Vierteljahrhundert erneut in unserem Alltagsbewusstsein festgesetzt. Bedrohungen sind hier zukünftige „Quasi-Verursachungen“ (Massumi) eines gegenwärtigen Handelns, das aus Furcht oder Angst vor der Zukunft auf Sicherheit und Schadensbekämpfung aus ist. Hier kommen also zwei Unsicherheitsmomente zusammen: die Verunsicherung durch die Möglichkeit kommender Gefahren, Bedrohungen oder Katastrophen und die Unsicherheit angesichts der je historisch-konkreten Begrenzungen des Wissens über die Zukünfte. Zu unseren Bezugnahmen auf Zukunft gehören vielfach Unsicherheit und Unbestimmtheit oder (positiv gewendet) Formeln wie „Die Zukunft ist offen“.² Dieses von Unsicherheit begleitete Zukunfts- und Zeitverständnis hat sich in einem langen Zeitraum historisch herausgebildet. Einst hatte die Kapitalökonomie das aus Naturzyklen und biologischen Rhythmen gesetzte zyklische Zeitregime – das Zukunft als Schicksal und Vorherbestimmung fasste – durch das Regime der progressiv-linearen und kontinuierlichen Zeit ersetzt, so dass es so schien, als ob Zukunft durch *Vergangenheitsaufarbeitung* (also die Ermittlung und Bewertung einer vergangenen Verteilung von Ereignissen und Beziehungen) und deren Fortschreibung recht zuverlässig ermittelt und gefasst werden könnte. Diese Annahme liegt dem klassischen Verfahren der *Versicherung* zugrunde, das seit dem 17. Jahrhundert entwickelt wurde. Hier wird das Vorkommen bestimmter

2 Neben den theoretischen Arbeiten von Ulrich Beck zur Risikogesellschaft hat zu diesem Zugang wesentlich beigetragen die Studie von Charles Perrow (1992). Die Literatur zu Risiko, Gefahren und Sicherheit ist mittlerweile umfangreich.

Schadensereignisse (Unfälle, Krankheiten, Feuer etc.) in einer Population im Laufe einer bestimmten Zeit ermittelt und die *Wahrscheinlichkeit* ihres Eintretens in der Zukunft bestimmt. Sie werden so in handhabbare *Risiken* transformiert, deren Auftreten in der Zukunft auf bestimmte Weise vorhersagbar ist und im Heute wirksame Verhinderungsmotivationen und Vorsorgeregungen plausibel macht. Für die Zukunft („im Falle eines Falles“) sichert sie Kompensation zu. Einen bestandsfähigen Unterschied zu machen zwischen Ereignissen, die es *nicht* geben wird, und solchen, die es recht *wahrscheinlich* geben würde, schien also ein praktikables Verfahren zu sein, um Momente einer Zukunftskontrolle aufzubauen und eine plausible Bresche in die Unsicherheit des Zukünftigen zu schlagen. Gesundheit und Sicherheit sind die Felder des kapitalistischen Sozialstaats, auf denen historisch diese Politiken (Regime) der Zukunftskontrolle durch Risikovermeidung oder -bearbeitung aufgebaut wurden.

Allerdings hat die Krisenökonomie des Kapitalismus längst wieder eine Skala diskontinuierlicher Zeitregime gesetzt. In der Sphäre der Arbeit/Produktion von Kapital folgt die Zeit nicht dem unidirektionalen Kontinuitätsmodell: Im ständigen Zusammenspiel von Werterhalt, Entwertung und Schaffung von Neuwert findet dauernd eine krisenvermittelte Vorwärts- und Rückwärtsbewegung statt, wird *neu* und *verändernd* begonnen und konstant rekapituliert – Krisenzeit ist diskret. Wenn daher die Wahrscheinlichkeit des Auftretens von Ereignissen in der Zukunft nicht zureichend durch Rückgriff auf die Vergangenheit kalkuliert werden kann und deren Konsequenzen (wie dann das letzte Jahrhundert wie nie zuvor demonstrierte) zudem weitreichend und katastrophal sein könnten (Überschwemmungen, Wirbelstürme, globale Seuchen, Weltkriege oder großtechnologische Unfälle), dann geht es aufgrund der Dimensionen solcher Ereignisse nicht nur darum, bloß eine „Bresche“ in die Zukunft zu schlagen.³ Gefragt ist

3 „Auch im Fortschrittszeitalter lebte man in den Tag hinein; wenn auch in den von Tag zu Tag rapide wechselnden Tag. Aber diese schönen Tage sind nun vorüber. Denn die Zukunft ‘kommt’ nicht mehr; wir verstehen sie nicht mehr als ‘kommende’; wir machen sie. Und zwar machen wir sie eben so, dass sie ihre eigene Alternative: die Möglichkeit ihres Abbruchs, die mögliche Zukunftslosigkeit, in sich enthält. Auch wenn dieser Abbruch nicht morgen schon eintritt – durch dasjenige, was wir heute tun, kann er übermorgen eintreten oder in der Generation unserer Urenkel oder im ‘siebten Geschlecht’. Da die Effekte dessen, was wir heute tun, bleiben, erreichen wir also heute schon diese Zukunft; womit gesagt ist, dass sie in pragmatischem Sinne bereits gegenwärtig ist. So gegenwärtig, wie etwa ein Feind ‘gegenwärtig’ ist, wenn er, obwohl, im äußerlichen Sinne abwesend, bereits in Reichweite unserer Waffe ist, also von uns getroffen werden kann. Wir haben also Macht über eine Zeit, die wir als ‘Zukunft’ gewöhnlich nicht in Betracht ziehen und nicht in Betracht ziehen

eine zukunftsfähige Vorbereitung („preparedness“) auf ein Eingreifen im breiten Maßstab in eine unsichere Zukunft – mehr noch: es gilt, sich durch *vorbeugendes, vorsorgendes* und *vielfältiges* Handeln auf *multiple Zukünfte* einzustellen –, dabei möglichst eingeschlossen jene, die weder ausgeschlossen noch weiter eindeutig bestimmt, sondern kaum *plausibel* und womöglich krass *unwahrscheinlich* sind. Je stärker der Bruch zwischen Gegenwart und Zukunft scheint, desto dringlicher und umfassender die Versuche, ihn zu überbrücken, und desto unausweichlicher der Zwang, gegenwärtigen Entscheidungen Risikokalküle zu unterlegen.

Die vor allem in der zweiten Hälfte des vergangenen Jahrhunderts sich etablierende noch weitergehende Radikalisierung einer solchen „Ausweitung der Kampfzone“ um die Zukunft ist dramatisch: Sie wechselt vom „probabilistic“ zum „possibilistic mode“ (Clarke 2005), ersetzt die Relevanz des Unwahrscheinlichen durch den Bedeutungsgewinn des Möglichen. Es geht nicht nur um wahrscheinliche, sondern zudem um *mögliche* Zukünfte. Der Umgang mit der Folgenabschätzung der Nukleartechnologie steht für eine solche Verschiebung: Die Relevanz der Möglichkeit des Eintretens komplexer und „extrem unwahrscheinlicher“ Unfälle wurde aufgewertet. Damit wird der Zukunftsraum ungeheuer ausgeweitet.

Das Zukunftsdenken der Militärs hat ebenso wie die Spekulation an Finanzmärkten seit jeher mit Überraschungen gearbeitet und Zukünfte berücksichtigt, die *keine Fortsetzung der Gegenwart und der Häufigkeit und des Gewichts gegenwärtiger oder vergangener Ereignisse*, sondern eine insofern unvorhergesehene, radikal unsichere und nicht gewusste Neuheit sind. So ausgezeichnet, sind sie weder *wahrscheinlich* noch *plausibel*. Sie sind womöglich *möglich*, aber unbekannt, was wir womöglich auch nicht wissen – jene „unknown unknowns“, von denen vor einem Jahrzehnt der damalige US-Verteidigungsminister Donald Rumsfeld so unvergesslich sprach.⁴ Ulrich Beck hat auch deshalb von der grundsätzlichen „Unkalkulierbarkeit“ der Risiken der Moderne gesprochen. Offenbar kann man

können. Unsere Tat leistet mehr als unsere Auffassung. Wir werfen weiter, als wir Kurzsichtige sehen können“ (Anders 1961, 282 f.).

4 „As we know, there are known knowns. There are things we know we know. We also know there are known unknowns. That is to say we know there are some things we do not know. But there are also unknown unknowns, the ones we don't know we don't know“ (Rumsfeld 2002a). Tatsächlich stammt die Formulierung „unknown unknowns“ von Raymond B. Furlong (1984). Kurz darauf formulierte Rumsfeld: „The challenge is to defend our nation against the unknown, the uncertain, the unseen, the unexpected“ (Rumsfeld 2002b, 23). Nach 9/11 arbeitete die US-Homeland-Security-Behörde an der Visualisierung von Terroristen, die bislang noch nie jemand gesehen hatte („known unknowns“). In Rumsfelds kleiner Wissensmatrix fehlen die

prinzipiell *Überraschungen* in der oder durch die Zukunft nicht aus dem Weg gehen, ist sie doch zwingend ein Überschuss über das Gegenwärtige und bricht mit ihm (so Anderson 2010b, 228; sowie Lakoff 2007).

Freilich steht der expansiven Fassung von Zukünften als durch mögliche/wahrscheinliche Ereignisse und Beziehungen strukturierte Zeit-Räume eine weitere, dieser Ausweitung des Raums der Zukünfte exakt entgegengesetzte Operation der Fassung von Zukünften gegenüber. Sie besteht darin, den zu bearbeitenden Zukunftsraum radikal zu *schrumpfen* und so Unsicherheit und damit verknüpfte Risiken zu reduzieren. Je kleiner die Differenz zur Gegenwart gehalten werden kann, desto größer steigen die Einflusschancen zukunftsbezogener Aktion und das Einflussgewicht des eigenen Handelns. Handlungen, die auf knappe Fristen zielen, sind Erfolg versprechender, „ressourcenschonend“ und vergleichsweise plausibel.⁵ Bei dieser Operation wird Zukunftshandeln womöglich sogar spontan oder bewusst auf unmittelbar „Bevorstehendes“ (Bourdieu) oder bald „Kommandes“ fokussiert, das in der Regel durch praktische Gewohnheit plausibel oder wahrscheinlich wird. Dabei kann man auf ein soziales Gefühl für das, was als nächstes kommt, zurückgreifen: Wir steigen in den Bus, gehen nächsten Samstag auf den Markt oder machen einen Familienbesuch. Solche habituellen Zeitarrangements haben freilich mit der ebenso einsinnigen wie mittlerweile global ansetzenden Ökonomie der Zeit des Hochgeschwindigkeitshandels an den Börsen wenig zu tun, auch wenn beide Arrangements derselben Logik der *Zukunftsverknappung* folgen. Dass sich der Überraschungsraum der Zukünfte nur minimieren lässt und dieser nicht zu einer Art „Dehnung der Gegenwart“ (Anderson) werden kann, zeigt die „algorithmische Revolution“ (Serres) des Hochgeschwindigkeitshandels, über den mittlerweile mehr als die Hälfte aller Aufträge abgewickelt wird und bei dem im Millisekundentakt das Verkaufsverhalten der Konkurrenz abgetastet wird.⁶

„unknown knowns“ – das Gewicht dieser Wissensklasse führt seit 2013 die NSA vor.

5 Das ist die zeitpolitische Stärke reformistischer Politik.

6 Die Irisch-amerikanische Firma Hibernia Networks arbeitete seit 2010 an einem 6021 Kilometer langen Interkontinentalkabel, das den Handel an den Börsen Londons und New Yorks verbinden und gegenüber der bisher schnellsten Verbindung des Konkurrenzunternehmens Global Crossing einen Zeitgewinn von fünf bis sechs Tausendstelsekunden erbringen soll. Die Baukosten werden auf ca. eine halbe Milliarde US-Dollar geschätzt.

Vergegenwärtigung der Zukünfte

Welche Variante der Fassung von Zukunftsräumen auch gewählt wird, gemeinsam ist ihnen, dass dadurch Zukünfte *gegenwärtig* (präsent, gewärtig) gemacht werden. Wir haben zu jeder Zeit im Heute unseres Alltagslebens zu unendlich vielen Zukünften Einsichten, konstruieren Wege oder Szenarien, berechnen, modellieren oder erzählen, schreiben Science-Fiction als „visionäre Gegenwart“ (James Graham Ballard), entwerfen Bilder, Visionen oder Utopien, formulieren Kritiken, Absichten, Hoffnungen oder Befürchtungen, planen, träumen, wünschen, spielen, symbolisieren, erfahren oder verkörpern sie. Zwei Operationen stechen aus diesem reichen Schatz an Aktivitäten zur Abbildung von Zukünften in der Gegenwart hervor: *Imagination* und *Kalkulation*.

Imagination

Tatsächlich werden Zukünfte nicht bloß kalkuliert (hier spielt die Frage nach Wahrscheinlichkeit immer wieder eine Schlüsselrolle) sondern auch imaginiert, fantasiert, erhofft, vorgestellt, simuliert, trainiert und gespielt (hier kommen Möglichkeiten ins Spiel). Nicht selten gehen dabei Kalkulationen in solche Imaginationen ein – ein Beispiel sind die einst von RAND (der Urmutter aller militärischer Thinktanks) erfundenen Szenarien, die meist mit Bildern, Geschichten, Storyboards, imaginären Fallstudien oder Daten Zukunftswelten oder Entwicklungspfade („future history“) ausmalen und auf dieser Grundlage Handlungsempfehlungen machen. Zukunftswelten werden hier imaginiert, gespielt, verkörpert, geprobt, geübt oder simuliert, ob es um Kriegsspiele, Automation oder Stadtplanung geht. Nicht Zahlen, sondern die Spiele und Szenarien mit dem Als-ob-Mantra machen dann die Zukünfte präsent: „Als ob“ Kriege von Robotern in Städten geführt werden. „Als ob“ durch einen Atomkrieg der nukleare Winter über uns hereingebrochen wäre. „Als ob“ die Durchschnittstemperaturen global um vier Grad gesunken wären. „Als ob“ keine Kinder mehr gezeugt würden. Womöglich kommende Erfahrungen werden fingiert. Zukunft wird sozusagen wiederholt und geübt. Solche Imagination von Zukunft ist oftmals weitaus dringlicher als die Zahlenwelt der Trendkalkulationen.

Kalkulation

Jeder kennt die Praxis, durch Kalkulation (Vorausberechnung) Zukünfte präsent zu machen, sie gleichsam in die Gegenwart hineinzuziehen um sie so aktuellen Entscheidungen zu unterwerfen. Da werden *Trends* identifiziert, analysiert und

womöglich fortgeschrieben („Wenn wir so weitermachen wie bisher“), oder es werden das Gewicht und die Nachhaltigkeit von *Einflüssen* in Zeit und Raum bewertet („impact assessment“). Ohne Big-Data-Mining scheinen mittlerweile Kalkulationen der Konsumentenvertrauen, Beziehungsmuster, Marktchancen, Wahlverhalten und Gewinngrößen nicht mehr auszukommen.⁷ Kurz: Es wird *gemessen, vorausberechnet*, Zukünfte werden in *Zahlen* ausgedrückt und uns in Tabellen, Grafiken oder Schaubildern, Karten oder Chronologien vergegenwärtigt. Risikoeinschätzungen oder Kosten-Nutzen-Kalküle sind typische Formate, die solche Kalküle dann handhabbar machen, um Macht über Zukünfte zu erlangen. Ein Beispiel sind die Katastrophenmodelle der Versicherungsindustrie. Auch Unkalkulierbarkeit etwa von nuklearen Katastrophen und daraus resultierende Reaktionen können sich hieraus ergeben – wie beim Zusammenspiel von Tsunami und Nuklearschmelze (detailliert dazu Versicherungsforen Leipzig 2011). Sie alle schaffen Gefühle der Dringlichkeit, obwohl es das konkrete Ereignis „Zukunft“ noch gar nicht gegeben hat.

In den letzten Jahrzehnten sind eine Unzahl solcher Roadmaps, Trendanalysen, Modellierungen, Explorationen, Szenarien, Prognosen, Weißbüchern etc. publiziert worden. Sie dominieren das weite Feld der Methoden der Vorwegnahme. Die Grundlagen dieser Studien ähneln sich häufig. Zugrunde liegt ihnen, was Collier den „archival-statistischen“ Wissenstypus genannt hat (Collier 2008): Verteilungen und Entwicklungen einzelner Sachverhalte (Ereignisse und Beziehungen) der letzten Jahre (oder Jahrzehnte) werden trendanalytisch identifiziert und zuerst auf kurze Zeiträume hin fortgeschrieben – oft recht linear, kaum noch durch die Konstruktion von Kausalketten. Hier kommt eine Fülle von quantitativen Indikatoren in Ansatz. Trendanalysen machen das Vergangene stark und präsent. Zumeist werden „Megatrends“ als Einflussgrößen auf diese Sachverhalte herangezogen, wobei man sich ziemlich sicher ist, wie sich diese Megatrends entwickeln und wirken, zumal sie prachtvolle Datenmengen mit sich schleppen lassen. Aktuell sind solche Trends etwa Wirtschaftswachstum, Energie/Öl, Technikentwicklung (insbesondere Informationstechnik), Urbanisierung, Klimatrends, Ressourcenknappheit, Ernährung, Landverbrauch. Besonders beliebt

7 Vgl. Peter Welchering (2013) über die Kapazitäten der NSA beim Profiling eines Mitglieds des ZK der KP Chinas: „Dabei werden sogenannte Inferenzen, also Abhängigkeiten auf der Grundlage statistischer Wahrscheinlichkeitsberechnungen ermittelt. Dafür nutzten die NSA-Statistiker im Jahr 2011 einen Höchstleistungsrechner, der 16 Billionen Gleitkommaoperationen je Sekunde schafft und ein System von 18 Millionen linearer Gleichungen für das Risikoprofil eines Politikers und dessen Verhaltensprognose berechnet.“

ist die Rede von demografischen Zwängen „demographic change is transforming the EU with inevitable consequences“, formuliert ein Paper der Europäischen Kommission zur Verkehrspolitik (European Commission, 2011, 15). Die Zustände werden extrapoliert auf 2020, 2030 oder 2050 (ganz selten übrigens 2040, kaum 3000).⁸ Es folgt eine normative Bewertung. Schließlich werden Varianten dieser Zustände entsprechend strategisch gesetzter alternativer Zielvorstellungen („strategic visioning“) formuliert und als zentrale Leitideen von Szenarien verdichtet, an die Entwicklungspfade oder Roadmaps gekoppelt werden. Derlei Szenarien sind nach einer kurzen Episode in den 1950ern (Hermann Kahn) (Kahn/Wiener 1967)⁹ vor allem seit den 1970ern (Shell-Studien) gängiger geworden. Seit 1990 wurden sie über die Felder der Management- und Energiestudien hinaus populär (Umwelt, Länderstudien etc.).

Die Szenarien unterscheiden sich nach dem Grad der Ausprägung einzelner Merkmale und Trends und sind häufig darauf angelegt, Großereignisse und -zusammenhänge zu unterscheiden und in wenigen plausiblen Pfaden zu gruppieren. Wirtschaftsszenarien heißen da: „Stagnation“, „Wachstum“, „Starkes Wachstum“. Internationale Beziehungen werden geordnet nach: „Zerfall“, „Weiter so“, „Kooperation“, „Konflikt“.¹⁰ „Rückgang“ oder „Krise“, gar „(Trend-)Brüche“ und erst recht „Systemwechsel“ sind eher seltene Fälle in der Welt kapitalistischer Szenarien. Systemwechsel gilt nicht als plausibel, ebenso wenig „Ausreißer“, die das Ganze treffen. Derlei „wild cards“ und Störereignisse im Trend- und Szenarienspiel sind auf einzelne dystopische oder apologetische Teiltrends beschränkt und zielen auf die Identifizierung eigentlich unvorhersagbarer „schwarzer Schwäne“ (Taleb/Blyth 2011) ab. Trends werden daher in aller Regel als etwas gedacht,

-
- 8 Die Zeitskalen der klassischen Futurologie von Flechthelm oder de Jouvenal gingen zumeist über ein halbes Jahrhundert nicht hinaus und unterschieden in einem gängigen Dreischritt zwischen kurzen, mittleren und langfristigen Horizonten. Erst mit Hermann Kahn (RAND) wurden in den 1950ern Jahrtausende zum Thema. Zumeist operiert die Zukunftsforschung mit Zeiträumen von bis zu 50 Jahren (vgl. Nordlund 2012). Ihr Fokus auf knappe Zeiträume legt nahe, dass es vor allem um politische Brauchbarkeit geht: Eine Prognose, dass Europa im Jahr 2100 von der Landkarte verschwunden oder eine Militärdiktatur geworden sei, wird das aktuelle Handeln eines Konzerns, Ministeriums oder einer internationalen Organisation kaum beeinflussen.
- 9 Bis heute wird das Feld von der Aufbereitung „harter“ ökonomischer und demografischer Daten geprägt. Kahns Koautor Wiener steuerte eine Kurzgeschichte bei und begründete damit das Szenarien-Narrativ.
- 10 Vgl. auch die Studie „Global Europe 2050“ der Europäischen Kommission (Europäische Kommission 2011a), die drei Szenarien/Pfade der Entwicklung Europas unterscheidet, die „better, worse or similar“ seien (ebd., 5).

was sich verstärkt und ausdehnt. In diesem Stadium kommt dann in der Regel „Plausibilität“ statt „Wahrscheinlichkeit“ ins Spiel, und es wird mit Relevanzen operiert: Es interessieren Großereignisse („major events“) und Schlüsselfaktoren, auf die einzustellen sich lohnt und die politische Zustimmung versprechen.¹¹ Die Verbreitung der Szenariomethodik hatte mit dem Zusammenbruch der aus dem 19. Jahrhundert kommenden „großen Erzählungen“ zu tun, auf die sie mit der Aufgabe von Wahrheitsansprüchen reagierte: Szenarien „are not projections, predictions or preferences: rather they are coherent and credible alternative stories about the future“ (Cornelius et al. 2005, 93). Zugleich hatten ihre Erzählungen über Zukünfte selten etwas miteinander zu tun: Szenarien werden zumeist um die Interessen und Handlungsmuster starker Akteure herumgebaut, die untereinander nicht interagieren. Diese Szenarien sind „Silos“ (Bacon 2012, 279).

Weitaus die meisten Szenarien sind eng an die Ökonomie angekoppelt. Gleichsam der Urgrund ihrer Zukunftskalkulationen ist eine kapitalistische Zeitökonomie, in der das Kalkül mit Zukunft elementar ist – ob es um die profitbringende Verausgabung der gekauften Arbeitskraft in der Zeit geht, um das Operieren mit Kredit oder um das Handeln mit zukünftigen Aktienwerten. Grafische Repräsentationen solcher Werte zumeist in Form von Kurven wie Renditen- oder Zinsstrukturkurven („yield-curve“) scheinen die Zukunft sichtbar, verstehbar und beherrschbar zu machen, indem sie dem dynamischen Feld des gegenwärtigen Zukunftswissens und -handelns einen Anker geben (zum Folgenden vgl. Zaloom 2009). Solche Zukunftsanker sind selbst historische Produkte. Die US-Regierung etwa etablierte in den 1970er Jahren eine neue Beziehung zwischen Geld und Zeit. In der Bretton-Woods-Zeit nach dem Ende des Zweiten Weltkriegs hatte

11 Vgl. die US-amerikanische Homeland Security Presidential Directive on „National Preparedness“: „In a world of evolving threat and terrorist tactics, it is not possible to identify the exact events for which we need to be prepared at any and every given time. Instead, utilizing a *Capabilities-Based Planning* process enables the identification of capabilities *that will enable us to prevent, respond to, and recover from any major event*. The National Planning Scenarios present a standardized set of plausible scenarios for major events or Incidents of National Significance and provide the foundation for development of capability requirements“ (Department of Homeland Security 2005, 5 – Hvh. d. Verf.). Die 15 Szenarien sind: improvised nuclear device, aerosol anthrax, pandemic influenza, plague, blister agent, toxic industrial chemicals, nerve agent, chlorine tank explosion, major earthquake, major hurricane, radiological dispersal device, improvised explosive device, food contamination, foreign animal disease, cyber attack. Die Aufgabe des methodischen Prinzips der statistischen Schließung aus einer Stichprobe hin zu den Totalitäten des Big-Data-Mining hat den kapazitätsgesteuerten Ansatz noch stärker in den Vordergrund gerückt.

die Regierung den Zins festgelegt, es gab die Sicherheit fester Laufzeiten, die Investoren wurden so über ihre zukünftigen Zahlungen informiert. Der Staat sagte gleichsam die gemeinsamen Zukünfte der ökonomischen Akteure voraus. Mit der Petrodollarkrise und dem Vietnamkrieg in den 1970er Jahren wurde der Glaube an die Zukunftsfähigkeit der US-Hegemonie erschüttert, Unsicherheit und Risikokalküle breiteten sich aus, das alte staatliche Zeitregime und seine Zeitsouveränität wurden durchlöchert. Unsicherheit boomte. Der Begriff der *Zeitpanik* kursierte. Der Markt setzte nun die Preise für Dollar, Zinsen und Aktien und etablierte sich als der neue Anker in der nun jagenden Zeit. Aktien wurden gehandelt anhand von Zukunftspunkten. Die „yield-curve“ sprach für den gesamten Markt der Kredite und wurde ein unmittelbar marktvermitteltes Machtinstrument der Gegenwartsbearbeitung. Das Risikobusiness der „futures industry“ und der Derivatenvelt ist eine aktuelle Verdichtung dieses Bemühens, die Kontingenzen vergehender Zeit unter Kontrolle zu bringen: Es geht hier um ein bindendes Abkommen, eine Ware zu einem vereinbarten Preis in einer Zukunft zu kaufen oder zu verkaufen. Ein Wissen über zukünftiges Profitmachen soll in das Jetzt transportiert machen: „fixing the future to the present“ (Wayne Hope). Gewinn ist hier das Element an der Zukunft, das interessiert (vgl. Zaloom 2004).¹²

Kalkulation und Imagination sind nur zwei Formate übergeordneter Zeitkulturen, deren praktische Zukunftsdimensionen sich konkret verdichten in thematischen Pfaden, Narrativen oder Projekten, Plänen (zum Beispiel die institutionell festgelegten Zeitabläufe des Bildungssystems) oder „natürlich“ erscheinenden großen temporalen Landschaften, eigenen großen „Zeitweisen“ (wie das „Atomzeitalter“ oder das „Anthropozän“), von denen die Menschen ein Verständnis haben, dass sie in ihnen leben und vergleichbare temporale Horizonte teilen.

12 Der 2003 vom Pentagon inspirierte Versuch der Installierung eines „policy analysis market“ sollte als „terrorist futures market“ die Such- und Prognosekapazität der Marktsubjekte mobilisieren. Die Hoffnung, über Finanzmärkte effizient politische Informationen zu aggregieren und so valide Annahmen über das Eintreten terroristischer Akte in der Zukunft zu erzielen – also politische Unsicherheit durch Finanzialisierung zu verringern –, war vergebens. Private Ableger wie Intrade, die sich an den „security prediction markets“ versuchten, gingen nach einigen Jahren in Konkurs (vgl. Aitken 2011). Firmen wie Google oder IBM betreiben unternehmensintern solche Märkte jedoch weiter.

Zukunftshandeln

Sind Zukünfte gefasst und so präsent geworden, können sie bearbeitet und verhandelt werden und kann etwa durch Programmatiken oder politisches Handeln oder Entscheidungen auf diese Präsenz reagiert werden. Zukünfte werden also *erstens* durch Benennung und Deutung gefasst, *zweitens* damit insoweit vergegenwärtigt, und diese Präsenz von etwas, was nicht geschehen ist oder womöglich niemals geschehen wird, wird *drittens* zum Objekt von Entscheidungen, Handlungen oder Handlungsunterlassungen. Dieser Dreischritt, der hier mit dem Begriff des „Futuring“¹³ gefasst werden soll, durchzieht die ganze Vielfalt der Zeitkulturen und auch die langjährigen und aktuellen Debatten um Transformation – sogar wenn Zukunft einfach als Fortschreibung des Gegenwärtigen oder gar als Wiederholung von Vergangenen präsentiert wird. Tatsächlich aber wird jede in der Gegenwart präsentierte Zukunft *zwischen einem Hier und Jetzt und einem Dann und Dort aufgehoben. Zukünfte sind präsent aber zugleich abwesend weil sie nicht geschehen sind, noch nicht da waren und sich womöglich nie ereignen. Sind sie aber gefasst (oder begriffen) und präsent, können sie auf sehr verschiedene Weise unser Handeln orientieren und ungeheuer folgenreich sein.*¹⁴

Vorsorge

Zukunftsfähige und „vorsichtige“ Menschen betreiben etwa Daseins-Vorsorge („precaution“) und treffen entsprechende *Vorkehrungen*. Sie versuchen auf diese Weise *vorbeugend* Zukunft zu gestalten oder zu machen („futuring“). Leben sie an der Küste, dann schütten sie womöglich einen Damm auf, denn sie gehen

13 In einer Analogie zum Begriff des „commoning“ werden hier unter „futuring“ nicht nur zukunftsbezogene Reflexionen (etwa als Kalkulation) oder Imaginationen, sondern vor allem die damit verknüpften Praxen der Subjekte verstanden: das „die Zukunft machen“.

14 „Threat [and promise] is the future cause of a change in the present. A future cause is not actually a cause; it is a virtual cause, or a quasicause. [...] The causality is bidirectional, operating immediately on both poles [the actual and virtual, the present and future], in a kind of time-slip through which a futurity is made directly present in an effective expression that brings it into the present without it ceasing to be a futurity“ (Massumi 2006). Daran anschließend Anderson: „From his account we learn that the future can act as a present cause for action, the present can become the past of a future, or a past future can be made present“ (2010b, 229). Ohne Entscheidungen der Subjekte, sich zu diesen Vorstellungen zu verhalten, bekommen sie freilich diese Qualität nicht.

vom – vielleicht wissenschaftlich unbewiesenen, aber unerwünschten – Fall eines Tsunami aus und versuchen, eine Überschwemmung ihres Lebensraums in der Zukunft zu *verhindern* oder wenigstens ihre Wirkungen zu begrenzen. Und sie beginnen möglichst früh damit und nicht erst, wenn ein Erdbeben die Wellen irreversibel in Gang gesetzt hat – angenommen wird, dass so das Risiko verringert werden könne. Krankheits- oder Altersvorsorge sind weitere Beispiele: „Vorbeugen ist besser als Heilen“ lautete die Maxime sozialhygienischer Prävention und einer entstehenden Gesundheitspolitik, die von der Gestaltbarkeit der Zukünfte ausging. Die Ursachen einer Krankheit werden identifiziert, und Aktivitäten zur Verhinderung (Verhütung) ihres Ausbrechens in der Zukunft durch Vorsorgemaßnahmen der Hygiene, Medikamentation oder Begrenzung (Quarantäne) werden ergriffen – oder auch nicht. Vergleichbare Erkennungs- und Handlungsmuster finden sich in der Welt der Kriminalität. Auch in der Kapitalwelt der Krise wird nicht „vorsorgend“, sondern „defensiv“ – also Bestand sichernd gehandelt. Ein Beispiel ist die Firma BMW, die durch Arbeitszeitflexibilisierung bis zu fünf Wochen lang ihre Werke schließen kann, ohne dass Beschäftigte entlassen werden müssten. Hier wird Freizeit (Jahresurlaub) gegen Arbeitszeit (Beschäftigungssicherung) getauscht. Was aber, wenn Ereignisse irregulär und unkalkulierbar eintreten und zugleich mit sehr großen Schadensauswirkungen verbunden sind, also „ein Risiko jenseits des Risikos“ (Francois Ewald) darstellen? Die Eintrittswahrscheinlichkeit unendlich klein und die Schadensgröße unendlich groß werden? Die Sicherheiten der „Wahrscheinlichkeitszukunft“ (Lakoff), die mit der Erfindung der Wahrscheinlichkeitsrechnung und des Versicherungswesens entstanden ist, werden hier faktisch verlassen und durch Angst einflößende Verunsicherung ersetzt. Auf diese Verschiebung wird auf ganz entgegengesetzte Weise reagiert. Der doppelten Problematik wachsender Unsicherheit und Schadenswirkungen versucht man einerseits mit *Aktivismus* beizukommen. Der Mensch der modernen Risikogesellschaft baut zahllose sicherheitssteigernde Redundanzen in seine Werke ein (verschiedene Materialien, mehrere Dämme, Kontrolltechnologien o.Ä.). Nach 9/11 entstanden weltweit neue urbane Sicherheitsarchitekturen, und es änderte sich die Brandschutzpolitik. Ein anderes Beispiel wäre der Klimawandel: Die Unsicherheiten über Kosten, Umfang, Raum- und Zeitdimensionen seiner Wirkungen sind extrem, so dass das Gewicht solcher Szenarien steigt, die mit großräumigen Kippunkten und Systemwandel argumentieren. Das Dispositiv der „Risikovorbeugung“ spielt auch im militärischen und zivilen Sicherheitsdiskurs des „Krieges gegen den Terror“ eine wachsende Rolle, in denen durch „antizipatorische Interventionen“ einer „precautionary governance“ möglichst frühzeitig die sozialen Ursachen

für Ereignisse identifiziert und beeinflusst werden sollen, die in der Zukunft destabilisierende, katastrophale und gewaltförmige Wirkungen haben könnten.¹⁵

Dieser Aktivismus aber hat Grenzen. Positionen in der Auseinandersetzung um die Gefahren der Gentechnologie operierten schon frühzeitig mit dem „worst case“, also dem schlimmstmöglichen Fall eines irreversiblen und in unbestimm- baren Grenzen auftretenden Großereignisses, das irregulär, vielleicht einzigartig, nicht vorhersehbar und unkalkulierbar, aber vorstellbar und möglich sei (Ewald 2002, 286). Damit kehrt sich die Handlungslast um: Das Risiko einer solchen Katastrophe in der Zukunft müsse mit allen Mitteln verhindert werden (Nullrisiko), entsprechende Forschungen oder technologische Aufrüstungen müssten auch mittels Moratorien, Verbot und Sanktion unterlassen werden. Aktivismus verkehrt sich in Attentismus. Das Beispiel Gentechnologie zeigt jedoch, dass Handlungsaktivismus ein weitaus durchsetzungsfähigeres und ver- allgemeinerbares gesellschaftliches Dispositiv zu sein scheint, weil er immer neu die Erschließung neuer Praxisräume verspricht.

Politiken der Vorsorge und des Vorbeugens gehen davon aus, dass sie zukünf- tige Entwicklungen zu beeinflussen vermögen, bevor diese unumkehrbar werden. „Schlechte“ Zukünfte können *verhindert* oder moderiert werden, indem *aktuell* oder in einer Zukunft vor der Wendung zum Schlechteren *Aktivitäten verändert oder unterlassen werden*. Allerdings: Wo mit Imagination („Verdacht“) und Mög- lichkeit („worst case“) operiert wird, haben Handeln und Nichthandeln keine Schranken – das gilt, im Zweifel, auch für die damit verknüpften politischen Entscheidungen, die so auf neue Begründungen einer Politik des Ausnahmezu- standes zurückgreifen können.

Vorbeugen

Davon zu unterscheiden ist, was wir aktuell aus den Zeiten der Bush-Admi- nistration kennen: die Doktrinen der „prevention“ („Zuvorkommen“, „Vor- beugen“, „Verhüten“, „Vermeiden“) und vor allem der „preemption“ („aktives

15 Die Europäische Sicherheitsstrategie von 2003 konstatiert daher: „Daher müssen wir bereit sein, vor Ausbruch einer Krise zu handeln. Konflikten und Bedrohungen kann nicht früh genug vorgebeugt werden“ (Rat der Europäischen Union 2003, 9). Die Zukunftspolitik der NSA zielt folgerichtig auf ein Profiling der Weltgesellschaft. Einschlüsse Aktivitäten gibt es auch in der Europäischen Union (vgl. de Goede/Simon 2013; de Goede 2011; de Goede 2008b).

Verhindern“).¹⁶ Nach 9/11 argumentierte die Bush-Regierung mit einer neuen Spezifik terroristischer Angriffe, weshalb es bei der militärisch konzipierten Prävention gelte, aktiv eine Bedrohung *in statu nascendi* zu beseitigen, bevor sie signifikant oder sogar abschließend ausgeprägt sei, beispielsweise durch die „defense by denial“-Strategie der präventiven Zerstörung der Rüstungs- und Kriegstechnikressourcen eines Kontrahenten, indem man etwa die Nuklearanlagen des Iran lange vor ihrer Fertigstellung bombardiert, einem Angriff mit Nuklearwaffen also *zuvorkommt*. „If we wait for threats to fully materialize, we will have waited too long“ (Bush 1.6.2002). Prävention als zivil-militärisches Handlungsmuster ist keineswegs neu, eine umfangreiche Rechtsprechung hat versucht, sie präzise zu beschreiben und einzugrenzen. Nach 9/11 ist diese Politik der Prävention immer alltäglicher geworden: von der Sicherheitsverwahrung, Verhaftung und Deportation von „verdächtigen“ Migranten und abweichenden Personen über Überwachung von Orten, Bewegungen und privaten Kommunikationen, Erhebung von Transaktionsdaten bis zum Einfrieren von Konten und Finanztransaktionen und schwarzen Listen.¹⁷

Bei der unter der Bush-Administration ins Spiel gebrachten „preemption“ wird dieser Ansatz auf widersprüchliche Weise radikalisiert. Wie in dem Film „Minority Report“ geht es *letztlich* darum, schon zu handeln, *bevor* Vorboten, Anfänge, Einstiege eines zukünftigen Sachverhalts überhaupt in der Gegenwart aufgetreten sind. Während die traditionelle Politik der Prävention auf einem bekannten und expandierenden Informationsraum aufbaut, operiert die Politik der Präemption im Feld des „unknown“ (Rumsfeld). Die Figur der Präemption geht in ihrer extremen Variante davon aus, dass terroristische Angriffe und die daraus womöglich folgende Katastrophe in der Zukunft ohne Ankündigung und ohne erkennbare Vorbereitung erfolgen, somit ein handlungsbegründender Bedrohungs- und Ereignisaufbau faktisch nicht existiere. Die Entscheidung über eine präemptive Intervention wird vom Raum empirisch überprüfbarer

16 Der Gebrauch dieser Begriffe ist sehr uneinheitlich. Der hier verwendete Bedeutungsgehalt von „Präemption“ wird im angloamerikanischen Sprachraum häufig auch dem Begriff „Precaution“ zugeschrieben.

17 Die US-amerikanische IT-Security-Firma Detica schlug den „threatprint“ vor: „We must move from chasing threats to anticipating them well ahead of time, hypothesising threat blueprints or ‘threatprints’ that can be broken down into their component parts. Our objective must be to anticipate needles before terrorists or criminals have even thought to place them within the haystack. In fact, even before the terrorist or criminal has been radicalised or recruited in the first place“ (DETICA 2008; Hall/Mendel 2012, 10).

Faktizität (an die ein Wahrscheinlichkeitskalkül über ein zukünftiges Vorkommen gebunden werden kann, das an Vergangenes anknüpft) *in den Raum der Imagination der vagen Möglichkeit einer katastrophischen Zukunft* verschoben. Die Als-ob-Situation ist da, es wird gleichsam so getan, als ob das Fehlen von Indizien ein Indiz für ihr Vorhandensein wäre. Es geht nicht mehr um das Noch-nicht-Vorhandensein eines Ereignisses oder Sachverhalts in der Zukunft, sondern um etwas, was bereits in der Gegenwart nicht vorhanden oder identifizierbar ist. Die im Völkerrecht formulierten Prüfkriterien der Zweifelsfreiheit und nachprüfbarer Realitätshaltigkeit (Evidenz) entfallen. Früherkennung scheidet aus. Es wird imaginiert und spekuliert. Präventives Zukunftshandeln ist in der neuen Flexibilisierung der politischen Zeitverhältnisse nach dem 1989er Ende der „geronnenen“ Zeitverhältnisse der globalen Systemkonkurrenz zu einem Motor der Kraft politischer Machtimagination geworden. Nichtbegangene Taten werden strafrechtlich relevant, und der Abwehrangriff *auf Verdacht* gilt als zukunfts-fähig. Die abstrakte Zukunftsgefahr wird dabei in eine drängende Präsenz verwandelt, die keine zeitraubenden politischen Deliberationen und demokratischen Verfahren erlaubt.¹⁸ Zur Aggression, dies am Rande, gibt es hier keinen Unterschied mehr. Mehr noch: Da das Vorliegen von Bedrohungen fast beliebig behauptet werden kann, sind präventiven Interventionen keine Schranken gesetzt. Sie sind bloß noch eine Frage der Realisierung. Der „Krieg gegen den Terror“ will Zukunft dadurch gestalten, dass er in kürzester Frist und also mit äußerster Mobilisierungskraft sich mit Vielfachhandeln auf wachsende Mengen imaginierte Ereignisse einstellt. Hier sollen durch eine Art präemptiven Interventionsaktivismus in der Gegenwart imaginierte Zukünfte verhindert und aus der Welt geschaffen werden, bevor ihre Anfänge überhaupt erkannt sind (zur Frage der Präemption/Prävention: Stockdale 2013; Rilling 2008, 107 ff.).

18 Diese Idee wurde zum Motor des Drohnenkriegs der Obama-Administration, wie Matthias Rüb in der *Frankfurter Allgemeinen Zeitung* v. 8. Februar 2013 ausführte: „Dass etwa eine Bedrohung von dem ‘ranghohen Regierungsbeamten’ als ‘unmittelbar’ eingestuft wird, erfordert gerade nicht, ‘dass den Vereinigten Staaten klare Beweise dafür vorliegen, dass ein Angriff gegen Amerikaner oder amerikanische Interessen in unmittelbarer Zukunft bevorsteht’. Es reicht der allgemeine Verdacht, dass die verdächtige Person irgendwann einen Anschlag gegen Amerikaner oder amerikanische Interessen plant oder an Planungen beteiligt ist.“

Vorbereitung

Während Vorsorge, Prävention und Präemption (also aktives Verhüten) das Eintreten einer Zukunft verhindern wollen, geht es bei der *Vorbereitung* („preparedness“) in erster Linie darum, sich vorweg auf die *Folgen* und *Wirkungen* des Eintretens einer Zukunft und ihrer Ereignisse einzustellen, also bereit zu sein, sie zu bewältigen. Hier stellen wir uns Katastrophen vor, deren Beginnen oder auch Geschehen bei aller Vorbereitung womöglich nicht verhindert werden können. Also sollten wir uns auf die Folgenbearbeitung des Schlimmsten vorbereiten: „a form of planning for unpredictable but catastrophic events [...] the aim of such planning is not to prevent these events from happening, but rather to manage their consequences“ (Collier/Lakoff 2008, 11). Ihre aktuellen Wurzeln hatte diese Politik in den großen militärischen Zivilschutzprogrammen des Kalten Krieges der 1950er Jahre, in der mit Übungen, medizinischer Hilfe, Trainings, Bildungsprogrammen, Bevorratungen, Bunkern und Schutzmaßnahmen oder Evakuierungsplänen die Gesellschaft auf die kommenden feindliche Angriffe vorbereitet wurden. Schon seit Ende der 1950er Jahren gerieten auch großdimensionierte Naturkatastrophen (Erdbeben, Überschwemmungen, Stürme) ins Blickfeld, später folgten Umweltkatastrophen, „humanitäre Katastrophen“ (globale Seuchen, Großunfälle, Kriege mit exzessivem „Kollateralschaden“ etc.) und vor allem die „normale“ Krisenanfälligkeit der staatlichen Militär- und industriellen Ziviltechnik. Der „All-Hazards“-Ansatz griff immer weiter aus, wonach sehr unterschiedliche Katastrophen mit denselben Methoden bearbeitet werden könnten. Technische Hilfswerke oder Katastrophenschutz sind klassische Instrumentarien einer solchen Notstandspolitik, die Sicherung „kritischer Infrastrukturen“, der Kommunikations- oder der Geldflüsse und der „Kampf gegen Terror“ sind neuere Beispiele. Zivilverteidigung und Katastrophenschutz teilten nun das Feld ihrer Intervention: potenzielle zukünftige Katastrophen. Der unentwegte Aktivismus der Politik der „preparedness“ versucht, auf die Eventualität schwerer Katastrophen in der Zukunft durch die dauerhafte und ständige Bereitstellung von Reaktionskräften in der Gegenwart zu reagieren, den Beginn solcher Entwicklungen zum Beispiel durch Monitoring oder Frühwarnsysteme zu erkennen, dann den Aufwuchs eines Unglücks (Überschwemmung, Seuchen etc.) durch schnelle Mobilisierung zu verhindern und – falls dies letztlich nicht gelingt – Katastrophenfolgen so zu bearbeiten, dass möglichst umfangreiche Bestände an Menschen, Ressourcen und Werten gesichert werden können. *Systeme sollen dadurch so vorbereitet und konfiguriert werden, dass sie sich den möglichen Zukunftsfolgen anpassen können und die Ordnung und Macht der Gegenwarts-*

bestände und ihrer Inhaber gesichert bleibt. Damit die Welt der Gegenwart so bleibt, wie sie ist, verwandelt sich Prävention in Restauration.

Vorsorge („precaution“), Vorbeugen („prevention“) und aktives Verhindern („preemption“) sowie Vorbereitung („preparedness“) – sie alle werden als *defensive* Formen des Zukunftshandelns bezeichnet, denen es darum gehe, Gefahren und Unsicherheit zu verringern. Dieses zukunftsbezogen handelnde Subjekt ist ein Subjekt der Vorsicht, das versucht, Risiken zu vermeiden (Anderson 2010a).

Resilienz

Auf der Kultur der „preparedness“ baut mit *Resilienz* (Walker/Cooper 2011; O'Malley 2012; Pendall et al. 2010; die Beiträge im Heft 4/2013 der Zeitschrift *Politics* der englischen Political Studies Association geben einen Überblick der aktuellen britischen Debatte um Resilienz) eine weitere und mittlerweile allgegenwärtige Form des Zukunftshandelns auf, die sich von diesen defensiven Formen radikal zu unterscheiden trachtet. Hier wird das Ereignis der Situation „Zukunft“ als „Chance“ und „Herausforderung“ wahrgenommen. Zukunftsfähig sein bedeute, die mit Krisen, Katastrophen und Krieg verbundene radikale Unsicherheit zu nutzen. *Risiken sollen nicht nur vermieden oder verringert, sondern auch offensiv genutzt werden.* Terrorismus, Naturkatastrophen, Finanzdesaster, Klimawandel, Bürgerkriege, Gesellschaftskrisen, der Zerfall von Staaten – dies alles seien komplexe Ereignisse, die wir (aus dieser Sicht) weder voraussagen noch verhindern und auf die wir uns nur möglichst weitgehend vorbereiten könnten. Wenn sich die Risikoursachen einer Bearbeitung entziehen, dann bleibt immer noch die Option, aus der Optimierung der Anpassungsfähigkeit einen strategischen und psychologischen Vorteil zu ziehen, indem wir belastbar, stabil und widerstandsfähig werden („building resilience“) und externen Schocks widerstehen können. Zukunftsfähige Subjekte seien jene, die imstande sind, mit allen Situationen hoher Unsicherheit umzugehen. Sie sind sich selbst optimierende und im Zweifel neu erfindende *Manager der Unsicherheit* (Didier Bigo) – ob die Subjekte nun Individuen, Kommunen, Unternehmen, Organisationen oder Städte sind, deren Verletzlichkeit reduziert werden müsse. Diese Arbeit an einer Kultur der Resilienz nimmt kein Ende, denn wir wissen nicht, was auf uns zukommt. Ein Beispiel: In der letzten Dekade haben weltweit Armeen „psychosocial resiliency trainings“ aufgelegt, die eine stressfreie, positiv gestimmte, psychisch wohl regulierte, flexible, aktive, spirituell und moralisch gestützte, kooperative und auf die „mission“ orientierte Bewältigung von „Herausforderungen“ aus unsicheren Zukünften vermitteln sollten. Hier geht es um den neoliberalen Versuch

eines massiven Umbaus des Zukunftsverständnisses – ob in der Wirtschaft, dem Militär oder im Alltag.¹⁹

Futuring

Statt also zu argumentieren, was gegenwärtige Zukünfte oder Utopien *sind*, interessiert hier, was Menschen mit ihnen *machen*. Gefasste Zukünfte am Rande der Gegenwart, als Präsenz in gegenwärtiger Lebenspraxis durch Vorstellung, Kalkül, Imagination, Visionen, Utopien, aus der praktische Aktionen und Institutionen der Vorsorge, Vorbeugung oder Verhinderung, Vorbereitung und Risikonutzung resultieren – in diesem dauernden Ablauf verbirgt sich der Versuch einer Landnahme des abwesenden Zukunftskontinents, einer Aneignung und *Bemächtigung* der Zukünfte und Ereigniswelten, die sich erst noch aktualisieren müssen. „Future governing“, „Transgovernance“ und „transformation“, oder „transition management“ heißen die Umschreibungen der jetzt real existierenden Machtkämpfe um die Souveränisierung, Kontrolle, Disziplinierung, den Umbau und das Management der Zukünfte.

Landnahme

Dass also Zukunft gefasst und umrissen wird („framing“), ihre Präsenz in die Gegenwart kommt und sie dann bearbeitet wird – das gibt es fast immer und überall. Individuen und kollektive Akteure wie Klassen, Gesellschaften, Staaten, Gewerkschaften oder Bewegungen operieren mit Zukunft, setzen Ressourcen ein, kalkulieren mit und kämpfen um Zukunft. Andere Gegenwartssubjekte der Zukünfte und Sozialkategorien des Futuring hat Bruce Sterling amüsant ausgebreitet: Zukunftsavantgardisten, Venturekapitalisten, nachhaltige Energieinitiativler, Nischennetzwerke, Treiber, Enabler, Driver, Posthumanisten, Survivalisten, Singularitäten, Piloten, Pfadfinder, Meinungsführer, Scouts, Sozialisten, Utopisten, freie Radikale aller Art und andere Prototypen aus dem sozialen Zukunftsbau (Sterling 2012; vgl. auch die „social fabric of the energy and environment transition“ der EU-Energiestudie 2011: Europäische Kommission 2011b). Wieder andere sind nicht im Blick (vgl. die feministische Kritik der patriarchalen Zeitordnung von Fanny Söderbäck 2012).

19 An der in Europa und der BRD seit über einem Jahrzehnt massiv ausgebauten zivilen „Sicherheitsforschung“ wird zuweilen die starke militärische Durchdringung kritisiert; tatsächlich ist ihre Rolle für die Etablierung der Resilienz als neoliberales Sicherheitsdispositiv wichtig geworden.

Alle Akteure streben danach, Zeiten zu kontrollieren, denn deren Verläufe und Verteilungen werden als herausragende Form politischer Macht behandelt. Wie wenig anderes verdichtet sich die Struktur der Beziehung zwischen Gegenwärtigem und Zukünftigem in den Vergesellschaftungsarrangements der Macht, Machtlosigkeit und Ohnmacht. Kari Palonen hat in seinem Buch „The Politics of Limited Times“ die Zeit als zentrale Ressource der Politik bezeichnet (Palonen 2008). Macht nun ist nicht alles, aber das Wesentliche von Politik. Sie kann bestehen in der Durchsetzung eines Willens, in der Kontrolle über Situationen, Akteure und Kontexte, in der Öffnung oder Schließung von Optionen und Handlungskorridoren. Macht legt fest – das ist ihre Funktion. Zukunftsmacht zu (re-)präsentieren und zu regieren will also die Durchsetzung von Festlegungen. Das ist ein grundsätzlich prekäres Arrangement, soll doch eine Festlegung erfolgen von etwas, was da und zugleich abwesend ist und sich womöglich nie ereignet. „Die Utopie ist kein fixes Ziel, sondern immer ein Horizont in Bewegung“ (Umberto Eco). Da und damit wir gehen können, weicht sie immer neu zurück. Zukunftsfähige Politik muss daher das Operieren in unsicheren, riskanten, mehrdeutigen und widersprüchlichen Konstellationen beherrschen. Verluste sind garantiert. Da aber schon jetzt so viel gewonnen werden kann und muss, können die Akteure der Gegenwartsmacht nicht darauf verzichten, im Kampf um die Zukunftsmacht mitzuspielen. Nicht das Eintreffen einer Voraussage, sondern ihre politische Wirksamkeit im gegenwärtigen Machtspiel zählt. Für den „Transition Outlook“ der EU von 2011 ist es für eine Vorausschau („forward looking“) des Energiesystems notwendig, Instrumentarien zu entwickeln,

„which offer a fair chance to base current decisions on the best available knowledge. [...] Any discussion of what decisions should be taken now in order to impact the very long term – up to 2100, say – makes sense only insofar as such decisions would help create the conditions required to reach a certain desirable future, and prevent major turmoil between now and then; in other words, create the conditions of sustainable development“ (Europäische Kommission 2011b, 25).

Ähnlich formuliert die EU-Studie „Global Europe 2050“ als politischen Zweck der Untersuchung: „Forward-looking exercises are not set out to forecast or predict the future, especially with such a long-term perspective as adopted here, but rather to provide images of possible futures that can stimulate and inspire policy and decision makers, and society at large“ (Europäische Kommission 2011a, 4).²⁰

20 Der verbreitete Begriff „forecasting“ meint meist ein Statement über zukünftige Ereignisse oder Zustände.

Zukunftspolitik

Folgerichtig ist daher ein wachsendes Feld spezialisierter Politik in der bürgerlichen Zeit (und da im Wesentlichen seit dem Ende des vorletzten Jahrhunderts) auf der Grundlage dieses „Die Zukunft ist immer und überall“ entstanden. In ihm reflektiert sich die „Basisinnovation“ des neuen Kapitalismus: In einem ständigen Prozess der Selbstveränderung revolutioniert (oder transformiert) er fortwährend sämtliche gesellschaftlichen Verhältnisse. Seine politische Zukunftsfähigkeit besteht in der Integrationsfähigkeit durch Selbstveränderung. Werden sie nicht gesellschaftlich und politisch dominant repräsentiert, steht es schlecht um sie. Der politische Durchbruch dieses Feldes politischer Zukunftsreflexion und -bearbeitung vollzog sich mit der militär imperialistischen Konstellation, als die Anfänge strategischer Konzern- und militärischer Langfristplanung mit den neuen Kalkulationen des kapitalistischen Sozialstaats und die Politiken der Versicherung und Entsicherung zusammen gingen. Die Ökonomie der Akkumulation und eine Politik, in der erstmals bei Strafe des Untergangs die Bewegung der Machtausweitung (Expansion) als Basiscode eingeschrieben war, sind gemeinsam auf die sich ausweitende Landnahme des Zukunftsraums aus. Die große Konkurrenzdynamik dieser politischen Machtambition kam dann durch die „Zukunftskonkurrenz“ aus der Sowjetunion, dem realen Staatssozialismus und der globalen Linken, seine kapitalistisch-strategische Verdichtung schließlich zunächst in den 1950ern im Nationalen Sicherheitsstaat USA, als der Nuklearkriegstheoretiker Hermann Kahn das „thinking the unthinkable“ reflektierte, und dann in den 1960er und 1970er Jahren, als ein Schub der Prognosen, der „Zukunftsforschung“ und der Planungs- und Steuerungskonzepte den Beginn des langen Endes des Fordismus begleitete.

Transformationen der Zeitverhältnisse

Nach dem Öl-Embargo der OPEC etablierte die Firma Shell mit ihren Energie-szenarien ein operatives Zukunftsplanungsparadigma für die multinationalen Konzerne, das erstmals versuchte, rasche Wandlungen mit hoher Unsicherheit (also Trendbrüche) zu begreifen. In der nachfolgenden marktradikalen Zeit seit Ende der 1970er Jahre ist der Zugriff auf die Zukunft wie nie zuvor privatisiert und auf den Markt und seinen *homo oeconomicus* übergewechselt – was bemerkenswerterweise keinen Bruch mit der Tradition brachte, Voraussicht und strategische Planung auf betrieblicher, lokaler und regionaler Ebene miteinander zu verknüpfen. Die Anthropologin Jane I. Guyer hat in einem 2007 erschienenen Aufsatz „Prophecy and the near future“ (Guyer 2007) weitere und bereits in den

späten 1950er und in den 1960er Jahren einsetzende Momente dieses ausgreifenden Prozesses beschrieben, die man als neoliberale *Transformation der Zeitlichkeitskultur* (Thorton) beschreiben könnte. Gesprochen wird von der Evakuierung und dem Niedergang der Nahzukunft (Guyer), der „time-space-compression“ (David Harvey), der Reduktion auf die Unmittelbarkeiten des Gegenwärtigen oder gar dem Ende der Temporalität (Frederic Jameson). Tatsächlich reflektieren die übereinander laufenden postmodernen wie neoliberalen Zeitverhältnisse den Zusammenbruch der Zeitlichkeiten der großen Erzählungen (Systemauseinandersetzung, Welt- und Kolonialkriege, Fordismus) und ihrer Brüche wie Kämpfe, der mit der 68'er-Kulturrevolution einsetzte und 1989/91 ein erstes Ende fand. Sie wandelten sich zu einer Kombination von zumeist dystopischen Langzeitimaginationen (Nuklearkatastrophen, Silent Spring, „fantasy futurism“) mit Zeitformen, die als Mengen punktueller Datenergebnisse (Termine für Schuldenfälligkeiten oder die Schocktherapien der Börse) kontinuierliche und homogene Zeitabläufe zersetzten und zunehmend entwerteten oder sogar ablösten. Nach Guyer etablierte sich ein Regime der Datenzeit, das die Nahzeit okkupiere, deren Bestimmtheit durch langfristige soziale Zukünfte oder Vergangenheiten sich verliere. Ein „enforced presentism“ (Guyer) zersetze die individuellen Lebenshorizonte, die durch den Fokus auf die Risiken und Ereignispunkte der nahen Zukunft ersetzt werden. Das Template neoliberaler Zeitverhältnisse verzeichne ansonsten nur noch den unendlich dauernden Utopismus des Marktes.

Oft – und erst recht nach 1989 – ist dies dann als „Ende der Geschichte“ und somit auch als Erschöpfung eines letzten Zukunftszyklus verstanden worden. Doch spätestens die digitale Spekulationsblase der New Economy und das 9/11-Ereignis brachen diese Schließung auf. Die Bush-Zeit brachte eine Hausse der „security“ im Zeichen des „Krieges gegen den Terror“ im Bereich der operativen Politikberatung und darüber hinaus. Darunter lagen die erfinderischen Landnahmen einer neoliberalen Ökonomie und die riesige Dynamik der Zukunftskalküle der dominant werdenden Finanzmärkte.²¹ Finanzialisierung ist eine besondere Art,

21 „... that one important strand of the genealogy of contemporary security imagination may be found in representations of financial risk. For one thing, the so-called new terrorism is imagined to be global, fluid and dispersed, not unlike global financial markets themselves [...]. Moreover, in the domain of finance, we find long-established practices of conjuring multiple futures, both glorious (to entice investment) and catastrophic (to ‘prepare’ for crashes and panics). In this sense, finance was perhaps the first modern practice squarely oriented toward the uncertain future as a source of both threat and opportunity [...]. Moreover, security and finance should not be seen as two separate domains. Financial speculation is a security technology in itself:

sich eine unsichere Zukunft vorzustellen und darauf zu reagieren. Sie operiert über Techniken der Verbriefung und Hebel, um virtuelle Bedrohungen in unsicheren Zukünften in Risiken zu verwandeln – ein Beispiel dafür sind Wertpapiere, die als Derivate oder Anleihen zum Schutz vor Naturkatastrophen („catastrophe bonds“) auf die Finanzmärkte gebracht und gehandelt werden.

Strategische Zukunftsforschung

Der Schließungsthese widerspricht auch, dass gerade seit Anfang der 1990er Jahre die strategischen Potenziale und Apparate der Zukunftsbearbeitung und des „horizon scanning“ im Forschungssystem, den Konzernen und Staatsapparaten kontinuierlich und in der Bilanz massiv ausgebaut worden sind – zumal es darum ging, ein Drittel des Planeten umzubauen. Manche spezialisierte Thinktanks wie die Prognos AG blicken mittlerweile auf Jahrzehnte der „Zukunftsforschung“ zurück. „Forecasting“ ist ein lukrativer Geschäftszweig geworden: die Economist Intelligence Unit etwa beschäftigt in 39 Ländern 300 vollzeitbeschäftigte Forecasting-Experten und hält sich ein Netzwerk von weiteren 500 Kontakten. Strategische Forschung ist selbstverständlicher Bestandteil politischer Apparate, wissenschaftlicher Großinstitute und Hochschulen wie auch der Orientierungs- und Planungsabteilungen der Unternehmen geworden. Banken, Beratungsfirmen wie Roland Berger, Booz Allen Hamilton oder Pricewaterhouse (PWC) sind Zentren dieser strategischen Forschung und stehen unter anderem seit Mitte des letzten Jahrzehnts förmlich in einem Prognosewettbewerb um die Positionierung der starken Wirtschaftsmächte im Jahr 2050 – die BRD etwa sackt nach PWC von Platz 5 (2009) auf Platz 9 (2050) ab. Hierzulande betreibt jeder DAX-Konzern strategische Forschung; dabei haben sich die Veränderungshorizonte deutlich ausgeweitet und gehen nun klar auf eine „Voraussicht“ der ersten Hälfte des Jahrhunderts. Kaum ein Ministerium, das nicht – unter welcher Etikette auch immer – strategische Forschungen in Abteilungen, zugeordneten Staatsinstituten oder durch externe Expertise organisiert, um Politik zu entwickeln oder abzu-

one that seeks to secure a fickle future, tame uncertainty and insure against disaster [...] it is important to note that the commodification of the uncertain future is not new. Financial risk was always about imagining futures in order to secure and make profitable the present“ (de Goede 2008a, 157 u. 164). In der Kapital-Machttheorie von Bichler und Nitzan (<http://bnarchives.yorku.ca/>) ist dieser Aspekt – dass Kapitalakkumulation eine ständig neu reproduzierte Beziehung zwischen Gegenwart und Zukunft darstellt – ausgearbeitet. Zur Politik der Finanzialisierung als Modus der Risikoproduktion Grove 2012.

sichern. Auch „wild cards“ spielen seit Anfang des letzten Jahrzehnts durchaus eine Rolle: die Bestimmung von Faktoren wie einer zukünftigen Entwicklung oder eines Ereignisses, deren Eintreten äußerst unwahrscheinlich (aber möglich), deren Auswirkungen auf die Kapitalgeschäfte jedoch wahrscheinlich sehr hoch wären (Smith/Dubois 2010).²²

Der Ausbau der strategischen Zukunftsbearbeitung betrifft besonders deutlich die klassische Technik- und Produktivkraftforschung, die unter den Etiketten der „foresight“ (Vorausschau) und des „technological forecasting“ intensiviert und internationalisiert wurde. Sie wird deutlich komplexer bearbeitet und die Schwerpunkte haben sich geändert. Zeitforschung spielt eine Rolle, sie bemüht sich vor allem um Effizienzsteigerungen. Die neue Prominenz der Umwelt- und Energiefragen etwa, die ein Großteil der komplexen technischen Ressourcen an sich ziehen, ist gut zu erkennen. Umwelt und Energie sind jetzt die Leitthemen. Auch Mobilität, Ernährung, Gesundheit, Stadt sind profitable Themen. Gerade in der Stadt- und Raumentwicklung haben sich substantielle Residuen der Planungskultur gehalten, und die Frage nach Um- und Rückbaupotentialen des städtischen Raums drängt sich in den Vordergrund. Sie bilden neben den strategischen Apparaten des Militärs, der Ökologie, den einschlägigen Abteilungen der Wohlfahrtsökonomie und ein paar Dutzend global agierender Großkonzerne und vor allem Banken die stark durchsetzungsfähigen Visions-, Prognose- und Planungscluster des Gegenwartskapitalismus. Zunehmend werden auch die Felder Bildung und Gesundheit sowie – weiter gespannt – die allmählich kohärentere Care-Ökonomie von meist expansiven, mächtigen, mediennahen, stark verwissenschaftlichten und häufig staatlichen Apparaten repräsentiert, die an der Zukunftsfähigkeit des Kapitalismus arbeiten.²³ Repräsentiert sind in ihnen konkurrierende Interessen aus der Ober- und Mittelklasse. Die abhängigen

22 Gemeint sind Krisen, Turbulenzen verschiedenster Art und radikale politische Veränderungen. Hier geht es vor allem um die Verbreiterung der Reaktionsfähigkeit weiträumig operierender Konzerne. Zur Evolution der „corporate foresight“ vgl. Daheim/Uerz 2008.

23 Die Sozialwissenschaften waren nach der raschen Exklusion der 68er Wissenschaftslinken im Zukunftsspiel kaum noch präsent und weit entfernt von Vorschlägen wie dem eines H.G. Wells, der schon vor über einem Jahrhundert „the creation of utopias – and their exhaustive criticism“ als „the proper and distinctive method of sociology“ propagiert und das Projekt einer „Utography“ vorgeschlagen hatte: eine Kartografie all’ der unterschiedlichen Formen der idealen Gesellschaft, „a sort of dream book of huge dimensions [...] upon the Ideal Society. This book [...] would be the backbone of sociology“ (Wells 1914; vgl. hierzu Levitas 2010).

Klassen fungieren als Resonanzraum, Ressource und Kundenreservoir, also als abhängige Variable im kapitalistischen Zukunfts- und Transformationsbusiness.

Politisierung der Zukunftsforschung

Überlagert werden diese Cluster aber weiterhin von der „Großrisiken-“ und „Sicherheits- (Militär-)forschung“ (Carr 2010; Gustafson 2010)²⁴ und der Erfassung der *globalen ökonomischen und politischen Power Shifts*. Sie haben in den institutionellen Verdichtungen der globalen Machtkörper wie der UN, FAO, IEA oder EU, in den nationalen Staatsapparaten der USA, Chinas, Russlands, Japans und der BRD oder in der Elitenperspektive etwa des Davoser World Economic Forum²⁵ rapide an Bedeutung gewonnen: Die Risiken und Konkurrenzbeziehungen des Kapitalismus werden abgetastet, sogenannte strategische Schocks werden ausgemacht und um Entwicklungspfade wird gekämpft. Der letzte „Global Risks Report“ des WEF fragt nach ökonomischen, ökologischen, gesellschaftlichen, geopolitischen und technologischen Risiken und stellt auch eine Liste der Top Ten Risks vor, geordnet nach Wahrscheinlichkeit und Einflussreichweite. Das US-amerikanische National Intelligence Council publizierte zwischen 1997 und 2008 vier Reports zu „Global Trends“, welche Vorausschauen der Veränderungen im globalen Staats-Machtsystem 2010, 2015, 2020 und 2025 entwarfen. Die CIA publizierte „horizon scans“ und der US Air Force Thinktank RAND gründete 2001 ein Zentrum zur Erforschung von „Longer Range Global Policy“. Das Strategic Studies Institute (SSI) der US-Army bearbeitet „Long Range Planning and Forecasting“, „Szenario Planning“ und „Future Battlespaces and Scenarios“. In England hat das Development, Concepts and Doctrine Centre (DCDC) des Verteidigungsministeriums mittlerweile den vierten Band im Rahmen seines „Global Strategic Trends Programme 2007–2040“ veröffentlicht. Berichte des DCDC etwa zur Arktis und zu regionalen Entwicklungen sind nicht selten als „secret“ oder „restricted“ klassifiziert, Ähnliches gilt für die Zukunftsstudien

24 In der BRD sind das Deutsche Zentrum für Luft- und Raumfahrt und die Fraunhofer-Gesellschaft sowie zahlreiche andere Einrichtungen in die zukunftsorientierte zivile und militärische Sicherheitsforschung involviert. Während der eigentliche engere Sektor der „Zukunftsforschung“ klein geblieben ist, ist im letzten Jahrzehnt die Sicherheitsforschung in der BRD wie der EU insgesamt das eigentliche Tummelfeld des „State of Pre-emption“ (Ericson) geworden.

25 Das Thema des WEF-Jahrestreffens 2012 in Davos lautete „The Great Transformation: Shaping New Models“. Vom theoretischen Ansatz Polanyis war auf der Tagung nichts zu spüren.

des US-NIC. Die im EU-Kontext Ende der 1980er Jahre entstandenen Think-tanks, Politikberatungsstrukturen und strategischen Steuerungseinrichtungen wurden durch unterschiedliche Akteurs- und Interessenkonstellationen initiiert und getragen von technisch-naturwissenschaftlichen Gruppen, Finanzindustrie, strategisch operierenden Elitengruppen und dann im letzten Jahrzehnt von Akteuren der entstehenden Green Economy und Initiatoren einer globalen EU-Strategie.²⁶ Insbesondere der EU-Bericht „The world in 2025. Rising Asia and socio-ecological transition“ von 2009 fragt pointiert nach geopolitischen Transformationen, Spannungen und „großen Transitionen“ (deren zwei: Wandel zur Multipolarität, sozialökologische Transformation) und versucht, „wild cards“, also „böse Überraschungen“ oder Krisen zu identifizieren.

Das letzte Vierteljahrhundert des Zukunftsgeschäfts ist also von einer Reihe deutlicher Verschiebungen geprägt (Banister/Hickman 2013). Die Zeithorizonte haben sich ausdifferenziert, das gängige „forecasting“ (Voraussage) oder die explorativen Zugänge der Szenarien schließen mögliche, wahrscheinliche und plausible Zukünfte mit sehr unterschiedlichen Horizonten ein. Die konkurrierende Technik des „backcasting“ breitete sich aus: hier werden präferierte Zukünfte („visioning“ als Schlüsselmoment strategischer Planung) als Ausgangspunkte genommen, die in der Regel nicht identisch mit den gegenwärtig dominierenden Trends sind. Es geht nicht darum, welche Zukünfte möglich sind oder wahrscheinlich kommen werden, sondern welche für wen auch immer *wünschenswert* sind und wie man in einem „Top-down-Approach“ dorthin kommt („possible, probable and preferable futures“). „Backcasting“ und „visioning“ sind normativ-aktivistische Ansätze. Beide Ansätze (Szenarien wie das „parteiliche“ „backcasting“) spielen seit 9/11 eine deutliche größere Rolle. Vor allem aber thematisieren sie mittlerweile weitaus systematischer als die klassische Futurologie oder die progressiv-kritische Zukunftsforschung der 1970er Jahre die Frage, „how to come from here to there“ (Tabb). 1976 führte Igor Ansoff das Konzept der „schwachen Signale“ als Hinweise auf womöglich wirkungsstarke Ereignisse ein, das bis heute als Grundlage unternehmensstrategischer Früherkennungs- und -aufklärungssysteme gilt (Ansoff 1976).²⁷ Als schwache Signale gelten Ereignisse oder Entwicklungen, die zunächst noch so unvollständig sind, dass es unmöglich

26 Wohl auch getragen von der Furcht, dass Europa ein „increasingly irrelevant outgrowth of the Asian continent“ werde (Gonzalez Report 2010).

27 Die Begriffswahl erinnert an Walter Benjamins „schwache messianische Kraft“, die jedem Moment der Jetztzeit und jeder Generation mitgegeben sei (Benjamin 1974; vgl. auch Splint/van Wijck 2012).

scheint, ihren Einfluss abzuschätzen und eine Entscheidung darüber zu treffen, ob sie auf plausible Entwicklungsszenarien bezogen werden können. Methoden wie Scanning, Monitoring oder Evaluation sollen sie identifizieren, treibende Akteure und Triggerereignisse ausfindig machen und ihre „Pfadfähigkeit“ beurteilen.

Diese Politik der Pfadgenerierung ist umso dringlicher, als es bei der Durchsetzung einer neoliberalen Transformation der Zeitlichkeitskultur nicht nur um die Durchsetzung des „enforced presentism“ eines Regimes punktueller Zeitanordnungen und ihrer möglichst engen Ankoppelung an die Utopien des Marktes geht, sondern auch um den langen Umbau tief verankerter nationaler, lokaler und häuslicher Temporalitätsroutinen: den seriellen Zeitarrangements der Arbeitsstunden und ihren Flexibilisierungen, Tag- und Nachtarbeit, Einkaufszeiten, häuslichen Abläufen, Mobilitätszeiten, Medienritualen, Schulstunden, privaten und öffentlichen Kontakt- und Kommunikationszeiten. Sie tragen zu einer geteilten Vorstellung „nationaler“ Zeit bei, ebenso wie die staatlichen Zeitarrangements (zyklische Wahlzeiten, institutionelle Routinen, Präsentationsabläufe, Entscheidungsverfahren, Eigenzeiten politischer Akteure). Beide vermischen sich mit den kulturellen Arrangements (Sportereignisse, Medien, Unterhaltung, Literatur, Urlaubszeiten) und globalen Zeiterfahrungen und -flüssen (Hope 2009). Keine Politik der Transformation kann diese Präsenz verschiedener Temporalitätsarrangements und -ordnungen ignorieren; *Zeitpolitik als Politik der Umverteilung von Macht und der Macht, Zeit zu verteilen*, steht daher von Beginn an in einer lang andauernden Konkurrenzsituation.

Kein Zweifel endlich, dass der neue „lange Blick“ von oben, der die Perspektiven immer nachhaltiger bestimmt, weit mehr als in den 1990er Jahren die kapitalistische Entwicklung als *krisengetrieben* begreift.²⁸ Von Entwicklungs-, Bestands- und Machtkrisen ist die Rede (weiterhin kaum aber von Existenzkrisen). Die seit dem letzten Jahrzehnt gängige Zeitbestimmung als Transition ohne grundlegende Transformation droht zwar zu erodieren: kapitalistische Globalisierung gilt als zunehmend fragmentierungsgefährdet, der globale „power shift“ nach Asien als riskant, die ökologische Krise als schwer beherrschbar, die gesellschaftliche Integration als zunehmend prekär. Das Bild, so recht lakonisch eine fast 150 Studien zum Zeitraum nach 2030 resümierende Studie, sei „quite

28 Neil MacDonalds Analyse von 64 Erzählungen in 20 Szenarien nach 2001 ergab, dass im Unterschied zum Zeitraum 1992 ff. bei Weitem solche Erzählungen überwogen, die für die Rückkehr zu früheren Bedingungen (in die Vergangenheit), die Verhinderung von Katastrophen oder eine grundlegende Transformation nach den Spielregeln der Auftraggeber plädierten (MacDonald 2012).

dark“ (Braun 2010, 4; eine Übersicht zu den Berichten enthält der Annex: Inventory of Foward Looking Studies with a focus beyond 2030).²⁹ Dass sich jedoch aus den konkurrenten und vielfach gebrochenen Verflechtungen der Entwicklungs-, Bestands-, Niedergangs- und Existenzkrisen wenigstens die dominante Figur eines „embedded neoliberalism“ oder gar eine strukturelle Erschöpfung der Möglichkeiten des neoliberalen Kapitalismus herausbilde, wird in kaum einer der relevanten strategischen Analysen angenommen – die Shell-Studie 2011 vermerkt sogar fast betrübt: „It is difficult, however, to envisage the emergence of an alternative to capitalism“ (Shell 2011, 35).³⁰

Optionen der Linken

Anders als Noah Cross kann Jake Gittes, der Detektiv aus „Chinatown“, die Zukunft nicht kaufen. Kapitalanhäufung und Plusmacherei, also die kapitalismusüblichen Motive, Treiber und Zwecke des Zukunftsgeschäfts hat er nicht, kann er nicht und will sie nicht. Aber diese bringen die Gegenwartsgesellschaft in Bewegung, strukturieren sie, richten sie aus. Was also tun? Jake Gittes versucht zu verstehen, was geschieht und wie das ganze Bild aussieht. Er scheitert, beginnt erneut. Das treibt die Geschichte hartnäckig voran – und machte sie zum Welterfolg.

Eine Linke hat es noch schwerer. Auch sie jagt ununterbrochen dem ganzen Bild hinterher. Aber zu diesem gehört hier: Sie muss mit einer Konzernmacht wie Shell rechnen, die das Fehlen einer Alternative zum Kapitalismus anmahnt, schließlich spielen Alternativen seit jeher keine geringe Rolle bei der Erfindung und Weiterentwicklung der Zukunftsfähigkeit des Kapitalismus. Das ist vielleicht die erste Hürde für eine Linke, die sich aus eigener Praxiserfahrung und Wissen zu einem Verständnis des Kapitalismus als aktuell und „letztlich“ *zukunftloser* Gesellschaft durchgearbeitet hat, dessen Transformation und endliche Überwindung sie daher immer neu auf ihre Agenda setzt. Doch es reicht nicht aus, kühn das mögliche, nötige, angebrachte und machbare Ende des Kapitalismus

29 Ein Großteil der Studien geht gleichwohl aus von einer globalen Angleichung der Lebensstile und Konsummuster und Wohlfahrtsverteilung nach dem HDI-Index (aber einer Beibehaltung der Unterschiede zwischen Reich und Arm) und sieht darin die Grundlage einer multipolaren, kooperativen Welt. Im Krisenspektrum nimmt die ökologische Krise „mit weitem Vorsprung“ die erste Position ein, ihre profitable „Reproduktion“ zu sichern rückt ins gewinnwirtschaftliche Zentrum.

30 Die heute verbreiteten Szenarien zu Entwicklung Chinas klammern das Zukunftsszenario „Sozialismus-Kommunismus“ aus.

zu diagnostizieren. Dabei kommen die eigenen historischen, den Kapitalismus ständig neu verändernden Kämpfe und Innovationen zu kurz und werden die kritischen Fähigkeiten des Kapitals ignoriert, Probleme zu bearbeiten, die es selbst hervorgebracht hat. Die Linke hat es mit einer Gesellschaft zu tun, die wie keine andere den Zugriff auf Zukünfte in ihre eigene Operationsweise, Handlungsmuster, Reflexion und Politik eingebaut hat (und einbauen musste!), deren ständige Transformation eine essenzielle Bedingung für ihren Bestand ist. Eine solche Einschätzung wird selten akzeptiert von einer politischen Linken, die in ihre Wendung zu radikaler Kritik am Kapitalismus kaum eine Auseinandersetzung mit dieser seiner tief gestaffelten Spezifik einschließt. Die „neue Zeit, die mit uns zieht“, ist aber immer noch in letzter Instanz die neue Zeit des Kapitalismus. „The original task of a genuine revolution“, formulierte daher zu Recht Giorgio Agamben, „is never merely to ‘change the world’, but also – and above all – to ‘change time’“ (Agamben 1993, 91; dazu Casarino 2008; zum Folgenden vgl. Rilling 2012).

Zeitverhältnisse als politische, also veränderbare und umkämpfte Verhältnisse zu verstehen ist dabei eine Schlüsselfrage. Ihre politische Handhabung geschieht permanent: Wenn im Vorspiel des Irakkrieges die Bush-Exekutive als „gegenwärtige Zukunft“ den „fast sicheren“ Einsatz von Massenvernichtungswaffen durch Saddam Hussein heraufbeschwor, um durch eine Politik des „worst case“ das eigene Projekt präemptiver Kriegführung zu rechtfertigen, oder wenn ein „Globaler Krieg gegen den Terror“ Politiken der Vorbeugung, Prävention, Resilienz oder Sekurisierung aufruft, die allesamt zentral mit Verweisen auf zukünftige Gefahren arbeiten und so Panoramen bedrohlich-unsicherer „gegenwärtiger Zukünfte“ erstellen, dann werden hegemoniale Zeitverhältnisse präsentiert und etabliert, die weitreichende politische Kräfteverschiebungen bewirken und abstützen können. Das gilt aber auch für die historischen Bestände „vergangener Zukünfte“ der Daseinsvorsorge, Vorbeugung, Risikobearbeitung oder Widerständigkeit, deren Zerstörung oder Anbindung an „gegenwärtige Zukünfte“ eine zeitpolitische Schlüsselfrage ist. Was den einen hier die langfristigen Konstellationen der allgemeinen Bedingungen der Produktion und Reproduktion des Kapitals und seines Transformationspotenzials oder die hybriden Räume neuer Landnahmen sind, gilt den anderen als Felder der Auseinandersetzung um Widerstandszeit, Arbeitszeit, Sorgezeit, Lebenszeit, freie Zeit.

Sicherlich verfügt auch die Linke über einen reichen Schatz von Operationen, durch den sie „ihre“ Zukünfte benennen und „gegenwärtig“ machen kann: durch Sprechen, Texte, Bilder, Hoffnungen, Wünsche, Träume, durch Vorstellung, Diskurse, Simulation, Imagination oder Spiel, aber auch durch Kritik,

Visionen, empirisch gehaltvolle Utopien und Erinnerung an ihre sozialistischen Zukunftstraditionen der Alternativen – und endlich oft auch durch Dystopien, Katastrophen, Apokalypsen (Swyngedouw 2013). Diese Operationen als Moment einer *zeitpolitischen Methodik* in alltäglichen Auseinandersetzungen zu begreifen, sie zu politisieren und als konfliktgeladene politische und vor allem *kulturelle* Handlungsfelder zu verstehen, ist (so scheint es) noch eher selten. Zeitpolitik als explizite Zukunftspolitik fokussiert die Linke im Wesentlichen und durchaus zu Recht auf den dreifachen Kampf um Arbeitszeit: die Verkürzung der Arbeitszeit, ihre qualitative Umgestaltung („gute Arbeit“) und die vielfältigen Formen ihrer Entgrenzung. Hier ist das Zentrum der Kapitalzeit und hier sind Veränderungen mit hoher Reichweite möglich, denn hier gehen mit den typischen Zeiten der Krise auch Krisen der Zeitverhältnisse einher, die Kämpfe gegen die Schließungen der Zukünfte („There is no alternative“) möglich machen (vgl. dazu Kipping 2013).

Dagegen ist das Operieren mit Prognosen, Trendanalysen oder Szenarien als Instrumente der Kalkulation – der anderen großen Methode der Vergegenwärtigung von Zukünften – kein wirkliches Spielfeld der Linken. Sie sind aufwendig und teuer. Ihr Fehlen reflektiert aber auch die politische und gesellschaftliche Schwäche der Linken, deren Kraft zumeist gerademal reicht für operatives Handeln unter Bedingungen der Not und Knappheit und das Liefern von entfernten Utopien – die Zwischenschritte fehlen.

Zwar drehen sich die Debatten der verschiedenen Linken über Alternativen seit jeher um Zukünfte und wie man von hier nach dort kommt. Aber erst in den letzten Jahren fragt sie hartnäckiger nach der Transformationsfähigkeit des Gegenwärtigen und versucht „schwache Signale“, Vorboten, Anfänge, Einstiege, Treiber, Agenten, Experimente, Hindernisse oder Konstellationen, Arenen, Schwellen und Faktoren der Beschleunigung oder Hemmung zu identifizieren. Das bedeutet, sich mit der eminenten Schwierigkeit zu befassen, dass die Unterscheidung zwischen zukunfts- und gegenwartsorientierten Aktivitäten im einzelnen operativen Vollzug oftmals unmöglich ist – aber die Folgen einer solchen Unterscheidung sind gravierend (Mobilisierung von Ressourcen, institutionelle Zuweisung, Rechtfertigungen etc.). Dabei muss die Linke der „Normalismusfalle“ (Jürgen Link) entgehen, jegliche Abweichungen von herrschenden Praxen und Werten als Indikatoren von Zukunftsfähigkeit zu interpretieren. Sie muss analytisch ermitteln, wie und weshalb Veränderungen womöglich zu übergreifenden, richtungsstarken Dynamiken kulminieren und Umriss möglicher Transformationspfade, Kippunkte, Brüche und Übergänge ausarbeiten. Dazu gehört die kritische Auseinandersetzung mit der Praxis der herrschenden Aktionen, Felder und Institutionen des Zukunftshandelns, der damit verknüpften Strategien und

Zukunftspolitiken. Die politische Schlüsselaufgabe dabei ist, Wirklichkeitssinn und Möglichkeitssinn (Musil) zueinanderzubringen, im Wirklichen das Mögliche zu finden und im Möglichen das Realistische, Wirklichkeitsfähige – ohne im Wirklichen das Mögliche und im Möglichen das Wirkliche zu verlieren. Gelingt dies, dann deckt sie das mögliche Bessere im Hier und Heute und im Morgen auf (Robert Misik), das nicht von selbst, sondern durch eine gesellschaftliche Praxis entstehen könnte, deren Modus und Gestalt sie umreißen muss. Und sie darf ihre Eigenzeit, ihre eigenen Zukünfte nicht aus dem Fokus verlieren, deren Akteure selbst über ihre Arbeits- und Surpluszeit, über die Zeit der Muße und ihre freie Zeit verfügen – denn, wie in einem „schönen Satz“ formuliert, den Marx zitierte: „Reichtum ist verfügbare Zeit, und sonst nichts.“³¹ Durch eine solche Politik des praktischen „futuring“ verändert die Linke auch die Ordnungen der Zeit, ob sie es weiß oder will – oder nicht. Dann ist Wissen strategisch, Politik programmatisch und Handeln nachhaltig geworden. Ohne sie bleibt Wissen orientierungslos, Politik blind, Handeln ohne Reichweite.

Literatur

- Agamben, Giorgio (1993). Time and History. Critique of the Instant and the Continuum, in: ders. (Hrsg.): *Infancy & History. Essays on the Destruction of Experience*, London/New York: Verso, 89–106
- Aitken, Rob (2011). Financializing security: Political prediction markets and the commodification of uncertainty, in: *Security Dialogue*, (2), 123–141
- Anders, Günther (1961). *Die Antiquiertheit des Menschen*, München: C.H. Beck
- Anderson, Ben (2010a). Preemption, precaution, preparedness: Anticipatory action and future geographies, in: *Progress in Human Geography*, (6), 777–798
- (2010b). Security and the future: Anticipating the event of terror, in: *Geoforum*, (2), 227–235
- Ansoff, H. Igor (1976). Managing Surprise and Discontinuity – Strategic Response to Weak Signals, in: *Zeitschrift für betriebswirtschaftliche Forschung*, Bd. 28, 129–152
- Bacon, Edwin (2012). Comparing political futures. The rise and use of scenarios in future-oriented area studies, in: *Contemporary Politics*, (3), 270–285
- Banister, David/Hickman, Robin (2013). Transport futures: Thinking the unthinkable, in: *Transport Policy*, Bd. 29, 283–293
- Benjamin, Walter (1974). Über den Begriff der Geschichte, in: ders.: *Gesammelte Schriften*, Bd. I, Frankfurt am Main: Suhrkamp, 691–704
- Braun, Anette (2010). State of the Art of International Forward Looking Activities beyond 2030, Düsseldorf: Europäische Kommission

31 „Wealth is disposable time, and nothing more“ (Marx 1968, 252).

- Carr, Matt (2010). Slouching towards dystopia: the new military futurism, in: *Race & Class*, (3), 13–32
- Casarino, Cesare (2008). Time Matters. Marx, Negri, Agamben, and the Corporeal, in: Casarino, Cesare/Negri, Antonio (Hrsg.): *In Praise of the Common*, Minneapolis: University of Minnesota Press, 219–246
- Castree, Noel (2009). The Spatio-temporality of Capitalism, in: *Time & Society*, (1), 26–61
- Clarke, Lee (2005). *Worst Cases: Terror and Catastrophe in the Popular Imagination*, Chicago: University of Chicago Press
- Collier, Stephen (2008). Enacting catastrophe: Preparedness, insurance, budgetary rationalization, in: *Economy and Society*, (2), 224–250
- Collier, Stephen/Lakoff, Andrew (2008). Distributed preparedness: Space, Security and Citizenship in the United States, in: *Environment and Planning D: Society and Space*, (1), 7–28
- Cornelius, Peter/Van de Putte, Alexander/Romani, Mattia (2005). Three decades of scenario planning in Shell, in: *California Management Review*, (1), 92–109
- Daheim, Cornelia/Uerz, Gereon (2008). Corporate foresight in Europe: from trend based logics to open foresight, in: *Technology Analysis & Strategic Management*, (3), 321–336
- De Goede, Marieke (2008a). Beyond Risk: Premediation and the Post – 9/11 Security Imagination, in: *Security Dialogue*, (2–3), 155–176
- (2008b). The Politics of Preemption and the War on Terror in Europe, in: *European Journal of International Relations*, (1), 161–185
- (2011). *European Security Culture. Preemption and Precaution in European Security*, Amsterdam: Amsterdam University Press
- De Goede, Marieke/Simon, Stephanie (2013). Governing Future Radicals in Europe, in: *Antipode*, (2), 315–335
- Department of Homeland Security (2005). *Homeland Security Presidential Directive on 'National Preparedness'*, Washington, abrufbar unter: http://orise.orau.gov/csepp/documents/planning/plans/InterimNationalPreparednessGoal_03-31-05_1.pdf
- DETICA (2008). *The Information Revolution and its Impact on Homeland Security*, abrufbar unter: www.baesystemsdetica.com/resources/the-information-revolution-and-its-impact-on-homeland-security/
- Europäische Kommission (2011a). *Global Europe 2050*, Den Haag
- (2011b). *World and European Energy and Environment Transition Outlook*, Brüssel
- European Commission (2011). *Impact Assessment. COMMISSION STAFF WORKING PAPER. Accompanying document to the WHITE PAPER Roadmap to a Single European Transport Area – Towards a competitive and resource*, Brüssel
- Ewald, S. Francois (2002). The Return of Descartes's Malicious Demon: An Outline of the Philosophy of Precaution, in: Baker, Tom/Simon, Jonathan (Hrsg.): *Embracing*

- Risk: The Changing Culture of Insurance and Responsibility, Chicago: University of Chicago Press, 273 – 301
- Fuchs, Christian (2013). Digital prosumption labour on social media in the context of the capitalist regime of time, in: *Time & Society* (Online First), abrufbar unter: <http://tas.sagepub.com/content/early/2013/10/03/0961463X13502117.full.pdf+html>
- Furlong, Raymond B. (1984). Clausewitz and Modern War Gaming: Losing Can Be Better Than Winning, in: *Air University Review*, (4), 4–7
- Gonzalez Report (2010). Europe 2030, abrufbar unter: www.consilium.europa.eu/uedocs/cmsUpload/de_web.pdf
- Grove, Kevin (2012). Preempting the next disaster: Catastrophe insurance and the financialization of disaster management, in: *Security Dialogue*, (2), 139–155
- Gurjewitsch, Aaron J. (1978). *Das Weltbild des mittelalterlichen Menschen*, Dresden: Verlag der Kunst
- Gustafson, Kristian (2010). Strategic Horizons: Futures Forecasting and the British Intelligence Community, in: *Intelligence and National Security*, (5), 589–610
- Guyer, Jane I. (2007). Prophecy and the near future. Thoughts on macroeconomic, evangelical and punctuated time, in: *American Ethnologist*, (3), 409–421
- Hall, Alexandra/Mendel, Jonathan (2012). Threatprints, Threads and Triggers, in: *Journal of Cultural Economy*, (1), 9–27
- Hope, Wayne (2009). Conflicting Temporalities, in: *Time & Society*, (1), 62–85
- Kahn, Hermann/Wiener, Anthony J. (1967). *The Year 2000. A Framework for Speculation on the Next Thirty-Three Years*, New York: Macmillan
- Kipping, Katja (2013). *Ökonomie der Zeit*, in: Brie, Michael (Hrsg.): *Am Herrschaftsknoten ansetzen*, hrsg. von der Rosa-Luxemburg-Stiftung, Reihe Papers, Berlin, 14–19
- Lakoff, Andrew (2007). Preparing for the Next Emergency, in: *Public Culture*, (2), 247–271
- Levitas, Ruth (2010). Back to the Future: Wells, sociology, utopia and method, in: *The Sociological Review*, (4), 530–547
- Luhmann, Niklas (1992). *Die Beschreibung der Zukunft*, in: Luhmann, Niklas (Hrsg.): *Beobachtungen der Moderne*, Opladen: Westdeutscher Verlag, 129–147
- (1996). *Gefahr und Risiko, Solidarität oder Konflikt*, in: Königswieser, Roswita (Hrsg.): *Risiko-Dialog. Zukunft ohne Harmonieformel*, Köln: Dt. Inst.-Verl. 38–46
- MacDonald, S. Neil (2012). Futures and culture, in: *Futures*, (4), 277–291
- Marx, Karl (1968). *Theorien über den Mehrwert*, in: MEW, Bd. 26.3, Berlin: Dietz
- Massumi, Brian (2006). Fear (the spectrum said), in: *Multitudes*, (23), abrufbar unter: <http://multitudes.samizdat.net/Fear-The-spectrum-said.html>
- Nordlund, Göran (2012). Time-Scales in Futures Research and Forecasting, in: *Futures*, (4), 408–414
- O'Malley, Pat (2012). From Risk to Resilience. Technologies of the Self in the Age of Catastrophes, in: *Future of Risk Symposium*, abrufbar unter: http://ccct.uchicago.edu/media/files/the-future-of-risk/O%27Malley_Resilience.Pdf

- Paltonen, Kari (2008). *The Politics of Limited Times. The Rhetoric of Temporal Judgment in Parliamentary Democracies*, Baden-Baden: Nomos
- Pendall, Rolf/Foster, Kathryn A./Cowell, Margaret (2010). Resilience and regions: building understanding of the metaphor, in: *Cambridge Journal of Regions, Economy and Society*, (1), 71–84
- Perrow, Charles (1992). *Normale Katastrophen: Die unvermeidbaren Risiken der Großtechnik*, Frankfurt am Main: Campus
- Postone, Moishe (1993). *Time, Labor and Social Domination*, Cambridge
- Rat der Europäischen Union (2003). *Europäische Sicherheitsstrategie. Ein sicheres Europa in einer sicheren Welt*, Brüssel
- Rilling, Rainer (2008). *Risse im Empire*, Berlin: Karl Dietz
- (2012). Wozu sozialistische Transformationsforschung?, in: Brie, Michael/Candeias, Mario (Hrsg.): *Transformation im Kapitalismus und darüber hinaus*, hrsg. von der Rosa-Luxemburg-Stiftung, Reihe Papers, Berlin, 7–9
- Rosa, Hartmut (2008). Schrankenloses Steigerungsspiel: die strukturbildende Einheit hinter der Vielfalt der Kapitalismen, in: Jansen, Stephan A. (Hrsg.): *Mehrwertiger Kapitalismus: multidisziplinäre Beiträge zu Formen des Kapitalismus und seiner Kapitalien*, Wiesbaden, Verlag für Sozialwissenschaften, 33–54
- Rosa, Hartmut/Scheuerman, William E. (Hrsg.) (2009). *High-speed society: social acceleration, power, and modernity*, University Park: Pennsylvania State University Press
- Rumsfeld, Donald H. (2002a). News Briefing, in: Department of Defense, abrufbar unter: www.defense.gov/transcripts/transcript.aspx?transcriptid=2636
- (2002b). Transforming the Military, in: *Foreign Affairs*, (2), 20–32
- Shell (2011). *Signals and Signposts. Shell Energy Scenarios to 2050. An era of volatile transitions*, Den Haag: Shell International BV
- Smith, Christopher J./Dubois, Alexandre (2010). The „Wild Cards“ of European Futures: Planning for Discontinuities?, in: *Futures*, (8), 846–855
- Söderbäck, Fanny (2012). Revolutionary Time: Revolt as Temporal Return, in: *Signs*, (2), 301–324
- Splint, Elise/van Wijck, Peter (2012). Using signposts in future studies: Lessons from the Justice for tomorrow project, in: *Futures*, (5), 453–463
- Steinkühler, Franz (1989). *Die andere Zukunft gestalten*, in: *Industriegewerkschaft Metall* (Hrsg.): *Wofür wir streiten, Solidarität und Freiheit*, Köln
- Sterling, Bruce (2012). The object of posterity's scorn, in: *Arc*, (1.1) abrufbar unter: www.arcfinity.org/arc11.php
- Stockdale, Liam P.D. (2013). Imagined futures and exceptional presents: a conceptual critique of „preemptive security“, in: *Global Change, Peace & Security*, (2), 141–157
- Swyngedouw, Erik (2013). *Apocalypse Now! Fear and Doomsday Pleasures*, in: *Capitalism Nature Socialism*, (1), 9–18
- Taleb, Nassim Nicholas/Blyth, Mark (2011). The Black Swan of Cairo, in: *Foreign Affairs*, (3), 33–39

- Thompson, Edward P. (1967). Time, Work-discipline and Industrial Capitalism, in: Past and Present, Bd. 38, 56–97
- Versicherungsforen Leipzig (2011). Berechnung einer risikoadäquaten Versicherungsprämie zur Deckung der Haftpflichtrisiken, die aus dem Betrieb von Kernkraftwerken resultieren, Studie, Leipzig, abrufbar unter: www.bee-ev.de/_downloads/publikationen/studien/2011/110511_BEE-Studie_Versicherungsforen_KKW.pdf
- Walker, Jeremy/Cooper, Melinda (2011). Genealogies of resilience: From systems ecology to the political economy of crisis adaption, in: Security Dialogue, (2), 143–160
- Welcherling, Peter (2013). Der berechnete Mensch, in: Frankfurter Allgemeine Zeitung v. 31.12.2013
- Wells, H.G. (1914). The So-Called Science of Sociology, in: An Englishman Looks at the World, London, abrufbar unter: www.gutenberg.org/cache/epub/11502/pg11502.html
- Zaloom, Caitlin (2004). The Productive Life of Risk, in: Cultural Anthropology, (3), 365–391
- (2009). How to Read the Future: The Yield Curve, Affect, and Financial Prediction, in: Public Culture, (2), 243–266

Konzeptionelle Ansätze

Rolf Reißig

Transformation – ein spezifischer Typ sozialen Wandels Ein analytischer und sozialtheoretischer Entwurf

Fragen der Transformation rücken heute von der Peripherie ins Zentrum öffentlicher und wissenschaftlicher Debatten. Das ist eine bemerkenswerte Veränderung im gesellschaftlichen Diskursfeld. Der neu entstandene Transformationsdiskurs ist vielgestaltig, nicht selten aber auch unverbindlich oder verengt und einseitig. Seine inhaltliche Qualifizierung und gesellschaftskritische Profilierung ist eine Voraussetzung dafür, dass gesellschaftliche Transformation überhaupt denkbar und schließlich auch real möglich wird.

1. Transformation als sozialer Wandlungstyp – eine begriffliche, inhaltliche, konzeptionelle Begründung

Um die neuen sozialen Phänomene von Wandlungsprozessen beschreiben, erklären und deuten zu können, bedarf es der Klärung und inhaltlichen Bestimmung der damit verbundenen Begrifflichkeiten. Dies ist umso dringlicher, als schon frühere Transformationsdebatten durch Engführung und normative Fixiertheit gekennzeichnet waren. So diente der Begriff Transformation nach 1989/90 mehrheitlich zur Charakterisierung der Umbruch- und Wandlungsprozesse in den ehemals staatssozialistischen Ländern. Transformation war im Verständnis des wissenschaftlichen und politischen Mainstreams „postsozialistische Transformation“. Die westlichen Gesellschaften waren hier Folie und Ziel, nicht aber Gegenstand gesellschaftlicher und globaler Umbrüche sowie von Transformation. Noch heute wird Transformation allein als „Übergang von einer politischen Ordnung zu einer grundlegend anderen, der Übergang von Diktaturen zu Demokratien, der Plan- und Kommando- zur Marktwirtschaft sowie der Wandel von geschlossenen zu offenen Gesellschaften“ (Merkel 2010, 15) interpretiert. Transformation also als Adaption, als Institutionenübernahme, als zielorientiertes und gerichtetes Handeln im Kontext westlicher Vorbilder. Als Fallbeispiele dienen neben den postsozialistischen Transformationsfällen vor allem die verschiedenen Demokratisierungswellen des 20. Jahrhunderts. So erfasst der Bertelsmann-Transformation-Index weltweit

119 sogenannte Transformationsstaaten und bewertet sie nach dem Raster (19 Kriterien und 58 Indikatoren) der Annäherung/Angleichung an „marktwirtschaftliche Demokratien“ westlichen Typs (Bertelsmann-Stiftung 2006).

Für die modernen bürgerlich-kapitalistischen Gesellschaften des Westens selbst wurde der Begriff Transformation im Zusammenhang mit gesellschaftlichem Wandel lange Zeit ausgeblendet. Hier wurde und wird vornehmlich mit den Begriffen „Entwicklung“, „sozialer Wandel“ (von Parsons über Luhmann bis Bendix, Münch, Zapf), „weitergehender Modernisierung“ (Zapf), „reflexiver Modernisierung“ (Beck) und „Innovation“ (Zapf) gearbeitet. In jüngster Zeit wird stärker auch von „ökologischem Umbau des Industriesystems“ und von „ökologischer Modernisierung“ gesprochen.

Neuer Leit- und Suchbegriff

Zur Erklärung der vielfältigen und neuen gesellschaftlichen Wandlungs-, Umwandlungs- und Umbruchprozesse im letzten Drittel des vorigen Jahrhunderts und besonders im 21. Jahrhundert reichen diese Begriffe nicht aus und bedarf es eines neuen dominierenden, eines allgemeinen und zugleich inhaltlich spezifizierten *Leit- und Suchbegriffs*. Dieser könnte und sollte – so der schon früher unterbreitete Vorschlag (Reißeig 2009a) – ein inhaltlich qualifizierter und gehärteter Begriff der Transformation sein. Dafür sprechen sowohl wissenschaftskonzeptionelle wie auch gesellschaftspolitische Gründe.

Wissenschaftskonzeptionell wird dies bereits deutlich, wenn man die in diesem Kontext bislang zur Verfügung stehenden sozialwissenschaftlichen Grundbegriffe und ihre Aussagekraft vergleicht, das heißt sozialer Wandel, Revolution, Evolution, Transition.

Sozialer Wandel ist gewissermaßen der zentrale Begriff der Soziologie. Unter sozialem Wandel wird hier in der Regel ein solcher Prozess von Veränderungen in den Strukturen eines sozialen Systems verstanden, der typische Merkmale des Systems betrifft. Veränderungen, die Abweichungen von relativ stabilen Zuständen beinhalten (Zapf 1994, 11 ff.).

Sozialer Wandel umfasst damit nicht jede Veränderung, sondern jene, die auf typische Elemente eines Sozialsystems abstellen. Es geht hierbei aber doch um Wandel *im* sozialen (Ordnungs-)System und nicht so sehr um Wandel *des* (Ordnungs-)Systems. Dabei bildet Ersterer die Regel, den Normalfall sozialen Wandels. Als Auslöser sozialen Wandels werden in der klassischen Soziologie unter anderem Diffusion, Imitation, Kommunikation, Modernisierung, Konflikt, Diskurs behandelt. Als Folgen sozialen Wandels werden die Anpassung der

sozialen Strukturen an die neuen Gegebenheiten, die Steigerung ihres Innovations- und Kapazitätspotenzials, insgesamt die Herstellung von Gleichgewicht und Stabilität auf neuer Grundlage betrachtet.

Für sozialen Wandel, der auf Umwandlung sozialer Strukturen, politischer Regeln, Ordnungsmuster und letztlich auf Bruch sowie auf neue soziale Ordnungen tendiert, reichte diese Begriffsbestimmung offensichtlich nicht aus. Seit Mitte des 17. Jahrhunderts wird für eine besondere Verlaufsweise und -richtung des Wandels der Begriff *Revolution* verwandt.

Er wird im Unterschied zu dem Begriff sozialer Wandel aber auch zu dem der Evolution als jäher Bruch mit der Vergangenheit erfahren, als vorbestimmter Durchbruch zu einer kommenden, neuen bzw. höheren Daseinsordnung verstanden. Im Marxismus findet sich Revolution dann als voraussagbare, gesetzmäßige „Ablösung ökonomischer Gesellschaftsformationen“, als „Umwälzungsepoche“ bzw. „Epoche sozialer Revolutionen“, die namentlich durch den Widerspruch zwischen Produktivkräften und Produktionsverhältnissen hervorgebracht und von der zur Führung fähigen Klasse verwirklicht wird.

Inzwischen wird der Begriff Revolution in der Wissenschaft weniger normativ gehandhabt und ist zudem aus seinen geschichtsphilosophischen Konnotationen herausgelöst worden. Heute treten langfristige strukturelle evolutionäre Prozesse stärker in den Blickpunkt (Bluhm 1998), ohne dass tief greifende Brüche, jähe Wendungen, revolutionäre Ereignisse im Geschichtsprozess negiert werden. Für die in unserem Kontext zur Diskussion stehenden sozialen Wandlungsprozesse und -verläufe im 21. Jahrhundert bedarf es jedoch, wie gesagt, eines neuen dominierenden Begriffs. Im Unterschied zum allgemeinen Begriff des sozialen Wandels muss er nicht nur Wandel *im* Ordnungssystem, sondern Wandel *des* Ordnungssystems – sowohl was Ursachen, Triebkräfte als auch gesellschaftliche Konsequenzen betrifft – beschreiben. Im Unterschied zum Begriff Revolution muss ein solcher Begriff mehr die Ereignisgeschichte, die Entstehung des „Neuen“ im „Alten“, die Kontingenz, die Offenheit des Prozesses, die unterschiedlichsten Formen und den Verzicht auf Mystifizierung und Heilserwartungen reflektieren können.

Beiden Anforderungen kann ein inhaltlich qualifizierter Begriff *Transformation* am ehesten gerecht werden, sowohl in seiner deskriptiven als auch in seiner normativen Seite.

Neben wissenschaftstheoretischen Gründen sprechen auch praktische Gründe für die Verwendung des Transformationsbegriffs. Wenn nicht alles täuscht, ist für den gesellschaftlichen Veränderungsprozess im 21. Jahrhundert nicht allein sozialer Wandel innerhalb der gegebenen Strukturen und Ordnungen typisch, sondern sozialer Wandel auch als Umwandlung von Strukturen, Institutionen,

Regeln, gesellschaftlichen Ordnungs- und Entwicklungsmodellen. Aber diese gesellschaftliche Umwandlung nicht mehr zuerst, nicht mehr vor allem in Form von Revolutionen, sondern von Transformationen. Oder anders formuliert: Revolutionen sind nicht (mehr), wie einst angenommen, der Normalfall, sondern der Sonderfall solcher tief greifenden gesellschaftlichen Umbrüche und Umgestaltungen. Auch – und nicht zuletzt – deshalb gewinnt der Begriff Transformation neue Bedeutung, in wissenschaftlich-analytischer und in praktisch-politischer Hinsicht. Schließlich ist der Transformationsbegriff für die Erforschung und Erklärung des heutigen bzw. künftigen Gesellschaftswandels eher als die Begriffe sozialer Wandel und Revolution operationalisierbar.

Inhaltliche Qualifizierung

Als Leitbegriff für inhaltliche Analysen und wertende Deutungen gesellschaftlicher Wandlungsprozesse ist der Begriff Transformation jedoch nur tauglich, wenn er inhaltlich bestimmt und präzisiert wird. Voraussetzung ist, die bislang dominierende und oben angeführte Engführung des Transformationsbegriffs, des Transformationsverständnisses zu überwinden. Transformation kann weder auf Entwicklung, Modernisierung, sozialen Wandel noch allein auf postsozialistische Transformation bzw. Übergänge zu marktwirtschaftlichen Gesellschaften reduziert werden. So berechtigt das Plädoyer gegen diese (gängige) Engführung des Transformationsbegriffs ist, so macht es zugleich wenig Sinn, den Transformationsbegriff im Prinzip (wie es oft geschieht) auf alle möglichen Wandlungsprozesse anzuwenden – etwa auf Globalisierung, Europäisierung oder Säkularisierung bzw. den demografischen Wandel.

Der Begriff Transformation erfüllt nur dann seinen Sinn, wenn er als Synonym für *Umformungen*, *Übergänge*, *Wechsel*, *Umgestaltung* von Gesellschafts-, Ordnungs- und Entwicklungsmodellen, gesellschaftlichen respektive sozialen Formationen – „Trans“ und „Formation“ als die beiden Metaphern der Kategorie Transformation – gedacht wird. Transformation als Umformung und Wechsel bezieht sich sowohl auf den politischen, den wirtschaftlichen als auch auf den sozialen und kulturellen Bereich.

Der Transformationsbegriff reflektiert damit einen eigenen und spezifischen Typ sozialen Wandels, eben einen Wandel, der vor allem durch einen Prozess tief greifender gesellschaftlicher Veränderungen, durch Änderungen und Umformungen wesentlicher Prozessstrukturen, Institutionen, Kultur- und Ordnungsmuster, gesellschaftlicher Lebensweisen und der Neukonstitution und -konstruktion von Gesellschaftstypen und -modellen gekennzeichnet ist.

Das unterscheidet ihn zugleich von Begriffen wie sozialer Wandel, Modernisierung, Innovation, die zur Charakterisierung (durchaus auch tief greifender) gesellschaftlicher Wandlungsprozesse innerhalb eines Ordnungsparadigmas, innerhalb gegebener Prozessstrukturen, Gesellschafts- und Entwicklungsmodelle dienen.

Der Begriff Transformation unterscheidet sich auch von dem der *Evolution*, der gesellschaftlichen Wandel nicht so sehr mit einem Gestaltungswillen verbindet und stärker die Selbsttransformation des betrachteten Systems reflektiert (vgl. auch Wagener 1996, 2). Und Transformation ist auch von *Transition* zu unterscheiden. Von Transition sprechen wir, wenn es um einen Wechsel politisch-institutioneller Ordnungen bzw. Regime geht, der als gesteuerter Prozess handelnder Akteure verläuft. Transition als Institutionenübernahme – so wurden vor allem die Übergänge von autoritären kapitalistischen Diktaturen zu repräsentativen bürgerlichen Demokratien in Südeuropa, Lateinamerika und Südostasien zwischen den 1970er und 1990er Jahren charakterisiert. Politikwissenschaftlich erlangte der Begriff Transition seine Bedeutung durch ein internationales Forschungsprojekt zur „transition to democracy“ der 1980er Jahre (O'Donnell/Schmitter 1986).

Der Transformationsbegriff bezieht sich mithin auf die gesamtgesellschaftliche Ebene und betont in seiner allgemeinsten Form den prozessualen, langfristigen, sequenziellen, interdependenten (Heinemann-Grüder 1993, 3), neue Prozessstrukturen und gesellschaftliche Ordnungs- und Entwicklungsmuster hervorbringenden Charakter. Transformation ist ein *intentionaler, eingreifender, gestaltender* und zugleich ein *eigendynamischer, organisch-evolutionärer* Entwicklungsprozess. Historische Prozesse, die den Charakter von Transformation annehmen, werden in der Regel von *beiden* Prozessen vorangetrieben. Transformation ist Wandel, der immer auch Kontinuität einschließt.

Transformation ist in diesem Verständnis ein endlicher, aber entwicklungsöffener Prozess, der im Falle eines erfolgreichen Verlaufs zur Herausbildung neuer, funktions- und entwicklungsfähiger Prozessstrukturen, eines neuen sozioökonomischen Entwicklungstyps und -modells sowie neuer kultureller Deutungsmuster führt. Transformation ist damit sowohl ein deskriptiver wie auch normativer Begriff. Transformation als Begriff und Konzept fragt danach, *was* geschah, *warum*, durch *wen* und *wie*, aber auch nach dem *Sinn*, der Bedeutung von Wandel und Veränderung. Das heißt, welche Folgen und Konsequenzen hat Transformation für die Gesellschaft, für die Menschen und ihre Lebensführung? Einem solchen Transformationsverständnis liegt kein statisch-stabiles Gleichgewichtsmodell, sondern ein dynamisches und entwicklungsoffenes Gesellschaftsmodell zugrunde. Transformation als gesellschaftlicher Wandlungsprozess ist in diesem Sinne also durchaus definier-, fixier- und bestimmbar.

Als Arbeitsbegriff und Analyseinstrument muss der Transformationsbegriff jedoch – gerade weil sich die Formen, Muster, Inhalte, Ziele der konkreten gesellschaftlichen Transformationsprozesse beträchtlich unterscheiden und verändern – stets weiter inhaltlich qualifiziert und präzisiert werden. Nicht zuletzt ist eine Schärfung des Transformationsbegriffs gerade in den aktuellen, besonders ökologisch geprägten Transformationsdebatten erforderlich. Indem diese die ökologischen Konfliktlagen kritisch thematisieren, stärken sie das Bewusstsein in der Gesellschaft für das Erfordernis neuer Entwicklungspfade. Doch wird Transformation in diesem Kontext oft als rein ökologisches Umbauprojekt der Industriegesellschaft interpretiert; nicht selten als primär technisch-organisatorisches Projekt, das eine Veränderung der allgemeinen Rahmenbedingungen durch eine neue institutionelle Steuerung von oben verlange. Dass Transformation vor allem aber ein gesellschaftlicher Wandlungsprozess ist, ein sozioökonomischer und soziokultureller Wandel, eine Transformation von unten und oben, ein Wandel der gesellschaftlichen Kräfteverhältnisse und grundlegende Eingriffe in das bestehende Akkumulations- und Regulationsregime erfordert, wird in vielen dieser aktuellen Debatten unterschätzt.

Auf der anderen Seite wird Transformation verschiedentlich aber auch als „alter Wein in neuen Schläuchen“ verstanden; als Fortführung des klassischen Revolutionsmodells und -konzepts eines plötzlichen, radikalen und die Gesellschaft erlösenden Systembruchs; nur eben als etwas längerer Prozess und mit einigen anderen, angepassteren Mitteln und Methoden.

Transformation in diesem hier entwickelten Verständnis ist jedoch einerseits ein eigener und spezifischer Typ sozialen Wandels und andererseits ein neues, weiterreichendes theoretisches und politisches Konzept sozialen, gesellschaftlichen Wandels, Übergangs und Umbaus, das sich von alten Gewissheiten unterschiedlicher Provenienz trennt, ohne neue festzuzurren. So formuliert auch Klaus Dörre für die Zunft der heutigen Sozialwissenschaftler völlig zu Recht: „Eine kritische Soziologie auf der Höhe ihrer Zeit hätte hingegen Begriffe und Kategorien zu entwickeln oder wieder zu entdecken und mit Inhalten zu füllen, die eine tiefgreifende gesellschaftliche Transformation bei Wahrung, Ausbau und Erweiterung von Demokratie überhaupt denkbar machen“ (Dörre 2011, 71).

Transformation – Kennzeichen eines spezifischen sozialen Wandlungstyps

Als spezifischer sozialer Wandlungstyp ist Transformation damit durch folgende Eigenschaften und Besonderheiten gekennzeichnet:

- Transformation ist ein Prozess der Destruktion, des *Übergangs und der Neukonstitution von Typen sozialer Ordnungen, von Typen sozioökonomischer und soziokultureller Entwicklungsweisen*. Transformation ist deshalb vor allem ein mehrdimensionaler, komplexer gesellschaftlicher Wandlungsprozess, ein prozessualer Wandel der Strukturen, Institutionen, kulturellen Deutungsmuster und Lebensweise (vgl. auch Grin et al. 2010, 11).
- Transformation ist charakterisiert durch eine *Wechselwirkung von intendierten, eingreifenden, langfristigen und umkämpften Prozessen grundlegender gesellschaftlicher Veränderungen und Umgestaltungen sowie von eigendynamischen, evolutionären, nicht steuerbaren Such-, Lern- und Experimentierprozessen*. Beide Seiten – Prozess und Handlung – können in den einzelnen Transformationsfällen eine unterschiedliche Gewichtung annehmen. Transformation unterscheidet sich dadurch von gesellschaftlichen Übergangsprozessen, die primär gesteuert (Transition) oder eher ungesteuert, evolutionär verlaufen.
- Transformation wird vor allem durch *endogene Ursachen*, Quellen, Anstöße, Ereignisse hervorgerufen: durch wirtschaftliche, soziale Konflikte, Krisen und Spannungslinien, die nicht zuletzt im Ergebnis von tiefgreifenden Widersprüchen zwischen neuen gesellschaftlichen Herausforderungen und tradierten politischen, wirtschaftlichen, sozialen Strukturen und Entwicklungsweisen auftreten und sich in kontroversen gesellschaftlichen Diskursen, sozialen Handlungen und gesellschaftspolitischen Auseinandersetzungen zwischen unterschiedlichen und entgegengesetzten Akteurskoalitionen sowie hegemonialen gesellschaftlichen Konstellationen manifestieren. Neben endogenen Ursachen können auch *exogene Anstöße, Ereignisse* für Transformationsprozesse ein beachtliches Gewicht erlangen.
- Transformation als Umwandlungsprozess von Typen sozialer Ordnung kann sich in einer *Vielfalt von Formen* vollziehen, die oft auch als Kombination auftreten: als gerichteter und ungerichteter, geordneter und ungeordneter Wandel, eher allmählich oder eher eruptiv, als Konvergenz oder Zusammenbruch, von unten und von oben. Charakteristische *Muster* bzw. Varianten gesellschaftlicher Transformation sind zum einen der Umbau bestehender und zum anderen der Aufbau neuer, alternativer Regelsysteme, Institutionen, Strukturen.
- Transformationen verlaufen – in Abhängigkeit von der Tiefe des zu bewerkstelligenden Wandels und der gegebenen Macht- und Kräftekonstellationen – in *unterschiedlicher Zeitdauer*. Typisch für gesellschaftliche Transformationen in den heutigen kapitalistischen Gesellschaften sind jedoch nicht so sehr plötzlich eintretende und in kurzer Frist sich vollziehende radikale Brüche, sondern

„a typ of change that is *slow and transformation at the same time*“ (Streeck/Thelen 2005, 15). Im Ergebnis einer Vielzahl gradueller Transformationen über einen längeren Zeitraum können sich dann substanzielle, tief greifende, nachhaltige gesellschaftliche Veränderungen ergeben, die keine einfache oder erweiterte Reproduktion des Gegebenen bedeuten.

- Transformation ist trotz Zukunftsannahmen und normativer Leitideen der Akteure ein *kontingenter, offener Entwicklungsprozess*. Als Resultate von Transformation ist deshalb sowohl ein neuer, zukunftsfähiger Typ sozialer Ordnung und sozioökonomischer und soziokultureller Entwicklung möglich wie auch ein Kompromiss (Hybride) oder auch Phasen gesellschaftlicher Stagnation, des Scheiterns und der Regression (vgl. auch Eisenstadt 1982).
- Als allgemeine *Indikatoren eines neuen Entwicklungstyps* können gelten: Veränderte gesellschaftliche Rahmenbedingungen, die nicht einfach rückgängig gemacht werden können, die Etablierung neuer Kernakteure als Träger der neuen Entwicklungsweise, die Institutionalisierung wesentlich anderer, alternativer und zukunftsfähiger Regeln und Strukturen (vgl. auch Dolata 2011, 152 f.).

Transformation als spezifischer Typ sozialen Wandels ist – zusammengefasst – durch folgende Merkmale charakterisiert: Umwandlung des Typs sozialer und kultureller Ordnung und Entwicklung; Komplexität (von Ökonomie bis Kultur); Schwarm von Akteuren, die mehr oder minder einen gemeinsamen Zielhorizont teilen; Ergebnisoffenheit; Indikatoren, die das Messen von Erfolg/Misserfolg erlauben.

Transformation als neuer Typ des gesellschaftlichen Wandels ist deshalb nach anderen als den bislang in den Sozialwissenschaften dominierenden Modellen und Konzepten des sozialen Wandels zu beschreiben, aber auch in kritischer Differenz zu den klassischen Theoriemodellen der Revolution.

2. Zeitdiagnose: Umbruch- und Übergangsepoche – Transformation auf der historischen Agenda

Transformation ist in der gesellschaftlichen Wirklichkeit begründet, vor allem in den Interessen, Bedürfnissen, Erwartungen und Hoffnungen der Menschen auf ein selbstbestimmtes, „gutes Leben“ in einer „guten Gesellschaft“ (vgl. auch Rosa 2012, 408 f.). Die Analyse der gesellschaftlichen Verhältnisse und insbesondere des kapitalistischen Marktsystems und seiner Folgen für das Zusammenleben der Menschen stelle, so Polanyi, „die Basis dar für die Analyse der Entwicklung und der Transformation der gegenwärtigen Gesellschaft“ (Cangiani et al. 2005, 58). Transformation heute denkbar machen, das heißt zunächst, die gegenwärtige

Epoche als „Gesellschaft im Umbruch“ (Baethge/Bartelheimer 2005) und als „Zeit historischen Übergangs“ zu verstehen: Eine *Epoche* wirtschaftlicher, sozialer, kultureller Entwicklung geht zu *Ende und eine neue Umbruch- und Übergangsepoche* hat begonnen. Die *Ursache und der Kern* dieser neuen Umbruch- und Übergangssituation bestehen darin, dass das über mehr als zwei Jahrhunderte hegemoniale Entwicklungs-, Wachstums-, Industrie- und Fortschrittsmodell an seine natürlichen und gesellschaftlichen Grenzen gestoßen und auf den Prüfstand gestellt ist. Dieses Entwicklungs- und Modernisierungsmodell des Westens, das einst beachtlichen wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Fortschritt bewirkte, ist mit seinen Folgen – von der kapitalistischen Wachstumslogik mit ihrem ungebremsten und die Natur zerstörenden Ressourcenverbrauch über den rasch sich vollziehenden Klimawandel bis zur Verschärfung der sozialen Ungleichheiten und Spaltungen weltweit – im Grunde nicht verlängerbar und nicht verallgemeinerbar oder nur noch um den Preis irreversibler Schäden und Zerstörungen der Natur, der Gesellschaft und des Menschen (vgl. auch Randers 2012). Ein Entwicklungsmodell, das sich nach Herausbildung, Aufstieg, Erfolg, Blockierung, Erosion nun in einer Phase der Krise und des Umbruchs befindet. Dabei stehen wir heute eher am Anfang dieser neuen Umbruchphase.

Meine Schlussfolgerung aus dieser Zeitdiagnose lautet deshalb: Die heutigen Konfliktstrukturen, weltweiten sozialen, ökonomischen und ökologischen Krisen und Brüche sowie längerfristigen Trends nicht primär als *Zusammenbruchsszenario*, sondern als *Übergangs- und damit als Transformationsepoche* zu interpretieren. Eine Übergangs- und Transformationsepoche, die einen längeren historischen Zeitraum umfassen wird (der Club of Rome geht in seiner jüngsten Prognose von mehr als 50 Jahren aus, vgl. ebd.), erhebliche Gefährdungen einschließt, aber auch neue Chancen eröffnet und neue Suchprozesse ermöglicht; eine Epoche, deren Ausgang aus heutiger Perspektive jedoch offen ist. In solchen Umbruch- und Übergangsphasen gewinnt daher vor allem das Handeln der Menschen, der gesellschaftlichen Akteure eine neue historische Dimension.

Das Paradigma der Transformation – also abgeleitet aus einer neuen, historischen Umbruch- und Übergangsphase. Das Paradigma der Transformation – zugleich abgeleitet aus einer neuen Handlungsdimension, denn die Erfahrungen der Geschichte der sozialen und politischen Bewegungen und Auseinandersetzungen des vergangenen Jahrhunderts belegen: Das Setzen auf den radikalen, revolutionären Bruch und auf eine „Diktatur des Proletariats“ als Weg zur Aufhebung von Ausbeutung, Unterdrückung und Entfremdung ist gescheitert und diskreditiert. Es konnte dem anonymen Diktat der Kapitallogik keine neue, bessere Zukunft entgegensetzen. Aber auch der Weg der Zähmung

und Einhegung der kapitalistischen Marktgesetze und -auswüchse durch gesellschaftliche Steuerung und demokratische Reformen, der lange Zeit progressive gesellschaftliche Veränderungen bewirkte, konnte letztlich die neue Dominanz eines sich radikalisierenden Marktes („Neoliberalismus“) über Mensch, Natur, Gesellschaft nicht aufhalten (vgl. dazu auch Hobsbawm 1998, 688 u. 694 ff.). Transformation – als Alternative zur Verabsolutierung des gesellschaftlichen Bruchs einerseits und eines systemimmanenten Wandels andererseits. Strukturell und kulturell geht es um einen grundlegenden *Pfadwechsel*, um eine einschneidende *gesellschaftliche Transformation*. Transformation verstanden als längerfristiger Übergang zu einem neuen Typ nachhaltiger wirtschaftlicher Entwicklung, sozialer Teilhabe, demokratischer Bürgerbeteiligung und sozialer und humaner Lebensqualität.

„Rückblickend ist nicht mehr strittig, dass die 1970er Jahre eine Wendezeit waren“ (Streeck 2013, 23), genauer die Wendezeit in diesem Epochenbruch. In den 1970er Jahren setzte eine „systemübergreifende Krise europäischer Industriegesellschaften“ (Steiner 2006, 1) ein, die die kapitalistischen des Westens ebenso traf wie die realsozialistischen des Ostens. Es war, wie Konrad Jarausch feststellt, der Beginn eines „fundamentalen gesellschaftlichen Strukturwandels“ und einer „strukturellen Transformation“ (Jarausch 2006, 4). Ihr Kern besteht in der Krise des sozioökonomischen und soziokulturellen Entwicklungspfades und Gesellschaftsmodells. Der „fordistische“ Entwicklungspfad stieß an seine immanenten Grenzen. Der steigende Verbrauch nicht erneuerbarer Energie und Rohstoffe und die Zunahme der Emissionen bilden die Grenze dieses Typs wirtschaftlicher Entwicklung – und die Grenzen wurden in den 1970er Jahren global spürbar (Land 2009): Ölkrise, Ölpreisschock, steigende Energie- und Rohstoffpreise, Ende des internationalen Währungssystems von Bretton Woods, fallende Wachstumsraten des BIP, Zurückbleiben der Löhne hinter der Produktivitätsentwicklung, Verfestigung einer Sockelarbeitslosigkeit, partielle Aufhebung des Teilhabemodus. Der Club of Rome sprach erstmals von den „Grenzen des Wachstums“ (Meadows et al. 1973). Seine wichtigste Schlussfolgerung lautete: „Wenn sich nicht grundsätzlich etwas änderte, war die Menschheit im Begriff auf gefährliche Weise über die materiellen Grenzen unseres Planeten hinauszuwachsen“ (Randers 2012, 14). Diese neuen, ungewohnten Blockaden und Konflikte führten bei den verschiedenen Akteuren zu Verunsicherungen und zu unterschiedlichen Suchstrategien. Doch eine tragfähige Alternative konnte sich letztlich nirgendwo durchsetzen.

Die staatssozialistisch-fordistischen Gesellschaften fanden – aufgrund ihrer strukturellen und subjektiven Reformunfähigkeit – auf die neuen Herausforde-

rungen des gesellschaftlichen Strukturwandels und der Transformation keine überzeugende Antwort. Die Folge war eine schleichende Erosion, die schließlich die Implosion ihres Gesellschafts- und Wirtschaftsmodells bewirkte.

In den kapitalistisch-fordistischen Gesellschaften kam es zu vielfältigen Auseinandersetzungen und auch zu Versuchen progressiver gesellschaftlicher Akteure, den Nachkriegskapitalismus emanzipatorisch, demokratisch und sozialökologisch umzubauen. Doch letztlich setzte sich die Fraktion des Kapitals durch, die im Neoliberalismus und Marktfundamentalismus die Antwort auf die Krise und die neuen Herausforderungen suchte. Eingeleitet und vorangetrieben wurde eine *marktliberale Transformation der Wirtschaft* (Übergang vom sozialstaatlich regulierten Kapitalismus zur „Entbettung“ des Marktes und zur Dominanz des Finanzmarktkapitalismus), des *Staates* (Übergang vom Sozialzum Wettbewerbsstaat) und der *Gesellschaft* (Übergang von einer partiellen Teilhabe- zu einer marktradikalen Konkurrenzgesellschaft). So beschreibt auch Wolfgang Streeck die Zeit seit den 1970er Jahren als „langgezogene Wende vom Sozialkapitalismus der Nachkriegszeit zum Neoliberalismus des beginnenden 21. Jahrhunderts“ (Streeck 2013, 19). Damit verbunden war die Freisetzung von neuen Anpassungskapazitäten, Stabilitäts- und Innovationspotenzialen. Die Grenzen des bisherigen Pfades aber konnten nicht überwunden werden. Im Gegenteil. Das neoliberale Projekt, das 30 Jahre lang weltweit die Vorherrschaft innehatte, mündete schließlich in die größte Krise der Nachkriegsgeschichte. Sie hat die systemischen Grenzen des Finanzmarktkapitalismus und des dominierenden Entwicklungspfades und -modells noch deutlicher sichtbar werden lassen. Der Traum, Kapitalverwertung könne auf Kosten von Lohnarbeit, Sozialstaat, anderen Konkurrenten und gegen Gemeinwohl und Öffentlichkeit auf Dauer gewährleistet werden, zerplatzte (vgl. Land 2009; Reißig 2009a, 136 ff.).

Die nach 1989/90 einsetzende postsozialistische Transformation im Osten (als dem schwächsten Kettenglied) war dann doch nicht – wie im politischen und wissenschaftlichen Mainstream postuliert – das „Ende der großen Gesellschaftsalternativen“ (Bell 1989) oder gar das „Ende der Geschichte“ (Fukuyama 1992), sondern im Gegenteil der Beginn einer neuen Ära der Transformation. Doch am alten Entwicklungs- und Wachstumspfad orientiert, konnte die postsozialistische Transformation das Tor zur neuen sozialökologischen und demokratisch-emanzipativen Transformation nicht aufstoßen.

Nach der Transformation ist deshalb vor der Transformation, der Transformation gerade auch der entwickelten kapitalistischen Gesellschaften, der Weltgesellschaft, der gesamten Moderne. War es eine grundlegende Schwäche zumindest der vom Mainstream dominierten Transformationsforschung der 1990er Jahre,

die postsozialistische Transformation im Osten – entgegen kritischer Einwände vor allem ostdeutscher Sozialwissenschaftler – nicht im Zusammenhang mit der erforderlichen Transformation im Westen zu betrachten, so ist es umgekehrt eine erhebliche Schwäche der gegenwärtigen Transformationsforschung, die heutige Transformation ohne die Erfahrungen und Erkenntnisse aus der postsozialistischen Transformation und Transformationsforschung zu bearbeiten (vgl. dazu Reißig 2011, 31 ff.).

Die Notwendigkeit einer Richtungsänderung in den entwickelten kapitalistischen Ländern betont inzwischen auch die OECD. So wird in ihrem Bericht vom November 2012 festgestellt: „Über den Projektionszeitraum dieses Wirtschaftsausblicks hinaus besteht die Herausforderung für die Politik darin, die Weltwirtschaft auf einen neuen langfristigen Pfad zu lenken. Voraussetzung dafür ist eine Abkehr vom ‘Weitermachen wie bisher’ der Vorkrisenzeit. Die Politik muss nicht nur das Finanzsystem wieder in Ordnung bringen, sondern auch Wege finden, um die ökologische Nachhaltigkeit zu sichern und den wachsenden Ungleichheiten zu begegnen“ (OECD 2012).

Diese Erfordernisse eines Richtungswechsels lassen sich auch am Wandel des gesellschaftskritischen Diskurses nachzeichnen. Was als erste Diskussion um Grenzen des Wachstums (1970er Jahre) begann, dann als Diskurs um nachhaltige Entwicklung (1980er und folgende Jahre) fortgesetzt wurde, später in jenen von ökologischer Modernisierung und Green New Deal (seit den 1990er Jahren bis heute) führte, erfährt nun seine weiterführende, gesellschaftsverändernde Struktur im gesellschaftskritischen Diskurs um eine sozialökologische und demokratisch-solidarische Transformation. Dies zeugt zum einen von der schon längeren Diskussion um eine Korrektur der bislang dominierenden Entwicklungs-, Fortschritts- und Wachstumsvorstellungen. Es reflektiert zum anderen einen nun sich herausbildenden neuen, über das bisherige systemimmanente Modelldenken hinausgehenden Such- und Lernprozess in einer Zeit des historischen Umbruchs und Übergangs. Da die Frage nach grundlegenden Richtungsentscheidungen und nach einem grundlegenden Richtungswandel im Kontext der tief greifenden sozialökologischen sowie gesellschaftlichen Krisen und Brüche erstmals wieder auf die Tagesordnung gerückt ist, ist gerade auch der Diskurs um Transformation als grundlegender gesellschaftlicher Wandel neu herausgefordert. Noch aber ist dieser gesellschaftskritische Diskurs nicht zu einem neuen gesellschaftspolitischen Diskurs geworden. Doch Wandel, Transformation der Gesellschaft beginnt mit Wandel im gesellschaftlichen Feld und speziell im gesellschaftlichen Diskurs, mit Wandel in den Köpfen der Menschen. Gerade in Zeiten von Umbruch und Übergang ist es die Ebene der Diskurse, die wesentlich

darüber entscheidet, in welche Richtung sich Gesellschaften bewegen (vgl. auch Turowski/Mikfeld 2013 sowie frühere Transformationsfälle).

3. Die heutige Transformation – eine Gesellschafts-Transformation eigenen Typs. Merkmale und Besonderheiten

Wenn im folgenden Merkmale und Besonderheiten dieses Wandlungstyps als einzelne Komponenten beschrieben und erklärt werden, dann sei betont, dass diese jedoch alle miteinander im Zusammenhang stehen und als Ganzes keinen Mix, sondern einen spezifischen Transformationstyp charakterisieren und ein Transformationskonzept mit eigener Qualität bilden – und so am Ende dieser Darstellung auch wieder zusammengeführt werden.

Aus *entwicklungstheoretischer Perspektive* kann Transformation als spezifischer Typ sozialen Wandels analytisch weiter differenziert werden. Transformation als Wandel, Übergang, Wechsel von *Zivilisationstypen* (z.B. archaische, traditionale, moderne), von *Formationstypen* (klassisch: Übergang vom Feudalismus zum Kapitalismus und zur Herausbildung und Formierung der bürgerlichen Gesellschaft), von *sozioökonomischen und soziokulturellen Gesellschafts- und Entwicklungstypen/-modellen* (als Typ Gesellschafts-Transformation z.B. staatssozialistische Transformationen im 20. Jahrhundert, postsozialistische Transformationen nach 1989/90) und schließlich von *politisch-institutionellen Regimetypen* (Transition; z.B. Entwicklung nach 1945 in Deutschland, Italien, Japan oder in Ländern Südeuropas, Lateinamerikas und Asiens zwischen den 1970er und 1990er Jahren).

Die heute auf der historischen Agenda stehende neue Transformation als spezifischer Wandlungstyp ist in meinem Verständnis eine *Gesellschafts-Transformation*, die eigene Merkmale und Besonderheiten aufweist. Sie kann nicht allein – wie es oft geschieht – auf Wandel der technisch-organisatorischen Strukturen bzw. auf einen „ökologischen Umbau des Industriesystems“ oder auf einen Typ „klimaverträglicher und ressourceneffizienter Entwicklung“ (WBGU 2011), so wichtig dies ist, beschränkt werden.

Analysiert man die realen Wandlungs- und Transformationsprozesse unserer Zeit, so kann nun auch geprüft werden, ob und inwiefern die allgemeinen Eigenschaften/Kennzeichen von „Transformation als sozialer Wandlungstyp“ (vgl. ersten Abschnitt) auch auf den spezifischen Typ „*Gesellschafts-Transformation*“ in der Gegenwart zutreffen und wo die Unterschiede liegen. Vergleicht man dann noch diese heutige Gesellschafts-Transformation mit der ersten Großen Transformation der Neuzeit (18./19. Jahrhundert) und mit nachfolgenden Fällen von

Gesellschafts-Transformation im 20. Jahrhundert, so können einige bedeutsame Veränderungsprozesse im aktuellen Transformationsgeschehen herausgearbeitet und charakteristische Merkmale und Besonderheiten der gegenwärtigen Transformation bestimmt und als Typ „Gesellschafts-Transformation“ in einer neuen Umbruchs- und Übergangsperiode verallgemeinert und konkretisiert werden. Keine Frage, dass jedoch erst mit dem weiteren Verlauf dieser heutigen Transformation tiefgründigere Analysen und damit weiterführende empirische und theoretische Erkenntnisse möglich werden.

1. *Transformationstyp: Gesellschafts-Transformation*

Der Oberbegriff Transformation als spezifischer Typ sozialen Wandels konkretisiert sich im Unterbegriff Gesellschafts-Transformation. Gesellschafts-Transformationen sind Wandlungs- und Umwandlungsprozesse auf *gesamtgemeinschaftlicher Ebene*, mit denen sich letztlich die gesamte Struktur und Formbestimmtheit gesellschaftlicher Produktions- und Lebensweise wandeln. Oder anders formuliert: Gesellschafts-Transformationen sind strukturelle Wandlungen, in denen sich die Typen sozialer Ordnung, die Typen sozioökonomischer und soziokultureller Entwicklung grundlegend verändern.

Weltgeschichtlich können bislang zwei typische Fälle (Varianten) eines solchen Formations- bzw. Gesellschaftsformwechsel unterschieden werden. Zum einen der Fall von Transformation, der in langfristigen, sich überlappenden evolutionären und revolutionären Teilprozessen und Zyklen, gesamtgesellschaftlich eher überwiegend unbewusst, aber letztlich sich doch auch gerichtet vollzieht. Charakteristisch hierfür war der von Marx analysierte Formationsübergang vom Feudalismus zur „modernen bürgerlichen Gesellschaft“ (Marx 1983, 383 ff.), der sich über einen Zeitraum von rund 300 Jahren vollzog. Ein Transformationsprozess, den später Karl Polanyi in seinem Werk „The Great Transformation“ mit Blick auf die Ereignisse der ersten Hälfte des 20. Jahrhunderts weiterführend analysierte (Polanyi 1995).

Zum anderen der Fall von Transformation, der eher Versuche einer bewussten, gesteuerten gesellschaftlichen Umwälzung markiert, in denen die handelnden Akteure auch relativ klare Vorstellungen von ihren Zielen und der neu zu schaffenden sozioökonomischen und politischen Ordnung haben. Sie sind in der Regel von kürzerer Dauer, doch erstreckt sich ihr Gesamtprozess – vor allem die soziokulturelle Transformation – auch in diesem Fall über längere Zeiträume. Beispiele dieser Gesellschafts-Transformation sind unter anderem die ansonsten so unterschiedlichen realsozialistischen sowie die postsozialisti-

schen Transformationen im 20. Jahrhundert. Sowohl zur Transformation als Übergang vom Kapitalismus zum Sozialismus liegen theoretische Arbeiten vor (u.a. Bucharin 1990; Hobsbawm 1998; Bahro 1980) als auch insbesondere zur postsozialistischen Transformation des Übergangs vom Staatssozialismus zu demokratisch-kapitalistischen Gesellschaften (u.a. Beyme/Offe 1996; Reißig 1998 u. 2000; Wiesenthal 2009). Darauf kann die heutige Transformationsforschung zurückgreifen wie auch auf die Ergebnisse der Forschungen zur Transition, zum politischen Ordnungswechsel bürgerlich-kapitalistischer Gesellschaften (u.a. O'Donnell/Schmitter 1986; Merkel 2010).

Trotz seines voraussetzungsvollen, ambivalenten und hinsichtlich seiner Resultate offenen Charakters – so meine begründete Hypothese – ist der Transformationstyp „Gesellschafts-Transformation“ im globalen Maßstab des 21. Jahrhundert im Wachsen begriffen. Auch die Transformation in den modernen bürgerlich-kapitalistischen Gesellschaften kann meines Erachtens als ein weiterer spezifischer Fall diesem Transformationstyp „Gesellschafts-Transformation“ zugeordnet werden. Denn bei dieser neuen Transformation geht es schließlich auch um einen grundlegenden strukturellen Wandlungs- und Umwandlungsprozess des Gesellschaftstyps/-modells, des Typs sozioökonomischer und soziokultureller Entwicklungsweise. Dabei gibt es offensichtlich Gemeinsamkeiten wie grundlegende Unterschiede zu den anderen beiden genannten Fällen/Varianten von Gesellschafts-Transformation im bisherigen Geschichtsprozess. Denn der Transformationstyp „Gesellschafts-Transformation“ trat bislang bereits und tritt künftig in jeweils unterschiedlichen Formen, Gestalten, Strukturen auf.

2. Historischer Vergleich: Zweite Große Transformation der Neuzeit

Die heute auf der historischen Agenda stehende Transformation kann meines Erachtens zugleich als eine *Große Transformation* und im historischen Kontext als „Zweite Große Transformation“ der Neuzeit (Reißig 2006 u. 2009b) gedeutet werden. Der Begriff Große Transformation verbindet sich mit dem Namen Karl Polanyi und seiner Arbeit „The Great Transformation“ aus dem Jahr 1944. Polanyi untersucht und beschreibt darin den Prozess des allmählichen, lang andauernden Übergangs an verschiedenen Orten der Welt von den unterschiedlichen vorkapitalistischen Formen der Wirtschaft und Arbeit zur kapitalistischen Warenproduktion, zur kapitalistischen Marktwirtschaft und zur Herausbildung der Moderne. Es handelte sich bei dieser (ersten) Großen Transformation der *Neuzeit* um einen „Epochenwechsel“, der zur „Verwandlung der Welt“ (Osterhammel 2011) führte. Eine Verwandlung, indem sich ökonomische, kulturelle, soziale,

ökologische Prozesse unterschiedlicher Tempi und Dynamiken überlagern, beeinflusst von einer Vielzahl von Akteursgruppen mit unterschiedlichen Interessen, die schließlich eine spezifische Richtung des Wandels befördern (ebd.). Und die politischen Formen dieses Übergangs zur industriell-kapitalistischen Marktwirtschaft waren in ihrer Gesamtheit gekennzeichnet durch tiefe, revolutionäre Schübe und reformerische Transformationsperioden (Middel 1998, 66). In der heutigen lang andauernden Umbruch- und Übergangsepoche geht es ebenso um eine epochale gesellschaftliche Transformation. Das betrifft sowohl die Tiefe und Dynamik als auch die allgemeine Richtung des Wandels. Denn mit dieser heutigen Gesellschafts-Transformation ist der am tiefsten greifende Struktur-, Wirtschafts-, Kultur- und Gesellschaftswandel seit Beginn des Industriezeitalters verbunden. Es handelt sich dabei um den grundlegendsten Wandel und Umbauprozess in der Geschichte der Moderne, der Zivilisation überhaupt. Auch im jüngsten Bericht des Club of Rome mit dem Titel „2052“ nimmt Jorgen Randers eine solche historische Einordnung der Transformation vor, wenn er feststellt: „Ich spreche von einem Paradigmenwechsel, der vielleicht noch umfassender sein wird als der Aufstieg der Neuzeit aus dem Mittelalter. [...] Die Alternative muss sich entwickeln, ihre Überlegenheit demonstrieren und allmählich in Führung gehen“ (Randers 2012, 363).

Es wird deshalb davon ausgegangen, dass es in der Geschichte der Menschheit bislang nur zwei Große Transformationen, grundlegende epochale Umbruchphasen gab, die mit der heutigen Großen Transformation vergleichbar wären: die *Neolithische Revolution*, die den Übergang von der Jäger- und Sammlergesellschaft zur Agrargesellschaft verkörperte und eine grundlegende Änderung der ökonomischen Aktivitäten, der sozialen Rolle der Menschen, der Natur der Gesellschaft und ihrer Institutionen bewirkte (vgl. dazu Robinson 2008, 11 ff.), sowie die eben charakterisierte *Industrielle Revolution* und der allmähliche Übergang an verschiedenen Orten der Welt von den unterschiedlichen vorkapitalistischen Formen des Wirtschaftens und Arbeitens zur kapitalistischen Warenproduktion, zur kapitalistischen Moderne.

Doch verwendet Polanyi den Begriff Große Transformation – was oft unberücksichtigt bleibt – nicht nur für diesen (*welt-*)*historischen Übergangsprozess*, sondern auch für den konflikthafter *Wandlungs-, Umwandlungs- und Auseinandersetzungsprozess innerhalb der bürgerlichen Gesellschaft*. Letzterem gilt sogar sein vorrangiges Interesse, wie seine umfangreichen Artikel und Aufsätze über mehrere Jahrzehnte zeigen (Polanyi 2002, 2003 u. 2005). Polanyi beschrieb hier vor allem eine Entwicklung, wie sich mit dem Übergang zur kapitalistischen Marktwirtschaft das Marktsystem institutionell aus seiner früheren gesellschaft-

lichen, sozialen und kulturellen Einbindung löste und sich Arbeit, Grund und Boden sowie Geld in Waren verwandelten (Polanyi 1995, 107 ff.). Dies riss, wie Polanyi betont, die menschliche und natürliche Substanz in den Strudel des Marktgeschehens und führte zur Herausbildung einer „Marktgesellschaft“ (ebd., 109). Ihre Dominanz und Herrschaft sind mit zerstörerischen Folgen für Mensch und Natur (ebd., 15) verbunden. Die Gesellschaft als Vielfalt widerstreitender Interessen und Tendenzen ist dem Marktliberalismus jedoch nicht bedingungslos ausgeliefert. Denn die zunehmende Zerstörung der demokratischen Gesellschaft führt – so Polanyi – auf den unterschiedlichen Ebenen zu vielfältigen Gegenreaktionen und -bewegungen. Polanyi hielt eine „neue Demokratie“ für erforderlich, in der die Menschen rational und selbstbestimmt ihre Gesellschaft bedürfnisgerecht gestalten. Freiheit nicht mehr auf Kosten von Gerechtigkeit und Sicherheit, sondern Gerechtigkeit und Sicherheit als Bedingungen auch für umfassende Freiheitsrechte des Einzelnen. Eine Entwicklung, in der die demokratische Gesellschaft über den selbstregulierenden Markt obsiegt und damit das Ende der „Marktgesellschaft“, aber nicht der „wettbewerbsfähigen Märkte“ eingeleitet wird (ebd., 333).

Diese „*Doppelbewegung der Transformation*“ (Polanyi) – selbstregulierender Markt mit seinem Zerstörungspotenzial für die menschliche und natürliche Substanz der Gesellschaft oder gesellschaftliche Regulierung und Primat einer freiheitlich-demokratischen Gesellschaft – entscheidet sowohl über die weitere Entwicklung der bürgerlich-kapitalistischen Gesellschaft als auch über den Verlauf des historischen Übergangsprozesses. Die Kategorie der Doppelbewegung ist deshalb die zentrale Kategorie der Großen Transformation (Polanyi 2002, 24).

Dieser Begriff Große Transformation wird von mir in ebendiesem zweifachen Verständnis gebraucht – als Formung und Umformung der bürgerlichen Gesellschaft und als historischer Übergangsprozess (grundlegender Wandel und Neukonstituierung des Typs von Wirtschaft, Arbeit, Leben). In diesem Sinne sind die Begriffe Große Transformation und Zweite Große Transformation mehr als schmückende Beiworte, sondern reflektieren im Gegenteil eine zusammenhängende und doch auch zu unterscheidende gesellschaftliche Umbruch- und Transformationsdimension.

3. „Einheiten“ der heutigen Gesellschafts-Transformation: Entwicklungs- und Gesellschaftsmodelle

In diesen konflikthaften Wandlungs-, Umformungs- und Übergangsprozessen bürgerlich-kapitalistischer Gesellschaften bilden in meiner Perspektive heute

„Entwicklungs- und Gesellschaftstypen und -modelle“ die „Einheiten“ der Transformation. Diese sind zugleich ein wesentlicher Zugang zur Analyse und Erklärung der komplexen und ambivalenten gesellschaftlichen Transformationsprozesse.

Im Prinzip sollen mit „Gesellschafts- und Entwicklungstyp und -modell“ das spezifische gesellschaftliche Entwicklungs- und Kulturmuster, das spezifische Herrschafts-, Wirtschafts- (bzw. Produktions-) und Sozialmodell, die typische individuelle Lebensführung und -weise reflektiert und verallgemeinert werden. Oder „soziologischer“ formuliert: Gesellschaftstyp/-modell ist ein sozioökonomischer Entwicklungszusammenhang, der sowohl die Makro- als auch die Mikroebene umfasst. Auf der Makro- oder Systemebene umfasst er das Wirtschafts-, Produktions- und Sozialmodell mit den damit verbundenen Macht-, Eigentums- und Herrschaftsverhältnissen. Auf der Mikroebene, das heißt der individuellen Ebene, geht es um die individuellen Verfügungs-, Teilhabe- und Emanzipationsmöglichkeiten.

Gesellschafts- und Entwicklungsmodelle prägen die modernen bürgerlich-kapitalistischen Gesellschaften, ihre Funktions- und Entwicklungslogik über lange historische Zeiträume. Dabei setzten sich in bestimmten historischen Zeiträumen jeweils dominierende Gesellschafts- und Entwicklungsmodelle durch. Neben ihren allgemeinen Merkmalen weisen sie von Land zu Land zugleich vielfältige Besonderheiten, Spezifika, „Abweichungen“ (Varianten, Variationen) auf. Gesellschafts-Transformation ist mithin ein Wandel, der durch heftige Auseinandersetzungen zwischen dem alten und dem neuen Entwicklungsparadigma und den damit inhärenten Interessendivergenzen und -gegensätzen gekennzeichnet ist.

Betrachtet man allein jüngste gesellschaftliche Transformationsprozesse im und des Kapitalismus, so lassen sich die Prozesse der Herausbildung, Konstitution, Erosion und des schließlichen Umbruchs sozioökonomischer und soziokultureller Entwicklungs- und Gesellschaftsmodelle plausibel nachzeichnen. In den USA der 1930er Jahre, dann nach dem Zweiten Weltkrieg in entwickelten kapitalistischen Industrieländern, und gerade auch in Westdeutschland, bildete sich das „fordistisch-wohlfahrtsstaatliche Entwicklungsmodell“ heraus und bestimmte für Jahrzehnte die Funktions- und Entwicklungslogiken kapitalistischer Entwicklung. Es war durch eine Reihe allgemeiner Merkmale und institutioneller Bausteine gekennzeichnet, die ein alles in allem in sich konsistentes und funktionierendes Gesellschafts- und sozioökonomisches Entwicklungsmodell konstituierten, das eine neue Entwicklungsweise generierte (vgl. Busch, Land 2013 und Reißig 2009a: 117 ff.). Es wirkte als Kombination von fordistischer Massenproduktion,

beständigem Wirtschaftswachstum, produktivitätsorientierter Lohnentwicklung und Ausbau staatlicher Sozialleistungen, von Sozialpartnerschaft und gewerkschaftlicher Mitbestimmung. Zugleich wirkte dieses Entwicklungsmodell kaum in Richtung emanzipativer individueller und gesellschaftlicher Entwicklung.

Bekanntlich stieß dieses technoökonomische und soziokulturelle Modell seit etwa Mitte der 1970er Jahre an seine immanenten Grenzen. Krisen und Erosionsprozesse dieses fordistisch geprägten sozioökonomischen Entwicklungsmodells waren die Folge. Was in den 1970er/1980er Jahren sich vollzog, erwies sich (später) als charakteristisches Merkmal einer historischen Umbruchsituation und Übergangsepoche. Durchgesetzt hat sich nicht – wie gezeigt – ein neuer, ökosozialer, nachhaltiger, demokratisch geprägter Transformations- und Entwicklungspfad, sondern eine marktliberale, restaurative Transformation. In ihrem Ergebnis bildete sich ein tief greifend verändertes, kohärentes neoliberaleres, marktradikales Gesellschafts- und Entwicklungsmodell heraus, das lange funktionierte und dann mit der 2008 aufbrechenden großen Krise des Finanzmarktkapitalismus erodierte (zur Charakterisierung des marktliberalen Entwicklungs- und Gesellschaftsmodells vgl. Reißig 2009a: 124 ff.).

4. Sozialer Gehalt heutiger Gesellschafts-Transformation – Übergang zu einem neuen Typ sozioökonomischer und soziokultureller Entwicklungsweisen

Bei der neuen Gesellschafts-Transformation im 21. Jahrhundert geht es nicht um die Rückkehr zur Vergangenheit, zum Sozialkapitalismus der Nachkriegszeit, sondern um den schrittweisen Übergang zu einem neuen, zukunftssträchtigen sozioökonomischen und soziokulturellen Gesellschafts- und Entwicklungstyp/-modell. Das schließt gewandelte Strukturen, Institutionen (Um- und Neuaufbau), Regeln ein, die einen neuen Typ von demokratischer Gesellschaft und sozialer Entwicklung generieren. Eine Entwicklung, in der die Dominanz finanzmarktgetriebener, kapitalistischer Verwertungsbedingungen allmählich zurückgedrängt würde und gesellschaftliche, das heißt soziale, ökologische, demokratische Verwertungsbedingungen sich immer mehr durchsetzen.

Auf der historischen Agenda steht mithin eine grundlegende gesellschaftliche Transformation als nachhaltige Umwandlung des heutigen Entwicklungspfades. Diese ist jedoch konfrontiert mit einer über 30-jährigen neoliberalen „Entbetung“ des Marktes, der Deregulierung und umfassenden Privatisierung und der Herausbildung eines marktliberalen/-radikalen Gesellschafts- und Entwicklungsmodells. Das erfordert zunächst und vor allem – in Anlehnung an Karl

Polanyi – das Ringen um die „Wieder-Einbettung“ und Re-Regulierung des außer Kontrolle geratenen Marktes, insbesondere des Finanzmarktes. Die heutige Phase der Gesellschafts-Transformation vollzieht sich deshalb als „Doppelbewegung der Transformation“ (Polanyi) innerhalb der bürgerlich-kapitalistischen Gesellschaft, als Auseinandersetzung zwischen der Tendenz zum selbstregulierenden Finanzmarkt mit seinen Zerstörungspotenzialen für die menschliche und natürliche Substanz der Gesellschaft und der Tendenz zur gesellschaftlichen Regulation und zum Primat einer demokratischen Gesellschaft, einer erneuerten Demokratie (Polanyi). In diesem Sinne heißt progressive Transformation heute deshalb Abwehr der Folgen marktradikaler Entwicklung und Schritte zur Richtungsänderung kapitalistischer Produktions- und Entwicklungsweisen (vgl. auch Bischoff/Lieber 2013). Gewinnt die demokratische Politik den Primat über die Ökonomie zurück? Kann eine Kulturgesellschaft über den radikalisierten Markt, insbesondere den Finanzmarkt obsiegen, oder verfestigt sich eine „marktkonforme Demokratie“ statt eines „demokratiekonformen Marktes“? Notwendig sind eine soziale Regulierung und die Verteidigung und der Ausbau der sozialen und demokratischen Rechte. Notwendig sind Investitionen in öffentliche Infrastrukturen, besonders in die Bereiche Bildung, Forschung, Lehre, Gesundheit, Kinderbetreuung, Pflege, öffentlicher Personennahverkehr. Worum es also geht, sind typische Auseinandersetzungen um gesellschaftliche Wandlungen, um eine beginnende gesellschaftliche, eher postneoliberale Transformation, die an den heutigen gesellschaftlichen Konflikten und den konkreten individuellen Bedürfnissen der Menschen anknüpft. Transformation als spezifische Richtungsänderung kapitalistischer Produktions- und Entwicklungsweise. Angesichts der Gegebenheiten heutiger finanzmarktgesteuerter Entwicklung bleibt selbst diese heutige, aktuelle Herausforderung der Transformation ein langfristiger, komplexer und hart umkämpfter Wandlungsprozess. Transformationstheoretisch handelt es sich hier und heute deshalb um eine Transformation *im* und *des* Kapitalismus, *in* und *der* modernen bürgerlich-kapitalistischen Gesellschaft(en).

Es ist hierbei nicht sicher, ob dieser gegenwärtig im Fokus stehende Wandel und der darüber hinausgehende grundlegende gesellschaftliche Wandel – den wir als eine sozialökologische und demokratisch-solidarische Transformation verstehen – schon heute oder erst morgen bzw. noch viel später sich vollziehen und zu welchen konkreten Ergebnissen er führen wird. Systemische Gesellschaftsveränderungen brauchen Zeit. Der Wandel der Energiesysteme, ein neues Wachstumskonzept, die Lösung der Klimafrage, die Umsetzung sozialer Gerechtigkeit, eine umfassende Demokratisierung und der Wandel der heute dominierenden institutionell-kulturellen Leitvorstellungen sind Anforderungen, die nur über

längere Zeiträume zu bewerkstelligen sind. Randers meint in seinem Bericht an den Club of Rome sogar, dass erst *nach* 2052 die wirklich grundlegenden gesellschaftlichen Umwandlungen (Transformation) erfolgen werden, weil erst dann die kritische Situation – die Klima- und soziale Frage – sich so zugespitzt haben werden, dass Gesellschaft veränderndes Handeln unausweichlich wird. Doch muss mit diesem Handeln im Sinne ökologischen und sozialen Wandels schon heute begonnen werden; ein Prozess, in dem sich dann bereits neue Konturen abzeichnen können (Randers 2012, 34 u. 363).

Dabei sind jedoch – aus heutiger Sicht – verschiedene Szenarien vorstellbar: Fortführung einer marktradikalen, finanzmarktgetriebenen Entwicklung, wie es Teile der Herrschenden weiterhin versuchen. Möglich sind jedoch auch stark autoritär und rechtspopulistisch geprägte Antworten auf ein sich vertiefendes Krisenszenario. Das kann unter Umständen Niedergänge, Zusammenbrüche, Katastrophen infolge von „Grenzüberschreitungen“ (vgl. ebd., 271) herbeiführen. Doch formieren sich auch Kräfte, die auf einen „grünen Kapitalismus“ setzen. Welches Szenario sich realisieren wird, ist gegenwärtig nicht vorhersehbar. Nur wollen wir hier die (aus heutiger Sicht optimistische) Transformationsvariante – die sozialökologische und demokratisch-solidarische Transformation – konzeptionell in den Blick nehmen. Sie ist objektiv herangereift, gesellschaftlich erforderlich und wäre die demokratische, soziale und humane Lösung der angehäuften Probleme, Konflikte, Herausforderungen. Auch wenn es für ihr Gelingen keine Garantie gibt, sollte gesellschaftskritisches Denken und Handeln zumindest versuchen, diese Entwicklungsvariante in den Blick bzw. in Angriff zu nehmen. Umso mehr, als die gesellschaftliche Transformation in dieser oder jener Form bereits begonnen hat.

Zunächst gilt jedoch – und dies sei wiederholt: Ohne Bearbeitung der heute unmittelbar drängenden gesellschaftlichen Konfliktsituationen und Herausforderungen, die sich in den Bedürfnissen und Wünschen großer Gruppen der Bevölkerung niederschlagen, ist die auf der Agenda stehende weiterführende, historische Gesellschafts-Transformation des 21. Jahrhunderts nicht möglich. Es handelt sich hierbei offensichtlich um unterschiedliche Phasen der Transformation, die aber doch auch eng miteinander verbunden sind.

In dieser neuen historischen Umbruch- und Übergangssituation erfordert eine solche längerfristige Gesellschafts-Transformation, das gesellschaftliche Naturverhältnis und die sozialen Verhältnisse in ihrem Zusammenhang neu zu gestalten durch den Übergang zu einem zukunftssträchtigen sozialökologischen und solidarisch-demokratischen Entwicklungspfad. Es ist die konstruktive Antwort auf die zentralen Konfliktlinien dieser Umbruch- und Übergangszeit: die

Gefährdung und Zerstörung der *ökologischen* Grundlagen menschlichen Lebens, der *natürlichen Gemeingüter* (Ressourcen, Klima, Wasser, Landschaft, Meere), die Zerklüftung und tendenzielle Zerstörung der *sozialen und geistig-kulturellen Gemeingüter* der Weltgesellschaft (Arbeit, Bildung, Gesundheit, sozialer Zusammenhalt der Gesellschaft, freie Kommunikation, Vertrauen, Achtung, Würde, Anerkennung) sowie die *Erosion* der institutionellen und normativen *Grundlagen der Demokratie* (Einschränkung der Bürgerrechte und Rechte des Parlaments, überbordender Überwachungs- und Sicherheitsapparat, Einfluss mächtiger Lobbygruppen auf Politik und Entscheidungsfindungen).

Der Zugang der Menschen zu den natürlichen, sozialen, öffentlichen und geistig-kulturellen Gütern der Gesellschaft erfordert daher tief greifende gesellschaftliche Veränderungen hin zu einer sich erneuernden nachhaltigen gesellschaftlichen Reproduktion (vgl. dazu den Beitrag von Michael Brie in diesem Band). Das heißt, es geht letztlich um eine Transformation des *wirtschaftlichen Pfades* und eine Transformation der *sozialen Verhältnisse*. Oder anders formuliert: *Sozialökologische und demokratisch-solidarische Entwicklung* – das sind die beiden miteinander verbundenen Säulen – *sind der Kern dieser Gesellschafts-Transformation im 21. Jahrhundert*. Sie hat ihren Ursprung nicht allein im Widerspruch zwischen Marktradikalität und demokratisch-gesellschaftlicher Regulation, sondern ergibt sich aus den Erfordernissen einer grundlegenden Veränderung der Art und Weise des Wirtschaftens, des Arbeitens, des Lebens. Mit dieser sozialökologischen und demokratischen Transformation stellen sich dann evolutionäre Wandlungs- und gesteuerte Umbauprozesse von *Produktions- und Lebensweise*, von *System- und Lebenswelt*.

Zum einen der Wandel der Produktionsweise, das heißt vor allem der schrittweise Übergang zu einem nachhaltigen, solidarischen, umweltkompatiblen und ressourceneffizienten Typ wirtschaftlicher Entwicklung. Das erfordert den Übergang vom heutigen finanzdominierten Akkumulationsregime zu einem sozialökologischen Akkumulationsregime und zu einer neuen Regulationsweise (vgl. auch Klein 2013, 128 f.).

Es geht um eine andere Art und Weise der Produktion und Konsumtion. An erster Stelle steht hierbei die Entwicklung zu einer ressourceneffizienten und umweltkompatiblen Wirtschaftsweise. Das bedingt einen weitreichenden ökologischen Umbau der Wirtschaftsstrukturen, der zugleich sozial gestaltet werden muss. Nach Jørgen Randers heißt das, den Anteil der Investitionen am Bruttosozialprodukt für den sozialökologischen Umbau, für grüne Technologien beträchtlich zu erhöhen (Randers 2012, 82). Zugleich bedeutet Wandel der Akkumulations- und Produktionsweise Wandel der volkswirtschaftlichen

Proportionen zugunsten der öffentlichen Daseinsvorsorge, der sozialwirtschaftlichen Dienste.

Die heutige Transformationsfrage stellt erstmals auch die Wachstumsfrage mit anderen Vorzeichen. Denn die alte Gleichung – Wachstum gleich Fortschritt gleich Wohlstand gleich höhere Lebensqualität – gilt so nicht mehr. Dennoch wird sie nach wie vor in der offiziellen Politik und auch im Mainstream der Ökonomenzunft favorisiert. Tatsächlich führt das bisherige Wachstumsregime und -konzept mit seiner extensiven Vernutzung natürlicher Ressourcen, endlicher fossiler Energieträger und Emittierung klimaschädlicher Schadstoffe zur ungebremsten und nicht mehr zu reparierenden Zerstörung der Natur, zu ökologischen Krisen, zu Umweltkatastrophen, zu sozialen und gesellschaftlichen Ausgrenzungen national und global, zu öffentlicher Verschuldung und geht zulasten der heranwachsenden Generationen. Dieses bislang tragende Wachstumsmodell ist also nicht mehr wie in der Vergangenheit eine wesentliche Voraussetzung zur Bearbeitung grundlegender Probleme (Arbeitslosigkeit, Armut, Prekariat, soziale Ungleichheit) in den entwickelten kapitalistischen Ländern, wie Wachstum an sich aber auch nicht der Grund aller Probleme, allen Übels ist. Wachstum – Entwicklung – Wohlstand sind in dieser Transformation neu zu definieren und in einem längeren Prozess gesellschaftlichen Wandels auf neue Art und Weise zu verwirklichen.

Ging es in der ersten Großen Transformation der Neuzeit nicht zuletzt um den Übergang von der Agrar- zur rasch wachsenden Industriegesellschaft, so geht es mit der heutigen Transformation gerade auch um den Umbau des gesamten traditionellen Industriesystems und um den Übergang vom industriell-fordistischen zu einem neuen, nachhaltigen, ökosozialen Entwicklungspfad. Dieser ist bislang noch in keinem Land vollzogen worden. Es gibt kein entsprechendes gesellschaftliches bzw. wirtschaftliches Modell, an dem sich heute die einzelnen Länder und Akteure orientieren könnten. Wie, auf welchem Wege in dieser Transformation stabile und zukunftsfähige Entwicklung und gesellschaftliche Reichtumsproduktion ohne das traditionelle Wachstumsmodell zu erreichen sind, ist deshalb Gegenstand vielfältiger und kontroverser Diskussionen (Dörre 2011; Klein 2011; Land 2011; Müller/Strasser 2011; Paech 2011). Die Präferenzen reichen von neuem, „besserem“ Wachstum über begrenztes qualitatives Wachstum bis zu Transformation und Wohlstand ohne Wachstum. Die neue Gesellschafts-Transformation verlangt deshalb eine konstruktive Antwort und praktische Alternative auf diese neue Herausforderung von wirtschaftlicher und sozialer, gesellschaftlicher Entwicklung.

Zum anderen ist der Übergang zu einem neuen Typ von wirtschaftlicher und gesellschaftlicher Entwicklung mit nachhaltigen *Wandlungen der Lebenswelt*

und Lebensweise verbunden. Es geht um den schrittweisen Übergang vom zunehmenden und weltweiten Ausschluss großer sozialer Gruppen und Regionen von Wohlstand und sozialer Sicherheit zu einem alternativen, neuen Typ sozialer Teilhabe an der gesellschaftlichen Reichtumsproduktion und gleicher demokratischer Teilnahme an Öffentlichkeit, an Entscheidungsprozessen der Entwicklungsrichtung zur Gestaltung des individuellen und gesellschaftlichen Lebens. Gesellschafts-Transformationen bedeutet Wandel des Wirtschafts-, Produktions- *und* Sozialmodells, der System- *und* der Lebenswelt.

Die konkreten Wege zu dieser sozialen Teilhabe und demokratischen Teilnahme sind in den verschiedenen Weltregionen (z.B. Industrie- bzw. Schwellenländer oder Entwicklungsländer) sehr unterschiedlich und müssen in vielem auch erst noch gefunden und ausprobiert werden (vgl. auch Randers 2012). Letztlich geht es jedoch in allen Regionen um gleiche Teilhabe aller an Arbeit, Bildung, Gesundheit, Daseinsvorsorge, Kultur und öffentlichem Leben und Teilnahme an der Gestaltung der eigenen Lebensperspektive und eines solidarisch-demokratischen Gemeinwesens.

Zukunftsfähige Entwicklung als soziale Teilhabe stellt in dieser Transformation die Frage nach dem „Guten Leben“ (gerade auch in westlichen Gesellschaften) neu, schon weil diese mit Umweltkompatibilität und Ressourceneffizienz vereinbar sein muss. Die Qualität des Lebens hängt – wie die Erfahrungen der modernen Industriegesellschaften zeigen – nicht allein vom Kaufen und Nutzen von Waren und Diensten (Massenkonsumtion) ab, sondern zu einem wesentlichen Teil von sinnvollem Tun, von gesunder Umwelt, guten Bildungschancen, ausreichender Gesundheitsvorsorge, Pflege menschlicher Beziehungen, zivilgesellschaftlicher Tätigkeit. Das alles ist nicht zuerst nur eine Frage des Geldes (Wohlstand), sondern vor allem auch der Zeit und der gleichberechtigten Teilhabe als Voraussetzung für Wohlfahrt (Scherhorn 2011, 97 ff.; Etzioni 2011, 328 ff.).

So oder so – ein sozialökologischer, solidarischer Pfadwechsel geht gerade in den westlichen Gesellschaften mit Änderungen der bisherigen Lebensweisen und Lebensstile einher; als gesellschaftliches Erfordernis wie als neuer Möglichkeitsraum. Transformation eben als kultureller Wandel. Randers spricht in seinem jüngsten Bericht an den Club of Rome davon, dass die neue Transformation auf eine neue kulturelle Stufe der Zivilisation abziele. Hierin liege der eigentliche Fokus des anstehenden Paradigmenwechsels. Stärkere Hinwendung der Menschen vom Materiellen zum Kulturellen und zur Selbstentfaltung, vom hierarchisch-antagonistischem System- und Konkurrenzmodell zur Netzwerkorganisation, zum kreativen Team, zur Interaktion, zum Dialog (Randers 2012, 363 f.). Dies kann – so Randers – natürlich nur in einem längeren Prozess (meh-

re Jahrezehnte) und nur als tief greifender Prozess der System- *und* Selbstveränderung der Individuen möglich werden.

Dieser Wandel von Produktions- und Lebensweise erfordert vor allem eine neue Regulationsweise, die zwischen nachhaltiger wirtschaftlicher Entwicklung und der Reproduktion und Entwicklung des Lebens und der Arbeit der Menschen vermittelt; denn das eine funktioniert nicht ohne das andere und umgekehrt.

Wie schon Polanyi – in Verallgemeinerung der Erfahrungen des historischen Prozesses vom 18. bis zum 20. Jahrhundert – überzeugend begründete, ist der selbstregulierende Markt zu einer nachhaltigen, sozialen, ökologischen Entwicklungsweise nicht in der Lage. Im Gegenteil – als Wertregulation und damit primär am Profit orientiert – gefährdet er die menschliche und natürliche Substanz der Gesellschaft. Die heutige finanzdominierende Regulation, die gerade in den letzten Jahrzehnten staatlich-politisch noch gesichert und gestärkt wurde, ist das entscheidende Hindernis auf dem Weg zu einer nachhaltigen und solidarischen Entwicklung. Eine solche neue Entwicklungsweise erfordert daher eine neue, das heißt sozialökologische Regulationsweise, die primär am Gemeinwohl orientiert ist. Sie ist die Alternative zur Dominanz der marktliberalen/-radikalen wie auch zur hierarchisch-zentralistischen politischen Regulation. Es geht vielmehr um eine Kombination von gesellschaftlicher Regulation mit einer demokratischen, sozialen und ökologischen Grundorientierung und einer flexiblen und innovationsfördernden Marktregulation. Das schließt verschiedene Eigentumsformen und vor allem demokratische Mitbestimmung, Mitentscheidung der Produzenten und Konsumenten auf den unterschiedlichen Ebenen ein. Eine neue Regulationsweise kann nicht „beschlossen“ und „eingeführt“ werden. Sie kann nur das Ergebnis eines längeren gesellschaftlichen Such-, Selbstorganisations- und Experimentierprozesses sein.

Schließlich verlangt diese neue Gesellschafts-Transformation den Übergang zum *Typ sozialökologischer und solidarischer Entwicklung im globalen Maßstab*. Denn die grundlegenden Menschheitsprobleme – ökologische Krisen und Schäden, Klimawandel, Ressourcenknappheit, soziale Ungleichheit, Verelendung weiter Teile der Erdbevölkerung, Hunger und Flüchtlingsströme – sind allesamt globaler Natur und übersteigen die Problemlösungskapazität der Nationalstaaten. Es geht deshalb um den Übergang zu einem neuen Pfad globaler Entwicklung, in dem Nachhaltigkeit, Demokratie, Solidarität und Gerechtigkeit eine neue Einheit bilden. Das erfordert globale Regulation und ein alternatives, neues Finanz-, Weltwirtschafts-, Umwelt- und Sicherheitssystem, ein friedliches, kooperatives Zusammenwirken und -leben der Menschen statt Konfrontation, marktradikaler

Konkurrenz und globaler Ausbeutung. Gesellschafts-Transformation als Transformation der Weltgesellschaft.

Hierbei werden die Transformationswege und -gesellschaften in den verschiedenen Ländern und Regionen der globalen Welt sehr unterschiedlich sein. Es ist auch klar, dass die entwickelten Länder eine besondere Verantwortung tragen und „Vorleistungen“ für einen neuen, nachhaltigen Entwicklungspfad in den Schwellen- und Entwicklungsländern erbringen müssen.

Der in dieser historischen Umbruch- und Übergangsepoche auf der Tagesordnung stehende Transformationstyp ist deshalb – um auf unsere Ausgangshypothese zurückzukommen – im wahrsten Sinne des Wortes eine tief greifende *Gesellschafts-Transformation* auf nationaler, regionaler und globaler Ebene. Er umfasst den Wandel der Produktions- und Lebensweisen, der Macht- und Eigentumsstrukturen sowie der individuellen und gesellschaftlichen Deutungsstrukturen.

Das aber mündet in die Frage nach der *Demokratie als Machtfrage* der Transformation. Für Karl Polanyi war die „Demokratisierung“ des wirtschaftlichen und sozialen Lebens als Überwindung der „Objektivierung“ und Entfremdung des Menschen im selbstregulierten Marktsystem das zentrale Moment gesellschaftlicher Transformation auf dem Weg zur „menschlichen und solidarischen Gesellschaft“ (Cangiani/Thomasberger 2003, 20). Der mit der neoliberalen Wende einhergehende Frontalangriff auf die Demokratie und ihren Institutionen verlangt nun mehr denn je einen tiefgreifenden Um- und Neuaufbau demokratischer Institutionen als Voraussetzung einer nachhaltigen sozialen, ökologischen und friedfertigen Entwicklung. Wie sich zeigt, eine der schwierigsten und vielfach auch noch offenen Fragen.

Die Tiefe dieses anstehenden transformatorischen Wandels macht zugleich deutlich, dass diese „Große Transformation“ nur über längere Zeiträume mit unterschiedlichen Phasen, inhaltlichen Prioritäten und regionalen Schwerpunkten und nur über vielfältige Zwischenschritte, Vermittlungen möglich werden kann. Das wirft dann die Frage nach Zukunftsannahmen für diese Transformation auf.

5. *Gesellschafts-Transformation als Leitbild, Voraussicht und Zukunftsannahme*

Moderne Gesellschaften wälzen ihr System gesellschaftlicher Arbeit, die sozialen und kulturellen individuellen Bedürfnisse beständig um, und ihre Legitimation korrespondiert nicht nur mit Güterverteilung, sondern auch mit Zukunftsversprechen. Gesellschafts-Transformationen sind nun im besonderen Maße mit Fragen nach der Existenz und Funktion von Leit- und Zukunftsbildern

verbunden. Analysen zur ersten Großen Transformation der Neuzeit (von der vorkapitalistischen zur kapitalistischen Produktionsweise) zeigen, dass diese als mehrere Jahrhunderte andauernder Wandlungsprozess einerseits weniger von Visionen gesteuert war (Osterhammel 2011, 631). Doch handelte es sich andererseits um ein Umwälzungsphänomen, das sich der Aufklärung verdankt. „Es war eine intellektuelle und ideologische Transformation, die eine ökonomische nach sich zog“ (Robinson 2008, 35; Mokyr 2008).

Die Gesellschafts-Transformationen des 20. Jahrhunderts – sowohl die realsozialistischen wie die postsozialistischen und nicht zuletzt die Transitionen kapitalistischer Gesellschaften von autoritär-diktatorischen zu liberal-demokratischen Regimes – waren direkt politisch gesteuerte Unternehmen der Gesellschaftsumwandlung auf der Basis relativ klarer Zukunfts- und Gesellschaftsbilder. Die heutige Gesellschafts-Transformation unterscheidet sich diesbezüglich sowohl von der ersten Großen Transformation als auch von den Transformations- und Transitionsfällen des 20. Jahrhunderts.

Für die heutige Transformation gibt es keine etablierten Vorbilder. Ihr liegt kein fertiges Modell, kein ausgearbeiteter Masterplan zugrunde, das bzw. den es in der gesellschaftlichen Praxis nur noch umzusetzen gilt. Diese Transformation ist auch kein primär politisch gesteuertes Unternehmen von oben, sondern eher ein widerspruchsvoller Such-, Experimentier- und Lernprozess. Dennoch operieren die verschiedenen Akteure heute – gestützt auf Analysen, Trends, Prognosen – mit einer gewissen Voraussicht. Sie entwickeln (unterschiedliche) normative Leitideen, Zukunftsannahmen und auch Visionen für diese Transformation. Hierzu hat sich in jüngster Zeit selbst ein entsprechender Diskurs herausgebildet.

Offensichtlich bedarf eine Gesellschafts-Transformation, die im Hier und Heute beginnt, beginnen muss, aber auf einen grundlegenden Richtungs- und Pfadwechsel orientiert ist, eines gesellschaftlichen Narrativs, eines überzeugenden Leitbildes (keine Endzielprojektion). Schon Karl Polanyi war davon ausgegangen, dass eine Wertvorstellung, ein „inneres Wissen“ als regulative Idee dient, um dem gesellschaftlichen Wandel eine Richtung zu geben (Polanyi 2003, 64). Im Unterschied zu früheren Leitbildern muss das heutige Leitbild der „Transformation“ zuerst von den Grenzen des Erdsystems als Ausgangspunkt gesellschaftlicher Entwicklung und von der globalen Interessenverflechtung ausgehen, und zugleich auf eine andere, bessere, gerechtere, sicherere und freiere (Welt-)Gesellschaft orientieren. Ein solches Narrativ der Transformation gilt es positiv und als Angebot an breite gesellschaftliche Mehrheiten zu kommunizieren, das heißt Wandel und Transformation natürlich auch als Anstrengung, Mühe und Wagnis, aber weder als Zumutung und Bedrohung noch als eine zu realisierende Wunsch-dir-was-

Vorstellung, sondern als berechtigte Hoffnung für die Menschen auf ein Leben in Sicherheit, Freiheit und Solidarität. Hoffnung aber ist, wie Sartre es nannte, selbst eine Triebkraft gesellschaftlicher Veränderungen.

Ein solches Leitbild der heutigen Gesellschafts-Transformation ist meines Erachtens das einer *nachhaltigen und solidarischen Gesellschaft* oder (verkürzt) einer *solidarischen Teilhabegesellschaft*, einer *solidarischen Weltgesellschaft* (vgl. Reißig 2009a, 150 ff.). „Solidarische Teilhabegesellschaft“ ist nicht die (vergebliche) Suche nach der besten aller Welten. Sie ist auch keine detaillierte Beschreibung von Zukünften, die so auch nicht möglich wäre und die sich im Gegenteil geradezu verbietet (Erfahrungen des 20. Jahrhunderts mit ideologisch geprägten „Zukunftsentwürfen“). „Solidarische Teilhabegesellschaft“ ist vielmehr eine Antwort auf die grundlegenden sozialen, ökologischen, demokratischen und geistig-kulturellen Konflikte und Herausforderungen unserer Zeit sowie der Gegenentwurf zur heute dominierenden marktradikalen Konkurrenzgesellschaft. Und ein solches Leitbild bzw. Zukunftskonzept gibt dem viel diskutierten, aber sozial oft verengt interpretierten Projekt des „ökologischen Umbaus“ eine klarere, Gesellschaft verändernde Perspektive. Es stärkt das soziale Profil und schlägt doch zugleich Brücken zu den verschiedenen Diskursen und ermöglicht die Herausbildung von Diskurs- und Transformationsallianzen.

„Solidargesellschaft“ geht davon aus, dass der Mensch – wie es schon Aristoteles sah – kein ökonomisches, sondern ein soziales Wesen ist (vgl. auch Polanyi 1979, 153). Als ein normatives Leitbild dieser Gesellschafts-Transformation wird Solidargesellschaft hier verknüpft als gleichberechtigte Teilhabe der Menschen am Sagen und Haben eines Gemeinwesens verstanden, das am Ziel der Einordnung der wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Entwicklung unter die Reproduktion der Natur und an kooperative Lebensweise und einem friedlichen und vernünftigen Zusammenleben der Menschen orientiert ist. Mit dieser Transformation entstünde keine Neuauflage der historisch gescheiterten Einheitsgesellschaft, sondern eine die Vorzüge der Moderne und deren Evolutionspotenzial bewahrende und weiterführende demokratische, plurale, immer wieder umkämpfte, entwicklungs offene Gesellschaft. Ihre Funktionsweise wäre durch eine neue gesellschaftliche Regulationsweise bestimmt, die durch den inneren, funktionalen Zusammenhang zwischen einem neuen Typ von Demokratie (als gewandelte repräsentative und neue partizipative Demokratie, Bürgergesellschaft) und einer neuen Wirtschaftsweise (nachhaltig, solidarisch, umweltkompatibel, ressourceneffizient) und einem neuen Typ individueller Entfaltungsmöglichkeiten selbstbestimmte Teilhabemöglichkeiten für alle an der gesellschaftlichen Reichtumsproduktion, an guter Arbeit, solider Bildung, freier Kommunikation,

demokratischer Gestaltung des Gemeinwesens sichert. Für Karl Polanyi hieß neue Gesellschaftsform vor allem, „dass Freiheit und Gleichheit zusammen existieren und gleichzeitig nach Erfüllung streben sollten“ (Polanyi 2003, 311; Cangiani et al. 2005, 61). Freiheit der Menschen als gesellschaftliche Individuen, die den Sinn der eigenen Existenz bestimmen und die gesellschaftlichen Institutionen für ein neues soziales und demokratisches Gemeinwesen transformieren (Polanyi 2003, 50 f.). Ein Gemeinwesen, in dem die Bedingungen für Ungleichheit, Unterordnung und Entfremdung, die den kapitalistischen Konkurrenzbedingungen geschuldet sind, überwunden werden und die Menschen die Verantwortung für das eigene Leben und das der anderen übernehmen (ebd.).

Wie Richard Wilkinson und Kate Pickett (2010) in einer umfangreichen Studie zeigen, sind Gesellschaften mit stärker egalitären Strukturen und Lebensweisen heute bereits funktions- und entwicklungsfähiger, und die Menschen leben in ihnen zufriedener. Dabei geht es – bei bestehenden sozialen Unterschieden – nicht nur um Verteilungsgleichheit, sondern vor allem um Beziehungsgleichheit, basierend auf Singularität, emanzipative Individualisierung und ein partizipatives Gemeinwesen (Rosanvallon 2013).

Dieses Leitbild einer „Solidarischen Teilhabegesellschaft“ kann von der Annahme ausgehen, dass die Funktions- und Zukunftsfähigkeit transformativer Gesellschaften wie der sich herausbildenden Weltgesellschaft im 21. Jahrhundert – auf der Basis der modernen Evolutionspotenziale – vor allem von Entwicklungen abhängen, die sich stärker durch Nachhaltigkeit, Ressourceneffizienz und Umweltkompatibilität, durch Teilhabe, Gleichheit und demokratische Solidarität auf der Grundlage von Eigeninitiative, Selbstorganisation und individueller Freiheit auszeichnen. Darin spiegeln sich in einer widerspruchsvollen Einheit von System- und Lebenswelt wichtige und neue Universalien einer zukunftsfähigen Transformationsentwicklung und -gesellschaft im 21. Jahrhundert wider. Ein Umstand, der in der klassischen Modernisierungstheorie bislang nicht ernsthaft diskutiert wird. Solidarische Teilhabegesellschaft wäre damit nicht einfach eine weitere Phase im bisherigen Zyklus kapitalistischer Entwicklung (wie z.B. einst der Teilhabekapitalismus oder ein möglicher künftiger grüner Kapitalismus), sondern die Aufhebung der Dominanz finanzmarktgetriebener, kapitalistischer Verwertungsbedingungen und die Etablierung einer Regulationsweise, in der schließlich soziale, ökologische, demokratische Faktoren die Richtung von Verwertung bestimmen. Dies ist nicht ohne Eingriffe in die Struktur und Logik kapitalistischer Akkumulation und Verwertung, mithin von Macht- und Eigentumsverhältnissen möglich (Entmachtung der Finanzoligarchie, sozial- und umweltverträgliche Bindung des Eigentums, Vielgestaltigkeit der Eigentumsformen

und stärkere Rolle von Gemeineigentum besonders an öffentlichen Gütern, neue volkswirtschaftliche Proportionen und neue, gerechte Verteilungsverhältnisse). Solidargesellschaft wäre damit also eine historische Zäsur in Gestalt einer neuen Gesellschaftsform mit einem neuen sozioökonomischen und soziokulturellen Entwicklungsmodell, die den Weg öffnen könnte auch zu einem neuen Typ „sozialer Formation“ – verstanden als soziales Gemeinwesen mit spezifischen wirtschaftlichen, sozialen, kulturellen Strukturen und gesellschaftlichen Beziehungen – und einen weiterentwickelten Moderne- und Zivilisationstyp. Weder die klassische Modernisierungstheorie noch die Antikapitalismuskonzepte bieten für dieses Transformationskonzept das erforderliche Erklärungspotenzial.

Hierbei ist jede Gesellschafts-Transformation – wie schon die früheren Transformationsfälle zeigten – mit nicht vorhersehbaren Folgewirkungen konfrontiert. Nicht zuletzt haben bislang alle Transformationen zugleich die Gesellschaft belastende Nebenwirkungen hervorgebracht. So hat bekanntlich Karl Polanyi die mit der ersten Großen Transformation verbundene soziale „Entbettung“ des Marktes und deren zerstörende Folgen für Mensch, Gesellschaft, Natur hervorgehoben und entsprechende gesellschaftliche Alternativen (Einbettung des Marktes, Überwindung des Warencharakters von Arbeit/Boden/Geld, neue Demokratie) entwickelt. Und wie wir wissen, waren die längerfristigen Folgen der ersten Großen Transformation nicht nur durch rasche Industrialisierung, wirtschaftliche Dynamik und wissenschaftlichen Fortschritt gekennzeichnet, sondern eben auch durch zunehmende Militarisierung, imperiales Expansionsstreben, Kriege und tiefe soziale Spaltung der Welt. Auch die beiden Gesellschafts-Transformationen im 20. Jahrhundert konnten – in unterschiedlichem Maße zwar – nicht halten, was ihre bestimmenden Akteure versprochen. Eine diesbezügliche Ausnahme bildete am ehesten noch die „New-Deal-Transformation“.

Eine Leitidee, ein narratives Leitbild der heutigen Transformation kann daher immer nur als Rahmen gesetzt und als dynamisierender evolutionärer Prozess sowie als offenes, emanzipatives Projekt handelnder Menschen verstanden und formuliert werden.

Und Transformationen waren immer – und das gilt für die neue Transformation nicht weniger – heftige und konflikthafte gesellschaftspolitische Auseinandersetzungen um Hegemonie, Macht und Eigentum. Heute führen bereits erste Überlegungen, alternative Vorschläge und Schritte einer Transformation – so in Richtung eines Übergangs zu einer veränderten, ökologischen Wirtschaftsweise, einer Überführung öffentlicher Güter in die öffentliche Hand, einer Etablierung neuer Formen sozialer Teilhabe wie Grundeinkommen und Bürgerversicherung – zu solchen tief greifenden sozialen und politischen Auseinandersetzungen.

In demokratisch-pluralistischen Gesellschaften mit unterschiedlichen politischen und kulturellen Präferenzen muss und kann die Frage des Transformations- und Entwicklungspfades aber zugleich nur auf der Basis eines demokratischen Mehrheitswillens und im breiten demokratischen Konsens ausgehandelt und realisiert werden. Wie unglaublich schwierig das ist, zeigt die Realität der heutigen Gesellschaft, deren Transformationsfähigkeit noch wenig ausgeprägt ist. Die neue Gesellschafts-Transformation als spezifischer Typ sozialen Wandels hat dennoch nur als konsequent demokratische und solidarische Transformation eine Chance und Zukunft. Auch das ist ein wesentliches Merkmal der heutigen Gesellschafts-Transformation, das diese gegenüber allen bisherigen Transformationen auszeichnet.

6. *Evolutionäre Wandlungen und transformative Gestaltungen – neu gewichtet*

Transformationsperioden gehen – wie die Geschichte zeigt – immer evolutionäre, eigendynamische Entwicklungsprozesse voraus. Das Neue entsteht bereits im oder neben dem Alten. Ohne diese Evolutionsprozesse und vielgestaltigen, kontroversen Suchprozesse ist Transformation unmöglich oder verwandelt sich in einen Akt von autoritärem Handeln, von Willkür und Dirigismus. Diese evolutionären Wandlungen und Suchprozesse gewinnen im heutigen Transformationsgeschehen eine bedeutend größere Relevanz.

Gesellschafts-Transformation – verstanden als Übergang zu einem neuen Typ sozialer Ordnung und sozioökonomischer und soziokultureller Entwicklung – ist jedoch stets und vor allem an intendiertes, insbesondere kooperatives und solidarisches Handeln gesellschaftlicher Akteure gebunden. Theorien gesellschaftlichen Wandels verweisen darauf, dass komplexe gesellschaftliche Transformationen nicht nur durch evolutionäre Wandlungen und unüberschaubare Eigendynamiken selbstgesteuerter Prozesse zustande kommen, sondern zugleich durch identifizierbare Akteurskonstellationen beeinflusst, gebündelt und gestaltet werden. Akteurskonstellationen, die über ausreichend Macht, Ressourcen, Wandlungsbereitschaft und -fähigkeit verfügen, um die sich nicht von allein realisierenden „Gemeingutziele“ zu verwirklichen und die etablierten strukturkonservativen Blockadekräfte zu isolieren (u.a. Mayntz 2009; Ostrom 2010).

Diese für Transformationen typische Wechselwirkung von evolutionärer, eigendynamischer Entwicklung und eingreifendem Handeln konnte ansatzweise selbst beim Übergang zum New Deal in den USA (Krugman 2008) und zum fordistischen Entwicklungsmodell in den kapitalistischen Ländern nach dem

Zweiten Weltkrieg sowie dann beim Übergang zum marktradikalen Entwicklungsmodell seit Ende der 1970er Jahre beobachtet werden. Heute vertiefen sich diese Wechselwirkungen auf neue Art und Weise. Zugleich erhalten jedoch intendiertes Handeln und gesellschaftliche Steuerung (vgl. auch Wiesenthal 2006) – angesichts der Tiefe des Wandels, des Umbaus von Wirtschaft, Arbeit und Lebensweise und angesichts der komplexen, hochgradig vernetzten Gesellschaftsstruktur – für den Ausgang der neuen Transformation ein größeres Gewicht. Das stellt die Frage nach spezifischen, transformationsfähigen Akteuren.

7. Gesellschafts-Transformation als spezifische Akteurskonstellation

Transformationen waren und sind stets auf das Engste mit spezifischen Akteuren und deren Fähigkeiten zum transformativen Handeln verknüpft. Transformationsanalysen erfordern deshalb immer Analysen ihrer sozialen Träger und Treiber. Im historischen Vergleich zeigt sich, dass neue Transformationsperioden weniger durch neue Technologien und Leitsektoren der Wirtschaft geprägt waren, sondern vielmehr durch aufstrebende soziale Klassen, Schichten, die den Wandel von Institutionen und Mentalitäten vorantrieben (vgl. auch Leggewie/Welzer 2009, 148). Es war vor allem Karl Polanyi, der in seinen vielfältigen Arbeiten zur Großen Transformation begründete und darauf verwies, dass Transformationen immer und zuerst mit dem Handeln von Menschen verbunden sind. Und allein die bewusste Gestaltung könne die Wirtschaft wieder in die Gesellschaft integrieren und sie am gesellschaftlichen Wohl ausrichten (Cangiani et al. 2005, 58). Schließlich seien auch Demokratie und Sozialismus keine Notwendigkeiten, sondern eine Frage des Willens und der menschlichen Entscheidungen (ebd.: 17).

Die erste Große Transformation der Neuzeit wurde vor allem durch eine aufstrebende, alle tradierten gesellschaftlichen Verhältnisse umwerfende Klasse – die Bourgeoisie und ihre verschiedenen Fraktionen – getragen und vorangetrieben. Die alte feudale Klasse hatte dem trotz ihrer verbliebenen wirtschaftlichen und politischen Machtressourcen am Ende nichts entgegenzusetzen. Die staatssozialistischen Transformationen im 20. Jahrhundert waren zuvorderst das Werk avantgardistischer kommunistischer Parteien, die mittels ihrer politischen Herrschaft und systemstabilisierender Strategien lange Zeit die Machtfrage zu ihren Gunsten entscheiden und die Transformation zumindest längere Zeit von oben diktieren und gestalten konnten.

Die Herausbildung und Entwicklung des fordistisch-kapitalistischen Entwicklungs- und Gesellschaftsmodells („Teilhabe kapitalismus“) war getragen durch ein Zusammenwirken von unterschiedlichen sozialen Kräften und Interessen-

konstellationen aus den Bereichen des Kapitals, der Arbeit und der Politik. Der Übergang zur marktradikalen Entwicklung seit Mitte/Ende der 1970er Jahre wurde insbesondere durch das Finanzkapital forciert, begünstigt auch durch die Schwäche der Arbeiterschaft und ihrer Gewerkschaften.

In den postsozialistischen Transformationen der 1990er Jahre spielten dann verschiedene neue Eliten – aus oppositionellen wie unterschiedlichen systemkritischen Kreisen – eine maßgebliche Rolle; im Falle der DDR-Transformation dann jedoch bald nur noch die alten institutionellen westdeutschen Eliten.

Wie stellt sich nun die Frage nach den spezifischen Subjekten, Akteuren, sozialen Trägern der neuen Gesellschafts-Transformation heute? Und dies, nachdem sich die „menschheitsbefreiende Mission des Proletariats“ nicht erfüllte und die „avantgardistischen Ersatzlösungen“ in den staatssozialistischen Transformationen sich in ihr Gegenteil verkehrten, die neuen Eliten der postsozialistischen Transformation zum großen Teil integriert sind und sich zudem die sozialen Strukturen und Milieus in den modernen bürgerlich-kapitalistischen Gesellschaften weiter ausdifferenziert haben?

Ob der Tiefe des Wandels und ob der Komplexität der modernen bürgerlichen Gesellschaften, ob vielfältiger Unübersichtlichkeiten, damit verbundener Unsicherheiten bei gleichzeitiger dominanter Macht des Finanzkapitals als „zweitem Souverän“ (Beckert/Streeck 2012, 10) ist das Handeln transformationsfähiger Akteure heute wichtiger und doch zugleich schwieriger denn je. Dieses charakteristische Paradoxon der neuen Transformation aufzulösen gehört zu den großen Herausforderungen dieser heutigen Transformation.

Im Unterschied zur ersten Großen Transformation, aber auch zu den Transformationen des 20. Jahrhunderts fehlt es heute an einem solch eindeutig fixierbaren Subjekt der Transformation. Angesichts der Ausdifferenzierung moderner Gesellschaften kann es ein einheitliches, geschlossenes Subjekt der Transformation auch nicht mehr geben. Transformation heute ist nur als kooperatives Handeln pluraler sozialer und politischer Kräfte der Arbeit, der Wirtschaft, der Wissenschaft, der Öffentlichkeit und der Politik denkbar.

Die subjektiven Voraussetzungen gesellschaftlicher Transformationsprozesse erwachsen heute nicht – wie oft angenommen wird – aus theoretischen Konzepten, für die hinreichende Argumente und Mehrheiten bei Wahlen gefunden werden, sondern vor allem aus den Kämpfen und Arrangements der großen gesellschaftlichen Interessengruppen und aus günstigen internationalen Bedingungen (Esping-Andersen 1998; Vester 2011). Auch dies lässt sich übrigens sowohl am Beispiel des New Deal in den USA und der Herausbildung des fordistischen Pfades in den kapitalistischen Industrieländern nach dem Zweiten Weltkrieg

aufzeigen wie in spezifischer Form auch am Aufstieg des neoliberalen Pfadmodells seit Mitte der 1970er Jahre.

Transformation als spezifisches Akteurshandeln ist heute zunächst ein Prozess, der in Wandlungen in den Tiefen der Gesellschaft und in der Selbstermächtigung der Bürgerinnen und Bürger begründet liegt. Will man über mögliche Transformationsprozesse im Kontext akteursbestimmten Handelns Auskunft erlangen, ist der Blick zuerst dorthin zu richten. Und da weist die Milieu- und Sozialstrukturforschung nach, dass sich die demokratisch-partizipativen Potenziale in verschiedenen Milieus (untere, mittlere und auch obere Segmente) verstärkt haben (Vester 2011). Und die Studie der Friedrich-Ebert-Stiftung über „Gesellschaft im Reformprozess“ (Müller-Hilmer 2006) belegt, dass die gesellschaftlichen Einstellungen einer Mehrheit in Deutschland zu einem solidarischen, sozialen und friedlichen Modell gesellschaftlicher Entwicklung tendieren. Auch repräsentative Bevölkerungsumfragen zeigen, dass sich inzwischen Mehrheiten gegen Neoliberalismus und Marktfundamentalismus und eher für ökosoziale und solidarische Entwicklungen aussprechen. Wachstums- und kapitalismuskritische Ansichten haben zugenommen (vgl. u.a. Umfrage des Emnid-Instituts 2010 im Auftrag der Bertelsmann Stiftung, Umfrage des Instituts für Demoskopie Allensbach 2013). Genau genommen kann von einem einsetzenden Wandel der Werte gesprochen werden, der Wege hin zu einer sozialökologischen und solidarischen Transformation zu öffnen vermag (u.a. Inglehart 2008; Eurobarometer 2007; Vester 2011). Denn Werte- und Kulturwandel beeinflussen die Entwicklungsrichtung von Ökonomie und Politik und die Möglichkeiten und Chancen einer Transformation. Entscheidend für praktische Schritte zur Entfaltung der Transformation ist jedoch, ob sich diese Potenziale tatsächlich auch gesellschaftlich zu einem Faktor von Einfluss, Hegemonie und Macht mit entsprechenden Gestaltungschancen entfalten. Das ist heute noch eher selten der Fall.

Dennoch: Die neuen sozialen und politischen Spannungen, Konfliktstrukturen, ökonomischen und ökologischen Krisen führen heute – widersprüchlich zwar – zu neuen Protest- und Beteiligungsformen (Aus Politik und Zeitgeschichte 2012), zu neuen Interessenkonstellationen und gesellschaftlichen Arrangements. Dies zeigt sich zum Beispiel in vielfältigen Suchprozessen von gesellschaftlichen Bewegungskräften, von kommunalen Bewegungen, von regionalen und überregionalen Bürgerinitiativen, von Aktivitäten der Nichtregierungsorganisationen, aber auch von kritischen Intellektuellen und Journalisten, Teilen des Unternehmertums und selbst von aufgeschlossenen Kreisen im politisch-administrativen System nach Auswegen aus der mehrschichtigen Krisensituation und nach machbaren sozialen und ökologischen Alternativen.

Und gerade auf der Mikro-Ebene bilden sich heute Nischen und *Pioniere des Wandels* heraus, die die Grenzen des etablierten Gesellschafts- und Entwicklungsmodells aufzeigen, sie mittels praktischer Projekte überschreiten und eine Beispielfunktion für mögliche konkrete ökologische, soziale, demokratische Transformationsprozesse ausüben. Verschiedene Transformationsforschungen zeigen heute schon, wie diese „Pioniere des Wandels“ zuerst einmal als einzelne Individuen oder als kleine Gruppen in Nischen beginnen, wo sie zunächst kleinräumig und oft noch nicht besonders sichtbar agieren. Sie gewinnen dann durch Vernetzungen, wachsende Kompetenzen, gezieltere Kommunikationen mit der Politik und Öffentlichkeit an Bedeutung und können transformatorische Dynamiken auslösen (vgl. u.a. WBGU 2011; Leggewie/Welzer 2009).

Die Akteure der Transformation und damit auch die Sicht auf sie sind heute mithin vielfältiger und differenzierter geworden. Diese Sicht ist gerichtet auf den Wandel der Interessenstrukturen, der Lebenswelten und der individuellen Handlungsebene, auf die vielfältigen Suchprozesse und die Herausbildung neuer sozialer und demokratischer Bewegungen, auf Veränderungen in der Öffentlichkeit, der Wissenschaft und nicht zuletzt im gesellschaftlichen Diskursfeld.

Die Frage aber bleibt, wie diese vielfältigen, sich selbst organisierenden individuellen und kollektiven, aber noch fragmentierten Akteurskreise auf den verschiedenen unteren, mittleren und selbst oberen Ebenen zu neuen, pluralen, längerfristig wirksamen Diskursallianzen und Transformationskoalitionen zusammenfinden und zusammengeführt werden können. Heute geht das über Ansätze nicht hinaus. Solche Transformationskoalitionen – das zeigen auch geschichtliche Erfahrungen – entstehen am ehesten dann, wenn wichtige Transformationsfelder, bei denen es zwischen den potenziellen Transformationsakteuren größere Interessenübereinstimmungen gibt, in den Mittelpunkt des gemeinsamen Agierens gerückt werden. Das betrifft heute vor allem die „Energiewende“, das heißt das Ringen um ihre soziale, dezentrale und partizipative Ausrichtung; die Rekommunalisierung und Demokratisierung der Öffentlichen Güter (Wasser, Energie, Verkehr, Wohnen, Gesundheit, Bildung, Betreuung, Pflege) sowie die nachhaltige Urbanisierung und Stadtentwicklung (klimaverträgliche Stadtentwicklung, ökologische Mobilität, kurze Wege zwischen Arbeit–Wohnen–Freizeit, eigene Stromversorgung, Teilhabe an und gemeinsame Nutzung der öffentlichen Güter, sozialstrukturelle Durchmischung). Über solch gemeinsames Agieren auf Transformationsfeldern, die zugleich die konkreten Bedürfnisse und Interessen großer Teile der Bevölkerung zum Ausdruck bringen, können sich dann auch gesamtgesellschaftliche Transformationsallianzen herausbilden.

Die Erfahrungen bisheriger Transformation belegen: Transformationen hatten in der Geschichte immer nur dann eine Chance, wenn sich der wirtschaftliche, soziale, kulturelle Wandel mit den Bedürfnissen und Interessen von Individuen, von großen Gruppen der Bevölkerung verknüpfte. Transformationsakteure haben deshalb zu bedenken, dass Transformation, soll sie Zustimmung in der Bevölkerung finden, als praktisches und überzeugendes Beispiel schon heute und morgen sichtbar, erlebbar werden muss. Hier entscheidet sich ganz wesentlich die Zukunft der Transformation.

Das führt zu einem weiteren Merkmal und Kennzeichen von Gesellschafts-Transformation.

8. Große Transformationen als „Zusammenspiel“ vielfältiger kleiner Transformationen

„Große Transformation“ und „kleine Transformation“ sind keine verschiedenartigen Transformationsbegriffe und reflektieren keine unterschiedlichen Typen von sozialem Wandel. Transformation bleibt Transformation – in meinem Verständnis – als Übergang zu einem neuen Typ sozialer und kultureller Ordnung, zu einem neuen Typ sozioökonomischer sowie soziokultureller Entwicklungsweise. „Groß“ und „klein“ charakterisieren lediglich unterschiedliche Dimensionen, Ebenen dieses Wandels, dieses Umbruchs, dieses Übergangs, dieser gesellschaftlichen Neukonstitution – „groß“ im Sinne eher von gesamtgesellschaftlicher Dimension oder „klein“ im Sinne eher von partiell gesellschaftsveränderndem Handeln zunächst auf regionaler, lokaler Ebene.

Ein Blick auf die Geschichte der unterschiedlichen Transformationsfälle zeigt, dass ein solches Zusammenspiel kleiner Transformationen alle bisherigen großen Transformationsverläufe kennzeichnete. So war auch die erste Große Transformation kein plötzlich einsetzender, linearer Prozess. Ihr gingen vielmehr zahlreiche partielle, molekulare wirtschaftliche, soziale, kulturelle Veränderungen voraus. Und sie war begleitet von Spiralen der Aufwärtsentwicklung wie von Phasen der Stagnation und der Rückschläge. Was als Große Transformation bezeichnet wird, ist tatsächlich ein „Zusammenspiel von zahlreichen kleinen Veränderungen“ (Osterhammel 2011, 626).

Diese Erkenntnis gilt auch für die heutige Gesellschafts-Transformation. Mehr noch: Die neue Gesellschafts-Transformation hat kein eindeutiges Zentrum und ist gegenwärtig nicht zuerst durch große Transformationsprojekte, sondern durch konkrete transformatorische Schritte, Alternativen, Projekte charakterisiert. Angesichts institutioneller Pfadabhängigkeit, angesichts der gesellschaftlichen

Macht des wirtschaftsliberalen und konservativen Blocks und angesichts der vielfältigen, auch geistig-kulturellen Blockaden in der Gesellschaft kann und muss diese Transformation schrittweise, über vielfältige Vermittlungen und vor allem auch „unten“ beginnen. Transformation setzt heute insbesondere eine Vielzahl von progressiven Veränderungen auf lokaler, regionaler, globaler Ebene voraus bzw. schließt diese ein, so zum Beispiel heute in Gestalt dezentraler, ökologischer Energiedörfer und -regionen, von Formen solidarischer Ökonomie, von unterschiedlichen Genossenschaften, von neuen sozialen Teilhabe- und demokratischen Beteiligungs- und Lebensweiseformen. Ob es sich letztlich um Keime des Neuen handelt, kann nur daran gemessen werden, ob sie die Logik und Struktur des alten Wachstums- und Entwicklungsmodells (wenn auch zunächst partiell) praktisch überwinden und Keime einer neuen sozialökologischen und solidarisch-demokratischen Entwicklungsrichtung verkörpern und befördern.

Im Ringen um solche konkreten Veränderungen, Alternativen, Projekte, Netzwerke kommt es – wie auch entsprechende empirische Studien belegen – bereits heute zu sozialen und demokratischen Wandlungen, zu Veränderungen von Eigentums- und Bündnisstrukturen zunächst auf lokaler und regionaler Ebene. Hier entsteht dann auch ein gewisses „Wir-Gefühl“, ein Wandel von Einstellungen („ja, Veränderungen sind möglich“), von Lebensstilen, kulturellen Identitäten. Transformation ist in diesem Sinne also auch heute nicht mehr nur Idee, Vision, sondern hat in Nischen und Nahtstellen schon begonnen (vgl. auch Thomas 2012). In der Regel handelt es sich dabei um Insellösungen, die für sich genommen in den alten und bis heute dominierenden Entwicklungspfad wieder integriert werden können. Zu verhindern ist dies nicht durch Verzicht auf kleine, transformatorische Wandlungen, sondern am ehesten dadurch, dass es den Transformationsakteuren gelingt, den demokratisch-emanzipativen Charakter dieser Wandlungen zu stärken und sie in neue institutionelle Formen zu „gießen“. Vor allem die Etablierung neuer Regeln, Institutionen, Verfahren im Transformationsprozess und ihre verfassungsmäßige Verankerung gehören zu den wichtigen, zugleich aber schwierig zu bewerkstellenden Aufgaben dieses Wandlungsprozesses. Doch gerade dieses Feld zwischen der institutionellen Stabilität der alten Ordnung und dem Bruch sowie der Herausbildung der neuen demokratischen Gesellschaftsverfassung ist von größtem praktischem und theoretischem Interesse. Vollziehen sich doch hier die wichtigen Wandlungsprozesse, die über den weiteren Verlauf der Transformation entscheiden (vgl. auch Dolata 2011, 131 f.).

Ob freilich aus diesen heutigen „kleinen Transformationen“ morgen einmal die neue „Große Transformation“ erwächst, kann nicht vorhergesagt werden. Das hängt auch von den sozialen Kämpfen und Bewegungen wie davon ab, ob die eine

oder andere transformatorische Umwandlung in einem gesellschaftlichen Schwebezustand zum „Kippunkt“ des weiteren Transformationsverlaufs wird und zum „Durchbruch“ führt. Was meines Erachtens nur vorausgesagt werden kann, ist: Ohne eine Vielzahl kleiner Transformationen, ohne ökologische, soziale, demokratische Veränderungen, Alternativen und Projekte wird es die erforderliche Große Gesellschafts-Transformation nicht geben. Auch weil der herrschende Block durch systemimmanente Anpassungspraktiken den grundlegenden Wandel zu kompensieren versucht. Dabei sind kleinere Transformationen, die als erste Schritte, als partikuläre Veränderungen sich langsam und über längere Zeiträume vollziehen, letztendlich radikale Prozesse hinsichtlich ihrer Auswirkungen und ihrer Reichweite (vgl. auch WBGU 2011, 90).

Möglicherweise gibt es auch in dieser neuen Großen Transformation – vergleichbar mit der ersten – *Arenen der Transformation*, die im Zusammenspiel zahlreicher kleiner Veränderungen eine besondere Wandlungsdynamik auslösen und grundlegendere gesellschaftliche Veränderungen vorantreiben können. In der ersten Großen Transformation waren das die weitreichenden Veränderungsprozesse in Bezug auf die Energiebasis von Wirtschaft und Gesellschaft, die neue Bedeutung von Zeit, Kommunikation und Wissen sowie die politische Machttransformation (ebd., 92).

In der Zweiten Großen Transformation könnten das der Übergang zu einer erneuerten Energiestruktur und der Abschied vom fossilen Zeitalter und damit die Herausbildung einer grundlegend veränderten Wirtschaftsstruktur sein, der Ausbau der öffentlichen Investitionen, die Überführung der öffentlichen Güter und Dienste („sozialwirtschaftliche Dienste“; (Müller 2012) in die öffentliche Hand und vor allem die Herausbildung einer „neuen Demokratie“ als Einheit von repräsentativer und partizipativer Demokratie und einer wirkmächtigen Bürgergesellschaft.

Die Zukunft der Transformation entscheidet sich in diesem Sinne in der Gegenwart, nicht zuletzt im Prozess der „Selbstermächtigung“ der Bürgerinnen und Bürger, in den vielfältigen Kämpfen und Bewegungen um Erneuerung der Demokratie, um Stärkung von Gleichheit und Solidarität, um Erweiterung der Freiheitsrechte. Oder anders formuliert: Die Zukunft der Transformation hängt vor allem von der „Erhöhung der *Transformationsfähigkeit* der Gesellschaften“ (Brie 2011, 75) ab.

9. Die neue Rolle des Faktors Zeit in der heutigen Gesellschafts-Transformation

Transformationen verliefen und verlaufen in sehr unterschiedlichen Geschwindigkeiten. Der Faktor Zeit gewinnt in der heutigen Transformation eine neue Bedeutung.

Die Neolithische Revolution entfaltete sich über mindestens 3000 Jahre. Die Industrielle Revolution und erste Große Transformation der Neuzeit vollzog sich weltgeschichtlich über einen Zeitraum von etwa 300 Jahren. In einzelnen Ländern – etwa England – dauerte der Übergang von der Agrar- zur Industriegesellschaft etwa 80 Jahre. „Die evolutionäre Gelassenheit früherer Transformationen ist dahin, Zeit wird zu einem zentralen politischen Streitpunkt“ (Osterhammel 2011, 628 f.). Das Tempo wirtschaftlicher und sozialer Entwicklung hat sich seitdem beschleunigt, und das Erfordernis einer Umkehr zu einer anderen Entwicklung hat ebenso eine neue Dimension erlangt.

Auch wenn niemand die zeitliche Dimension der gegenwärtigen Transformation genau zu bestimmen vermag, besteht doch unter Sozial- und Transformationsforschern Übereinstimmung darin, dass die Zuspitzung gerade der ökologischen Krise schnelleres Handeln und raschere Weichenstellungen als in früheren Transformationen erforderlich machen, um einen möglichen Kollaps zu verhindern (u.a. WBGU 2011). Auch der Bericht des Club of Rome verweist auf diese neue Zeitdimension, will aber daraus kein unmittelbares Katastrophenszenario ableiten. Und selbst für die in verschiedenen Ländern angestrebte Umstellung auf erneuerbare Energien werden heute kürzere Zeiträume veranschlagt, als sie beim Übergang zur Industrialisierung erforderlich waren. Auch wenn der Gesamtprozess dieser neuen Transformation längere Zeit in Anspruch nehmen wird, hängt ihr weiteres Schicksal doch von Entwicklungen und Entscheidungen ab, die in den nächsten Jahrzehnten sich vollziehen bzw. gefällt werden.

10. Gesellschafts-Transformation – Kontingenzen, Offenheit und Möglichkeit

Transformationen waren in der Vergangenheit und werden wohl in der Zukunft mehr denn je voller Paradoxien in Gestalt von Kontingenzen, Zufällen, Unwägbarkeiten, Risiken und von Steuerungen und politischen Entscheidungen ohne festem Gerüst sein (vgl. auch Holzinger 2011, 19 ff.). Wie die Geschichte zeigt, können schon spezielle Momente und Ereignisse zu rascheren Kursänderungen, Schocks, lang anhaltenden Krisen oder auch zur Öffnung von Gelegenheitsfenstern für Veränderungen führen. All das kann transformatorischen Wandel so oder so unmittelbar beeinflussen. Gesellschaftliche Transformationen sind mithin

keine linearen Prozesse oder Ergebnis allein inspirierenden Handelns mächtiger Akteure, sondern Folge von ineinander greifenden Dynamiken evolutionärer Prozesse und intendierten Handelns, die sich auf unterschiedlichen Zeitlinien in eine bestimmte Richtung des Wandels verdichten.

Gesellschafts-Transformationen sind jedoch nicht nur voller Kontingenzen, sondern letztlich auch ergebnisoffen. Transformationen als offene Entwicklungsprozesse machen deshalb eine gehaltvolle Prognose ihres Verlaufs nicht möglich.

Gerade mit dieser heute auf der historischen Agenda stehenden Gesellschafts-Transformation soll im Grunde etwas entstehen, was eigentlich nicht entstehen kann, oder anders formuliert: „Transformation ist eine mögliche Unmöglichkeit“ (Brie 2011, 71). Transformation muss deshalb ihre eigenen Voraussetzungen schaffen, damit eine reale mögliche Möglichkeit ihrer Realisierung entsteht. Dies ist umso dringlicher, da diese sozialökologische und solidarische Transformation auf enorme objektive und subjektive Blockaden und Hürden stößt. Sie ist konfrontiert mit der institutionell weit verzweigten Verfestigung des alten Entwicklungspfades, mit den systemimmanenten Lebensweisen und Lebensstilen in fast allen Milieus der Gesellschaft, auch bei denen, die diesen Wandel eigentlich befürworten. Sie ist konfrontiert mit der Machtfülle und der Anpassungsfähigkeit des heute herrschenden Blocks und den Schwierigkeiten bei der Herausbildung neuer, hegemonialer Akteurskoalitionen und deren Fähigkeiten zu gesellschaftlicher Steuerung. Auch deshalb dominiert das finanzmarktgesteuerte Akkumulations- und Regulationsmodell noch immer die Struktur und Funktionslogik kapitalistischer Entwicklung.

Angesichts dessen stellt sich die Frage: Transformation ja – aber wie? Die Antworten auf diese – am Ende wohl entscheidende – Frage sind im Transformationsdiskurs und in den Transformationskonzepten sehr unterschiedlich. Vom kulturell motivierten individuellen Ausbruch aus einer nicht mehr zu rechtfertigenden Lebensweise (vgl. u.a. Welzer, Peach) bis zur Großen Transformation als Wandel der Technik, der Politik und der Kultur, nicht aber der Gesellschaftsstruktur oder des Eigentums (WBGU 2011; vgl. dazu auch Thie 2013).

Das von mir hier diskutierte Konzept der Transformation rückt auch bei der Frage nach dem *Wie* stärker die Gesellschaft, ihre Spielregeln (Douglass C. North), ihr Räderwerk ins Blickfeld. Dabei wird zunächst jedoch davon ausgegangen, dass die der Transformation entgegenstehenden Macht-, Eigentums- und Ideologieverhältnisse die eine Seite der inneren Struktur der bürgerlich-kapitalistischen Gesellschaften sind. Möglichkeiten eines transformativen Wandels ergeben sich doch selbst schon aus dem hybriden Charakter dieser inneren Struktur der modernen bürgerlichen Gesellschaften (Wright 2010): aus den Verflechtungen

von Macht- *und* Vergesellschaftungspotenzialen (Demokratie, Öffentlichkeit, Märkte, Zivilgesellschaft), von Kapital- *und* Soziallogik. Und vor allem ergeben sie sich auch aus dem der Transformation immanenten „Doppelcharakter“ (Polanyi), wo die „Entbettung“ des Marktes immer wieder gesellschaftliche Versuche und Bemühungen seiner „Einbettung“ hervorbringt. Schaut man auf die verschiedenen Transformationsfälle der Vergangenheit, dann zeigt sich zudem: Transformationen gingen und gehen zahlreiche partielle, molekulare wirtschaftliche, soziale, geistig-kulturelle Veränderungen voraus. Das heißt, die Potenziale einer möglichen anderen Entwicklungsweise reifen in dieser Gesellschaft heran (heute in Wirtschaft, Arbeit, Konsum, Kultur, Öffentlichkeit, Bewusstseinsentwicklung). Sie gilt es freizusetzen, auszureizen, miteinander zu verbinden, weiterzuentwickeln und gegen die vielfältigen Blockaden und Widerstände institutionell abzusichern. Große Transformation – wie begründet – als eine Vielzahl kleiner Transformationen – das vollzieht sich *unten* und schon *heute*, in gesellschaftsveränderndem Handeln individueller und kollektiver Akteure. Doch ohne Veränderung *oben* wird es eine Transformation zumindest als Modell- und Paradigmenwechsel nicht geben können. Unten und oben – Selbstentfaltung, Selbstveränderung und gesellschaftsverändernde soziale, ökologische, demokratische Reformpraktiken – nicht als Gegensätze sondern als widerspruchsvolle, sich überlappende Widerspruchsprozesse.

Viel wird davon abhängen, ob und wie sich diese evolutionären, progressiven Wandlungsprozesse auf lokaler, regionaler, europäischer und globaler Entwicklung zielgerichtet vollziehen und wie sich die Suchprozesse und Kämpfe um Umformungen des kapitalistischen Verwertungsprozesses und für eine neue Art und Weise der gesellschaftlichen Reproduktion gestalten. Oder anders formuliert: wie sich transformatorische Umgestaltungen verdichten und neue Dynamiken und Schubwirkungen für weitergehende Entwicklungen auslösen.

Gegründet auf einer Gesamtanalyse und -sicht lässt sich meines Erachtens feststellen: Diese Transformation ist nicht nur notwendig, sondern trotz aller Widerstände, Kontingenzen und Paradoxien auch möglich und machbar – und sie hat in einigen Bereichen, Nischen, Sektoren bereits begonnen. Als erfolgreiche Transformation ist sie – so können wir nun resümieren – an evolutionäre, sich dynamisierende gesellschaftliche Wandlungen, an handlungs-, diskurs- und strategiefähige Akteure, an die Bevölkerung inspirierende konkrete Transformationsprojekte und an ein gesellschaftliches Narrativ, das breite öffentliche Resonanz findet, gebunden.

Doch unabhängig vom weiteren und zukünftigen (offenen) Ausgang dieser gesellschaftlichen Transformation sind die progressiven Transformationskräfte

gehalten – ausgehend von den realen Prozessen der Veränderung im kapitalistischen Akkumulationsmodell und der bürgerlichen Gesellschaft, den aktuellen und zukünftigen Entwicklungstrends – entsprechende soziale, ökologische, demokratische Alternativen aufzuzeigen und vor allem ein kohärentes, *gesellschaftspolitisches Projekt* für diese Gesellschafts-Transformation zu entwickeln: *zum einen* als Voraussetzung für konstruktive Intervention in die ständig stattfindenden gesellschaftlichen Entwicklungs- und Auseinandersetzungsprozesse in Zeiten gesellschaftlichen Umbruchs, *zum anderen* als Voraussetzung für eine überzeugende Kritik der noch immer weitverbreiteten (neoliberalen) kulturellen Denk- und Verhaltensmuster in der bürgerlichen Gesellschaft, werden doch nur über kulturell-geistige Wandlungen gesellschaftliche möglich. Und *schließlich* als Voraussetzung für die Herausbildung neuer gesellschaftlicher und (partei-)politischer Koalitionen, die ohne ein gemeinsames gesellschaftliches Wandlungs- und Umbauprojekt nicht entstehen bzw. nicht hegemonie- und damit transformationsfähig werden können.

4. Neues Konzept (Paradigma) der Transformation

Gesellschafts-Transformation ist, wie wir gezeigt haben, ein spezifischer Typ sozialen Wandels mit eigenen Merkmalen und Besonderheiten. Es spricht schon heute viel dafür, dass Gesellschafts-Transformation – in vielfältigen Formen und mit unterschiedlichen Resultaten – zu einer bestimmenden Entwicklungstendenz im 21. Jahrhundert werden wird. Dies erfordert von der Transformationsforschung einerseits gehaltvolle zeitgeschichtliche Analysen dieser Prozesse der Gesellschafts-Transformation als spezifischer Typ sozialen Wandels und andererseits die theoretische Konzeptualisierung von Transformation als neuem Paradigma.

Dazu bedarf es meines Erachtens keiner neuen Großtheorie, aber zunächst erst einmal der Rekonstruktion der unterschiedlichen basalen Transformationskonzepte und vor allem ihrer kritischen Weiterentwicklung. Dabei kann die heutige Transformationsforschung auf ein reichhaltiges und differenziertes „Angebot“ theoretischer und methodischer Konzepte und Erklärungsansätze zurückgreifen: auf Systemtheorien, Strukturtheorien, Kulturtheorien sowie Klassen-, Handlungs- und Akteurstheorien (vgl. auch Reißig 2009a; Merkel 2010).

Gesellschaftskritische Sozialwissenschaftler beziehen sich in ihren heutigen Transformationsanalysen stärker auf Marx, Polanyi, Gramsci (vgl. auch Baier 2010), während eher dem modernisierungstheoretischen Paradigma nahestehende Sozialwissenschaftler sich oft auf Durkheim, Weber, Schumpeter, Parsons beziehen. Spielen bei den Ersten vor allem soziale Verhältnisse, Prozess- und

Eigentumsstrukturen, Macht(-ressourcen), gesellschaftliche Kräfteverhältnisse, Hegemonie, Zivilgesellschaft – und damit entscheidende Bezugspunkte für kritische Transformationsanalysen – eine entscheidende Rolle, so bei den zweiten eher Systeme und deren funktionale Differenzierung, Modernisierung und Evolutionsprozesse, aber auch Handlungs-, Kultur-, Entwicklungskonzepte (u.a. in Bezug auf Weber). In Zeiten wie den unsrigen, die durch vielfältige Ambivalenzen und Übergänge und wenig durch geltende Gewissheiten gekennzeichnet sind, kann das Neben- und auch Miteinander verschiedener und konkurrierender Ansätze und Konzepte nicht überraschen. Ein diskursiver Dialog- und Lernprozess, bei dem zugleich auf Ansätze von Bourdieu, Elias, Eisenstadt, North zurückgegriffen wird, sollte schon deshalb zu einer Selbstverständlichkeit in der heutigen und künftigen Transformationsforschung werden.

Doch auch in ihrer Summe verkörpern die bislang vorliegenden unterschiedlichen theoretischen Konzepte und Ansätze kein neues Paradigma der *Transformation*. Dies interdisziplinär zu erarbeiten, bleibt eine Herausforderung unserer Zeit. Schon die Analysen und theoretischen Verallgemeinerungen des postsozialistischen Falls der Transformation haben das Erfordernis neuer theoretischer Konzepte und Modelle der Transformation verdeutlicht (vgl. u.a. Reißig 1998 u. 2009a). Dennoch gab es nicht wenige Transformationsforscher, die eine solche kritische Revision und Weiterentwicklung ablehnten und im postsozialistischen Transformationsfall allein eine Bestätigung des klassischen Theoriefundus der System-, Modernisierungs- und Evolutionstheorie sahen (vgl. dazu u.a. die unterschiedlichen Beiträge in Bönker/Wielgohs 2008; Wiesenthal 2009; Zapf 1994).

Die heutigen und künftigen neuen gesellschaftlichen Transformationen drängen nun meines Erachtens mehr denn je auf eine Neuorientierung der Transformationsforschung und auf zeitgemäße Wandlungstheorien und -konzepte sowie ein entsprechendes methodologisches Gerüst.

Das erfordert, Prozess und Handeln, Macht, Struktur, Kultur und Akteur in ihrem wechselseitigen Zusammenhang zu betrachten, zu analysieren und zu einem neuen Paradigma zu verdichten. Ob am Ende daraus auch eine neue Transformationstheorie entsteht, ist heute nicht eindeutig zu beantworten. Dies wird auch davon abhängen, wie viel Neues in den gesellschaftlichen Praktiken, Wandlungsprozessen und -verläufen selbst noch entsteht. Dabei könnte es sich bei einer solchen Transformationstheorie – angesichts der Komplexität, Beweglichkeit und Differenziertheit des Gegenstandes (Gesellschaft, Gesellschafts-Transformation) – selbstverständlich nur um allgemeine, typische Prämissen, Aussagen und die Benennung einiger Variablen handeln (vgl. auch Wiesenthal 2009). Was meines Erachtens aber feststeht ist das Erfordernis, ein zeitgemäßes

Modell/Konzept/Paradigma der Transformation zu entwickeln. Erste Versuche, Transformation als ein solch neues Paradigma zu entwickeln, wurden an anderer Stelle zur Diskussion gestellt (vgl. Reißig 2009a, 26 ff. u. 195 ff.).

Auf jeden Fall sollte Transformation und besonders Gesellschafts-Transformation sowohl als Gegenstand zeitgeschichtlicher Analysen wie auch theoretischer Konzeptualisierung in Zukunft eine größere Aufmerksamkeit erlangen. Denn Transformation und Zukunft rücken angesichts einer Gesellschaft im Umbruch und Übergang stärker ins Zentrum neuer Diskurse sowie kontroverser strategisch-politischer Entscheidungen und Auseinandersetzungen. Eine kritische Sozialwissenschaft auf der Höhe ihrer Zeit ist aufgefordert, dafür gesellschaftlich relevante Beiträge zu leisten.

Tabelle 1: Transformation – ein spezifischer Typ sozialen Wandels

<p><i>Wesensgehalt</i></p> <ul style="list-style-type: none"> – spezifischer Typ sozialen Wandels; Übergang zu und Neukonstitution von Typen sozialer und kultureller Ordnung, von Typen sozioökonomischer und soziokultureller Entwicklung; – komplexer, mehrdimensionaler Wandel/ Wechsel der bestimmenden Prozessstrukturen, Regelsysteme, Entwicklungs- und Kulturmuster; – Wechselwirkungen von intentionalen und zweckgebundenen Handeln sowie evolutionären, eigendynamischen und nicht steuerbaren Prozessen; – Such-, Lern- und Experimentierprozess kollektiver und individueller Akteure mit bestimmten gemeinsamen Zielorientierungen/Leitideen/ Zukunftsannahmen 	<p><i>Historisch-logische Typen</i></p> <p>Wandel von</p> <ul style="list-style-type: none"> – Zivilisationstypen, – sozialen Formationstypen, – Gesellschaftstypen, sozioökonomischen und soziokulturellen Entwicklungsmodellen, – politisch-institutionellen Regimetypen
<p><i>Ursachen</i></p> <ul style="list-style-type: none"> – gesellschaftliche und globale Umbruchs- und Übergangssituation; – endogene systemimmanente (wirtschaftliche, soziale, kulturelle) Konflikte, Spannungslinien, Krisen; – neue gesellschaftliche Herausforderungen im Widerspruch zu tradierten Strukturen und Entwicklungsweisen; – exogene Anstöße, Ereignisse 	<p><i>Ebenen, Bereiche, Räume</i></p> <p>Ebenen</p> <ul style="list-style-type: none"> – gesamtgesellschaftliche Ebene, Makro- und Mikroebene, System und Lebenswelt <p>Räume</p> <ul style="list-style-type: none"> – nationale, regionale, Weltgesellschaft <p>Bereiche</p> <ul style="list-style-type: none"> – politische, wirtschaftliche, soziale, geistig-kulturelle Komplexität

<p><i>Akteure</i></p> <ul style="list-style-type: none"> - Schwarm unterschiedlicher Akteure, die im spezifischen Transformationsgeschehen verschiedene Diskurs-, Deutungs- und Transformationskoalitionen mit unterschiedlichen Führungspersonal bilden; - große gesellschaftliche Interessengruppen, soziale Bewegungen, kritische Intellektuelle und Eliten, Teile aufgeklärter staatlich-politischer Akteure und des Unternehmertums; - „Pioniere des Wandels“ (Individuen, kleine Gruppen) - Transformation, abhängig insbesondere von Akteurskonstellationen, die über ausreichend Macht, Ressourcen, Wandlungsbereitschaft und -fähigkeit verfügen 	<p><i>Formen und Muster</i></p> <ul style="list-style-type: none"> - Vielfalt von Formen, die oft in Kombination auftreten; - gesteuerter Wandel und selbstgesteuerter Prozess; allmählich und eruptiv; - Ablösungs- und Umwandlungsprozess von „unten“ und „oben“; - Wandel und Konstanz, Bruch und Konvergenz, - Umbau bestehender und Aufbau neuer Institutionen, Regelsysteme, Strukturen; - Zusammenspiel „großer“ und „kleiner“ Transformationen; - konflikthafte machtpolitische und gesellschaftliche Auseinandersetzungen, Herausbildung eines demokratischen Mehrheitswillens und Suche nach breitem demokratischen Transformationskonsens in der Gesellschaft
<p><i>Resultate</i></p> <ul style="list-style-type: none"> - kontingenter, offener Entwicklungsprozess mit intendierten und nicht intendierten Folgen; - Mögliche unterschiedliche Resultate: <i>gelingende</i> Transformation = neuer Typ sozialer und kultureller Ordnung, zukunftsfähiger Pfad sozioökonomischer und soziokultureller Entwicklungsweise und damit Etablierung eines neuen Regulationssystems, solidarische Teilhabegesellschaft; <i>Kompromiss</i> und Formen von gesellschaftlicher Hybridbildung; Stagnation, <i>Scheitern</i>, Regression; - Indikatoren des Messens: Grad der Etablierung und Institutionalisierung einer neuen, sozialen, ökologischen, demokratischen und solidarischen Entwicklungsweise; Grad von Freiheit, Gleichheit, Gerechtigkeit und demokratischer Partizipation als Basis individueller Entfaltungsmöglichkeiten und Lebensführung (-weise); - neue, weiterführende Entwicklungsoptionen als Resultate gesellschaftlicher Evolution und Transformation 	
<p><i>Neues Paradigma der Transformation</i></p> <ul style="list-style-type: none"> - notwendige Um- und Neuorientierung der (klassischen) Theorie sozialen Wandels, Übergang zu einem neuen Modell/Konzept/Paradigma der Transformation als Basis für gehaltvolle und empirisch überprüfbare Aussagen über das Was, Warum, Wie sowie den Sinn und die Folgen gesellschaftlicher Wandlungs- und Umbruchprozesse in unserer Zeit; - Theorie der Transformation als interdisziplinärer Forschungs- und diskursiver Dialog- und Lernprozess der Sozial-, Kultur- und Geschichtswissenschaften 	

Literatur

- Aus Politik und Zeitgeschichte (2012). Protest und Beteiligung, (25/26)
- Baethge, Martin/Bartelheimer, Peter (2005). Berichterstattung zur sozioökonomischen Entwicklung in Deutschland, Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften
- Bahro, Rudolf (1980). Die Alternative. Zur Kritik des real existierenden Sozialismus, Reinbek: Rowohlt
- Baier, Walter (2010). Transformation: Antonio Gramsci und Karl Polanyi, in: *transform*, (7), 45–53
- Beckert, Jens/Streeck, Wolfgang (2012). Die Fiskalkrise und die Einheit Europas, in: *Aus Politik und Zeitgeschichte*, (4), 7–17
- Bell, Daniel (1989). Beitrag in der Diskussion „Nach dem Ende des Kommunismus“, in: *Die Zeit*. Sonderbeilage, 22. Dezember
- Bertelsmann-Stiftung (2006). Bertelsmann Transformation Index 2006. Auf dem Weg zur marktwirtschaftlichen Demokratie, Gütersloh: Bertelsmann-Stiftung
- Beyme, Klaus/Offe, Claus (Hrsg.) (1996). Politische Theorien in der Ära der Transformation, Opladen: Westdeutscher Verlag
- Bischoff, Joachim/Lieber, Christoph (2013). Die „große Transformation“ des 21. Jahrhunderts. Politische Ökonomie des Überflusses versus Marktversagen. Eine Flugschrift, Hamburg: VSA
- Bluhm, Harald (1998). Revolution – eine begriffs- und ideengeschichtliche Skizze, in: *Berliner Debatte Initial*, (5), 3–13
- Bönker, Frank/Wielgoß, Jan (Hrsg.) (2008). Postsozialistische Transformation und europäische (Des-)Integration: Bilanz und Perspektiven, Marburg: Metropolis
- Brie, Michael (2011). Die Fähigkeit zur Transformation – Fortschrittskriterium heutiger Gesellschaften, in: Thomas, Michael (Hrsg.): *Transformation moderner Gesellschaften und Überleben in alten Regionen. Debatten und Deutungen*, Münster u.a.: Lit, 61–84
- Brie, Michael/Candeias, Mario (Hrsg.) (2011). *Transformation im Kapitalismus und darüber hinaus. Beiträge zur ersten Transformationskonferenz*, hrsg. von der Rosa-Luxemburg-Stiftung, Reihe Papers, Berlin
- Bucharin, Nikolaj Ivanovič (1990). Die Ökonomik der Transformationsperiode [1920], Berlin: Dietz
- Busch, Ulrich/Land, Rainer (2013). *Teilhabekapitalismus. Aufstieg und Niedergang eines Regimes wirtschaftlicher Entwicklung am Fall Deutschland 1950 bis 2010*, Norderstedt: Books on Demand
- Cangiani, Michele/Polanyi-Levitt, Kari/Thomasberger, Claus (2005). Die Polarität: Menschliche Freiheit – marktwirtschaftliche Institutionen. Zu den Grundlagen von Karl Polanyis Denken, in: Polanyi, Karl. *Chronik der großen Transformation: Artikel und Aufsätze (1920–1945)*, Bd. 3: Menschliche Freiheit, politische Demokratie und die Auseinandersetzung zwischen Sozialismus und Faschismus, Marburg: Metropolis, 15–64

- Cangiani, Michele/Thomasberger, Claus (2003). Machtpolitik, Systemkonfrontation und friedliche Koexistenz: Die Bedeutung der Demokratie. Karl Polanyis Analysen der internationalen Beziehungen, in: Polanyi, Karl. Chronik der großen Transformation: Artikel und Aufsätze (1920–1945), Bd. 2: Die internationale Politik zwischen den beiden Weltkriegen, Marburg: Metropolis, 11–43
- Dolata, Ulrich (2011). Wandel durch Technik. Eine Theorie soziotechnischer Transformation, Frankfurt am Main: Campus
- Dörre, Klaus (2011). Landnahme und die Grenzen kapitalistischer Dynamik. Eine Ideenskizze, in: Berliner Debatte Initial, (4), 56–72
- Eisenstadt, Shmuel N. (1982). Revolution und die Transformation von Gesellschaften. Eine vergleichende Untersuchung verschiedener Kulturen, Opladen: Westdeutscher Verlag
- Esping-Andersen, Gøsta (1998). Die drei Welten des Wohlfahrtskapitalismus. Zur Politischen Ökonomie des Wohlfahrtsstaates, in: Lessenich, Stephan/Ostner, Ilona (Hrsg.): Welten des Wohlfahrtskapitalismus, Frankfurt am Main/New York: Campus, 19–56
- Etzioni, Amitai (2011). Eine neue Charakterisierung des guten Lebens, in: Welzer, Harald/Wiegandt, Klaus (Hrsg.): Perspektiven einer nachhaltigen Entwicklung. Wie sieht die Welt im Jahr 2050 aus?, Frankfurt am Main: Fischer, 328–338
- Eurobarometer (2007). Energy Technologies: Knowledge, Perception, Measures, Brüssel
- Fukuyama, Francis (1992). Das Ende der Geschichte. Wo stehen wir?, München: Kindler
- Grin, John/Rotmans, Jan/Schot, Johan W. (2010). Transitions to sustainable development. New directions in the study of long term transformative change, New York: Routledge
- Gramsci, Antonio (1991 ff.). Gefängnishefte, Berlin/Hamburg: Argument
- Heinemann-Grüder, Andreas (1993). Transformation in Osteuropa. Theoretisch-konzeptionelle Ansätze, Ms.
- Hobsbawm, Eric J. (1998). Das Zeitalter der Extreme. Weltgeschichte des 20. Jahrhunderts, München: dtv
- Holzinger, Markus (2011). Der Zwang zur Entscheidung. Die fragile Zukunft in der Kontingenzgesellschaft, in: vorgänge, (3), 4–16
- Inglehart, Ronald (2008). Changing values among western publics from 1970 to 2006, in: West European Politics, (1–2), 130–146
- Institut für Demoskopie (IfD) Allensbach, Umfrage: Was ist gerecht?, 2013
- Jarusch, Konrad H. (2006). Krise oder Aufbruch? Historische Annäherungen an die 1970er Jahre, in: Zeithistorische Forschungen/Studies in Contemporary History, Online-Ausgabe (3), 4–10
- Klein, Dieter (2013). Das Morgen tanzt im Heute: Transformation im Kapitalismus und über ihn hinaus, Hamburg: VSA
- Krugman, Paul R. (2008). Nach Bush. Das Ende der Neokonservativen und die Stunde der Demokraten, Frankfurt am Main: Campus

- Land, Rainer (2009). Transformation des Kapitalismus. Roosevelt und Obama, in: *Theater der Zeit*. Arbeitsbuch, (7/8), 74–79
- (2011). Zur Unterscheidung zwischen Wirtschaftswachstum und wirtschaftlicher Entwicklung, in: Thomas, Michael (Hrsg.): *Transformation moderner Gesellschaften und Überleben in alten Regionen*. Debatten und Deutungen, Münster u.a.: Lit, 99–137
- Leggewie, Claus/Welzer, Harald (2009). *Das Ende der Welt, wie wir sie kannten*. Klima, Zukunft und die Chancen der Demokratie, Frankfurt am Main: Fischer
- Marx, Karl (1983). *Grundrisse der Kritik der politischen Ökonomie [1857–1859]*, in: MEW, Bd. 42, Berlin: Dietz
- Mayntz, Renate (2009). *Über Governance*. Institutionen und Prozesse politischer Regelung, Frankfurt am Main: Campus
- Meadows, Dennis L./Meadows, Donella H./Zahn, Erich/Milling, Peter (1973). *Die Grenzen des Wachstums*. Bericht des Club of Rome zur Lage der Menschheit, Reinbek: Rowohlt
- Merkel, Wolfgang (2010). *Systemtransformation*. Eine Einführung in die Theorie und Empirie der Transformationsforschung, 2., überarb. und erw. Aufl., Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften
- Middel, Matthias (1998). *Metaerzählungen: Vergleichende Revolutionsgeschichte und Sonderwegthese*, in: *Berliner Debatte Initial*, (5), 59–75
- Mokyr, Joel (2008). *Die europäische Aufklärung, die industrielle Revolution und das moderne ökonomische Wachstum*, in: Robinson, James A/Wiegandt, Klaus (Hrsg.): *Die Ursprünge der modernen Welt*. Geschichte im wissenschaftlichen Vergleich, Frankfurt am Main: Fischer, 433–474
- Müller, Horst (2012). *Sozialkapitalismus und Systemtransformation*, in: *Berliner Debatte Initial*, (3), 77–93
- Müller, Michael/Strasser, Johano (2011). *Transformation 3.0*. Raus aus der Wachstumsfalle, Berlin: Vorwärts
- Müller-Hilmer, Rita (2006). *Gesellschaft im Reformprozess*. Studie zu politischen Typen in Deutschland im Auftrag der Friedrich-Ebert-Stiftung, Berlin/Bonn: Friedrich-Ebert-Stiftung
- North, Douglass C. (2005). *Understanding the Process of Economic Change*, Princeton: Princeton University Press
- O’Donnell, Guillermo A./Schmitter, Philippe C. (1986). *Transitions from authoritarian rule*, Baltimore: Johns Hopkins University Press
- OECD – Organization for Economic Cooperation and Development (2012). *OECD-Wirtschaftsausblick*, Paris: OECD
- Osterhammel, Jürgen (2009). *Die Verwandlung der Welt*. Eine Geschichte des 19. Jahrhunderts, München: C.H. Beck
- (2011). *Große Transformation*, in: *Merkur*, (7), 625–631
- Ostrom, Elinor (2010). *Polycentric systems for coping with collective action and global environmental change*, in: *Global environmental change: Human and policy dimensions*, (4), 550–557

- Paech, Niko (2011). Vom grünen Wachstumsmythos zur Postwachstumsökonomie, in: Welzer, Harald/Wiegandt, Klaus (Hrsg.): Perspektiven einer nachhaltigen Entwicklung. Wie sieht die Welt im Jahr 2050 aus?, Frankfurt am Main: Fischer, 131–151
- Parsons, Talcott (1972). Das System moderner Gesellschaften, München: Juventa
- Polanyi, Karl (1979). Ökonomie und Gesellschaft, Frankfurt am Main: Suhrkamp
- (1995). The Great Transformation. Politische und ökonomische Ursprünge von Gesellschaften und Wirtschaftssystemen [1944], 3. Aufl., Frankfurt am Main: Suhrkamp
 - (2002). Chronik der großen Transformation: Artikel und Aufsätze (1920–1945), Bd. 1: Wirtschaftliche Transformation, Gegenbewegungen und der Kampf um die Demokratie, Marburg: Metropolis
 - (2003). Chronik der großen Transformation: Artikel und Aufsätze (1920–1945), Bd. 2: Die internationale Politik zwischen den beiden Weltkriegen, Marburg: Metropolis
 - (2005). Chronik der großen Transformation: Artikel und Aufsätze (1920–1945). Bd. 3: Menschliche Freiheit, politische Demokratie und die Auseinandersetzung zwischen Sozialismus und Faschismus, Marburg: Metropolis
- Randers, Jørgen (2012). 2052 – der neue Bericht an den Club of Rome. Eine globale Prognose für die nächsten 40 Jahre, München: Oekom
- Reißig, Rolf (1998). Transformationsforschung: Gewinne, Desiderate und Perspektiven, in: Politische Vierteljahresschrift, (2), 301–328
- (2000). Die gespaltene Vereinigungsgesellschaft. Bilanz und Perspektiven der Transformation Ostdeutschlands und der deutschen Vereinigung, Berlin: Karl Dietz
 - (2006). Ostdeutschland im Wandel und Umbruch – neu denken und gestalten, in: Woderich, Rudolf (Hrsg.): Im Osten nichts Neues?, Berlin: Lit, 23–39
 - (2008). Weltgesellschaft – Dialog- und Transformationsprojekt des 21. Jahrhunderts, in: Bahr, Egon (Hrsg.): Weltgesellschaft. Ein Projekt von links!, Berlin: Vorwärts, 21–40
 - (2009a). Gesellschafts-Transformation im 21. Jahrhundert. Ein neues Konzept sozialen Wandels, Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften
 - (2009b). Wie aktuell ist Polanyis Transformationsansatz?, in: Neue Gesellschaft/Frankfurter Hefte, (4), 33–36
 - (2010). Von der privilegierten und blockierten zur zukunftsorientierten Transformation, in: Aus Politik und Zeitgeschichte, (30/31), 20–25
 - (2011a). Wandel und Transformation als Thema kritischer Sozialforschung. Ein Rück- und Ausblick, in: Thomas, Michael (Hrsg.): Transformation moderner Gesellschaften und Überleben in alten Regionen, Münster u.a.: Lit, 31–59
 - (2011b). Die neue „Große Transformation“. Der Übergang zu einem sozialökologischen und solidarischen Entwicklungspfad, in: vorgänge, (3), 79–88
 - (2012). Zweite Große Transformation. Bedingungen, Inhalte und Perspektiven eines neuen, sozial-ökologischen und solidarischen Entwicklungspfades. Pankower Vorträge, (169), Berlin

- Robinson, James A. (2008). Die treibenden Kräfte der Geschichte. Eine Einleitung, in: Robinson, James A./Wiegandt, Klaus (Hrsg.): Die Ursprünge der modernen Welt. Geschichte im wissenschaftlichen Vergleich, Frankfurt am Main: Fischer, 11–41
- Rosa, Hartmut (2012). Weltbeziehungen im Zeitalter der Beschleunigung. Umriss einer neuen Gesellschaftskritik, Berlin: Suhrkamp
- Rosanvallon, Pierre (2013). Die Gesellschaft der Gleichen, Hamburg: Hamburger Edition
- Scherhorn, Gerhard (2011). Die Politik entkam der Wachstumsfalle. Ein Bericht aus dem Jahre 2050, in: Welzer, Harald/Wiegandt, Klaus (Hrsg.): Perspektiven einer nachhaltigen Entwicklung. Wie sieht die Welt im Jahr 2050 aus?, Frankfurt am Main: Fischer, 64–102
- Schumpeter, Joseph A. (1942/1975). Kapitalismus, Sozialismus und Demokratie, München: Francke
- Steiner, André (2006). Bundesrepublik und DDR in der Doppelkrise europäischer Industriegesellschaften. Zum sozialökonomischen Wandel in den 1970er Jahren, in: Zeit-historische Forschungen/Studies in Contemporary History, Online-Ausgabe(3), 1–3
- Streeck, Wolfgang (2013). Gekaufte Zeit: Die vertagte Krise des demokratischen Kapitalismus, Berlin: Suhrkamp
- Streeck, Wolfgang/Thelen, Kathleen Ann (2005). Introduction: Institutional Change in Advanced Political Economies, in: Streeck, Wolfgang/Thelen, Kathleen Ann (Hrsg.): Beyond continuity. Institutional change in advanced political economies, Oxford/New York: Oxford University Press, 1–39
- Thie, Hans (2013). Rotes Grün. Mit Kooperation, Gleichheit und Planung zur ökologischen Gesellschaft, Hamburg: VSA
- Thomas, Michael (2012). Einstiege in einen sozialökologischen und solidarischen Umbau – Ansätze zur Transformation, in: Brie, Michael/Candeias, Mario (Hrsg.): Transformation im Kapitalismus und darüber hinaus. Beiträge zur Ersten Transformationskonferenz des Instituts für Gesellschaftsanalyse der Rosa-Luxemburg-Stiftung, hrsg. von der Rosa-Luxemburg-Stiftung, Reihe Papers, Berlin, 186–194
- TNS Emnid (2010). Umfrage im Auftrag der Bertelsmann-Stiftung, 19.8.2010, Gütersloh
- Turowski, Jan/Mikfeld, Benjamin (2013). Gesellschaftlicher Wandel und politische Diskurse. Überlegungen für eine strategieorientierte Diskursanalyse. denkwerk demokratie, Hans Böckler Stiftung, Berlin: Hans-Böckler-Stiftung
- Vester, Michael (2011). Auf dem Weg zu einem „partizipatorischen“ Wohlfahrtsstaat?, in: Perspektiven ds, (1), 27–49
- Wagener, Hans-Jürgen (1996). Transformation als historisches Phänomen, Frankfurt (Oder): F.I.T.
- Wallerstein, Immanuel (2002). Utopistik. Historische Alternativen des 21. Jahrhunderts, Wien: Promedia
- WBGU – Wissenschaftlicher Beirat der Bundesregierung Globale Umweltveränderungen (2011). Welt im Wandel: Gesellschaftsvertrag für eine große Transformation, Berlin

- Weber, Max (1972). *Wirtschaft und Gesellschaft. Grundrisse der verstehenden Soziologie*, 2 Bde. Tübingen: Mohr
- Welzer, Harald/Wiegandt, Klaus (2011). *Perspektiven einer nachhaltigen Entwicklung. Wie sieht die Welt im Jahr 2050 aus?*, Frankfurt am Main: Fischer
- Wiesenthal, Helmut (2006). *Gesellschaftssteuerung und gesellschaftliche Selbststeuerung. Eine Einführung*, Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften
- (2009). Transformation oder Wandel? Impressionen aus (fast) zwei Jahrzehnten Transformationsforschung, in: SFB 580 Jena, Bd. 31, 8–20
- Wilkinson, Richard G./Pickett, Kate (2010). *Gleichheit ist Glück. Warum gerechte Gesellschaften für alle besser sind*, Berlin: Tolkemitt
- Wright, Erik Olin (2010). *Envisioning real utopias*, London/New York: Verso
- Zapf, Wolfgang (1994). *Modernisierung, Wohlfahrtsentwicklung und Transformation. Soziologische Aufsätze 1987 bis 1994*, Berlin: Edition Sigma

Dieter Klein

Doppelte Transformation

Ein Begriff durchwabert den Zeitgeist. Er ist umkämpft wie die Realität, die er abbildet: Transformation. In den 1990er Jahren galt sein Inhalt dem Mainstream in Politik, Ökonomie, Wissenschaft und Medien als unstrittig: Übergang vom Staatssozialismus zum Kapitalismus, „von Diktaturen zu Demokratien, der Plan- und Kommando- zur Marktwirtschaft sowie [...] Wandel von geschlossenen zu offenen Gesellschaften“ (Merkel 1999, 15). Francis Fukuyama feierte in seinem Bestseller „The End of History“ das Ende der Geschichte. Die Ankunft im weltumspannenden Kapitalismus schien die Erfüllung aller Transformation zu sein (vgl. dazu der Beitrag von Michael Thomas in diesem Band).

Dies ist noch immer der Wunschtraum der Machteliten. Teils halten sie an einem realitätsfernen neoliberalen Weiter-so fest. Andere Kräfte wie die Tea-Party-Bewegung in den USA und rechtsextreme und rechtspopulistische Parteien in Europa setzen auf ein zweites Szenario, auf einen verstärkt autoritären entzivilisierten Kapitalismus, in dem Rassismus, Antisemitismus, Islamfeindlichkeit und Imperialität verstärkt für Herrschaftszwecke mobilisiert werden. In Europa zeichnet sich verflochten mit diesen beiden Tendenzen vor allem ein drittes Szenario ab: die Transformation zu einem staatsinterventionistisch modifizierten und grün modernisierten neoliberalen Kapitalismus. Die Herrschaft der Finanzmärkte wird auf diesem Weg nicht substanziell angetastet, aber sie sollen in Maßen reguliert werden. Das die Umwelt zerstörende Wachstum wird eher noch gefördert, aber es soll auf Umweltechnologien gestützt ein irgendwie ökologisches Wachstum werden. Partiellen sozialen Kompromissen seitens der Herrschenden und halberherziger Regulierung von finanzkapitalistischen Auswüchsen steht die soziale Deregulierung in Gestalt verstärkter Austeritätspolitik entgegen. Symptomatisch für die Brüchigkeit dieser bescheidenen neoliberalen Transformationsvariante ist, dass selbst Fukuyama inzwischen beklagt, die Ungleichheit der Einkommensverteilung blockiere die Demokratie. „Das Problem ist, dass in den USA schnell als Klassenkämpfer abgestempelt wird, wer solche Probleme anspricht. Präsident Barack Obama muss das gerade erfahren. In seiner Rede zur Lage der Nation hat er höhere Steuern für die Reichen gefordert, prompt wird er als europäischer

‘Sozialist’ gebrandmarkt. Deswegen ist es so schwer, eine schlagkräftige linke Bewegung zu formen“ (Fukuyama 2012, 87). Das liest sich anders als vor 20 Jahren die Verkündung des Endes der Geschichte im globalen Kapitalismus.

Es liest sich auch anders als Ende der 1990er Jahre bei Tony Blair, Gerhard Schröder, Bodo Hombach und ihren theoretischen Ratgebern wie Anthony Giddens und Wolfgang Streeck. Diese plädierten für einen breiten Niedriglohnsektor, für die Senkung der Lohnnebenkosten – also von Sozialausgaben – und für Privatisierungen im Bereich der öffentlichen Daseinsvorsorge. Kurz: „Das wichtigste Instrument einer neuen Arbeitsmarktpolitik im Übergang zur Dienstleistungsgesellschaft ist – der Markt“ (Streeck/Heinze 1999). Ihren organischen Intellektuellen folgend, setzte die Regierung Schröder auch in Deutschland einen kräftigen Schub neoliberaler Entwicklung des Kapitalismus durch. Das Resultat des internationalen Übergangs vom sozialstaatlich regulierten Kapitalismus zum finanzierten neoliberalen Kapitalismus ist die noch andauernde mehrdimensionale Krise der letzten Jahre. Streecks Resümee des einst von ihm selbst geförderten neoliberalen Wandels lautet: „Die bislang letzte Phase dieser Entwicklung ist der gegenwärtige Übergang vom nationalen Schuldenstaat zum internationalen Konsolidierungsstaat. Mit ihm ist der Hayeksche Entwurf einer liberalisierten, gegen politischen Druck immunisierten kapitalistischen Marktwirtschaft auf dem Weg zu seiner immer vollständigeren Verwirklichung“ (Streeck 2013, 159). Die Demokratie ist unter den Juggernaut des Marktradikalismus geraten. „Niemand nach dem Zweiten Weltkrieg hat man die versammelten Regierungen des kapitalistischen Westens so ratlos gesehen und hinter den Fassaden optimistischer Gelassenheit und gefahrenerprobter Situationsbeherrschung so viel blanke Panik ahnen können wie heute“ (ebd., 34).

Eine zweite Große Transformation – die Perspektive für das 21. Jahrhundert

In Bewegung geraten und umkämpft ist in dieser Lage erneut, was Transformation heute und künftig sein kann. Linkssozialisten gehen davon aus, dass gegen neoliberale Varianten innerkapitalistischer Transformation eine den Kapitalismus überwindende zweite Große Gesellschaftstransformation auf die historische Tagesordnung gelangt. Karl Polanyi bezeichnete als Große Transformation den langen Übergang von vorkapitalistischen Gesellschaften zum Kapitalismus (Polanyi 1995).

Analog ist der Übergang von der bürgerlich-kapitalistischen Gesellschaft zu einer solidarischen gerechten Gesellschaft im Einklang mit der Natur als Inhalt einer zweiten Großen Transformation anzusehen (Reißig 2009; Brie 2010; Klein

2010; Müller 2012). Eine solche Transformation ist die Perspektive für das 21. Jahrhundert. Sie bezeichnet die Bewegung zu einer von Linksozialisten erstrebten alternativen Gesellschaft. Sie wird in dem hier vorliegenden Beitrag allerdings nur bezogen auf Deutschland im europäischen Kontext behandelt

Die fortschreitende Zerstörung der Biosphäre, der Hunger und die absolute Armut von rund einer Milliarde Menschen trotz des verfügbaren Reichtums auf der Erde, Kriege, die durch Waffenexporte der Industrieländer genährt werden, wachsende Klüfte zwischen Reich und Arm und Erosion des sozialen Zusammenhalts der Gesellschaft, katastrophale Wirkungen der Finanzmärkte, postdemokratische Entwicklungen und permanente Verletzungen der Würde des Menschen erfordern die Überwindung des Kapitalismus durch eine bessere Gesellschaft. Die einen erhoffen dies noch immer durch Revolution, die anderen setzen noch immer auf Reformen.

Doch die alles umstürzende Revolution wird in Europa in absehbarer Zeit mit größter Wahrscheinlichkeit nicht stattfinden. Für diese Annahme sprechen die Machtfülle der Herrschenden, ihre Flexibilität, die Verinnerlichung der von ihnen geprägten Werte und Orientierungen in den mentalen Tiefenstrukturen der Bevölkerungsmehrheit, die Schwäche der vielfach segmentierten Linken und das Fehlen eines mobilisierenden alternativen Gesellschaftsprojekts in der öffentlichen Wahrnehmung. Überdies sind die zu bewältigenden Aufgaben derart gewaltig, komplex und kompliziert, dass ein zeitlich geraffter Akt der Revolution – wann auch immer – damit völlig überfordert wäre (Wright 2010, 312 ff.). Anders formuliert, dem neoliberalen Kapitalismus wird nicht unmittelbar der demokratische grüne Sozialismus folgen.

Aber gemäßigte Reformen allein, die schon das Zurückrollen des sozialstaatlichen Kapitalismus der Nachkriegsjahrzehnte durch den neoliberalen Kapitalismus nicht aufhalten konnten, genügen den Herausforderungen universeller Durchsetzung der Menschenrechte und der Abwendung globaler Großgefahren ganz offenbar auch nicht. Weder herkömmliche Revolutionsvorstellungen noch traditionelle sozialdemokratische Reformkonzepte entsprechen der entstandenen Problemkonstellation. Ein anderer konzeptioneller Zugang zur Bewältigung der Fülle ungelöster Probleme gesellschaftlicher Entwicklung ist notwendig geworden.

Es kommt hinzu, dass dieser Zugang unter dem Druck des Widerspruchs zwischen der Dringlichkeit gravierenden Wandels und voraussichtlich andauernder Machtpositionen der ihn blockierenden Kräfte gefunden werden muss. Noch nie in der Geschichte stand die Menschheit unter dem Zeitdruck, ihre gesamte Daseinsweise bei Strafe des Verlusts der natürlichen Lebensbedingungen von Milliarden Menschen nach dem Befund angesehener wissenschaftlicher Institutionen

innerhalb eines engen Zeitfensters von höchstens zwei Dekaden einschneidend verändern zu müssen (Stern 2009; IPPC 2007). Aber leider könnte auch die Erwartung nicht minder ausgewiesener Experten und Wissenschaftsgremien zutreffen, dass sich kaum vor Mitte des Jahrhunderts und erst nach weiteren großen Katastrophen ein gravierender Umbruch aller Verhältnisse durchsetzen wird und auch dann nur als längerer Prozess vorstellbar ist (Randers 2012). Ernst Bloch schrieb von einer „Prozessepoche“ (Bloch 1985, 143).

Eine Bewegungsform für den Widerspruch zwischen der Dringlichkeit gravierenden Wandels und voraussichtlich andauernden bürgerlich-kapitalistischen Verhältnissen muss gefunden werden. Wenigstens um einen richtungswandelnden Einstieg in die Minderung der größten globalen Bedrohungen über partielle Reformen hinaus geht es, um die Einschränkung der gefährlichsten Entwicklungen schon im Rahmen kapitalistischer Strukturen.

Entscheidend für linke Politik in der kommenden Zeit wird sein, zugleich mit Anstrengungen zur Verbesserung der gegenwärtigen Lage der Menschen *Bedingungen für weiter reichende Veränderungen*, für eine zweite Große Transformation zu erkämpfen. Linke Politik muss in dieser Lage gerichtet werden auf die Stärkung, Einigung und Mobilisierungsfähigkeit der Linken selbst, auf breite Bündnisse, die Machtoptionen für linke Politik eröffnen, auf ein gesellschaftliches Bewusstsein dessen, dass Alternativen möglich sind, auf die Entfaltung aller sich abzeichnenden Ansätze dafür und auf die Herausbildung einer Mehrheitsmeinung, die die skandalösen sozialen Spaltungen durch den Block an der Macht nicht mehr akzeptiert. Eine Strategie doppelter Transformation entspricht deshalb der Höhe der Anforderungen, weil sie machbare Reformschritte damit verbindet, gerade diese Bedingungen zu schaffen. Ein Übergangsprozess, der nicht der große revolutionäre Bruch ist und der doch entschieden anderes bedeutet als gemäßigte Reformen im Rahmen eines Weiter-so, bedarf seines Begriffs: „doppelte Transformation“. Das Konzept einer doppelten Transformation bietet einer linken radikalen Realpolitik eine zeitgemäße theoretische Grundlage. Wenn weder Reform noch Revolution für sich genommen eine bessere Gesellschaft versprechen, ist die Überwindung ihrer jeweiligen Grenzen und Schwächen und ein „Aufheben“ ihrer Stärken in einem Dritten herangereift, eben in einer doppelten Transformation.

Zwei Transformationen – eine doppelte Transformation

Doppelte Transformation als strategische Orientierung in Europa für die kommenden Jahrzehnte umfasst zwei ineinandergreifende Prozesse. Ihre *erste Seite* könnte nach der hier vertretenen Erwartung eine postneoliberale Transformation zu sozial

und ökologisch regulierten bürgerlich-kapitalistischen Gesellschaften sein. Die Finanzialisierung der Gesellschaft würde durch soziale und ökologische Reformen zurückgedrängt werden. Mehr repräsentative Demokratie mit stärkerer Beteiligung der Bürgerinnen und Bürger, ein unter den veränderten Bedingungen erneuerter Sozialstaat, ein größeres Gewicht des Öffentlichen, insbesondere der öffentlichen Daseinsvorsorge, und eine verantwortungsvollere Umwelt- und Sicherheitspolitik wären erreichbar. Ein Spielraum für die Minderung der globalen Gefahren könnte gewonnen und ein progressiver Richtungswechsel eingeleitet werden.

Die entscheidende Voraussetzung dafür wären eine bedeutende Stärkung der linken Kräfte, ein Zurückstellen ihrer inneren Differenzen, die Entwicklung ihrer Fähigkeit, im Bewusstsein der eigenen Identität Bündnisse mit sozial verantwortungsbereiten bürgerlichen Milieus zu schließen, und eine dadurch getragene erhebliche Verschiebung der gesellschaftlichen Kräfteverhältnisse nach links. Unter dem dadurch auf dem Hintergrund drohender globaler Konfliktlinien entstehenden Druck wären die Differenzierungen innerhalb der Machteliten und die Entscheidung wichtiger ihrer Fraktionen für soziale, ökologische und demokratische Kompromisse mit den gesellschaftlichen Gegenmächten weitere wesentliche Voraussetzungen einer progressiven innerkapitalistischen postneoliberalen Transformation. Zurzeit ist in Europa eine solche Veränderung in den Machteliten nicht wahrscheinlich. Aber sie ist bei einer künftigen neuerlichen Kumulation von Krisen nicht auszuschließen.

Auch gefahrenbewusste, strategisch handelnde und kompromissfähige Teile des herrschenden Machtblocks werden jedoch bestrebt bleiben, ihre Macht und deren kapitalistische Grundlagen zu bewahren. Sie könnten auf die Erfahrungen passiver Revolutionen zurückgreifen. Wie Mario Candeias in diesem Band zeigt, verstand Antonio Gramsci darunter die Restauration der gefährdeten Herrschaftsverhältnisse mittels durchaus weitreichender Veränderungen in den gesellschaftlichen Verhältnissen. Passiv nannte er solche Revolution von oben, weil die partielle Berücksichtigung der Interessen der Subalternen genutzt wird, um sie in politischer Passivität und Abhängigkeit zu halten, auch durch die Integration ihrer Führungsgruppen in das bestehende Machtgefüge (Gramsci 1994, 102). Mit dem Begriff der passiven Revolution verweist Gramsci aber auch auf die Fähigkeit von Teilen des herrschenden Blocks zu gravierenden Anpassungen der gegebenen Strukturen an veränderte Bedingungen, auf das Transformationspotenzial in den Machteliten also.

Da diese Flexibilität jedoch auf die modifizierte Bewahrung der gegenwärtigen Eigentums-, Verfügungs- und Machtverhältnisse zielt, werden mögliche soziale Verbesserungen beschränkt bleiben. Das Wachstum könnte womöglich durch

einen Schub grüner Technologien um einiges umweltgerechter werden, bleibt aber unverträglich mit der Endlichkeit der Ressourcen und der Belastbarkeit der Umwelt. Die globale Verdrängungskonkurrenz wird solidarischer Kooperation Grenzen setzen. Die in Grenzen gewünschte demokratische Mitwirkung der Abhängigen in der Gesellschaft soll durch die Verwandlung ihrer Selbstentfaltung in Selbstanpassung begrenzt bleiben. Ein besserer postneoliberaler Kapitalismus ist möglich, muss ein Ziel der Linken für einen absehbaren Zeitraum werden, wird aber die Wurzeln kapitalistischer Widersprüche, Übel und Desaster immer wieder reproduzieren.

Doppelte Transformation als strategische Orientierung für die Linke in Europa muss daher mehr als eine systeminterne postneoliberale Transformation umfassen. Sie schließt im Gegensatz zu traditionellen Reformen und erst recht zu deren Verkehrung in neoliberale Instrumente als ihre *zweite Seite* ein, dass im Verlauf der innersystemischen Transformation bereits antikapitalistische und potenziell sozialistische Tendenzen, Elemente, Institutionen und Praxen entwickelt und gestärkt werden. In die postneoliberale bürgerliche Transformation muss vom Standpunkt radikaler Realpolitik der Linken der Einstieg in die Überschreitung des Kapitalismus, also der Beginn einer zweiten Großen Transformation hineingeholt werden.

Dieses Konzept zielt darauf ab, Reformprozesse mit tieferen Brüchen, mit revolutionären Zügen also, zu verknüpfen. Die Annahme ist nicht, dass erst nach dem Kapitalismus säuberlich getrennt von ihm der Sozialismus beginnt, sondern mehr Gerechtigkeit, mehr Solidarität, mehr friedliche Konfliktlösungen, mehr umweltorientierte gesellschaftliche Verhältnisse, mehr demokratische Bürgerbeteiligung mitten in der bürgerlichen Gesellschaft bedeuten, dass bereits in deren Rahmen der Einstieg in die Überschreitung des Kapitalismus beginnt. Wenn radikal-demokratische Kräfte solche Entwicklung vorantreiben! Sozial gleiche Teilhabe für jede und jeden Einzelnen an den Grundbedingungen individueller Persönlichkeitsentfaltung und der Übergang von umweltzerstörendem herkömmlichen Wachstum zu nachhaltiger friedlicher Entwicklung sowie die dafür notwendigen einschneidenden Veränderungen des Ressourceneinsatzes sind nicht von profitbestimmten Marktmechanismen zu erwarten.

Wenn als Antwort auf globale Großgefahren, die nur in Grenzen kapitalistisch bearbeitbar sind, eine universelle Durchsetzung der Menschenrechte erfolgen soll, wird damit die Perspektive einer postkapitalistischen Gesellschaft ins Auge gefasst. In den hier vorliegenden Überlegungen wird demokratischer Sozialismus als eine von Grund auf demokratisch erneuerte, solidarische, gerechte, dem Erhalt der Biosphäre verpflichtete Friedensgesellschaft verstanden, aber auch als

der Prozess dahin und als orientierendes Wertesystem auf dem Weg zu solcher Gesellschaftsalternative. So wie Karl Polanyi schrieb: „Vom Standpunkt der Gemeinschaft als Ganzes bedeutet Sozialismus nur die Fortsetzung jenes Bemühens, die Gesellschaft zu eine humanen Gemeinschaft der einzelnen zu gestalten“ (Polanyi 1995, 311). Demokratischer grüner Sozialismus und eine gerechte Solidargesellschaft im Einklang mit der Natur werden hier als sinngleich betrachtet. Das schließt eine prinzipielle Abkehr vom gescheiterten Staatssozialismus ein.

Die Hinwendung zu einer solchen Gesellschaftsalternative bzw. der Prozess des Übergangs zu ihr beginnt also nicht erst jenseits der bürgerlich-kapitalistischen Gesellschaft, sondern muss so weit wie möglich bereits in den gegebenen Verhältnissen erkämpft werden. Jörg Huffs Schmid hat – ohne dafür den Begriff Transformation zu nutzen – über einen Übergangsprozess in solchem doppelten Verständnis schon 1988 geschrieben: „Muss nicht der Übergang als eine Folge evolutionärer Schritte gedacht – und befördert – werden, in deren Verlauf sich die ‘Natur’ des Kapitalismus verändert (oder diese verändert wird) und sich die ‘Natur’ des Sozialismus allmählich herausbildet?“ (Huffs Schmid/Jung 1988)

Der Zusammenhang zwischen Bewegungen für einen progressiven Wandel innerhalb der bürgerlich-kapitalistischen Gesellschaften und den Kämpfen für ihre Überwindung ist keine rein theoretische Konstruktion. Er ergibt sich aus der Widersprüchlichkeit der realen gesellschaftlichen Verhältnisse im Kapitalismus. Marx schrieb: „Das Kapital ist kein Ding, sondern ein bestimmtes, gesellschaftliches, einer bestimmten historischen Formation angehöriges Produktionsverhältnis“ (Marx 1973, 822). „Kapital und Lohnarbeit sind zwei Seiten eines und desselben Verhältnisses. Die eine bedingt die andere“ (Marx 1849/1974, 410). Die Entfaltung des Kapitalverhältnisses war und ist stets eine Entfaltung sich widersprechender Interessen, die gegensätzliche Entwicklungen hervortreiben. Polanyi verwies daher darauf, dass die gesamte Geschichte des Kapitalismus eine vom Wirken zweier Organisationsprinzipien gezeichnete Doppelbewegung ist: „Das eine Prinzip war das Prinzip des Wirtschaftsliberalismus, das auf die Schaffung eines selbstregulierten Marktes abzielte, auf die Unterstützung durch die gewerbetreibenden Schichten zählte und als Methode weitgehend Laissez-faire und den Freihandel benützte; das andere war das Prinzip des Schutzes der Gesellschaft, das auf die Erhaltung der Menschen und der Natur sowie der Produktivkräfte abzielte, auf die wechselnde Unterstützung jener zählte, die von der verderblichen Wirkung des Marktes als erste betroffen werden – vor allem, aber nicht nur, der arbeitenden und bodenbesitzenden Klasse – und Schutzgesetze, Schutzvereinigungen und andere Interventionsmittel als Methoden benützte“ (Polanyi 1995, 185). Über den Profitmechanismus schrieb Polanyi: „Die Aus-

wirkungen auf das Leben der Menschen waren unbeschreiblich grausam. Die menschliche Gesellschaft wäre tatsächlich vernichtet worden, hätte es keine schützenden Gegenströmungen gegeben, die das Wirken dieses selbstzerstörerischen Mechanismus dämpfen“ (ebd., 112).

Eine prinzipielle Schwäche in Wolfgang Streecks oben zitiertem aktuellen Buch besteht darin, dass seine Erzählung über die jüngste Entwicklung des Kapitalismus eindimensional auf die Bewegung des zunehmend finanzialisierten Kapitals ohne eine Analyse von Gegenmächten fixiert ist. Das hat den Vorteil der Konzentration Streeck'scher Darstellung auf eine Abfolge von immer wieder neuen Versuchen und Formen zur Lösung der Widersprüche kapitalistischer Verwertung, die immer wieder in neue Gestalten der Krise münden. Eindrucksvoll wird erkennbar, dass die neoliberale Transformation des Kapitalismus in eine Sackgasse geführt hat. Aber Intellektuelle wie Streeck und viele andere, die neuerdings die einst überwunden geglaubten zivilisationsfeindlichen Charaktere des Kapitalismus wieder entdecken, teilen die Ratlosigkeit der Machteliten. Eine konzeptionelle und womöglich in elitären Haltungen mitbegründete Ursache dafür ist, dass Grundtendenzen in den realen ökonomischen und gesellschaftlichen Verhältnissen, an denen gesellschaftliche Gegenkräfte anknüpfen können und vor allem die alternativen Akteure selbst weitgehend aus einer bestimmten Art intellektueller Kapitalismuskritik ausgeklammert werden, die sich von linken Bewegungen und Kämpfen fernhält. So bleibt Streecks Erzählung zwangsläufig eine überwiegend rückblickende.

Die Erzählung einer modernen Linken muss dagegen über die bloße Kritik des Kapitalismus hinausgehen, Chancen einer emanzipatorischen Transformation im Gegebenen ausloten und deren mögliche Umriss selbst ins Auge fassen (Klein 2013, 55 ff. u. 169 ff.). Ernst Bloch schrieb: „Die konkrete Fantasie und das Bildwerk ihrer vermittelten Antizipationen sind im Prozess des Wirklichen gärend und bilden sich im konkreten Traum nach vorwärts ab; antizipatorische Elemente sind ein Bestandteil der Wirklichkeit selbst.“ Und: „Es wird aber allein schon innerhalb der stark gewandelten Wirklichkeit von heute klar, [...] dass die Realität selber unaufgearbeitet ist, dass sie Anrückendes, Hervorbrechendes am Rand hat“ (Bloch 1985, 227 u. 226).

„Anrückendes“ – Positive Ansätze emanzipatorischer Transformation im Gegebenen

Die Produktivkraftentwicklung: Der neoliberale Kapitalismus hat die Produktivkraftentwicklung derart vorangetrieben, dass in mehrfacher Hinsicht Bedingun-

gen für postneoliberale progressive Transformationsprozesse entstanden sind. Ein Reichtumsniveau wie nie zuvor in der Menschheitsgeschichte bietet der Politik nie gekannte Gestaltungschancen zur Lösung der sozialen Frage auf dem Weg gerechter Umverteilung von Lebenschancen. Die enorm vertiefte Kluft zur Armut in der Welt ist Anlass zu Empörung, verstärkt den Ruf nach Gerechtigkeit und verlangt förmlich nach alternativen Akteuren, die dieses Empfinden aufnehmen und in wirksame Kämpfe umsetzen.

Der erreichte Entwicklungsstand grüner Technologien, etwa im Bereich erneuerbarer Energien und effizienzsteigernder Technologien, bietet reale technische Voraussetzungen für einen sozialökologischen Umbau und eine alternative Klimapolitik. Umso mehr ruft der rücksichtslose Umgang des neoliberalen Kapitalismus mit der Natur Widerstand hervor und erzwingt anhaltende öffentliche Auseinandersetzungen über den Zustand der Umwelt und über die Dringlichkeit neuer gesellschaftlicher Naturverhältnisse.

Es gehört zur Dialektik des neoliberalen Kapitalismus, dass er unter dem Druck bildungs-, wissenschafts- und informationsintensiver Entwicklung den Menschen als gesellschaftliche Hauptproduktivkraft der Kapitalverwertung nur dann voll einverleiben kann, wenn Millionen Beschäftigte gut ausgebildet sind, wenn sie selbstverantwortlich, kommunikativ und kreativ handeln können. Aber damit entsteht die Gefahr für die Mächtigen, dass eine wachsende Zahl von Menschen auch über die gesellschaftlichen Zustände kritisch nachdenkt und beginnt, Selbstanpassung und Selbstunterwerfung in Selbstermächtigung zu verwandeln. Der neoliberale Kapitalismus untergräbt die Demokratie und bringt zugleich Ansätze für ihre Erneuerung von unten hervor.

In den Informations- und Kommunikationstechnologien zeichnet sich mit der freien Software-Bewegung, mit der Arbeit von Millionen an der Weiterentwicklung der Internet-Enzyklopädie Wikipedia und in Open-Access-Forderungen eine kreative freie Kooperation jenseits kapitalistischer Konkurrenz ab. Und die Informations- und Kommunikationstechnologien werden in Gestalt des Internet sogar zum Medium der Organisation alternativer Bewegungen bis zur globalen Ebene.

Investitionen in den ökologischen Umbau: Chancen für einen Einstieg in eine ökologisch orientierte Transformation bereits unter bürgerlich-kapitalistischen Bedingungen bestehen darin, dass sich mit Investitionen in erneuerbare Energien und generell in Umwelttechnologien ein riesiges Feld produktiver Kapitalakkumulation auftut und zunehmend genutzt wird. Der Wissenschaftliche Beirat der Bundesregierung Globale Umweltveränderungen (WBGU) rechnet für die Transformation zu einer klimaverträglichen Gesellschaft bis 2030 mit einem

jährlichen weltweiten Investitionsaufwand von 200 bis 1000 Milliarden US-Dollar (WBGU 2011, 4). Milliarden in Finanzinvestitionen zu versenken muss nicht das letzte Wort kapitalistischer Akkumulation sein.

Umverteilung: Die extreme Konzentration von reinem Finanzvermögen bei den Reichen und Superreichen in Höhe von 211 Billionen (2010, Angaben des World Wealth Report 2011) führte in den letzten Jahrzehnten zu riesigen spekulativen Geldkapitalanlagen auf den Finanzmärkten und mündete mit verheerenden sozialen Folgen in Finanzkrisen ein. Durch gerechte Besteuerung und befristete Abgaben könnte ein Teil dieses destruktiv wirkenden Reichtums zur Abwendung einer Klimakatastrophe und für andere Aufgaben eines sozialökologischen Umbaus mobilisiert werden. Das überakkumulierte Geldkapital könnte vom Fluch zum Segen werden. Allerdings müsste dafür mehr gesunder Menschenverstand in die Politik einziehen.

Die Pluralität moderner Gesellschaften: Chancen dafür bietet unter anderem der fortgeschrittene Ausdifferenzierungsprozess moderner Gesellschaften. Die Finanzialisierung des neoliberalen Kapitalismus hat die relative Autonomie der Teilsysteme moderner Gesellschaften – von Wirtschaft, Politik, Recht, Sozial-sphäre, Bildung, Wissenschaft, Kultur, Religion, alltäglicher Lebenswelt – zunehmend eingeschränkt, aber nicht beseitigen können. Zwar wirkt dort überall die destruktive Dominanz des Profits in der Gesellschaft, aber die eigene Logik der Subsysteme bietet gleichwohl Ansätze für transformatorische Politik. Die im Bildungswesen, in den Gesundheitsdiensten, in sozialen Einrichtungen, in der Wissenschaft und Kultur oder nach religiösen Überzeugungen Handelnden sind mehr oder weniger eigenen Maßstäben dieser besonderen Sphären verpflichtet, die immer schärfer mit der Herrschaft des Geldes kollidieren. Forderungen nach Bürgerbeteiligung an Entscheidungen über Großprojekte und in Alltagsfragen, Schüler- und Studentenstreiks, Widerstand in Krankenhäusern gegen die Folgen ihrer Kommerzialisierung, soziale Proteste, Konflikte zwischen wissenschaftlicher Wahrheitssuche und neoliberaler Massentäuschung, zwischen kulturellen Ansprüchen und verbreiteten kulturellen Niedergangsprozessen sowie feministische Ansprüche auf die Würdigung und Stärkung der Care-Arbeit sind Transformationspotenziale, die der Ausschöpfung harren.

Öffentliche Güter: Je komplexer und arbeitsteiliger moderne Gesellschaften funktionieren, desto mehr bedarf auch das Kapital des Ausbaus allgemeiner Produktionsbedingungen, die in der Regel nicht oder nicht ausreichend rentabel sind. Das private Kapital ist auf Infrastrukturen der Versorgung mit Wasser, Strom, Gas, Mobilität und Information, auf moderne Bildungssysteme, Gesundheitsleistungen, auf einen gemeinnützigen Non-Profit-Sektor und seine Dienste

angewiesen. Klimastabilität, Biodiversität, ökologische Dienste der Natur für das menschliche Leben, ein funktionsfähiges Finanzsystem und eine verlässliche Verwaltung sind öffentliche Güter. Sie der Kapitalverwertung zu unterwerfen zerstört entscheidende Grundlagen der Gesellschaft und ihres Zusammenhalts. Umgekehrt können emanzipatorische Transformationsprozesse an der Unverzichtbarkeit des Öffentlichen – öffentlicher Güter und öffentlicher Daseinsvorsorge, öffentlichem Eigentum, öffentlicher und öffentlich geförderter Beschäftigung, öffentlichen Räumen und der Teilhabe der Öffentlichkeit an Entscheidungen – für die Gestaltung einer besseren Gesellschaft ansetzen. Beispielsweise in Bürgerentscheiden für die Rekommunalisierung privatisierter Stadtwerke und anderer Einrichtungen, im Rückkauf privatisierter Stromnetze durch Kommunen, im Widerstand gegen die Privatisierung öffentlicher Sozialversicherungssysteme und in der Besetzung öffentlicher Plätze durch jüngste Demokratiebewegungen nimmt dies praktische Gestalt an.

Neue linke Ansätze: Noch ist die gesellschaftliche Linke in Deutschland und in den meisten Ländern Europas schwach im Verhältnis zur Übermacht des global vernetzten Finanzkapitals und transnationaler Unternehmen. Sie ist segmentiert, eher national als international aufgestellt, und es fehlt ihr eine Vorwärts-Erzählung, die geeignet ist, von den Spaltungen der Linken zu einer Einheit in der Vielfalt zu kommen.

Aber in der Fülle von Bewegungskämpfen, von Bürgerinitiativen und Projekten, in dem Mehrheitsgefühl, in einer ungerechten Gesellschaft ohne eine lebendige Demokratie zu leben, in dem wachsenden Verlangen nach Gerechtigkeit und Bürgerbeteiligung an Entscheidungen, in der Renaissance der Kapitalismuskritik rumort ein Bewusstseinswandel, der auf das Wirken alternativer Akteure verweist und ihnen einen größeren Wirkungsraum ermöglicht. Die Occupy-Bewegung, die Proteste der Indignados, der Empörten in Südeuropa, Jugendrevolten, das Aufblühen von Widerstand gegen autoritäre Herrschaftsformen wie im Frühjahr 2013 in der Türkei und in Brasilien, Generalstreiks in einer Reihe von Ländern signalisieren die permanente Möglichkeit der Verdichtung von Konflikten und verbreitetem Unbehagen zu aktiver politischer Gegenmacht.

Die neoliberale Erzählung vom heilsbringenden Markt, der durch Liberalisierung, Privatisierung, Deregulierung und Finanzialisierung die aufgetauten Probleme lösen werde, ist in der jüngsten, noch andauernden Mehrfachkrise faktisch gescheitert. Sie hat in den geistig-politischen Auseinandersetzungen an hegemonialer Macht und Anziehungsfähigkeit verloren. Die Ende der 1990er und zu Beginn der 2000er Jahre für kurze Zeit verbreitete sozialdemokratische Erzählung von den „Dritten Wegen“ einer sozial und demokratisch abgefederten,

Wachstum generierenden Anpassung an die Marktzwänge durch flexible Arbeitsverhältnisse und einen schlanken aktivierenden Staat ist in der Versenkung verschwunden. Eine geistige Leere ist entstanden. Nirgendwo bei den Machteliten in Regierung und Opposition ist eine zukunfts offene Gesellschaftsstrategie erkennbar, die über bereits als untauglich erwiesene Praxen hinausweisen würde. Was kann in dieser Lage die Erzählung einer modernen Linken vom Inhalt einer möglichen postneoliberalen emanzipatorischen Transformation sein?

Inhalte doppelter Transformation – vier Leitideen

Bereits im Rahmen des Kapitalismus setzen die gesellschaftliche Linke und mit ihr verbundene demokratische humanistische Kräfte dem Profitprinzip des Kapitals einen grundsätzlich anderen Maßstab gesellschaftlicher Entwicklung entgegen: „Freie Individualität, gegründet auf die universelle Entwicklung der Individuen“ (Marx 1983, 91), menschlicher Reichtum also – das ist das Bestimmende für eine andere linke Erzählung von einem alternativen Gesellschaftsprojekt. Persönlichkeitsentfaltung einer und eines jeden im Einklang mit der universellen Erhaltung der Natur anstelle höchstmöglichen Profits, das kann als der archimedische Punkt einer künftigen gerechten solidarischen Gesellschaft, eines demokratischen grünen Sozialismus, betrachtet werden. Dieser Maßstab gilt der Linken bereits als Orientierung auch für den Weg dorthin, der als progressive innerkapitalistische Transformation beginnen kann.

Die Vision freier Persönlichkeitsentfaltung aller und die Kämpfe für diese Vision schon in der gegenwärtigen alltäglichen Lebenswelt finden in vier Leitideen einer doppelten Transformation zu einer solidarischen, gerechten, ökologisch orientierten Gesellschaft eine Konkretisierung:

1. gerechte Umverteilung von Lebenschancen und Macht – anstelle wachsender Klüfte zwischen Reichtum und Armut;
2. sozialökologischer Umbau von Wirtschaft und Gesellschaft – statt zunehmender Bedrohung ihrer Naturgrundlagen;
3. demokratische Umgestaltung von Wirtschaft und Gesellschaft – anstelle fortschreitender Erosion der Demokratie;
4. umfassende Solidarität und Friedenssicherung – gerichtet gegen Egoismen, Verdrängungskonkurrenz und Gewalteskalation.

Nur in der Wechselwirkung dieser „vier U“ ist eine emanzipatorische Transformation vorstellbar. Ein Beispiel dafür bietet der Bezug der Energiewende zu diesen vier Dimensionen. Wird es den Energiekonzernen gelingen, nach ihrem langen Widerstand gegen diese Wende den Ausbau erneuerbarer Energien in ihr

oligopolistisches Machtgefüge, in ihre zentralistischen Strukturen zu integrieren und die Kosten der Energiewende weitgehend auf die Verbraucher abzuwälzen? Oder werden die Ökobewegungen, Bioenergieidörfer, Kommunen und kommunale Stadtwerke, Klimainitiativen, Energiegenossenschaften, Trägervereine und Bürgerinitiativen, kleine und mittlere Privatunternehmen das transformatorische Potenzial von erneuerbaren Energien alternativ ausschöpfen können? Werden sie die dezentrale Verfügbarkeit der regenerierbaren Energien gegen die konzentrierte Macht der Konzerne zur Geltung bringen können? Wird eine Überführung von Stromnetzen in die Hand öffentlicher Netzgesellschaften die Konzernmacht schwächen können? Wird der ökologische Umbau der Energiewirtschaft mit sozialer Gerechtigkeit verbunden, beispielsweise bei Umlagen nach dem Erneuerbare Energien-Gesetz und bei der Ökosteuer, durch die Einführung von Sozialtarifen für einkommensschwache Haushalte bei der Strompreisgestaltung und durch Mieterschutz bei der energetischen Gebäudesanierung? Wird das dezentrale Vorkommen erneuerbarer Energien für Energiedemokratie genutzt werden, für die Beteiligung von Bürgerinnen und Bürgern bei der Planung von Energieprojekten von Beginn an, für ihre Mitbestimmung über die Gewinnverwendung aus der Erzeugung regenerierbarer Energien und für die sozialökologische Entwicklung von Kommunen und Regionen? Wird die Zuwendung zu erneuerbaren Energien in Deutschland mit dem Kampf gegen Ressourcensicherung mit militärischen Mitteln in aller Welt, mit einer solidarischen Klimapolitik und Unterstützung des globalen Südens gegen Energiearmut verbunden werden? Die Fragen deuten am Beispiel der Energiewende exemplarisch auf den Zusammenhang der vier Leitideen einer doppelten Transformation und auf ihre Orientierungskraft für die einzelnen Politikfelder hin (Klein 2012).

Die Politik in einzelnen Gesellschaftsbereichen erhält durch das Herausarbeiten ihres Zusammenhangs mit den vier Leitvorstellungen eines linken Transformationsprojekts erst jenen gesellschaftlichen Inhalt, der sie als linke, das heißt emanzipatorische Politik über bloße Fachpolitiken hinaushebt. *Miteinander ergeben die „vier U“ die Koordinaten linker Politik für ganz unterschiedliche Felder der Gesellschaft.*

Wenn in einzelnen Projekten der Bezug zur Verwirklichung der Leitideen eines alternativen Gesellschaftsprojekts hergestellt wird, bergen sie die Chance, zu einem zusammenhängenden Prozess von innerkapitalistischer progressiver Transformation und Großer Transformation beizutragen. Da aber dieser Prozess nicht als ein harmonisches Hineingleiten in eine bessere Gesellschaft zu erwarten ist, sondern als Folge von vielen Reformschritten und heftig umkämpften größeren Brüchen, wird in linken Diskursen nicht selten danach gefragt, wo

denn der Bruchpunkt zwischen innerkapitalistischer Transformation und systemüberschreitender Großer Transformation zu erwarten sei. Erstens ist aber nicht vorausschbar, welche Konflikte auf welche Weise zu einer neuen Grundsituation führen werden. Zweitens geht diese Frage an der Widersprüchlichkeit von Transformationsprozessen vorbei: Ein durchgesetztes Recht auf einen Kitaplatz für alle Vorschulkinder beispielsweise ist als ein Aspekt gerechter Umverteilung für sich genommen kein antikapitalistischer Akt. Aber in der Perspektive der Verknüpfung mit anderen Reformen zur Überwindung des Bildungsprivilegs der Machteliten ist er es doch; in solchem Schritt steckt etwas von der Grundidee des Sozialismus, der Persönlichkeitsentfaltung einer und eines jeden. Wenn zum Beispiel die Ausweitung öffentlicher Daseinsvorsorge zugunsten der Patienten den Profitmaßstab aus den Kliniken vertreibt, wenn als Element des sozialökologischen Umbaus Rekommunalisierung von Stadtwerken die Eigentumsbasis und die Macht der Energiekonzerne beschneidet, ist das gewiss noch kein Sozialismus. Der bürgerliche Rahmen wird dadurch nicht gesprengt. Aber ein Stück Antikapitalismus und ein Beginn von Sozialismus wirken durchaus, wenn über Gesundheit, Licht und Wärme das Gemeinwohl anstelle des Profits bestimmt. Wenn statt entwürdigende Diskriminierung von Asylbewerbern die Integration von Zugewanderten das gesellschaftliche Klima mitbestimmt, ist das ebenfalls kein Sozialismus. Doch es bedeutet, dass die Gesellschaft menschlicher und solidarischer wird. Was ist Sozialismus aber anders als Bewegung in diese Richtung? Partizipative Haushaltspolitik ist zunächst nichts anderes als mehr Demokratie von unten. Aber wenn sie an die Grenzen der Kommunalfinanzen in einer profitbestimmten Gesellschaft stößt, wenn sich dadurch Forderungen nach höheren Steuern auf große Vermögen und auf Spekulationsgewinne zugunsten von lokalen Gemeinwohlinteressen aufdrängen, geraten Übergänge zwischen Verbesserungen in der gegebenen Gesellschaft und Wegen in eine andere Gesellschaft größerer sozialer Gleichheit und gerechter Verteilung in den Blick.

Das Konzept der doppelten Transformation zielt auf machbare Emanzipationsprozesse heute und in nächster Zukunft; es ist ein Konzept linker Realpolitik. Es verknüpft aber das Machbare mit der Vision einer besseren Gesellschaft und mit den Kämpfen für sie bereits in der Gegenwart. Es ist daher ein Konzept radikaler Politik. Auf solche Weise die Dialektik der Entwicklung abbildend fundiert es eine radikale Realpolitik der Linken in Europa.

Plädoyer für ein Zusammenführen der vier Leitideen eines alternativen Gesellschaftsprojekts und gewerkschaftlicher, ökologischer und feministischer Konzepte der Gesellschaftstransformation

Allen vier Leitideen einer doppelten Transformation ist eigen, dass sie Schwächung der Kapitalherrschaft und schließlich Abkehr von ihr bedeuten. Sie zielen auf Grundbedingungen für die Persönlichkeitsentfaltung der Einzelnen als Bedingung der freien Entfaltung aller. Dieses Gemeinsame geht leicht verloren, wenn die unterschiedlichen Akteure alternativer Entwicklung ihren verschiedenen Bedingungen und spezifischen Interessen gemäß von ihren Zukunftsvorstellungen auf je eigene Weise erzählen, dabei aber das sie Verbindende aus dem Auge verlieren.

Die Perspektive von Arbeit und Produktion: Die Gewerkschaften sind in den großen Unternehmen damit konfrontiert, dass die Konzernziele als Marktzwänge deklariert in Gestalt von Kennziffervorgaben auf die Geschäftsfelder, Betriebe und einzelnen Arbeitsgruppen heruntergebrochen werden. Unternehmensziele werden als das Interesse der einzelnen Lohnabhängigen umdefiniert, sich mit flexiblen Arbeitszeiten, Lohnzurückhaltung und oft ruinöser Arbeitsintensität selbst an die Wechsellagen des Marktes anzupassen (Wagner 2012, 23 ff.; Detje u.a. 2013, 64). Aus der Perspektive der Produktions- und Arbeitswelt dagegen erfordert eine gerechte Umverteilung von Lebenschancen und Macht unter anderem als Gegengewicht zur Aushöhlung von Flächentarifverträgen die tarifpolitische (Wieder-)Aneignung betrieblicher Themen, die Ausweitung der Mitbestimmung am Arbeitsplatz, die Einflussnahme der Beschäftigten auf überbetriebliche Rahmenbedingungen, auf Sektor- und Strukturpolitik, die Stärkung der öffentlichen Daseinsvorsorge als Rückhalt für die einzelnen und eine Verständigung der Gewerkschaften sowie anderer Akteure auf übernationale Forderungen nach europäischen sozialen Mindeststandards. Die Gewerkschaften erzählen ihr Projekt einer besseren Gesellschaft naturgemäß aus der Perspektive gerechter Umgestaltung der Arbeitswelt vor allem in der Produktion. Aber es ist im Grunde die Erzählung von Menschenwürde und Demokratie auch in der Wirtschaft, von Solidarität anstelle individueller Selbstanpassung an Marktzwänge.

Die ökologische Perspektive: Die Erzählung von Aktivisten der Umweltbewegung setzt am Widerstand gegen ökologische Bedrohungen an, an Sorgen über die Erderwärmung durch CO₂-Emissionen und an atomaren Gefahren, an der Betroffenheit durch Wetterereignisse, in denen sich der Klimawandel ankündigt, an Verlusten durch das Verschwinden von Tier- und Pflanzenarten, an der

Empörung über Lebensmittelskandale, an Chancen einer solaren Energiewende, an der Ökolandwirtschaft und an der Zuwendung zu Umwelttechnologien. Aber es ist im Grunde die Erzählung von Lebenschancen durch den Wandel der gesellschaftlichen Naturverhältnisse, von einer partizipativen Demokratie, die gegen die Macht der Energie-, Chemie- und Pharmakonzerne und gegen den Agroindustrie-Komplex auf den Erhalt der natürlichen Lebensbedingungen zielt, von internationaler Solidarität mit den von der Umweltkrise besonders betroffenen Armen auf der Erde.

Die feministische Perspektive: In feministischen Transformationsdiskursen wird die Erzählung von einer besseren Gesellschaft im Lichte einer Perspektive behandelt, die der Linken bisher keineswegs selbstverständlich, aber für ein alternatives Gesellschaftsprojekt zentral ist. So heben Adelheid Biesecker und Sabine Hofmeister hervor, dass die Unterwerfung aller gesellschaftlichen Entwicklung unter die Verwertung des Kapitals, unter das Profitmachen also, zu einer Trennung zwischen der Produktion als der wahren Welt des Kapitals, seiner Vermehrung nämlich, und der Reproduktion führt. Reproduktion wird von ihnen umfassender als in der Marx'schen Reproduktionstheorie verstanden als „Herstellung und Wiederherstellung des für das (gute) Leben Notwendigen“ (Biesecker/Hofmeister 2006, 91). Die traditionelle Linke hat spiegelbildlich zur zentralen Bedeutung der Produktion für das Kapital als Sphäre der Mehrwert- bzw. Profiterzeugung auch ihre eigenen Kämpfe stets auf die Veränderung der Verhältnisse in der Produktion konzentriert.

Die sorgende (Care-)Arbeit in der häuslichen Sphäre und die kostenlose oder gering entlohnte Arbeit in der öffentlichen Daseinsvorsorge gilt dem marktwirtschaftlichen Denken als unproduktiv, weil sie nicht direkt Profit abwirft. Aus dieser einäugigen Perspektive werden die ohne Lohn verrichtete Reproduktionsarbeit im Lebensalltag und die humanorientierte öffentliche Dienstleistungsarbeit gering geschätzt und abwertend behandelt. Das hat schwerwiegende Folgen.

Erstens wird der größte Teil der in der Gesellschaft überwiegend von Frauen geleisteten Arbeit (in Deutschland 96 Milliarden Stunden Reproduktionsarbeit im Vergleich zu 56 Milliarden Stunden Erwerbsarbeit im Jahr 2001) ideell und materiell vielfach diskriminiert. Zweitens ist die öffentliche Daseinsvorsorge in Bildung, Betreuung, Gesundheit, Pflege, Wohnen, Kultur und Erhalt der Umwelt im Vergleich zu dem in westlichen Gesellschaften erreichten Reichtum und gemessen am Maßstab der Persönlichkeitsentfaltung aller unterentwickelt. Zu wenig Kitaplätze, zu große Schulklassen, zu wenig Sozialpädagogen und psychosoziale Betreuung, fatale Defizite im Gesundheitswesen, Pflegenotstand, unwürdige Zustände in Pflege- und Seniorenheimen und eine kranke Umwelt

sind Erscheinungen einer Krise der sozialen Reproduktion. Nicht ein menschenwürdiges gutes Leben, sondern das Profitmachen in Produktion und Spekulation steht im Zentrum des neoliberalen Kapitalismus.

Engverbunden miteinander sind die Unterentwicklung entscheidender Bedingungen eines chancenreichen Lebens in sozialer Sicherheit, die Geringschätzung der Reproduktionsarbeit, die diese Bedingungen schafft, die Diskriminierung von Frauen, die den Hauptanteil der Reproduktionsarbeit tragen, und ein ungeheurer Vorteil für die Unternehmensprofite durch die Abwälzung der Aufwendungen für Care-Arbeit in die kostenlose Familienarbeit.

Die hier als erste Leitidee doppelter Transformation bezeichnete Umverteilung von Lebenschancen und Macht gewinnt durch die feministische Fokussierung auf diese Zusammenhänge eine der Linken bisher nicht selbstverständliche inhaltliche Vertiefung: Die Reproduktion aller durch Care-Arbeit im häuslichen Bereich und in der öffentlichen Daseinsvorsorge bereitzustellenden Bedingungen eines menschenwürdigen Lebens darf keine als zweitrangig betrachtete Gesellschaftssphäre bleiben. Ihr gebührt eine grundsätzliche Aufwertung in der gesellschaftlichen Anerkennung und in der Verteilung und Umverteilung der stofflichen und finanziellen Ressourcen. Das gibt dem Ziel, die Profitdominanz zu überwinden, entscheidende lebensweltliche Substanz. Natürlich behalten die Kämpfe um Veränderungen der Eigentums-, Verfügungs- und Machtverhältnisse in der Produktion hohen Rang – auf „Augenhöhe“ mit dem Bedeutungszuwachs der Reproduktion im dargestellten Sinne.

Die Umverteilung von Lebenschancen und Macht muss in diesem wie in anderen Zusammenhängen zu Geschlechtergerechtigkeit zwischen Frauen und Männern führen. Die Überwindung patriarchaler Macht ist kein Nebenschauplatz in der notwendigen Veränderung der Machtverhältnisse.

Die Vier-in-einem-Perspektive: Eine erstrangige Bedeutung für beide einschneidenden Veränderungen kann die Vier-in-einem-Perspektive gewinnen (Haug 2009). Frigga Haug meint mit diesem Ansatz, dass gerechte Umverteilungen im Verhältnis von Erwerbsarbeit, fürsorgender Arbeit, ehrenamtlicher gesellschaftlicher oder Gemeinwesenarbeit und individueller Selbstentfaltung zu einem Angelpunkt von Transformationsprozessen werden können. Sie sieht einen „strategischen Herrschaftsknoten“ gegenwärtig darin, dass die gesellschaftlich anerkannte profitträchtige Erwerbsarbeit sich ständig auf die unsichtbare, in der häuslichen Sphäre unbezahlte, kaum anerkannte Sorgearbeit von der Geburt der Kinder an bis zur Fürsorge für die Alten stützen kann. Würde nun die verfügbare Zeit zu etwa gleichen Teilen (von beispielsweise jeweils vier Stunden) auf diese vier Sphären menschlichen Tuns aufgeteilt, gleichermaßen auf Männer und

Frauen, so würden der absolute Vorrang der Produktion gegenüber der Reproduktion von nicht stofflichen Freiheitsgütern für ein menschenwürdiges Leben, die Priorität der Sphäre privater Kapitalverwertung gegenüber der öffentlichen Daseinsvorsorge, die Doppelbelastung vor allem von Frauen durch Erwerbs- und Sorgearbeit und ihre Diskriminierung schwinden. Zeit für „gutes Leben“ würde gewonnen. Die dafür notwendige öffentliche Auseinandersetzung um Werte und Handlungsorientierungen würde die tief verinnerlichte Unterordnung unter Kapitalverwertung und Wachstumsdenken allmählich auflösen.

Das bedeutet, dass sich die Umverteilung von Lebenschancen und Macht als erste Leitidee einer Gesellschaftsalternative, Kämpfe für eine demokratisierte „gute Arbeit“, der Reproduktionsansatz und die mit ihm eng verwandte Vier-in-einem-Perspektive in einer konsistenten Transformationsstrategie wechselseitig ergänzen. Gegenwärtig werden sie aber in der Regel getrennt voneinander diskutiert.

Auch die zweite Leitidee einer doppelten Transformation, der sozialökologische Umbau, korrespondiert mit den angedeuteten feministischen Zugängen. Dieser Umbau wird nur bei umweltgerecht veränderten Lebensweisen und gestützt auf die Stärkung der Commons einschließlich öffentlicher Daseinsvorsorge erfolgreich sein. Große Bedeutung für eine nachhaltige Lebensweise hat eine reich entwickelte Reproduktionssphäre. Frauen und ihrer Befreiung von herrschaftlichen Verhältnissen und Benachteiligungen kommt dabei eine herausragende Rolle zu. Wichtige Bereiche der Reproduktionssphäre sind zudem weniger stoffaufwendig als die Produktion und begünstigen folglich durch die Einsparung von Ressourcen den sozialökologischen Umbau.

Das gleiche Prinzip der Externalisierung aus der Sphäre der Kapitalverwertung wie bei der Kostenersparnis zulasten der häuslichen Reproduktionsarbeit von Frauen wirkt auch in den gegenwärtigen gesellschaftlichen Naturverhältnissen. Die Kosten der Umweltreproduktion werden externalisiert und den sozial Schwächeren, den Menschen in anderen Erdregionen und vor allem künftigen Generationen aufgebürdet. Geschlechtergerechte Aufwertung der Reproduktionsarbeit und sozialökologischer Umbau müssen das gleiche kapitalistische Grundprinzip der Externalisierung überwinden (Biesecker/Hofmeister 2006, 143 ff.).

Die Verwirklichung der dritten Leitidee einer doppelten Transformation, die demokratische Umgestaltung von Wirtschaft und Gesellschaft, steht gleichfalls in engster Wechselwirkung mit der Aufwertung und materiellen Stärkung der reproduktiven Sphäre. Erst wenn nicht in erster Linie der Maßstab des Profits darüber entscheidet, wie stark und auf welche Weise sie sich entwickelt, sondern wenn die Entscheidungen der Bürgerinnen und Bürger der Bildung, Gesundheit, Information, Kultur etc. das für ihr Leben notwendige Gewicht geben, wird

die Reproduktionsarbeit gebührende Bedeutung bekommen. Und erst wenn nach dem Vier-in-einem-Prinzip Frauen von einseitiger Doppelbelastung befreit werden, können sie am gesellschaftlichen Leben und an demokratischen Entscheidungen gleichberechtigt teilhaben. Demokratisierung der Arbeit, mehr Geschlechtergerechtigkeit in einem emanzipatorischen Zeitregime, entschiedene Aufwertung der Reproduktionsarbeit und partizipative Demokratie sind verschiedene Seiten desselben Prozesses.

Schließlich steht auch die vierte Leitidee doppelter Transformation, umfassende Solidarität und Friedenssicherung, in enger Wechselbeziehung zu einem alternativen Arbeitsregime, zur Stärkung der Reproduktionssphäre, zu mehr Geschlechtergerechtigkeit und zur Vier-in-einem-Perspektive. Denn je mehr anstelle des mit Expansion und Imperialität verbundenen Profitprinzips die Sicherung eines menschenwürdigen Lebens die Politik bestimmt, desto stärker wird die friedliche Lösung von Konflikten zum kategorischen Gebot. Sozial gleiche Teilhabe aller an Bildung, Gesundheit, Information und Kultur, aber auch an der Neuverteilung von Erwerbsarbeit, Sorgearbeit, gemeinwohlorientierter gesellschaftlicher Arbeit und freier Zeit für individuelle Selbstentfaltung erfordern neue Dimensionen der Solidarität in der Gesellschaft. Die Unterstützung des globalen Südens bei der Bewältigung des ökologischen Wandels stellt höchste Anforderungen an Solidarität und Friedenssicherung. Das gilt auch für die Unterstützung der Kämpfe von Frauen in den Entwicklungs- und Schwellenländern um ihre Rechte.

Ein Zwischenfazit ergibt, dass von den Grundkonturen einer Gesellschaftsalternative auf ganz unterschiedliche Weise erzählt werden kann. Das entspricht der Komplexität von Alternativen und der Pluralität einer modernen Linken. Doch in der Regel kreuzen sich die verschiedenen Sichten auf eine bessere Gesellschaft und auf die Wege zu ihr in wenigen gemeinsamen Leitvorstellungen von einer menschenwürdigen Zukunft, die hier auf die Formel der „vier U“ gebracht wurden. Eine Gefahr besteht jedoch darin, dass die unterschiedlichen Zugänge der verschiedenen Segmente der Linken ihre Gemeinsamkeiten überdecken und ihre Politik schwächen. Daher bleibt es eine zentrale Aufgabe der Linken, miteinander nach Brücken zwischen ihren unterschiedlichen Politikansätzen und nach einer sie zusammenführenden gemeinsamen Erzählung für künftige Transformationsprozesse zu suchen (Klein 2013, 55 ff.).

Hier wurde der Versuch gemacht zu zeigen, wie vier Leitideen einer modernen linken Erzählung von einer doppelten Transformation den Rahmen für unterschiedliche theoretische Grundlagen radikaler Realpolitik der Linken ergeben können.

Für alle konzeptionellen Zugänge zu einer doppelten Transformation ist es wichtig, die vorhandenen Voraussetzungen dafür in den gegenwärtigen Gesellschaften auszuschöpfen. Teils der Natur des Kapitals selbst zugehörig, teils den allgemeinen Reproduktionserfordernissen des Gesamtkapitals entsprechend, überwiegend ihm jedoch erst abgerungen in den Kämpfen von Gegenmächten verfügen die bürgerlich-kapitalistischen Gesellschaften über Zivilisations- und Evolutionspotenziale der Moderne wie nie zuvor in der Menschheitsgeschichte. Diese bieten für eine auf dem Konzept einer doppelten Transformation beruhende linke Strategie entscheidende Ausgangsbedingungen, die von der pluralen Linken aufzunehmen, auszuschöpfen und zu entfalten sind. Dazu gehören eine auf Wettbewerb beruhende Innovationsdynamik nicht allein in der Ökonomie, die repräsentative Demokratie, Rechts- und Sozialstaatlichkeit, öffentliche Infrastrukturen, öffentliche Daseinsvorsorge und öffentliches Eigentum, Bewegungsformen für den Interessenpluralismus, Individualisierungsprozesse mit ihren Chancen für Persönlichkeitsentfaltung, die Internationalisierung und vor allem das Wirken von Gegenmächten für eine sozialökologische Logik der Entwicklung. Diese Ansätze zunehmend aus Kapitalherrschaft, patriarchalen Verhältnissen, ethnisch, religiös und imperial begründeten Herrschaftshierarchien herauszulösen gehört zu den Herausforderungen postneoliberaler Transformation und ihres Übergangs in eine Große Transformation. Allerdings muss die Linke dafür die eigenen Blockaden gegen die Anerkennung von Modernequalitäten der bürgerlichen Gesellschaft überwinden, um sie transformatorisch zur Geltung bringen zu können.

Der politische Gewinn des Konzepts einer doppelten Transformation

1. Emanzipatorische Transformation, hier näher als doppelte Transformation bestimmt, bedeutet ein „Aufheben“ von Reform und Revolution in einem Prozess, der die Defizite beider Wege überwindet und ihre Stärken bewahrt und entfaltet. Die Stärken des Reformismus sind seine Veränderungskraft durch die Realisierbarkeit vieler einzelner Reformen und die Chance, Mehrheiten ohne ihre politische Überforderung für das heute Machbare zu gewinnen. Seine Schwäche ist ein weitgehendes Ausblenden von Eigentums- und Machtverhältnissen in der realen Politik mit dem Resultat des Verbleibs in den Grundstrukturen des Kapitalismus. Anthony Giddens, einer der führenden Köpfe des sozialdemokratischen Reformismus, konstatierte: „Heute hat niemand mehr eine Alternative zum Kapitalismus zu bieten – zur Debatte steht nur noch, in welchem Maße

und auf welche Weise der Kapitalismus begrenzt und gezähmt werden sollte“ (Giddens 1999, 57). Die Stärke der Revolutionsorientierung ist dagegen das Beharren auf der Überwindung des Kerns der kapitalistischen, patriarchalen und anderen Machtstrukturen. Ihre Schwäche ist die Annahme, erst jenseits des Rubikon großer revolutionärer Umstürze die aufgestaute Fülle der Problemlagen ohne einen vorausgegangenen längeren Prozess von Teillösungen, Reformen und partiellen Brüchen erfolgreich bewältigen zu können. Das Resultat ist ein sektiererisches Dasein der Revolutionäre am Rande der Gesellschaft. Das Konzept der Gesellschaftstransformation vermag seiner inneren Logik gemäß Protagonisten des in absehbarer Zeit Durchsetzbaren und Verfechter revolutionärer Tiefe von Veränderungen zusammenzuführen. Hier gewinnt das theoretische Konzept höchst praktische politische Bedeutung für die Überwindung von Gräben, die in der gesamten Geschichte der Arbeiterbewegung ihre verschiedenen Flügel mit tragischen Folgen getrennt haben.

2. Die realistische Annahme, dass eine zweite Große Transformation zu einem demokratischen grünen Sozialismus schon mitten in einer systeminternen post-neoliberalen bürgerlichen Transformation erste Konturen gewinnen wird, macht einen so erwarteten Sozialismus zu einer irdischen Angelegenheit für alle, die heute, in absehbarer Zeit und nicht irgendwann von einer linken Politik vor allem soziale und ökologische Verbesserungen ihrer Arbeits- und Lebenswelten erwarten – lange bevor der Kapitalismus an sein Ende gelangt sein wird. „Der Mensch will endlich als er selber in das Jetzt und Hier, will ohne Aufschub und Ferne sein volles Leben“ (Bloch 1985, 121). Den vielen, die bereit sind, sich für progressive Reformen in der Gegenwart zu engagieren, wird kein Bekenntnis zur Revolution abverlangt, mit der sie nichts anfangen können. Wohl aber bedeutet doppelte Transformation, das gegenwärtig Machbare zu tun und in die Schritte heute eine Hoffnung und Vision hineinzuholen. Sie überwindet die Selbstbeschränkung auf nächste Schritte, aber ohne sie in pure Zukunftsträume oder bloße Utopien aufzulösen.

3. Die Umsetzung des Konzepts einer doppelten Transformation in konkrete linke Politik kann mobilisierungsfähiger als Revolutionsstrategien werden, weil es mit realisierbaren konkreten Einstiegsprojekten verbunden ist (vgl. den Beitrag von Lutz Brangsch in diesem Band). Es kann sich aber auch als mobilisierungsfähiger im Vergleich zu einzelnen Reformforderungen erweisen, sofern es den bereits möglichen Reformen eine größere Perspektive bietet. Je mehr der Zeitgeist von dem verbreiteten Gefühl erfasst wird, dass es „so nicht weitergehen kann“, wird diese Brücke zwischen heute Machbarem und überzeugenden Vorstellungen von einer anderen solidarischen gerechten Gesellschaft immer wichtiger. Aller-

dings fordert das der Linken zweierlei ab: Die Qualifizierung ihrer konkreten Politikangebote in engem Zusammenwirken mit betroffenen Bürgerinnen und Bürgern und mit Experten aus den verschiedenen Politikfeldern. Und die Arbeit an einer Verstand und Emotion bewegenden modernen linken Erzählung von den Konturen eines alternativen Gesellschaftsprojekts, dessen vier mögliche Leitlinien, dessen Verankerung in der Arbeitswelt, dessen lebensweltliche Reproduktionsorientierung und dessen Dimensionen von Geschlechtergerechtigkeit oben angedeutet wurden.

4. Das Konzept einer doppelten Transformation, das für längere Zeit auf einen progressiven postneoliberalen Wandel setzt, bietet die Grundlage für eine breite Bündnispolitik. Ein „besserer Kapitalismus“ gewinnt angesichts des offenkundigen Scheiterns des Neoliberalismus immer mehr Anhänger. Eine Linke, die glaubhaft für eine menschengerechtere bürgerliche Gesellschaft eintritt, würde dafür viele Partner bis hinein in bürgerliche Milieus finden können. Gegen diese Annahme ließe sich einwenden, dass die zweite Seite einer auf dem Konzept doppelter Transformation beruhenden linken Strategie, die Verknüpfung bürgerlichen Wandels mit dem Einstieg in eine Große Transformation zum Sozialismus nämlich, von vornherein potenzielle Partner abschrecken werde.

Gegen diesen Einwand ist an einen Gedanken in dem 1987 zwischen der Grundwertekommission der SPD und der Akademie für Gesellschaftswissenschaften beim ZK der SED vereinbarten Papier „Der Streit der Ideologien und die gemeinsame Sicherheit“ zu erinnern. Damals, in der Endphase der Auseinandersetzung zwischen den beiden gegensätzlichen Systemen, kamen beide Seiten überein, dass über den weiteren Gang der Geschichte nicht Gewalt, sondern ausschließlich ihre Leistungen für die Menschen und ihre daraus resultierende Anziehungskraft entscheiden sollten: „Der Wettbewerb der sozialen und politischen Systeme sollte darum geführt werden, welches der beiden Systemen den wirksamsten Beitrag zur Lösung der übergreifenden Menschheitsfragen leistet und welches die günstigsten gesellschaftlichen Bedingungen für die Entfaltung der Humanität bietet, welches den Menschen die bessere Chance gibt, ihre Interessen und Rechte durchzusetzen, ihre Werte und Ideale zu verwirklichen“ (Akademie für Gesellschaftswissenschaften/Grundwertekommission der SPD 2002, 395). Dies sollte bei gebotener Kultur des politischen Streits und des Dialogs geschehen. Der Staatssozialismus hat diesen Wettbewerb verloren. Er ist in Europa verschwunden. Aber sollte nicht ein demokratischer Sozialismus die damals selbst dem undemokratischen Staatssozialismus zugebilligte Chance erhalten, in kulturvollen Diskursen und ohne Ausgrenzungen seine konkreten Projekte und Zukunftsvorstellungen zu präsentieren? Wenn Wege zu einer

solidarischen und gerechten Gesellschaft demokratischen Entscheidungen der Bürgerinnen und Bürger unterliegen, sollte die Überzeugung der Linken, dass einer solchen Gesellschaft, die sie demokratischen Sozialismus nennt, die Zukunft gehört, gemeinsames Handeln für eine bessere Gegenwart nicht hindern.

5. In den 30er Jahren des letzten Jahrhunderts vollzog sich in den USA angesichts des Schocks der Weltwirtschaftskrise, unter dem Druck der amerikanischen Arbeiterbewegung und einer progressiven Politisierung von Intellektuellen ein Differenzierungsprozess innerhalb der Machteliten. Er ermöglichte den New Deal von Präsident Roosevelt, die Transformation vom privatmonopolistischen Kapitalismus zu einem in gewissem Maße sozialstaatlich regulierten – fordistischen – Kapitalismus, der sich in skandinavischen Ländern besonders weitgehend durchsetzte und später die Nachkriegsjahrzehnte bis in die 1970er Jahre in der ganzen westlichen Welt bestimmte. In den 1980er Jahren führten die Herrschenden selbst bedrohende atomare Kriegsgefahr und die durch diese Gefahr und durch den Vietnamkrieg mobilisierte Friedensbewegung abermals zu erheblichen Differenzierungen im herrschenden Block. Gegen den militärisch-industriellen Komplex und die Falken im politischen System und mitgetragen von realistisch denkenden Machtfractionen wurden Rüstungskontroll- und Abrüstungsabkommen zwischen den Vereinigten Staaten und der Sowjetunion durchgesetzt. Eine drohende Klimakatastrophe ist längerfristig nicht weniger gefährlich für das kapitalistische System wie damals die eskalierende Atomkriegsgefahr. Andere Seiten der Umweltkrise, die destabilisierenden Wirkungen des außer Kontrolle geratenen Finanzsystems, die anhaltende Bankenkrise und ihr Einmünden in Staatsschuldenkrisen, die Unwägbarkeiten fortschreitender Erosion des sozialen Zusammenhalts der Gesellschaft, Konflikte, die aus Hunger, Armut und Bevölkerungszunahme im globalen Süden erwachsen und einen Nährboden des internationalen Terrorismus bilden, sowie eine sich verbreitende Akzeptanzkrise führen auch heute zu Differenzierungen im herrschenden Block. Der Neoliberalismus verliert seine Bindungskraft zwischen den Mächtigen.

Aber erst ein erheblicher Druck gesellschaftlicher Gegenkräfte wird diese Differenzierungsprozesse so vorantreiben können, dass daraus Politikoptionen für eine progressive innerkapitalistische Transformation entstehen. Die Linke sollte gestützt auf ein Konzept doppelter Transformation alles tun, um diesen Druck aufzubauen. Sie würde so ihre Handlungsbedingungen für weiterreichende Ziele deutlich verbessern können.

Zusammengefasst: Eine zweite Große Transformation markiert nach der Erwartung von Linkssozialisten, wohin die Reise großer Teile der Menschheit zumindest in Europa im 21. Jahrhundert gehen wird. Sie macht den Horizont

sichtbar, dem die den Menschenrechten verpflichteten alternativen Kräfte zustreben. Zwischen diesem Horizont und den gegenwärtigen Verhältnissen liegt eine Wegstrecke, die aus dem Heute herausführt, aber keine schlagartige Ankunft in der Zukunft verspricht. Eine radikale Realpolitik der Linken setzt daher auf eine progressive systeminterne Transformation im kapitalistischen Rahmen, in der mit erkämpften Fortschritten zu einer solidarischen gerechten Gesellschaft bereits der Einstieg in eine zweite Große Transformation beginnt. Nicht eine Große Transformation allein, nicht allein eine soziallibertäre bürgerliche Transformation markieren den Rahmen für eine zeitgemäße linke Strategie. Diesen theoretischen Denk- und Orientierungsrahmen bietet das Konzept einer doppelten Transformation.

„Denken heißt Überschreiten. So jedoch, dass Vorhandenes nicht unterschlagen, nicht überschlagen wird. Weder in seiner Not, noch gar in der Bewegung aus ihr heraus. Weder in den Ursachen der Not, noch gar im Ansatz der Wende, der darin heranreift. Deshalb geht wirkliches Überschreiten auch nie ins bloß Luftleere eines Vor-uns, bloß schwärmend, bloß abstrakt ausmalend. Sondern es begreift das Neue als eines, das im bewegt Vorhandenen vermittelt ist, ob es gleich, um freigelegt zu werden, aufs Äußerste den Willen zu ihm verlangt“ (Bloch 1985, 2).

Literatur

- Akademie für Gesellschaftswissenschaften (SED)/Grundwertekommission der SPD (2002). Der Streit der Ideologien und die gemeinsame Sicherheit, in: Reißig, Rolf (Hrsg.): Dialog durch die Mauer, mit einem Nachwort von Erhard Eppler, Frankfurt am Main/New York: Campus, 393–398
- Biesecker, Adelheid/Hofmeister, Sabine (2006). Die Neuerfindung des Ökonomischen. Ein (re)produktionstheoretischer Beitrag zur sozial-ökologischen Forschung, München: Oekom
- Bloch, Ernst (1985). Das Prinzip Hoffnung, Frankfurt am Main: Suhrkamp
- Brie, Michael (2010). Solidarische Gesellschaftstransformation – Skizze über eine (noch) unmögliche Möglichkeit, in: Müller, Horst (Hrsg.): Von der Systemkritik zur gesellschaftlichen Transformation, Norderstedt: Books on Demand, 12–56
- Detje, Richard et al. (2013). Krisenerfahrungen und politische Orientierungen. Der Blick von unten auf Betrieb, Gewerkschaft und Staat, Hamburg: VSA
- Fukuyama, Francis (2012). Wo bleibt der Aufstand von links? Interview, in: Der Spiegel, (5)
- Giddens, Anthony (1999). Der dritte Weg. Die Erneuerung der sozialen Demokratie, Frankfurt am Main: Büchergilde Gutenberg
- Gramsci, Antonio (1994). Gefängnishefte. Kritische Gesamtausgabe, hrsg. von Wolfgang Fritz Haug, Hamburg: Argument

- Haug, Frigga (2009). *Die Vier-in-einem-Perspektive. Politik von Frauen für eine neue Linke*, Hamburg: Argument
- Huffscheid, Jörg/Jung, Heinz (1988). *Reformalternative. Ein marxistisches Plädoyer*, Frankfurt am Main: IMSF
- IPCC – Intergovernmental Panel on Climate Change (2007). *Climate Change: The Physical Basis. Working Group I. Contribution to the Fourth Assessment Report of the IPCC*, Cambridge
- Klein, Dieter (2010). *Eine zweite Große Transformation und die Linke*, in: *rls kontrovers*, (1) Berlin
- (2012). *Energiewende in Brandenburg. Chance für eine sozialökologische Transformation?*, hrsg. von der Rosa-Luxemburg-Stiftung, Reihe Analysen, Berlin
- (2013). *Das Morgen tanzt im Heute: Transformation im Kapitalismus und über ihn hinaus*, Hamburg: VSA
- Marx, Karl (1973). *Das Kapital. Kritik der politischen Ökonomie. Dritter Band*, in: MEW, Bd. 25, Berlin: Dietz
- (1983). *Grundrisse der Kritik der politischen Ökonomie [1857–1859]*, in: MEW, Bd. 42, Berlin: Dietz
- (1849/1974). *Lohnarbeit und Kapital*, in: MEW, Bd. 6, 397–423
- Merkel, Wolfgang (1999). *Systemtransformation. Eine Einführung in die Theorie und Empirie der Transformationsforschung*, Opladen: Leske und Budrich
- Müller, Horst (2012). *Sozialkapitalismus und Systemtransformation*, in: *Berliner Debatte Initial*, (3), 77–93
- Polanyi, Karl (1995). *The Great Transformation. Politische und ökonomische Ursprünge von Gesellschaften und Wirtschaftssystemen [1944]*, 3. Aufl., Frankfurt am Main: Suhrkamp
- Randers, Jørgen (2012). *2052 – der neue Bericht an den Club of Rome. Eine globale Prognose für die nächsten 40 Jahre*, München: Oekom
- Reißig, Rolf (2009). *Gesellschafts-Transformation im 21. Jahrhundert. Ein neues Konzept sozialen Wandels*, Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften
- Stern, Nicholas H. (2009). *The global deal. Climate change and the creation of a new era of progress and prosperity*, New York: PublicAffairs
- Streeck, Wolfgang (2013). *Gekaufte Zeit: Die vertagte Krise des demokratischen Kapitalismus*, Berlin: Suhrkamp
- Streeck, Wolfgang/Heinze, Rolf (1999). *An Arbeit fehlt es nicht*, in: *Der Spiegel*, (19)
- Wagner, Hilde (2012). *Demokratisierung der Arbeit*, in: Fricke, Werner/Wagner, Hilde (Hrsg.): *Demokratisierung der Arbeit: Neuansätze für Humanisierung und Wirtschaftsdemokratie*, Hamburg: VSA, 19–38
- WBGU – Wissenschaftlicher Beirat der Bundesregierung Globale Umweltveränderungen (2011). *Welt im Wandel: Gesellschaftsvertrag für eine große Transformation*, Berlin: Wissenschaftlicher Beirat der Bundesregierung Globale Umweltveränderungen
- Wright, Erik Olin (2010). *Envisioning real utopias*, London/New York: Verso

Bob Jessop

Reform, Umformierung, Gegenformierung, Neuformierung und Transformation¹

„Warum dieser Inhalt jene Form annimmt, warum sich also die Arbeit im Wert und das Maß der Arbeit durch ihre Zeitdauer in der Wertgröße des Arbeitsprodukts darstellt?“ (Marx 1890/1974, 95 –nach Aristoteles)

„Der Mensch hat eine Geschichte, da er die Natur verändert. Und diese Fähigkeit gehört zur Natur des Menschen. Der Gedanke ist, dass von allen Kräften, die den Menschen bewegen und ihn neue Gesellschaftsformen erfinden lassen, die bedeutendste Kraft seine Fähigkeit ist, sein Verhältnis zur Natur zu verändern, indem er die Natur selbst verändert.“ (Godelier 1990, 32)

„Mir war seit jeher klar gewesen, dass eine begrifflich durchkonstruierte Gesellschaftstheorie viel radikaler und viel selbstbeunruhigender wirken würde, als sich punktuelle Kritiken, Kapitalismuskritiken zum Beispiel, je vorstellen könnten.“ (Luhmann 1996, 200)

Die Kategorie der *sozialen Form* ist ein Schlüsselkonzept in der marxistischen Analyse, der Systemtheorie und einer Reihe anderer Ansätze sozialer Forschung. Sie bezeichnet eine bestimmte Weise sozialer Organisation eines potenziellen oder zugänglichen, aber noch nicht völlig festgelegten Inhalts. So unterscheidet zum Beispiel Marx wesentliche Elemente von *Produktion im Allgemeinen* als einer rationalen Abstraktion von ihrer formdeterminierten Natur als spezifische Momente einer *besonderen Produktionsweise*. Diese Elemente einer Produktion im Allgemeinen haben zugleich materielle (natürliche, *stoffliche*) und soziale (symbolische, relationale) Aspekte. Sie werden durch soziale Praktiken, die auf die Aneignung und Transformation der Natur zielen, zueinander in Beziehung gesetzt. Eine spezifische Form nehmen diese Elemente an, wenn sie unter der Dominanz spezifischer Produktionsverhältnisse artikuliert und organisiert werden.

1 Die abschließende Version dieses Beitrags hat durch die gründliche Lektüre und die kritischen Kommentare von Michael Brie gewonnen. Ich bin mir bewusst, dass ich nicht alle seine Kommentare berücksichtigen konnte, aber ich hoffe auf einen weiteren intellektuellen Austausch. Frühere Versionen waren auch von den kontinuierlichen Debatten mit Alex Demirović, Ulrich Brand, Judith Dellheim und Lutz Brangsch beeinflusst.

So schreibt Marx: „Der Reichtum der Gesellschaften, in welchen kapitalistische Produktionsweise herrscht, erscheint als eine ‘ungeheure Warensammlung’, die einzelne Ware als seine Elementarform“ (Marx 1890/1974, 49). Die Formanalyse ist aber nicht auf die Formen der materiellen Produktion beschränkt (selbst wenn man sie weit definiert und die immateriellen Bedingungen der Existenz und immaterielle Produkte einbezieht). Sie schließt die Untersuchung anderer sozialer Praktiken mit anderen Arten von „Rohmaterial“ ein, zum Beispiel die Kräfteverhältnisse in der Politik, soziale Imaginationen und gelebte Erfahrungen, die Gesetzgebung, die Ergebnisse von Wissenschaft usw.) (vgl. Althusser 1977; Althusser/Balibar 1972; Luhmann 1996). Die Unterscheidung zwischen Form und Inhalt ist deshalb wichtig, weil ein und derselbe „Inhalt“ (aktuell oder potenziell) in verschiedene Formen integriert werden kann. Und zugleich kann sich ein und dieselbe Form verschiedene Inhalte unterordnen und sie transformieren. Dies heißt nicht, dass die Beziehung zwischen Form und Inhalt zufällig wäre: Es ist eher so, dass innerhalb von bestimmten Grenzen die Form den Inhalt prägt und umgekehrt. Der Inhalt hat materielle und soziale Aspekte, wie dies am Verhältnis von Gebrauchswert und Tauschwert deutlich wird, die in einer Ware verkörpert sind, oder in der „gebauten Umwelt“ einer Stadt bzw. im Marmor, der behauen wird, um eine Statue zu formen, die einen militärischen Sieg feiert.

Es ist wichtig, die wechselseitige Konditionierung von Form und Inhalt zu untersuchen. Das Projekt einer radikalen, demokratisch-sozialistischen Transformation muss die wesentlichen Merkmale der wichtigsten Formen sozialer Verhältnisse und der Beziehungen zwischen diesen Formen berühren, die die spezifische Natur einer gegebenen Gesellschaftsformation im gegebenen Raum und zu gegebener Zeit im weiteren Kontext einer sich verändernden Weltordnung definieren. Um eine solche Analyse vorzunehmen, beziehe ich mich auf das Werk von Niklas Luhmann sowie auf Antonio Gramsci und Louis Althusser, um theoretische Einsichten in die Herstellung von Sinn und Bedeutung,² von sozialen Imaginationen und gelebten Erfahrungen als notwendige Ergänzung zu stärker strukturell orientierten, historisch-materialistischen Formen der Untersuchung zu gewinnen. Auf dieser Grundlage frage ich, was Gesellschaftsformationen, organisiert unter der Dominanz der kapitalistischen Produktionsweise, von jenen unterscheidet, in denen transformative Praktiken eine solidarische Ökonomie und eine demokratisch-sozialistische Gesellschaftsordnung hervorbringen könn-

2 Im Weiteren wird „sense- and meaning-making“ mit „Herstellung von Sinn und Bedeutung“ übersetzt soweit im Original nicht der deutsche Terminus Sinnstiftung benutzt wurde; Anm. d. Übers.

ten. Bei der Beantwortung dieser Frage will ich zugleich die Grenzen der von Luhmann vorgeschlagenen soziologischen Alternative gegenüber einer Kritik der politischen Ökonomie aufzeigen und die Bedeutung der Kämpfe um Hegemonie und um die Herausbildung eines neuen geschichtlichen Blocks nachweisen, wie ihn Gramsci definiert als ein gesellschaftliches Ensemble, „in dem die materiellen Kräfte der Inhalt sind und die Ideologien die Form“ (Gramsci 1992, 876 f.).

Dieses theoriegeleitete Kapitel nähert sich der Frage von drei miteinander verbundenen Standpunkten: (1) der Herstellung von Sinn und Bedeutung und den Formen der Kommunikation; (2) der Strukturierung und den Formen sozialer Verhältnisse; und (3) der Beziehung zwischen dem Forminhalt der Kommunikation und dem Forminhalt sozialer Verhältnisse. Auf dieser Basis und sich teilweise auf Gramscis Analyse historischer Konjunkturen, der Verdichtung verschiedener geschichtlicher Prozesse, stützend, unterscheide ich vier Herangehensweisen an Gesellschaftstransformation und entwickle erste Überlegungen zu ihrer sich miteinander überschneidenden Artikulation.

1. Zwei Formen der Formanalyse

Mein Beitrag geht von der Annahme einer ontologischen Komplexität der natürlichen und sozialen Welt aus und betont vor allem die existenzielle Notwendigkeit der Reduktion von Komplexität als Bedingung für individuelle und kollektive Akteure, damit sie in der Welt überhaupt handeln können. Ich unterscheide dabei zwei primäre Formen der Reduktion von Komplexität: *Sinnstiftung* und *Strukturierung*. Transformation verlangt Veränderungen in der Natur und dem Inhalt beider Formen.

Sinnstiftung reduziert nicht nur die Komplexität für Akteure (und Beobachter), sondern gibt der Welt zugleich eine Bedeutung. Sie ist niemals ganz „unschuldig“. Indem sie der Welt Gestalt verleiht, sie konstruiert, strukturiert sie die gelebte Erfahrung, begrenzt die Wahrnehmung von Handlungsoptionen und prägt die Formen sozialer Auseinandersetzung, gesellschaftlicher Bündnisse und Herrschaft. In diesem Sinne sind Sprache und andere Formen der Kommunikation pfadabhängige Kondensierungen vergangener Kämpfe und sozioideologischer Widersprüche. Gramsci und Bachtin haben beide die gelebte Erfahrung und das Alltagsbewusstsein als bedeutungsvolle Praktiken studiert, die in spezifischen Konstellationen³ hervorgebracht werden. Sie sind geprägt durch

3 Hier und im Weiteren wird der englische Terminus „conjuncture“ zumeist mit Konstellation übersetzt. Es geht um die konkrete Handlungssituation, die durch die

die sozialen Kontexte und die Antagonismen und zugleich offen für Dialog und Widerstreit. Wie Bachtin schrieb:

„Die Sprache ist also in jedem Augenblick ihrer historischen Existenz durchgängig in der Rede differenziert. Sie ist die personifizierte Koexistenz sozioideologischer Widersprüche zwischen der Gegenwart und der Vergangenheit, zwischen verschiedenen sozioideologischen Gruppen der Gegenwart, zwischen Richtungen, Schulen, Zirkeln usw. Diese ‘Sprachen’ der Redevielfalt kreuzen sich auf vielfältige Weise miteinander und bilden dadurch neue sozialtypische ‘Sprachen’“ (Bachtin 1979, 182 f.)⁴

Gramsci und Bachtin betonen beide, dass die Sprache und andere Formen der Kommunikation „materielle“, potenziell Transformation verursachende Kräfte sind und nicht nur die Epiphänomene einer ökonomischen Basis. In seinen Kommentaren zum Konzept des historischen Blocks (s.o.) vermerkt Gramsci, dass die Unterscheidung zwischen Form und Inhalt „eine rein didaktische“ sei, „weil die materiellen Kräfte historisch nicht begreifbar wären ohne die Form, und die Ideologien individuelle Schrullen wären ohne die materiellen Kräfte“ (Gramsci 1992, 877). Über die alltägliche Herstellung von Sinn und Bedeutung hinaus, die das Basismedium und Substrat jeder sozialen Kommunikation bildet, die ja Sprache und gesunden Menschenverstand voraussetzt, gibt es anspruchsvollere und exklusivere Semantiken (oder Kommunikationsformen), die mit einer spezifischen Form von Expertise und/oder spezifischen sozialen Feldern oder funktionalen Systemen wie Kunst, Recht, Wissenschaft, Politik oder Religion korrespondieren (z.B. ein Sonett, ein formaler Vertrag, ein wissenschaftlicher Beitrag, ein Parteiprogramm oder die Liturgie).

Die Herstellung von Sinn und Bedeutung erfolgt an sehr unterschiedlichen Punkten in der Gesellschaft und von verschiedenen Standpunkten aus. Dies erzeugt Probleme der Kommunikation und Handlungskoordination, gerichtet auf je spezifische Formen sozialer Praxis. Transformation verlangt mehr als nur den Wechsel des Standpunkts. Es reicht nicht, vom Standpunkt des kapitalistischen Arbeitgebers zu dem des Lohnarbeiters überzugehen oder anstelle der Perspektive des Kapitals eine proletarische Sichtweise einzunehmen, wie Marx dies vorgenommen hat, bzw. eine intersektionalistische Perspektive zu beziehen, die andere Seiten der Ausbeutung, Unterdrückung und Herrschaft einschließt und deshalb zu einer pluralistischeren Mosaik-Linken beitragen kann (zur In-

Überschneidung verschiedener Tendenzen und Umstände geprägt ist und deren konkreter Charakter nicht unmittelbar aus allgemeinen Gesetzen abgeleitet werden kann; Anm. d. Übers.

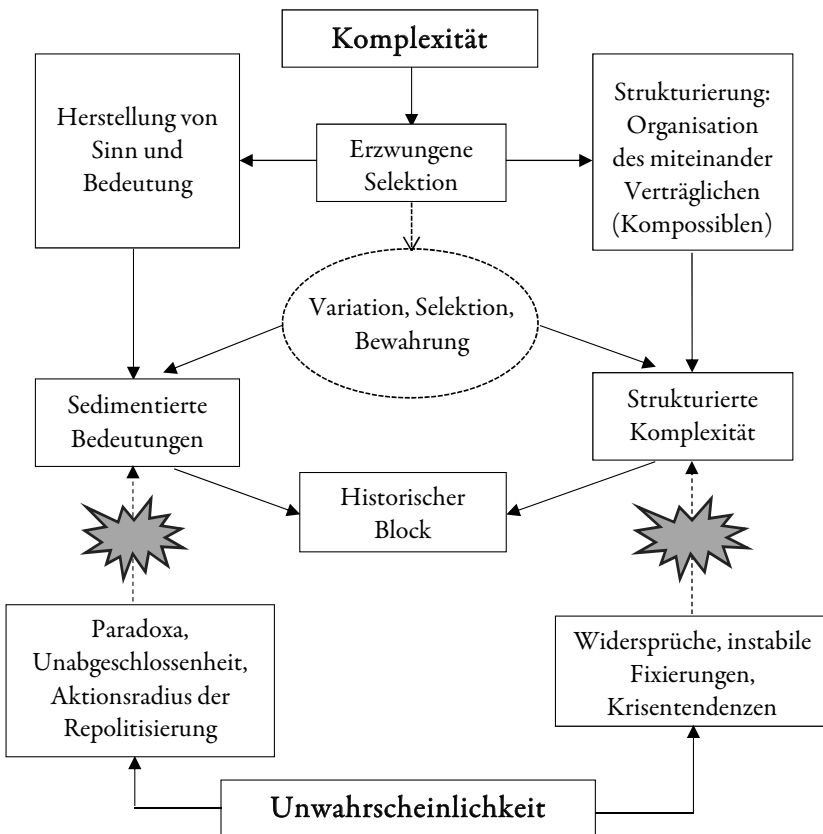
4 Die Übersetzung wurde leicht korrigiert; Anm. d. Übers.

tersektionalität vgl. Winker/Degele 2009). Umso radikaler der Perspektivenwechsel, umso radikaler das daraus resultierende transformatorische Projekt. Man vergleiche nur die gewerkschaftliche oder ökonomisch-korporatistische Perspektive von Lohnabhängigen mit der weit revolutionärerem Perspektive des Proletariats. Ein solcher Perspektivenwechsel verlangt auch Veränderungen in den Einstiegspunkten (d.h. vom Marktaustausch hin zu den versteckten Orten der Produktion, von den Produktionsverhältnissen hin zu den Machtverhältnissen zwischen Klassen überhaupt, von diesen hin zu widerstreitenden Prinzipien der Vergesellschaftung; oder wiederum von einem anthropozentrischen Einstiegspunkt der sozialer Organisation hin zu einer ökologisch zentrierten Besorgnis um die Beziehungen zwischen Natur und Gesellschaft).

Strukturierung schließt verschiedene strukturierende Prinzipien ein, abhängig vom jeweiligen Feld gesellschaftlicher Verhältnisse. Sie erzeugt Probleme der sozialen und institutionellen Integration in und zwischen den unterschiedlichen Ebenen mikrosozialer, institutioneller und gesellschaftlicher Integration, die sich entlang widerstreitender Vergesellschaftungsprinzipien vollzieht. Transformation ihrerseits schließt die Konsolidierung neuer Vergesellschaftungsprinzipien ein, die nicht zur Kolonisierung und Unterordnung des Alltagslebens durch eine blinde Systemlogik (d.h. durch eine profitorientierte marktvermittelte Akkumulation) führt, sondern zu ihrer Reorganisation entsprechend solidarischer Prinzipien, die Gegenstand von Debatte, bewusster Gestaltung und Reflexivität sind. Kurz gesagt: Es gibt eine enge Beziehung zwischen demokratisch-sozialistischer Emanzipation als einer neuen sozialen Imagination, die die Herstellung von Sinn und Bedeutung inspiriert, zum einen und Transformation als einem anleitenden Prinzip für strategische Probleme des dynamischen Verhältnisses von Reform und Revolution zum anderen.

Das Verhältnis zwischen der Herstellung von Sinn und Bedeutung einerseits und Strukturierung andererseits wird in dem reflektiert, was Peter Ives Gramscis *vernakularen*, in der Sprache des Alltags verankerten *Materialismus* nennt. Dieser verbinde die „Grundsätze eines historisch-materialistischen Herangehens an Sprache und eine an Linguistik geschulte Theorie von Politik und Gesellschaft“ (Ives 2004, 3). Auf dieser Grundlage würde er die organische Beziehung zwischen Sprache und sozialen Strukturen bei der Reproduktion von Herrschaft erforschen. Eine weitere Prämisse dieses Beitrags ist die Annahme, dass die verschiedenen Formen der Herstellung von Sinn und Bedeutung und der unterschiedlichen Formen der Strukturierung notwendigerweise niemals vollständig geschlossen sind. Das bedeutet vor allem, dass alle sozialen Formationen anfällig sind für Störungen und Brüche. Dies gilt mit Bezug auf beide Formen der Reduktion von

Komplexität. Soweit es um die Herstellung von Sinn und Bedeutung geht, wird dieser Fragilität einer Gesellschaftsformation durch Anstrengungen begegnet, die Hegemonie (oder zumindest die Herrschaft) bestimmter Bedeutungszusammenhänge mittels verschiedener diskursiver, technischer oder struktureller Mittel aufrechtzuhalten. Und wenn es um die soziale Strukturierung geht, dann ist die Fragilität verbunden mit spezifischen sozialen, institutionellen und raumzeitlichen Fixierungen. Solche Fixierungen sichern instabile Gleichgewichte des Kompromisses innerhalb von besonderen institutionellen und raumzeitlichen Grenzen und Handlungshorizonten. Das geschieht auf Kosten der Verlagerung



Grafik 1: Die Unwahrscheinlichkeit von Komplexitätsreduktion durch erzwungene Selektion

Quelle: angepasst nach Sum/Jessop 2013, 192

von Widersprüchen und Krisentendenzen an andere Orte und ihre Verschiebung in die Zukunft. Dies gilt für alle Gesellschaftsformationen, ist aber besonders augenscheinlich im Falle derjenigen, die durch das kapitalistische Kräfteverhältnis dominiert werden. Sedimentierte Bedeutungssysteme sind polyvalent, paradox, können herausgefordert werden und sind Gegenstand von Repolitisierung; Strukturen sind unvollständig, widersprüchlich, krisenanfällig und können zusammenbrechen (diese Themen sind in Grafik 1 dargestellt; zur weiteren Diskussion vgl. Sum/Jessop 2013). Dies alles sind permanente potenzielle Quellen sozialer Desorientierung und Krise; und als solche stellen sie Möglichkeiten dar, sich transformatorisch-strategisch zu engagieren – sei es in Gestalt vorbereitender Stellungskämpfe, sei es in den Situationen des Bewegungskriegs (vgl. zu dieser Unterscheidung Gramsci 1992, 816; Gramsci 1996, 1728).

Die verstärkte Selektion und Reduktion von Komplexität trifft auch zu für Gesellschaftsformationen im Übergang zu einer sozialen Emanzipation und zu einer gesellschaftlichen Transformation sowie auf jene, in denen solche Transformationen stattgefunden haben. Das verweist darauf, dass es einer *strategisch essentialistischen* radikalen Imagination bedarf, die die Komplexitäten einer bestimmten Handlungskonstellation reduziert, um zur Grundlage für soziale Mobilisierung zu werden und das *strategisch selektive* Rahmenwerk darzustellen, innerhalb dessen Foren, Netzwerke, Parteien und soziale Bewegungen ihre Aktionen über Plätze, Räume, Territorien und Zeit koordinieren können. Dies ist die Bedingung dafür, Fähigkeiten zu entwickeln, um ein demokratisch-sozialistisches Projekt zu initiieren, zu verstärken und zu konsolidieren (zu Fragen des Verhältnisses von direkter und repräsentativer Demokratie vgl. z.B. Poulantzas 1978). Umso komplexer die Gesellschaftsformation und umso globaler ihre Ausbreitung (mit der Weltgesellschaft als dem letztendlichen Horizont strategischer Kalkulation), umso größer ist die Notwendigkeit der Reduktion von Komplexität in radikalen sozialen Imaginationen. Dies erzeugt einen „trade-off“ zwischen der Notwendigkeit von Vereinfachung als Basis des Handelns (so z.B. die Losung „Land, Frieden und Brot“ im zaristischen Russland von 1917) und der Komplexität der Konstellation, in der die Mobilisierung stattfindet (zur Diskussion des Problems der Überdetermination vgl. Althusser 1968). Es wird zu einer ernsthaften Herausforderung, die folgende Aufgabe zu lösen: Erhöhe die Pluralität nicht über das hinaus, was notwendig ist, aber führe so viele Differenzierungen ein wie nötig (vgl. Jessop 2007, 225 ff.). Es gibt einen wissenschaftlichen Aspekt dieser Herausforderung – die Frage, wie die Dynamik einer gegebenen Gesellschaftsformation auf der Basis ihrer wesentlichen Strukturen und der ihnen immanenten Tendenzen und Gegentendenzen beschrieben und erklärt wird. Und radikale

Transformation schließt auch die Fähigkeit ein, korrekt zu agieren, das heißt, die konkrete Konstellation als Überschneidung verschiedener Prozesse zu verstehen, Ideen über mögliche Szenarien zu entwickeln und konkrete Aktionen zu führen, die in die Konstellation eingreifen und sie transformieren. Diese „Korrektheit“ hängt zugleich von den Grenzen ab, die durch die objektive Natur einer Krisensituation gesetzt sind, und von den Fähigkeiten strategischer Kräfte, Hegemonie zu gewinnen oder zumindest die von ihnen präferierten Krisendeutungen, Optionen des Krisenmanagements und des Exits durchzusetzen. Unter solchen Bedingungen erzeugt dann das korrekte Lesen der Handlungskonstellation seinen eigenen „Wahrheitseffekt“ (vgl. Foucault 1980; Gramsci 1991; Lecercle 2006). Hegemonie muss zugleich durch den Alltagsverstand hindurchgehen und den Möglichkeiten radikalen Wandels adäquat sein. Wie Gramsci bemerkt: Es liegt eine Welt zwischen „historisch organischen Ideologien, die [...] notwendig sind für eine bestimmte Struktur, und willkürlichen, rationalistischen, ‘gewollten’ Ideologien“ (Gramsci 1992, 876). Kurz gesagt, nicht alle Imaginationen haben die Kraft, soziale Transformation, basierend auf dem „korrekten“ Lesen der situativen Möglichkeiten, zu organisieren und zu führen.

1.1. *Luhmanns Formanalyse*

Niklas Luhmann entwickelte eine Theorie der Komplexitätsreduktion als *Sinnstiftung*. Er ging von der Annahme aus, dass die Welt zugleich ontologisch komplex und zunächst formlos sei. Die Welt nehme Form erst dadurch an, dass Akteure interpretative Schemata anwenden, die der Welt Sinn geben, indem sie Dinge und Beziehungen von ihrer Umwelt durch die einfache Operation der Beobachtung unterscheiden. Kurz gesagt, soziale Akteure müssen zunächst einmal „eine Unterscheidung treffen“ (Spencer-Brown 1969, 3). Das ist die Basis für Luhmanns Formanalyse und seine Darstellung der intelligiblen Kommunikation von Bedeutungen. Obwohl Luhmann oft als „konservativer“ Sozialtheoretiker angesehen wird, kann sein Werk dadurch eine radikale Wendung erhalten, indem es in Beziehung gesetzt wird zu einer von Marx inspirierten Formanalyse in einer breiteren, kritisch-realistischen, strategisch-relationalen Perspektive (vgl. hier und im Folgenden Jessop 2007). Obwohl die ursprüngliche Emphase auf „Beobachtung“ liegt und damit auf eine idealistische oder radikal konstruktivistische Dimension zu verweisen scheint, in der die Realität das Produkt mentaler Unterscheidungen ist, stehen dem zumindest drei Merkmale einer materialistischeren Analyse entlang der Luhmann’schen Denklinien entgegen: (1) die ontologische Vorannahme einer Komplexität der natürlichen und sozialen Welt, die jeder

mentalen Unterscheidung vorhergeht; (2) die These von den transformatorischen Effekten des Treffens solcher Unterscheidungen, das zur Basis für materielle, soziale und raum-zeitliche Veränderungen in der natürlichen und sozialen Welt wird; und (3) die anhaltende Bedeutung der Komplexität der natürlichen und sozialen Welt jenseits jeder Sphäre, die durch die Unterscheidungsoperationen markiert ist. Es ist eine Sphäre, von der Derrida (1991) sagen konnte, sie sei das „konstitutive Außen“, das die Operationen innerhalb der Sphäre irritiert, stört und unterbricht.

Um dies mit dem historischen Materialismus in Beziehung zu setzen, können wir die Entwicklung einer profitorientierten marktvermittelten Ökonomie betrachten. Deren Beobachtungen und Operationen unterscheiden die natürliche und soziale Welt entlang der Unterscheidung und dem Code profitabel/unprofitabel. Diese Unterscheidung ist gegenüber allen jenen Aspekten der natürlichen und sozialen Welt indifferent, die nicht mit diesen Termini kodiert werden können. Eine solche Ökonomie tendiert dazu, den Anwendungsbereich dieses Codes als Prinzip der Vergesellschaftung so weit als möglich auszudehnen. Die Gleichgültigkeit der Beobachtungen und Operationen dieses Codes gegenüber anderen Aspekten der natürlichen Umwelt ist für diese zerstörerisch – aus Gründen, die Umweltwissenschaftler und politische Ökologen genau kennen. Das Gleiche gilt für die soziale Welt. Wie es im „Manifest der Kommunistischen Partei“ heißt: „Alles Ständische und Stehende verdampft, alles Heilige wird entweiht ...“ (Marx/Engels 1848/1974, 465).

Zwei weitere Punkte können helfen, die Luhmann'sche Formanalyse mit der von Marx geprägten in Verbindung zu bringen. Erstens ist die Unterscheidung, die im Code verkörpert ist, asymmetrisch. Eine Seite ist gegenüber der anderen privilegiert. So hat in kapitalistischen Gesellschaftsformationen die Profitabilität (der Tauschwert, der Mehrwert und jene Formen, in denen der Mehrwert verteilt wird) Priorität gegenüber der Erzeugung unprofitablen Gebrauchswerts. Zweitens erzeugen die Codes Paradoxa, die der Auflösung bedürfen. So stellt sich die Frage, ob es legal ist, den Rechtsstaat außer Kraft zu setzen. Dies wird im Rahmen der staatlichen Souveränität nach dem von Carl Schmitt entwickelten Prinzip aufgelöst, dass es der souveräne Staat sei, der den Rechtsstaat suspendiert und den Ausnahmezustand erklärt. Dies steht in Bezug zu Veränderungen der Kräfteverhältnisse, die die Klassenherrschaft bedrohen und zum Ausnahmezustand führen (vgl. Gramsci 1991; Poulantzas 1973 u. 1977).

In einer ersten Näherung können folgende Formen unterschieden werden: (1) das Treffen einer Unterscheidung, die eine komplexe Welt trennt in die markierte und die nicht markierte Sphäre; (2) ein Fokus auf die markierte Sphäre

und, vielleicht, auf ihre internen Unterscheidungen; (3) die dauerhafte Relevanz einer nicht markierten Sphäre für die markierte Sphäre, obwohl Erstere nicht beobachtet wird. Luhmann sah soziale Formen als spezifisch verbundene Kommunikationssysteme an. Sie werden durch eine „Kontingenzformel“ oder Leitunterscheidung zusammengehalten, durch ein zentrales Paradoxon, dass als eine Art „Attraktor“ oder „Eigenvektor“ fungiert, um den herum sich die Systemkommunikationen bewegen. Wenn Sprache den allgemeinen Sinnhorizont bildet und die Bedingung für Kommunikation überhaupt darstellt, dann sind systemspezifische Codes (allgemeine Kontingenzformeln) und ebenso spezifische Programme (Operationalisierungen von Codes, die kontextspezifischer sind und auf bestimmte Konstellationen angewandt werden) die Vorbedingungen für Systemdifferenzierung. Diese sind nicht nur mit der Arbeitsteilung innerhalb einer profitorientierten marktvermittelten Ökonomie verbunden, sondern auch mit der Teilung von Wissen (und Macht) in der weiteren gesellschaftlichen Formation. In anderen Worten, Luhmann analysiert die soziale Form in Gestalt verschiedener Kontingenzformeln unterschiedlicher sozialer Systeme wie Recht, Kunst, Liebe, Intimität, Bildung, Religion, Wirtschaft, Wissenschaft, Politik, Protest etc. (Luhmann 1984). Im Falle des Wirtschaftssystems zum Beispiel lautet die Leitunterscheidung zahlen/nicht zahlen (oder auch bekannter: profitabel/unprofitabel) (Luhmann 1988). Es ist wichtig festzuhalten, dass nicht alle Kommunikation innerhalb von oder zwischen Systemen die Nutzung der natürlichen Sprache in personeller Interaktion verlangt. Die Herstellung von Bedeutung kann auch durch spezialisierte künstliche Sprache (z.B. technisches Vokabular, Fachsprachen), gebunden an die Teilung in körperliche und geistige Arbeit, oder auch durch Interaktionen zwischen Organisationen oder völlig unpersönlich, zum Beispiel durch Preissignale, erfolgen. Engels' Briefe über den historischen Materialismus und seine mit Kautsky verfasste Schrift zum „Juristen-Sozialismus“ nehmen eine Reihe von Luhmanns Diskussionen um Codes, Programme, operationale Autonomie, materielle Unabhängigkeit etc. vorweg (vgl. Engels/Kautsky 1887/1975; Engels 1890/1975; vgl. zudem drei Analysen, die die Relevanz des Luhmann'schen Werks für den historischen Materialismus nachweisen: Bachur 2013; Jessop 2008; Pahl 2008; für eine kritische Würdigung von Luhmanns Werk und seinem Bezug zu Komplexität und Emanzipation vgl. die Beiträge in Demirović 2001).

Auch wenn Luhmann seine systemtheoretische Formanalyse in Begriffen einer Theorie (bedeutungsvoller) Kommunikation präsentiert, beinhaltet sie wichtige Schlussfolgerungen für das Verständnis sozialer Strukturierung. Obwohl sein Werk radikal konstruktivistisch ist und ihm damit wichtige Konzepte fehlen,

um Fragen der Struktur zu adressieren (zu einer Kritik vom Standpunkt einer strategisch-relationalen Perspektive vgl. Jessop 1990), so gibt es doch einige interessante konzeptionelle Innovationen, die in die Analyse der Strukturierung integriert werden können.

Luhmanns Formanalyse kann weiterentwickelt werden durch (1) Beobachtungen zweiter Ordnung von verschiedenen Systemen, ihren Dynamiken und Effekten; (2) Beobachtungen zweiter Ordnung der mehr oder minder engen strukturellen Kopplung und Koevolution unterschiedlicher Systeme; (3) Beobachtungen zweiter Ordnung der ökologischen Dominanz spezifischer funktionaler Systeme gegenüber anderen, wenn nicht für ewig, so doch zumindest in bestimmten, mehr oder minder dauerhaften Konstellationen; (4) Analyse der integrativen Kraft der verschiedenen Codes und Programme im Verhältnis zur Hegemonie miteinander im Wettbewerb stehender sozialer Visionen (hegemonialer Projekte). Ein bedeutender Teil meiner eigenen Arbeit, seitdem ich zuerst auf Niklas Luhmann stieß, ist es gewesen, die konservativen Implikationen seiner Systemtheorie aufzulösen und Letztere in einen rekonstruierten historischen Materialismus zu integrieren. Luhmann ist eine nützliche Quelle der Irritation, um sich einiger Grenzen dieser Analyse bewusst zu werden. Dies gilt vor allem mit Blick auf die Bedeutung von Sinnstiftung für die Reduktion von Komplexität. Und es gilt auch, wenn man sich bewusst machen will, welche Herausforderung eine wachsende Differenzierung der Weltgesellschaft für jedes Projekt darstellt, dass versuchen würde, eine radikale Transformation von einem einzigen Zentrum aus oder durch eine einseitige soziale Imagination, die die Komplexitäten der sozialen Arbeitsteilung ignoriert, zu kontrollieren.

1.2 Marx'sche Formanalyse

Eine von Marx inspirierte Formanalyse ist (implizit) *in erster Instanz* auf Fragen der Strukturierung orientiert. Sie schließt das Studium der spezifischen Weisen der Organisation des sozialen Lebens ein, ihrer Artikulation in einer bestimmten Gesellschaftsformation (einem Ensemble von strukturellen Formen, typisch für einen gegebenen *Vergesellschaftungsmodus*) und der mit ihr assoziierten Konfigurationen von *Lebensweise*. Eine *soziale Form* ist folglich eine spezifische Weise der Organisation von sozialem Inhalt. Hegels „Wissenschaft der Logik“ folgend, erschließt Marx die Bedeutung von Form in Gestalt von drei Begriffsverbindungen: Form – Wesen, Form – Materie und Form – Inhalt (vgl. Levine 1984, 129 ff.). Seine Darstellung der kapitalistischen Produktionsweise beginnt mit der Analyse der Ware und erforscht auf dieser Basis viele andere Formen des

Kapitalverhältnisses, die darauf bezogenen Formen innerhalb von kapitalistischen Gesellschaftsformationen und Formen ihrer Entwicklung, Transition und Transformation (vgl. Loh 1975; Brentel 1989; Postone 2003). Paschukanis fragt daraufhin: „Warum bleibt die Klassenherrschaft nicht das, was sie ist, das heißt die faktische Unterwerfung eines Teiles der Bevölkerung unter die andere? Warum nimmt sie die Form einer offiziellen staatlichen Herrschaft an, oder – was dasselbe ist – warum wird der Apparat des staatlichen Zwanges nicht als privater Apparat der herrschenden Klasse geschaffen, warum spaltet er sich von der Letzteren ab und nimmt die Form eines unpersönlichen, von der Gesellschaft losgelösten Apparats der öffentlichen Macht an?“ (Paschukanis 2003, 116)

Formen sind mit spezifischen Handlungslogiken verknüpft, die realisiert werden oder auch nicht. In diesem Sinne muss die Formanalyse durch die Analyse sozialen Handelns ergänzt werden, will man das Verhältnis von Form und Inhalt verstehen (Gramsci 1991). Dies bedeutet, dass die Formanalyse die Formen nicht als ontologisch vorausgesetzt annimmt und im Verhältnis zu sozialen Verhältnissen reifiziert, sondern untersucht, wie soziales Handeln in die Reproduktion von fetischisierten Formen sozialer Verhältnisse und jener Widersprüche und Antagonismen, die mit ihnen verbunden sind, eingeschlossen ist. Ein zentraler Teil der kritischen Formanalyse besteht darin, das historische Werden, die Genealogie spezifischer sozialer Formen zu untersuchen, die Art, in der sie in spezifischen Gesellschaftsformationen kombiniert werden, und die kritische Rolle sozialer Akteure bei der Reproduktion der Vormachtstellung und Naturalisierung dieser Formen.

Form besitzt eine wichtige Rolle in der marxistischen Analyse. Sie kann einen alternativen Einstiegspunkt in die Analyse von Gesellschaft bilden, der sich von jenen zwei Herangehensweisen unterscheidet, die innerhalb des Marxismus das Feld beherrschen –und den Fokus entweder nur auf die abstrakte Logik des Kapitals oder nur auf die konkreten Modalitäten des Klassenkampfes legen. Ersterer Ansatz beginnt mit der abstrakten Logik der Kapitalakkumulation und erklärt das Wesen, die Grenzen und die Formen des Klassenkampfes ausgehend von allgemeinen, von „ehernen“ Gesetzen der Bewegung des Kapitals. Die letztere Herangehensweise geht von der Existenz sozialer Klassen und ihrer Kämpfe aus und erklärt den übergreifenden Verlauf des Kapitalakkumulation und ihrer Krisen durch die sich verändernden Kräfteverhältnisse. Für das kapitaltheoretische Herangehen ist es die antagonistische Logik des Kapitals, die den Klassenkampf erklärt; für den klassentheoretischen Ansatz ist es die Fähigkeit der dominanten Klasse (oder Klassen), ihre verschiedenen Machtressourcen zu nutzen und auf dieser Basis die subalternen Klassen zu unterdrücken, die

den krisenhaften Charakter der Kapitalakkumulation begründet. Keiner der Ansätze ist völlig zufrieden stellend. In der Praxis repräsentieren sie zwei Pole eines breiteren Spektrums von Herangehensweisen, die in Abhängigkeit von dem spezifischen Forschungsgegenstand zwischen beiden oszillieren. In diesen konkreten Untersuchungen, die zwischen den beiden Polen liegen, sind es die spezifischen institutionellen Formen oder die situativen Logiken der je besonderen Konstellation, denen eine vermittelnde Eigenschaft zuerkannt wird. Zumindest innerhalb des Marxismus stellt die Formanalyse eine Alternative dar. Sie lehnt eine Annahme a priori des Primats der Kapitallogik oder des Klassenkampfes ab und beginnt mit der Untersuchung der sozialen Formen, um ihre Implikationen für diese Logik und/oder die Klassenformation und den Klassenkampf zu betrachten (Paschukanis 2003). Das schließt auch ein, dass die Reproduktion einer Form und ihrer Logik immer nur tendenziell erfolgt, nicht automatisch. Sie hängt von spezifischen Praxen ab, die diese Form reproduzieren.

Formanalyse ist kein *Mittelweg* und sollte auch nicht in allen Fällen angewandt werden. Sie studiert Formen als Weisen der Organisation des sozialen Lebens, und man muss zugleich die strukturellen Formen und die Formen des Lebens untersuchen, um der Komplexität der gesellschaftlichen Wirklichkeit Rechnung zu tragen. Dies würde eine gute Grundlage dafür bilden, die „Gesellschaftsformation“ als Ensemble sozialer Formen und die ihr entsprechende Gesellschaft als Ensemble von Formen des Lebens zu analysieren.⁵ Wenn wir ein breiteres formanalytisches Argument entwickeln, können wir tatsächlich behaupten, das gilt: Umso mehr sich soziale Formen und Formen des Leben in verschiedenen Bereichen wechselseitig stützen, komplementär zueinander sind und wechselseitig verstärken, umso höher ist die Stabilität einer Gesellschaftsformation. Der hier vertretene Ansatz beginnt mit der Dominanz sozialer Formen, wie sie für den

5 Das Konzept der Gesellschaftsformation hat im Marxismus zwei wesentliche Funktionen: (1) die Artikulation von Produktionsweisen und Formen von privater und gesellschaftlicher Arbeit, besonders dann, wenn ökonomische Verhältnisse tief verknüpft sind mit weit darüber hinausgehenden sozialen Beziehungen und schwer von diesen zu unterscheiden sind; (2) ein spezifisch geprägtes Ensemble sozialer Formen, das eine mehr oder minder scharf von anderen unterschiedene soziale Ordnung darstellt, wie dies für die kapitalistische Gesellschaftsformation gilt. Hier wird Gesellschaftsformation im zweiten Sinne benutzt. Einige Theoretiker stellen das *wissenschaftliche Konzept* von Gesellschaftsformation dem *ideologischen Terminus* der *Gesellschaft* gegenüber – besonders wenn diese mit dem Nationalstaat assoziiert wird und angenommen wird, sie sei sozial kohäsiv (zu zwei solchen Kritiken vgl. Althusser 1968; Poulantzas 1975). Dies wirft interessante Fragen über die Beziehungen zwischen formaler und sozialer Integration auf.

Kapitalismus spezifisch sind, und versucht ausgehend davon zugleich die Logik der Kapitalakkumulation und die Natur der Klassenbeziehungen durch den strategisch-relationalen Charakter dieser Formen zu erklären. Dies hat seinerseits Folgen für das Nachdenken über das Verhältnis von Reform, Umformierung, Gegenformierung, Neuformierung, und Transformation (s.u.).

2. Formanalyse

„Es ist jedesmal das unmittelbare Verhältnis der Eigentümer der Produktionsbedingungen zu den unmittelbaren Produzenten – ein Verhältnis, dessen jedesmalige Form stets naturgemäß einer bestimmten Entwicklungsstufe der Art und Weise der Arbeit und daher ihrer gesellschaftlichen Produktivkraft entspricht –, worin wir das innerste Geheimnis, die verborgene Grundlage der ganzen gesellschaftlichen Konstruktion und daher auch der politischen Form des Souveränitäts- und Abhängigkeitsverhältnisses, kurz, der jedesmaligen spezifischen Staatsform finden.“ (Marx 1973, 799 f.)

Die Grundannahme jeder Formanalyse einer kapitalistischen Gesellschaftsformation ist es, dass eine gegebene ökonomische Formation oder breitere soziale Formation durch die sozialen Formen des Kapitalverhältnisses und der mit ihnen verbundenen Formen des Lebens dominiert werden. Wenn dem so ist, dann muss die Analyse drei miteinander verbundene Aspekte untersuchen: (1) die historische und/oder formale Konstitution der analysierten sozioökonomischen Verhältnisse als ein komplexes institutionelles Ensemble mit spezifischen raumzeitlichen Mustern „strukturell eingeschriebener strategischer Selektivität“ (vgl. dazu zusammenfassend Jessop 2007, 38 ff.); (2) die historische und substanzielle Organisation und Konfiguration relevanter sozialer Kräfte in spezifischen Konstellationen und ihre Strategien, darin eingeschlossen ihre Fähigkeit, die strategischen Handlungsmöglichkeiten, wie sie in den spezifischen Ensembles der sozialen Verhältnisse und der übergreifenden sozialen Konfiguration eingeschrieben sind, zu analysieren und aktiv auf sie zu reagieren; und (3) die Interaktion dieser Kräfte auf diesem strategisch-selektiven Terrain und/oder die Distanzierung von diesem bei der Verfolgung unmittelbarer Ziele oder im Bestreben, die Kräfteverhältnisse zu verschieben und/oder die aktuelle Konstellation mit ihren strategischen Potenzialen zu transformieren.

Dieser Ansatz zielt auf eine formanalytische historische Analyse der akteursvermittelten erweiterten Reproduktion (oder Transformation) des Kapitalverhältnisses. Die historische und formale Konstitution einer Gesellschaftsformation, die durch eine profitorientierte marktvermittelte Akkumulation beherrscht wird, ist nicht zwingend. Sie resultiert aus vergangenen Kämpfen und wird in und durch

diese Kämpfe reproduziert (oder transformiert). Solange das Kapitalverhältnis sich auf diesem Wege nicht konsolidiert hat, ist ein formanalytischer Ansatz nicht so relevant für Fragen der Gesellschaftstransformation und kann sich als inadäquat erweisen. Der formanalytische Ansatz ist, folgt man Gramsci und/oder Polanyi, mehr für den „Westen“ geeignet, wo die Marktwirtschaft in eine Marktgesellschaft eingebettet ist und die Kapitaldominanz von der wechselseitigen Verstärkung isomorpher oder komplementärer sozialer Formen abhängt. Anders sieht es im „Osten“ aus, hier verstanden als Metapher für Gesellschaftstransformationen, wo die Kapitaldominanz vom offenen Klassenkrieg abhängt oder wo es ein katastrophisches Gleichgewicht der Kräfte gibt. Dieses tritt dann auf, wenn es erstens „eine Konfrontation zwischen zwei nationalen Projekten für das Land gibt, zwei Zukunftsperspektiven, jede mit der Fähigkeit zur Mobilisierung, mit Anziehungs- und Verführungskraft für gesellschaftliche Akteure; [zweitens] eine Konfrontation von zwei gesellschaftlichen Blöcken in der institutionellen Sphäre – sei es die parlamentarische Arena oder die der Gesellschaft –, geprägt durch den Willen zur Macht und den Anspruch auf diese (den vorherrschenden Block und die Herausforderer, den aufsteigenden sozialen Block); und drittens eine Paralyse der oberen Ebenen des Staates und die Unfähigkeit, diese Paralyse zu überwinden. Ein solches Gleichgewicht kann Wochen, Monate, Jahre dauern; aber der Moment wird kommen, wenn es einen Durchbruch gibt, ein Ausweg gefunden wird“ (Linares 2007; dabei bezieht er sich auf Gramsci 1991).

Im Falle eines katastrophischen Gleichgewichts oder des offenen Klassenkrieges kann die Analyse der konkreten Konstellation des Kräfteverhältnisses einen fruchtbareren Ausgangspunkt für die Analyse und für die soziale Praxis bieten als die Formanalyse. Kurz: Obwohl es einen klar bestimmten Platz für *theoretische Reflexionen* über die Logik einer voll ausgebildeten kapitalistischen Produktionsweise gibt, mag es nicht immer angemessen sein, die *empirische Analyse* von Gesellschaften, in denen zwar kapitalistische Produktionsverhältnisse existieren, diese aber weder dominant noch stabil sind, mit der Annahme zu beginnen, dass abstrakte Theorie und konkrete Realität übereinstimmen.

In diesem Fall kann die abstrakte Logik als ein Bezugspunkt genutzt werden, um Abweichungen zu studieren, aber man sollte das scheinbar abweichende System zu seinen eigenen Bedingungen studieren, anstatt einfach die Abweichungen zu betonen. Dies ist zum Beispiel von Bedeutung, wenn Gesellschaften untersucht werden, die durch *politische Kapitalismen* geprägt sind, im Unterschied zu jenen, die auf freien Märkten und auf der rationalen Organisation der kapitalistischen Produktion beruhen. Hier ist jene Methode angemessen, die auch als logisch-historische Analyse bekannt ist. Diese geht schrittweise vor, ausgehend von ab-

strakt einfachen Kategorien (logisch) und hin zu konkret komplexen Analysen der Fälle (historisch). Weder verfängt sie sich in *Ableiterei*, um alle Kategorien aus ersten Prinzipien zu deduzieren, noch in *verdichteter Beschreibung*, die einfach Details anhäuft, ohne deren tiefere Verbindungen zu erforschen.

Marx über kapitalistische Gesellschaftsformationen

Marx begründete eine solche Analyse der kapitalistischen Produktionsweise mit der Ware als ihrer Elementarzelle, von der aus er andere Formen entfaltete,

Table 1: Einige Formen des Kapitalverhältnisses

Form	Moment des Werts	Moment des Gebrauchswerts
Ware	Wert	Gebrauchswert
Arbeitskraft	a) abstrakte Arbeit als ein ersetzbarer Faktor der Produktion b) einzige Quelle des Mehrwerts	a) produktive und konkrete Fähigkeiten, unterschiedliche Formen von Wissen b) Quelle des Arbeitsstolzes der Arbeiter
Lohn	a) monetäre Produktionskosten b) Mittel zur Sicherung des Angebots an nützlicher Arbeit für einen gegebenen Zeitraum	a) Quelle der effektiven Nachfrage b) Mittel zur Befriedigung der Bedürfnisse in einer Gesellschaft, die auf dem Geld basiert
Geld	a) zinstragendes Kapital, privater Kredit, internationale Währung b) höchster Ausdruck des Kapitals im Allgemeinen	a) Maßstab des Werts, Schatz, Tauschmittel, nationales Geld, gesetzliches Zahlungsmittel b) allgemeine Form von Macht in der weiteren Gesellschaft
Produktives Kapital	a) Bewegungsform des abstrakten Werts (oder des Geldkapitals), bereitstehend für zukünftige Investitionen (in Raum und Zeit) b) Quelle des Profits eines Unternehmens	a) spezifischer Kapitalstock, der in einer spezifischen Zeit, an einem spezifischen Ort und unter spezifischen Bedingungen in Wert gesetzt wird b) konkrete unternehmerische und Managementfähigkeit
Boden	a) entäußertes und entäußerbare Eigentum, Quelle von Bodenrente b) verbrieft absolute und Differentialrente vom „Boden“	a) „freies Geschenk der Natur“, das zurzeit nicht veräußert werden kann b) transformierte natürliche Ressourcen
Wissen	intellektuelles Eigentum	intellektuelle Gemeingüter

Quelle: Jessop 2002

darunter die Preisform, die Lohnform, die Geldform, die Kapitalform, die Kreditform, die Rechtsform, die Staatsform, die Steuerform etc. (für einen allgemeinen Überblick über Marx' Formanalyse vgl. Brentel 1989). In jedem dieser Fälle identifizierte Marx deren innere Widersprüche und die mit ihnen verbundene Dynamik. Er diskutierte auch die formale Adäquatheit dieser Formen (siehe Tabelle 1).

Bei Marx finden sich auch einige Hinweise über die Rechts- und Staatsformen, die dem Kapitalverhältnis entsprechen, besonders in seiner frühen „Kritik der Hegelschen Rechtsphilosophie“ (Marx 1843/1974) und in den späteren Kommentaren in seinem Werk „Der Bürgerkrieg in Frankreich“ (Marx 1871/1974). Für Marx ist die Staatsform des modernen (kapitalistischen) Staats vor allem durch seine institutionelle Abtrennung von der Wirtschaft gekennzeichnet. Der Staat ist die Welt des Staatsbürgers, des *Citoyen*, und der nationalen Interessen; die Wirtschaft ist die Welt des *Bourgeois* und durch das Primat des privaten Profits geprägt. Er fügt hinzu, dass der moderne repräsentative Staat, basierend auf einer rationalen Bürokratie und dem allgemeinen Wahlrecht den kapitalistischen Gesellschaftsformationen formal adäquat sei. Dieser Staat entspricht der Wertform der kapitalistischen Produktionsweise und stellt die passende außerökonomische Unterstützung für diese bereit.

In seiner Schrift „Klassenkämpfe in Frankreich“ (1850/1975) argumentiert Marx, dass die Freiheit der Wirtschaftsakteure, miteinander in Austausch zu treten (widerlegt durch den Despotismus der Fabrik im Arbeitsprozess) mit der Freiheit als individuelle Bürger übereinstimmt (widerlegt durch die Unterordnung des Staats unter die Kapitallogik). Der Mangel an direkter Kontrolle der kapitalistischen Klasse über den Staat bedeutet allerdings, dass die Entwicklung von staatlichen Projekten und Politiken, die das Kapital begünstigen, komplexe Vermittlungen verlangt. Die normale (oder bürgerlich-demokratische) Form des kapitalistischen Staates dient zugleich dazu, die Interessen des Kapitals zu befördern und dies zu verschleiern. Dadurch wird die kapitalistische politische Vorherrschaft relativ intransparent.

3. Die Adäquatheit von Form und Inhalt

Vier zentrale Begriffe zeichnen explizit oder implizit Marxens Analyse aus: formale, materielle, funktionale und soziale Adäquatheit:

- Die formale Adäquatheit bezieht sich auf die Entsprechung zwischen Form und Inhalt. Sie beschreibt, in welchem Maße eine gegebene Form den besten Rahmen dafür bildet, einen bestimmten Inhalt zu realisieren. Im Allgemei-

nen gilt, dass der Beitrag sozialer Formen zur erweiterten Reproduktion und Stabilität einer gegebenen Gesellschaftsformation wächst, umso mehr sie sich in verschiedenen Bereichen wechselseitig unterstützen und verstärken. So analysiert Marx Geld als die adäquate Form (oder das Mittel) des Ausdrucks von Wert im Austausch im Unterschied zum Ad-hoc-Naturalaustausch und darüber hinaus als die adäquateste Form von Kapital in der Verkleidung als Geldkapital, bereitstehend für Investitionen in jede beliebige Aktivität im Unterschied zu spezifischen Anlageformen, die gebunden sind an einen konkreten Raum und eine konkrete Zeit.

- Materielle Adäquatheit bezieht sich auf die relative Übereinstimmung zwischen einer Form und der materiellen Welt, die sie gestaltet (einschließlich der raum-zeitlichen Dynamiken). Sie hängt ab vom Maß, in welchem die Form durch soziales Handeln mit einem adäquaten Inhalt gefüllt wird. Ein gutes Beispiel ist Marx' Analyse der Fabrik, basierend auf der modernen Maschinerie als der adäquaten Form des kapitalistischen Arbeitsprozesses im Unterschied zur einfachen oder komplexen Kooperation in der Manufaktur. Während das Kapital in der manufakturrellen Teilung der Arbeit nur die nominelle Kontrolle über die Arbeitskraft durchsetzen kann, so erlaubt es die Fabrik dem Kapital, die reelle Subsumtion der Arbeit unter die Kontrolle des Kapitals zu erlangen, da die Arbeiter zum Anhängsel der Maschine werden. Dies erleichtert es, Mehrarbeit abzufordern (Marx 1890/1974, 533 ff.).
- Die einfache funktionale Adäquatheit bezieht sich auf die pragmatische instrumentelle Realisierung spezifischer Funktionen unabhängig von der Form/den Formen, durch die sie gesichert werden. Das Gewicht liegt hier weniger auf der Form und mehr darauf, wie ein soziales Verhältnis oder eine Praxis einen bestimmten Inhalt, eine Aufgabe, Ziele und Zwecke annimmt, die in einer gegebenen Zeit und in einem gegebenen Raum adäquat sind, um den reproduktiven Erfordernissen des Kapitalverhältnisses zu dienen. So gilt: „Zwischen gleichen Rechten entscheidet die Gewalt“ (ebd., 249). Ein anderes Beispiel: Während die Militärherrschaft funktional sein kann, um Volksbewegungen zu unterdrücken und die Bedingungen dafür zu schaffen, dass die Kapitalakkumulation wieder hergestellt wird, ist die liberale bürgerliche Demokratie der formal adäquate (oder „normale“) kapitalistische Staatstyp (Poulantzas 1975). Gegenwärtig ist es eher die autoritäre Staatlichkeit (Poulantzas 1978).
- Soziale Adäquatheit bezieht sich auf die Fähigkeit einer gegebenen Form oder gegebener Formen, solche Identitäten, Bedeutungssysteme und Erwartungen hervorzubringen, die die Realisierung einer entsprechenden Handlungslogik befördern.

Da Formen das strategisch-selektive Medium sind, durch das sich die Widersprüche und Dilemmata des Kapitalverhältnisses entwickeln, gibt es eine ständige Spannung zwischen Form und Inhalt. Die formale Adäquatheit garantiert nicht die materielle Adäquatheit einer gegebenen Form; das heißt, sie gewährleistet nicht, dass Form und Inhalt miteinander übereinstimmen und so die reproduktiven Erfordernisse der kapitalistischen Produktionsweise in all ihren ökonomischen und außerökonomischen Dimensionen sichern. Im Gegenteil: Ausgehend von der Annahme, dass die Form die Funktion problematisiert (Offe 1972; Jessop 1982), *problematisiert formale Adäquatheit die materielle Adäquatheit*.

Diese Spannung verlangt aktives Eingreifen, um dadurch zu sichern, dass Form und Inhalt einander entsprechen und der Kapitalakkumulation und politischen Klassenherrschaft materiell adäquat werden. Wenn wir „Gesellschaft“ als jenen Horizont betrachten, vor dem die Konstitution von Gesellschaftseffekten zu erforschen ist, dann können wir untersuchen, wie miteinander widerstreitende *Vergesellschaftungsprinzipien* zu dieser Herstellung materieller Adäquatheit beitragen. Wenn wir akzeptieren, dass moderne Gesellschaften durch funktionale Differenzierung geprägt sind, dann ist es wahrscheinlich tatsächlich so, dass es widerstreitende Vergesellschaftungsprinzipien, Prozesse und Projekte gibt, die mit Bemühungen verbunden sind, die Logik eines funktionalen Systems auf Kosten anderer Systeme auszuweiten. In diesem Sinne verkörpern Ökonomisierung, Vermarktlichung, Kommodifizierung oder kapitalistische Inwertsetzung nur eine Art von Vergesellschaftungsprinzip. Es gibt andere. Zusätzlich zur Vermarktlichung, die in einer ihrer möglichen Bedeutungen die Logik profitorientierten marktvermittelten ökonomischen Handelns auf Bereiche ausdehnt, wo sie vorher nicht wirkte, könnte man auch rivalisierende Prinzipien erforschen, die mit anderen funktionalen Systemen verbunden sind. Dazu gehören Verrechtlichung, Medikalisierung, Militarisierung, Sakralisierung, Politisierung oder Verwissenschaftlichung. Es könnten Identitäten und Werte sein, die in der Zivilgesellschaft verankert sind (oder in der Lebenswelt im Unterschied zur systemischen Welt), Identitäten und Werte wie Ethnizität oder „Rasse“ (Apartheid), Geschlecht (Patriarchat), Alter (Gerontokratie) oder Nationalität (Nationalstaatlichkeit). Dies kann auch die Grundlage sein, um Intersektionalität zu studieren (vgl. Winker/Degele 2009).

Vom Standpunkt einer strategisch-relationalen Perspektive gibt es strukturelle und strategische Aspekte der Wechselwirkung von Form und Inhalt. Während ein bloßes Sich-Durchwursteln manchmal durchaus kurzfristige Lösungen erlaubt, gibt es auf mittlere oder längere Sicht einen Platz für die wechselseitige Selektion und Verstetigung komplementärer Formen und Inhalte. Es werden jene Politi-

ken ausgewählt, die am besten den vorherrschenden Formen entsprechen; und Formen werden selektiert, die der allgemeinen Logik der Kapitalakkumulation am adäquatesten sind. Kurz gesagt: Inhalt wird durch Form, Form wird durch Inhalt selektiert. Gramsci argumentiert ähnlich, wenn er historische Blöcke als „ein gesellschaftliches Ensemble“ bezeichnet, „in dem [...] die materiellen Kräfte der Inhalt sind und die Ideologien die Form“ (Gramsci 1992, 876 f.). Er fügt hinzu, dies sei „eine rein didaktische Unterscheidung [...] weil die materiellen Kräfte historisch nicht begreifbar wären ohne die Form, und die Ideologien individuelle Schrullen wären ohne die materiellen Kräfte“ (ebd.). In diesem Prozess der wechselseitigen Selektion werden Form und Inhalt aus zufälligen Elementen zu verfestigten Momenten einer relativ kohärenten Gesellschaftsformation transformiert. Ein Schlüsselement bei der Erforschung solcher Prozesse ist die Beachtung des sich wandelnden Staats und/oder hegemonialer Projekte, die das Wesen und die Zwecke staatlichen Handelns und Nichthandelns bestimmen – immer in Bezug auf konkrete Perioden, Abschnitte oder Phasen sozialer Entwicklung je spezifischer Varianten des Kapitalismus mit den ihnen eigentümlichen institutionellen Konfigurationen. Auch der staatsmännischen Kunst (der Regierungskunst) muss Aufmerksamkeit geschenkt werden. Es handelt sich dabei um ein Repertoire professioneller diskursiver Praktiken, die die Ereignisse außerhalb wie innerhalb des Staats reflexiv beobachten und dadurch Staatsprojekte und Versuche, staatliche Macht auszuüben, beeinflussen.

Die daraus resultierende Kontingenz in der Staatsform und ihren Operationen erfordert sehr konkrete, historisch spezifische, institutionell sensible und handlungsorientierte Studien. Eine Formanalyse ist keinesfalls oberflächlich. Es ist eine Analyse der sozialen Formen und ihrer materiellen Effekte: Die Form erzeugt tatsächlich eine Differenz. Doch sie erzeugt diese Differenz nur durch ihre Artikulation seitens eines sozialen Akteurs, der die Formen überfluten, unterspülen und umstürzen kann. Dies weist auf wesentliche Grenzen der Formanalyse hin. Da Formen strategisch-selektiv sind, stellen sie niemals absolute Hindernisse für soziales Handeln dar. Zudem gehören zur Lebenswelt und zur Zivilgesellschaft Formen des Lebens, die oft keinen Bezug haben zu den strukturellen Formen spezifischer institutioneller Ordnungen. Sie können gerade im Gegensatz zu solchen Formen wie dem Lohnverhältnis, der Geldform, der Form von Staat und Recht etc. gebildet und verfolgt werden. Und zudem gilt, dass alle durch soziale Formen gezogenen Beschränkungen nur so lange wirken, wie diese Formen reproduziert werden.

Eine Gesellschaftsformation wird immer durch mehr oder minder prekäre soziale Prozesse und Praktiken konstituiert und reproduziert, die sehr verschie-

dene soziale Verhältnisse artikulieren, um einen „Gesellschaftseffekt“ zu erzeugen. Die Formation entsteht aus einem weit umfassenderen Substrat sozialer Verhältnisse als nur jener, die artikuliert werden, um eine bestimmte Gestalt von „Gesellschaftseffekten“ zu erzeugen, und basiert auf diesen. Es gibt immer in den Zwischenräumen existierende (interstitielle), residuale, marginale, irrelevante, widerstehende und widersprüchliche Elemente. Sie sind es, die als Reservoir für Flexibilität und Innovation, aber auch als potenzielle oder aktuelle Quellen für Unordnung dienen können. Wenn man die Grenzen einer Formanalyse nicht berücksichtigt, dann gerät man Gefahr, dem Konzept der Gesellschaftsformation eine totalisierende Perspektive zu geben, in der alle Formen entweder isomorph oder aber komplementär sind und sich deshalb durchgängig wechselseitig verstärken. Wenn man hingegen akzeptiert, dass Formen nicht vor ihrem Inhalt und ihrer antagonistischen Reproduktion existieren, und beachtet, dass die Form die Funktion problematisiert, dann kann dieses Risiko vermieden werden. Formen können nicht von sozialen Verhältnissen und Kämpfen isoliert werden. Diese Schlussfolgerung ist in Marx' Anspruch enthalten, dass Kapital „ein durch Sachen vermitteltes gesellschaftliches Verhältnis zwischen Personen“ (Marx 1890/1974, 793) ist. Um es anders auszudrücken: Der Verlauf der Kapitalakkumulation ist die Resultante der formbestimmten Kondensierung des sich verändernden Verhältnisses von (Klassen-)Kräften im Kampf um die Kapitalakkumulation.

Dies bedeutet nun nicht, dass die Gesellschaftseffekte ausschließlich in der sozialen Sphäre konstituiert werden. Dann würde man die Natur-Gesellschaft-Beziehungen ignorieren. „Dass jede Nation verrecken würde, die, ich will nicht sagen für ein Jahr, sondern für ein paar Wochen die Arbeit einstellte, weiß jedes Kind“ (Marx 1868/1974, 552). Die Bedingungen der Produktion wie auch die Produktivkräfte und Produktionsverhältnisse müssen im Prozess der gesellschaftlichen Produktion erzeugt werden. Kurz gesagt, die soziale Reproduktion hängt gleichermaßen von der materiellen wie sozialen Reproduktion ab. Die Aneignung und Transformation der Natur sichert die materiellen Ressourcen, die Gebrauchswerte, die notwendig sind genauso für die tagtägliche, für die sich über das ganze individuelle Leben wie auch über die Abfolge der Generationen erstreckende Reproduktion. So wie es keine Produktion im Allgemeinen gibt, nimmt auch diese Reproduktion immer spezifische Formen an, die zugleich der Materialität der (Re-)Produktion und den dominanten Produktionsverhältnissen entsprechen. Die Form der Natur-Gesellschaft-Verhältnisse ist also genauso wesentlich für die Formanalyse wie die Analyse anderer Formen sozialer Verhältnisse. Diese Verhältnisse betreffen nicht nur die Produktionsmittel, sondern auch die Mittel von Verwaltung, Zerstörung, Instruktion etc. Es geht nicht nur um die Instrumente

und Technologien im Bereich der Ökonomie im engeren Sinne, sondern um alle, die genutzt werden, um Macht in den verschiedensten Sphären der Gesellschaft auszuüben (vgl. dazu den Beitrag von Michael Brie in diesem Band). So wie die Produktivkräfte in sozialen Formen artikuliert werden, so gilt dies auch für die anderen Instrumente und Technologien sozialer Praxis.

Das Kapital als solches muss in Hinsicht auf die strukturellen und akteurbezogenen Dynamiken eines profitorientierten und marktvermittelten Stoffwechsels mit der Natur in der realen Zeit und in realen Orten und Räumen studiert werden. So erforschte Marx die Reproduktion der materiellen und institutionellen Formen des Kapitals basierend auf der Generalisierung der Warenform der Arbeitskraft und ihrer Implikationen für die Organisation des Arbeitsprozesses. Er zeigte, wie dies die Dynamik der Kapitalakkumulation und die ökonomischen, politischen und ideologischen Klassenkämpfe prägte. Dabei untersuchte er, wie unter den Bedingungen des Weltmarkts – der zugleich die Voraussetzung wie das Resultat der Kapitalakkumulation ist – die höhere wirtschaftliche Effizienz, die militärische Überlegenheit und die fortschrittlicheren sozialen Technologien es den kapitalistischen Verhältnissen erlaubten, andere Zivilisationen zu durchdringen und sich zu unterwerfen (zum militärischen Aspekt vgl. auch Engels 1884/1962, 147 ff.). Auch Poulantzas argumentiert, dass der Staat ein soziales Verhältnis ist, das heißt, dass er *„die materielle Verdichtung eines Kräfteverhältnisses zwischen Klassen und Klassenfraktionen [darstellt], das sich im Staat immer in spezifischer Form ausdrückt“* (Poulantzas 1978, 159, Hervorheb. im Orig.). Ein konsistenter, strategisch-relationaler formanalytischer Ansatz würde in zwei wesentlichen Aspekten über Marx hinausgehen, dabei seine Betonung des natürlichen wie sozialen Stoffwechsels bewahrend. Erstens würde er die Formbestimmung durchgehender mit Blick auf die asymmetrische „strategische Selektivität“ der verschiedenen Formen und ihrer Artikulation in einer spezifischen Gesellschaftsformation analysieren. Und zweitens würde er das Kräfteverhältnis gleichzeitig auf strategisch kalkulierende Akteure und auf die strukturellen Einschränkungen beziehen, die mit einer bestimmten Situation gegeben sind.

4. Die kapitalistische (oder bürgerliche) Vergesellschaftung

Die Selbstverwertung des Kapitals kann dann stattfinden, wenn die wesentlichen Inputs der kapitalistischen Produktion die Form von realen oder fiktiven Waren annehmen, wenn es eine effektive Kontrolle über die Arbeitskraft im Arbeitsprozess gibt, wenn das Umfeld hinreichend stabil ist, um es dem Kapital zu erlauben, seine Suche nach Profit systematisch auszurichten, und wenn Profite realisiert und

reinvestiert werden können. Nichts davon verlangt, dass alle sozialen Verhältnisse unter die Warenform subsumiert sind und völlig durch Marktkräfte kontrolliert werden. Kapitalismus wäre unmöglich, wäre dies die Bedingung. Es gibt große Unterschiede, in welchem Ausmaß die kapitalistischen Marktkräfte (und die mit ihr verbundene Logik der Profitorientierung) die übergreifende Organisation und die Dynamiken von Gesellschaftsformationen dominieren. Das wirft Fragen über die Bedingungen auf, unter den Akkumulation zum dominanten Prinzip der Vergesellschaftung werden kann. Dies schließt ein, dass es eine große Spannweite gibt für Konflikte über gesellschaftliche Projekte, die ganz andere Vergesellschaftungsprinzipien privilegieren, oder über konkurrierende Projekte, denen ein und dasselbe Prinzip zugrunde liegt.

Wir können dieses Argument präzisieren, wenn wir die Bedingungen analysieren, unter denen eine Gesellschaftsformation unter der Dominanz kapitalistischer Verhältnisse organisiert werden kann. Vier Mechanismen können dazu beitragen: ökonomische Determination in erster (nicht letzter) Instanz, wirtschaftliche Vorherrschaft, bürgerliche Hegemonie und ökologische Dominanz. Ökonomische Determination ist eine systemische Eigenschaft von wirtschaftlichen Aktivitäten, betrachtet vom Standpunkt der materiellen Versorgung, und betrifft die Tatsache, dass jeder Reichtum (Mehrwert erzeugend), bevor er verteilt werden kann, zunächst einmal produziert werden muss. Die wirtschaftliche Vorherrschaft betrifft die institutionellen und organisatorischen Dimensionen struktureller Macht in der Wirtschaft und/oder das Verhältnis zwischen wirtschaftlichen Akteuren und außerökonomischen Kräften. Dabei geht es vor allem um die strategisch-selektiven Implikationen der Verteilung der strategischen Ressourcen auf verschiedene Aktivitäten und Ziele innerhalb der übergreifenden Arbeitsteilung einer gegebenen Gesellschaftsformation. Bürgerliche Hegemonie wirkt zunächst auf einer geistigen Ebene – obwohl erfolgreiche Hegemonie dazu tendiert, strukturell verankert und in Dispositionen verkörpert zu sein (s.o.). Die ökologische Dominanz⁶ bezieht sie auf das systemische Verhältnis zwischen der Wirtschaft und anderen Systemen und auf die Bedingungen, die die Dominanz der profitorientierten und marktvermittelten Akkumulation als zentraler Achse der Vergesellschaftung prägen (vgl. Jessop 2011). Jede Weise der Determination

6 Der Begriff der ökologischen Dominanz geht auf Niklas Luhmann zurück und verweist darauf, dass die wechselseitige Abhängigkeit der Teilsysteme voneinander asymmetrisch ist. Sie bilden füreinander spezifische Umwelten, sind aber in unterschiedlichem Maße von diesen abhängig, was die ökologische Dominanz der einen über die anderen begründet (vgl. ausführlich Jessop 2008).

hat viele Mechanismen und Aspekte sowie Bedingungen ihrer eigenen Existenz. Sie sind insofern doppelt tendenziell, das heißt, sie wirken nur als Tendenzen, insofern ihre Existenzbedingungen reproduziert werden (zum doppelt tendenziellen Charakter von Tendenzen vgl. Jessop 2009 u. 2011). Außerdem ist, wie in Tabelle 2 verdeutlicht wird, jeder der vier Mechanismen mit eigenen Formen des Widerstands und eigenen sozialen Basen der Mobilisierung gegen die Institutionalisierung des bürgerlichen Vergesellschaftungsprinzips verbunden.

Tabelle 2: Basen bürgerlicher Vergesellschaftung und des Widerstands

<i>Basis bürgerlicher Vergesellschaftung</i>	<i>Weise des Widerstands</i>	<i>Typische Akteure, die für oder gegen diese Basis mobilisiert werden</i>
Entwicklung einer Marktwirtschaft, eingebettet in eine Marktgesellschaft; „fiktive“ Kommodifizierung und die Durchsetzung der Wertform in den ökonomischen Verhältnissen	Klassenkämpfe im eigentlichen Sinne – einschließlich von Kämpfen gegen extra-ökonomische Bedingungen der Dominanz der Wertformen	a) Individuen und/oder Kollektivitäten mit Klassenidentität b) andere soziale Kräfte, deren Kämpfe für die Konsolidierung dieser Basis relevant sind
Durchsetzung der Logik der Ökonomisierung in nicht ökonomischen Bereichen	Kämpfe für das Primat anderer Kalkulationsweisen	verschiedene soziale Kategorien, die mit anderen Werten und Kalkulationsweisen identifiziert werden oder diese unterstützen
die ökologische Dominanz der kapitalistischen Ökonomie, d.h. die Dominanz der Kapitalakkumulation als Vergesellschaftungsprinzip	Kämpfe, um die operationale Logik eines anderen Systems oder anderer Systeme zu privilegieren	Akteure, die andere Logiken vertreten (Legalität, militärische Sicherheit, Gesundheit, Religion etc.)
die ökonomische Hegemonie einer gegebenen Akkumulationsstrategie	Kämpfe, die darauf gerichtet sind, ein gegen-hegemoniales Projekt zu konsolidieren, das andere Werte als die der Logik der permanenten kapitalistischen Expansion priorisiert	Akteure basierend auf der „Lebenswelt“, verbunden mit sozialen Kategorien nicht ökonomischer Systeme und Akteure subalternen Klassen; solche Kämpfe können die Basis für einen neuen hegemonialen Block bilden, d.h. für dauerhafte Allianzen, basierend auf einem alternativen hegemonialen Projekt

Die Organisation einer Gesellschaftsformation, in der eine profitorientierte marktvermittelte Akkumulation das dominante Zentralprinzip der sozialen Organisation ist, schließt viel mehr ein als eine auf Dauer gestellte Akkumulation. Marktaustausch und Kapitalakkumulation können auch in Theokratien, in nationalen Sicherheitsstaaten, neu entstandene Nationen, revolutionären Situationen oder staatssozialistischen Gesellschaften stattfinden. Was bürgerliche Vergesellschaftung über den bloßen Fakt der Warenproduktion und des Warenaustauschs ausmacht, ist die relative Unterordnung der gesamten sozialen Ordnung unter die Logik und die reproduktiven Erfordernisse der Kapitalakkumulation. Das kann auch so beschrieben werden: „Die Wirtschaft ist nicht mehr in die sozialen Beziehungen eingebettet, sondern die sozialen Beziehungen sind in das Wirtschaftssystem eingebettet. [...] Dies ist die eigentliche Bedeutung der bekannten Behauptung, eine Marktwirtschaft könne nur in einer Marktgesellschaft funktionieren“ (Polanyi 1995, 88 f.). Es entsteht ein „historischer Block“ zwischen der ökonomischen Basis, dem juristisch-politischen Überbau und den Bewusstseinsformen (Gramsci 1991) sowie der „bürgerlichen Zivilisation“.

Unabhängig davon, wie man es betrachtet, von einer kapitaltheoretischen, einer klassentheoretischen, einer formanalytischen oder auch breiteren gesellschaftlichen Perspektive: Die andauernde Dominanz der profitorientierten marktvermittelten Akkumulation ist inhärent unwahrscheinlich (vgl. allgemeiner dazu Grafik 1). Diese Tatsache ist in den Widersprüchen der Warenform und dem antagonistischen Charakter der sozialen Verhältnisse der kapitalistischen Produktion und ihren Implikationen für die weitere Gesellschaft begründet. Ursache dafür sind drei Wesensmerkmale des Kapitalverhältnisses:

- Die Unvollständigkeit des Kapitals als rein ökonomischem (profitorientierten marktvermittelten) Verhältnis: Seine fortgesetzte Reproduktion hängt in einer instabilen und widersprüchlichen Weise von verschiedenen und sich verändernden außerökonomischen Mechanismen ab, deren Wirken nicht garantiert werden kann. Wie Michael Brie zudem in seinem Beitrag verdeutlicht, können diese außerökonomischen Mechanismen nicht völlig durch das Kapitalverhältnis kolonialisiert werden, ohne dabei die kapitalistische Reproduktion mit Selbstvernichtung zu bedrohen. Er hebt in diesem Zusammenhang die natürliche Umwelt, die Lebenswelt (oder Zivilgesellschaft), die wirtschaftlichen, politischen und sozialen Rechte, wie sie mit dem Sozial- und Rechtsstaat verbunden sind, und die Kultur hervor.
- Die miteinander verbundenen strukturellen Widersprüche und strategischen Dilemmata des Kapitalverhältnisses: Die Lösung der einen kann andere Widersprüche und Dilemmata zuspitzen oder verlangt schwer zu erreichende

komplementäre Lösungen, deren Kombination von unterschiedlichen Akkumulationsregimes, Regulationsweisen und spezifischen Konstellationen abhängig ist.

- Konflikte, die die Regulation und/oder Governance dieser Widersprüche und Dilemmata betreffen, wie sie im Umlauf des Kapitals und der weiteren Gesellschaftsformation ausgedrückt sind.

Zwei Schlüsselkonzepte verdeutlichen die Rolle von Akteurshandeln und Strategie bei der Lösung dieser Widersprüche und Dilemmata – das Konzept der „institutionellen Fixierung“ („institutional fix“) und das der „raum-zeitlichen Fixierung“ („spatio-temporal fix“). Beide Fixierungen entstehen, wenn sie es denn tun, in einem umkämpften Prozess von Versuch und Irrtum. Sie schließen unterschiedliche politische und soziale Kräfte, verschiedene Strategien und Projekte ein. Und sie beruhen zumeist auf einem Kompromiss, der ein gewisses institutionalisiertes instabiles Gleichgewicht herstellt. Eine institutionelle Fixierung ist ein komplementäres Set von Institutionen, das durch institutionelles Design, Imitation, Oktroy oder als evolutionärer Fund entsteht. Es trägt dazu bei, zeitweilige, partielle und relativ stabile Lösungen für die Regulations- und Governance-Probleme zu finden, die bei der Herstellung und Sicherung einer sozialen Ordnung entstehen.

Die institutionelle Fixierung kann auch als raum-zeitliche Fixierung analysiert werden und umgekehrt. Die raum-zeitliche Fixierung schafft räumliche und zeitliche Grenzen, innerhalb derer die immer nur relative, unvollständige, provisorische und institutionell vermittelte strukturelle Kohärenz einer gegebenen Ordnung (so auch eines Wachstumstyps) gesichert werden – soweit dies erfolgt. Abgesehen von Fragen der institutionellen Gestaltung schließt dies auch ein, dass Unterstützung gesichert wird in und zwischen vielen konfligierenden und umstrittenen Feldern der entsprechenden Akkumulationsstrategien, damit verbundenen Staatsprojekten und, soweit dies von Bedeutung ist, hegemonialen Visionen. Raum-zeitliche Fixierungen helfen, die materiellen (stofflichen) und sozialen Kosten der Sicherung einer solchen Kohärenz zwischen den räumlichen, zeitlichen und sozialen Grenzen der institutionellen Fixierungen auf andere Orte zu verschieben und dorthin zu verdrängen. Weder die institutionellen noch die raum-zeitlichen Fixierungen können ihrer Abhängigkeit von dem Zwang entkommen, die natürlichen Bedingungen ihrer sozialen Reproduktion zu reproduzieren. Es gibt Grenzen für den Verbrauch der nicht erneuerbaren Ressourcen und der Ablagerung des Mülls (und sei es in Gestalt von Abgasen wie CO₂) in den sogenannten Senken der natürlichen Umwelt. Wenn der ganze Planet in die Logik der Kapitalakkumulation integriert ist und ihre Widersprüche dadurch

generalisiert und intensiviert sind, werden diese Grenzen umso realer. Die Verlagerung und Verschiebung dieser Widersprüche und der daraus erwachsenden Kämpfe werden schwerer.

Die institutionellen und raum-zeitlichen Fixierungen *scheinen* nur die Widersprüche zu harmonisieren; sie existieren aber in anderer Form fort. Zusätzlich zu den institutionellen Vermittlungen kommt Akteurshandeln, Strategien, Identitäten und Diskursen eine zentrale Rolle zu. Dazu gehören die Notwendigkeit von Akteurshandeln bei der erweiterten Kapitalakkumulation und ihren ökonomischen und außerökonomischen Bedingungen, die Dialektik von subjektiven Identitäten und objektiven Interessen, die Unausweichlichkeit von strategischen und taktischen Entscheidungen angesichts struktureller Widersprüche, strategischer Dilemmata, diskursiver Paradoxa, die Komplexität wechselseitiger Abhängigkeiten in Raum und Zeit, das Fehlen eindeutiger Entscheidungsregeln in Handlungskontexten und schließlich die Bedeutung von Imaginationen und Diskursen bei der Bereitstellung der Grundlage machbarer Akkumulationsstrategien, Staatsprojekte, hegemonialer Visionen und der Programme für das politische Handeln verschiedener Klassenkräfte, politischer Parteien und sozialer Bewegungen. Die Massenmedien und das Internet sind in diesem Zusammenhang von wachsender Bedeutung.

5. Reform – Umformierung – Gegenformierung – Neuformierung – Transformation

Ausgehend von der vorhergehenden Analyse ist es offensichtlich, dass eine radikale soziale Transformation einer neuen Semantik, eines neuen Alltagsbewusstseins, neuer Konzepte der Individualität und des Sozialen und neuer sozialer und ökologischer Imaginationen bedarf. Und um dies zu vervollständigen, bedarf es auch neuer Strategien für die strukturelle Transformation, um eine neue Gesellschaftsformation hervorzubringen. Sie sollte auf einer neuen Keimform basieren, die Gemeinschaft und Solidarität als Basis einer neuen Art sozialer Organisation betont (zu einigen Ansätzen vgl. Linera 2009). Michael Brie hat diese neue Art gesellschaftlicher Assoziation in Anlehnung an Marxens berühmte allgemeine Formel des Kapitals (G–W–G' – durch die Verwandlung von Geld in Ware und zurück vermehrt sich dieses) mit I–S–I' zum Ausdruck gebracht, wobei I für Individualität, S für den solidarischen Beitrag zur Entwicklung aller und I' für eine dadurch bereicherte Individualität steht (Brie 2010, 45 f.). Viele der Analysen von Gramsci beziehen sich direkt oder indirekt auf solche Fragen. Mit Bezug auf die Herstellung von Sinn und Bedeutung verfügt Gramsci über

ein reiches Vokabular bei der Analyse von Folklore, des Alltagsbewusstseins, der Weltansichten, der Ideologien und der Hegemonie. Und wenn es um Strukturierung geht, dann greift er auf eine umfangreiche Terminologie zurück, um das Verhältnis zwischen Basis und Überbau zu studieren, durch das er seine Analyse des historischen Blocks anreichert. Dies gilt auch für die Analyse konkreter Handlungskonstellationen, ihrer strategischen Implikationen und der geeigneten Handlungsstrategien. Die vielleicht wichtigsten Konzepte in dieser Hinsicht sind: Stellungskrieg, Bewegungskrieg, das instabile Gleichgewicht der Kräfte, die unterschiedlichen Ebenen der Analyse des Kräfteverhältnisses, das Konzept der Intellektuellen, Parteien, des Machtblocks, des historischen Blocks und vielfältige Konzepte der Analyse des Verhältnisses zwischen Klassenkräften, der Volksmassen und der internationalen Beziehungen. Während es zum Beispiel möglich war, in einem Bewegungskrieg die zaristische Autokratie zu stürzen, so war ein langer Stellungskrieg notwendig, um in Russland für eine bestimmte Zeit die Bedingungen einer kommunistischen Gesellschaftsformation zu sichern. Mit Bezug auf den „Westen“ dagegen betont Gramsci die Priorität des Stellungskrieges vor jeder endgültigen militärischen Aktion, um die letzten Bastionen der Reaktion niederzuwerfen. Die Herausforderung im 21. Jahrhundert besteht darin, diese strategischen Erkenntnisse anzupassen vor dem Hintergrund eines im wachsenden Maße integrierten Weltmarkts (dominiert durch eine transnationale kapitalistische Klasse), einer Staatenwelt (in der die nationalen Differenzen weiter von Bedeutung sind) und einer Weltgesellschaft (die immer noch unvollkommen integriert ist und zugleich immer stärker mit Bezug auf Einkommen und Reichtum differenziert ist in verschiedene Schichten). Zusätzlich sind wir mit der Gefahr einer Umweltkatastrophe als eines besonderen Ausdrucks der kapitalistischen Natur-Gesellschaft-Verhältnisse konfrontiert.

Die Analyse der Handlungskonstellationen kann nicht erfolgen ohne ein entwickelteres Set von Konzepten, die von der Identifikation der Grundstrukturen und ihrer Eigenschaft übergehen zu Fragen von unmittelbarer Bedeutung, ohne das klare Verständnis der mittel- und langfristigen strategischen Interessen und Ziele, ohne Anerkennung der relevanten raum-zeitlichen Horizonte des Handelns, durch die die Handlungskonstellation bestimmt wird, und ohne die ethisch-politischen Verpflichtungen für akzeptable Handlungsweisen in den spezifischen Kontexten. Hier muss die Formanalyse eine zentrale Rolle spielen. Zusätzlich gehört es zur Analyse der Handlungskonstellation, sich der möglichen Optionen der wesentlichen Kräfte im gegebenen Zusammenhang bewusst zu werden, denn die Wahl der eigenen Strategie hängt auch von den wahrscheinlichen Antworten dieser Kräfte ab. Dies hat natürlich Grenzen. Wenn der Handlungs-

druck sehr hoch ist, kann man sich den Luxus einer zu detaillierten Analyse und eines immer weiteren Hinterfragens nicht leisten.

Es ist nicht meine Absicht, hier diese Fragen weiter zu verfolgen. Ich werde hingegen ausgehend von der Formanalyse einen veränderten Zugang zur Formanalyse, ihren Schlüsselkonzepten und ihren Grenzen vorschlagen, der auf der Unterscheidung von vier Typen sozialen Wandels beruht – Reform, Umformierung, Gegenformierung und Neuformierung:

1. Reform: die Modifikation von spezifischen vorhandenen Formen, um ihr Funktionieren auf der Basis der ihnen eigenen Codes und Programme zu sichern oder zu befördern. Ein wichtiges Beispiel ist die Umgestaltung von Märkten mit dem Ziel, ihre Effizienz bei der Realisierung der profitorientierten marktvermittelten Akkumulation zu sichern. Das ist eine Routineform von Innovation und tritt in allen Ensembles sozialer Verhältnisse auf, einschließlich derer von radikalen politischen Parteien und neuen sozialen Bewegungen.
2. Umformierung: die Modifizierung der sich wechselseitig stützenden Verhältnisse zwischen existierenden sozialen Formen, um ihren Beitrag zur Reproduktion der herrschenden sozialen Ordnung bei Wahrung der Vorherrschaft eines bestimmten Vergesellschaftungsprinzips zu sichern oder zu befördern. Dazu gehört zum Beispiel der Übergang vom liberalen zum interventionistischen Staat, um die neuen Krisentendenzen zu managen, die mit der Entwicklung der profitorientierten marktvermittelten Akkumulation verbunden sind. Dies kann zu Gramscis Diskussion einer „passiven Revolution“ in Beziehung gesetzt werden.
3. Gegenformierung: Veränderungen, die den primären Aspekt der dominanten sozialen Formen und dadurch zugleich die dominanten sozialen Formen selbst zersetzen. Dazu würde zum Beispiel gehören, den Primat des Tauscherts in seinen verschiedenen Ausdrücken der Wertform in Frage zu stellen. Dies wäre ein wesentliches Element jeder Transformation.
4. Neuformierung: Veränderungen, die neue Formen einführen und sie in neuer Weise artikulieren, um emanzipatorische Ansprüche und Ziele zu verfolgen. Diese Formen würden so weit als möglich sozial wie materiell ihren spezifischen emanzipatorischen Zielen adäquat sein. Die energetischen Systeme, die Infrastruktur, die städtischen wie ländlichen Räume etc. würde umgestaltet werden. Diese vier Typen beschreiben analytische Unterscheidungen und sollten nicht als reifizierte formalistische Begriffe behandelt werden. Keiner von ihnen kann mit Transformation gleichgesetzt werden, die vor allem von der Kombination von Gegenformierung und Neuformierung abhängig ist, die die Basis für einen langfristigen Stellungskrieg darstellen. Transformation sollte zudem die Bemühungen von Reform und Umformierung prägen, soweit sie auf eine radikale

Transformation zielen. Jeder Typ des Wandels und seine spezifische Artikulation sollten unter strategisch-relationalen Gesichtspunkten analysiert werden mit Blick auf ihre Manifestation in spezifischen Strategien unter je konkreten Handlungskonstellationen. Wir könnten fragen, wie sich diese vier Typen des Wandels zueinander verhalten könnten – ob positiv, indem sie sich wechselseitig verstärken und eine progressive kumulative Transformation hervorbringen, oder negativ, sodass die Reformen die Umformierung blockieren und/oder die Umformierung die Gegenformierung und Neuformierung verhindern. Das sind keine einfach technischen Prozesse, sondern sie sind durch Veränderungen der Kräfteverhältnisse vermittelt und schließen gewöhnlich Widerstreit und Kampf ein – gerade dann, wenn es um ein Projekt geht, das auf radikale Transformation orientiert ist. Es sind auch nicht einfach Themen einer wissenschaftlichen Formanalyse, sondern es sind Fragen, denen sich Menschen in ihrem realen Leben gegenübersehen. Vor allem gilt dies für soziale Bewegungen, die sich der sozialen Transformation verpflichtet haben.

Reformen können die strukturelle Balance der Kräfte verändern und unter günstigen Umständen zu einem Stellungskrieg beitragen, der darauf zielt, die kapitalistische Vorherrschaft zu überwinden. Sie haben wichtige Beispieleffekte und können lebenswichtige Möglichkeiten bieten für ein Experimentieren mit Versuch und Irrtum und zum strategischen Lernen. Umgekehrt kann revolutionäre Mobilisierung in einem offenen Bewegungskrieg das Kräfteverhältnis kurzfristig deutlich verändern, ohne aber zu grundlegenden Veränderungen in den Tiefenstrukturen der Herrschaft zu führen (der Kontrolle über die Organisation der Produktion, über die Verfügung und Verteilung von Kredit – heute von wachsender Bedeutung – sowie über den harten Kern des Staatsapparats). Dann können die dominanten Kräfte wieder zur Macht gelangen. Im Geiste von Rosa Luxemburgs revolutionärer Realpolitik (Luxemburg 1979, 373) und Antonio Gramscis Dialektik von Stellungs- und Bewegungskrieg verlangt Emanzipation ein ambitioniertes, vielseitiges, in vielen Zeit- und Raumebenen zugleich operierendes Herangehen an soziale Transformation (Demirović 2012). Reform muss nicht nur unter dem Gesichtspunkt bewertet werden, wie sie zur Verbesserung der Lage der subalternen Klassen beiträgt, sondern auch mit Blick darauf, inwieweit und wie sie Bedingungen schafft, die langfristig dazu beitragen, mit den vorhandenen Herrschaftsverhältnissen zu brechen (vgl. dazu den Beitrag von Lutz Brangsch in diesem Band). Es gibt aber keine Herrschaft im Allgemeinen und auch keine allgemeine Herrschaft; und so gibt es auch keine Emanzipation im Allgemeinen oder allgemeine Emanzipation. Es wird kein Ende von Kämpfen geben, um den Raum für demokratisch verantwortliche

Herausforderungen gegenüber der Entstehung neuer Formen von Herrschaft und den ethisch-politischen Forderungen des Einsatzes für die am stärksten benachteiligten Gruppen der Weltgesellschaft zu bewahren. Die Reduktion von Komplexität ignoriert immer Faktoren und Kräfte, die für den Erfolg eines bestimmten transformatorischen Projekts von Bedeutung sind. Es bedarf deshalb spezifischer Orientierungen und Praktiken, um nicht den Verführungen zu erliegen, die in fatalistischer passiver Resignation, in der Selbsttäuschung, die Erfolge nicht erkennt oder Misserfolge als Erfolge ausgibt, sowie in der zynischen Anpassung an die herrschende Ordnung liegen.

Angesichts der Komplexität und der Offenheit, die die Beziehungen zwischen Reform, Umformierung, Gegenformierung und Neuformierung prägen, scheinen drei Prinzipien angemessen, um eine radikale Transformation vorzubereiten:

1. Die deliberative Kultivierung eines flexiblen Repertoires (einer erforderlichen Varianz) von Taktiken und strategischen Antworten, die kombiniert werden können, wenn sich die zu transformierenden sozialen Verhältnisse und relevanten Handlungskonstellationen verändern: Das muss zu spezifischen *Handlungshorizonten* in Beziehung gesetzt werden, das heißt zu der Spannweite möglicher Alternativen in einem gegebenen raum-zeitlichen Kontext. Die Wahl der Strategien muss darauf zielen, was innerhalb eines raum-zeitlichen Handlungshorizonts möglich ist; und die Strategien sollten dem Ziel angepasst werden, diese Möglichkeiten auszuschöpfen. Weder sollte willkürlich im Sinne eines revolutionären Maximalismus das Unmögliche für möglich gehalten werden, noch darf man zurückfallen in einen defätistischen Fatalismus oder in eine Politik, die immer das „kleinere Übel“ unterstützt und dabei hinter das zurückfällt, was erreicht werden könnte, wenn mögliche Aktionen bezogen auf mittelfristige Ziele eingeleitet worden wären.
2. Das selbstbewusste Monitoring und die Reflexion der sich kontinuierlich transformierenden Praxen, ihrer Gegenstände und Ergebnisse: Dies verlangt eine kritische Reflexion der strategisch-selektiven Implikationen dieser oder jener Bestimmung eines spezifischen Ziels des Wandels und seiner Eigenschaften und vor allem die Wahl von Taktiken und Strategien. Dies verlangt die Fähigkeit und die Bereitschaft, die Absichten, Projekte und Aktionen, ihre Möglichkeitsbedingungen und ihre hinreichend akzeptablen Ergebnisse im Falle eines unvollständigen Erfolgs aufzudecken und explizit zu machen. Dies schließt die Fähigkeit ein, sie zu studieren, zu kritisieren und ausgehend von jeder neuen Erfahrung verändert zu handeln. Die Bereitschaft, die Ziele neu zu bewerten und aus Fehlern zu lernen, ist ein entscheidender Faktor, um den Stellungs- und Bewegungskrieg zu verbinden.

3. Eine selbstreflexive öffentliche romantische „Ironie“, bei der die radikalen sozialen Kräfte das Risiko zu scheitern anerkennen, aber so vorgehen, als sei Erfolg möglich: Kurz gesagt, selbst wenn man ein Scheitern erwartet, sollte man so agieren, als wolle man Erfolg haben. Dies ist eine Ironie erster Ebene – „denke das Eine und tue das andere“. Aber es gibt auch eine Ironie zweiter Ordnung im öffentlichen Raum. Angesichts der Wahrscheinlichkeit zu scheitern kann ein romantischer öffentlicher Ironiker die Weise des Scheiterns wählen. Man kann in einer komplexen Welt niemals vollständig und dauerhaft Erfolg haben, aber man kann wählen, wie man scheitert. Das aber sollte weise geschehen! Vom Standpunkt der Strategien, die auf eine radikale, demokratisch-sozialistische Transformation, basierend auf Solidarität und einer sozialen Wirtschaft, gerichtet sind, ist die größte Chance, die Wahrscheinlichkeit von Scheitern zu reduzieren, sich in Form einer partizipatorischen Demokratie, unterstützt durch repräsentative Demokratie, auf die kollektive Intelligenz all jener zu stützen, die sich in diesem Projekt engagieren (vgl. Poulantzas 1978). Das verlangt nicht, sich ausschließlich auf direkte Demokratie zu stützen, sondern erfordert, dass das Feld, das den Marktmechanismen, der Ausübung formaler Autorität, den Netzwerken oder der Solidarität überlassen wird, so weit als möglich durch partizipatorische Entscheidungen bestimmt wird. Ziel ist es, Effizienz, Effektivität und demokratische Rechenschaftspflicht auszubalancieren. Wichtige Maßstäbe, die angelegt werden sollten, sind nachhaltige Entwicklung, die Priorität sozialer Gerechtigkeit und der Respekt vor Differenz. In diesem Sinne ist öffentliche romantische Ironie der beste Mechanismus, um zu bestimmen, welche Formen von Governance und welche Transformationsstrategien in einer spezifischen Situation angewandt werden sollen.

Literatur

- Althusser, Louis (1968). Für Marx, Frankfurt am Main: Suhrkamp
– (1977). Ideologie und ideologische Staatsapparate. Aufsätze zur marxistischen Theorie, Hamburg: VSA
- Althusser, Louis/Balibar, Etienne (1972). Das Kapital lesen. I und II, Reinbek: Rowohlt
- Bachtin, Michail M. (1979). Die Ästhetik des Wortes, Frankfurt am Main: Suhrkamp
- Bachur, João Paulo (2013). Kapitalismus und funktionale Differenzierung: eine kritische Rekonstruktion, Baden-Baden: Nomos
- Brentel, Helmut (1989). Soziale Form und ökonomisches Objekt. Studien zum Gegenstands- und Methodenverständnis der Kritik der politischen Ökonomie, Opladen: Westdeutscher Verlag

- Brie, Michael (2010). Solidarische Gesellschaftstransformation – Skizze über eine (noch) unmögliche Möglichkeit, in: Müller, Horst (Hrsg.): Von der Systemkritik zur gesellschaftlichen Transformation, Norderstedt: Books on Demand, 12–56
- Demirović, Alex (Hrsg.) (2001). Komplexität und Emanzipation. Kritische Gesellschaftstheorie und die Herausforderung der Systemtheorie Niklas Luhmanns, Münster: Westfälisches Dampfboot
- (2012). Reform, Revolution, Transformation, in: Brie, Michael/Candeias, Mario (Hrsg.): Transformation im Kapitalismus und darüber hinaus. Beiträge zur Ersten Transformationskonferenz des Instituts für Gesellschaftsanalyse der Rosa-Luxemburg-Stiftung, hrsg. von der Rosa-Luxemburg-Stiftung, Reihe Papers, Berlin, 33–48
- Derrida, Jacques (1991). La Différance, in: Kamuf, Peggy (Hrsg.): A Derrida Reader. Between the Blinds, New York: Columbia University Press, 59–79
- Engels, Friedrich (1884/1962). Herrn Eugen Dührings Umwälzung der Wissenschaft (Anti-Dühring), in: MEW, Bd. 20, Berlin: Dietz, 1–303
- (1890/1967). Brief an Conrad Schmidt vom 27. Oktober 1890, in: MEW, Bd. 37, Berlin: Dietz, 488–495
- Engels, Friedrich/Kautsky, Karl (1887/1962). Juristen-Sozialismus, in: MEW, Bd. 21, Berlin: Dietz, 491–509
- Foucault, Michel (1980). Power/Knowledge. Selected Interviews and Other Writings 1972–1977, Brighton: Harvester Press
- Godelier, Maurice (1990). Natur, Arbeit, Geschichte. Zu einer universalgeschichtlichen Theorie der Wirtschaftsformen, Hamburg: Junius
- Gramsci, Antonio (1991). Gefängnishefte. Kritische Gesamtausgabe in zehn Bänden, Hamburg: Argument
- (1992). Gefängnishefte. Kritische Gesamtausgabe, Bd. 4, Heft 6–7, Hamburg: Argument
- (1996). Gefängnishefte. Kritische Gesamtausgabe, Bd. 7, Hefte 12 bis 15, Hamburg: Argument
- Ives, Peter (2004). Gramsci's Politics of Language. Engaging the Bakhtin Circle and the Frankfurt School, Toronto: University of Toronto Press
- Jessop, Bob (1982). The Capitalist State. Marxist Theories and Methods, Oxford: M. Robertson
- (1990). State Theory: Putting the Capitalist State in its Place, University Park: Pennsylvania State University Press
- (2002). The Future of the Capitalist State, Cambridge: Polity
- (2007). State Power. A Strategic-Relational Approach, Cambridge: Polity
- (2008). Zur Relevanz von Luhmanns Systemtheorie und von Laclau und Mouffes Diskursanalyse für die Weiterentwicklung der marxistischen Staatstheorie, in: Hirsch, Joachim/Kannankulam, John/Wissel, Jens (Hrsg.): Der Staat der bürgerlichen Gesellschaft. Zum Staatsverständnis von Karl Marx, Baden-Baden: Nomos, 157–179

- (2009). Kontingente Notwendigkeit in den kritischen politisch-ökonomischen Theorien, in: Hartmann, Eva/Kunze, Caren/Brand, Ulrich (Hrsg.): *Globalisierung, Macht und Hegemonie. Perspektiven einer kritischen Internationalen Politischen Ökonomie*, Münster: Westfälisches Dampfboot, 143–180
- (2011). Der ökonomische Determinismus – neu betrachtet, in: *Prokla*, Bd. 165, 579–596
- Lecerclé, Jean-Jacques (2006). *A Marxist Philosophy of Language*, Leiden/Boston: Brill
- Levine, Norman (1984). *Dialogue within the Dialectic*, London/Boston: Allen & Unwin
- Linares, Álvaro García (2007). *Catastrophic Equilibrium and Point of Bifurcation*, in: *Monthly Review*, abrufbar unter: <http://mrzine.monthlyreview.org/2008/garcia220608p.html>
- (2009). *Forma valor y forma comunidad*, La Paz: Muela del Diablo Editores
- Loh, Werner (1975). *Formenanalyse bei Marx und ihr Verhältnis zur Systemwissenschaft*, in: *Zeitschrift für Soziologie*, Vol. 4(3), 254–272
- Luhmann, Niklas (1984). *Soziale Systeme – Grundriss einer allgemeinen Theorie*, Frankfurt am Main: Suhrkamp
- (1988). *Die Wirtschaft der Gesellschaft*, Frankfurt am Main: Suhrkamp
- (1996). *Protest. Systemtheorie und soziale Bewegungen*, Frankfurt am Main: Suhrkamp
- Luxemburg, Rosa (1979). *Karl Marx*, in: dies.: *Gesammelte Werke*, Bd. 1.2, Berlin: Dietz, 369–377
- Marx, Karl (1843/1981). *Zur Kritik der Hegelschen Rechtsphilosophie. Kritik des Hegelschen Staatsrechts*, in: *MEW*, Bd. 1, Berlin: Dietz, 203–333
- (1850/1960). *Die Klassenkämpfe in Frankreich 1848 bis 1850*, in: *MEW*, Bd. 7, Berlin: Dietz, 9–107
- (1868/1974). *Brief an Ludwig Kugelmann*, 11. Juli 1868, in: *MEW*, Bd. 32, *MEW*. Berlin: Dietz, 552–554
- (1871/1962). *Der Bürgerkrieg in Frankreich. Adresse des Generalrats der Internationalen Arbeiterassoziation*, in: *MEW*, Bd. 17, Berlin: Dietz, 313–365
- (1890/1962). *Das Kapital. Kritik der politischen Ökonomie. Erster Band*, in: *MEW*, Bd. 23, Berlin: Dietz
- (1973). *Das Kapital. Kritik der politischen Ökonomie. Dritter Band*, in: *MEW*, Bd. 25, Berlin: Dietz
- Marx, Karl/Engels, Friedrich (1848/1977). *Manifest der Kommunistischen Partei*, in: *MEW*, Bd. 4, Berlin: Dietz, 459–493
- Offe, Claus (1972). *Strukturprobleme des kapitalistischen Staates. Aufsätze zur politischen Soziologie*, Frankfurt am Main: Suhrkamp
- Pahl, Hanno (2008). *Das Geld in der modernen Wirtschaft: Marx und Luhmann im Vergleich*, Frankfurt am Main: Campus
- Paschukanis, Evgenij B. (2003). *Allgemeine Rechtslehre und Marxismus. Versuch einer Kritik der juristischen Grundbegriffe [1929]*, Freiburg i.Br.: *ça ira*
- Polanyi, Karl (1995). *The Great Transformation. Politische und ökonomische Ursprünge von Gesellschaften und Wirtschaftssystemen [1944]*, Frankfurt am Main: Suhrkamp

- Postone, Moishe (2003). *Zeit, Arbeit und gesellschaftliche Herrschaft. Eine neue Interpretation der kritischen Theorie von Marx*, Freiburg i.Br: ça ira
- Poulantzas, Nicos (1973). *Faschismus und Diktatur. Die Kommunistische Internationale und der Faschismus*, München: Trikont
- (1975). *Politische Macht und gesellschaftliche Klassen*, Frankfurt am Main: Athenäum
- (1977). *Die Krise der Diktaturen. Portugal, Griechenland, Spanien 1. Aufl.*, Frankfurt am Main: Suhrkamp
- (1978). *Staatstheorie. Politischer Überbau, Ideologie, sozialistische Demokratie*, Hamburg: VSA
- Spencer-Brown, George (1969). *Laws of Form*, London: Allen & Unwin
- Sum, Ngai-Ling/Jessop, Bob (2013). *Towards a cultural political economy. Putting culture in its Place in Political Economy*, Northampton: Edward Elgar Pub
- Winker, Gabriele/Degele, Nina (2009). *Intersektionalität. Zur Analyse sozialer Ungleichheiten*, Bielefeld: Transcript

Übersetzer: *Michael Brie*

Horst Müller

Probleme marxistischer Analytik in der eröffneten Krisen- und Übergangsperiode

Vorbemerkungen

Die marxistische Bearbeitung der akuten Krisenprozesse besteht bisher überwiegend darin, das Geschehen mit den Denkmitteln einer traditionellen Kritik der politischen Ökonomie alias Kapital- und Krisentheorie zu interpretieren. Dabei wird die Konfiguration des global verflochtenen Finanzkapitalismus als neoliberale Formbildung erfasst, die das fordistische Teilhabemodell der Nachkriegszeit abgelöst hat. Für ein nicht ökonomistisch verengtes Verständnis der Krisenprozesse und Restrukturierungen wurde schließlich auf eine theoriegeschichtliche Vorleistung von Antonio Gramsci zurückgegriffen: auf den Begriff der „organischen Krise“ (Gramsci 1996, 1554 ff.).¹

Gramsci spielte damit auf den ökonomischen, sozialen, politischen, ideologischen und kulturellen Gesamtzusammenhang und entsprechende Wechselwirkungen, Verdichtungen und Dynamiken an. Mit anderen Worten, es geht um die „Realdialektik“ im „geschichtlichen Werden“ (Gramsci 1994, 1399). Diesem *ganzheitlichen Ansatz* entspricht, auch die heutige ökologische Krise als fundamentale Dimension des Geschehens mitzudenken.

Können auf diese Weise nicht nur die herausgehobenen kapitalistischen Krisen und gesellschaftsgeschichtlichen Bewegungszusammenhänge des 19. und 20. Jahrhunderts begriffen werden, sondern vor allem auch die im 21. Jahrhundert in Gang gekommenen *transformatorischen* Prozesse der gesellschaftlichen Praxis, auf die die 2008 aufgebrochene Wirtschafts-, Finanz-, Schulden- und Systemkrise kaum übersehbar hindeutet?

Im Sinne von Gramscis „Philosophie der Praxis“ stellt die marxistische Analytik ein praxisimmanentes, dialektisches und totalisierendes Begreifen, eine „geschichtliche Methodologie“ (ebd.) dar. Es kommt dabei wesentlich darauf an,

1 Vgl. dazu den Reader zur Zweiten Transformationskonferenz der Rosa-Luxemburg-Stiftung 2012 (Bric 2014).

die im Prozess mitspielenden ökonomischen und politischen „konkurrierenden strategischen Projekte“ (Candeias 2014) und schließlich die eigenen Interventions- und Gestaltungsmöglichkeiten zu fassen.

Bedeutung und Probleme der Situationsdefinition

Ein Angelpunkt des umrissenen marxistischen Praxisdenkens ist die möglichst konkrete Bestimmung der jeweiligen gesellschaftlichen und geschichtlichen Situation. Gramsci erläuterte den Grundgedanken näher: Es darf vor allem kein „Fehler in der Geschichtsschreibung“ passieren, in der *immer wieder neu* zu leistenden „Konstruktion der gegenwärtigen und der zukünftigen Geschichte“ und folglich auch „Rekonstruktion der vergangenen Geschichte“. In diesem Zusammenhang betonte Gramsci, „dass bestimmte Aufgaben geschichtlich gelöst werden können und folglich müssen“, und insbesondere, dass die „Vernachlässigung des geschichtlichen Sollens“ gegebenenfalls die „Unordnung“ vergrößert und „folgeschwere Katastrophen“ vorbereitet (Gramsci 1996, 1557 f.).

Ich möchte in diesem Sinne geltend machen, dass die gesellschaftsgeschichtliche Grundsituation im eröffneten 21. Jahrhundert, anders als zu der Zeit Gramscis, als *historischer Übergang* begriffen werden muss. Demnach stellt sich heute die Frage, wie in dem sich hinschleppenden, von immer neuen Problemkonstellationen und Krisen gekennzeichneten Stadium bereits eine „sozialökologische Transformation“ (Candeias 2012) befördert, der Pfad in Richtung einer *Systemalternative und höheren Zivilisation* freigelegt werden kann. Eben diese prospektive Konzeptualisierung der Situation entspricht heute dem „geschichtlichen Sollen“. Sie verlangt freilich, denknotwendig wie realpolitisch, über alle nötige *Kritik* hinaus eine möglichst konkrete, positive Antwort in Bezug auf das mögliche Wohin.

Zur gesellschaftsgeschichtlichen Situation des Übergangs

Eine entsprechende Situationswahrnehmung ist der von Immanuel Wallerstein ins Spiel gebrachte Eintritt in eine *Übergangsepoche*, in der sich das kapitalistische „Weltsystem“, in „asymptotischer“ Annäherung an Grenzlinien, in ein Stadium der Erschöpfung hineinbewegt. Daraus erwächst die Anforderung einer wissenschaftlichen „Utopistik“, der Erforschung realer Möglichkeiten gesellschaftlicher Entwicklung (Wallerstein 2002, 43 ff.). Dieser Ansatz hat mit einer Krisis- und Crashtheorie nichts zu tun und lässt noch an etwas entscheidendes anderes denken: Auch Gramsci hat zur „Analyse der Situation(en)“ die Marx'sche

Grundauffassung zitiert, dass eine Gesellschaftsformation nie untergeht, „bevor alle Produktivkräfte entwickelt sind, für die sie weit genug ist“, und dass die Aufgabe, „höhere Produktionsverhältnisse“ an die Stelle zu setzen, sich praktisch nur stellt, insoweit deren materielle Existenzbedingungen bereits „im Prozess ihres Werdens begriffen“ sind (Marx 1859/1975, 9; Gramsci 1996, 1556).

Mit Blick auf rund 150 Jahre postmarxsche, progressive Produktivkraftentwicklung bis hin zur mechatronischen, kommunikationstechnischen und sozialinformatischen Revolution der jüngeren Zeit, wäre es unrealistisch anzunehmen, dass das angesprochene, positiv latenzhaltige gesellschafts- und wirtschaftsgeschichtliche Übergangsstadium nicht erreicht sei. Diese Einschätzung erinnert daran, dass bereits im fortgeschrittenen 20. Jahrhundert der Gedanke aufkam, dass den fortgeschrittenen „technischen und technologischen Kräften“ „utopische Möglichkeiten“ innewohnen. „Die rationale Nutzbarmachung dieser Kräfte in weltweitem Ausmaß würde in durchaus absehbarer Zukunft Armut und Knappheit beenden“ (Marcuse 2008, 16), und es gelte, „die konkreten Alternativen anzugeben“ (ebd., 127).

Eine sorgfältige Marx-Lektüre fördert zutage, dass dieser den Eintritt in eine solche Wendezeit bereits definitiv anvisierte, wenn auch, aus der damaligen Situation heraus, mit unzutreffenden Erwartungen bezüglich des weiteren Verlaufs und der entsprechenden Zeithorizonte: Dass die kapitalistische Entwicklung letztlich den „Weltmarkt“ schafft und „Geschichte sich vollständig in Weltgeschichte verwandelt“, ist bereits ein Gedanke der „Deutschen Ideologie“ (Marx/Engels 1974, 37). In den Planentwürfen und Vorarbeiten zum „Kapital“ wird angezeigt, dass die Herausbildung und „Verselbständigung des Weltmarkts“ schließlich „schon die Übergangsbedingung aus ihm selbst enthält“ (Marx 1983, 94 f.).

Es entspricht dem Marx'schen Entwurf und seiner methodologisch mitgegebenen Anforderung nach einer jeweils zeitgemäßen Konkretisierung, die heute erreichte Entwicklungsstufe des integrierten Weltmarkts oder kapitalistischen Weltsystems als Periode des „Übergangs“ aufzufassen: In dieser chaotischen und verwirrend erscheinenden Situation, in der im Weltmaßstab „alle Widersprüche zum Prozess kommen“ (ebd., 154), treibt die Entwicklung auf ein permanentes Krisenmanagement und auf Notstandsregimes zu, für die bereits der vortastende Begriff eines „autoritären Kapitalismus“ (Deppe 2013) veranschlagt wird.

Die gesellschaftsgeschichtlich verfallende Gestalt bildet dabei nach wie vor einen verhängnisvollen Entfremdungszusammenhang. Dieser ist auf der Makroebene auch heute noch kenntlich, insofern die typische bürgerlich-kapitalistische Formierung von Wirtschaft, Staat und Gesellschaft hinsichtlich der Aufgabe einer wissentlichen, solidarischen, vernünftigen Selbstregulation des Gemeinwesens

und der Herstellung paritätischer internationaler Verhältnisse tagtäglich versagt und für die Lösung der bedrängendsten Probleme dieser Welt keine tragfähige Grundlage bietet.

Von der linearen Geschichtsprozessordnung zum Konzept des Übergangs

Marx hat die antizipierte Entwicklung einmal so zusammengefasst: „Der Weltmarkt [bildet] den Abschluss, worin die Produktion als Totalität gesetzt ist und ebenso jedes ihrer Momente; worin aber zugleich alle Widersprüche zum Prozess kommen. Der Weltmarkt bildet dann wieder ebenso die Voraussetzung des Ganzen und seinen Träger. Die Krisen sind dann das allgemeine Hinausweisen über die Voraussetzung und das Drängen zur Annahme einer neuen geschichtlichen Gestalt“ (Marx 1983, 154).

Die gedrängte Skizze verweist eben auf die heutige Situation und bezeugt, dass die „Kritik der politischen Ökonomie“ Grundbaustein im Rahmen einer durchgehend entfremdungskritisch und transformationstheoretisch orientierten *Wissenschaft der politischen Ökonomie* ist.² Der Witz dabei ist, dass der von Marx bezeichnete Prozesszusammenhang eines Vergehens und Werdens nicht als ein Nacheinander, sondern im *Übergang* als parallel oder simultan gedacht werden muss: Dieser dialektische Charakter gesellschaftlicher Wirklichkeit verweist nicht nur auf den Realismus und die Bedeutung des Konzepts „widersprüchlicher gesellschaftlicher Praxis“ (Müller 2014, 156 ff.), sondern zugleich auf Denkschranken vor dem Konkreten und Positiven, an die eine kritisch-negatorische Gesellschaftstheorie stößt.

Der dialektische oder *Doppelcharakter* gesellschaftlicher Wirklichkeit, der als theoretische Grundierung auch im Ansatz der „doppelten Transformation“ (Klein 2013) lebendig ist, macht, dass es sich heute um eine völlig *neuartige Übergangssituation* handelt, in der *unvermittelte* Anleihen aus der Theoriesgeschichte, von Dispositionen des *historischen* Marx bis weit über Gramsci hinaus, problematisch sind. Gramsci hatte beispielsweise *in seiner Zeit* noch den fordistischen Schub vor Augen, den Faschismus vor der Stirn und fokussierte in erster Linie auf gesellschaftliche *Klassen- und Kräfteverhältnisse*, und zwar in der im Kern traditionellen Perspektive einer *proletarisch-revolutionären* Umwälzung.

2 Dass „Das Kapital“ die Grundsteinlegung für eine utopistisch inspirierte, transformationstheoretisch angelegte Wissenschaft der politischen Ökonomie darstellt, belegen eindrucksvoll die Marx’schen „Grundrisse“ (vgl. Müller 2013).

Dieser Entwurf, eine Vergeschichtlichung aus der damaligen Situation heraus, entspricht noch eher der Idee einer *linearen*, sozusagen *eindimensionalen Geschichtsprozessordnung*: Kapitalistische Krisen, im *organischen Ganzen*, auf *allen Feldern* spielende Kämpfe, so oder so ein Umkippen der Hegemonie- oder Kräfteverhältnisse, dann die Instituierung einer höheren Gesellschaftlichkeit in einem großen Aktzusammenhang. Als gesellschaftsgeschichtliche Periode eines *Übergangs*, im dialektisch-prozessualen Sinn dieses Begriffs, ist die Sachlage anders zu konzeptualisieren. Die entsprechende These lautet, dass heute bereits ein *tätiger Grundwiderspruch* besteht zwischen der kapitalwirtschaftlich getriebenen, noch übermächtigen Formierung und einem zugleich mit prozessierenden, „im Schoße“ halbwegs gewordenen oder kristallisierten, wenn auch noch mehr oder weniger latenten und vor allem *noch nicht zureichend erkannten*, alternativen Produktivkraftensemble. Ich spreche daher von einem akut gewordenen *formationellen Widerspruch*, der in der eröffneten Periode in allen Bereichen der gesellschaftlichen Praxis gegenwärtig ist.

Marx hat entsprechende historische Verhältnisse einmal so angesprochen: „Es ist zu bedenken, dass die neuen Produktivkräfte und Produktionsverhältnisse sich nicht aus *Nichts* entwickeln noch aus der Luft, noch aus dem Schoß der sich selbst setzenden Idee; sondern *innerhalb und gegensätzlich* [Hervorheb. H.M.] gegen vorhandne Entwicklung der Produktion und überlieferte, traditionelle Eigentumsverhältnisse“ (Marx 1983, 203).

In diesem praxistheoretischen Situationsverständnis ist gesellschaftliche Realität sozusagen zweidimensional und liegt das Neue nicht etwa in einer fernerer Zukunft, sondern existiert bereits als die andere Prozessdimension im Gegebenen, der *widersprüchlichen gesellschaftlichen Praxis*. Leider hat Gramsci die Idee, die „Philosophie der Praxis wissenschaftlich zu konstruieren“, nicht realisiert (Gramsci 1994, 1492). Sonst hätte sein beiläufiger Begriff der „Doppelperspektive“ (Gramsci 1996, 1553) einen konkreteren analytischen Sinn erhalten können, wie jetzt im Konzept der „doppelten Transformation“, in der *das Morgen bereits in Heute tanzt* (Klein 2013). Der verbreitete holistische oder schlecht totalisierende Begriff *des Kapitalismus* täuscht also nicht nur, weil es in der Simultaneität des kapitalistischen Weltsystems ein enormes Variationsspektrum dieser *Praxisformierung* gibt, sondern auch insofern, als *das Andere* der Kapitalwirtschaft, mag es nun die von mir so genannte *Sozialwirtschaft als Systemalternative* (vgl. Müller 2010 u. 2012) sein oder noch anders und besser identifiziert werden, ebenso als eine sich bereits kristallisierende Realität in *Latenz* (Bloch 1985, 727) existiert.

Solche Analytik insistiert darauf, dass die überkommene, noch übergreifende Praxisformierung als ein praktisch-ideologischer Zusammenhang tief greifender

Entfremdung zu begreifen ist. Sie arbeitet mit aufschließenden dialektisch-praxistheoretischen Kategorien wie Widerspruch, Perspektive, Latenz, Übergang und nicht zuletzt mit einem praxisonologisch fundierten, wissenschaftlich inspirierenden Begriff von „konkreter Utopie“. Die aktuelle Reaktivierung solcher theoretischer Ressourcen, insbesondere von Gedanken Ernst Blochs (Klein 2013, 15, 50, 115, 184, 193 u.a.), ist keine zufällige Wiedererinnerung: Im dialektischen Praxisdenken reflektiert sich eben der spezifische Charakter der gegenwärtigen „Prozessepoche“ oder der von heftigen Kämpfen erfüllten historischen „Übergangsphase“ (Wallerstein 2002, 95) am tiefeschürfundesten, und so wird die von Gramsci angesprochene „historische Methodologie“ operativ.

Dabei wird vor allem der Prozess- und Möglichkeitscharakter gesellschaftlicher Realität nicht unterschlagen, sondern erst recht bewusst. Es sind darin also durchaus unterschiedliche Entwicklungsperspektiven im Spiel. Aber auch die Möglichkeit einer sich weiter verstärkenden, zivilisatorisch abschüssigen Gesamtentwicklung ist letztlich nicht ausgeschlossen. Die weiterdrängenden Handlungslogiken neoliberaler Kräfte und imperialer Mächte sowie die ständige Überschreitung der *Grenzen des Wachstums* erinnern daran, dass schon einmal, damals im sogenannten Hochkapitalismus, „das Heraufziehen einer langen Periode ‘zivilisierter’ Barbarei“ für möglich gehalten wurde (Marcuse 2008, 128). Alles das verschärft aber nur die Anforderung eines gesellschaftsgeschichtlich ganz gegenwärtigen, konkreten „Begreifens der Praxis“.³

Auf dem Weg zur Konkretisierung der Transformationsperspektive

Im gegenwärtigen Diskussions- und Arbeitszusammenhang des Instituts für Gesellschaftsanalyse der Rosa-Luxemburg-Stiftung reflektiert sich die Idee des „Übergangs“ vor allem im Konzept der „doppelten Transformation“ (Klein 2010 u. 2013): An zeitgemäße, progressive, transformatorische Prozesse und Tendenzen noch innerhalb der bürgerlich-kapitalistischen Sozialformierung können und sollen sich bereits Überschreitungen knüpfen und sozusagen in die gesellschaftliche Praxis „hineinschieben“, die sich als „Einstieg“ in eine zweite „Große Transformation“ (Polanyi 1995) weiterbefördern lassen. Damit wendet sich der

3 Dieser definitive epistemologische Modus einer emanzipierten Wirklichkeitswissenschaft hat seinen ersten, hoch konzentrierten Ausdruck in der 8. These im Zusammenhang der Marx'schen Feuerbachthesen gefunden. Bloch hat das so übersetzt: Marxismus ist eine „Zukunftswissenschaft der Wirklichkeit plus der objektiv-realen Möglichkeit in ihr; all das zum Zweck der Handlung“, und bemerkte: „Das allein ist Realismus“ (Bloch 1985, 257 u. 331).

Blick entschieden zu der Frage nach alternativen Gestaltungsmöglichkeiten und schließlich nach *der* Alternative einer besseren Gesellschaft, sowie nach den entsprechenden Projekten und Strategien, die im ständigen gesellschaftlichen Ringen eine Rolle spielen.

Beispielsweise ist unübersehbar, dass auf europäischer Ebene keineswegs ein demokratischer und sozialer Geist, sondern neoliberale Kräfte, deren Diktate und Projekte dominieren. Dennoch kann davon ausgegangen werden, dass die europäischen, sozialkapitalistisch höchstentwickelten Gesellschaften bereits durch den akuten *formationellen Widerspruch* gekennzeichnet sind. Dieser mag auf anderen nationalgesellschaftlichen Terrains und in anderen Weltregionen, sei es beispielsweise in Lateinamerika oder China, jeweils anders in Erscheinung treten, ist aber eben global und epochal anhängig.

Demnach treiben die *Widersprüche der Reproduktions- und Sozialform* nicht einfach nur auf eine Umstellung der Regulationsweise zu, in der sich wieder einmal die „transformistische Flexibilität“ (Altwater) des Kapitalismus erweist. Es handelt sich vielmehr um einen Restrukturierungs- und Überlebenskampf in permanent instabiler Lage, in einer *finalisierenden*, soll heißen zunehmend auf Grenzlinsen stoßenden und zutreibenden Systementwicklung. Diese wirkt und zielt aber nun *wesentlich* hin auf die Eindämmung eines bereits „im Schoße“ des Gegebenen, andrängenden, noch mehr oder weniger latenten Neuen. Dabei wird weiter in Kauf genommen, dass die Grundlagen einer zivilisierten Menschheit „molekular“, scheinchenweise oder auch in größeren Abbrüchen ruiniert werden.

Derart wirft die Übergangsthese also Licht auf einen nicht einfach offenbaren, untergründigen Prozesszusammenhang und Sinn des Geschehens. Dieses Prozessgeschehen manifestiert sich beispielsweise in der hypertrophen Finanzialisierung des Realwirtschaftlichen, der Verselbstständigung globaler kapitalwirtschaftlicher Prozesse, weiter wachsender Staatsverschuldung, der Privatisierung des Öffentlichen und fortschreitender globaler Landnahme, in der Aushebelung sozialkapitalistischer Nationalstaatlichkeit, die immer noch als konkretes Gehäuse des *Souveräns* fungiert, oder auch in der tendenziellen Verwandlung der Welt in einen Wirtschafts- und Gesellschaftskriegsschauplatz.

Am Ende ist das „befremdliche Weiterleben des Neoliberalismus“ (Crouch 2011) gar nicht so seltsam: Jenseits der *bereits radikalisierten* Verwertungsökonomie ist kein fruchtbares Neuland mehr in Sicht: Eine *große grüne Wachstumsphase*, eine *stabile volkswirtschaftliche Neuordnung und entspannte internationale Beziehungen* erscheinen kaum mehr möglich. Daher stehen ohne entsprechende Gegenwehr und Wendung der fortschreitende Ruin des Sozialstaats, das Anschwellen einer überflüssig gemachten Bevölkerung und die Aushöhlung der

bürgerlichen Demokratie, die weitere Erosion der Lebensumweltbedingungen in Aussicht. Es geht insgesamt um die historische Tendenz der Zivilisation. Auch insofern ist Marx nicht nur als Kapital- und Krisenanalytiker relevant, sondern auch und besonders als „Theoretiker der Dekadenz“ (Lotter 2012).

Die viel zitierte *Wegscheide*, die in der Übergangsperiode angelegt ist, ist demnach eine definitiv systemische, historische mit sich auch ökologisch abzeichnenden, limitierenden Zeithorizonten. In dieser Situation „die Vergangenheit wiederherzustellen ist ebenso unmöglich wie eine Übertragung unserer Sorgen auf einen anderen Planeten“. Polanyi suchte bereits aus seiner Zeit heraus weiter zu sondieren, denn eins war klar: „Die Transformation schreitet fort“ (Polanyi 1995, 295 u. 331).

Ein theoriegeschichtlicher „lag“ des Marxismus

Nach dem bisher Dargelegten ist die Rückfrage unvermeidlich, worin denn die behauptete, sich als *Latenz* bereits kristallisierende politisch-ökonomische Alternative bestehe. Eine aktuelle Bestandsaufnahme führte in dieser Angelegenheit zu dem ernüchternden Schluss, dass die emanzipatorischen Kräfte in Deutschland und Europa noch über keine gemeinsame Vorstellung, über „kein vorweisbares Bild von ihrer Hoffnungsgesellschaft“ (Klein 2013, 54) verfügen. Diese empfindliche Lücke verweist auf Problemzonen des Marxismus- und Sozialismusdenkens, welche bereits in den enttäuschten Erwartungen und gescheiterten Experimenten des 20. Jahrhunderts offenbar wurden.

In der Tatsache, dass den vor Ort und weltweit aufgebrochenen sozial- und systemkritischen Bewegungen und den vielen praktischen Versuchsgestalten eines anderen Lebens, auch den in *allen Bereichen der gesellschaftlichen Praxis bereits hervortretenden*, tendenziell „universellen“ Individuen (Marx) oder emanzipierten „Identitäten“ (G.H. Mead)⁴, auch heute noch keine konkrete, das heißt *wesentlich ökonomisch fundierte und ganzheitliche* Alternative aufgezeigt werden kann, manifestiert sich eine tiefer liegende theoretische Problematik, ein *theoriegeschichtlicher „lag“ des Marxismus*. Ich möchte dazu sowohl philosophisch-wissenschaftliche

4 Die Idee des „totalen“ oder „universellen“ Individuums wurde von Marx schon früh entwickelt (Marx 1844, 515 f. u. 539) und begegnet wieder im Zusammenhang der kapitaltheoretischen „Grundrisse“ (Marx 1983, 91, 422 u. 447). In der modernen Soziologie entspricht dem das Konzept subjektiver, innerlich gesellschaftlicher „Identität“, das G.H. Mead entwickelt hat (vgl. ausführlich den Abschnitt „Marx, Mead und das Konzept widersprüchlicher Praxis“ in Müller 2014, 169 f.).

wie politisch-ökonomische Fragen ansprechen: Eine ursprüngliche Wurzel der Schwierigkeiten liegt in mangelhaften Auffassungen, in letztlich unzureichender Fortentwicklung oder gar im Verlust des philosophisch fundierten, praxiswissenschaftlichen Kernkonzepts von Marx, welches Gramsci im Ansatz begriffen hatte und seine theoretische Kreativität stimuliert hat. Marx hatte den Kern seines dialektischen Praxisdenkens nicht als solchen herausgearbeitet, und vor dem Hintergrund dieser Unklarheit stellt sich die kontroverse Entwicklung des Marxismus- und Praxisdenkens auf dem Spannungsfeld zwischen westlichem Marxismus (Anderson 1978) und tradierten Varianten eines historischen Materialismus – bis ins ausgehende 20. Jahrhundert – als ein verwickeltes und nicht zu voller Klarheit vorgedruckenes Ringen um die Identifizierung und Weiterentwicklung des philosophisch-wissenschaftlichen Ansatzes dar (vgl. Müller 2014).

Dabei handelt es sich um ein Novum der Geistesgeschichte, das eine spezifische, vertiefte und erweiterte Wirklichkeits-, Erkenntnis- und Wissenschaftskonzeption beinhaltet. Dass der paradigmatische Ansatz oder die wissenschaftliche Revolution, die das durch Marx in die Welt gekommene *Praxiskonzept* bedeutet, auf dem Feld der modernen Gesellschaftswissenschaften heute so gut wie nicht präsent ist, noch nicht einmal einen unzweideutigen Namen hat, stattdessen zumeist auf „Marxismus“ im Sinne eines Sets tradierter, simplifizierter und selbst so nur halb verstandener Theoreme verwiesen wird, ist auch die Folge einer philosophisch-wissenschaftlichen oder grundlagentheoretischen Auszehrung des Marxismusdenkens. Mehrere Jahrzehnte neoliberaler Rollback und wissenschaftliche Akkommodation haben das Ihre dazu beigetragen.

Diese Entwicklung hat *einerseits* Raum gelassen für alte und neuere *kritische Gesellschaftstheorien*, welche den epistemologischen Kriterien einer emanzipierten Praxiswissenschaftlichkeit in wesentlichen Aspekten nicht genügen oder sogar in kryptischen Antimarxismus umschlagen, wie besonders im Problemfall Habermas. *Andererseits* öffnete sich das Feld für einen marxistischen Ökonomismus, der sich um *wissenschaftliche* Werktreue bei der Kapitallexegese bemüht, vorher aber unverzichtbare philosophisch-ökonomische Grundlagen ausrangiert und sich in der Folge dieses „radikalen Bruchs“, der Marx ohne stichhaltige Argumentation unterstellt und selbst vollzogen wird (Heinrich 1999, 121 ff.), zur Unfruchtbarkeit in der gesellschaftlichen Tiefenanalyse und in der positiven, prospektiven Dimension verurteilt: Letzteres stellt jedoch die eigentliche theoretische Herausforderung und soziale Anforderung in der eröffneten Übergangszeit dar. So reflektiert sich also die verschleppte grundlagentheoretische Problematik in einer verwickelten theoriegeschichtlichen Fernwirkung auch heute noch in den offen gebliebenen Fragen der *konkreten Alternative*.

Ich verorte ein Akutwerden der umrissenen Problematik bereits in den ersten Jahrzehnten des 20. Jahrhunderts. Damals gelang es nicht, die Marx'sche Wert- und Reproduktionstheorie, die auf der Modellierung einer rein warenproduzierenden, industriekapitalistischen Basis aufsetzte, im Hinblick auf die neue Konfiguration zwischen dem sozialkapitalistischen Staat, der industriellen Warenproduktion und einer *sozial-infrastrukturellen oder gemeinwirtschaftlichen* Wirtschaftsabteilung weiterzubilden. Der Staat verwandelte sich immer mehr in eine von der gesamtgesellschaftlichen bis zur kommunalen Ebene und durch alle Bereiche der gesellschaftlichen Praxis durchgehende *institutionelle Superstruktur* mit eminenten, volkswirtschaftlich konstitutiven, sozialökonomischen Funktionen, die sich etwa im Steuerwesen, in der Staatsquote, in den Strukturen der öffentlichen Haushalte und Leistungen ausdrücken. Untersuchungen über die bereits damals virulente „Finanzkrise des Steuerstaats“ von Rudolf Goldscheid (1976) oder auch Joseph Schumpeter gingen nicht in eine höhere politisch-finanzwirtschaftlich-sozialökonomische Synthese ein. Von da hätte man die moderne, sozialkapitalistische Formierung treffender aufschließen und vielleicht sogar die Frage nach der Systemalternative anders bearbeiten können, als es im *Aufbau des Sozialismus* auf der Grundlage *staatsplanwirtschaftlicher Konzepte* de facto geschah.

Bereits im Jahr 1911, also vor gut 100 Jahren, trat einmal ein Kronzeuge des Mangels vor: „Fragt man einen Sozialisten, was er unter ‘dem Sozialismus’ versteht, so wird man als Antwort im besten Falle eine Schilderung ‘des Kapitalismus’ erhalten, und die Bemerkung, dass ‘der Sozialismus’ diesen Kapitalismus durch die Vergesellschaftung der Produktionsmittel beseitigen werde. Aller Nachdruck liegt dabei auf dem Negativen [...] Sozialismus bedeutet Antikapitalismus [...]. Das Wort von der ‘Vergesellschaftung der Produktionsmittel’ ist eine nichtssagende Formel, welche die verschiedenen Formen der erstrebten und bisher verwirklichten sozialistischen Wirtschaftsgestaltung nicht wirklich vereinigt, sondern nur zu einer scheinbaren Einheit zusammenfasst. Dem aber, der die Inhaltslosigkeit dieses Worts erkannt hat, hilft es nichts mehr, wenn er seine Augen willkürlich schließt: Er muss [...] zu einer für *positive* Zwecke brauchbaren Konstruktionsformel für die sozialistische Organisation der Volkswirtschaft durchdringen.“ Eine solche „ist noch nicht gefunden“ (Korsch 1974).⁵

5 An Korsch zurückzudenken ist hier im Übrigen auch insofern von Interesse, als er auf dem Gebiet von „Marxismus und Philosophie“ und der in seiner Zeit aufgebrochenen „Krise des Marxismus“ wesentliche Einsichten entwickelt hat (Korsch 1966, 101 ff.).

Was sagen uns diesbezüglich die späteren großen Initiativen und Experimente für eine nicht kapitalistische oder sozialistische Ökonomie, etwa die sowjetische Planwirtschaft, chinesische Wirtschaftsexperimente, die jugoslawische Arbeiterselbstverwaltung, die ökonomischen Rekonstruktions- und Reformbemühungen der DDR und osteuropäischer Länder, nicht zuletzt der lange kubanische Weg? Daraus gibt es viele Erfahrungen zu schöpfen, wie es nicht funktioniert. Positive, konstruktive Momente können als Vorschein eines Künftigen begriffen werden. Hinzu kommt ein enormer theoriegeschichtlicher Fundus aus der 1968er „Periode der radikalen Negation“ (Lefebvre 1977, 7 ff.), in der alles dieses bereits einmal in seiner Geschichtezeit bearbeitet wurde. Beispielsweise hat man damals die „sowjetische Gesellschaftsformation“ als „Übergangsgesellschaft“ zu deuten versucht und bereits tieferschürfend über den „Widerspruch von Plan und Markt“ und das Problem „ökonomischer Kalkül und Eigentumsformen“ reflektiert (Bettelheim 1970, 7 u. 147): Letztlich ist es nicht möglich, aus der Theorie und Praxis dieser vergangenen Geschichtsperiode etwa ein überlegenes Konzept zu destillieren, das dem heutigen neoliberalen Furor als Alternative entgegengehalten werden könnte – eher wurden Probleme als Lösungen weitergereicht.

Für uns Heutige verweist der Kommentar von Karl Korsch in zugespitzter, provokativer Form auf den im Grunde immer noch problematischen gegenwärtigen Entwicklungsstand der Theorie: Noch ist es nicht gelungen, jene neue Gesamtgestalt zu begreifen, die *im Schoße* des Bestehenden, in neuen Wertverhältnissen, untergründig veränderten Reproduktionsbeziehungen und keimenden gesellschaftlichen Institutionen angelegt ist (Müller 2012). Im Hinblick darauf wären die jetzt in der Perspektive einer *systemischen Transformation* gesuchten „Einstiegsprojekte“⁶ als Ansätze zu praktischer Geburtshilfe zu verstehen.

Das angesprochene Grundproblem hat für die gegenwärtige Debatte eine erhebliche Bedeutung: Wachstumskritiker, Postwachstumstheorien und Ideen für eine Deglobalisierung (Walden Bello) stoßen auf eine Grenze, insofern sie – ohne ein entsprechendes wert-, reproduktions- und praxistheoretisches Konzept – das Problem eines „degrowth“ am Ende nicht schlüssig lösen können. Es fehlt ein Basiskonzept, eigentlich eine Bringschuld der Politökonomie: Der Akkumulations- und Wachstumswang ist eine intrinsische Funktionalität der kapitalwirtschaftlichen Reproduktionsordnung, beruht gleichsam auf einem im Systemkern verankerten ökonomischen Kalkül. Wie kann man sich die dialektisch-prozessuale Umbildung oder Aufhebung dieser auf Rationalisierung,

6 Vgl. dazu die Beiträge von Mario Candeias, Lutz Brangsch und Michael Thomas in diesem Band.

Akkumulation und Expansion programmierten Formierung, eines vermittelten Prozesszusammenhangs gesellschaftlicher Reproduktion und Aneignung bzw. der Bildung von Eigentumsformen so vorstellen, dass letztlich eine nicht mehr verwertungswirtschaftlich getriebene, auf Wachstum programmierte, sondern haushälterische Gestalt der betriebs- und volkswirtschaftlichen Rechnungs- und Dispositionsweise in Kraft gesetzt wird?

Weitere Schlussfolgerungen

Erfasst man den Eintritt in die Übergangsperiode, das Wirken des formationellen Widerspruchs, insbesondere den finalisierenden Charakter der überlebten Praxisformierung als gesellschaftsgeschichtliche Grundsituation, dann wird deutlicher, welche zentrale Bedeutung der Begriff des *Übergangs* für das gesellschaftliche Gegenwarts- und Geschichtsbewusstsein und für die ideologische wie politische Auseinandersetzung hat. Er ist, anders als das Mantra der Krise, ein Gegenbegriff zur propagierten *Alternativlosigkeit* und zu der insgeheim gefühlten, existenziellen Bedrohung, der Ahnung eines möglichen *Endes der menschgeschichtlichen Hoffnungen*. Wie sind, im Gegenzug, wirkliche „subjektive wie objektive Hoffnungsinhalte der Welt“ zu fassen (Bloch 1985, 5)?

„Ausgeschlossen kann werden, dass die unmittelbaren Wirtschaftskrisen von sich aus fundamentale Ereignisse hervorbringen; sie können nur einen günstigeren Boden für die Verbreitung bestimmter Weisen bereiten, die für die ganze weitere Entwicklung des staatlichen Lebens *entscheidenden Fragen zu denken, zu stellen und zu lösen*“ (Gramsci 1996, 1563, Hervorheb. H.M.). Als entscheidende Frage erwies sich hier, inwiefern das Konzept des doppelt dimensionierten Übergangs, damit der Verweis auf ein sich mehr oder weniger latent kristallisierendes alternatives Produktivkraftensemble und schließlich eine Politik der gesellschaftlichen Transformation weiterführen könnte.

Demnach muss die Forschung in weit höherem Maße als bisher die *Kritik* überschreiten und sich auf die Frage nach jener *wesentlich ökonomisch fundierten und ganzheitlichen Alternative* einlassen, die bereits mit prozessiert: Eine entsprechende, nicht nur kritische und antithetische *Wissenschaft der politischen Ökonomie* könnte sich im heterodoxen Feld⁷ stärker verbinden und verbünden und sich der liberalistischen Wirtschaftslehre und Alltagsideologie wirksamer

7 Das heterodoxe Feld umfasst Theorien und „communities“ von Ökonomen weltweit, die sich als kritisch, pluralistisch und alternativ hinsichtlich der Mainstream-Ökonomie verstehen und auch die Frage nach einem kohärenten, ganzheitlichen Ansatz

in den Weg stellen. Statt nur einer *neuen Marx-Lektüre* bedürfte es also einer ko-aktiv organisierten, im Sinne einer wissenschaftlichen „Utopistik“ erweiterten politisch-ökonomische Forschungsorientierung (Wallerstein/Müller 2010) oder wenn man so will *Neuen politischen Ökonomie*.

Die *wirklich zukunftssträchtigen* Formbildungen und Tendenzen, Sozialexperimente und Einstiegsprojekte, insbesondere die entsprechenden und ansprechbaren gesellschaftlichen Kräfte, sind im Grunde von da her bestimmbar, inwiefern sie mit einer sich schließlich konkreter abzeichnenden, neu konfigurierten Reproduktionsordnung und Praxisformierung assoziiert sind. Da die systemische und zivilisatorische Bruchlinie oder widersprüchliche Dimensionierung in der eröffneten Übergangszeit durch alle Bereiche der gesellschaftlichen Praxis hindurchgeht, weist dieser Ansatz über alle traditionellen Klassenfronten hinaus.

Literatur

- Anderson, Perry (1978). Über den westlichen Marxismus, Frankfurt am Main: Syndikat
- Bettelheim, Charles (1970). Ökonomischer Kalkül und Eigentumsformen, Berlin: Wagenbach
- Bloch, Ernst (1985). Das Prinzip Hoffnung, Frankfurt am Main: Suhrkamp
- Brie, Michael (Hrsg.) (2014). „Wenn das Alte stirbt ...“ Die organische Krise des Finanzmarktkapitalismus. Zweite Transformationskonferenz der Rosa-Luxemburg-Stiftung, hrsg. von der Rosa-Luxemburg-Stiftung, Manuskripte – Neue Folge 8, Berlin
- Candeias, Mario (2012). Szenarien grüner Transformation, in: Brie, Michael/Candeias, Mario (Hrsg.): Transformation im Kapitalismus und darüber hinaus. Beiträge zur Ersten Transformationskonferenz des Instituts für Gesellschaftsanalyse der Rosa-Luxemburg-Stiftung, hrsg. von der Rosa-Luxemburg-Stiftung, Reihe Papers, Berlin, 135–150
- (2014). „Wenn das Alte stirbt ...“ – Organische Krise bei Antonio Gramsci, in: Brie, Michael (Hrsg.): „Wenn das Alte stirbt ...“ Die organische Krise des Finanzmarktkapitalismus. Zweite Transformationskonferenz der Rosa-Luxemburg-Stiftung, hrsg. von der Rosa-Luxemburg-Stiftung, Manuskripte – Neue Folge 8, Berlin, 14–28
- Crouch, Colin (2011). Das lange Leben des Neoliberalismus, in: Blätter für deutsche und internationale Politik, (11), 49–62
- Deppe, Frank (2013). Autoritärer Kapitalismus. Demokratie auf dem Prüfstand, Hamburg: VSA
- Goldscheid, Rudolf (1976). Staat, öffentlicher Haushalt und Gesellschaft [1926], in: Hickel, Rudolf (Hrsg.): Die Finanzkrise des Steuerstaats: Beiträge zur politischen Ökonomie der Staatsfinanzen, Frankfurt am Main: Suhrkamp, 253–316

der ökonomischen Theorie stellen. Vgl. den Heterodox Economic Newsletter, unter: <http://heterodoxnews.com/HEN/home.html>.

- Gramsci, Antonio (1994). Gefängnishefte. Kritische Gesamtausgabe, Bd. 6, Hefte 10–11, Hamburg: Argument
- (1996). Gefängnishefte. Kritische Gesamtausgabe. Bd. 7. Hefte 12 bis 15, Hamburg: Argument
- Heinrich, Michael (1999). Die Wissenschaft vom Wert. Die Marxsche Kritik der politischen Ökonomie zwischen wissenschaftlicher Revolution und klassischer Tradition, 2., überarb. und erw. Aufl., Münster: Westfälisches Dampfboot
- Klein, Dieter (2010). Eine zweite Große Transformation und die Linke, abrufbar unter: www.rosalux.de/fileadmin/rls_uploads/pdfs/kontrovers/kontrovers_01-2010_web.pdf
- (2013). Das Morgen tanzt im Heute. Transformation im Kapitalismus und über ihn hinaus, Hamburg: VSA
- Korsch, Karl (1966). Marxismus und Philosophie, Frankfurt am Main: EVA
- (1974). Die sozialistische Formel für die Organisation der Volkswirtschaft [1911], in: Politische Texte, hrsg. und eingeleitet von Erich Gerlach und Jürgen Seifert, Frankfurt am Main/Köln: EVA, 17–21
- Lefebvre, Henri (1977). Kritik des Alltagslebens, Kronberg/Ts.: Athenäum
- Lotter, Konrad (2012). Marx als Theoretiker der Dekadenz, in: Allgemeine Zeitschrift für Philosophie, (1), 45–68
- Marcuse, Herbert (2008). Versuch über die Befreiung, Frankfurt am Main: Suhrkamp
- Marx, Karl (1844/2012). Ökonomisch-philosophische Manuskripte aus dem Jahre 1844, in: MEW, Bd. 40, Berlin: Karl Dietz, 465–588
- (1859/1975). Zur Kritik der Politischen Ökonomie. Vorwort, in: MEW, Bd. 13, MEW. Berlin: Dietz, 7–11
- Marx, Karl/Engels, Friedrich (1974). Die deutsche Ideologie [1845/46], in: MEW, Bd. 3, Berlin: Dietz, 9–530
- Marx, Karl (1983). Grundrisse der Kritik der politischen Ökonomie [1857–1859], in: MEW, Bd. 42, Berlin: Dietz
- Müller, Horst (2010). Zur wert- und reproduktionstheoretischen Grundlegung und Transformation zu einer Ökonomie des Gemeinwesens, in: Müller, Horst (Hrsg.): Von der Systemkritik zur gesellschaftlichen Transformation, Norderstedt: Book on Demand, 157–228
- (2012). Sozialkapitalismus und Systemtransformation, in: Berliner Debatte Initial, (3), 77–93 abrufbar unter: www.praxisphilosophie.de/mueller_berlinerdebatte_2012-3.pdf
- (Hrsg.) (2013). Best of Karl Marx. Exzerpte aus den Grundrissen der Kritik der politischen Ökonomie, abrufbar unter: www.praxisphilosophie.de/mueller_grundrisse_exzerpte.pdf
- (2014). Praxis und Hoffnung. Grundlagen der Philosophie der Praxis. Studien zur Philosophie und Wissenschaft gesellschaftlicher Praxis von Marx bis Bloch und Lefebvre. 2., überarb. Auflage, abrufbar unter: www.praxisphilosophie.de/mueller_praxis_und_hoffnung.pdf

- Polanyi, Karl (1995). *The Great Transformation. Politische und ökonomische Ursprünge von Gesellschaften und Wirtschaftssystemen* [1944], Frankfurt am Main: Suhrkamp
- Wallerstein, Immanuel Maurice (2002). *Utopistik. Historische Alternativen des 21. Jahrhunderts*, Wien: Promedia
- Wallerstein, Immanuel Maurice/Müller, Horst (2010). *Systemkrise – und was jetzt? Utopistische Analysen*, Hamburg: VSA

Dimensionen und Szenarien

Frigga Haug

Die Transformation muss am Herrschaftsknoten ansetzen¹

Brecht schärft ein: „Man darf nie vergessen, dass der Hauptvorwurf aller konservativer Elemente gegen den Sozialismus, er stelle eine Fortführung (und also wenn man will: eine Steigerung) des Kapitalismus dar, eine einfache Wahrheit ist, die noch nicht alle Sozialisten begriffen haben“ (Brecht 1968a, 49).

Unter dieser Voraussetzung kann man von Sozialismus als „Aufhebung“ des Kapitalismus sprechen. Zentrale Fragen werden: Gibt es bewahrens-werte „Stärken“ des Kapitalismus und worin sind sie begründet? Können sie innerhalb anderer (welcher?) Strukturen bewahrt werden? Gibt es Ansätze einer neuen Gesellschaftsordnung? Üblicherweise sind dies die Fragen nach den „Errungenschaften“. Das heißt: Aus der Entwicklung der bürgerlichen Gesellschaft ist das zu Erhaltende herauszustellen. Für alle Kapitalismuskritik gilt, das Kind nicht mit dem Bade auszuschütten, oder wie Marx die radikalen Kapitalismuskritiker zieht, nicht zugleich mit der Kritik die Früchte „aufzuopfern“ (Marx 1968, 257).

Zunächst denkt man da an die Entwicklung der Produktivkräfte, ein Gradmesser, der heute allerdings angesichts Atomenergie und Klimawandel etwas in Verruf geraten ist – gleichwohl möchte man die Bequemlichkeiten der Lebensweise im entwickelten Kapitalismus nicht missen. Dann denkt man auch an die Entwicklung der Zivilgesellschaft mit Wissenschaft und Kunst, mit Gesundheits- und Schulsystem, Bildung überhaupt und an die vielen Rechtsordnungen, die wichtig zu bewahren und stets gefährdet sind. So etwa die Presse- und die Meinungsfreiheit, besonders die „der Andersdenkenden“, das Streik- und Versammlungsrecht, Menschenrechte überhaupt, Parlamente. Kurzum: Die positive Bilanz „historisch-transitorischer Notwendigkeit“ ist groß. Vieles ist widersprüchlich. Wiewohl auch hier schon in allen Punkten daran erinnert werden soll, dass die meisten Formen, die sich unter den Bedingungen des Kapitalismus herausgebildet haben, selbst verändert werden müssen, will man sie in eine andere, nennen wir sie eine sozialistische Struktur tragend einbauen. Sie sind nichts an sich Festzuhaltendes,

1 Stark überarbeitete Version meines Vortrags zum Symposium anlässlich des 80. Geburtstags von Dieter Klein.

haben kein aufhebenswertes Wesen, sondern sind selbst als Prozess zu fassen. Sie zu nutzen, braucht es eine dialektische Denkweise.

Die Vier-in-einem-Perspektive

Ich will an dieser Stelle aber an einem anderen Punkt ansetzen und aus eigener Erfahrung, aus dem Versuch, die *Vier-in-einem-Perspektive* als mögliches politisches Projekt für die Linke vorzuschlagen, Lehren für die oben genannten Fragen ziehen. Zunächst das Projekt in aller Kürze, weil es weithin bekannt und zudem nachzulesen ist. Die Frage ans Projekt lautet hier: Wo und wie lernt es aus den Stärken des Kapitalismus und wie begründet es sich von daher als Transformationsprojekt?

Die *Vier-in-einem-Perspektive* nennt sich „eine Utopie von Frauen, die eine Utopie für alle ist“. Das Projekt setzt historisch an bei den großen Arbeitsteilungen und ihrer Fassung im Hier und Jetzt, um eine andere nicht hierarchische Ordnung vorzuschlagen. Einmal die Entwicklungslinien erkannt, geht es darum, eine Politik zu begründen, die ein Fernziel – die Überwindung der Herrschaft sichernden Grenzen, also eine andere befreiende Arbeitsteilung – mit alltäglicher Reformpolitik verbindet. Es folgt also Luxemburgs Vorschlag einer „revolutionären Realpolitik“ und sucht diese für uns Heutige zu übersetzen. Es geht dabei um Gerechtigkeit bei der Verteilung von Erwerbsarbeit, fürsorgender Arbeit, Gemeinwesenarbeit und Entwicklungschancen. Lange Zeit wurden politische Projekte in diesen vier Bereichen getrennt verfolgt. Ich verknüpfe diese. Die Funktion der Verknüpfung ist es, einen Kompass zu liefern, der für die unterschiedlichen Projekte auf einen Zusammenhang orientiert und in dieser Bündelung wahrhaft kritisch, ja revolutionär ist, während jedes für sich genommen früher oder später sich ins Reaktionäre verengt. Dabei wird davon ausgegangen, dass „wir“ nicht zu wenig Arbeit haben, wie dies offiziell politisch verkündet und praktisch auch als Arbeitslosigkeit von so vielen gelebt wird, sondern dass wir umgekehrt in Arbeit geradezu ersticken. Der Schein von zu wenig Arbeit verdankt sich der offiziellen Nichtwahrnehmung der meisten notwendigen Tätigkeiten in der Gesellschaft, weil sie keinen Profit bringen. Dazu gehören fast alle Arbeiten, die fürsorgend zwischenmenschlich geschehen, die wir sehr ungenau und einseitig als Reproduktionsarbeit zu bezeichnen pflegen. Diese werden meist unentgeltlich und von Frauen getan oder sind Teil des öffentlichen Dienstleistungssektors, wo sie auch zumeist von Frauen in niedrig bezahlten Jobs erledigt werden. Sie betreffen alle Fragen, wie wir miteinander umgehen, mit Kindern, mit Alten, mit Kranken, mit Freunden und geliebten Personen etc. Dazu gehört auch der Umgang mit

den natürlichen Bedingungen unseres Lebens, kurz die Fragen der Ökologie und des nachhaltigen Wirtschaftens.

Ferner rücke ich ins Blickfeld alle Tätigkeiten, die wir zur Entwicklung unserer menschlichen Fähigkeiten benötigen. Der Mensch tritt hier als Selbstzweck auf. Darin ist lebenslanges Lernen ebenso eingeschlossen wie die Entwicklung der Sinne und der Kultur und künstlerischer Praxis. Schließlich geht es um uns als politische Wesen, darum, wie wir unsere Gesellschaft gemeinsam gestalten wollen und müssen.

Wenn wir die vier Bereiche ungefähr zu gleichen Teilen in unser Leben denken, kommt ein etwa 16-stündiger Arbeitstag heraus. Dies aber nur dann, wenn wir die sogenannte Erwerbsarbeit rigoros auf vier Stunden verkürzen. Perspektivisch erledigen sich auf diese Weise Probleme von Arbeitslosigkeit (wir haben dann weniger Menschen als Arbeitsplätze), mitsamt Prekariat und Leiharbeit – so gesprochen gehen alle einer Teilzeitarbeit nach bzw. der Begriff hat aufgehört, etwas sinnvoll zu bezeichnen, und wir können uns konzentrieren auf die Qualität der Arbeit, ihre Angemessenheit an die menschliche Verausgabung ihrer Fähigkeiten.

Es versteht sich von selbst, dass alle Einzelnen über ein ausreichendes Einkommen zum Leben verfügen und dass sie ebenso in jedem der vier Bereiche sich betätigen: in der Erwerbsarbeit, in sorgender Arbeit um sich und andere, in der Entfaltung der in ihnen schlummernden Fähigkeiten, schließlich im politisch-gesellschaftlichen Engagement. Alternativ kann man dies auch so ausdrücken, dass jeder Mensch in die Lage versetzt wird, sein Leben so einzurichten, dass er oder sie je vier Stunden in jedem dieser Bereiche pro Tag verbringt.

Die politische Kunst liegt in der Verknüpfung der vier Bereiche. Keiner sollte ohne die anderen verfolgt werden, was eine Politik und zugleich eine Lebensgestaltung anzielt, die umfassend wäre, lebendig, sinnvoll, eingreifend und lustvoll genießend. Dies ist kein Nahziel, nicht heute und hier durchsetzbar, doch kann es als Kompass dienen für die Bestimmung von Nahzielen in der Politik, als Maßstab für unsere Forderungen, als Basis unserer Kritik, als Hoffnung, als konkrete Utopie, die alle Menschen einbezieht und in der endlich die Entwicklung jedes Einzelnen zur Voraussetzung für die Entwicklung aller werden kann und dieser marxische Satz nicht bloß folgenlose Phrase bleibt. Man kann die Beschreibung dieses Projekts in vielen Versionen – auch in mehreren Sprachen – nachlesen. Zu empfehlen ist die ausführliche Fassung im gleichnamigen Buch, in dem die Begründung von Forschungen aus 30 Jahren begleitet ist (Haug 2011).

Errungenschaften

Was wurde in diesem Projekt aus dem Kapitalismus gewonnen bzw. an welcher Entwicklungslinie wurde wie angesetzt? Ich habe eine Weile über diese Frage gegrübelt. Ungläubig zunächst, weil ich die „Errungenschaften“ als Ansatzpunkt nicht gleich fand und dabei selbstbewusst genug war, vorauszusetzen, dass ich die Klassiker wieder und wieder studiert hatte und also kein utopistisches Projekt jenseits aller Entwicklungslinien entworfen hatte.

Ich gehe also noch einmal zurück: Mein Ausgangspunkt war der wirkliche Beginn menschlicher Tätigkeiten – die Auseinandersetzung mit der Natur, also Arbeit. Dann die Teilungen der Arbeit mit der Möglichkeit von Entwicklung und von Herrschaft. Sobald Kapitalismus die dominante Produktionsweise wird, also eine Reihe von Arbeiten in die Form der Lohnarbeit geraten, gibt es auch Gegenwehr. Nur wenige Jahrzehnte nach Beginn der Industrialisierung gibt es eine schnell stärker werdende Arbeiterbewegung auf internationaler Ebene, die die Kämpfe um Zeit aufnimmt – von der 60-Stunden-Woche, zur 50-, dann zur 40- und schließlich in den 1970er Jahren zur 35-Stunden-Woche. Erste Anzeichen vom Kampf um die 30-Stunden-Woche gibt es seit 2011 aus der Gewerkschaft ver.di. Die Kritik der politischen Ökonomie durch Marx leitet die bis heute stimmigen Analysen. Er hält die Kämpfe um Zeit, genauer den entsprechenden Fabrikakt, für die erste „gesellschaftliche Kontrolle“, „welche den Arbeitstag mit seinen Pausen gesetzlich beschränkt, reguliert und uniformiert“ (Marx 1974, 316).

Das Projekt der *Vier-in-einem-Perspektive* gewinnt aus dem Kapitalismus zunächst den Stand der Arbeitsproduktivität, dass also die lebendige Arbeit in der Form der Lohnarbeit immer weiter zurückgedrängt wird, sodass mehr verfügbare Zeit („disposable time“) möglich wäre. Es gewinnt: die Arbeiterbewegung, vom Kapitalismus geschult und geformt. Es setzt also an bei den wirklichen Bewegungen, beim Studium der Kräfteverhältnisse, wie Rosa Luxemburg dies einschärft – „dass die Taktik der Sozialdemokratie nach ihrer Entschlossenheit und Schärfe nie *unter* dem Niveau des tatsächlichen Kräfteverhältnisses steht, sondern vielmehr diesem Verhältnis vorausleilt“ (Luxemburg 1974, 149 f.).

Jenseits der Arbeiterbewegung wächst eine andere Bewegung mit eigenen Schwerpunkten und Zielen. Die vom Kapitalismus nicht erfassten, weil nicht mit genügend Profit ausbeutbaren Reproduktionstätigkeiten benötigen diese andere Hälfte der Menschheit, die die „Produktion, Reparatur und Instandhaltung“ der Arbeitskräfte besorgt und dann mehr und mehr zu schlechteren Bedingungen in die Lohnarbeit einbezogen wird, die Frauen. Sie kämpfen nicht für die Verbesserung ihrer Arbeitsbedingungen wie die Gewerkschaften für die der Lohnarbeiter.

Sie sind nicht organisiert. Sobald sich eine Bewegung der Frauen herausbildet, muss sie sogleich für eine andere nichtkapitalistische Gesellschaft eintreten, wie diffus auch immer, weil ihre Belange strukturell auf der Unterseite der Lohnarbeit eine Umwälzung der Gesamtstruktur erfordern. Dies bezeichne ich als den strategischen Herrschaftsknoten: das Ineinander von gesellschaftlich anerkannter notwendiger Arbeit und ihrer Akteure, gestützt durch eine andere Gruppe von Akteurinnen, die gewissermaßen notwendig Unsichtbaren, die dafür sorgen, dass das Ganze weiter läuft und zugleich auch den Opfermut aufbringen, auf eigenes Leben und Entwicklung zu verzichten. Damit der Knoten hält, bedarf es ungleichzeitig und widersprüchlich fragmentierter Subjekte. Solche entstehen, wie Antonio Gramsci in den „Gefängnisheften“ exemplarisch einschärft, wenn Menschen an der Herstellung ihrer gesellschaftlichen Bedingungen nicht gemeinsam beteiligt sind. Die beiden Bewegungen, die alte der Arbeiter und die neuere der Frauen, sind nicht ineinander integrierbar. Sie haben unterschiedliche Interessen und Bedrückungen. Insofern habe ich, aus dem Studium beider lernend, die Hierarchie in der Teilung der Arbeit im theoretischen Modell ausgehebelt und beide Bewegungen nebeneinander gestellt, ihre Tätigkeiten in der Gesellschaft also nebeneinander stehengelassen, anstatt sie einander über- oder unterzuordnen. Die politische Lösung konnte nicht darin bestehen, die unterschiedlichen Tätigkeiten auf einen Arbeitsbegriff, den der Lohnarbeit zu vereinheitlichen – selbst wenn mehr und mehr Frauen in den Erwerbsprozess einbezogen wurden, blieben ja die vielen nicht erwerbsmäßig zu leistenden Arbeiten –, sondern die Verallgemeinerung musste quer dazu darin bestehen, die gesellschaftlich notwendige Gesamtarbeit anders zu teilen. Alle Gesellschaftsmitglieder, Männer wie Frauen, sollen auf beide Bereiche bezogen werden, den der Produktion wie den der Reproduktion.

Aus dem Kapitalismus wurde an dieser Stelle die praktische Notwendigkeit solcher Verallgemeinerung gewonnen. So wenig die menschliche Reproduktion im kapitalistischen Gesellschaftsprojekt umfassend einbezogen ist, umso deutlicher wird im weiteren Verlauf, dass die Menschen wie die übrigen Rohstoffe verschlissen werden. Dem Kapitalismus verdankt sich, dass ein wachsendes Heer von Frauen, ebenfalls geschult, Lösungen für die Frage der gesellschaftlichen Reproduktion finden muss, die die menschliche einbezieht.

Weitere Ungleichzeitigkeiten erlauben eine klarere Sicht auf die Perspektive. So weit Marx' Fernziel, in dem die Entwicklung eines jeden Voraussetzung für die Entwicklung aller ist, von den heutigen Repressionen im neoliberal geschrumpften aktiven Lohnarbeiteranteil sowie den Herausgedrängten und „Überflüssigen“ entfernt scheint, ist doch gerade der wachsende Berg an Arbeitslosen der offenkundige Beweis dafür, wie reich diese Gesellschaften sind und dass es öko-

nomisch möglich ist, die vorhandenen Fähigkeiten zu entfalten. In der großen Wirtschaftskrise, die alle zunächst am Bildschirm immer unverständlicher und immer handgreiflicher zugleich praktisch erfahren, wird auch offensichtlich, dass die politische Einmischung von allen gefordert ist, weil der Kapitalismus und in ihm die Anordnung von Wirtschaft und Staat keine Auswege mehr aus den von ihm selbst gebauten Sackgassen findet. In dieser Krise und ihren Umbrüchen lässt sich die *Vier-in-einem-Perspektive* als Spannungsrahmen, als axiomatisches Feld, in dem die Erschütterungen analysierbar sind, begreifen. Die Krise ist eine doppelte Reproduktionskrise, eine des Systems und eine der Reproduktion der Menschen – es ist allerdings die Herausbildung einer formierenden Kraft noch nicht in Sicht.

Die Errungenschaften und Stärken, die das *Vier-in-einem-Projekt* aufnimmt, sind in diesem Fall: die Produktivität der Lohnarbeit und damit der Stand des Wissens, die Herausbildung von geschulten Widerstandsbewegungen und die Bereitstellung von Erkenntnis über die Unmöglichkeit dieses kapitalistischen Projekts, das, wie in der Weltwirtschaftskrise erfahrbar, an sein historisches Ende gekommen zu sein scheint - und damit die Sichtbarkeit der Notwendigkeit der Einbeziehung aller an der Gesellschaftsgestaltung als Demokratiefrage. Alle diese Stärken sind umkämpft, bedroht, zerstörbar.

Dabei kommt das Projekt der *Vier-in-einem-Perspektive* zunächst ganz harmlos daher: Verkürzung der Erwerbsarbeit, Verteilung der Gesamtarbeit im umfassenden Sinn auf alle, Menschenrecht auf Entwicklung, Einmischung in die Gestaltung von Gesellschaft. Wie sollte dies an kapitalistischer Herrschaft rütteln?² Das Geheimnis ist die Verknüpfung der vier getrennten Bereiche und ihrer Politiken, die nur zusammengeknötet so unauflösbar erscheinen. Es gilt also, sie alle gleichzeitig aufzurufen.

Brecht, der so vieles von Rosa Luxemburg aufgenommen und in seinen diversen Stücken, Gedichten und Prosaschriften verarbeitet hat, übernimmt auch ihre Gedanken zum Verhältnis von Gewalt und Revolution, deren Sprache vielleicht veraltet ist, deren Inhalt aber gültig bleibt:

„Nun ist sicher, was wir haben, Unordnung, und was wir planen, Ordnung, aber das Neue ergibt sich aus dem Alten und ist seine nächste Stufe. Wir versuchen weniger, etwas ganz anderes, zu dem es keinen Zugang gibt, durchzusetzen, als den nächsten

2 Tatsächlich gab es in den vielen öffentlichen Diskussionen um das Projekt immer einige, die darauf beharrten, es handle sich um ein langweiliges reformistisches Projekt, das selbst gar nicht antikapitalistisch sei. Für sie erschöpft sich „Antikapitalistisches“ im Etikett.

Schritt zu tun, d.h. den Schluss aus dem Vorhandenen zu ziehen. Das Neue entsteht, indem das Alte umgewälzt, fortgeführt, entwickelt wird. Die Klassiker haben die Unordnung ihrer Zeit als eine Ordnung erkannt und gezeigt, die einmal mühsam und auf gewaltsame Art eingeführt wurde und die eine Fortführung, Umwälzung, Entwicklung einer vorausgehenden Ordnung war. Deshalb kann man nicht erwarten, dass die *Große Ordnung* auf einen Schlag, an einem Tag, durch einen Entschluss eingeführt werden kann. Die Einführung der *Großen Ordnung* ist, weil ihre Gegner gegen sie Gewalt anwenden, ein Akt der Gewalt, ausgeübt durch die große Mehrheit des Volkes, aber ihr Aufbau ist ein langer Prozess und eine Produktion.“ (Brecht 1968b, 527 f.)

Später schlägt Brecht vor, statt Ordnung überhaupt Produktion zu sagen.

Kapitalismus in uns

Der Kapitalismus hinterlässt neben vielem anderen auch eine Art negativer Erregenschaft auf Seiten der Akteure. Das sind die Gewohnheiten, die Haltungen, die übernommenen Denkmuster, das liebgewordene Alte. Zu rechnen ist damit, dass die vorhandenen Strukturen verinnerlicht sind und die Menschen in ihren Individualitätsformen nicht unbedingt eine Veränderung wollen. Ich spreche jetzt also von dem Hegemonieproblem, dem sich jede auf Veränderung abzielende Politik stellen muss. Das ist für ein Transformationsprojekt wie die *Vier-in-einem Perspektive* von besonderer Bedeutung, weil sie als zentrale Achse die Politik von unten anzielt, also die Gestaltung der Gesellschaft durch ihre Mitglieder. Dies lässt sich kaum von oben fordern. Die Menschen müssen dies selber wollen. Hier eingreifend zu denken, setzt wiederum Dialektik voraus. Das soll heißen: die Dinge im Fluss der Bewegung denken, als sich verändernd beim Machen. So im Falle der Politik von allen mit einem konservativen apathischen, nicht wollenden Volk rechnen und zugleich damit, dass alle eine Veränderung wollen können, die sie selbst machen und bejahen können, und dies zugleich nicht wollen, weil sie sich dafür verändern müssen. Man kann nicht die Bedingungen seines Lebens verändern und selbst gleich bleiben, ebenso wenig wie umgekehrt. Hier ist wieder eine Hinzuziehung von Gramsci elementar. Er geht davon aus, dass die Einzelnen, aus unterschiedlichen Traditionen und Beziehungen kommend, selbst ein chaotisch zusammengesetztes Erbe antreten und sich dessen bewusst sein müssen, sich kohärent arbeiten, um handlungsfähig zu sein. Das alte „Erkenne dich selbst“ nennt er die dringlichste politische Aufgabe. Dafür wäre ein Verzeichnis der eigenen Wünsche und Hoffnungen zu erstellen, das Resultat zu besichtigen – also Erinnerungsarbeit zu betreiben, um sich selbst bejahen zu können.

Vorläufiges Resultat: Ein Transformationsprojekt müsste so etwas wie ein Aktivierungsdispositiv anbieten, begonnen von Einzelnen, die sich zusammentun, die, sowie sie dies tun, schon mit Veränderung beginnen.

Widerstände

Ich zeige im Folgenden einige exemplarische Widerstände gegen das Projekt der *Vier-in-einem-Perspektive*, um aus ihnen für die Kämpfe um Hegemonie zu lernen. Das gibt notwendigerweise ein schiefes Bild, als gäbe es nichts als Widerstand, dabei gilt zugleich, dass das Projekt gewöhnlich auf große Zustimmung stößt, also das Zeug zur Hegemonie zu haben scheint.

Gegenwehr kommt zum einen aus einem nicht bearbeiteten Liberalismus, mit dem zu rechnen ist, zum anderen aus einem gewerkschaftlichen Horizont, der an der Ineinssetzung von Arbeit = Lohnarbeit festhalten will, weil anders die antikapitalistische Stoßrichtung aufgeweicht würde. In einer liberalistischen Weltanschauung scheinen Kämpfe um Zeit banal, nicht kraftvoll genug und allzu harmlos. Seit Marx schrieb, dass sich „letztlich alle Ökonomie in die Ökonomie der Zeit auflöse“ (Marx 1983, 105), scheint mit der Diskussion um Zeit ein moralischer Verschleiß vorgegangen zu sein. Die elementaren Kämpfe um die Verfügung über Zeit haben sich verschoben in solche um Selbstbestimmung. Diese wiederum sind im allgemeinen neoliberalen Versprechen geschrumpft und durchgesetzt auf persönliches Wollen, am besten zu befriedigen am Markt. Dabei kann die Anordnung der *Vier-in-einem-Perspektive*, die tätige Zeit gerecht auf die wesentlichen Bereiche der Lebensmittelproduktion (Lohnarbeit), Reproduktion (Fürsorge für alle), Selbstentwicklung und Politik zu verteilen, als „Bevormundung“ abgelehnt werden. „Freiheit ist Selbstbestimmung“, lautet das Gegenargument sowohl gegen die *Vier-in-einem-Perspektive* wie gegen die Kämpfe um Zeit. Tatsächlich kommt auch ein solcher Begriff von freier Selbstbestimmung des Individuums aus den Versprechungen des Liberalismus, auch neu orchestriert bei Peter Hartz (vgl. hierzu Haug 2003), in dem ein jeder Unternehmer seiner selbst ist, als Quelle von Autonomie und Selbstverwirklichung. Gegen dieses liberale Versprechen, jüngst stark aktualisiert im Neoliberalismus, haben Marx und Engels und die folgenden gelehrt, die Bedingungen zu untersuchen, in denen die Menschen gemeinsam ihr Leben organisieren und darin um die Verfügung über Zeit kämpfen. Dieser Kampf ist keineswegs harmlos, sondern schwer und wird auf gewaltsame Gegenwehr stoßen. Es ist ein zentraler Kampf für ein linkes Projekt. Aber solche Abwehrgedanken lehren uns: Man kann den Freiheitsbegriff ebenso verharmlosen in „ich tue, was ich will“, wie den Begriff

der Selbstbestimmung in „ich bestimme über meine Zeit, wie ich will“. Dazu noch einmal Brecht:

„Der Wunsch nach Freiheit ist die Folge von Unterdrückung. Die Freiheit ist die Folge der Befreiung. Das erscheint ein Spiel mit Wörtern. Aber viele haben für die Befreiung nichts geleistet, weil sie die Freiheit vor oder zugleich mit der Befreiung wollten.“ (Brecht 1968a, 56 f.)

Also gilt es auch zu streiten gegen die Illusion des „freien Willens“ und dabei für die Aneignung und Politisierung der beiden Begriffe *Freiheit* und (*kollektive Selbstbestimmung*), dass sie wahrhaft Kämpfe gegen Kapitalismus und Herrschaft sind. Das Erbe des Liberalismus und aktuell seiner Faszination zu überwinden, ist in einem Transformationsprojekt als dringliche Aufgabe gestellt, weil es eine verbreitete behindernde Denkweise ist. Noch ein weiteres Mal ist Brecht nützlich. Ausgehend vom subjektiven Willen, etwas nicht zu wollen, schreibt er, als müsse auch er die Zumutung, in die politische Gestaltung von Gesellschaft einzugreifen, in der *Vier-in-einem-Perspektive* zurückweisen:

„Ich will zum Beispiel leben mit wenig Politik. Das heißt, ich will kein politisches Subjekt sein. Aber das soll nicht heißen, dass ich ein Objekt von viel Politik sein will. Da also die Wahl nur lautet: Objekt von Politik zu sein oder Subjekt, nicht aber: kein Objekt, kein Subjekt oder Objekt und Subjekt, muss ich wohl Politik machen, und die Menge davon bestimme ich auch nicht selber. Es ist bei dieser Sachlage wohl möglich, dass ich mein ganzes Leben zubringen muss in politischer Betätigung und es dabei verliere.“ (ebd., 66 f.)

Gehen wir davon aus, dass die Menschen in den bestehenden Verhältnissen geworden sind und also sich auch selber ändern müssten, wollen sie die Verhältnisse, die Teil von ihnen sind, ändern, so sprechen wir sogleich über die schwierigsten Hürden, die jedes Transformationsprojekt nehmen muss. Wie kann man andere überzeugen, wenn diese sich nicht selbst überzeugen wollen? Zentrale Abwehrargumente sind geboren aus dem Unwillen, das Gewohnte anders denken zu sollen. Dabei ist es grade bei erprobten Streiterinnen für eine bessere Gesellschaft gewöhnlich, dass sie von sich selber absehen, alles Persönliche hintan stellen und dagegen wissen, dass Klassen, Klassenkampf, Ausbeutung, Profit, Herrschaft, Frieden die wesentlichen Begriffe für Veränderung sind, wo jeder Gedanke ans Individuum als eine Art Störung wahrgenommen werden muss. Kurz: Die Tatsache, dass die *Vier-in-einem-Perspektive* als radikal-demokratisches Projekt mit den Einzelnen und ihrem Bewusstsein rechnet und dort ansetzt, kann in den gewohnten linken Kämpfen nur als kleinbürgerliche Unart wahrgenommen werden. Die gewöhnliche politische Abstraktion kommt ohne die Akteurinnen aus. Sie gilt es aber einzubringen, soll sich etwas ändern, wollen sie etwas ändern.

Dabei ist im Bestehen auf subjektlose Politik und ein ebensolches Denken auch Wichtiges aufgehoben, zum Beispiel die Erfahrung, dass die Auflösung der großen Linien in subjektivistische Einzelerzählungen ein sicherer Weg ist, dass man gar nichts mehr erkennt, dass diese also eine Waffe im Klassenkampf ist, die von den Medien geschickt eingesetzt wird. Es gilt also, aus dieser Abwehr einen Weg der Vermittlung des Subjektiven und des darin ans Licht dringenden Allgemeinen zu suchen.

Lesen wir ein weiteres Mal Gramsci (1991, 891): Aus Marx' These, dass das menschliche Wesen „das Ensemble der gesellschaftlichen Verhältnisse“ ist, folgert er, dass dies vor allem „die Idee des Werdens“ einschlieÙe, woraus er einen Forschungsauftrag entwickelt:

„[...] der Mensch wird, er verändert sich fortwährend mit dem Sich-Verändern der gesellschaftlichen Verhältnisse [...] Man muss eine Lehre erarbeiten, in der alle diese Verhältnisse tätig und in Bewegung sind, wobei ganz deutlich festgestellt wird, dass der Sitz dieser Tätigkeit das Bewusstsein des Einzelmenschen ist, der erkennt, will, bewundert, schafft, insofern er bereits erkennt, will, bewundert, schafft usw. und sich nicht als isoliert, sondern als voller Möglichkeiten begreift, die ihm von anderen Menschen und von der Gesellschaft der Dinge geboten werden, wovon er unvermeidlich eine gewisse Kenntnis hat.“ (Ebd.)

Ein ernsthafter Widerstand kommt auch aus dem, was vom Marxismus in den Bewegungen geblieben ist, und aus der gewerkschaftlichen Linken. Hier wird beharrt auf einem angeblich marxischen Arbeitsbegriff, der auf Lohnarbeit setze und sie als Zentrum aller Herrschaft und Befreiung fasse. Jeder Versuch, auch andere gesellschaftliche Arbeit in den Fokus zu nehmen, gilt als Aufweichung des Arbeitsbegriffs und damit als Angriff auf eine antikapitalistische Stoßrichtung. Dieses Denkmuster hat ein historisches Recht und steht gleichwohl einem Transformationsprojekt, wie es historisch auf der Tagesordnung ist, entgegen. Es verunmöglicht, den oben skizzierten Herrschaftsknoten, der strategisch die Reproduktion von Kapitalismus hält, auch nur zu besichtigen, geschweige denn in das Zentrum der Kämpfe zu ziehen.

Im Sinne der *Vier-in-einem-Perspektive* ist anzustreben, bei jedem Politikvorschlag je nach den Umständen die Bereiche zusammenzufügen und dabei vor allem auf die Bewegung von unten zu achten. Die allgemeinste praktische Forderung ist die nach der gerechten Verteilung der gesellschaftlichen Arbeitszeit und der Arbeitsarten, mit Verkürzung der individuellen Erwerbsarbeitszeit. Gewerkschaftliche Gewohnheit versteht dies nicht als Aufforderung, die freigesetzte Zeit mit den anderen drei Bereichen des tätigen Lebens zu füllen, sondern ergänzt sie um die Forderung nach vollem Lohnausgleich. Das hat den

paradoxen Effekt einer selbstbewussten Lähmung. Sie rührt aus der Gewissheit, dass dies bei wirklich substanzieller Verkürzung der individuellen Erwerbszeit, wie sie zur Aufhebung der Arbeitslosigkeit nötig wäre, nicht gelingen kann. Es sei denn, man rüttelt an dem enormen wachsenden Auseinanderklaffen von Lohn und Gewinn. Dafür allerdings braucht es eine selbstbewusstere Arbeiterklasse.

Teilzeitarbeit und Sprachpolitik

Das Beispiel der alleinigen Forderung nach Arbeitszeitverkürzung bei vollem Lohnausgleich zeigt auch, dass die Einzelbereiche nicht getrennt angegangen werden können, sondern jeweils so vorgeführt werden müssen, dass sie ihr Gegenüber produktiv in Bewegung bringen. Mein Vorschlag war, „Teilzeitarbeit für alle“ zu fordern. Das ist selbst paradox. Aber es nimmt die Frauenlage auf. Ferner bringt es einen dazu, das „Volle“ und die „Teile“ zu durchdenken. Und schließlich zwingt es dazu, Maßnahmen gegen die Arbeitslosigkeit anders auf den Weg zu bringen, als sie mit der Lüge, es sei keine Arbeit da, zu vertagen. Der Vorschlag, Teilzeitarbeit für alle zu fordern, entfachte das Engagement der Vielen, aber kontrovers. Begeistert waren die Teilzeitarbeitenden und ebenso die qualifizierten Besserverdienenden, für die Zeit der größte Wohlstand ist. Je näher die Einzelnen den Gewerkschaften waren, desto eher erinnerten sie sich, dass Teilzeitarbeit für die Betroffenen minderwertig und ausweglos war und also bekämpft gehörte. Dies haftete nun gleichsam am Wort wie eine feste Eigenschaft und hinderte, die Sprengkraft jener paradoxen, sich ja in Wirklichkeit selbst aufhebenden Kampflösung zu erkennen. „Teilzeitarbeit für alle“ ließ sich für sie nicht übersetzen in die positive Forderung, dass alle mehr Zeit zu ihrer Verfügung haben sollen. Zum Transformationsprojekt gehört also auch Sprachpolitik. Sprache hat eine große Kraft. Man versuchte sich bei der Teilzeitforderung im heftigen Streit auf „Halbzeitarbeit für alle“ zu einigen, wiewohl alle spürten, dass dem Feuer damit die Luft zum Brennen ausgegangen war. Die Frage glimmt weiter. Dann hat man sich 2010 auf „kurze Vollzeit für alle“ einigen können, eine Losung, in der die alte Forderung wie ein fernes Echo matt nachklingt (vgl. Wuppertal Institut et al. 2010). An diesem Beispiel wird erkennbar, dass nicht eine einzelne Maßnahme entscheidend ist, sondern der Lernprozess als Bewegungspolitik. Die Menschen messen sich eine Änderungsmöglichkeit an, und indem sie dies tun, ändern sie sich. Auf diese Weise sind sie bereits im Übergang.

Utopie und Fernziel

Widerstand erhebt sich auch gegen das offen ausgesprochene utopische Moment im Projekt der *Vier-in-einem-Perspektive*. Unter Berufung auf Marx und Engels lässt sich argumentieren, dass der wissenschaftliche Sozialismus ja gerade von der Utopie zur Wissenschaft vorangeschritten sei, mithin also eine Veränderungspolitik prinzipiell aufs Utopische verzichten müsse. Man kann darüber streiten, ob es klug war von Engels, seinen Titel „Von der Utopie zur Wissenschaft“ so zu formulieren. Unbestreitbar aber gehört zur sozialistischen Politik ein Fernziel (wie Luxemburg sagt), eine Perspektive (wie das bei Marx anklingt), auf die hin Politik gemacht wird. Ohne sie versinkt sie in dem pragmatischen Sumpf, in dem sich die sozialdemokratische Politik seit Jahrzehnten befindet. Die Perspektive – eine herrschaftsfreie Gesellschaft – richtet die einzelnen Schritte wie in einem Kraftfeld aus. Das Beharren auf einer gesellschaftlichen Vision, die sich ja nicht explizit in allen Teilen voraussehen lässt, macht das Projekt der *Vier-in-einem-Perspektive* zugleich umwälzend und reformerisch. Es hat bei Rosa Luxemburg gelernt und versucht, in allen Schritten ihre „revolutionäre Realpolitik“ umzusetzen, also in unsere Zeit zu übersetzen.

Zusammenfassend: Die Widerstände kommen aus ganz verschiedenen Richtungen, schließen einander aus. Aber das hindert sie nicht, einen kumulativen Effekt zu haben. So kann man in derselben Veranstaltung hören, das Projekt sei nicht antikapitalistisch, es setze sich nicht für gewerkschaftliche Forderungen ein, es übergehe die Wünsche der Menschen und handle nur in Wunschvorstellungen, es beschäftige sich nur mit Menschen, anstatt mit Strukturen. Es handle nicht von großen Fragen der Menschheit wie Krieg und Frieden und es sei romantisch einer Vorstellung von Befreiung verpflichtet. Es sei ein Zwangskorsett und daher autoritär oder es sei bloßer Zeitvertreib.

Es ist müßig, sich mit allen Verneinungen explizit auseinanderzusetzen, weil es ja in einem Projekt, das um Hegemonie ringt, nicht darauf ankommen kann, Recht zu haben, sondern dass sich die Einzelnen selbst überzeugen. Der Durchgang aber durch die wesentlichen Bereiche, aus denen sich Widerspruch regt, zeigt etwas anderes. Wenn man linke Politik so auffasst, dass man stellvertretend und von oben Verbesserungen für Menschen durchsetzen will, ist das Projekt der *Vier-in-einem-Perspektive* ein ungeeigneter Vorschlag, da seine zentrale Achse die Politik von unten ist, der Versuch, Menschen einen Weg anzubieten, wie sie nachhaltig die Bedingungen ihres Lebens gemeinsam gestalten könnten. Umgekehrt werden Vertreterinnen des Projekts vergeblich versuchen, einen anderen Umgang mit dem Arbeitsbegriff, mit Utopien, mit der Entwicklung der Einzelnen, mit dem Politischen in eine Politik von oben einzuführen.

Nachtrag: exemplarischer Versuch einer Implantation

In der praktischen Politik wird man aus einer linken Partei alle Reformvorschläge zur Verbesserung der Lage der Bevölkerung, die auch die anderen Parteien machen, unterstützen, aber diese nicht als eigenes Ziel ausgeben, sondern zugleich vorführen, wie dies nicht genug ist: etwa ein Mindestlohn oder ein verkürztes Rentenalter. Vielmehr geht es, wo immer möglich, darum, den Gesamtzusammenhang zu betonen und Experimente an den Grenzen des Kapitalismus entlang zu fördern.

Ein solches zu prüfendes Experiment ist der neuerlich wieder aufgenommene Versuch, in die Politik der Gewerkschaften – es gilt auch für Parteien – einen Paradigmenwechsel hineinzutragen, der, knapp gesprochen, die Politik von oben durch eine der Selbstermächtigung ablöst. Für die Gewerkschaften soll es darum gehen, dem schrumpfenden Organisationsgrad zu begegnen, der mit einer Politik des Anspruchs, dass von oben Rechtsschutz und Kampf um die Löhne geleistet wird, einhergeht. Ziel ist, dass immer mehr Menschen ihre Geschicke in die eigenen Hände nehmen – dies unter dem Schutz der Gewerkschaften, deren Mitglieder sie werden. Dieses als Community Organizing aus den USA kommende Konzept, wurde 2005 auf einer Tagung in Hamburg vorgestellt und insbesondere von den Gewerkschaften ver.di und der IG-Metall aufgenommen – als Kampf gegen den Neoliberalismus (vgl. Brinkmann et al. 2008). Für das Projekt der *Vier-in-einem-Perspektive* kann es als Versuch genommen werden, wie die tragende Achse, dass alle die Gestaltung der Gesellschaft zu ihrer eigenen Sache machen, politisch doch auch „von oben“ umzusetzen wäre. Organizing in Deutschland nimmt wegen der gewerkschaftlichen Anbindung vornehmlich im Betrieb seinen Ausgangspunkt, über den zunächst ein Wissen unter den Beschäftigten hergestellt wird, dass nachhaltiges Eingreifen überhaupt möglich wird. In einer anderen Art von politischer Bildungsarbeit soll unter anderem im Einzelgespräch durch gezielte Fragen zur Person, zum Befinden im Betrieb, zur Aktionsbereitschaft, die Wut freigesetzt, Hoffnung und Aktion angestiftet werden. Ziel ist es, von den wirklichen Anliegen der Beschäftigten auszugehen, sie zu Losungen zu verdichten, andere Aktivisten zu suchen und zunächst erreichbare Ziele von den Betriebsangehörigen durchsetzen zu lassen. Durch die Erfahrung der eigenen Mächtigkeit werden dann idealtypisch und mit Unterstützung zivilgesellschaftlicher Netzwerke größere Ziele anvisiert.

Das Verfahren, weiterentwickelt aus der Chicagoer School of Economics der 1920er Jahre, ähnelt eingreifender Sozialforschung. Unter Anleitung von „Community Organizern“ wurden die Bewohner befähigt und bestärkt, aktiv

für ihre eigenen Interessen und oft gegen die Interessen großer Unternehmen, einzelner Unternehmer oder mächtiger staatlicher Einrichtungen vorzugehen. Als Begründer des Community Organizing gilt Saul Alinsky. Das Verfahren wurde auch in Nachbarschaften, Sportvereinen, Bürgerorganisationen, kirchlichen Gruppen gegen faschistische Bewegungen und für die Verbesserungen von Lebensbedingungen und zum Ausbau „lokaler Demokratie“ angewandt. In jedem Fall setzt es intensive Feldwahrnehmung voraus und schnelles Begreifen von Änderungsmöglichkeiten. Es setzt zudem auf eine wachsende Schar „organischer Intellektueller“, die jeweils die Möglichkeit „militanter Aneignung der eigenen Lebensbedingungen“ für eine kurze Phase von außen vorantreiben. Es ist in dieser Weise ein Angebot an Gewerkschaften und linke Parteien, mehr Mitglieder zu gewinnen und ihnen darüber hinaus zur Selbstermächtigung zu verhelfen und auf diese Weise gesellschaftliche Transformation voranzutreiben, also nicht bloß reformistisch durch Mitgliederzuwachs allein Gesellschaftsveränderung für möglich zu halten. Es hat geschichtlich aus der Bernsteindebatte gelernt.

Bei der *Vier-in-einem-Perspektive* geht es nicht primär um den Betrieb und auch nicht um lokale Brennpunkte und Konflikte, sondern um die Eingelassenheit in herrschaftliche Zeitverfügung in der Gesamtgesellschaft, um Eingreifen in gesamtgesellschaftliche Arbeitsteilung. Da ließen sich, ausgehend vom Betrieb, mit dem Organizing-Konzept die Frageräume auf die Bereiche fürsorgende Arbeit, politisches Eingreifen und auch Recht auf Selbstentwicklung erweitern. Es ist anzunehmen, dass ein solches Projekt dann sogar an Tiefe und Dynamik gewinnen würde. Schwieriger aber ist es, angebbare Ziele in *Vier-in-einem-Perspektive* zu gewinnen und so die im Organizing enthaltene Rückkopplung von Zielerreichung, also einem Nahziel, auf die Ansteuerung des Fernziels, der Gestaltung von Gesellschaft durch ihre Mitglieder in einem nicht zu langen Zeitraum zu schaffen. Es ist nicht das Problem, überhaupt einen Politisierungsprozess in Gang zu setzen, sondern die Nahziele so zu stecken, dass eine erste Zielerreichung in kleinen Schritten erfahrbar ist. Eine Möglichkeit scheint mir zu sein, die Kämpfe um Zeit so auszurichten, dass eine allmähliche Verschiebung von Zeitkonten im Betrieb oder in staatlichen Unternehmen angebar wird. Es könnte ein Nahziel sein, ein Kontingent an Zeit in der Politik, in der Reproduktionsarbeit in Selbstentwicklung/Lernen auf die Erwerbsarbeit anzurechnen. Dies trifft ja auf schon vorhandene Praxen wie Freistellungen oder Bildungsurlaub zu. Das heißt, diese Erwerbszeit bei gleichem Lohn zu verkürzen und umgekehrt bei Teilzeitarbeitenden aufzustocken und den Lohn entsprechend zu erhöhen. In jedem Fall wäre dies ein Ziel, das schrittweise angegangen, die Unterstützung sehr vieler braucht, weil in dieser Verschiebung die Ausgleichszahlungen an die

bislang Teilzeitarbeitenden und die zusätzlich einzustellenden Arbeitslosen von den Gewinnen erstritten werden müssten. Es kann für diese Mobilisierung Organizing als Selbstermächtigung eingesetzt werden, wenn genügend organische Intellektuelle unterwegs sind und daran arbeiten. Diese Verschiebung setzt unmittelbar am Herrschaftsknoten an, indem sie die passive Zustimmung zu den alten Arbeitsteilungen aufweicht und schon von Beginn an Politisierung ankurbelt ebenso wie Lernen oder andere Selbstzweckpraxen. Es eignen sich die Kämpfe um Zeit auch deshalb, weil mit Sicherheit davon auszugehen ist, dass das Zeitproblem, die Zeithetze oder die Vergeudung von Zeit alle betrifft. Je anders werden die Druckpunkte sein, an denen der Konflikt um Zeit entbrennt. Dies als gesellschaftliches Wissen zu erkunden, kann selbst eine starke Mobilisierung bringen. Und dass zugleich umgekehrt von allen gewünscht wird, dass die unerhörte Entwicklung der Produktivkräfte mehr verfügbare Zeit für alle erbringen muss, sollte zu den täglichen Informationen gehören. Es ist also an der Zeit.



Es kann in einem Transformationsprojekt nicht einfach darum gehen, etwas aus dem Kapitalismus „zu bewahren“, sondern die einzelnen Stützpfeiler aus ihrer wechselseitigen Umklammerung zu lösen und für den Bau einer anderen Struktur zu verändern. Keines kann bleiben, wie es ist, wenn es aus der Verschränkung in eine selbstbewusste neue Ordnung eintritt. Und auch hier zum Abschluss noch einmal Brecht, der als politischer Ratgeber viel zu wenig beachtet wird:

„Die Vorstellung einer idyllischen Staatsform, in der die Sorge um das materielle (das sie hassen) dem einzelnen und der Masse abgenommen wäre, ist eine rein bürgerliche Vorstellung. Der Revolutionär hasst das Materielle nicht. Die Revolution soll im Gegenteil jene Sorge zur Sorge aller machen. Der Kommunismus erstrebt weniger eine Teilung der freien Zeit als eine solche der Arbeit! Heute haben die wenigsten eine Ahnung davon, welch eine ungeheure Steigerung der Lust an öffentlichen Geschäften bei der Masse zu erfolgen hat, damit sie fähig werde, den Staat zu übernehmen. Arbeit zur Beseitigung der Arbeit ist eine ganz jämmerliche Pensionistenidee! In Wirklichkeit müssen nur alle Leute instand gesetzt werden, es sich leisten zu können, um der Arbeit willen zu arbeiten!“ (Brecht 1968a, 49)

Literatur

- Brecht, Bertolt (1968a). Marxistische Studien, in: ders.: Schriften zur Politik und Gesellschaft. Gesammelte Werke, Bd. 20, Frankfurt am Main: Suhrkamp, 43–123
 – (1968b). Me-ti/Buch der Wendungen, in: ders.: Schriften zur Politik und Gesellschaft. Gesammelte Werke, Bd. 12, Frankfurt am Main: Suhrkamp, 417–585

- Brinkmann, Ulrich et al. (2008). *Strategic Unionism: Aus der Krise zur Erneuerung? Umriss eines Forschungsprogramms*, Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften
- Gramsci, Antonio (1991-2002). *Gefängnishefte. Kritische Gesamtausgabe*, hrsg. v. Klaus Bochmann, Wolfgang Fritz Haug und Peter Jehle, Hamburg: Argument
- Haug, Frigga (2011). *Die Vier-in-einem-Perspektive: Politik von Frauen für eine neue Linke*, 3. Aufl., Hamburg: Argument
- (2003). *Schaffen wir einen neuen Menschentyp. Von Henry Ford zu Peter Hartz*, in: *Das Argument*, Bd. 252, 606–617
- Luxemburg, Rosa (1974). *Die Krise der Sozialdemokratie*, in: *dies.: Gesammelte Werke*, Bd. 4, Berlin: Dietz, 49–164
- Marx, Karl (1968). *Theorien über den Mehrwert. Dritter Teil*, in: *MEW*, Bd. 26.3, Berlin: Dietz
- (1974). *Das Kapital. Kritik der politischen Ökonomie. Erster Band*, in: *MEW*, Bd. 23, Berlin: Dietz
- (1983). *Grundrisse der Kritik der politischen Ökonomie [1857–1859]*, in: *MEW*, Bd. 42, Berlin: Dietz
- Wuppertal Institut, BUND, Diakonie und Hamburger Zukunftsrat (Hrsg.) (2010). *Zukunftsfähiges Hamburg – Zeit zum Handeln*, München/Hamburg: Dölling und Galitz

Michael Brie

Transformationen des Reichtums – Reichtum der Transformationen Eine Vier-in-einem-Perspektive¹

Der Reichtum moderner Gesellschaften und die vier Sphären seiner Produktion

Am 9. März 1776 erscheint in London ein Buch, das die geistige Welt revolutionieren sollte – Adam Smith' „Eine Untersuchung über das Wesen und die Ursachen des Reichtums der Nationen“. Ziel des Autors ist es, die Gründe der „Steigerung der produktiven Kräfte der Arbeit und die Regel, nach der ihr Produkt unter die verschiedenen Klassen und Schichten der Gesellschaft verteilt wird“ (Smith 1976, 6) aufzuzeigen. Allein bis 1800 wird es in Großbritannien neunmal aufgelegt und schnell in viele Sprachen übersetzt. Adam Smith bringt das Selbstbewusstsein einer Gesellschaft zum Ausdruck, die es vorher noch nie gegeben hat. Es ist eine Gesellschaft, gegründet auf dem Eigeninteresse der Einzelnen, auf der Arbeitsteilung und auf dem freien Wettbewerb – so zumindest das Selbstbildnis.

Der Reichtum Englands als „Nation“ explodierte damals geradezu. Allein zwischen 1700 und 1760 soll sich die gewerbliche Produktivität um 60 Prozent erhöht haben (Kuczynski 1954, 119). Eine englische Mittelschicht entstand (Langford 1998, 64 ff.), die die Früchte dieses neuen Reichtums erntete. Sie machte bald ein Siebtel der Bevölkerung aus. Innerhalb von zwei Generationen stiegen völlig neue Schichten in einen Wohlstand auf, den es vorher nicht einmal als Begriff gegeben hatte.²

-
- 1 Dieser Beitrag war Gegenstand intensiver Diskussion im Institut für Gesellschaftsanalyse der Rosa-Luxemburg-Stiftung. Einige der umstrittenen Fragen werden im Folgenden immer wieder angesprochen. Ich danke allen für die Hinweise und die Kritik.
 - 2 Es dauerte noch 150 Jahre, bis das Wort „welfare“ sich im englischen für die Teilhabe aller am guten Leben einbürgerte. Vom „welfare state“ war erst 1941 als Versprechen für den Nachkrieg die Rede. In der deutschen Sprache war der Begriff für Wohlstand

„[...] all jene, die es durch ihr Unternehmen, Fähigkeiten oder einfach Glück vermochten, sich über die Linie derer zu erheben, die die ‘arbeitenden Armen’ (ein Terminus, der zu dieser Zeit in den Gebrauch kam) ausmachten, wurden immer reicher. Jedes Pfund zusätzlicher Kaufkraft machte eine überdurchschnittliche Differenz in einer Gesellschaft aus, in der die meisten kaum auf mehr als die bloße Subsistenz hoffen konnten, und in der der Staat nichts tat, um die Früchte der kommerziellen Expansion umzuverteilen.“ (ebd., 68).

Es war dieser Reichtum, der zum Gegenstand der neuen Wissenschaft der Politischen Ökonomie wurde. Und es war eine völlig neue moderne Form von Armut. Ausschluss und Zerstörung, die die Kritiker auf den Plan rief und die sozialen Bewegungen der Arbeiter, der Frauen und später der kolonialisierten Völker sowie die Umwelt- und Ökologiebewegungen und viele andere beförderte.

Die Wirtschaftsordnung des Privateigentums, der Märkte und der Konkurrenz einerseits und des Wachstums der Produktion von Waren und bezahlten Dienstleistungen andererseits waren eine historische Symbiose eingegangen, aus der eine Welt ständig steigenden Wohlstands und dessen ungleicher Verteilung entstand. Neue Armut entstand, die vielen angesichts des gesellschaftlichen Reichtums als „künstlich“ erschien, da sie nicht mehr aus der mangelnden Produktivität erklärbar war. Die enge Verbindung dieses neuen Wohlstands mit kapitalistischer Sklavenwirtschaft, neuer Leibeigenschaft, Genozid in Nord- und Südamerika, dem modernen Patriarchat und der schnell voranschreitenden Ausplünderung endlicher Naturressourcen war unübersehbar und wurde vom herrschenden Zeitgeist doch an den Rand gedrängt.

Mit der Großen Industriellen Revolution, die zum Zeitpunkt des Erscheinens von Adam Smith’ Buch gerade erst einsetzte, wurde die materielle Basis dieser Symbiose von Kapitalismus und Wachstum geschaffen. Ausgehend von England entfaltete sich eine Dynamik der exponentiellen Steigerung des globalen Bruttosozialprodukts. Die Masse der produzierten Waren erhöhte sich seit Mitte des 18. Jahrhunderts bis heute um den Faktor 300 – was auch immer dies real für die Menschen dieses Planeten bedeutete. Diese Dynamik hält immer noch ungebrochen an, auch wenn die Wohlstandsgewinne zumeist erst Generationen nach Eintreten des Wachstumsschub größeren Gruppen der Lohnabhängigen zugänglich wurden (Burnette/Mokyr 1995, 139 f.). Gerade gegenwärtig drängen in Asien, Lateinamerika, Afrika und Osteuropa Milliarden Menschen danach,

noch im 16. Jahrhundert auf „Wohlergehen, Gesundheit, was schön ist, gefällt, geziemt“ beschränkt und wurde erst im 18. Jahrhundert auf „Wohlhabenheit, Besitz, materiell gesicherte Verhältnisse“ bezogen (Pfeifer 1995, 1577).

Zugang zu diesem Wohlstand zu erhalten, während er in Westeuropa und den USA hartnäckig verteidigt wird.

Wie Karl Marx und Friedrich Engels (1974, 466) unter dem Eindruck der Expansion Englands in Asien schrieben:

„Die Bourgeoisie reißt durch die rasche Verbesserung aller Produktionsinstrumente, durch die unendlich erleichterte Kommunikation alle, auch die barbarischsten Nationen in die Zivilisation. Die wohlfeilen Preise ihrer Waren sind die schwere Artillerie, mit der sie alle chinesischen Mauern in den Grund schießt, mit der sie den hartnäckigsten Fremdenhass der Barbaren zur Kapitulation zwingt. Sie zwingt alle Nationen, die Produktionsweise der Bourgeoisie sich anzueignen, wenn sie nicht zugrunde gehen wollen; sie zwingt sie, die sogenannte Zivilisation bei sich selbst einzuführen, d.h. Bourgeoisie zu werden. Mit einem Wort, sie schafft sich eine Welt nach ihrem eigenen Bilde.“³

Was damals Vision war, ist heute vollendete Tatsache. Die kapitalistische Produktionsweise ist global. Und während noch vor knapp einem Vierteljahrhundert Sozialismus (oder was sich so nannte) noch ein Viertel der Weltbevölkerung erfasste, ist dieser 1917 begonnene Ausbruchversuch nun Geschichte. Der Kapitalismus hat sich gegenwärtig als konkurrenzloses System der Produktion von Reichtum durchgesetzt. Und doch gerät gerade seine sehr spezifische Reichtumsproduktion im Augenblick seines allumfassenden Sieges in die Kritik.

Für Adam Smith war es 1776 ganz selbstverständlich, dass der Reichtum der Nationen sich proportional zu den Gütern und Dienstleistungen verhält, die die jeweilige Nation je Kopf der Bevölkerung auf Märkten verkaufen kann. Es ist das Bruttosozialprodukt je Einwohner, das für ihn die Grundlage von Wohlstand ist. Die räuberische Landnahme und Kolonialisierung waren darin nicht eingeschlossen. Mit ganz anderem Bewusstsein um die historische Besonderheit dieses Reichtums begann Karl Marx sein Hauptwerk 90 Jahre später mit dem Satz: „Der Reichtum der Gesellschaften, in welchen kapitalistische Produktionsweise herrscht, erscheint als eine ‘ungeheure Warensammlung’, die einzelne Ware als seine Elementarform“ (Marx 1974, 49). Weitere 60 Jahre später antizipiert John Maynard Keynes (2007, 142) einen Zustand, in dem

3 Christel Neusüß (Neusüß 1985, 288) verweist auf Rosa Luxemburgs Darstellung dieser Öffnung Chinas, wie sie um 1900 in eine neue Phase ging: „Rauchende Trümmer größter und ältester Städte, Verfall der Ackerkultur auf großen Strecken platten Landes, unerträglicher Steuerdruck zur Erschwingung der Kriegskontributionen waren die Begleiter jedes europäischen Vorstoßes. Von den mehr als 40 chinesischen Treaty ports ist jeder mit Blutströmen, Gemetzel und Ruin erkaufte worden“ (Luxemburg 1913, 342).

der Mensch erstmals „seit seiner Erschaffung [...] vor seine wirkliche, seine beständige Aufgabe gestellt sein [wird] –, wie seine Freiheit von drückenden wirtschaftlichen Sorgen zu verwenden, wie seine Freizeit auszufüllen ist, die Wissenschaft und Zinseszins für ihn gewonnen haben, damit er weise, angenehm und gut leben kann“. Umso entfalteter die kapitalistische Reichtumsproduktion, umso umstrittener wird sie.

Heute befassen sich selbst die Eliten der Weltgesellschaft mit der Fragwürdigkeit der überkommenen Reichtumsmessung. Hintergrund ist die Tatsache, dass sich in den meisten hoch entwickelten Ländern die Wachstumsraten des Bruttosozialprodukts seit den 1950er Jahren ständig verringern. Nur das absolute Maß an neu verfügbaren Waren und Dienstleistungen steigt konstant um ungefähr die gleiche Summe (Klein 2006, 192). In diesen Staaten ist eine relative Sättigung eingetreten. Vor diesem Hintergrund erweist sich das Bruttosozialprodukt nur noch als einer von mehreren Indikatoren gesellschaftlichen Reichtums einer Gesellschaft neben der Lebenserwartung oder Bildung, wie sie im Human Development Indikator (HDI) erfasst werden. Es gibt aber auch noch die Tatsache, dass gleicher gesamtgesellschaftlicher Wohlstand ungleich verteilt weniger wert ist als weitgehend gleich verteilte Güter. Denn für die, die wenig haben, ist das wenige mehr wert als das viele für jene, die im Überfluss leben. Wird diese Ungleichheit berücksichtigt, so stürzen die USA beim HDI von Platz 4 auf Platz 23 ab (Wikipedia 2013b). Noch problematischer wird die Reichtumsmessung, wenn zudem die Folgekosten der heutigen Produktions- und Lebensweise für die natürliche Umwelt erfasst werden. Dann erweist sich, dass die hoch entwickelten Länder trotz des Wachstums des Bruttosozialprodukts entweder überhaupt keinen wachsenden Reichtum ausweisen können oder dieser sogar deutlich sinkt. Werden wie im Genuine Progress Indicator (GPI) zudem Faktoren wie Kriminalität oder Zerstörung zwischenmenschlicher Beziehungen einbezogen, ergibt sich anders als für frühere Zeiten des Kapitalismus ein geradezu desaströses Bild nicht zuletzt in den USA (Wikipedia 2013a). Aus der Identifikation von wachsendem Bruttosozialprodukt mit sozialem Fortschritt ist (zumindest im globalen Norden) deren Differenz geworden.

Es ist Zeit, sich der Vorstellung zu entledigen, Reichtum sei vor allem ein Überfluss an Dingen und Waren. Wohlstand muss neu definiert werden (Brand et al. 2013). Die „Springquellen des Reichtums“ (Marx) sind nicht das Haben, sondern das Sein, sind als Lebensmöglichkeiten erfahrene und genossene Beziehungen der Menschen zueinander und zur Natur, in denen dieser Reichtum entsteht. Als (gesellschaftliches) körperlich-leibliches Naturwesen sind wir im

ständigen Stoffwechsel mit der irdischen Natur, der Gaiaspäre.⁴ Als (natürliches) Gemeinschaftswesen können wir uns nur erhalten, wenn wir interpersonelle Beziehungen zu anderen eingehen. Und in komplexen Gesellschaften, so die Erfahrungen, braucht es stabiler gesellschaftlicher Institutionen, die uns Sicherheit gewähren auch bei Kooperation mit Fremden. Und letztlich sind Menschen vor allem auch Wesen, die sich kulturell definieren. Menschliche Entwicklung ist primär kulturelle Entwicklung. Wenn man so will, ist der Mensch nur reich als natürlich-interpersonell-gesellschaftlich-kulturelles Wesen. Oder wie Dieter Klein schreibt: „Der ‘wirkliche’ größte Reichtum der Gesellschaft ist der Mensch mit all seinen produktiven körperlichen, geistigen und kulturellen Fähigkeiten, der auch alle anderen Dimensionen des gesellschaftlichen Reichtums als Entwicklungs- und Zivilisationspotential hervorbringt oder nutzbar macht“ (Klein 2006, 207). Dieser Reichtum, so die im Weiteren ausgeführte These, wird in vier Sphären erzeugt: der Gaiaspäre, der Sphäre der gemeinschaftlich-individuellen Lebenswelten, der Sphäre der gesellschaftlichen Institutionen und der Sphäre des Kulturell-Öffentlichen. Die Ökonomie, die im Kapitalismus zu einem formal abgegrenzten Raum verselbstständigt wurde, ist in Wirklichkeit Teil aller vier Sphären, durchdringt sie und wird von ihnen durchdrungen.

Dies wird schon dann deutlich, wenn man sich vergegenwärtigt, wieso Adam Smith’ Identifikation von Reichtum mit bezahlten Waren und Dienstleistungen nicht aufgeht. Erstens sind in seiner Reichtumsbestimmung die unbezahlbaren „Leistungen“ der irdischen Natur nicht erfasst, der *natürliche Reichtum*. Er taucht nur als Rohstoff- und Abfallkosten auf. Der Reichtum der irdischen Natur ist aber die erste Quelle allen Reichtums überhaupt. Es ist die *Gaiaspäre*, die menschliches Leben unter bestimmten Rahmenbedingungen erst möglich macht (Wijkman/Rockström 2012), die unsere „Heimat“ mit ihren eigenen Lebenszyklen ausmacht (Lovelock 2000). Zu diesen Bedingungen gehören die (relative) Klimastabilität, die Artenvielfalt (Biodiversität), die energetischen und mineralischen Rohstoffe. Dieser Planet ist zudem nicht nur eine Rohstoffquelle. Es ist auch die bloße Schönheit der irdischen Welt, die uns Erstaunen und Behutsamkeit abverlangen sollte (Kühne 1993, 102). Man könnte auch von einer Bio- oder Gaiaphilie sprechen, von einer Liebe zu dem Lebensraum, dem wir als Menschen entsprungen sind (Wilson 1984). Wir sind sinnlich-emotional auf

4 Der Begriff wird in Differenz zur Biosphäre, Lithosphäre, Technosphäre etc. verwandt, die eng verwobene „Subsysteme“ des irdischen Lebensraums als Ganzer in seinen kosmischen Wechselbeziehungen bilden.

diese Welt angewiesen.⁵ Wie Marx schrieb: „Nur soweit der Mensch sich von vornherein als Eigentümer zur Natur, der ersten Quelle aller Arbeitsmittel und -gegenstände, verhält, sie als ihm gehörig behandelt, wird seine Arbeit Quelle von Gebrauchswerten, also auch von Reichtum“ (Marx 1875, 15). Die Ignoranz gegenüber dieser Reichtumsquelle wird zur Bedrohung, wenn die Leistungsfähigkeit der Natur reduziert, wenn Biodiversität unwiederbringlich zerstört, Rohstoffe aufgebraucht oder ein Klimawandel eingeleitet wird, der die natürlichen Lebensmöglichkeiten zukünftiger Generationen drastisch reduziert. Die ökologische Bewegung hat den Kampf um die Bewahrung dieses Reichtums ins Zentrum gerückt.

Zweitens erfasst das Bruttosozialprodukt bekanntermaßen nur einen Teil jener Leistungen, die auf bezahlter menschlicher Arbeit beruhen. Die auf Märkten gehandelten Güter können nur produziert und ausgetauscht werden, weil gleichzeitig reproduktive Arbeit geleistet wird, die im hohen Maße nicht bezahlt wird (von der Kindererziehung, den Leistungen in den Haushalten bis hin zu Pflege) (Werlhof et al. 1988). In Deutschland übersteigen diese Leistungen die Erwerbsarbeit um siebzig Prozent (Hierschel o. J.). Die Arbeit am zwischenmenschlichen Zusammenhalt, an der Reproduktion der unmittelbaren zwischenmenschlichen Beziehungen erzeugt *sozialen Reichtum*. Er wird in der *Sphäre der gemeinschaftlich-individuellen Lebenswelten* erzeugt. Es ist die Sphäre des Daseins für Andere und für sich selbst. In den hier entstehenden zwischenmenschlichen Beziehungen und in der Gestaltung des eigenen Lebens gewinnen wir das Glück eines gelingenden Lebens oder verfehlen es (Iacoboni 2011). Gerade das „Innerste“ unseres Körpers, das Gehirn, ist „als ganzes [...] ein soziales Organ“ (Fuchs 2009, 191).

Menschliche Arbeit ist die zweite Quelle allen Reichtums nach der Natur. Die Bedeutung dieses Reichtums erfahren wir vor allem dann, wenn anomische Zustände, soziale Kälte und Gewalt den Alltag prägen. Ein Teil dieser Sorgearbeit, soweit sie als Erwerbsarbeit geleistet wird, ist heute transnational (Scheiwe/Krawietz 2010). Gerade die neue Frauenbewegung hat die patriarchale Ignoranz dieses Reichtums und der Geringschätzung seiner Produzentinnen und ihre systematische Unterdrückung enthüllt (Federici 2012) und den Übergang zu einer

5 Dieses Erstaunen spricht aus Darwins großem Werk „Die Entstehung der Arten“, das er mit dem Satz abschließt: „Es ist wahrlich etwas Erhabenes um die Auffassung, daß der Schöpfer den Keim alles Lebens, das uns umgibt, nur wenigen oder gar nur einer einzigen Form eingehaucht hat und dass, während sich unsere Erde nach den Gesetzen der Schwerkraft im Kreise bewegt, aus einem so schlichten Anfang eine unendliche Zahl der schönsten und wunderbarsten Formen entstand und noch weiter entsteht“ (Darwin 2004, 678).

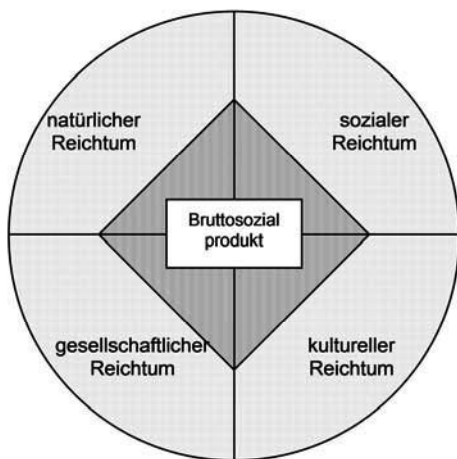
Sorgewirtschaft auf die Tagesordnung gesetzt (Madörin 2006). Immer deutlicher wird der Zusammenhang zwischen dem Umbruch in den Naturverhältnissen und den Geschlechterverhältnissen (Hofmeister et al. 2013).

Drittens ist ganz offensichtlich, dass Länder mit ähnlich hohem Bruttosozialprodukt sich danach unterscheiden, wie Lebenschancen verteilt sind. Wenn größere Teile der Bevölkerung keinen Zugang zu den Grundgütern eines guten Lebens haben, wird gesellschaftlicher Reichtum zu parasitärem Luxus, verkehrt sich ins Gegenteil, ist Ausdruck verbreiteter Armut. Eine Gesellschaft ist umso reicher, umso mehr sie in der Lage ist, ihren Bürgerinnen und Bürgern ein sicheres Leben in Freiheit und Gleichheit zu ermöglichen und ihnen dabei vielfältige Möglichkeiten der demokratischen Mitbestimmung gibt. Es ist dies ihr *gesellschaftlicher Reichtum*. Seine Basis sind generalisiertes Vertrauen und Gerechtigkeit. Beide entspringen der *Sphäre der gesellschaftlichen Institutionen*, mit denen gemeinschaftsübergreifende Kooperation gesichert wird, mit denen Konflikte zivilisiert werden, Vertrauen und Sicherheit jenseits des Ansehens der konkreten Person gestiftet wird sowie vor allem auch Reichtum umverteilt wird und die öffentlichen Leistungen der Daseinsvorsorge gestaltet werden. Die Quelle dieses Reichtums sind Tätigkeiten, die darauf gerichtet sind, diese Institutionen zu erzeugen, zu erhalten und weiterzuentwickeln. Sie reichen vom bürgerschaftlichen oder betriebsbezogenen Engagement für Selbstverwaltung und Mitbestimmung über Bürgerinitiativen bis hin zu den hoch institutionalisierten Formen des Rechtssystems oder der repräsentativen Demokratie. Die sogenannten „failing states“ sind vor allem Staaten, in denen dieses Fundament fehlt bzw. nachhaltig zerstört wurde. Die Geschichte zeigt, wie langwierig der Aufbau solcher Institutionen und wie kostbar das dabei durchgesetzte Gewaltmonopol ist (Reemtsma 2008). Viel zu oft wird dieser Reichtum gerade ob seiner angenommenen Selbstverständlichkeit ignoriert oder als bloßes Entwicklungsdefizit konstatiert. Und er ist durch die gegenwärtige Krise auch in den westlichen Gesellschaften zutiefst gefährdet, wird in deren Kernbereichen wie auch an den Rändern aufgelöst. Der Wohlfahrtsstaat wurde dem Wettbewerbsstaat untergeordnet (Hirsch 1998). Die Eliten haben sich teilweise von ihren zivilisatorischen Bindungen (einschließlich der Steuerpflicht) entledigt, die Marginalisierten können gar nicht mehr hoffen, dass diese Bindungen ihnen nützlich sein können. In vielen Bank- und Konzernzentralen und in den Banlieus ist dieser Reichtum nicht mehr präsent, wenn auch aus völlig gegensätzlichen Gründen. Die einen empfinden ihn als Fessel der Anhäufung von Luxus, die anderen können nicht mehr hoffen, dass er sie aus ihrer Armut befreit. Viele soziale und Demokratiebewegungen richten ihre Anstrengungen auf die Schaffung von Bedingungen dieser spezifisch gesellschaftlichen Reichtumsproduktion.

Viertens erweist sich, dass ein wachsendes Angebot von Waren und bezahlten Dienstleistungen keinesfalls identisch ist mit hohem *kulturellen Reichtum* einer Gesellschaft, mit kultureller Kreativität und Vielfalt, der Freiheit des kulturellen Austauschs und der offenen Suche. Dieser Reichtum entspringt der *Sphäre des Kulturell-Öffentlichen* einer Gesellschaft. Es geht um Wissen, Bildung, um die Erfahrung des Schönen wie Schrecklichen, des Guten wie des Bösen in ihrer menschlich-gesellschaftlichen Bedeutsamkeit sowie um wie die Fähigkeit, sich diesen Reichtum auch anzueignen. Heute sind viele Bewegungen gerade auch als Bewegungen im Kampf um den kulturellen Reichtum, seine Aneignung und autonome Nutzung zu verstehen. In der griechisch-römischen Antike wurde die Muße der Wenigen als Quelle dieses Reichtums und des höchsten Glücks angesehen – aber zugleich auf die bloß schauende erkennende Tätigkeit reduziert. „Anteil an diesem Glück“, so Aristoteles (1956, 230), „weist niemand dem Sklaven zu, außer er gibt ihm auch die Möglichkeit, ein eigenständiges Leben zu führen.“

Das Bruttosozialprodukt ist nur ein sehr begrenzter und verzerrter Ausdruck aller vier Gestalten, in denen Reichtum erzeugt wird (siehe Grafik 1). Dies spricht nicht gegen die Verwendung des Bruttosozialprodukts als einem wirtschaftlichen Indikator neben anderen, aber für seine Unterordnung unter andere Maßstäbe. Während Adam Smith vor fast zweieinhalb Jahrhunderten selbstbewusst den schnellen Aufstieg der britischen Mittelklassen theoretisierte und nach der Erklärung für dieses historisch neue Phänomen suchte, ist der heutige Dis-

kurs dadurch geprägt, dass dieser Reichtum selbst fragwürdig geworden ist. Ein unentwegtes „Nicht genug“ und ein immer hörbarer Ruf nach einem anderen Reichtum prallen aufeinander. Man könnte die Konflikte des frühen 21. Jahrhunderts *auch* als Reichtumskonflikte verstehen. Diesem Ansatz wird im Folgenden nachgegangen. Wir befinden uns in einer Epoche, so die These, in der die Produktion und Verteilung des Reichtums



Grafik 1: Die vier Sphären des Reichtums und das Bruttosozialprodukt

auf neue Weise umkämpft ist. Dies verlangt auch, die sozialen Auseinandersetzungen der Gegenwart neu zu analysieren.

Anders als früher oft vorgestellt, gibt es nicht mehr die *eine* große Frage und schon gar nicht gibt es das *eine* Subjekt, den *einen* Akteur sozialen Protests, die in der Lage wären, die Auseinandersetzungen der Gesellschaft zu prägen. In ihrer Trennung steht jede einzelne Frage, die artikuliert wird, gegen die anderen. Wenn wirksame Veränderungen erfolgen sollen, dann müssen veränderte Verbindungen verschiedenster Fragen, Probleme und Bewegungen aktiv hergestellt, die Konflikte neu „verknötet“ (Laclau/Mouffe 2006) werden. Wie aber soll dies möglich werden? Oft sind es konkrete Ereignisse, die dieses Zusammengehen für einen Moment befördern. Eine der Bedingungen dafür ist das Bewusstsein über die Grundlagen der Konflikte. Würde es gelingen, einen Diskurs über den möglichen Zusammenhang des Verschiedenen zu führen, könnten die Fragmente sich zu einem Mosaik mit transformatorischer Kraft fügen, würde die „multitude“ (Hardt/Negri 2004) reale Gestalt annehmen. Die Aufdeckung des Zusammenhangs der Sphären der Produktion des gesellschaftlichen Reichtums mit den zentralen Konflikten der Gegenwart wäre ein möglicher Weg. Es wäre eine *Vier-in-einem-Perspektive*, so sei in Rückgriff auf Frigga Haug (2008) formuliert.

Was bei Frigga Haug mit Blick auf die Arbeit und die Arbeitszeit exemplarisch verdeutlicht wird, der solidarische Zusammenhang des Verschiedenen, wird in dem vorliegenden Beitrag generalisiert. Dies soll es ermöglichen, den Zusammenhang unterschiedlicher sozialer Kämpfe und deren solidarische Verknötung nicht erst als zusätzliche Bedingung einzuführen, die ihnen von außen aufgetroyiert werden muss. Das „Vier“ wären die vier Sphären des Reichtums: Natur, gemeinschaftlich-individuelle Lebenswelten, die Sicherheit, Vertrauen, Gerechtigkeit und demokratische Selbstbestimmung ermöglichenden gesellschaftlichen Institutionen und die Welt des Kulturell-Öffentlichen. Und das „Eine“ steht für die Herstellung eines solidarischen Zusammenhangs, der auf die Überwindung von krasser sozialer Ungleichheit der Lebenschancen, der Macht, des Eigentums der kapitaldominierten Gesellschaft zielt. Das verlangt die gemeinsame Bekämpfung des Finanzmarkt-Kapitalismus (vgl. Brie 2006). Es geht um *eine* befreiende Perspektive auf die Gestaltung der *vier* wichtigsten Fragen der Gegenwart (vgl. zur Herstellung einer solidarischen Perspektive Dellheim et al. 2012).

Dieser Artikel ist der Versuch, in die jetzigen Diskurse einen Vorschlag einzubringen, der solidarische Kooperation befördern kann. Dabei geht es vor allem um die Begründung eines gemeinsamen Fundaments in unsicheren Zeiten. Ob sich eine solche *Vier-in-einem-Perspektive* in praktischen Kooperationen bewähren

kann, wird sich zeigen. Offen ist auch, ob sie mit einem fruchtbaren Forschungsparadigma sozialökologischer Transformation verbunden werden kann. Dieser Artikel ist ein intellektuelles Experiment, ein Gedankenspiel. Er hat die Absicht, eine „lebende Gestalt“ (Schiller 1975, 311) zu schaffen, die helfen könnte, sich aufgeklärter und solidarischer in den Konflikten der Gegenwart zu bewegen.

Der Motor kapitalistischer Reichtumsproduktion

In vorkapitalistischen Gesellschaften wurden der natürliche, soziale, gesellschaftliche und kulturelle Reichtum weitgehend in unmittelbarer Einheit produziert. Der Stoffwechsel mit der Natur war überschaubar. Der Kreislauf der lokalen Umwelt, die gemeinschaftlich-patriarchalen Lebenswelten, die auf personellen Herrschafts- und Abhängigkeitsverhältnissen gegründeten gesellschaftlichen Institutionen (des alltäglichen Austauschs, von Unterordnung und Unterstützung, des Staates genauso wie des Rechts und Geldverleihs) und schließlich die tradierten kollektiven Formen der Deutung, des Wissens und der Legitimation bildeten ein lokal-regionales Ganzes, dessen Mitglieder nach den gleichen Rhythmen in begrenzten Räumen lebten. Im dörflichen Radius von fünf, im städtischen Umfeld von 20 bis 30 Kilometern erschöpfte sich fast der gesamte gesellschaftliche Austausch. Heimat und Welt fielen für die große Mehrheit der Menschen zusammen. Imperiale Großreiche und transregionale Handelssysteme stellten nur den Überbau einer Vielzahl lokaler Gemeinschaften dar, in denen diese unmittelbare Einheit von Natur, Gemeinschaft, Gesellschaften und Kultur gelebt und erlebt wurde. Die Reichtumsproduktion war gebunden an diese lokalisierte Welt und ihre Kreisläufe. Ihre Früchte wurden durch die Herrschenden über Patronage-Klientel-Beziehungen abgeschöpft.

Anders in modernen kapitalistischen Gesellschaften. Wie Karl Polanyi (2005, 326) schreibt: „Die industrielle Zivilisation zerlegte die Elemente des menschlichen Seins.“ Die Ressourcen der Erde werden global ausgebeutet und umverteilt. Fast sieben Milliarden Tonnen werden jährlich allein auf dem Seeweg transportiert, mehr als eine Tonne pro Erdenbürgerin oder Erdenbürger – ungleich verteilt wie alles zugunsten der „Habenden“. Die unmittelbare Bindung der Produzenten an die Produktionsmittel (Grund und Boden, handwerkliche Instrumente etc.) ist zerrissen. Die Arbeitenden sichern ihre eigene Reproduktion und die ihre Familie durch Lohnarbeit auf Arbeitsmärkten, die in globaler Konkurrenz zueinander stehen – oder sie scheitern daran. Arbeitskraft, Grund und Boden, Rohstoffe wie Wissen werden auf den Markt geworfen und auf den Markt gezwungen. Sie erhalten eine Geldform in Form von Lohn, Rente, Zins oder Preis. Zugleich

können die genannten Ressourcen fast beliebig zusammengefügt werden. Wie R. M. MacIver in seinem Vorwort zu Karl Polanyis „Great Transformation“ schreibt: Die „Teufelmühlen“ kapitalistisch-industrieller Unternehmen „ignorierten alle menschlichen Bedürfnisse, außer einem; rücksichtslos begannen sie die Gesellschaft als solche in ihre Einzelbestandteile zu zermahlen“ (MacIver 1995, 12). Doch die Trennung hat ihre Kehrseite. Sie macht die „Durchsetzung neuer Kombinationen“ der Wirtschaftsfaktoren erst möglich. Diese Kombination ist Ausgangsbedingung der Entwicklungsfähigkeit bürgerlich-kapitalistischer Gesellschaften, wie Schumpeter (2013, 469) sie analysiert hat. Die unternehmerische Funktion kann aber in vielen Gestalten wahrgenommen werden. Oft sind es gerade kleine Neugründungen, sind es selbstbestimmte oder auch genossenschaftliche Verbindungen, sind es zivilgesellschaftliche oder staatliche Organisationen, soziale und kulturelle Vereine, partnerschaftliche Zusammenhänge, aus denen das wirklich Neue entsteht. Im heutigen Kapitalismus ist der Preis, den viele für diese Art von „Erneuerung“ zahlen, hoch. Der Wert ihres Lebens für die kapitaldominierten „Unternehmen“ misst sich an den Kosten, die ihre „Beschaffung“ macht – sei es als Lohnarbeiter in Fabriken, als Pflegekräfte oder Haushaltshilfen oder in neuer Sklaverei und leiblicher Abhängigkeit.

Die bürgerlich-kapitalistischen Gesellschaften setzen nicht nur die Ressourcen zur Rekombination frei, sondern sprengen auch den Zusammenhang von Natur, Lebenswelten, gesellschaftlichen Institutionen und der Kultur auf. Jede natürliche Ressource an jedem Ort, jede Arbeitskraft in jeder Gemeinschaft, alles Vermögen in welcher Hand auch immer und Wissen beliebiger Form und Gestalt wird dem unternehmerischen Zugriff geöffnet. Gewalt, dieses Geheimnis jeder Gesellschaft, erhält ein neues Ziel und eine neue Funktion. Aufgabe ist nicht die klassische Landnahme „tributärer Imperien“, die aus den eroberten Regionen ein Mehrprodukt abschöpft und für einige wenige zentrale Vorhaben des Krieges, der Administration oder auch der religiös-kulturellen Symbolisierung von Herrschaft einsetzt. Die Eroberer der westlichen Neuzeit sind Unternehmer in einer Private-Public-Partnership – ob Kolumbus, Cortez oder Pizarro, ob die Niederländischen Ostindien- bzw. Westindien-Kompanien als erster Aktiengesellschaften der Geschichte oder deren britische Nachfolger. Moderne Gewalt, physisch oder strukturell, ist deshalb so durchgreifend zerstörend, weil sie alle traditionellen Gemeinschaften in eine bloße Anhäufung verwertbarer Ressourcen, in eine Warenhalde verwandelt. Was nicht in Wert gesetzt werden kann, hat keine Existenzberechtigung. Es ging den Konquistadoren um Gold und Silber als Weltgeld, um Gewürze, Porzellan, Seide und um die schwarzen Arbeitskräfte für die kapitalistisch orientierten Plantagen und Bergwerke der

schönen Neuen Welt (Linebaugh 2000). Wie Rosa Luxemburg schreibt: „Das innerste Wesen, der Kern, der ganze Sinn und Inhalt der imperialistischen Politik der kapitalistischen Staaten ist das fortschreitende und unausgesetzte Zerreißen aller nichtkapitalistischen Länder und Völker in Fetzen“ (Luxemburg 1974, 28).

Die ganze Geschichte des Kapitalismus kann *auch* (aber nicht *nur*) als Geschichte globalisierter Naturausbeutung und neuer Formen von Abhängigkeit und Unterdrückung geschrieben werden (Moore 2007). Marx beschreibt mit Blick auf Indien Mitte des 19. Jahrhunderts, „wie Myriaden betriebsamer, patriarchalischer und harmloser sozialer Organisationen zerrüttet und in ihre Einheiten aufgelöst werden, hineingeschleudert in ein Meer von Leiden“ (Marx 1853a, 132), ohne zu übersehen, dass „diese kleinen Gemeinwesen durch Kastenunterschiede und Sklaverei befleckt waren [...], dass sie einen sich naturwüchsig entwickelnden Gesellschaftszustand in ein unveränderliches, naturgegebenes Schicksal transformierten“ (ebd., 133). Er findet für die Entwicklung der kapitalistischen Produktionsweise seiner Zeit in deren Zentrum die folgenden Worte:

„Innerhalb des kapitalistischen Systems vollziehn sich alle Methoden zur Steigerung der gesellschaftlichen Produktivkraft der Arbeit auf Kosten des individuellen Arbeiters; alle Mittel zur Entwicklung der Produktion schlagen um in Beherrschungs- und Exploitationsmittel des Produzenten, verstümmeln den Arbeiter in einen Teilmenschen, entwürdigen ihn zum Anhängsel der Maschine, vernichten mit der Qual seiner Arbeit ihren Inhalt, entfremden ihm die geistigen Potenzen des Arbeitsprozesses im selben Maße, worin letzterem die Wissenschaft als selbständige Potenz einverleibt wird; sie verunstalten die Bedingungen, innerhalb deren er arbeitet, unterwerfen ihn während des Arbeitsprozesses der kleinlichst gehässigen Despotie, verwandeln seine Lebenszeit in Arbeitszeit, schleudern sein Weib und Kind unter das Juggernaut-Rad des Kapitals.“ (Marx 1974, 674)

Seine Hoffnung für die Zentren wie für die Peripherie der kapitalistischen Weltgesellschaft war:

„Bürgerliche Industrie und bürgerlicher Handel schaffen diese materiellen Bedingungen einer neuen Welt in der gleichen Weise, wie geologische Revolutionen die Oberfläche der Erde geschaffen haben. Erst wenn eine große soziale Revolution die Ergebnisse der bürgerlichen Epoche, den Weltmarkt und die modernen Produktivkräfte, gemeistert und sie der gemeinsamen Kontrolle der am weitesten fortgeschrittenen Völker unterworfen hat, erst dann wird der menschliche Fortschritt nicht mehr jenem scheußlichen heidnischen Götzen gleichen, der den Nektar nur aus den Schädeln Erschlagener trinken wollte.“ (Marx 1853b, 226)

Die kurz skizzierte Verbindung von nackter Gewalt und barer Zahlung erlaubt, und darauf kommt es hier an, die freie Kombination natürlicher, menschlicher und kultureller Ressourcen. Und gleichzeitig stellt sie sie unter das Primat der

Verwertung. Die Freiheitsfortschritte der Einen sind mit neuer existenzieller Abhängigkeit und Entwürdigung der Anderen verbunden und oft ist trifft beides zugleich auf die gleichen sozialen Gruppen zu. Die Möglichkeit von Innovation, von ständiger Erneuerung, von betriebswirtschaftlicher Effizienz entsteht erst mit diesem Prozess der Zertrümmerung der traditionellen Gesellschaften und der Auflösung der unmittelbaren Einheit von Natur, Gemeinschaft, Gesellschaft und Kultur. Es ist ein Doppelprozess von „Ausplünderung und Produktivität“ (Moore 2007, 288). Dahinter gibt es auch kein Zurück. Es kann keine Einbettung der Märkte oder des Staates in eine gar nicht mehr vorhandene und auch nicht wiederherzustellende unvermittelte Einheit von Natur, Gemeinschaft, gesellschaftlicher Regelung und Kultur geben. Sie wäre zugleich eine Rückkehr zu größter persönlicher Abhängigkeit und Knechtschaft, zu borniertester Existenz. „Eine Kettenreaktion“, so Karl Polanyi, „wurde ausgelöst und die harmlose Institution des Marktes flammte in einer [...] Explosion auf“ (Polanyi 2005, 331). Das Tor zur Vergangenheit traditionaler Gesellschaften ist auf immer verschlossen. Die Auflösungen und Neukombinationen setzen sich unentwegt fort. Alles Gegebene ist es buchstäblich „wert“, dass es zugrunde geht, weil aus diesem Untergang „Mehr-Wert“, aber eben auch ein Mehr an Möglichkeiten geschöpft wird, um deren Verteilung hart gekämpft wird. Der Boden der Gesellschaften wird permanent umgebrochen. Transformation über den Kapitalismus hinaus kann nur auf diesem Boden gedacht werden und beginnen. Eine *neue Einheit* von Natur, Gemeinschaft, Gesellschaft und Kultur ist heute *nur vermittelt* möglich, auch wenn damit Elemente vorkapitalistischer Zivilisationen in veränderter Weise wieder Gewicht erhalten werden: das Genug und die Muße, das Hier und Jetzt, der lokale Raum und die konkreten zwischenmenschlichen Beziehungen (Skidelsky 2012), Formen des direkten Austausches einer „peer-to-peer-economy“ (Siefkes 2008) und der Subsistenz, wie der Aufstieg von städtischen Gärten zeigt (Müller 2011; Cockrall-King 2012). Die vorkapitalistischen Gemeinschaften waren durch ihre qualitative Verschiedenheit zueinander ausgezeichnet; die heutigen Gesellschaften lassen sich im Selbstverständnis vor allem nach der Höhe des Bruttosozialprodukts und der Teilhabe am Konsum der gleichen globalen Güter in arm, reich und Schwellenländer unterteilen. Aber ein ganz anderer Horizont des Reichtums ist möglich in einer Gesellschaft, in der die freie Selbstbestimmung nicht um den Preis der Zerstörung von viel zu viel Natur, Gemeinschaft, Gesellschaft und Kultur und in der Polarität von oben und unten, Nord und Süd, Mann und Frau erfolgt. Dazu aber muss der wirkliche Reichtum der Gesellschaften anders erzeugt, verteilt und gebraucht werden.

Die Trennung von Produktionsmitteln und unmittelbaren Produzenten ist Grundbedingung einer modernen kapitalistischen Wirtschaft. Sie entstand und entsteht mit der „ursprünglichen Akkumulation“ als historische Trennung der Produzenten von den Produktionsmitteln (Marx 1974, 741 ff.).⁶ In einer solchen Wirtschaft stehen Unternehmen in Konkurrenz um die profitorientierte Nutzung der voneinander geschiedenen Ressourcen von Natur, Arbeitskraft, Kredit und Wissen, die sie kaufen oder pachten, um sie wirtschaftlich zu kombinieren und zu verwerten. Wirtschaftliche Unternehmen, die dieses Kriterium nicht erfüllen, werden an den Rand gedrängt oder gehen in den Konkurs. Ganze Völker waren dem Untergang geweiht. Die Unterordnung der Unternehmen unter das Primat der Verwertung des vorgeschossenen Kapitals wird zum Primat der Kapitalverwertung über die Wirtschaft. Von Marx wurde dies auch als „allgemeine Formel des Kapitals“ bezeichnet: das vorgeschossene Geld (G) reproduziert sich über den Warenaustausch (W) in erweiterter Form, wird zu einem Mehr an Geld (G'): $G - W - G'$ (vgl. Marx 1974, 161 ff.). Es handelt sich um die „Selbstverwertung des Werts“, um „gieriges Geld“ (Duchrow 2013).

Die kapitalistische Wirtschaft ist folgerichtig Kreditwirtschaft. Der Kredit ist das entscheidende Steuerungsinstrument. Dies bedeutet, dass nicht etwa vorhandenes, in der Vergangenheit akkumuliertes Kapital, aufgehäufte „Schätze“ verliehen werden, sondern auf der Basis schon akkumulierten Kapitals *neues* Kapital geschöpft wird, dessen Verwertungsansprüche aus *zukünftigen* Erträgen zu bedienen sind.⁷ Dies macht einen ungeheuren Unterschied zu vorkapitalis-

6 Die sozialistischen und kommunistischen Experimente des 19. und 20 Jahrhunderts scheiterten (auch) am Versuch, die unmittelbare Einheit von Produzent und Produktionsbedingungen als Staatseigentum wieder herzustellen. Sie zerstörten damit eine entscheidende Bedingung von Erneuerung (vgl. dazu Brie 2004). Es bleibt das ungelöste Problem jedes Sozialismus, wie eine selbstbestimmte Einheit von Produzent und Produktionsbedingungen hergestellt werden kann, ohne dabei zugleich die Entwicklungsfähigkeit moderner Gesellschaften zu untergraben. Eine solche Einheit wäre nur als (solidarisch) vermittelte Einheit möglich, die die relative Selbstständigkeit der kooperativ wirkenden Wirtschaftsakteure nicht aufhebt.

7 „Da die Unternehmungen Produktionsfaktorleistungen kaufen müssen, um die Güter zu produzieren, die sie *nach* erfolgter Produktion auf den Markt bringen und verkaufen, müssen sie über einen Vorschuss von Geld verfügen, um die Produktionsfaktorleistungen zu kaufen, *bevor* sie sich durch Verkauf der Güter bezahlt gemacht haben. Dieser Vorschuss ist das Unternehmungskapital. Sein Einsatz muss sich durch die Erzielung eines Gewinns rechtfertigen. Der Marktprozess in der modernen Wirtschaft kann daher nur unter Mitwirkung des monetären Unternehmungskapitals und des monetären Gewinns erklärt werden“ (Binswanger 2006, 21).

tischen Gesellschaften aus: Als Kreditwirtschaft ist der Kapitalismus *zukunftsbezogen*. Es handelt sich um eine Spekulation oder Wette auf eine „reichere“ Zukunft. Kapitalismus ist deshalb entwicklungsorientiert, indem er die ständige Veränderung aller wesentlichen Elemente der Reproduktion zur Bedingung des Wachstums macht. Kapitalismus ist aber zugleich vergangenheitsorientiert, denn das Geldkapital ist unter der Kontrolle jener, die *vor jeder Kreditvergabe*, in der zurückliegenden Zeit, Eigentum und Macht in ihren Händen konzentrieren konnten und ausgehend davon nun auch die Kriterien bestimmen, auf deren Grundlage Kapital ausgereicht oder nicht ausgereicht wird. Der Generalstreik der Arbeitenden ist eine seltene Ausnahmesituation, nie von längerer Dauer. Der Investitionsstreik der Vermögenden dagegen ist jene Kraft, die ständig droht und alle Räder zum Stillstand bringen kann (Streeck 2013, 43 f.).

Die Bedingungen, unter denen im Kapitalismus Zukunft „selektiert“ wird, werden nicht deliberativ verhandelt, entstehen nicht aus demokratischer Partizipation und unterliegen auch nicht einer öffentlichen Kontrolle. Sie ergeben sich strukturell aus der Vormacht des Kapitals. Höchste Lebendigkeit und lähmende Verdinglichung, extreme Zukunftsorientierung und das enge Maß der Vermehrung aufgehäufter Vermögensansprüche, größte Vielfalt und härteste Reduktion auf den Profit prägen die kapitalistische Verwertung. Kapitalismus ist vergangenheitsbasiert, Gegenwart zerstörend und aus Zukunftserwartungen Gewinn schöpfend. Er peitscht Innovationen zu den Konditionen der Profitmaximierung voran, schafft Neues unter der Bedingung von Richtungskonstanz, kann nicht anders, als „die Produktionsinstrumente, also die Produktionsverhältnisse, also sämtliche gesellschaftlichen Verhältnisse fortwährend zu revolutionieren“ (Marx/Engels 1974, 465). Indem sie Kapitaleigentümern und Unternehmen die Freiheit auf den Märkten lässt, entzieht sie den Arbeitenden und der Gesellschaft insgesamt die Kontrolle über den Gesamtprozess.

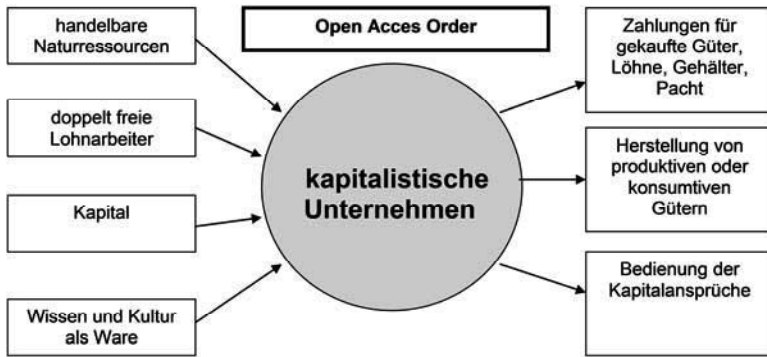
Die Möglichkeit der Innovation realisiert sich in bürgerlich-kapitalistischen Gesellschaften nur dann, wenn die Unternehmen erstens Ressourcen nicht einfach ausplündern können, sei es Arbeitskraft, sei es Rohstoffe, sei es die Kapitalanlage anderer oder als fremdes Wissen. Innovationen erfolgen nur, wenn dieser Ausplünderung durch wirkungsvolle ökologische und soziale Standards und Kontrollen ein Riegel vorgeschoben ist. Eine zweite Bedingung ist, dass die Unternehmen um den Zugang zu Kapital konkurrieren müssen bzw. der Kapitaleigentümer bzw. -verwalter unter konkurrierenden Angeboten verschiedener Unternehmen wählen kann. Dies institutionalisiert einerseits den Zwang zum Wachsen (die Unternehmen müssen um ihres Überlebens willen Gewinne erwirtschaften) und andererseits zur Erneuerung (die Unternehmen müssen dies

vor allem durch eine innovative Kombination der Produktionsfaktoren tun). Durch ökologische und soziale Standards und durch die Konkurrenz von Unternehmen wird die ständige Erneuerung von Produktion und Kommunikation auf Dauer gestellt.⁸ North, Weingast und Wallis sprechen von einer „Open Access Order“, um das Ensemble der notwendigen und hinreichenden Verhältnisse zu beschreiben, auf der diese Entwicklungsfähigkeit beruht. Sie nennen drei wichtige Bedingungen: „1) eine gefestigte Organisation militärischer und ziviler Kräfte steht unter Kontrolle des politischen Systems; 2) das politische System muss durch ein Set von Institutionen und Anreize geprägt sein, das den illegitimen Einsatz von Gewalt begrenzt; und 3) damit eine politische Gruppe oder Partei an der Macht bleibt, muss sie die Unterstützung ökonomischer und sozialer Interessen im weiten Sinne haben“ (North et al. 2009, 22). Diese drei Bedingungen würden die Unternehmensform bürgerlich-kapitalistischer Wirtschaft vor Enteignung und endemischer Korruption schützen.

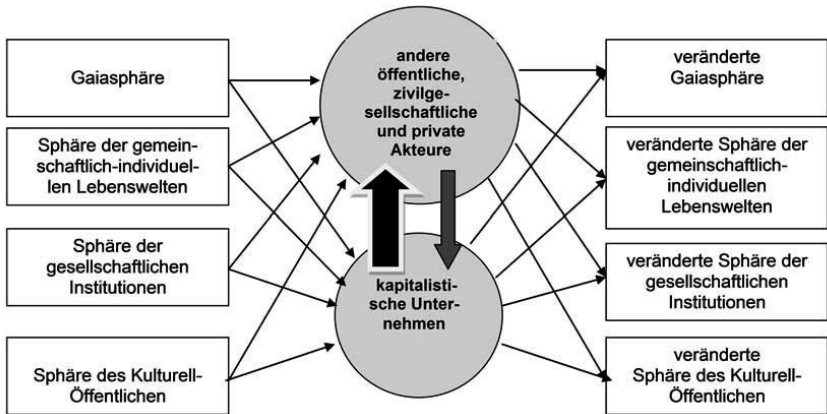
Voraussetzung der Dynamik kapitalistischer Wirtschaft ist das Losreißen zentraler gesellschaftlicher Ressourcen aus ihren unmittelbar-gemeinschaftlichen Zusammenhängen: (1) die Inwertsetzung natürlicher Ressourcen in handelbare Rohstoffe; (2) die Verwandlung von Teilen der Arbeit in Erwerbsarbeit; (3) die Schaffung eines Kapitalmarkts; und (4) die Behandlung von Wissen und Kultur als privat nutzbare Ressource. Inwertgesetzte Natur, Lohnarbeit, ein ausgebauter Kapitalmarkt und die Warenförmigkeit von Wissen und Kultur sind ihrerseits an die vier schon genannten Sphären der Reichtumsproduktion gebunden, aus denen sie entnommen, in die sie zurückgegeben werden. Alles erscheint als „Kapital“, nur in jeweils anderer Gestalt: „Geld- und Finanzinvestitionen, Humankapital, Sozialkapital, Naturkapital, selbst Emotionen“ (Altvater 2013, 237). Die kapitalistische Dynamik ist nur möglich, weil der in Grafik 2 dargestellte kapitaldominierte Reproduktionszusammenhang die Bedingungen seiner eigenen Reproduktion abgespalten hat und sich nicht unmittelbar unterwirft. Dies ist ein wesentlicher Unterschied zu vorkapitalistischen Gesellschaften, in denen die na-

8 Der Wachstumswang bezieht sich im Unterschied zum Zwang ständiger Erneuerung nicht unbedingt auf die Gesamtsumme der Kredite, sondern nur darauf, dass der *einzelne* Kredit mit Aufschlag zurückgezahlt wird. Eine entwicklungsfähige Wirtschaftsweise ist deshalb nicht zum unentwegten quantitativen Wachstum des Verbrauchs von Ressourcen und der Akkumulation immer größerer Kapitalien verdammt, sondern diese können auch quantitativ eingeschränkt werden, ohne dass dabei die Grundbedingungen der immer wieder veränderten Kombination der „Produktionsfaktoren“ unterdrückt werden.

türlichen Ressourcen, die Arbeitskraft, die politischen und sozialen Institutionen sowie die Kultur in das beherrschende Machtverhältnis *direkt* integriert waren.



Grafik 2: Unternehmen als Akteure der Reproduktion bürgerlich-kapitalistischer Gesellschaften



Grafik 3: Die vier Sphären der Reproduktion bürgerlich-kapitalistischer Gesellschaften

In jeder dieser Sphären, in denen der gesellschaftliche Reichtum entsteht, werden Bedingungen geschaffen, die für ein gelingendes Leben der Einzelnen und gesellschaftliche Stabilität wie Entwicklung sowie auch für die Kapitalverwertung unverzichtbar sind. Es sind nur Teile von Gesamtprozessen der Reproduktion der vier genannten Sphären, die unmittelbar zu Ressourcen kapitalistischer Unternehmen werden. Diese Unternehmen sind auch nicht die einzigen Akteure

der Reproduktion der Gesellschaft und ihres Reichtums, sondern die Individuen selbst, die öffentlichen Einrichtungen von Kommunen bis hin zu Staaten und internationalen Organisationen, aber auch Vereine, Netzwerke, Parteien etc. sind zu nennen (siehe Grafik 3). Damit steht die Frage, warum nicht sie das Kapital kontrollieren, sondern umgekehrt dieses die strukturelle Vormacht ausübt.

An dieser Stelle muss ein mögliches fatales Missverständnis ausgeräumt werden: Die Sphären des Reichtums existieren nicht jenseits der Unternehmen, des Staates, der Zivilgesellschaft, der Familien und Partnerschaften, der Kommunen oder Regionen. Es sind die Akteure heutiger Gesellschaften in ihrer Pluralität, die den hier dargestellten vierfachen Reichtum nutzen, erhalten, verändern, erweitern und auch zerstören – durch wirtschaftliche Tätigkeit wie auch durch Konsumtion, durch die Produktions- und Lebensweise, durch die Gesamtheit der sozialen, politischen und kulturellen Aktivitäten. Denn dieser Reichtum ist die Existenz- und Entwicklungsgrundlage der Akteure. Sie können nicht anders, als sich gestaltend auf diesen zu beziehen, in der ganzen Ambivalenz, die dies einschließt.

Jede konkrete Handlung berührt immer *alle* vier Sphären des Reichtums, muss immer auf Natur, Lebenswelt, gesellschaftliche Institutionen und Kultur zurückgreifen; sie ist nie nur ökonomisch, nie auch nur politisch-ökonomisch. Selbst mit kulturell-politisch-ökonomisch ist der Zusammenhang nicht hinreichend erfasst. Handeln ist immer kulturell-politisch-ökonomisch-metabolisch. Niemals geht es nur um eine Form des Reichtums. Selbst jene Auseinandersetzungen, wo es „nur“ um die Lohnhöhe im engsten Sinne geht, haben immer eine politische und kulturelle Dimension, berühren die Frage der Lebensweisen in ihrer imperialen oder neokolonialen Gestalt und sind Kämpfe um den Reichtum, der mit dem Stoffwechsel mit der Natur, unserer eigenen und der außerhalb von uns verbunden ist. Deswegen wird in diesem Beitrag auch keine Sphäre des wirtschaftlichen Reichtums konstituiert. Sie würde unterstellen, das Bruttosozialprodukt und der Anteil daran seien tatsächlich eine eigenständige Form von Reichtum. Folgt man einer solchen Auffassung, dann hat man tatsächlich die Kapitaldominanz über die Produktion, Verteilung und den Gebrauch von Reichtum als Deutung internalisiert. Man würde die Dominanz nur dadurch relativieren, dass man andere Formen des Reichtums *daneben* stellt. Hier aber wird der monetär ausdrückbare Reichtum dekonstruiert und als Erscheinungsform ganz anderer Gestalten des Reichtums aufgezeigt.

Es gibt ein weiteres Missverständnis. Dies besteht darin anzunehmen, dass die Akteure separat mal zur Natur und ihren umgestalteten Formen, unmittelbar oder gesellschaftlich vermittelt zueinander verhalten und dann auch noch

Deutungen produzieren, die mehr oder weniger Sinn machen. Das Gegenteil ist der Fall. Akteure gehen zwangsläufig in *jeder* Handlung alle vier Grundtypen von Verhältnissen ein. Dies sind (1) gesellschaftliche Naturverhältnisse (Becker/Jahn 2006; Becker et al. 2011; Wissen 2011), (2) gesellschaftliche Produktions- und Reproduktionsverhältnisse, zu denen die Lohnarbeitsverhältnisse wie die Geschlechterverhältnisse, die Verhältnisse von politisierter Ethnizität oder von Generationen gehören (erfasst im Konzept der Intersektionalität; vgl. Winker/Degele 2009), (3) Verhältnisse der Regulierung oder Governance ihrer Produktions- und Reproduktionsverhältnisse (vgl. dazu u.a. Poulantzas 2002; Foucault 2010; Brand et al. 2008; Jessop 2007a) sowie (4) kulturelle Verhältnisse von Sinngebung und Deutung, der Hegemonie und Gegen-Hegemonie (einen umfassenden Überblick zum „cultural turn“ in der kritischen Gesellschaftstheorie geben Sum/Jessop 2013, 83–167). Die vier genannten Sphären des Reichtums verändern sich also zum einen nur durch das Handeln von Akteuren, die dabei zugleich immer eine Komplexität von Verhältnissen eingehen, die alle vier Gestalten des Reichtums berühren. Die Akteure und Verhältnisse sind Movens und Struktur des Reichtums. Man könnte deshalb für den Inhalt dieses Artikels auch zwei andere Darstellungen wählen: Die eine würde von den Akteuren, die andere von den genannten gesellschaftlichen Verhältnissen ausgehen. Hier wurde jedoch der Reichtum in seiner Pluralität als Fokus gewählt, der Licht auf das Ganze wirft.

Die kapitalistische Formierung der Reichtumsproduktion und ihre Grenzen

Die bürgerlich-kapitalistischen Gesellschaften sind durch den Widerspruch zwischen historisch vorher ungekannter Reichtumsproduktion und der Unterordnung der Gesellschaften und ihrer Akteure unter die Herrschaft des kapitalinduzierten Mangels gekennzeichnet. Dem Überfluss steht das ständig erzeugte Defizit, dem Zuviel das permanente „Nicht genug“ entgegen. Ursache dafür ist ein permanenter Verdrängungswettbewerb um den Zugang zu Ressourcen, zu Rohstoffen, Arbeit, Kapital und Wissen. Die Abhängigkeit von Kapitalinvestitionen und die Konkurrenz institutionalisieren eine Kapitaldominanz, der sich alle Akteure unterwerfen müssen. Es entsteht eine Welt des Kapitalistischen – der Akteure und Institutionen, der Gestalten des materiellen wie des geistigen Reichtums.⁹ Diese Kapitaldominanz überformt auch alle anderen Verhältnisse

9 Elmar Altvater (2013, 239) macht die Widersprüchlichkeit von Einschluss von natürlichen „Ressourcen“ oder der Arbeitskraft in den Verwertungsprozess plastisch

der Ungleichheit, Unterdrückung und Abhängigkeit – sei es direkt oder indirekt. Die Dynamik der Veränderung der anderen Verhältnisse hat ihre vornehmliche, wenn auch keineswegs ausschließliche Ursache in der verselbstständigten Logik der Kapitalakkumulation – heute als Entfesselung der Märkte (Klein 2009) und finanzmarktgetriebene Akkumulation (Bischoff 2009; Kramer/Nessel 2012), im weiteren kurz als Finanzmarkt-Kapitalismus bezeichnet.

Die Abhängigkeit aller privaten wie öffentlichen Haushalte von der Kapitalverwertung setzt sich doppelt durch: Erstens sind die Einnahmen der Haushalte vom Erfolg der Unternehmen abhängig, und deren Erfolg beweist sich zweitens in der Konkurrenz von Unternehmen und Standorten. Die kurz- und mittelfristige Bereitstellung von Ressourcen für individuelle und familiäre Haushalte, von Kommunen und Regionen sowie Staaten ist primär von kapitalistisch formierten Märkten abhängig. Während die Unternehmen miteinander um die besten Verwertungsbedingungen konkurrieren, konkurrieren alle anderen Akteure vor allem um den Zugang zu Unternehmen, Arbeitsplätzen, Steuern und Know-how. Da kurz- und mittelfristig alles an eine erfolgreiche Kapitalverwertung gebunden ist, werden auch die langfristigen Ziele diesen Bedingungen untergeordnet und damit kapitalistisch formiert. Das kapitalistische Mittel beherrscht auch davon sich unterscheidende Ziele. Sie werden unter den Vorbehalt der Profitmaximierung gestellt. Es ist vor allem die Gewalt des Exits, die das Kapital so stark macht: Die mögliche Kapitalflucht, die Investitionsverweigerung, die Stockung der Kreditvergabe, die Drohung mit Werkschließungen und Kündigungen, die Angst davor, dass Staatsschulden nicht mehr bedient werden können oder das ganze Kreditsystem zusammenbricht, sind die Waffen in einer ungleichen Auseinandersetzung (Offe/Wiesenthal 1980).

Die Kapitaldominanz über Wirtschaft und Gesellschaft ist strukturell verankert. Die funktionale Eigenständigkeit der „Subsysteme“ wird durch die „ökologische Dominanz“ einer kapitalistischen Ökonomie überformt.¹⁰ Alle anderen Bereiche sind stärker von dieser Ökonomie abhängig als umgekehrt – bis auf die Momente großer Krisen. Man könnte auch von einer *asymmetrischen Interdependenz* zwischen der Kapitalverwertung und den vier genannten Sphären des Reichtums sprechen. Auf dieser Grundlage entsteht die gesellschaftsweite Vormacht

an der Inflationierung des Kapitalbegriffs deutlich: „Naturkapital hat daher mit Natur ebenso wenig zu tun, wie Humankapital mit dem konkreten Menschen oder Sozialkapital mit einer bestimmten Gesellschaft.“

10 Bob Jessop (2008) entwickelt dieses Konzept in kritischer Auseinandersetzung mit Niklas Luhmann.

der Akteure der Kapitalverwertung gegenüber allen anderen Akteuren, spricht: die Dominanz des Kapitalistischen. In der Sprache der Synergetik: Alle anderen gesellschaftlichen Formen und Institutionen werden kapitalistisch „versklavt“, das heißt dem zeitlich-räumlichen Rhythmus der Kapitalverwertung unterworfen. Dies prägt auch die vier schon genannten Sphären des Reichtums. Sie werden einer Dynamik ausgesetzt, die sie innerhalb des Kapitalistischen zugleich ständig die Grenzen des Kapitalistischen erfahren lässt. Dies sei jetzt näher betrachtet.¹¹

Die Gaiaspäre

Mit der Entstehung der bürgerlich-kapitalistischen Gesellschaften wird die irdische Lebensumwelt der Menschheit (die Gaiaspäre) grundlegend umgewandelt. Sie besteht aus der unbelebten wie der belebten Natur (der Litho- und Biosphäre) sowie die Technosphäre (den vom Menschen selbst geschaffenen künstlichen Instrumenten, mit denen er seinen Stoffwechsel mit der Natur realisiert). Hatte die neolithische Revolution (Childe 1959) die vorgefundene natürliche Leistungsfähigkeit von Ökosystemen mithilfe geringer technischer Mittel in Gestalt von Ackerbau und Viehzucht domestiziert, so bringen die sukzessiven industriellen Revolutionen seit 1770 eine völlig neue Produktivität hervor. Es ist die Produktivität der von Menschen geschaffenen technologischen Systeme, in denen Natur nach den Gesetzen der Natur auf Natur einwirkt – ohne unmittelbares Mitwirken des Menschen (Hegel 1972, 450). Die Technosphäre weitet sich auf unserem Globus immer weiter aus und entfernt sich immer radikaler von jenen natürlichen Prozessen, die die Menschen bei ihrer „Menschwerdung“ vor rund 200.000 Jahren vorfanden. Wie Birgit Mahnkopf (2013, 13) schreibt:

„Mit dem Beginn eines von Menschen gemachten Erdzeitalters wird die Unterscheidung einer von Menschen gemachten Geschichte, die sich in den von ihnen geschaffenen bürgerlichen und politischen Institutionen (im Sozialen und Kulturellen) ausdrückt, und einer Naturgeschichte, die aus bloßen Ereignissen, also nicht aus Handlungen von Akteuren besteht, grundsätzlich in Frage gestellt.“

11 Karl Polanyi (1995, 107) fasst diesen Widerspruch so: „Der entscheidende Punkt ist aber dies: Arbeit, Boden und Geld sind wesentliche Elemente des gewerblichen Wirtschaftens, sie müssen ebenfalls in Märkten zusammengefasst sein, und diese Märkte bilden sogar einen unerlässlichen Teil des Wirtschaftssystems. Indessen sind Arbeit, Boden und Geld ganz offensichtliche *keine Waren*: die Behauptung, dass alles, was gekauft und verkauft wird, zum Zwecke des Verkaufs produziert werden musste, ist in Bezug auf diese Faktoren eindeutig falsch.“

Die erste industrielle Revolution basierte auf den durch Wasserkraft oder Dampf angetriebenen ersten Maschinen, die zweite bediente sich der Elektrizität und Chemie. Und die dritte industrielle Revolution hat sich die elektronische Informationsverarbeitung erschlossen. Nun zeichnen sich die Möglichkeiten völlig neuer Werkstoffe, wie sie in keiner Weise natürlich vorkommen, und die Schaffung künstlicher biologischer Produktionsformen ab. Die nächsten Generationen von Robotern werden die menschliche Naturkraft, soweit sie auf mechanische und bloß informationsverarbeitende Abläufe reduziert werden kann, weitgehend ablösen können. Als „dressierte Naturkraft“ (Marx) wird der Mensch überflüssig. Im Laufe des 20. Jahrhunderts sind die vom Menschen technologisch hervorgebrachten Naturprozesse zu einer Kraft geworden, die die irdische Welt nachhaltig prägt. Ein neues Erdzeitalter beginnt, das Anthropozän, dessen treibende Kräfte vom Menschen ausgelöst werden (vgl. als Überblick Zalasiewicz et al. 2011, 838). Globale Klimaveränderungen, die Entwaldung und weitgehende Vernichtung der Wildnis sind die Folge.¹² Dieses Anthropozän ist zugleich das Zeitalter des global entfesselten Kapitalismus. Die Folge ist eine Vernichtungsrate biologischer Arten, die mit der der vier großen Naturkatastrophen der letzten 65 Millionen Jahre vergleichbar ist. Die planetaren Grenzen für eine „sichere Operationsweise“ der Menschheit werden gesprengt (Wijkman/Rockström 2012). Die „Logik“ der Gaiasphäre schlägt auf die kapitalistisch geprägten Gesellschaften und ihre Akteure zurück, ungleich, die Schwachen wesentlich härter treffend als die Oberen der Weltgesellschaft.

Die unentgeltliche Nutzung der Biokapazität des Planeten, der Zugriff auf knappe irdische Ressourcen, die betriebswirtschaftlich möglichst günstige Entsorgung der Abfälle (sprich: Vermüllung) waren spätestens seit der ersten industriellen Revolution Formen der Steigerung des Profits. Das Herz dieser Revolution, Manchester um 1840, war zugleich der Ort der Finsternis einer von Kohlenrauch und stinkenden Abwässern geprägten Stadt. In voragrarischen Gesellschaften wurde rund eine Tonne natürlicher Rohstoffe pro Jahr und Person verbraucht, in agrarischen Gesellschaften waren es rund vier Tonnen. In heutigen Industriegesellschaften sind es bis zu 35 Tonnen (Friends of the Earth 2009, 7 f.). Zugleich hat sich die Weltbevölkerung von 1800 bis heute versiebenfacht. Nur

12 „Der Mensch hat zudem die Landoberfläche der Erde etwa zur Hälfte umgestaltet. Die menschliche Gesellschaft nutzt bereits nahezu ein Viertel der jedes Jahr von allen Landflächen der Erde produzierten Biomasse ... und mehr als 40% der erneuerbaren, zugänglichen Wasserressourcen [...] In Summe übertreffen zahlreiche gesellschaftlich verursachte globale Material- und Energieströme inzwischen die natürlichen“ (WBGU 2011, 33).

sieben Prozent der Ressourcen kommt in den Endverbrauch, der Rest ist sofortiger Abfall. Und auch von den genutzten Produkten werden vier Fünftel nur einmal gebraucht. Die neue Imperialität ist eng mit dem Kampf um die Kontrolle über die begrenzten Ressourcen verbunden (Rilling 2008).

Dies kann nicht fortgesetzt werden. Gaiaspäre und Technospäre geraten in einen antagonistischen Gegensatz. Es wird darauf ankommen, regional und global zu einer neuen Kreislaufwirtschaft überzugehen, in der die Produkte der industriellen Fertigung nach ihrer Nutzung wieder fast vollständig zu Ausgangsstoffen der Industrie werden und sich der industrielle Kreislauf weitgehend schließt. Gleichzeitig müsste der Übergang zu einer (fast) ausschließlichen Versorgung der Menschheit mit den aus dem *aktuellen* Zustrom der Sonnenenergie erwachsenden, sich ständig erneuerenden Energiequellen (Solarenergie, Wind, Gezeiten etc.) erfolgen (Scheer 1999; Scheer 2010). Das sogenannte Anthropozän kann nur Bestand haben, wenn es zu einem Zeitalter neuer Bescheidenheit im Verhältnis zur irdischen Natur und des behutsamen Umgangs mit ihren Reichtümern wird. Nicht Herrschaft über die Natur und deren Ausbeutung, sondern Selbstbeherrschung und nachhaltige Nutzung der natürlichen Reichtümer wären das Ziel. Die Technospäre müsste in die natürlichen Kreisläufe und das von ihnen gegebene Maß der Verträglichkeit für das Leben von zehn bis zwölf Milliarden Menschen auf der Erde integriert werden.

Die Sphäre der gemeinschaftlich-individuellen Lebenswelten

Im Maße der Entwicklung der bürgerlich-kapitalistischen Gesellschaften verändert sich nicht nur die Gaiaspäre, sondern es kommt auch zur Herausbildung einer eigenständigen Sphäre neuer gemeinschaftlich-individueller Lebenswelten. In vorkapitalistischen Gesellschaften waren diese Lebenswelten in überschaubare Gemeinschaften eingebettet, die Arbeit und Feiern bestimmten, jedem Individuum Rechte und Pflichten zuwiesen. In dem Maße aber, wie die kapitalistischen Landreformen die Bauern enteigneten, wie die Große Industrie die Heimarbeit am eigenen Webstuhl oder Spinnrad entwertete, drängten Arbeiter auf die Märkte mit nichts als ihrer Arbeitskraft. Damit wurden ihre Lebenswelten aus den traditionellen und patriarchalen gemeinschaftlichen Kontexten herausgerissen und getrennt von diesen gestaltbar. Der Kapitalismus ist bis heute eine Epoche globaler Migrationswellen, aus Not, in Folge von Gewalt und vor allem auch auf der Suche nach einem freieren Leben. Es ist Biopolitik im großen Stil, ein teils aktiv durch Selbstdisziplinierung, teils durch organisierte Kampagnen und teils durch Zwang vollzogener Umbau der Leiblichkeit großer Teile der Bevöl-

kerung, nicht zuletzt von Frauen (Federici 2012), der die modernen Formen der Lebensführung, der Lohn- und Familienarbeit verallgemeinerte, damit aber auch völlig neue Formen selbstbestimmter Lebensgestaltung jenseits vorgefundener Gemeinschaften ermöglichte und veränderte Abhängigkeiten schuf.

Schon in der ersten, der englischen industriellen Revolution scheiterte der Versuch, den Preis der Arbeitskraft dauerhaft ganz auf den Hungerlohn zu drücken. Zunächst sanken die Realeinkommen, die Lebenserwartung ging zurück. Aber innerhalb von zwei Generationen wendete sich das Blatt. Aufstiegsorientierung, Selbstorganisation, eigene Bildungsanstrengungen und vor allem der Widerstand der sich organisierenden Arbeiter, die mit der Industrie entstehenden Anforderungen an eine disziplinierte und geschulte Arbeitskraft, die wachsenden familiären wie staatlichen Aufwendungen für Bildung, Erziehung, Pflege und Altenversorgung sowie der legitimatorische Druck der Bürgerinnen und Bürgern auf den Staat und die großen Kriege, in denen fast alle jungen Männer unter Waffen gestellt wurden, waren der Hintergrund von Reformen, aus denen ein Sektor sozialer Sicherungssysteme erst karitativer oder genossenschaftlicher, dann auch kommunaler und staatlicher Form hervorging. Die Sklaverei, deren kommerzielle Blüte in das 18. und frühe 19. Jahrhundert fällt (Losurdo 2010, 51 ff.), geriet in Verruf, nicht zuletzt, da sie der Legitimation der Lohnarbeit als freie Arbeit widersprach. Nach einer Phase verbreiteter Frauenarbeit in der entstehenden Industrie prägte sich zunächst eine Unterscheidung von (primär männlicher) Erwerbsarbeit und (primär weiblicher) Reproduktionsarbeit in den Familien aus, die sich später verwandelte in eine Unterscheidung in eher männlich oder weiblich dominierte Berufszweige. Bis heute gibt es ein Gefälle hinsichtlich des Status, des Einkommens und der sozialen Sicherheit (vgl. zu Deutschland Achatz 2010; Rusconi et al. 2013).

In allen hoch entwickelten Ländern betragen die Aufwendungen für die öffentlich geförderten Bereiche der sozialen Reproduktion zwischen 30 und 50 Prozent des Bruttosozialprodukts (zu Berechnungen für die Schweiz vgl. Madörin 2006, 287 ff.). Zur Bestimmung dieser Tätigkeiten schreibt Maren A. Jochimsen:

„Sorgen heißt, sich in Beziehung zu setzen: zu den Mitmenschen, zur Umwelt, zu dem eigenen Selbst, und dies als Individuen und Gesellschaftsmitglieder, bewusst, existenziell und dauerhaft. Sorgetätigkeiten, vor allem die Sorge für Kinder, für Ältere, für die Kranken und jene mit Behinderungen, sind zentrale und integrale Teile der menschlichen Existenz. Ihre effektive und adäquate Bereitstellung ist eine Vorbedingung für alle anderen menschlichen Vorhaben. Sie alle hängen letztlich von Sorgetätigkeiten ab und sind mit ihnen untrennbar verknüpft. Die individuelle Kompetenz der Sorge ist eine Herausforderung für unsere eigene Menschlichkeit.“ (Jochimsen 2003, 3; Übersetzung M.B.; vgl. hierzu auch prominent Madörin 2006;

Winker 2012; Candeias 2012c; vgl. auch den gesamten Schwerpunkt von Heft 4/2012 der Zeitschrift *LuXemburg*).

Die Verlängerung der Lebenszeit, die Entstehung einer Kindheits- und Jugendphase, die weit in das dritte Lebensjahrzehnt ragt, lange Phasen eines oft weitgehend gesunden Alterns sowie hohe Aufwendungen für Sorge- und Pflegearbeiten über die gesamte Lebenszeit haben das Potenzial, die Sphäre der gemeinschaftlich-individuellen Lebenswelten in das Zentrum individueller Selbstbestimmung und solidarischer Kooperation zu rücken.¹³ Aber die Wirklichkeit ist weit davon entfernt. Da die Reproduktion der Einzelnen, der Erhalt ihrer partnerschaftlichen und familiären Zusammenhänge, die Gestaltung von Beziehungen in den Arbeitskollektiven nur dann dauerhaft realisiert werden können, wenn sich dies auf dem Arbeitsmarkt bewährt, werden die Lebenswelten an den Maßstäben der Lohnerwerbsarbeit ausgerichtet. Bildung und Erziehung, Gesundheitsvorsorge und Freizeit, Kultur und Sport, Kleidung und Sprache, Wohnung und Essen, selbst Freundschaft und Lieben stehen immer unter dem Verdikt, sich funktional für die Herausbildung, den Erhalt und die Stärkung der eigenen Arbeitskraft zu erweisen (Wimbauer 2012). Der Arbeitsmarkt wiederum ist vom Erfolg der kapitalistischen Sektoren und ihrer Wettbewerbsfähigkeit abhängig. Die Hierarchie der Arbeitsmärkte erzeugt eine Hierarchie der Lebensmöglichkeiten. Individualisierung und Vermarktung gehen Hand in Hand. Wie Robert Castel (2000, 406) schreibt: „Es genügt nicht, arbeiten zu können, man muss auch verkaufen können, vor allem Dingen aber sich selbst. Die Individuen stehen unter dem Druck, ihre berufliche Identität selbst zu definieren und sie in der Interaktion zur Anwendung zu bringen.“ Der Einzelne wird nicht erst im Neoliberalismus zum „Unternehmer der eigenen Arbeitskraft und Daseinsvorsorge“. Das mögliche Versagen als „Arbeitskraft“, dieser immer drohende „Ausnahmestand“, prägt das gesamte Leben. Prekarität wird zur Normalität (Lorey 2012, 57). Die gemeinschaftlich-individuellen Lebenswelten verbleiben deshalb unter dem Primat kapitalistischer Erwerbsarbeit. Es bilden sich „imperiale Lebensweisen“

13 Aus der Bedeutung dieser Tätigkeiten zieht Claudia von Werlhof (1988, 113) den radikalen Schluss: „Wenn wir Hausarbeit verstanden haben, haben wir die Ökonomie verstanden [...] Die Frauenfrage ist die allgemeinste – und nicht die speziellste – aller gesellschaftlichen Fragen, weil in ihr alle anderen enthalten sind, sie im Gegensatz zu allen bisherigen Fragen niemanden auslässt. Das ist keine Einbildung oder Hybris, sondern liegt am Funktionieren unserer Gesellschaft selbst. Denn sie selbst hat eine historisch bisher einmalige Situation geschaffen, nämlich die, dass Frauen immer ‘das Unten’ sind. Nur von unten her, also vom Boden des Fasses, kann aber das Ganze als Ganzes gesehen werden.“

(Brand/Wissen 2011) der globalen Mittelschichten heraus. Der Eigensinn der Lebenswelten wird durch den Strukturzwang der Erwerbsarbeit „überformt“ oder „kolonialisiert“ (Habermas). Die Arbeit für Lohn findet ihr Pendant in der Anerkennung durch den bezahlten Konsum: Lebe, um zu arbeiten, arbeite, um zu konsumieren, konsumiere, um zu wissen, dass Du bist, sind die Maximen dieser „schönen neuen Welt“ (Huxley 2012).

Die erzielten Wohlstandsgewinne hatten aber seit den 1960er Jahren zumindest in den hoch entwickelten Ländern einen verblüffenden Nebeneffekt: Nicht mehr die Integration in die Erwerbsarbeit zu „würdigen“ Bedingungen, sondern die Schaffung von Bedingungen, in denen die Erwerbsarbeit zu einer Form selbstbestimmter und solidarischer Lebensgestaltung neben anderen wird, trat in den Vordergrund. Erstmals in der Geschichte der Menschheit kann seit rund 50 Jahren ein wirklich großer und noch wachsender Teil der Erdbevölkerung sich die Frage stellen, wie ein sinnvolles und erfülltes Leben aussehen soll, welche Beziehungen zu anderen in welchen Lebensräumen und Lebenszeiten dafür förderlich sind. Der Neoliberalismus war darauf gerichtet, diese Emanzipation in die Kanäle der gesteigerten Vermarktung zu lenken (Boltanski/Chiapello 2005). Dies wird aber immer widersinniger. Der jetzt 200 Jahre alte Kampf um den Achtstundentag, der keinesfalls abgeschlossen ist, könnte sich mit einem Kampf um Teilzeitarbeit für alle (Haug 2009) verbinden. Dies wäre ein Schritt, um das Leben von der Dominanz der Erwerbsarbeit und den Imperativen der Verwertung zu befreien.

Die Sphäre der gesellschaftlichen Institutionen

Gemeinsam mit der Verallgemeinerung von Lohnarbeit entsteht im Übergang vom 18. zum 19. Jahrhundert in Westeuropa die Sphäre des Gesellschaftlichen in Trennung von Gemeinschaften und personaler Herrschaft. Der abstrakte Staatsbürger, der Privateigentümer ohne Stand und Rang, der Inhaber eines Amtes qua formalen Akt (von Wahl oder Ernennung), das Unternehmen als Rechtsperson gehen untereinander vertragliche Beziehungen ein. Rechtsstaatliche Regelungen in Wirtschaft, Politik und Kultur einerseits und die Herausbildung der Sphäre des Gesellschaftlichen andererseits gehören untrennbar zusammen. Erst jetzt können Ansprüche an „den Staat“ formuliert werden, die nicht aus der Zugehörigkeit zu einer konkreten Gemeinschaft resultieren. Erst jetzt werden formelle Organisationen wie Unternehmen, staatliche Strukturen oder Vereine haftbar für das, was ihre Mitglieder tun (North et al. 2009, 166 ff.). Der Schutz der körperlichen Unversehrtheit der Person, die Zuerkennung von Grundrechten

und die Möglichkeit ihrer rechtsstaatlichen Einforderung, die Bindung der Träger öffentlicher Ämter an Recht und Gesetz und ihre Kontrolle durch gewählte Repräsentanten sind emanzipatorische Errungenschaften der letzten zwei Jahrhunderte. Sie sind untrennbar mit dem Aufbau großer Sektoren formalisierter öffentlicher Daseinsvorsorge verbunden, der neuen Allmende (den Commons). Es ist aber nur eine kleinere Minderheit von Ländern, in denen heute diese Grundbedingungen von Gesellschaftlichkeit weitgehend durchgesetzt sind.

Aber auch jetzt sind weiße vermögende Männer in der politischen Klasse weltweit überrepräsentiert. Lange wurden Angriffe auf das Sacheigentum höher bestraft als Angriffe auf Leib und Leben. Immer wieder wurden autoritäre Diktaturen errichtet, um die bürgerlich-kapitalistische Eigentumsordnung zu schützen. Der Neoliberalismus kam zuerst als Putsch in Chile an die Macht. Rechtsstaatlichkeit, Einhaltung der grundlegenden demokratischen Regeln, Schutz des sogenannten sozialen Eigentums der großen Mehrheit der Bevölkerung (Arbeitsplätze, Löhne, Renten, Ansprüche an öffentliche Dienstleistungen) werden immer wieder abhängig gemacht davon, dass sie nicht Kapitalvermögen, Verwertungsinteressen und der Freiheit der „Märkte“ widersprechen. Der Kampf um Rohstoffe und Absatzmärkte hat wieder eine verstärkt militärische Seite.

In Deutschland sind soziale Forderungen gegenüber dem Staat immer noch an die Einkünfte der Partnerin oder des partners, der Eltern oder der Kinder gebunden. Die öffentliche Daseinsvorsorge steht unter dem Druck von Haushaltsanierung. Und gleichzeitig entziehen sich große Unternehmen und Banken der Haftung für die von ihnen zu verantwortenden wirtschaftlichen oder ökologischen Schäden. Während Staaten, Regionen, ganze Kontinente den Imperativen der Kapitalverwertung und optimalen Ressourcenausbeutung unterworfen werden, wächst der Widerstand gegen diese moderne Form der Fremdbestimmung. Die „Logik“ von wirklicher Liberalität und demokratischer Partizipation sowie öffentlicher Daseinsvorsorge (die Logik des Gesellschaftlichen) wird in vielen Protestbewegungen gegen die Konkurrenzzwänge der kapitalistischen Standortlogik gerichtet.

Der Finanzmarkt-Kapitalismus hat die labile Balance von bürgerlich-kapitalistischer Wirtschaftsordnung und Demokratie gefährdet (Demirović 1997; Deppe et al. 2008; Hirsch 1998; Jessop 2007b). Die wachsende soziale Polarisierung, die Verwandlung der Staaten in marktwirtschaftlich orientierte Wettbewerbsorganisationen globalisierter Konkurrenz, die hohe Anfälligkeit der Staaten und ihrer Haushalte für Finanz- und Wirtschaftskrisen ist Resultat des finanzmarktgetriebenen Akkumulationsregimes des Neoliberalismus. Zugleich schränken tendenziell sinkende Wachstumsraten, sollte es nicht zu einer radikalen Umver-

teilung kommen, den Spielraum für soziale Kompromisse ein. Die Institutionen der liberalen Demokratie geraten damit in Widerspruch zum radikalen Erbe der „Volksherrschaft“. Das Verhältnis von Kapitalismus und Demokratie wird wieder zur tiefen Kluft; die „reale Demokratie“ erscheint unter diesen Bedingungen vor allem als zivilisiertere politische Realisierungsform ökonomischer Imperative der Kapitalfraktionen, als Demokratie ohne Gestaltungsmacht im Interesse der Bürgerinnen und Bürger oder als Demokratie ohne Demokratie (Candeias 2012a).

Die Sphäre des Öffentlich-Kulturellen

Viele heutige Bewegungen verweisen auf eine vierte, bisher gesellschaftstheoretisch wie strategisch oft nur am Rande behandelte Sphäre – die des Kulturell-Öffentlichen. In dieser Sphäre werden die gesellschaftlichen Bedeutungen kommuniziert, die den sozialen Lebensprozessen und -ereignissen zugemessen werden. Wiederum erst mit dem Übergang zum 19. Jahrhundert wurden die kulturellen Potenziale einer freien, nicht durch Kirche und Staat direkt kontrollierten Öffentlichkeit in Westeuropa allgemein zugänglich. Zu diesem Zeitpunkt beginnt die umfassende Alphabetisierung der Bevölkerung; 1811 ist das Jahr der Erfindung der dampfgetriebenen Schnellpresse, mit der die Massenaufgabe von Tageszeitungen und eine enorme Verbilligung des Buchdrucks möglich wurden. Damit wurde das Öffentlich-Kulturelle endgültig zum Gemeingut. Mitte des 19. Jahrhunderts schloss sich dann mit der Telegrafie der Kreis der Informationsübermittlung in „Echtzeit“ um den Globus, und die Rotationspresse führte zu Millionenaufgaben an einem Tag. Radio, Fernsehen und nun das globale Internet haben im 20. und frühen 21. Jahrhundert eine virtuelle Weltgemeinschaft offener kultureller Kommunikation geschaffen; das Weltwissen steht zu großen Teilen direkt online zur Verfügung; in unendlich vielen Netzwerken werden Wissen, Deutungen, Identitätsangebote ausgetauscht. Die mobilen Geräte wie Tablets und Smartphones multiplizieren diesen Austausch und sind zu Alltagswerkzeugen der Hälfte der Menschheit geworden. Es ist eine kommunikative Revolution der Kommunikation.

Die Logik dieser Kultur offener Kommunikation steht im Widerstreit zur Monopolisierung und Vermarktung im Dienste von wenigen globalen Großunternehmen. Die Konflikte um die sogenannten Trips-Abkommen (Übereinkommen über handelsbezogene Aspekte der Rechte des geistigen Eigentums von 1994), mit denen der Zugang zu „intellektuellem Eigentum“ kontrolliert werden soll, gehört dazu (Halbert 2005). Besonders heftig umkämpft ist die Frage nach den Eigentumsrechten an lebenserhaltender Medizin in den Ländern des Südens oder

auch an Patenten für nachhaltiges Wirtschaften (Nuss 2006). Die Internetpiraterie ist eine Form der Subversion dieser Eigentumsrechte.

Von Anfang an war das Kulturell-Öffentliche Entstehungsbedingung der bürgerlich-kapitalistischen Gesellschaften (Habermas 1983) und wurde zugleich durch Strategien privater Aneignung und Kontrolle, Manipulation und Verwandlung in eine schöne Welt der Waren und der bürgerlichen Heldinnen und Helden (Werbung und kommerzialisierte Kunst) überformt. Es kam zu einem vorher ungekannten Ausbau der öffentlichen Strukturen des geistig-kulturellen Lebens (Schulen, Universitäten, öffentliche Forschungsreinrichtungen und Medien). Das Ziel allseitig entwickelter Persönlichkeiten und des Primats kultureller Entwicklung wurde formuliert. In der Realität aber war das Öffentlich-Kulturelle vor allem auf die Sicherung der Reproduktionsbedingungen kapitaldominierter Gesellschaften (Vermarktung, verwertbares Wissen, Legitimation von Ungleichheit und Herrschaft) gerichtet. Aus diesem Widerspruch zwischen den befreienden und sinnstiftenden Potenzialen des kulturellen Raums und den Verwertungsimperativen oft patriarchal und autoritär verfasster Gesellschaften erwachsen viele Emanzipationsbewegungen der letzten zwei Jahrhunderte, nicht nur die der 1968er.

Umso reicher die Gesellschaften werden, umso größer die Vielfalt der Optionen ist, umso mehr Zeit zur Verfügung steht, umso wichtiger wird die Frage nach dem *wozu*. Dieses *wozu* ist für die reicheren Länder nicht mehr durch den Mangel am Lebensnotwendigen vorgegeben, sondern durch den Umgang mit dem Überfluss. Die Dominanz kapitalistischer Tendenzen erweist sich vor allem auch daran, diese Frage zu verstellen, das Zuviel am Falschen in einen permanenten Mangel zu verwandeln. Wie John Maynard Keynes den Enkeln hinterließ:

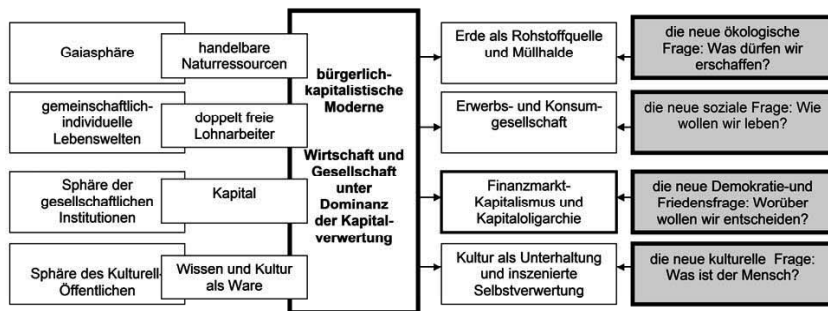
„Allerdings, so glaube ich, gibt es noch niemanden, der dem Zeitalter der Freizeit und der Fülle ohne Furcht entgegenblicken könnte. Denn wir sind zu lange trainiert worden, zu streben statt zu genießen. Für den durchschnittlichen Menschen ohne besondere Begabungen ist es eine beängstigende Aufgabe, sich selbst zu beschäftigen, besonders, wenn er nicht mehr mit der Heimat oder den Sitten und Gewohnheiten oder den geliebten Gepflogenheiten einer traditionellen Gesellschaft verwurzelt ist. Nach dem Verhalten und den Tätigkeiten der heutigen wohlhabenden Klasse in irgendeinem Viertel der Welt geurteilt, sind die Aussichten sehr deprimierend! Denn diese stellen sozusagen unsere Vorhut dar – diejenigen, die das verheißene Land für uns übrige auskundschaften und dort ihr Lager aufschlagen.“ (Keynes 2007, 142 f.)

Bis wir die Bedingungen für ein vom Selbstverwertungszwang befreites Leben geschaffen haben und die Fähigkeiten gewinnen, dieses Leben auch solidarisch zu führen, bleiben wir weit unter unseren Möglichkeiten. Auch die „Logik“ des Kulturellen deckt sich nicht mit der der Kapitalverwertung.

Vier Sphären des Reichtums – vier Fragen

Die Formierung der Sphären gesellschaftlicher Reproduktion durch die Kapitalverwertung erzeugt vier zentrale Fragen (siehe Grafik 4). Sie werden hier vom Standpunkt jener formuliert, die am deutlichsten von Ausgrenzung, Unterdrückung und Ungleichheit betroffen sind. Es gilt immer noch, dass erst dann alle frei sein und ohne Bedrohungen leben können, wenn die Schwächsten frei und ungefährdet sind.

- Die ökologische Frage: Wie kann die nachhaltige Reproduktion der Gaiaspäre so wiederhergestellt, dauerhaft gewährleistet und lebenswert umgestaltet werden, dass auch die am stärksten von Umweltzerstörung betroffenen Gruppen jetziger und zukünftiger Generationen den Zugang zu den Grundgütern eines freien Lebens erhalten können?
- Die soziale Frage: Wie kann gesichert werden, dass auch die Mitglieder der sozial am stärksten benachteiligten Gruppen selbstbestimmt leben können? Welcher Umwälzungen der Produktions-, Reproduktions- und Lebensweise bedarf es dazu?
- Die Demokratie- und Friedensfrage: Wie sind die gesellschaftlichen Institutionen, Macht- und Eigentumsverhältnisse, die Produktions- und Lebensweise zu verändern, damit auch die Mitglieder der machtlosesten sozialen Gruppen über die Bedingungen ihres Lebens frei bestimmen können? Wie können Militarisierung der internationalen Beziehungen und Ausbau der innergesellschaftlichen Überwachung zurückgedrängt werden, damit auch die Angehörigen der wehrlosesten Gruppen gewaltfrei und selbstbestimmt leben können?
- Die kulturelle Frage: Wie muss die kulturelle Öffentlichkeit beschaffen sein, damit auch die Angehörigen der sogenannten kulturfernsten Gruppen über



Grafik 4: Die vier Fragen in der Krise des neoliberalen Finanzmarkt-Kapitalismus

die Grundbedingungen einer freien Kommunikation und der Aneignung der geistig-kulturellen Gütern der Menschheit verfügen?

Jede dieser vier Fragen ist seit über 200 Jahren Kern von Konflikten in bürgerlich-kapitalistischen Gesellschaften und wurde durch jeweils sehr verschiedene Bewegungen, Organisationen und politische Gruppierungen aufgegriffen, oft in Kombination mit anderen. So war die Arbeiterbewegung von Anfang an zugleich eine Bewegung für soziale Gerechtigkeit und Demokratie. Sie hat auch den Zugang zu Bildung thematisiert und war Teil der Friedensbewegung. Auch die Frauenbewegung oder die neueren ökologischen Bewegungen waren nie thematisch eng. Dort, wo es gelang, die Interessen und Werte großer Gruppen zu bündeln und sie damit als gesellschaftliche Gruppe „für sich“ zu formieren (nicht umsonst spricht E. P. Thompson [1987] von „the making of the working class“), wurden alle vier Konfliktlinien integriert. Daneben gab es Bewegungen, die sich ganz auf ein Thema konzentrierten (Friedensbewegung) oder aber auch nur auf ein einzelnes Projekt, das es zu verwirklichen oder durchzusetzen galt (Anti-AKW-Bewegung). Heute ist der Zusammenhang dieser Fragen miteinander enger geworden. Damit aber steht die Frage, welche Potenziale es dafür gibt, dass Bewegungen, die von diese Fragen ausgehen, zu Akteuren einer zweiten großen, einer doppelten Transformation im Kapitalismus (Klein 2010 u. 2013; Reißig 2009 u. 2011) und über ihn hinaus werden?

Wege in der Krise – Transformationen von Reichtum

Die Annahme, dass es in bürgerlich-kapitalistischen Gesellschaften vier Sphären des Reichtums gibt, könnte helfen, die Pluralität gesellschaftlicher Konflikte und Kämpfe besser zu verstehen. Sie macht deutlich, dass die Art des Zugangs zu und der Verfügung über die vier Gestalten des Reichtums Ursache von Ungleichheit, Armut und existenzieller Gefährdung sind und sofern wesentliche Gemeinsamkeiten haben. Das Bewusstsein dieser Gemeinsamkeiten fand seinen Ausdruck in den globalen Gerechtigkeits- und Demokratiebewegungen, dem Weltsozialforum, den Occupykämpfen mit ihrer identitären Losung „Wir sind die 99 Prozent“ und anderen Formen des Aufbegehrens gegen die Krisenpolitik der letzten Jahrzehnte. Es sind Kämpfe gegen eine wachsende Ungleichheit, gegen autoritäre Herrschaft und repressive Manipulation. Es ist eine Auseinandersetzung mit dem neoliberalen Finanzmarkt-Kapitalismus, der den Zugang zu diesen Sphären des Reichtums prägt. Dabei ist die Erkenntnis gewachsen, dass wir es räumlich wie zeitlich, wirtschaftlich, sozial, politisch und kulturell mit Feldern ungleicher Entwicklung (sprich: Ausbeutung) zu tun haben (vgl. Harvey 2007).

Die Gewinne der einen sind oft Verluste der anderen. Und die Art der Gewinne selbst (vor allem bei Einkommen und Konsum) wird als vorgegeben erfahren. Aus diesen Erfahrungen sind Proteste gegen eine zerstörerische Kapitaloligarchie entstanden und gegen jene, die von diesen profitieren (Dellheim et al. 2012). Obwohl die Konflikte und Kämpfe zum Teil sehr unterschiedlich sind, wird in ihnen immer stärker eine bestimmte Gemeinsamkeit zum Ausdruck gebracht: Alle gemeinsam richten sie sich dagegen, dass im neoliberalen Finanzmarkt-Kapitalismus auf die ökologische, soziale, demokratische und kulturelle Fragen Antworten gegeben werden, die die Grundlagen der Zivilisation untergraben, die auf Kosten der unteren und mittleren Gruppen der Gesellschaft bearbeitet werden und ein Leben in Würde zukünftiger Generationen unmöglich machen könnten. Als *Vier-in-einem-Perspektive* im hier verwandten Sinne wird deshalb ein Suchprozess verstanden, der die vier genannten Konflikte um den gesellschaftlichen Reichtum in ihrem Zusammenhang und unter dem Aspekt von solidarischer Emanzipation im Sinne eines Unten-Mitte-Bündnisses (Brie 2007) und der Überwindung des Finanzmarkt-Kapitalismus analysiert. Eine solche *Vier-in-einem-Perspektive* versucht, einen Beitrag zu leisten, das Bekannte neu zu verknüpfen – in Solidarität.

Und noch einmal: Die heutigen bürgerlich-kapitalistischen Gesellschaften, die gegebenen Strukturen von Eigentum, Macht und Herrschaft, verteilen diesen vielfachen Reichtum höchst ungleich: Nord und Süd, Arbeit und Kapital, Mann und Frau, Stadt und Land, „bildungsnah“ und „bildungsfern“, Staatsbürger und „die ohne Papiere“ (die Asylbewerber und Illegalisierten), „Weiße“ und „Farbige“ sind nur einige miteinander verschlungene (intersektionelle) Dimensionen dieser Ungleichheit. Die fundamentalen Konflikte sind Konflikte um die Produktion und Verteilung der vier genannten Gestalten des gesellschaftlichen Reichtums, um die Kontrolle über seine Verfügung und Nutzung, um seine Verwandlung in Mittel der Emanzipation und/oder Mittel der Herrschaft. Da je unterschiedliche Gruppen von dieser Ungleichheit unterschiedlich betroffen sind, werden die Kämpfe fragmentiert. Eine *Vier-in-einem-Perspektive* könnte helfen, diese Einheit in der Mannigfaltigkeit begreifbar werden zu lassen und nach Wegen zu suchen, wie diese Einheit auf solidarische Weise neu hergestellt werden kann.

Die bürgerlich-kapitalistische Zivilisation ist ständig dabei, die vier Gestalten des Reichtums zu untergraben – die irdische Natur, lebenswerte Gemeinschaften, stabile soziale Institutionen und sinnstiftende kulturelle Deutungen und Identitäten. Entweder kann sie diesen Tendenzen, die sie existenziell gefährden, wirkungsvoll begegnen oder sie wird zu einer *Übergangsformation* in der menschlichen Geschichte. Dann treibt sie im 21. Jahrhundert auf ihre Endkrise

zu. Diese kann in schweren Geburtswehen eine Zivilisation hervorbringen, die die vier Fundamente menschlichen Reichtums besser zu bewahren vermag, oder aber eine, in der mit Mitteln offen autoritärer Herrschaft, umfassender Repression, massiver Aus- und Abgrenzung und unter barbarischer Außerkraftsetzung grundlegender Menschenrechte herrschende Gruppen und einzelne Regionen versuchen, sich gegeneinander zu überwältigen oder voreinander zu schützen (Rosen et al. 2010). Die praktische Antwort auf mögliche Szenarien eines Weiter-so, einer Transformation oder auch einer zivilisatorischen Regression (vgl. u.a. Candeias 2012b; Institut für Gesellschaftsanalyse 2009) ist nicht gegeben. Es ist eine Jahrhundertkrise mit offenem Ausgang (Bischoff/Lieber 2013).

Blickt man mit Jørgen Randers 40 Jahre voraus in die Zukunft und konzentriert sich auf die ökologische Frage, dann gibt es gute Gründe, seiner Beschreibung der Welt des Jahres 2052 zu folgen:

„Während manche Regionen ganz gut wegkommen, erleben andere einen dramatischen Niedergang und Anarchie; überall jedoch wird man sich mit immer unberechenbarerem Wetter auseinandersetzen müssen und für die zweite Hälfte des 21. Jahrhunderts sind noch heftigere klimatische Verhältnisse zu befürchten. Die Zukunft, auf die ich stieß, wird außerdem bestimmt durch Urbanisierung: Auf der Suche nach Entwicklungsmöglichkeiten, Sicherheit und Stärke drängen sich die Menschen in riesigen Metropolen zusammen. Pro Kopf gerechnet ist diese Welt ärmer als erwartet und die vorherrschende Lebensweise sagt mir persönlich nicht besonders zu – vielen anderen möglicherweise schon. Die Menschen werden fern der verschwindenden Natur mit ihren Wechselfällen in einer künstlichen, städtischen Umgebung leben und medial bestens vernetzt sein. Auf Rohstoffknappheit in größerem Umfang bin ich nicht gestoßen, da sich die Welt der Zukunft in materieller Hinsicht kleiner und ärmer darstellt als ursprünglich angenommen. Am Ende kam ich zu dem Schluss, dass es bis 2052 zwar ganz passabel weitergehen wird, aber die Welt ist dann auf einem Weg, den ich wirklich fürchte – auf dem Pfad eines sich selbst verstärkenden Klimawandels hin zur Klimakatastrophe in der zweiten Jahrhunderthälfte. Die Welt sieht keinesfalls einer wohl geplanten Zukunft in Nachhaltigkeit entgegen.“ (Randers 2012, 196; vgl. auch die Zusammenfassung auf S. 271–278).

Transformation muss mehrdimensional sein – nicht nur von ihren Wegen, sondern schon von ihren Ausgangspunkten, gleichermaßen von ihren Akteuren wie von ihren Zielen. Sie kann nicht nur von der ökologischen Frage her gedacht werden und verliert ihre Überzeugungskraft, wenn sie sich vor allem durch die Prognose einer möglichen Klimakatastrophe, der Erschöpfung der fossilen Brennstoffe („peak oil“) oder der Verarmung der Biodiversität des Planeten legitimiert. Schnell wird dann der Transformationsdiskurs zur autoritären expertokratischen Überwältigung demokratischer Politik und zum elitären Management, von dessen Warte aus die „kleinen“ Belange von Arbeitsplätzen, Einkommen oder

konkreter Partizipation nur deshalb zu berücksichtigen sind, weil Widerstände gegen „Umweltschutz“ minimiert werden sollen.

Was wäre, wenn man die Sichtweise umdreht, wenn man fragt, ob heute und hier lebende Menschen sich den Zugang zu den vier Sphären des Reichtums ihres Daseins nicht auf gleichere und auch nachhaltigere Weise sichern könnten als durch ein Weiter-so? Dann steht nicht das Opfer, sondern die Chance, nicht die Gefahr, sondern die Möglichkeit, nicht ein abstrakt verkündetes Menschheitsinteresse, sondern stehen die eigenen Wünsche und Hoffnungen am Anfang jeder Frage, jedes Engagements. Dies macht die Aufgabe nicht irrelevant, Ziele der CO₂-Reduktion einzuhalten und die planetaren Grenzen und „Leitplanken“ im Blick zu haben. Aber man könnte diese Aufgabe als sehr konkreten Weg denken, um jetzt und in Zukunft reicher, menschlicher, solidarischer und sicherer zu leben. Und es käme darauf an, diesen Blick auf alle vier Sphären der Reichtumsproduktion in ihrem organischen Zusammenhang und in ihrem gemeinsamen Konflikt mit dem neoliberalen Finanzmarkt-Kapitalismus zu werfen, sie alle von einer *Vier-in-einem-Perspektive* zu betrachten. Es könnte sogar sein, dass aus Bewegungen, die für eine andere Gestaltung der gemeinschaftlich-individuellen Lebenswelten, der Demokratie oder auch des Kulturell-Öffentlichen genau jene Impulse, Anstöße, Energien und „Ereignisse“ erwachsen, die der ökologischen Frage eine völlig neue Dynamik verleihen. Und umgekehrt: Nur wenn die Projekte einer Bearbeitung der ökologischen Krise zugleich als Beitrag für reichere Lebenswelten, eine Demokratisierung der Demokratie und als Friedenssicherung sowie eine neue Kultur entwickelt werden, können sie, so scheint mir, der Falle entgehen, in einem Projekt des „grünen Kapitalismus“ aufzugehen.

Aber wie realistisch ist es, in der jetzigen Krisensituation wirklich eine Transformation zu beginnen, die der Problemsicht gerecht wird, wie sie in so vielen Transformationsberichten artikuliert wird? Wie tief müssen die Veränderungen der Basisinstitutionen unserer Gesellschaft (Zapf 1969) sein, um vor diesen Herausforderungen zu bestehen? Oder sind sie sogar durch völlig neue Institutionen abzulösen? Wie aber sähen diese aus? Wo gibt es konkrete Ansatzpunkte und Elemente (Klein 2013; Thie 2013)? Wie umfassend wären die notwendigen Umbrüche in der Produktions- und Lebensweise? Vor allem aber: Gingen dann nicht zugleich alle Vorzüge bürgerlich-kapitalistischer Gesellschaften verloren – angefangen mit der historisch bisher unübertroffenen Fähigkeit zur ständigen Innovation und Erneuerung, deren Hohelied Marx und Engels im „Manifest“ sangen, einem Niveau von Wohlfahrt und Lebensqualität für heute ein Drittel, morgen vielleicht zwei Drittel der Menschheit, der Verdoppelung der durchschnittlichen Lebenserwartung in den letzten 150 Jahren von unter 40 auf bald

80 Jahre? Niemals zuvor hatten so viele Menschen soviel individuelle Freiheit und Zugang zu Wissen, Gesundheitsleistungen, Bildung, Kultur und Mobilität wie heute.

Gerade in den Ländern Asiens und Lateinamerikas sind die jungen Mittelschichten mehrheitlich von den Vorzügen kapitalistischer Märkte überzeugt. Es waren staatlich regulierte marktwirtschaftlich orientierte Reformen, durch die sich in der Volksrepublik China in nur dreieinhalb Jahrzehnten mehr Menschen als jemals zuvor in der Weltgeschichte aus absoluter Armut befreit haben. Linke Regierungen, nicht zuletzt in Lateinamerika, wählen zumeist den Weg der Verbindung von Markt und Staat und stärken ihrer Rohstoffexportsektoren. Sie setzen auf den Ausbau der Stellung ihrer Länder auf den Weltmärkten, um erzielte Gewinne teilweise sozial umzuverteilen (vgl. dazu die Diskussion in Rosa Luxemburg Foundation/Transnational Institute 2013). In Bolivien und Venezuela konnte das Ausmaß der Ungleichheit, gemessen mithilfe des Gini-Koeffizienten, gesenkt werden. Zugleich aber wächst das Bewusstsein, dass sich diese Reformen nicht einfach fortsetzen lassen, weder in China noch anderswo. Die Kosten solcher Erfolge werden immer höher. Die nachholende Entwicklung stößt an Grenzen; teilweise zementiert sie die Ungleichheit und schafft neue Abhängigkeiten. Und die Lebenswirklichkeit vieler ist durch Unsicherheit, Selbstvermarktung, Zeitstress und auch durch Armut geprägt. Demokratie wird eingeengt, der Konsumismus erfährt eine neue Blüte. Auch in Europa stößt das finanzgetriebene Akkumulationsregime an seine Grenzen (Demirović/Sablowski 2012) und nehmen imperiale Tendenzen zu (Crome 2012; Heine/Sablowski 2013).

Die Barbarei, dass einer Milliarde Menschen der Zugang zu den elementarsten Grundgütern des Lebens wie Nahrung, frisches Wasser oder einfachster Medizin verwehrt ist, dass die Zahl von Menschen, die in Slums leben, sich bis Ende des Jahrzehnts auf zwei Milliarden verdoppeln könnte, dass Hunderte Millionen Menschen Krieg und Bürgerkrieg ausgesetzt sind, bildet den schreienden Gegensatz zum sozialen Aufstieg von Teilen der Weltbevölkerung. Die Frage ist nur, wie diese Barbarei beseitigt werden kann: durch die Verallgemeinerung bürgerlich-kapitalistischer Gesellschaften oder durch einen Umbruch, der grundsätzlich mit der Dominanz von Kapitalverwertung und „freien Märkten“ bricht? Ist diese Barbarei nur Durchgangsstufe oder aber die zwangsläufige Kehrseite heutiger Zivilisation? Ist das eine nicht ohne das andere zu haben? Vor allem aber: Was wäre, wenn sich erweist, dass diese Zivilisation selbstzerstörerisch ist, da sie ihre eigenen Grundlagen schneller vernichtet als neu zu erschaffen vermag, sodass die Barbarei allgemein zu werden droht? Aber auch dies würde nur dann eine neue Perspektive erschließen, wenn praktisch nachgewiesen werden könn-

te, dass eine Transformation möglich ist, die nicht in autoritäre und stagnative Gesellschaftsformen mündet, die die Freiheit unter sich begraben – im Namen welches Idols auch immer.

Es kommt darauf an, so die These, die Mehrdimensionalität der Zivilisationskrise ernst zu nehmen, die Freiheitspotenziale zu bewahren und auszubauen, die Gleichheit der Teilhabe der Bürgerinnen und Bürger lokal wie global durchzusetzen und den nachfolgenden Generationen die Bedingungen dieser Freiheit und Gleichheit solidarisch zu hinterlassen. Transformatorische Realpolitik könnte versuchen, das synergetische Potenzial von ökologischer, sozialer, demokratischer und kultureller Frage zu erschließen. Historisch haben Umbrüche vor allem dann stattgefunden, wenn verschiedene Bewegungen, Konflikte und Ansätze sich verdichteten, molekulare Veränderungen in Großen Krisen sich wechselseitig verstärkten (Candeias 2014) und dadurch eine Macht entfalteten, die keine für sich allein hätte zur Geltung bringen können. Es sind dann Momente, in denen sich „Innovationen von weltweiter Wirkung“ verdichten und „manche unabhängig voneinander verlaufende Prozesse“ konvergieren (Osterhammel 2011, 17). Diese Verdichtung und Konvergenz kann *auch* (aber natürlich nicht nur) Resultat bewusster (transformatorischer) Politik sein. Auf jeden Fall wird eine solche Verdichtung befördert, wenn einzelne Projekte *auch* im Wissen um die damit verbundenen Synergien vorangetrieben werden und lokal wie global aktiv an entsprechenden Akteurskoalitionen gearbeitet wird.

Nachhaltig wirkungsvoll aber wird jede transformatorische Realpolitik nur sein, wenn daraus eine neue Produktivität oder Reproduktivität der Gesellschaft entsteht, die zugleich neue Möglichkeiten einer freieren Entwicklung in sich trägt und diese auf neue Gruppen ausweitet. Dabei meint Produktivität hier nicht die Menge verbrauchter Energie und vernutzter Stoffe, nicht die Quantität von Gütern oder Dienstleistungen, nicht das Bruttosozialprodukt, sondern die in diesen enthaltenen Existenz- und Entwicklungsmöglichkeiten, wie sie sich in den vier genannten Sphären des Reichtums niederschlagen. Einer der vielen Versuche, diese zu messen, geschieht durch den Genuine Progress Indicator (Wikipedia 2013a). Gerade eine auf grundlegende gesellschaftliche Veränderung orientierende Politik darf die Frage nach den Ressourcengrundlagen der eigenen Politik und ihrer stetigen Wiederherstellung und qualitativen Erneuerung nicht vernachlässigen. Begreift man die kapitaldominierte Reproduktion heutiger Gesellschaften als Reproduktion von Reichtumsverhältnissen in einem sehr weiten Sinne, dann kann man tatsächlich die Grundkonflikte dechiffrieren als Konflikte „um eine Steuerung und Kontrolle von Produktivitätsentwicklung und Verwendung des gesellschaftlichen Reichtums“ (Bischoff/Lieber 2013, 169).

Die Bedingungen der Produktion und Reproduktion des natürlich-gesellschaftlichen Reichtums haben sich aber grundlegend verändert. In den hochindustrialisierten Ländern steht das Maß an Nutzung des stofflich-energetischen Reichtums in keinem positiven Zusammenhang mehr zur Lebensqualität und zu einem reichen Leben. In der Mehrzahl der anderen Länder kann unter günstigen Bedingungen diese Stufe in den nächsten 30 bis 70 Jahren erreicht werden. Der quantitative Verbrauch kann und muss sogar perspektivisch sinken. Das rücksichtslose Aufbrechen aller vorhandenen sozialen und humanen Beziehungen und ihre Unterordnung unter Marktzwänge haben schon lange aufgehört, eine Bedingung von Innovation zu sein. Damit können sich die Schwerpunkte verlagern, ohne dass dies zu einem Verlust an Reichtum im obigen Sinne werden muss. Ganz im Gegenteil: Es könnte sich erweisen, so Birgit Mahnkopf, dass die kapitalistische „kontinuierliche Übertretung und Missachtung aller, der sozialen wie der bio-physischen Grenzen“ jetzt selbst zu einem kaum überwindbaren „Hindernis für eine neue Phase der Akkumulation“ (Mahnkopf 2013, 222) geworden ist. Dazu aber bedarf es praktisch überzeugender Alternativen. Wie Elmar Altvater optimistisch formuliert: „Moderne Gesellschaften können mit ihrer gestalterischen Intelligenz den Herausforderungen der gesellschaftlichen Transformation Rechnung tragen“ (Altvater 2013, 229).

Eine solche Politik wird sich erstens dann vor allem überzeugend herstellen lassen, wenn sie sich in konkreten *Einstiegsprojekten* manifestiert (vgl. dazu den Beitrag von Lutz Brangsch in diesem Band), die die ökologische, soziale, demokratische und kulturelle Aspekte „synchronisieren“. Ein Beispiel dafür sind die Bewegungen für die umfassende Einführung von Systemen eines entgeltfreien öffentlichen Personennahverkehrs (Dellheim 2011; Brie/Candeias 2012) oder die Verbindung von lokaler CO₂-armer Energieproduktion, demokratisch kontrollierten öffentlichen Netzen und subventionierter oder unentgeltlicher Grundversorgung mit Strom. Dieser Ansatz hat auch eine starke globale solidarische Komponente. Es könnten Nord-Süd-Partnerschaften aufgebaut werden. Gelänge es, die Frage der deutlichen Verkürzung der Wochenarbeitszeit bei Anhebung der unteren Löhne und Sicherung des mittleren Lohnniveaus mit dem Aufbau eines öffentlichen Beschäftigungssektors (ÖBS) und einem gleichermaßen sozialen, ökologischen und kulturellen Stadtbau sowie einem partizipatorischen Haushalt zu verbinden, dann könnte auch ein solches Projekt hohe Ausstrahlung gewinnen.

Zweitens: Die Krise des Finanzmarkt-Kapitalismus hat zur Delegitimierung einer ausschließlich am Shareholder-Value orientierten *Unternehmensverfassung* geführt. Dies ist eine Chance. Angesichts der Zentralität der Unternehmen in

ihren privaten, öffentlichen oder genossenschaftlichen Formen steht die Frage, wie diese zu Akteuren transformatorischen Wandels werden können. Nur dann, wenn sie Naturressourcen, Arbeitskraft, Kredit/Finanzanlagen und Wissen in einer Weise reproduzieren, dass die Gaiasphäre, die gemeinschaftlich-individuellen Lebenswelten, die demokratischen und libertären Institutionen sowie die Welt der Kultur nicht länger unter Profit und Kapitalverwertung subsumiert, sondern in ihrem Eigensinn gestärkt werden, wird es überzeugende Alternativen über den Kapitalismus hinaus geben.

Von verschiedensten Seiten werden immer neue Forderungen an die Unternehmen herangetragen: gute Arbeit, Ausbildung, nachhaltiges Wirtschaften, Verbraucherschutz, lokale Verankerung, Transparenz, innere Demokratisierung und Mitsprache externer Stakeholder, Beitrag zu einem fairen Handel. Dabei werden zwei Wege verfolgt: Der eine Weg ist die direkte Partizipation der entsprechenden Interessengruppen an Unternehmensentscheidungen. Dies kann die nachdrückliche Wahrnehmung von Forderungen einschließen, kann aber auch zur Blockade innerbetrieblicher Entscheidungsprozesse aufgrund der Unübersichtlichkeit von Vetoplayern führen. Der andere Weg ist die externe und interne Regulierung der Unternehmenstätigkeit, sodass die Verfolgung von betriebswirtschaftlichen Zielen an die Berücksichtigung von weit darüber hinausgehenden Zielen gebunden wird. Beide Wege sollten praktisch geprüft werden. Man kann davon ausgehen, dass sie kontextabhängig jeweils unterschiedliche Wirkungen zeigen.¹⁴ Im Zentrum steht dabei die Demokratisierung der Verfügung über die Strukturen von Wirtschaft und ihrer Unternehmen (Wright 2010, 191 ff.).

Ohne eine Transformation der Unternehmen in solidarische Assoziationen mit wirtschaftlichem Auftrag kann keine umfassende Gesellschaftstransformation gelingen (Bontrup et al. 2006; Demirović 2014; Weipert 2014; Krätke 2014). Es bedarf ganz offensichtlich eines weiten Feldes von Experimenten, um Prozesse einzuleiten, die profitorientierte Unternehmen in solche Assoziationen verwandeln, die ihre Ziele nicht durch Erhöhung der Produktivität, sondern der gesellschaftlichen Reproduktivität verfolgen, nicht auf Kosten von Natur, Arbeits- und Lebenswelten, demokratischen Institutionen oder Kultur, sondern durch neue Formen ihrer symbiotischen, ihrer Koentwicklung.

Drittens: Ein wichtiger Schritt auf dem Weg der Verwandlung von profitorientierten Unternehmen in Akteure eines transformatorischen Wandels könnten Formen der *Sozialisierung der Investitionsfunktion* sein. Der Zugang zu Kapital

14 Zu Ansätzen einer Wirtschaftsdemokratie ausgehend von Reformstrategien der 1960er und 1970er Jahre vgl. Šik 1979.

würde an die Einhaltung grundlegender Standards gebunden. Die Knappheit des Kapitals würde auf jenes Niveau reduziert, dass mit den Zielen eines umfassenden sozialökologischen Umbaus vereinbar ist und „den [mehr oder minder; M.B.] sanften Tod der sich steigernden Unterdrückungsmacht des Kapitalisten, den Knappheitswert des Kapitals auszubeuten“ (Keynes 1983, 317) nach sich zieht. Zusammen mit Kapitalverkehrskontrollen und der öffentlichen Ächtung von Unternehmen, die diese Standards verletzen, könnte so eine starke Gegenmacht entstehen. Im Zusammenhang mit dem ökologischen Umbau der Gesellschaft wird zudem die Frage der „Energiedemokratie“ auf die Tagesordnung gesetzt (Müller 2012). Auch der Ausbau öffentlicher Investitionen oder die direkte Beteiligung der öffentlichen Hand an Unternehmen, die aus Notlagen befreit werden, könnte dazu gehören. Diese hätte dann zumindest eine Vetomacht gegen Unternehmensentscheidungen, die das Gemeininteresse negativ beeinflussen. Gesellschaftliche Planung würde einen neuen Stellenwert erlangen, wenn es um die Grundstrukturen der Wirtschaft, der Infrastruktur und Konsumtion geht (Candeias 2014). Der wichtigste Schritt auf diesem Wege wäre die Transformation des Finanzsektors in einen Dienstleistungssektor solidarischen Wirtschaftens und solider nachhaltiger Finanzierung (Felber 2012). Die allererste Voraussetzung aber ist die massive und gründliche Entwertung des überakkumulierten Kapitals und die Rückführung privater Systeme der Daseinsvorsorge in öffentliche solidarische Sozialsysteme.

Eine vierte Bedingung wäre die Schaffung von transformatorischen Koalitionen, die weit über eine bloß projektbezogene Kooperation im Rahmen eines „Mosaiks“ (Urban 2009) hinausgehen würden. Ein Teil der Ressourcen der Akteure würde bewusst in die Entwicklung ihrer kooperativen Umgestaltungsfähigkeit investiert werden. Dies aber ist schwierig. Für die Lohnabhängigen und sozial schwächeren Gruppen ist die bloße Interessenverteidigung innerhalb der vom Finanzmarkt-Kapitalismus gegebenen Rahmenbedingungen und die gewerkschaftliche Beteiligung am „Krisenkorporatismus“ das einzige, was erreichbar zu sein scheint. Es ist dann aber ein Kampf zu den Konditionen des herrschenden Blocks, der die gegebenen Rahmenbedingungen eher verfestigt. Aber auch ein Eintreten für einen ökologischen Umbau oder für eine Demokratisierung, die die Interessen der großen Mehrheit der Bevölkerung an sozialer Sicherheit oder guter Arbeit ignoriert, spaltet. Gegenhegemonie ist nur dann erreichbar, wenn kooperativ an transformierenden Zusammenhängen gearbeitet wird, die Umverteilung und Umgestaltung verbinden sowie Tagesaufgaben und Perspektiven vermitteln.

Eine fünfte und immer wichtigere Bedingung wäre die gemeinsame Initiierung von Verfassungsprozessen, wie sie ihr Vorbild in einigen Ländern Lateinamerika

hat (Ecuador, Bolivien, auch Venezuela). Dabei geht es nicht um die Top-down-Verordnung von Herrschaftsprojekten, sondern um die Konstituierung der gesellschaftlichen Akteure selbst in einem offenen Raum. Es müssen die verbindlichen Regeln der gesellschaftlichen Kooperation verändert werden. Es ist dies eine Metaebene der Kooperation, die besondere Aufmerksamkeit verlangt (Ostrom 2005, 58 ff.). Auch geschichtlich sind größere Umbrüche immer Umbrüche der Verfassung von Gesellschaften gewesen – spätestens seit der Deklaration der Menschenrechte in der aufständischen britischen Kolonie Virginia 1776. Dies beginnt erstens damit, dass Akteure in einem solchen Prozess per se die vorhandene Gesellschaft zum Ancien Régime, zur überholten Gesellschaft erklären (Hardt/Negri 2013, 57 ff.). Dies spricht der gegebenen Verfassungsordnung (und nicht nur der Verfassungswirklichkeit) die Legitimität ab. Es wird zweitens auf der Verfassungsebene der revolutionäre Ausnahmezustand erklärt; die Grundregeln der Gesellschaft werden gewaltfrei infrage gestellt. Drittens wird ein umfassender gesellschaftlicher Diskussionsprozess eingeleitet, der hin zu Generalständen führen kann (Bourdieu 2004). Diskursiv und konsensorientiert, aber bezogen auf neue Maßstäbe einer legitimen Ordnung kann ein breiter gesellschaftlicher Prozess in Gang gesetzt werden. Dabei dürfte die Frage der völlig neuen Verbindung von individuellen Menschenrechten und der Sicherung der Gemeingüter – der vier hier immer wieder ausgeführten Sphären allen gesellschaftlichen Reichtums (Daiber/Houtart 2012) – und des besonderen Schutzes jener Praktiken (des Commoning; vgl. dazu u.a. Helfrich et al. 2010), die diesen Reichtum mehren, im Zentrum stehen. Der Verfassungsprozess könnte zudem ein wichtiges Projekt sein, das den Aufbau einer transformatorischen Koalition befördert.



Wenn heute eine „Untersuchung über das Wesen und die Ursachen des Reichtums der Nationen“ erscheinen würde, müsste sie den tiefen Widerspruch zwischen Reichtum und Kapitalismus ins Zentrum rücken. Die Lösung dieses Widerspruchs verlangt viele konkrete Projekte und Schritte. Sie beginnen – wo auch sonst – im Ancien Régime, in den bürgerlich-kapitalistischen Gesellschaften. Es wird sich zeigen, ob sie wirklich darüber hinaus führen. Da es aber gute Gründe gibt, anzunehmen, dass die Dominanz der Kapitalverwertung über Wirtschaft und Gesellschaft mit der Sicherung des Erhalts und Ausbaus der vier grundlegenden Sphären des Reichtums nur schwer und nur zu sehr hohen Kosten vereinbar ist, dass eine den Menschen förderliche Gaiasphäre, reiche gemeinschaftlich-individuelle Lebenswelten, starke demokratische und friedensstiftende Institutionen sowie eine freie Welt des Öffentlich-Kulturellen die Dominanz ganz anderer

Ziele bedarf, kann die Wette auf die Zukunft gemacht werden: Am Ende wird nicht ein „anderer“ Kapitalismus, sondern eine solidarische Teilhabegesellschaft stehen, die auch als demokratischer, grüner, friedenschaffender Sozialismus des 21. Jahrhunderts bezeichnet werden könnte. In ihn geht der Einsatz für die gemeinschaftlichen Grundlagen unseres Lebens genauso ein wie der Kampf für die Menschenrechte. Ein solcher Sozialismus hat kommunistische wie libertäre Wurzeln und zeichnet sich durch deren organische Verbindung aus. Die Erde könnte zum Garten werden“, dem persischen „pairidaeza“ (Turner 2005, 121). Die Lebenswelten wären geprägt durch freie Gemeinschaften der Arbeit, des Sorgens und Einmischens und der Muße, wären Heimatwelten. In rechtsstaatlich verfassten Gesellschaften würden die Bedingungen von Freiheit und Gleichheit, von Gewaltfreiheit und Sicherheit bewahrt. Die Impulse der Kultur würden die Dynamik der ganzen Gesellschaft prägen. Ohne eine solche befreiende Vision werden die vielen konkreten Kämpfe nicht gewonnen werden gegen Profitdominanz, Verteidigung der Privilegien, imperiale Anmaßung, gegen Angst und Gier. Ob diese „Wette“ auf eine Zukunft nach dem Kapitalismus aufgeht, wird sich aber erst in dieser Praxis zeigen.

Literatur

- Achatz, Juliane (2010). Geschlechterungleichheiten im Betrieb. Arbeit, Entlohnung und Gleichstellung in der Privatwirtschaft, Berlin: Edition sigma
- Altvater, Elmar (2013). Die Wachstumsfrage: Akkumulation versus Moral, in: Backhouse, Maria/Gerlach, Olaf/Kalmring, Stefan/Nowak, Andreas (Hrsg.): Die globale Einhegung – Krise, ursprüngliche Akkumulation und Landnahmen im Kapitalismus, Münster: Westfälisches Dampfboot, 226–246
- Aristoteles (1956). Nikomachische Ethik, Berlin: Akademie
- Becker, Egon/Hummel, Diana/Jahn, Thomas (2011). Gesellschaftliche Naturverhältnisse als Rahmenkonzept, in: Gross, Matthias (Hrsg.): Handbuch Umweltsoziologie, Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften, 75–96
- Becker, Egon/Jahn, Thomas (Hrsg.) (2006). Soziale Ökologie: Grundzüge einer Wissenschaft von den gesellschaftlichen Naturverhältnissen, Frankfurt am Main/New York: Campus
- Binswanger, Hans Christoph (2006). Die Wachstumsspirale: Geld, Energie und Imagination in der Dynamik des Marktprozesses, Marburg: Metropolis
- Bischoff, Joachim (2009). Jahrhundertkrise des Kapitalismus: Abstieg in die Depression oder Übergang in eine andere Ökonomie?, Hamburg: VSA
- Bischoff, Joachim/Lieber, Christoph (2013). Die „große Transformation“ des 21. Jahrhunderts. Politische Ökonomie des Überflusses versus Marktversagen. Eine Flugschrift, Hamburg: VSA

- Boltanski, Luc/Chiapello, Eve (2005). *The new spirit of capitalism*, London/New York: Verso
- Bontrup, Heinz-Josef et al. (2006). *Wirtschaftsdemokratie: Alternative zum Shareholder-Kapitalismus*, Hamburg: VSA
- Bourdieu, Pierre (2004). *Gegenfeuer*, Konstanz: UVK
- Brand, Ulrich/Görg, Christoph/Hirsch, Joachim/Wissen, Markus (Hrsg.) (2008). *Conflicts in environmental regulation and the internationalisation of the state. Contested terrains*, London/New York: Routledge
- Brand, Ulrich/Pühl, Katharina/Thimmel, Stefan (Hrsg.) (2013). *Wohlstand – wie anders? Linke Perspektiven*, hrsg. von der Rosa-Luxemburg-Stiftung, Manuskripte – Neue Folge 5, Berlin
- Brand, Ulrich/Wissen, Markus (2011). *Sozial-ökologische Krise und imperiale Lebensweise. Zu Krise und Kontinuität kapitalistischer Naturverhältnisse*, in: Demirović, Alex/Dück, Julia/Becker, Florian/Bader, Pauline (Hrsg.): *Vielfachkrise. Im finanzmarktdominierten Kapitalismus*, Hamburg: VSA, 78–93
- Brie, Michael (2007). *Der Kampf um gesellschaftliche Mehrheiten*, in: Brie, Michael/Hildebrandt, Cornelia/Meuche-Mäker, Meinhard (Hrsg.): *Die LINKE. Wohin verändert sie die Republik?*, Berlin: Karl Dietz, 13–45
- (2004). *Der sowjetische Staatspartei Sozialismus im Lichte der Marxschen Theorie „progressiver Epochen der ökonomischen Gesellschaftsformation“*, in: *Aufstieg und Fall des osteuropäischen Staatssozialismus: Ursachen und Wirkungen, Osteuropa in Tradition und Wandel. Leipziger Jahrbücher*. Leipzig: Rosa-Luxemburg-Stiftung Sachsen, 197–233
- (2006). *Die Linke – was kann sie wollen? Politik unter den Bedingungen des Finanzmark-Kapitalismus. Supplement der Zeitschrift Sozialismus*, Hamburg: VSA
- Brie, Michael/Candeias, Mario (2012). *Just Mobility. Postfossil Conversion and Free Public Transport*, Berlin: Rosa-Luxemburg-Stiftung, abrufbar unter: www.rosalux.de/fileadmin/rls_uploads/pdfs/Analysen/Analyse_Just_Mobility.pdf
- Burnette, Joyce/Mokyr, Joel (1995). *The Standard of Living Through the Ages*, in: Simon, Julian L. (Hrsg.): *The State of Humanity*, Cambridge, 135–148
- Candeias, Mario (2012a). *Hello ... does anybody rule? Die (Un)Fähigkeit der herrschenden Klassen und führenden Gruppen*, in: Demirović, Alex/Kaindl, Christina (Hrsg.): *Gegen den Neoliberalismus andenken*, Hamburg: VSA, 82–100
- (2012b). *Szenarien grüner Transformation*, in: Brie, Michael/Candeias, Mario (Hrsg.): *Transformation im Kapitalismus und darüber hinaus. Beiträge zur Ersten Transformationskonferenz des Instituts für Gesellschaftsanalyse der Rosa-Luxemburg-Stiftung*, hrsg. von der Rosa-Luxemburg-Stiftung, reihe Papers, Berlin, 135–150
- (2014). *„Wenn das Alte stirbt ...“ – Organische Krise bei Antonio Gramsci*, in: Brie, Michael (Hrsg.): *„Wenn das Alter stirbt ...“ Die organische Krise des Finanzmarktkapitalismus. Zweite Transformationskonferenz der Rosa-Luxemburg-Stiftung*, hrsg. von der Rosa-Luxemburg-Stiftung, Manuskripte – Neue Folge 8, Berlin, 14–28

- (2012c). Zu viel, zu wenig. Ein Moment organischer Krise, in: LuXemburg, (4), 14–17
- Castel, Robert (2000). Die Metamorphosen der sozialen Frage. Eine Chronik der Lohnarbeit, Konstanz: Univ.-Verl. Konstanz
- Childe, Vere Gordon (1959). Der Mensch schafft sich selbst, Dresden: Verlag der Kunst
- Cockrall-King, Jennifer (2012). Food and the city. Urban agriculture and the new food revolution, Amherst: Prometheus Books
- Crome, Erhard (2012). Deutschland in Europa. Eine neue Hegemoniedebatte, in: Welt-Trends. Zeitschrift für internationale Politik, Bd. 86, 59–69
- Daiber, Birgit/Houtart, Francois (Hrsg.) (2012). A Post-capitalist Paradigm. The Common Good of Humanity, Brüssel: Büro der Rosa-Luxemburg-Stiftung, abrufbar unter: www.rosalux.de/fileadmin/rls_uploads/pdfs/sonst_publicationen/common-good.pdf
- Darwin, Charles (2004). Die Entstehung der Arten durch natürliche Zuchtwahl, Hamburg: Nikol
- Dellheim, Judith (2011). Free Public and Accessible Transports, in: Mehring1, abrufbar unter: <http://ifg.rosalux.de/2011/07/06/free-public-and-accessible-transports/>
- Dellheim, Judith/Brangsch, Lutz/Wolf, Frieder-Otto/Spangenberg, Joachim (2012). Den Krisen entkommen. Sozialökologische Transformation, Berlin: Karl Dietz
- Demirović, Alex (1997). Demokratie und Herrschaft: Aspekte kritischer Gesellschaftstheorie, Münster: Westfälisches Dampfboot
- (2014). Wirtschaft und Demokratie, in: Weipert, Axel (Hrsg.): Demokratisierung von Wirtschaft und Staat. Studien zum Verhältnis von Ökonomie, Staat und Demokratie vom 19. Jahrhundert bis heute, Berlin: Nora, 37–48
- Demirović, Alex/Sablowski, Thomas (2012). Finanzdominierte Akkumulation und die Krise in Europa, Berlin: Rosa-Luxemburg-Stiftung, abrufbar unter: www.rosalux.de/fileadmin/rls_uploads/pdfs/Analysen/Analyse_Finanzdominierte_Akkumulation.pdf
- Deppe, Frank/Schmitthenner, Horst/Urban, Hans-Jürgen (Hrsg.) (2008). Notstand der Demokratie: auf dem Weg in einen autoritären Kapitalismus?, Hamburg: VSA
- Duchrow, Ulrich (2013). Gieriges Geld. Auswege aus der Kapitalismusfalle. Befreiungstheologische Perspektiven, München: Kösel
- Federici, Silvia (2012). Caliban und die Hexen. Frauen, der Körper und die ursprüngliche Akkumulation, Wien: Mandelbaum
- Felber, Christian (2012). Die Gemeinwohl-Ökonomie. Eine demokratische Alternative wächst, akt. u. erw. Neuausg., Wien: Deuticke
- Foucault, Michel (2010). Kritik des Regierens: Schriften zur Politik, Berlin: Suhrkamp
- Friends of the Earth (2009). Overconsumption? Our use of the world's natural resources, abrufbar unter: www.foeeurope.org/publications/2009/Overconsumption_Sep09.pdf
- Fuchs, Thomas (2009). Das Gehirn – ein Beziehungsorgan. Eine phänomenologisch-ökologische Konzeption, 2. akt. Aufl., Stuttgart: Kohlhammer
- Habermas, Jürgen (1983). Strukturwandel der Öffentlichkeit. Untersuchungen zu einer Kategorie der bürgerlichen Gesellschaft, 14. Aufl., Darmstadt: Luchterhand

- Halbert, Debora (2005). Globalized Resistance to Intellectual Property, abrufbar unter: <http://globalization.icaap.org/content/v5.2/halbert.html>
- Hardt, Michael/Negri, Antonio (2013). Demokratie! Wofür wir kämpfen, Frankfurt am Main: Campus
- Hardt, Michael/Negri, Antonio (2004). Multitude. War and democracy in the age of Empire, New York: Penguin
- Harvey, David (2007). Räume der Neoliberalisierung: zur Theorie der ungleichen Entwicklung, Hamburg: VSA
- Haug, Frigga (2008). Die Vier-in-einem-Perspektive: Politik von Frauen für eine neue Linke, Hamburg: Argument
- Hegel, Georg Wilhelm Friedrich (1972). System der Sittlichkeit (1803), in: ders.: Jenaer Schriften. Hrsg. u. eingel. von Gerd Irrlitz, Berlin: Akademie, 429–520
- Heine, Frederic/Sablowski, Thomas (2013). Die Europapolitik des deutschen Machtblocks und ihre Widersprüche. Eine Untersuchung der Positionen deutscher Wirtschaftsverbände zur Eurokrise, hrsg. von der Rosa-Luxemburg-Stiftung, Reihe Studien, Berlin
- Helfrich, Silke/Kuhlen, Rainer/Sachs, Wolfgang/Siefkes, Christian (2010). Gemeingüter – Wohlstand durch Teilen, Heinrich-Böll-Stiftung, abrufbar unter: www.boell.de/downloads/Gemeinguetter_Report_Commons.pdf Heinrich-Böll-Stiftung
- Hirsch, Joachim (1998). Vom Sicherheits- zum nationalen Wettbewerbsstaat, Berlin: ID-Verlag
- Hofmeister, Sabine/Katz, Christine/Mölders, Tanja (Hrsg.) (2013). Geschlechterverhältnisse und Nachhaltigkeit. Die Kategorie Geschlecht in den Nachhaltigkeitswissenschaften, Opladen: Budrich
- Huxley, Aldous (2012). Schöne neue Welt. Ein Roman der Zukunft, Frankfurt am Main: Fischer
- Iacoboni, Marco (2011). Woher wir wissen, was andere denken und fühlen. Das Geheimnis der Spiegelneuronen, München: Goldmann
- Institut für Gesellschaftsanalyse (2009). Die gesellschaftliche Linke in den gegenwärtigen Krisen, in: kontrovers, Bd. 02/2009, abrufbar unter: www.rosalux.de/fileadmin/rls_uploads/pdfs/kontrovers_02-09.pdf
- Jessop, Bob (2007a). State power. A strategic-relational approach, Cambridge: Polity
- (2007b). Towards a Schumpeterian workfare state? Preliminary remarks on post-Fordist political economy, in: Vij, Ritu (Hrsg.): Globalization and welfare: a critical reader, International political economy series. Basingstoke u.a.: Palgrave Macmillan, 106–119
- (2008). Zur Relevanz von Luhmanns Systemtheorie und von Laclau und Mouffes Diskursanalyse für die Weiterentwicklung der marxistischen Staatstheorie, in: Hirsch, Joachim/Kannankulam, John/Wissel, Jens (Hrsg.): Der Staat der bürgerlichen Gesellschaft. Zum Staatsverständnis von Karl Marx, Baden-Baden: Nomos, 157–179
- Jochimsen, Maren (2003). Careful Economics. Integrating Caring Activities and Economic Science, Boston: Kluwer Academic Publishers
- Keynes, John Maynard (1983). Allgemeine Theorie der Beschäftigung, des Zinses und des Geldes, 6. Aufl., Berlin: Duncker & Humblot

- (2007). Wirtschaftliche Möglichkeiten für unsere Enkelkinder, in: Reuter, Norbert (Hrsg.): Wachstumseuphorie und Verteilungsrealität. Wirtschaftspolitische Leitbilder zwischen Gestern und Morgen. Mit Texten zum Thema von John Maynard Keynes und Wassily W. Leontief, Marburg: Metropolis, 135–147
- Klein, Dieter (2013). Das Morgen tanzt im Heute. Transformation im Kapitalismus und über ihn hinaus, Hamburg: VSA
- (2010). Eine zweite Große Transformation und die Linke, in: rls kontrovers
- (2006). Milliardäre – Kassenleere. Rätselhafter Verbleib des anschwellenden Reichtums, Berlin: Karl Dietz
- Klein, Naomi (2009). Die Schock-Strategie. Der Aufstieg des Katastrophen-Kapitalismus, Frankfurt am Main: Fischer
- Kramer, Klaus/Nessel, Sebastian (Hrsg.) (2012). Entfesselte Finanzmärkte. Soziologische Analysen des modernen Kapitalismus, Campus Verlag
- Krätke, Michael (2014). Eine andere Demokratie für eine andere Wirtschaft. Überlegungen zur institutionellen Form der Wirtschaftsdemokratie, in: Weipert, Axel (Hrsg.): Demokratisierung von Wirtschaft und Staat. Studien zum Verhältnis von Ökonomie, Staat und Demokratie vom 19. Jahrhundert bis heute, Berlin: Nora, 60–72
- Kuczynski, Jürgen (1954). Bd. 4. Die Geschichte der Lage der Arbeiter in England von 1640 bis in die Gegenwart, Berlin: Tribüne
- Kühne, Lothar (1993). Ökonomisches Verhalten und Weltanschauung, in: In memoriam Lothar Kühne. Von der Qual, die staatssozialistische Moderne zu leben, Berlin: Gesellschaft für sozialwissenschaftliche Forschung und Publizistik, 98–105
- Laclau, Ernesto/Mouffe, Chantal (2006). Hegemonie und radikale Demokratie. Zur Dekonstruktion des Marxismus, Wien: Passagen
- Langford, Paul (1998). A polite and commercial people: England 1727–1783, Oxford/New York,: Clarendon Press/Oxford University Press
- Linebaugh, Peter (2000). The many-headed hydra. Sailors, slaves, commoners, and the hidden history of the revolutionary Atlantic, Boston: Beacon Press
- Lorey, Isabell (2012). Regierung der Prekären, Wien u.a.: Turia + Kant
- Losurdo, Domenico (2010). Freiheit als Privileg. Eine Gegengeschichte des Liberalismus, Köln: PapyRossa
- Lovelock, James (2000). Gaia. A new look at life on earth. With a new preface by the author, Oxford/New York: Oxford University Press
- Luxemburg, Rosa (1974). Kleinbürgerliche oder proletarische Weltpolitik, in: dies.: Gesammelte Werke, Bd. 3, Berlin: Dietz, 26–31
- (1913). Die Akkumulation des Kapitals. Ein Beitrag zur ökonomischen Erklärung des Imperialismus, in: Gesammelte Werke, Bd. 5, Berlin: Dietz, 5–411
- MacIver, R. M. (1995). Vorwort, in: Polanyi, Karl: The Great Transformation. Politische und ökonomische Ursprünge von Gesellschaften und Wirtschaftssystemen [1944], Frankfurt am Main: Suhrkamp, 11–15

- Madörin, Mascha (2006). Plädoyer für eine eigenständige Theorie der Care-Ökonomie, in: Niechoj, Thorsten/Tullney, Marco (Hrsg.): *Geschlechterverhältnisse in der Ökonomie*, Marburg: Metropolis, 277–297
- Mahnkopf, Birgit (2013). Peak Everything – Peak Capitalism? Folgen der sozial-ökologischen Krise für die Dynamik des historischen Kapitalismus., in: Working Paper der DFG-KollegforscherInnengruppe Postwachstumsgesellschaften, (02/2013)
- Marx, Karl (1853a/1975). Die britische Herrschaft in Indien, in: MEW, Bd. 9, Berlin: Dietz, 127–133
- (1853b/1975). Die künftigen Ergebnisse der britischen Herrschaft in Indien, in: MEW, Bd. 9, Berlin: Dietz, 220–226
- (1875/1974). Kritik des Gothaer Programms, in: MEW, Bd. 19, Berlin: Dietz, 13–32
- (1890/1974). Das Kapital. Kritik der politischen Ökonomie. Erster Band, in: MEW, Bd. 23, Berlin: Dietz
- Marx, Karl/Engels, Friedrich (1848/1974). Manifest der Kommunistischen Partei, in: MEW, Bd. 4, Berlin: Dietz, 459–493
- Moore, Jason W. (2007). *Ecology and the Rise of Capitalism*. PhD Dissertation. Department of Geography, University of California – Berkeley
- Müller, Christa (Hrsg.) (2011). *Urban Gardening. Über die Rückkehr der Gärten in die Stadt*, München: Oekom
- Müller, Tazio (2012). Von Energiekämpfen, Energiewenden und Energiedemokratie, in: *LuXemburg*, (1), 6–15
- North, Douglass C./Wallis, John Joseph/Weingast, Barry R. (2009). *Violence and social orders: a conceptual framework for interpreting recorded human history*, Cambridge/New York: Cambridge University Press
- Neusüss, Christel (1985). Die Kopfgeburten der Arbeiterbewegung oder die Genossin Luxemburg bringt alles durcheinander, Hamburg: Rasch und Röhring
- Nuss, Sabine (2006). *Copyright & Copyriot. Aneignungskonflikte um geistiges Eigentum im informationellen Kapitalismus*, Münster: Westfälisches Dampfboot
- Offe, Claus/Wiesenthal, Helmut (1980). Two Logics of Collective Action: Theoretical Notes on Social Class and Organizational Form, in: *Political Power and Social Theory*, (1), 67–115
- Osterhammel, Jürgen (2011). *Die Verwandlung der Welt. Eine Geschichte des 19. Jahrhunderts Sonderausg.*, München: C.H. Beck
- Ostrom, Elinor (2005). *Understanding institutional diversity*, Princeton: Princeton University Press
- Pfeifer, Wolfgang (1995). *Etymologisches Wörterbuch des Deutschen*, München: dtv
- Polanyi, Karl (1995). *The Great Transformation. Politische und ökonomische Ursprünge von Gesellschaften und Wirtschaftssystemen [1944]*, Frankfurt am Main: Suhrkamp
- (2005). Über den Glauben an den ökonomischen Determinismus [1947], in: Cangiani, Michele/Polanyi-Levitt, Kari/Thomasberger, Claus (Hrsg.): *Chronik der großen Transformation: Artikel und Aufsätze (1920–1945)*, Bd. 3: *Menschliche Freiheit*,

- politische Demokratie und die Auseinandersetzung zwischen Sozialismus und Faschismus, Marburg: Metropolis, 325–334
- Poulantzas, Nicos (2002). Staatstheorie. Politischer Überbau, Ideologie, Autoritärer Etatismus, Hamburg: VSA
- Randers, Jørgen (2012). 2052 – der neue Bericht an den Club of Rome. Eine globale Prognose für die nächsten 40 Jahre, München: Oekom
- Reemtsma, Jan Philipp (2008). Vertrauen und Gewalt. Versuch über eine besondere Konstellation der Moderne, Hamburg: Hamburger Edition
- Reißig, Rolf (2011). Die neue „Große Transformation“. Der Übergang zu einem sozial-ökologischen und solidarischen Entwicklungspfad, in: vorgänge, (3), 79–88
- (2009). Gesellschafts-Transformation im 21. Jahrhundert. Ein neues Konzept sozialen Wandels, Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften
- Rilling, Rainer (2008). Risse im Empire, Berlin: Karl Dietz
- Rosa Luxemburg Foundation/Transnational Institute (Hrsg.) (2013). Beyond Development. Alternative visions from Latin America. Permanent Working Group on Alternatives to Development organized by the Rosa Luxemburg Foundation Office Quito, Quito/Amsterdam: Transnational Institute
- Rosen, Richard D./Electris, Christi/Raskin, Paul D. (2010). The Century Ahead: Searching for Sustainability, Boston: Tellus Institute, abrufbar unter: www.mdpi.com/2071-1050/2/8/2626/pdf
- Rusconi, Alessandra et al. (Hrsg.) (2013). Paare und Ungleichheit(en). Eine Verhältnisbestimmung, Opladen u.a.: Budrich
- Scheer, Hermann (2010). Der energetische Imperativ: 100 Prozent jetzt. Wie der vollständige Wechsel zu erneuerbaren Energien zu realisieren ist, München: Kunstmann
- (1999). Solare Weltwirtschaft. Strategie für die ökologische Moderne, München: Kunstmann
- Scheiwe, Kirsten/Krawietz, Johanna (Hrsg.) (2010). Transnationale Sorgearbeit. Rechtliche Rahmenbedingungen und gesellschaftliche Praxis, Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften
- Schiller, Friedrich (1975). Über Kunst und Wirklichkeit: Schriften u. Briefe zur Ästhetik, 2., veränd. Aufl., Leipzig: Reclam
- Schumpeter, Joseph (2013). Theorie der wirtschaftlichen Entwicklung. Eine Untersuchung über Unternehmervorteil, Kapital, Kredit, Zins und den Konjunkturzyklus Unveränd. Nachdruck v. 1934, Berlin: Duncker & Humblot
- Siefkes, Christian (2008). Beitragen statt tauschen, Neu-Ulm: AG-SPAK
- Šik, Ota (1979). Humane Wirtschaftsdemokratie. Ein 3. Weg, Hamburg: Knaus
- Skidelsky, Robert/Skidelsky, Edward (2012). How much is enough? Money and the good life, New York: Other Press
- Smith, Adam (1976). Eine Untersuchung über das Wesen und die Ursachen des Reichtums der Nationen. Erster Band, Berlin: Akademie
- Streeck, Wolfgang (2013). Gekaufte Zeit. Die vertagte Krise des demokratischen Kapitalismus, Berlin: Suhrkamp

- Sum, Ngai-Ling/Jessop, Bob (2013). *Towards a cultural political economy. Putting culture in its place in political economy*, Northampton: Edward Elgar Pub
- Thie, Hans (2013). *Rotes Grün. Mit Kooperation, Gleichheit und Planung zur ökologischen Gesellschaft*, Hamburg: VSA
- Thompson, Edward P. (1987). *Die Entstehung der englischen Arbeiterklasse*, Frankfurt am Main: Suhrkamp
- Turner, Tom (2005). *Garden history. Philosophy and design, 2000 BC–2000 AD*, London/New York: Spon Press
- Urban, Hans-Jürgen (2009). Die Mosaik-Linke. Vom Aufbruch der Gewerkschaften zur Erneuerung der Bewegung, in: *Blätter für deutsche und internationale Politik*, (5), 71–77
- Weipert, Axel (Hrsg.) (2014). *Demokratisierung von Wirtschaft und Staat. Studien zum Verhältnis von Ökonomie, Staat und Demokratie vom 19. Jahrhundert bis heute*, Berlin: Nora
- Werlhof, Claudia von (1988). Der Proletarier ist tot. Es lebe die Hausfrau?, in: Werlhof, Claudia von/Mies, Maria/Bennholdt-Thomsen, Veronika: *Frauen, die letzte Kolonie. Zur Hausfrauisierung der Arbeit*, Reinbek: Rowohlt, 113–136
- Werlhof, Claudia von/Mies, Maria/Bennholdt-Thomsen, Veronika (1988). *Frauen, die letzte Kolonie. Zur Hausfrauisierung der Arbeit*, Reinbek: Rowohlt
- WBGU (2011). *Welt im Wandel. Gesellschaftsvertrag für eine große Transformation*, Berlin: Wissenschaftlicher Beirat der Bundesregierung Globale Umweltveränderungen
- Wijkman, Anders/Rockström, Johan (2012). *Bankrupting nature: denying our planetary boundaries* Rev. ed., Abingdon/New York: Routledge
- Wikipedia (2013a). *Genuine Progress Indicator*, abrufbar unter: http://de.wikipedia.org/w/index.php?title=Genuine_Progress_Indicator&oldid=116255001 (letzter Zugriff: 18.6.2013)
- (2013b). *Human Development Index*., abrufbar unter: http://en.wikipedia.org/w/index.php?title=Human_Development_Index&oldid=560027554 (letzter Zugriff: 18.6.2013)
- Wilson, Edward O. (1984). *Biophilia*, Cambridge: Harvard University Press
- Wimbauer, Christine (2012). Wenn Arbeit Liebe ersetzt. Doppelkarriere-Paare zwischen Anerkennung und Ungleichheit, Frankfurt am Main: Campus
- Winker, Gabriele (2012). Erschöpfung des Sozialen, in: *LuXemburg*, (4), 6–13
- Winker, Gabriele/Degele, Nina (2009). *Intersektionalität. Zur Analyse sozialer Ungleichheiten*, Bielefeld: Transcript
- Wissen, Markus (2011). *Gesellschaftliche Naturverhältnisse in der Internationalisierung des Staates. Konflikte um die Räumlichkeit staatlicher Politik und die Kontrolle natürlicher Ressourcen*, Münster: Westfälisches Dampfboot
- Wright, Erik Olin (2010). *Envisioning real utopias*, London/New York: Verso
- Zalasiewicz, Jan/Williams, Mark/Haywood, Alan/Ellis, Michael (2011). The Anthropocene: a new epoch of geological time?, in: *Philosophical Transactions of the Royal Society A: Mathematical, Physical and Engineering Sciences*, Bd. 369, 835–841
- Zapf, Wolfgang (1969). *Theorien des sozialen Wandels*, Köln: Kiepenheuer & Witsch

Ulrich Brand

Transition und Transformation: Sozialökologische Perspektiven

Fragen von wirtschaftlichem Wachstum und gesellschaftlichem Wohlstand spielen seit Beginn der Wirtschafts- und Finanzkrise eine verstärkte Rolle in der öffentlichen und fachlichen Auseinandersetzung. Noch deutlicher wird dies angesichts der Tatsache, dass sich diese Dimensionen mit anderen – insbesondere sozialökologischen – zu einer multiplen Krise verdichten (Demirović et al. 2011). Zwar dominieren Krisenpolitiken, die sich vom neuerlichen Anwerfen des „Wachstumsmotors“ die Bearbeitung von Problemen erwarten. Doch die Spannung zwischen einer Problematisierung des „Weiter-so“ und grundlegenden Alternativen ist politisch vorhanden.

Das zeigte sich insbesondere in der Enquete-Kommission „Wachstum, Wohlstand, Lebensqualität“ des Bundestages, die zwischen Januar 2011 und April 2013 parteiübergreifend und unter Einbeziehung fachlicher Expertise arbeitete (zum opulenten Ergebnis vgl. Enquete-Kommission des Deutschen Bundestages 2013; Brand et al. 2013). Als sich in einer der Projektgruppen – jener zu Fragen der Entkopplung von Wachstum, Ressourcenverbrauch und technischem Fortschritt – abzeichnete, dass die Vertreterinnen und Vertreter der Regierungsparteien und ihre Sachverständigen sich nicht auf politische Handlungsempfehlungen einlassen wollten, wurden eben solche von den Kommissionsmitgliedern der drei Oppositionsparteien formuliert. Die gemeinsame Klammer hierfür war der Begriff der sozialökologischen Transformation.

„Sozial-ökologische Fragen, so die Annahme, werden in den Politiken zur Bearbeitung der Krise eine Rolle spielen. Denn es handelt sich nicht lediglich um eine Finanz- und Wirtschaftskrise, sondern um eine multiple Krise, und darauf muss eine politische Antwort gefunden werden. Doch die Krisenstrategien und -politiken sind eben sehr verschieden (und nicht trennscharf voneinander zu trennen). Wir fassen mit dem Begriff der *sozial-ökologischen Transformation* jene Strategien, die auf eine bewusste gesellschaftspolitische Gestaltung zur Bearbeitung der multiplen Krise setzen und nicht zuvorderst auf den kapitalistischen (Welt-) Markt, der vermeintlich auf die ökologischen Probleme mittels Technologien und Knappheitssignalen reagiert. Wie im Adjektiv ‘sozial-ökologisch’ angezeigt, bedarf

es grundlegender Veränderungen von Wirtschaft und Gesellschaft sowie ihrer Verhältnisse zu den geologischen, bio-physikalischen Lebensgrundlagen. Dieser Gestaltungsansatz orientiert sich einerseits an der Bewertung unserer Epoche als Anthropozän und andererseits am demokratischen, gerechten und solidarischen Umbau hin zu einer nachhaltigen Produktions- und Lebensweise, wobei die Prinzipien auf die eigene Gesellschaft, auf Europa und die Welt bezogen sind. Entsprechend geht es ebenfalls um den Abbau von sozialen Ungleichheiten sowie um die Umverteilung gesellschaftlicher, ökonomischer und politischer Macht hin zu mehr Gerechtigkeit, insbesondere für die schwächeren Bevölkerungsgruppen. Die Einhegung des kapitalistischen Marktes und der Dominanz des Profitprinzips über eine Ausweitung des Öffentlichen und – wo es sinnvoll ist – des Staates, über die Stärkung öffentlicher, genossenschaftlicher sowie solidarischer Ökonomie, die insgesamt die ökologische Tragfähigkeit der Erde beachten, sind Bestandteile einer solchen Transformation.“ (Enquete-Kommission des Deutschen Bundestages 2013, 484).

Es wird weiter argumentiert, dass dafür die „Ausweitung von Demokratie und Partizipation und eine grundlegende Neuordnung von Wirtschaft und Gesellschaft unverzichtbar“ seien (ebd.: 484). Arbeit müsse neu bewertet und umverteilt werden, Produktions- und Konsummuster wie auch die Dynamiken von Innovation und Effizienz, Konsistenz und Suffizienz müssten verändert werden. Bezugspunkt ist eine attraktive Produktions- und Lebensweise, nicht „Verzicht“ (ebd.: 484). Auch die Kommissionsmitglieder der Opposition, die in der Projektgruppe 1 zum „Stellenwert von Wachstum in Wirtschaft und Gesellschaft“ mitgearbeitet haben, übernahmen diesen Begriff in ihrem ausführlichen Sondervotum (ebd., 126 f.).

Die Enquete-Kommission des Bundestages war zudem interessant, weil sie veranschaulichte, dass durch die Unionsfraktion ein Riss geht: auf der einen Seite die Vertreterinnen und Vertreter eines neoklassisch-neoliberalen business as usual, die sozialökologische Fragen mehr oder weniger ernst nehmen; auf der anderen Seite Konservative, die die Probleme der multiplen Krise erkannt haben und neue Orientierungen vorschlagen, die sich (partei-)politisch in Richtung schwarz-grün entwickeln könnten. Umso interessanter waren die im Verlauf der Enquete-Arbeit deutlicher gewordenen Konturierungen entlang der Regierungs- und Oppositionslinie. Das hing natürlich auch an den handelnden Personen und etwa der Tatsache, dass die nachdenklicheren Konservativen von den neoliberal-neoklassischen Kräften politisch kaltgestellt wurden.

Aus meiner Sicht handelt es sich hier um wichtige politische Entwicklungen, da im größeren Kontext der multiplen Krise eher Ratlosigkeit seitens der herrschenden politischen und ökonomischen Kräfte besteht, wie mit dieser jenseits des business as usual umzugehen ist. Derzeit ist wohl noch offen, inwieweit die

Ergebnisse der Enquete-Kommission tatsächlich relevant werden können. Die aktuelle Konstellation einer großen Koalition auf Bundesebene lässt vermuten, dass die oben skizzierten Differenzen nicht ausgetragen werden, da sie ja noch unter Bedingungen einer rot-rot-grünen Opposition formuliert wurden. Doch sie könnten sich – in ihrer Gesamtheit und in den Analysen und Positionierungen des progressiven politischen Spektrums unter Einbeziehung der Sozialdemokratie – mittelfristig durchaus als bedeutsam erweisen.

Im Hinblick auf stärker zu konturierende emanzipatorische Politiken zeigte sich allerdings, dass wichtige Punkte immer noch nicht geklärt sind: So gibt es ein höchst ambivalentes Verhältnis zum kapitalistisch getriebenen Wirtschaftswachstum, und es fällt den progressiven politischen Kräften eher schwer, angesichts des permanenten Reaktionsdrucks (etwa im Hinblick auf die Rücknahme sozialer Errungenschaften) ein alternatives Verständnis von Wohlstand zu entwickeln und zu entscheiden, welche kurz-, mittel- und langfristigen Politiken notwendig sind. Doch es wurde zumindest anerkannt, dass ein emanzipatorisches Reformprojekt eines umfassenderen Horizontes bedarf und insbesondere das Ziel einer sozialökologischen Transformation verfolgen muss.

Begriffskonjunkturen

Eine solche Wendung zum Begriff der sozialökologischen Transformation ist bemerkenswert. Denn die Termini Transition und Transformation sind in der wissenschaftlichen und gesellschaftspolitischen Debatte zwar zu neuen Modebegriffen geworden (vgl. für einen knappen Überblick Brand/Brunnengraber 2013), zumindest dort, wo es um die ökologische Krise und sozialökologische Veränderungen geht. In anderen Bereichen wie etwa in der Finanzmarkt- oder Sozialpolitik sind die Begriffe hingegen weit weniger gebräuchlich. In den Oppositionsvoten der Enquete-Kommission wird der Begriff breiter verwendet.

In der politikwissenschaftlichen Forschung wird unter Transition eher der Wechsel von politischen Regimen verstanden – etwa der autoritären Regime oder Militärdiktaturen in Südeuropa in den 1970er Jahren, später in Afrika und Lateinamerika und dann in Osteuropa und der Sowjetunion – hin zu mehr oder weniger liberaldemokratischen politischen Systemen (O'Donnell et al. 2004; Merkel 2010; vgl. hierzu auch den Beitrag von Michael Thomas in diesem Band). Der Begriff der Transformation bezeichnet häufig den Übergang der sozialistischen Planwirtschaften in osteuropäischen Ländern zu kapitalistischen Marktwirtschaften. Obwohl auch in der Transitionsforschung die Begriffe immer wieder synonym verwendet werden (vgl. hierzu kritisch Brie 1995, 45 f.; vgl. auch

die beiden Wikipedia-Einträge und zu den Begriffen Brie 2011 sowie den Beitrag von Michael Thomas in diesem Band), ist aus der Realgeschichte zu lernen: In Lateinamerika und Afrika fanden zuvorderst Veränderungen politischer Regime statt, während in Osteuropa eben auch Wirtschaft und Gesellschaft tiefgreifend verändert wurden.

Doch hat, wie gesagt, die aktuelle Konjunktur der Begriffe einen anderen Kontext. So spricht etwa der „Wissenschaftliche Beirat der Bundesregierung Globale Umweltveränderungen“ (WBGU 2011) in seinem jüngeren Hauptgutachten von einem „Gesellschaftsvertrag für eine Große Transformation“. Der Ausgangspunkt ist, wie in vielen anderen Beiträgen, die ökologische Krise und vor allem der Klimawandel, die ein Umschwenken auf andere Entwicklungspfade und insbesondere auf ein nicht mehr fossilistisches Energiesystem dringend notwendig erscheinen lassen. Der Begriff der Transformation ist hier normativ bzw. „heuristisch“ (ebd., 87) zu verstehen, wobei Ansatzpunkte für einen solchen Prozess genannt werden. Ein solcher Ansatzpunkt ist aus Sicht des Beirats der sich global abzeichnende Wertewandel hin zu einer stärkeren Sensibilisierung für ökologische Fragen (ebd., 71 ff.). Um diesen zu fördern bzw. zu verstärken, bedürfte es eines neuen „globalen Gesellschaftsvertrags“ (ebd., 8 u. 293 ff.). Neben dem Wertewandel gilt als zentral für die Realisierung einer „Großen Transformation“ der „gestaltende Staat“ (ebd., 215 ff.), der die als notwendig erachteten Innovationen fördern soll (für die eher neoklassisch-umweltökonomisch argumentierenden Studien des Umweltprogramms der Vereinten Nationen UNEP ist Innovation gar der Schlüsselbegriff¹).

Das Department of Economic and Social Affairs (DESA) der Vereinten Nationen, um ein anderes Beispiel zu nennen, plädiert für eine „great green technological transformation“ (DESA 2011), um einer grünen Ökonomie im Sinne eines neuen Entwicklungsparadigmas zum Durchbruch zu verhelfen. In der wissenschaftlichen Diskussion etablierte sich eine Linie der „transition research“ bzw. des „transition management“ (Rotmans et al. 2001; Shove/Walker 2007) als „novel mode of governance for sustainable development“ (Loorbach/Rotmans 2010; vgl. den Überblick von Feiner/Wesely 2014; Geels 2010).

Es scheint sich innerhalb von kurzer Zeit um die Begriffe Transformation und Transition herum ein gesellschaftspolitisches und wissenschaftliches Debatten-

1 „Resource use reductions [...] are, ultimately, what really is needed most. However, the key factor that will determine whether this happens will be the degree of investment in innovations for more sustainable use of resources. A key driver here will be whether prices of critical resources rise in response to resource depletion“ (UNEP 2011a).

feld geöffnet zu haben, das aus meiner Sicht *analytisch* eng mit der multiplen, insbesondere der ökologischen Krise zusammenhängt und *normativ* mit einer breit geteilten Diagnose, dass die stofflichen und energetischen Grundlagen der Gesellschaften rasch und grundlegend geändert werden müssen. Die normative Perspektive wird mitunter um eine politisch-strategische ergänzt. Die analytische und die normative bzw. normativ-strategische Dimensionen geraten in der Transformationsdiskussion immer wieder durcheinander.

Doch, und das ist die Ausgangsthese für diesen Text, haben die Beiträge zur Transitions-Transformations-Debatte zum einen ein unzureichendes Verständnis vom „Subjekt“ der Steuerung, das heißt dem Staat bzw. Governance-Strukturen und -prozessen.² Es wird aus meiner Sicht vorschnell angenommen, dass Staat und Governance ein Interesse an der Bearbeitung von kollektiven Problemen und damit an der Herstellung von Allgemeinwohl haben (vgl. Buckel 2011). Auch das Verhältnis von Steuerung und vermuteten gesellschaftlichen Dynamiken wie technologische oder soziale Innovationen wird nicht expliziert.

Zweitens wird kaum genauer bestimmt, was der gesellschaftliche Gehalt der zu bearbeitenden ökologischen Probleme bzw. Krisen eigentlich ist. Auf der beschreibenden Ebene sind es die übernutzten Erdsysteme wie die Landoberfläche oder unter der Erde lagernde Naturelemente, Atmosphäre oder Ozeane. Dennoch bleibt unklar, *was* überhaupt geändert werden soll. Das „Millennium Ecosystem Assessment“ unterscheidet etwa hinsichtlich der Nutzung von Ökosystemen recht allgemein zwischen demografischen, ökonomischen, soziopolitischen, wissenschaftlichen und technologischen, kulturellen und religiösen Triebkräften („drivers“), die als indirekt bezeichnet werden und die zur einer veränderten Nutzung von Ressourcen führen. Direkte Triebkräfte sind physikalischer, biologischer und chemischer Art und umfassen Landnutzung, Klimawandel, Luft- und Wasserverschmutzung, Bewässerung, Nutzung von Düngemitteln, Ernten und die Einführung fremder Arten (Millennium Ecosystem Assessment Program 2005; GEO 4 – Global Environmental Outlook 2007). Darstellung und Diskussion der Triebkräfte bleiben jedoch ziemlich abstrakt.

Das Internationale Ressourcen-Panel des Umweltprogramms der UNO (UNEP 2011a) beschreibt eindrucksvoll den enormen Zuwachs der Vernutzung der Ressourcen Baustoffe, fossile Energieträger, Biomasse und Mineralien im 20.

2 Der Governance-Begriff wird sehr breit und unspezifisch verwendet, doch sein Bedeutungskern verweist auf sich verändernde Formen politischer Steuerung, insbesondere durch die Auflösung der Gleichsetzung politischer Steuerung mit dem (National-) Staat.

Jahrhundert, geht aber nicht darüber hinaus. In einem anderen UNEP-Bericht zur „grünen Ökonomie“ wird die Fehlallokation des Kapitals in Bereiche wie den Finanzsektor als Hauptproblem ausgemacht (UNEP 2011b). Detaillierter nennt der WBGU (2011) in seinem Gutachten die Blockaden der Transformation, darunter insbesondere Blockaden im politischen Mehrebenensystem aufgrund der kurzfristigen Orientierungen von staatlicher und Parteienpolitik, bestehende Interessenkonflikte und institutionelle Fragmentierungen, die dynamische Entwicklung in den Schwellenländern, unzureichende globale Kooperation, rasante Urbanisierung und auf absehbare Zeit günstig verfügbare Kohlevorräte.

Entscheidend an dieser wirkmächtiger werdenden Perspektive scheint mir, dass die Probleme als gegeben betrachtet werden, nämlich als Menschheitsprobleme, die von in der Gesellschaft als maßgeblich angenommenen politischen und wirtschaftlichen Akteursgruppen – mitunter wird auch die Zivilgesellschaft genannt – zu lösen seien. Wenn Konflikte konstatiert werden, dann am ehesten jene zwischen dem wohlständigen und Ressourcen bzw. Senken übernutzenden globalen Norden und jenen Ländern des globalen Südens, die sich dynamisch wirtschaftlich entwickeln, mit all den Implikationen für die Ressourcen- und Senkennutzung. Der Konfliktbegriff spielt insgesamt eine geringe Rolle und ist negativ konnotiert. Es sollen weitgehend „alle“ mitgenommen werden beim Prozess der Transition-Transformation und die berühmten Win-win-Konstellationen geschaffen werden.

In jüngerer Studien wird der Begriff des Problems tendenziell durch jenen des Megatrends ersetzt: Der WBGU spricht von Megatrends des Erdsystems einerseits und von jenen in Wirtschaft und Gesellschaft andererseits (ebd., 35 ff.). Im Bericht ist allerorten von „Problemen“ die Rede, aber der Begriff hat keinen explizierten systematischen Stellenwert (vgl. zu den Extrapolationen von heute in die Zukunft den Beitrag von Rainer Rilling in diesem Band). Die zerstörerischen gesellschaftlichen Dynamiken werden konstatiert (insbesondere die Globalisierung der westlichen Lebensweise), aber nicht als solche analysiert. Es dominiert eine Art naturalistisches Wahrheitsregime – die Naturwissenschaften beschreiben uns den Charakter der Krise (prominent jüngst Wijkman/Rockström 2012 mit dem Begriff der „planetarischen Grenzen“). Insbesondere die Politik soll Transitions- bzw. Transformationsprozesse einleiten und fördern. Die Optionen oder Potenziale werden besonders in der Technik (vor allem in der drastischen Erhöhung der Effizienz), in Innovationen (Produktionsmethoden, Stärkung der Kreislaufwirtschaft) oder in gesellschaftlichen Entwicklungen wie dem Wertewandel hin zu postmateriellen Werten oder in Anzeichen von Selbstbegrenzung (Suffizienz) gesehen. In der Transitionsforschung ist der Begriff der Innovation

die Zentralkategorie. Doch dass Effizienzgewinne alleine nicht ausreichen, wie die Neoklassik mit den Begriffen Substitution und technologischer Fortschritt verspricht, wird zunehmend anerkannt (UNEP 2011a; Enquete-Kommission des Deutschen Bundestages 2013). Dies ist nicht nur der Fall aufgrund der sogenannten Rebound-Effekte, das heißt der Tatsache, dass Effizienzsteigerungen bei der Nutzung natürlicher Ressourcen nicht den Ressourcenverbrauch reduzieren, da die hergestellten Produkte wie beispielsweise Autos oder Bildschirme in der Herstellung tendenziell billiger werden und deshalb größere Einheiten (an Autos oder Bildschirmen) konsumiert werden (Madlener/Alcott 2011; Santarius 2012). Hinzu kommen die enormen kapitalistisch-industriellen, überwiegend auf fossilen Energieträgern basierenden Entwicklungsdynamiken in einigen Regionen der Welt.

Hier liegt die doppelte Herausforderung eines kritischen analytischen Transformationsbegriffs: In einem genaueren Verständnis der politischen Steuerungsmöglichkeiten bzw. von Governance-Strukturen und -Prozessen, die nicht einfach vorausgesetzt werden können. Die kritische Staats- und Governance-Forschung, die Staat und Governance nicht primär als sich selbst erklärende Institutionen, sondern als soziale Verhältnisse begreift, kann hier Erkenntnisse liefern (Sauer 2011; Buckel 2011). Der zweite wichtige Punkt wäre eine gründlichere Konzeptualisierung der „Probleme“ und des „Steuerungsobjekts“, das sich im sozialökologischen Transitions- bzw. Transformationsprozess verändern soll: die Gesellschaft und ihr Metabolismus mit der Natur oder –in der Sprache der politischen Ökologie – die gesellschaftlichen *Naturverhältnisse*. Der Begriff des sozialen Verhältnisses scheint mir zentral und die „*differentia specifica*“ eines kritischen *analytischen* Transformationsbegriffs zu sein.

Im Folgenden möchte ich die Begriffe Transition und Transformation etwas genauer fassen, um daraus einen kritisch-analytischen Transformationsbegriff zu gewinnen. Dieser begreift – in Anlehnung an staats-, hegemonie- und regulationstheoretische Überlegungen sowie an die politische Ökologie – Gesellschaft und ihren Metabolismus mit der Natur als Ensemble sozialer Verhältnisse, ohne dabei die biophysikalischen Dimensionen zu negieren. Vor diesem Hintergrund soll die getroffene Unterscheidung zwischen Transition und Transformation am Beispiel der aktuellen Debatten und möglichen Entwicklungen im Kontext von „grüner Ökonomie“ und „grünem Kapitalismus“ ausgeführt werden.

Begriffsklärungen

Zunächst wird eine aus meiner Sicht analytisch und gesellschaftspolitisch hilfreiche Unterscheidung eingeführt, um sie für eine kritische analytische Transformationsperspektive stark zu machen. Anhand der von mir getroffenen Unterscheidung zwischen den Begriffen Transition und Transformation werde ich zunächst die analytische Reichweite unterschiedlicher Diagnosen und Vorschläge der Krisenbearbeitung – wenn man will: die Eingriffstiefe – besser einschätzbar machen.

Die Begriffe Transition und Transformation werden unscharf benutzt, was bereits etymologische Ursachen hat.³ „Transire“ hat einen Bedeutungskern im Sinn von hinübergehen, „transformare“ von umgestalten oder verwandeln. Entsprechend werden die Begriffe häufig synonym verwendet. So ist der erwähnte WBGU-Bericht mit „Gesellschaftsvertrag für eine Große Transformation“, in der englischen Übersetzung aber als „World in Transition – A Social Contract for Sustainability“ betitelt. Aber auch im englischen Bericht geht es um Transformation.⁴ Rosen et al. (2010), um ein weiteres Beispiel zu nennen, sprechen in ihren Szenarioanalysen (siehe unten) unterschiedslos von Transition und Transformation.

Ich dagegen plädiere für begriffliche Schärfe, um damit wichtige Differenzen anzuzeigen: Transition verstehe ich im Sinne politisch-intentionaler Steuerung, also als eine strukturierte, insbesondere politisch-staatlich vermittelte Intervention in Entwicklungspfade und -logiken sowie Strukturen und Kräfteverhältnisse, um dominanten Entwicklungen eine andere Ausrichtung zu geben. Man könnte auch sagen: Der Schwerpunkt liegt darauf, die richtigen politischen Rahmenbedingungen zu setzen. Ein Großteil der Studien zu grüner Ökonomie und sozial-ökologischer Transformation argumentiert vor diesem Hintergrund. Der Fokus bleibt auch bestehen, wenngleich mitunter gesellschaftliche Dimensionen wie der Wertewandel oder bereits stattfindende technologische Entwicklungen benannt werden. Transformation wird demgegenüber als umfassender sozioökonomischer, politischer und soziokultureller Veränderungsprozess verstanden, in den auch

3 Alex Demirović wies mich auf diesen Zusammenhang hin.

4 Präzisiert werden sollte, dass das Hauptgutachten von 2011 den deutschen Titel „Gesellschaftsvertrag für eine Große Transformation“ trägt, im Englischen aber „A Social Contract for Sustainability“. Die Reihe – in der jüngst auch das Hauptgutachten 2013 zum Thema Meere erschienen ist – nennt sich „Welt im Wandel“ bzw. „World in Transition“. Das ändert aber nichts an der Tatsache, dass mit den Begriffen ungenau umgegangen wird.

politische Steuerung und politische wie gesellschaftliche Strategien eingehen, der darauf aber nicht reduzierbar ist. Er wird von mir analytisch verwendet und soll nicht gleichgesetzt werden mit einer normativ begründeten Position, die für Veränderungen hin zu einer solidarischen und nachhaltigen Gesellschaft eintritt.

Damit lehne ich mich an die 70 Jahre alte, bis heute prominenteste Verwendung des Begriffs an. Karl Polanyi (1995) arbeitete in seinem Werk „The Great Transformation“ für das 19. Jahrhundert heraus, wie der entstehende Kapitalismus die bestehenden feudalistischen Sozialbeziehungen und den sozialen und natürlichen Lebensraum der Menschen zerstörte bzw. zu zerstören drohte und wie gewaltsam dieser Prozess der „Entbettung“ war. Hier lassen sich durchaus Parallelen ziehen zu der von Marx beschriebenen „sogenannten ursprünglichen Akkumulation“ (Marx 1890/1962; vgl. hierzu auch den Beitrag von Michael Brie in diesem Band): Die kapitalistische Ökonomie ist kein Ergebnis eines quasinatürlichen Evolutions- oder Modernisierungsprozesses, sondern ihre Organisationsprinzipien wurden mit Gewalt und gegen vielfache Widerstände durchgesetzt. Ausgehend vom England in den 30er Jahren des 19. Jahrhunderts war die „Great Transformation“ für Polanyi ein Prozess, in dem der Kapitalismus neue Märkte schuf und auf deren ungeregeltem Charakter basierte – das betraf auch die freien Märkte für Arbeit, Boden und Geld, die allesamt wie Waren behandelt wurden.⁵ Preismechanismus und Profitorientierung wirkten einige Jahrzehnte ungestört, das heißt die Bildung von Märkten wurde in dieser unregulierten Phase nicht von staatlicher oder anderer Seite behindert. Waren vorher Marktprozesse in umfassende gesellschaftliche Verhältnisse eingebettet, so kehrte sich diese Beziehung um. Das „utopische Experiment“ führte nach Polanyi zu einem sich „selbstregulierenden Markt“: „Sobald das wirtschaftliche System in separate Institutionen gegliedert ist, die auf spezifischen Zielsetzungen beruhen und einen besonderen Status verleihen, muß auch die Gesellschaft so gestaltet werden, daß das System in Einklang mit seinen Gesetzen funktionieren kann“ (Polanyi 1995, 89). Polanyi betonte als Wesensmerkmal dieser Durchsetzung, dass sich Politik und Ökonomie ausdifferenzierten und gleichzeitig aufeinander bezogen blieben.

„Die Wirtschaftsgeschichte zeigt, daß das Entstehen nationaler Märkte keineswegs die Folge der langsamen und spontanen Emanzipation des ökonomischen Bereichs von staatlichen Kontrollen war. Der Markt war, im Gegenteil, das Resultat einer bewußten und oft gewaltsamen Intervention von seiten der Regierung.“ (ebd., 330 f.)

5 Letztere sind dabei aber nach Polanyi „fiktive Waren“, das heißt, ihr Warencharakter weist systematische Grenzen auf, und trotzdem werden sie im liberalen Kapitalismus bzw. im sich „selbstregulierenden Marktsystem“ als Waren behandelt.

Dieser liberale Kapitalismus der freigesetzten Märkte war für die meisten Menschen ein Katastrophenprogramm, das seine eigenen Grundlagen untergrub. Seit den 60er Jahren des 19. Jahrhunderts entstanden aufgrund dieser zerstörerischen Tendenzen verschiedene „Gegenbewegungen“ bzw. „kollektivistische Gegenströmungen“, etwa in Form der Arbeiterbewegungen sowie von Fabrik- und Sozialgesetzen oder Regelungen zur Einschränkung des Handels sowie zur Kontrolle des Geldes durch die Errichtung von Zentralbanken. Polanyi nennt diese Bewegungen gegen den sich ständig erweiternden Markt, die sich oft über den Staat und legislative Maßnahmen ausdrücken, den „Selbstschutz der Gesellschaft“ (ebd., 182 ff.). Deshalb interpretiert er die Geschichte des 19. Jahrhunderts als das Ergebnis einer „Doppelbewegung“: einerseits als Ausweitung der Marktorganisationen in Bezug auf echte Waren und andererseits als Einschränkung in Bezug auf die fiktiven Waren Arbeit, Boden und Geld. Die Dynamik im Prozess der Herausbildung des Kapitalismus bestand nicht zuletzt im „Konflikt zwischen dem Markt und den elementaren Erfordernissen eines geordneten gesellschaftlichen Lebens“ (ebd., 329).

Von Polanyi können wir also lernen, dass Transformationsprozesse etwas mit gesellschaftlichen Kräften und Kräfteverhältnissen, mit Interessen, Macht und Herrschaft zu tun haben und dass Staat und Politik nicht per se die (welt-)gesellschaftlichen Probleme lösen, sondern ihrer Grundstruktur nach die kapitalistischen Produktionsverhältnisse durchsetzen und absichern – bis es zu gesellschaftlichen Gegenbewegungen kommt. Die Ökonomie hingegen ist nichts Überhistorisches, sondern ein historisch spezifisches Kräfteverhältnis. Politik und Ökonomie konstituieren sich gegenseitig – darauf wird noch zurückzukommen sein. Das gilt es analytisch zu berücksichtigen, was in Transitions- und Transformationsdebatten kaum geschieht.

Transition und zwei systematische analytische Grenzen

Die Übergänge zwischen den Begriffen Transition und Transformation sind fließend und mir ist bewusst, dass hier von mir eine begriffliche Setzung vorgenommen wird. Doch die Annahmen und Aussagen haben enorme Implikationen für die Bearbeitung sozialökologischer Probleme bzw. Krisen. Anhand einiger Beispiele soll mein Argument verdeutlicht werden.

Die britische New Economics Foundation (NEF 2010) möchte mit dem Begriff der „Great Transition“ zur Debatte über Notwendigkeiten und Möglichkeiten einer neuen Wirtschaftsweise beitragen. Dafür macht die keynesianisch ausgerichtete Stiftung sehr komplexe und einsichtige Vorschläge wie zum Beispiel, Wohlstand neu zu bewerten, dem Staat eine größere Rolle zuzuweisen oder die

lokale Produktion aufzuwerten. Neben Hinweisen, wie jede und jeder Einzelne im privaten Bereich ökologisch nachhaltiger handeln kann, liegt der eindeutige Fokus der Studie jedoch darauf, dass Regierungen Einsicht in die Probleme beweisen und umsteuern müssen (ebd., 97 ff.).

Ein zweites Beispiel ist der innerhalb der Gewerkschaften zunehmend verwendete Begriff der „just transition“ (vgl. hierzu auch die Beiträge in der Zeitschrift *LuXemburg* 1/2011). Zentral für die Strategien einer gerechten Transition ist für die Gewerkschaften – etwa neben Bildung, Möglichkeiten des Übergangs in andere Jobs, die Beteiligung der Gewerkschaften am gesellschaftlichen Umbau, eine Umverteilung der damit entstehenden Kosten – ein „national framework or mechanism to ensure long-term planning and representative decision making on environmental transition“ (TUC 2008, 5; vgl. auch CLC 2005), um langfristige und stabile Beschäftigung zu erreichen. Der Begriff wurde unter anderem von argentinischen, kanadischen und britischen Gewerkschaften sowie Umwelt-NGOs zur Kennzeichnung eines Entwicklungspfads hin zu einer CO₂-armen Ökonomie eingeführt und auf der offiziellen Klimakonferenz in Kopenhagen im Dezember 2009 erstmals prominent verwendet. Das ist aus meiner Sicht kein Zufall. Denn die politischen Vorstellungen internationaler Umweltpolitik, in der die ökologische Krise sehr präsent ist, sind eben solche des intentionalen Umsteuerns („transition“) über die Schaffung geeigneter politisch-institutioneller Rahmenbedingungen und Anreize (denen damit Priorität eingeräumt wird).

Die OECD (2011), um ein weiteres Beispiel zu nennen, publizierte ihren Bericht „Towards Green Growth“ und hat sich damit an die Spitze dieser Debatte gesetzt. Auch der in Paris ansässige Verband der Industriestaaten, zweifellos einer der einflussreichsten „transnationalen Intellektuellen“, erachtet die angemessenen Rahmenbedingungen als entscheidend, um grünes Wachstum und Transitionsprozesse vorantreiben sowie Marktversagen korrigieren zu können. Zentral ist dabei der effiziente Umgang mit Ressourcen (ebd., 10). Dafür sollen sich Umwelt- und Wirtschaftspolitik gegenseitig verstärken. Die Strategie grünen Wachstums

„takes into account the full value of natural capital as a factor of production and its role in growth. It focuses on cost-effective ways of attenuating environmental pressures to effect a transition towards new patterns of growth that will avoid crossing critical local, regional and global environmental thresholds. Innovation will play a key role.“ (ebd.)

Neben dem geeigneten politischen Rahmen, internationaler Kooperation und Innovationen ist die Substitution von zerstörtem („depleted“) Naturkapital durch anderes Kapital für die OECD entscheidend, um derart die Entkopplung des Wirtschaftswachstums vom Naturverbrauch zu erreichen und neue Jobs zu

schaffen. Auch Verteilungsdimensionen sollten berücksichtigt werden. Es ist die bekannte Strategie des innovationsgetriebenen „Wachstums der Grenzen“, die eben der entsprechenden Rahmenbedingungen bedarf (vgl. für eine ähnliche grün-liberale Position Fücks 2013). Den meisten Beiträgen liegt ein Szenario zugrunde, das Raskin et al. (2010) als eines von vier Szenarien⁶ als „policy reform“ bezeichnet haben.⁷ Dieses Szenario

„assumes the emergence of a massive government-led effort achieves sustainability without major changes in the state-centric international order, modern institutional structures, and consumerist values. *Strong and harmonized policies* are implemented that, by redirecting the world economy and promoting technological innovation, are able to achieve internationally recognized goals for poverty reduction, climate change stabilization, ecosystem preservation, freshwater protection, and pollution control.“ (ebd., 2629; Hvh. U. B.)

Dieser Entwicklungspfad benötige „*unprecedented political will* for establishing the necessary regulatory, economic, social, technological, and legal mechanisms“ (ebd., 2630; Hvh. U.B.).

Eine Transitionsperspektive zielt vor allem ab auf einen veränderten politischen Rahmen für gesellschaftliche Akteure (insbesondere Unternehmen) und Prozesse. Im Fokus stehen Innovationen. Die derzeit prominenteste *Strategie* einer Transition ist die grüne Ökonomie und – wenngleich mit abnehmender Bedeutung – besonders in Deutschland der Green New Deal (siehe unten). Letzterer geht, ähnlich wie der Begriff der ökologischen Modernisierung (vgl. hierzu den Überblick in Jänicke 2008; Huber 2011) auf die 1980er Jahre zurück. Der Green New Deal fokussiert auf die zu verändernden Rahmenbedingungen, die einen grünen Kapitalismus ermöglichen.

Eine Transitionsperspektive ist ein wichtiger Bestandteil der gegenwärtigen sozialökologischen wissenschaftlichen und gesellschaftspolitischen Debatten. Doch sie hat ihre systematischen Grenzen darin, dass sie einerseits die strukturell bedingten Möglichkeiten und Grenzen der weitreichenden (Um-)Steuerungsfä-

6 Die anderen drei Szenarien sind „market forces“, in dem die marktgetriebene Globalisierung weitergeht, „fortress world“, das durch zunehmende autoritäre Maßnahmen gegen unterschiedliche Krisen gekennzeichnet ist, sowie *great transition*, die eine „fundamental transition“ (auch hier werden die Begriffe austauschbar verwendet) bedeutet.

7 Im Unterschied zu Vorhersagen sind Szenarien „intended as renderings of plausible possibilities, designed to stretch the imagination, stimulate debate, and, by warning of pitfalls ahead, prompt collective action“ (Raskin et al. 2010, 2627) durch Plausibilität und innere Konsistenz gekennzeichnet.

higkeit der Gesellschaft und ihren Metabolismus mit der Natur durch politische Institutionen bzw. Governance nicht ausreichend reflektiert. Die starke Steuerungsfähigkeit, insbesondere des Staates, der mit gesellschaftlichen Akteuren kooperiert, wird vorausgesetzt. Es besteht zudem eine Rationalitätsannahme dahingehend, dass der Staat bzw. die Akteure von Governance-Mechanismen, welche die geeigneten Rahmenbedingungen bereitstellen sollen, überhaupt ausreichend wissen, worin die Probleme bestehen und wie sie angegangen werden können. Die derzeit allerorten entstehenden Berichte sollen das staatliche und intergouvernementale Wissen erhöhen.

Der WBGU formuliert die starke These, dass sich über globale Gesellschaftsverträge eine Art weltgesellschaftlicher Übereinstimmung hinsichtlich der vielfältigen Probleme und – als Ergebnis politischen Streits – auch der Problembearbeitung herausbilden könne. Es handelt sich in gewisser Weise um eine kontrafaktische Äußerung, die zum Einsatzpunkt von Verschiebungen in der Problemdeutung seitens politischer und gesellschaftlicher Akteure werden soll. Politik soll so (wieder) möglich werden. Der WBGU ist hier besonders explizit, wenn apodiktisch geäußert wird „It’s politics, stupid!“ (WBGU 2011, 200). Die Semantik ist gegen das neoliberale Mantra „It’s the economy, stupid!“ gerichtet und verbleibt doch in der Dichotomisierung von Politik und Staat einerseits sowie Ökonomie und Markt andererseits. Die Annahme eines im Politischen verkörperten Allgemeinwohls wird auch und gerade über die Feststellung von mächtigen Interessen, die sich gegebenenfalls den notwendigen Veränderungen entgegenstellen, nicht hinterfragt.

Wenn man die Transitionsperspektive in einer aktuellen sozialwissenschaftlichen Diskussion um die Steuerungsmöglichkeiten gesellschaftlicher Entwicklungen verorten will, dann ist das zuvorderst jene, die unter dem Begriff Governance geführt wird. In der kritischen Nachhaltigkeitsforschung wird das Problem der Transition bzw. der Governance auf den Punkt gebracht, nämlich als Fokussierung einer Ordnungs- oder Managementperspektive:

„Conventional approaches [to governance – U.B.] may sustain a myth of a world manageable through neat state-civil society-international institutions and distinctions, through scientific expertise, and through uniform approaches to problem and risk assessment based on singular views of evidence. But the melee of real-life dynamics and interactions, and of everyday practice amongst citizens, bureaucrats, and people crossing public-private boundaries suggests a far more dynamic, complex and messy world in which knowledge and notions of the problem are contested. [...] While these myths may expediently sustain a sense of order and control, at least in the short term and at least for some, this is often a fragile, problematic and ultimately illusive order.“ (Leach et al. 2007, 24)

Diesem unterkomplexen Verständnis des Steuerungs-„Subjekts“ Staat oder Governance entspricht, dass selten ausgeführt wird, was genau verändert werden soll. Der Horizont sozialökologischer Transition-Transformation ist in den vielen Beiträgen konsensual: Die Gefahren, die mit übernutzten Ressourcen und Senken sowie den gefährdeten Ökosystemen und Reproduktionskreisläufen der Natur einhergehen, sollen durch entsprechende gesellschaftliche Maßnahmen wie höhere Ressourceneffizienz, Recycling oder geringerem Konsum oder aber durch entsprechende Anpassungen an erwartbare negative Auswirkungen gemindert werden. Angesichts der enormen Unsicherheit hinsichtlich möglicher Wirkungen, etwa im Hinblick auf den Klimawandel, wird mitunter mit dem Vorsichtsprinzip argumentiert.

Dabei überwiegt ein systemisches Denken, das einem gefährdeten Erd- bzw. Natursystem ein gefährdendes Gesellschaftssystem gegenüberstellt bzw. Wirtschaft und Gesellschaft bedroht sieht, wenn die sie umgebende Umwelt prekär wird. Doch Gesellschaft als solche, ihre Strukturen und Triebkräfte, Stabilisierungen und Krisen, die unterschiedlichen Akteure, deren Existenzbedingungen und Handlungsressourcen oder gar Akteurkonstellationen bzw. Kräfteverhältnisse werden nicht explizit konzeptualisiert. Implizit scheinen Annahmen einer funktionalen Ausdifferenzierung der Gesellschaft zu dominieren. Ein anspruchsvoller Gesellschaftsbegriff verschwindet hinter Begriffen wie „Problem“, „Megatrend“ oder „Menschheit“.

Die geringen Reflexionen über den Steuerungs-„Gegenstand“ werden beim derzeit prominentesten wissenschaftlichen Ansatz dieser Debatte deutlich: dem „transition management“. Dieser nimmt die langfristigen, nur teilweise gesteuerten Übergänge von einer Entwicklungsweise zur nächsten in den Blick, wobei Steuerungsfragen weniger zentral sind und Veränderungen komplexer gedacht werden, nämlich als Veränderungen von Subsystemen.

„Transition management is a model of coevolutionary management of transformative change in societal systems through a process of searching, learning, and experimenting. Managing here means adjusting, adapting, and influencing rather than the command-and-control mode [...] The rationale behind transition management is that there are persistent problems for which there are no immediate solutions. By transforming the persistent problem into a visionary challenge, transition management explores a range of possible options and pathways, by carrying out a diversity of small-scale experiments“ (Rotmans et al. 2001, 17).

Dennoch bleibt Steuerung wichtig. Kritisiert wird daran zum einen, dass der Begriff politischer Steuerung auf einen technischen Managementbegriff enggeführt wird. Markus Wissen (2011b: 1) bezeichnet „transition management“ als

„a mode of governance of reflexive modernisation“, wobei die zu bearbeitenden Probleme als gegeben angenommen und durch viele Akteure (Multi-Stakeholder) bearbeitet werden. Kooperation wird per se als gut betrachtet. Es besteht zudem ein unterkomplexer Systembegriff, denn es geht beim „transition management“ zuvorderst um zu bearbeitende Probleme. Die tief verankerten nicht nachhaltigen Lebensweisen werden zu wenig berücksichtigt (Shove/Walker 2007).

Aus meiner Sicht sind die unzureichenden Reflexionen über das Steuerungs-„Subjekt“ (Staat-Politik-Governance) und das Steuerungs-„Objekt“ für die Analysen und Vorschläge sozialökologischer Transition-Transformation bedeutsam. Das betrifft insbesondere den ko-konstitutiven Charakter von „Subjekt“ und „Objekt“ sowie von Gesellschaft und Natur; es handelt sich nicht um einander gegenüberstehende Bereiche, sondern sie schaffen sich eben gegenseitig. Der Staat als ein zentrales Element politischer Steuerung kann nicht sozialen Verhältnissen wie Klassenverhältnissen als äußerlich begriffen werden. Gesellschaft ist nicht ohne Natur vorstellbar und schafft sich „ihre“ zeitlich und räumlich variablen Naturverhältnisse.

Im Folgenden soll ein kritischer analytischer Begriff sozialökologischer Transformation skizziert werden. Dafür greife ich auf regulations-, hegemonie- und staatstheoretische Perspektiven zurück, die mit Einsichten der politischen Ökologie kombiniert werden. Damit sollen die dargestellten Ansätze nicht verworfen, sondern eher in einen breiteren Kontext gestellt werden.

Ein kritischer analytischer Transformationsbegriff

Einen Ausgangspunkt der folgenden Überlegungen bilden die „Wiener“ soziale Ökologie und ihr Begriff der „sociometabolic transition“. Es wird im Kern argumentiert, dass Gesellschaft ein soziometabolisches System ist, das mit seiner natürlichen Umwelt interagiert und sie tendenziell kolonisiert. Der Transitionsbegriff wird verwendet, um den Wechsel von einem soziometabolischen Regime hin zu einem anderen zu erfassen (Haberl et al. 2011; Fischer-Kowalski 2011). Transition – im Hinblick auf die oben getroffene Unterscheidung handelt es sich um Veränderungen, die mit dem Begriff der Transformation gefasst werden sollten – als umfassender Veränderungsprozess kommt dann zustande, wenn soziale Systeme ihre Grenzen, das heißt die Reproduktion der Umwelt, mit der sie interagieren, aufgrund der Übernutzung biophysikalischer Materialien und Prozesse herausfordern. Sie resultiert aus der „structural exhaustion of opportunities“ (Fischer-Kowalski 2011), indem neue Möglichkeiten entstehen. Das betrifft insbesondere die Energiebasis. Mächtige Interessen können sich dem

eine zeitlang widersetzen, solange sie im alten soziometabolischen System ihre Interessen verfolgen können.⁸ Der „metabolische“ Transformationsbegriff der sozialen Ökologie nimmt die „structural exhaustion of opportunities“ als treibende Kraft an und kommt zu skeptischen Einschätzungen gegenüber Strategien wie ökologischer Modernisierung und der Möglichkeit umfassender Steuerung und Regulierung, da Systeme komplex und sich selbst organisierend sind (ebd.). Das ist ein wichtiges Argument (prominent auch vertreten in UNEP 2011a). Und dennoch ist auch in den sozialökologischen Beiträgen das Verständnis vom Steuerungssubjekt so gut wie gar nicht, das vom Steuerungsobjekt zu wenig explizit. Das betrifft insbesondere die Spezifik kapitalistischer Reproduktion und Regulation, die mit diesem sehr weiten Fokus nicht berücksichtigt wird.

Aus meiner Sicht muss ein analytischer Transformationsbegriff heute aber einen Begriff der gesellschaftlichen und hier insbesondere der kapitalistischen Verhältnisse selbst haben, der Mechanismen ihrer dynamischen Reproduktion, die überhaupt Probleme und Krisen erzeugen, sowie des Verhältnisses von Kontinuität und Bruch. Dabei ist der breite historische Blick der sozialen Ökologie hilfreich, nicht zuletzt deswegen, da diese die bis heute anhaltende Wirkmächtigkeit des Übergangs vom agrarischen zum industriellen Metabolismus unterstreicht. Gegenwärtig wichtig scheint mir auch, auf die grundlegenden Merkmale wie auf die Wandlungsfähigkeit des sich globalisierenden Kapitalismus und den Stellenwert politischer Steuerung hinzuweisen und eine entsprechende Zeitdiagnose auszuarbeiten.⁹ Doch, wie gesehen, Verständnisse politischer Steuerung und zu steuernder Objekte müssen selbst theoretisch entwickelt werden. Dasselbe gilt für die Frage von Stabilität und Wandel. „Die Bestimmung einer neuen Gesellschaftsformation hängt nicht so sehr von der ‘objektiven’ Entwicklung der realen Verhältnisse ab, sondern von den unterschiedlichen theoretischen Ansätzen und ihren primären Kriterien und Instrumenten der Analyse“ (Candeias

8 Die historische Spanne und der sachliche Gegenstand, der aus meiner Sicht für einen Transformationsbegriff auch aktuell wichtig ist, beziehen sich auf einen Transformationsprozess hin zum Kapitalismus (im Sinne einer Auflösung subsistenter Produktions- und Lebensweise in vielen Ländern des globalen Südens) und innerhalb des Kapitalismus.

9 Dies ist auch sinnvoll angesichts der vielen kritischen Diagnosen, die aufgrund der ökologischen Krise und der zunehmenden Verknappung fossiler Energieträger eine Art systemimmanentes Ende prognostizieren; und aufgrund des „normativen Überhangs“ vieler Analysen, die davon ausgehen, dass angesichts der unbezweifelbaren und sich wahrscheinlich zuspitzenden Krisenhaftigkeit die kapitalistische Produktionsweise transformiert werden muss.

2004, 10). Hilfreich ist aus meiner Sicht eine Theorie der sich globalisierenden kapitalistischen Produktionsweise und ihrer Dynamiken, wie sie in der Tradition der Marx'schen Theorie in Grundzügen vorliegt und insbesondere von Antonio Gramsci und der Regulationstheorie entscheidend weiterentwickelt wurde (zu kritischen Theorien und ihrer Konzeptualisierung von Kontinuität und Wandel vgl. etwa Albritton et al. 2001; *Das Argument* 2001).¹⁰

Im Zentrum stehen nicht Begriffe wie Systeme oder Probleme, sondern der Begriff des *sozialen Verhältnisses*. In seiner Theorie der kapitalistischen Produktionsweise hat Marx auf den Zusammenhang von sich entwickelnden Produktivkräften und Produktionsverhältnissen hingewiesen und ein Phasenmodell historischer Entwicklung skizziert. Den Produktionsweisen entsprechen nach Marx Produktionsverhältnisse – Verhältnisse, welche die Menschen in ihrem gesellschaftlichen Lebensprozess, in der Erzeugung ihres gesellschaftlichen Lebens eingehen und die immer nur einen historisch-spezifischen und vorübergehenden Charakter haben (Marx 1859, 8). Der Begriff der kapitalistischen Produktionsweise sagt noch nicht viel über die konkreten und mannigfaltigen gesellschaftlichen Verhältnisse aus. Denn diese sind historisch variabel und artikulieren sich mit anderen Produktionsweisen.

Für einen kritischen Transformationsbegriff ist der Ausgangspunkt, dass der zentrale innere Zusammenhang vieler aktueller Probleme in den Widersprüchen der industriell-fossilistischen und kapitalistischen Produktionsweise begründet liegt. Vorgeschossenes Geldkapital muss über den Mehrwert bildenden Produktionsprozess oder über davon abgeleitete Verwertungsprozesse vermehrt werden. Die kapitalistische Produktionsweise tendiert dazu, andere Produktionsweisen zu dominieren und damit zu verändern; aktuell etwa über Prozesse der Proletarisierung, wie in den letzten zwei Jahrzehnten in China, oder der Kommodifizierung der Natur oder der Sorgearbeit. Kapitalistische Entwicklung findet räumlich und zeitlich ungleich statt. Dies geht mitunter einher mit der Entwertung von anderem Kapital, mit der Außerwertsetzung von Räumen etwa durch Deindustrialisierung, der Erschöpfung von Ressourcen oder mit der Abnahme landwirtschaftlicher Produktivität. Und die kapitalistische Produktionsweise ist

10 Es sind nicht alle Verhältnisse und problematische Dynamiken mit dem Begriff Kapitalismus oder kapitalistische Produktionsweise gefasst. Theoretische Begriffe können nicht die Komplexität sozialer Realität abbilden. Mit dem Begriff des Kapitalismus wird eine starke, die gesellschaftlichen Verhältnisse strukturierende und unterminierende Grammatik angenommen; eben auch der gesellschaftlichen Naturverhältnisse, deren Krisenhaftigkeit der Transitions-Transformations-Debatte ihre Dynamik gibt.

immanent und in ihren Naturverhältnissen krisenhaft. Und sie basiert auf einem meist dethematisierten „Externalisierungsschatten“ (Biesecker/von Winterfeld 2004) von unsichtbar gemachter Arbeit (jenseits der Erwerbsarbeit) und nicht monetär bewerteten Elementen von Natur.

Die Strukturen und Handlungen der Individuen wie auch der kollektiven Akteure reproduzieren bzw. vollziehen sich wesentlich entlang der kapitalistischen *sozialen Formen*, nämlich der Wert-, Waren- und Geldform sowie der politischen und der Rechtsform. Das Geld ist nicht neutral, sondern Teil des Verwertungszusammenhangs, der Kredit ist eine zentrale Steuerungsinstanz der kapitalistischen Ökonomie, der Staat und sein sanktionierendes Gewaltmonopol bleiben rückgebunden an sozioökonomische und Klassen-, Geschlechter- und ethnisierte Verhältnisse sowie an eine dynamische Ökonomie. Das freie Staatsbürger schaffende und auf sie als Gleiche hin orientierte Recht ist Teil der bürgerlichen Geschlechter-, Klassen- und Eigentumsordnung.

Auf der Strukturebene verweist der Begriff der sozialen Form auf abstrakte Zusammenhänge, die unter Bedingungen der Dominanz der kapitalistischen Produktionsweise eine Art Grundbedingung gelingender Reproduktion darstellen. Auf der handlungstheoretischen Ebene betont der Begriff der sozialen Form, dass die Akteure in ihren täglichen Praxen dazu tendieren, die Waren-, Wert- und Geldform über Lohnarbeit, Produktions- und Konsummuster zu reproduzieren. Die Möglichkeiten daraus auszubrechen, sind mehr oder weniger beschränkt. Vielmehr sind sie in die Lebensweise internalisiert, werden zu mannigfaltigen und molekularen Praktiken, welche – neben Zwang – entscheidend zur Stabilisierung der Verhältnisse beitragen (wenn wir Erwerbsarbeit leisten oder die Lebensmittel des täglichen Bedarfs einkaufen, reproduzieren wir diese komplexen Formen ganz praktisch). Die historisch entstandenen, durch Handeln reproduzierten sozialen Verhältnisse treten den Menschen als sachliche Verhältnisse bzw. als Strukturen gegenüber. Soziale Formen wie Staat, Geld oder Ware bilden auf der Ebene des sozialen Handelns Wahrnehmungs- und Verhaltensorientierungen für Akteure, denen sie unterworfen sind, die sie aber gleichzeitig durch ihr Handeln reproduzieren.

Das ist historisch kontingent und abhängig von sozialen Auseinandersetzungen und Kräfteverhältnissen. Die jeweils historisch spezifische Stabilität von Gesellschaft basiert also darauf, dass Orientierungen und Handeln gesellschaftlich geprägt und in institutionelle Strukturen eingebettet sind.

„Die Formbestimmtheit des institutionellen Gefüges erzeugt die *Wahrscheinlichkeit*, dass ‘strategische’ Optionen und Handlungen mit der Reproduktion der kapitalistischen Gesellschaft kompatibel werden und zugleich reproduziert das gesellschaftliche

Handeln die es prägenden, wenngleich keineswegs kausal determinierenden sozialen Formen.“ (Hirsch 1994, 186, Hervorh. U.B.)

Der Begriff der sozialen Form ist eine abstrakte Kategorie, die zunächst darauf hinweist, dass sich unter bürgerlich-kapitalistischen Bedingungen soziale Verhältnisse tendenziell als kapitalistische, das heißt als waren-, wert- und geldförmige, in den Formen des bürgerlichen Staates und des Rechts und samt der damit ausgebildeten institutionellen und subjektiven Bedingungen reproduzieren und sogar ausweiten. Imperative der Kapitalakkumulation, der Sicherung der Eigentumsverhältnisse und Konkurrenz bzw. Konkurrenzfähigkeit (auch das sind abstrakte Begriffe, die noch nichts über die konkreten Akkumulationsstrategien, die umkämpfte Vielfalt an Eigentum und Formen von Konkurrenz aussagen) sind ganz wesentliche Dynamiken der Reproduktion sozialer Formen.

Die politische Form legt den politischen Akteuren gewisse Handlungsrationitäten nahe oder zwingt sie ihnen gar auf: Politik bzw. das Politische drücken ein vermeintliches gesellschaftliches Allgemeinwohl aus, das sich am Staat ausrichtet und in einer bürgerlichen Öffentlichkeit rational begründet wird. Die Akteure müssen sich bestimmten Regeln sowie Anerkennungs- und damit Herrschaftsverhältnissen unterwerfen und tragen damit tendenziell zur Reproduktion der bestehenden gesellschaftlichen Strukturen bei (Hirsch 1994; vgl. zur Rechtsform Buckel 2007).

Politisch-intentionale Steuerung, das wissen wir nach Jahrzehnten der Neoliberalisierung von Gesellschaften, findet allerorten statt (zum Begriff der Neoliberalisierung vgl. Brenner et al. 2010; zur Neoliberalisierung der Natur Castree 2008). Doch sie wirkt eher krisenverschärfend, treibt sozialökologische Politik in der postulierten Tiefe nicht voran, sondern verbleibt allenfalls im Korridor einer kapitalistisch verankerten ökologischen Modernisierung der Produktionsweise. Auch keynesianisch inspirierte Politik trägt tendenziell zur Verschiebung von Krisendimensionen hin zu verschärfter Degradation bei. Das hängt mit mächtigen Interessen, asymmetrischen Kompromissen und aktiven oder passiven Konsensen zusammen, aber eben auch mit der darüber reproduzierten politischen Form, welche die Handlungsmuster des Politischen zwar nicht determiniert, aber wesentlich prägt.

Eine kritische Analyse von Staat und Governance ergründet die Herrschaftlichkeit von staatlicher Politik bzw. Governance als Strukturmuster moderner Gesellschaften, die wiederum Hinweise gibt auf die (Um-)Steuerungsfähigkeit von Politik bzw. Governance. Letztere ist nicht nur herrschaftlich dahingehend, dass bestimmte Interessen eher bedient werden als andere, sondern dass staatliche Politik bzw. Governance tendenziell die herrschenden sozialen Verhält-

nisse absichern. Strategien grundlegenden Umsteuerns gegen gesellschaftliche Strukturmuster haben darin ihre systematische Grenzen. Nicht-nachhaltige Entwicklungsdynamiken sind tief in die staatlichen Apparate, ihr Personal und ihre Regeln, ihre Funktionsweise und ihr Wissen, ihre Modi und Praxen eingelassen.

Zudem weist eine kritische Perspektive gegen die häufig vorgenommene Dichotomisierung von Staat und Markt (mitunter ergänzt durch die Zivilgesellschaft) auf den ko-konstitutiven Charakter von Gesellschaft und staatlicher Politik bzw. Governance hin. Das wiederum verweist auf den gesellschaftstheoretischen Bezug eines kritischen Transformationsbegriffs. Formen und Inhalte von Politik bzw. Governance sind nur einschätzbar mit einem Begriff von Gesellschaft, dem Stellenwert des Politischen darin und den je spezifischen historischen Konstellationen.

Die postulierten, angesichts der Krise in den Studien und Diskussionen als sehr umfassend vorgestellten Transitions- und Transformationsprozesse müssten also analytisch die kapitalistischen sozialen Formen in den Blick nehmen, um überhaupt emphatische Steuerungsfähigkeit im Sinne einer umfassenden gesellschaftlichen Gestaltung von Nachhaltigkeit denkbar zu machen (damit rede ich keiner Planwirtschaft oder einem zentralisierten, alles kontrollierenden Staat das Wort). Eine Theorie, welche die gesellschaftlichen wie sozialökologischen Transformationsdynamiken begreifen möchte, muss zudem die widersprüchlichen und sich gegebenenfalls über einen gewissen Zeitraum stabilisierenden gesellschaftlichen Verhältnisse – sozioökonomische, politische, kulturelle, subjektive – in ihrem Zusammenhang in den Blick nehmen. Seit den 1980er Jahren haben unterschiedliche Theorien in Anknüpfung an Marx' Theorie der kapitalistischen Produktionsweise Vorschläge entwickelt, wie Kontinuität und Bruch *innerhalb* der kapitalistisch dominierten Gesellschaftsformationen verstanden werden können.¹¹

Die mit der Hegemonietheorie Gramscis angereicherte Regulationstheorie, auf die ich mich hier beziehe (also eher auf die deutsch- und englischsprachige als die französischsprachige Diskussion), argumentiert auf der gesellschaftstheoretischen Ebene, dass sich die widersprüchlichen kapitalistischen Verhältnisse, die sich aufgrund kontingenter Ergebnisse sozialer Auseinandersetzungen

11 Die allermeisten Arbeiten zur Periodisierung des Kapitalismus – auch in der hier dargestellten regulationstheoretischen Variante – nehmen sozialökologischen Fragen weder theoretisch, noch zeitdiagnostisch in den Blick. Das könnte sich ob der aktuellen realhistorischen Dynamiken ändern.

historisch sehr unterschiedlich ausformen, zeitweise stabilisieren und damit erst den gesellschaftlichen Kontext für einen relativ dauerhaften Prozess der Kapitalakkumulation schaffen (Demirović et al. 1992; Esser et al. 1994; Brand/Raza 2003; Candeias 2004; Atzmüller et al. 2013). Dies zeigt der Begriff der Regulation an. „Wir nennen Regulation eines sozialen Verhältnisses die Art und Weise, in der sich dieses Verhältnis trotz und wegen seines konfliktorischen und widersprüchlichen Charakters reproduziert“ (Lipietz 1985, 109, Hervorh. im Orig.). Gesamtgesellschaftliche Reproduktion stellt sich immer wieder durch das Handeln der Einzelnen bzw. von Organisationen her, die ganz verschiedene Strategien verfolgen und über sehr verschiedene allokativen und autoritativen Ressourcen verfügen. Deshalb bleibt die Reproduktion der Gesellschaft ein prekärer Prozess, doch über die zeitweise Aufdauerstellung sozialer Verhältnisse können Planbarkeit und Dynamik entstehen.¹²

Es wurde innerhalb der Regulationstheorie der Begriff des Akkumulationsregimes eingeführt – dazu gehören die Form der Organisation der Produktion, die zeitlichen Fristen der Kapitalverwertung, die Nachfrage, aber auch das Verhältnis zu nichtkapitalistischen Formen der Produktion – und der sich mit dem Akkumulationsregime gegebenenfalls artikulierenden Regulationsweise, die das Lohn- und Geldverhältnis, den Staat, die Unternehmenskonkurrenz und die Weltmarkteinbindung umfasst (Aglietta 1979; Boyer 1990; Becker 2002). Ein Begriff, der mit der Zeit in der Debatte verloren ging, mir aber für das Transformationsthema wichtig erscheint, ist jener des technologischen Paradigmas bzw. des Modells der Industrialisierung. Makroökonomische Kohärenz ist institutionell eingebettet, wofür der Begriff der Regulationsweise verwendet wird. Hierbei handelt es sich um

„die Gesamtheit institutioneller Formen, Netze, expliziter oder impliziter Normen, die die Vereinbarkeit von Verhaltensweisen im Rahmen eines Akkumulationsregimes sichern, und zwar sowohl entsprechend dem Zustand der gesellschaftlichen Verhältnisse als auch über deren konfliktuelle Eigenschaften hinaus.“ (Lipietz 1985, 121)

Dabei sind die konkreten Regulationsweisen Ergebnisse von sozialen Auseinandersetzungen und in keinem Fall in einem funktionalistischen Verhältnis zur Kapitalverwertung zu verstehen. Boyer (1990, 42 ff.) beschreibt drei Eigenschaften der Regulationsweise: Sie sichere die Reproduktion der grundlegenden gesellschaftlichen Beziehungen über alle konkreten Gestalten institutioneller

12 Kapitalistische Akkumulationsdynamik und Herrschaftsverhältnisse reproduzieren sich auch in Krisenzeiten, aber instabiler und mit weniger Kompromissfähigkeit seitens herrschender Kräfte.

Formen hinweg; außerdem „steuere“ sie die Reproduktion des jeweiligen Akkumulationsregimes; schließlich gewährleiste die Regulationsweise die dynamische Vereinbarkeit vielfältiger dezentral getroffener Entscheidungen durch die Individuen oder die Institutionen, ohne dass die Logik des gesamten Systems berücksichtigt werden muss. Die relative Aufdauerstellung gesellschaftlicher Verhältnisse bedeutet neben institutionellen Verstetigungen auch eine Stabilisierung von Erwartungshaltungen und Lebenspraktiken der Individuen und kollektiven Akteuren wie beispielsweise der Gewerkschaften. Gesellschaftliche Deutungen und Wissen spielen hierbei eine wichtige Rolle (Demirović 1992).

Eine mehr oder weniger stabile Entwicklungsweise, in der es dennoch zu kleinen Krisen und auch zu massivem Protest kommt, die aber zu keinen grundlegenden Veränderungen der Entwicklungsrichtung einer Gesellschaft führt, bildet im Sinne Antonio Gramscis einen geschichtlichen Block. Die sozioökonomischen und technologischen, die politischen und kulturellen Verhältnisse, die Klassen- und Geschlechterrelationen sowie die Naturverhältnisse werden alltäglich aktiv reproduziert.¹³ Ein solches Verständnis ist produktiv für die Einschätzung von Strategien und Vorschlägen sowie für die Analyse realhistorischer Prozesse der Transformation.

Ein kritischer analytischer Transformationsbegriff sollte die Wirkmächtigkeit sozialer Formen in Gesellschaften, in denen die kapitalistische Produktionsweise dominiert, berücksichtigen. Er thematisiert die Herrschaftsvergessenheit des dominierenden wissenschaftlichen und gesellschaftspolitischen Denkens aufgrund der dort unkritisch verwendeten Begriffe von Markt, Staat, Technologie und Innovation (vgl. kritisch zum Innovationsbegriff Paech 2005, 193 ff.). Es werden in einer kritischen Analyse zudem Konflikte, Projekte und gesellschaftliche Kräfteverhältnisse, Ausschlüsse und Gewalt, aber eben auch die hegemonialen Elemente der bestehenden Produktions- und Lebensweise in den Blick genommen.

Im Unterschied zu einem großen Teil der marxistischen und hier der regulationstheoretischen Literatur, die eher eine Ex-post-Perspektive einnimmt, plädiere ich dafür, im Hinblick auf einen kritischen Transformationsbegriff beim gesellschaftlichen Wandel auch die konkreten Entstehungs- und Reproduktionsformen von Hegemonie in den Blick zu nehmen. Das soll im übernächsten Abschnitt

13 Der prominente Gegenstand der Regulationstheorie war bekanntlich der Fordismus, deutlich umstrittener war und bis heute ist, inwiefern sich eine Entwicklungsweise des Postfordismus oder Neoliberalismus herausgebildet hat (Demirović et al. 1992; Brand/Raza 2003; Atzmüller et al. 2013).

exemplarisch geschehen. Doch zunächst sollen die bisherigen Überlegungen um ein weiteres Element angereichert werden.

Regulation der Naturverhältnisse

Die Begriffe Transition und Transformation erhalten derzeit Prominenz vor dem Hintergrund sozialökologischer Gefährdungen und Problemlagen. Aus meiner Sicht stellt die politische Ökologie wichtige Einsichten bereit; in der deutschsprachigen Diskussion ist hier das Konzept der gesellschaftlichen Naturverhältnisse wichtig (Görg 2003; Wissen 2011a aus Sicht der politischen Ökologie; Becker/Jahn 2006; Krausmann/Fischer-Kowalski 2010 aus Sicht der sozialen Ökologie). Ich möchte hier nur die Grundgedanken skizzieren.

Die hier vorgenommene Lesart der politischen Ökologie schließt zunächst an die ökologische Kritik der politischen Ökonomie an; für sie steht im deutschsprachigen Raum führend Elmar Altvater (etwa 1992 u. 2005; vgl. für einen Überblick Dietz/Wissen 2009). Diese argumentiert, dass der wesentlich über Arbeit vermittelte Stoffwechsel menschlicher Gesellschaften mit der Natur in kapitalistischen Gesellschaften eine besondere Form annimmt: die Produktion von Gebrauchswerten um des Tauscherts bzw. Profits willen, eine herrschaftsförmige Arbeitsteilung zwischen Kapital und Lohnarbeit sowie anderer Formen von Arbeit und zudem die Entwicklung eines „modernen“, von der kapitalistischen Ökonomie und den Klassenverhältnissen getrennten Staates. Diese gesellschaftlichen Formen sind zentral für die Organisation des Stoffwechsels zwischen Natur und Gesellschaft. Die Dynamik der kapitalistischen Wirtschaft besteht darin, Menschen bzw. Arbeitskraft und Natur in Wert zu setzen. Die kapitalistische Ökonomie basiert auf einem quantitativen, das heißt expansiven Zuwachs von Geldwerten, wobei das auf Krediten basierende Produktionssystem zur Überschusserzielung zwingt, während hingegen eine natürliche Evolution vor allem in der qualitativen Veränderung von Stoffen und Energien besteht.

Dabei wird davon ausgegangen, dass der Stoffwechsel zwischen Gesellschaft, Individuum und Natur konstitutiv vermittelt ist. Das welthistorische Problem, mit dem wir heute konfrontiert sind, ist also nicht eine Übernutzung der „Natur da draußen“, in die Gesellschaft eingreift, Natur nutzt und gegebenenfalls übernutzt und zerstört (das ist die vorherrschende systemische Sichtweise der Neoklassik, die auch die ökologische Ökonomie einnimmt, obwohl sie die Umwelt als die Gesellschaft umgreifend versteht). Natur wird aus Sicht der politischen Ökologie gesellschaftlich – das heißt sozioökonomisch, kulturell und politisch-

institutionell – angeeignet. In den Blick geraten damit nicht „die Umwelt“, sondern die gesellschaftlichen Formen der Aneignung von Natur: also die Formen, wie gesellschaftliche Basisbedürfnisse wie Ernährung und Wohnen, Mobilität und Kommunikation, Gesundheit und Fortpflanzung materiell und symbolisch befriedigt werden (Becker/Jahn 2006; Becker et al. 2011; Görg 2003). Das hat unter anderem etwas mit gesellschaftlicher Arbeitsteilung, Preisentwicklungen, politischen Rahmenbedingungen oder Orientierungen an einem „attraktiven Leben“ zu tun. Die politische Ökologie geht also davon aus, dass komplexe und historisch veränderbare Verhältnisse zwischen Gesellschaft, Individuum und Natur bestehen.

Es geht aus dieser theoretischen Perspektive weniger um die Übernutzung natürlicher Systeme, sondern ökologische Probleme sind nichtintendierte Folgen der konfliktiven Aneignung von Natur, wobei eine starke Triebkraft kapitalistischer Gesellschaften darin besteht, Natur nicht nur zu kolonisieren (so argumentiert die soziale Ökologie als Tendenz aller menschlicher Gesellschaften). Vielmehr nimmt diese Kolonisierung unter Bedingungen der dominanten kapitalistischen Produktionsweise die Form der Kommodifizierung an. Auch die Betroffenheiten von spezifischen Dimensionen der sozialökologischen Krise sind sehr unterschiedlich für verschiedene gesellschaftliche Gruppen und entsprechend spielen Macht- und Verteilungsfragen eine wichtige Rolle.

Es sollen die materialen Eigenständigkeiten biophysikalischer Prozesse nicht negiert werden (denn sie sind unter Umständen nicht mehr reproduktionsfähig), aber diese sind eben gesellschaftlich überformt. Und umgekehrt formt die Materialität der Natur soziale Prozesse. Bei Trockenheit, Bodenerosion oder lokalem Umkippen des Klimas, aber auch bei der Verknappung von Ressourcen ist direkt einsichtig, dass Gesellschaften von Natur abhängig sind. Aber auch: Wenn Infrastrukturen für den Transport von Gas aus Russland nach Westeuropa, Autobahnen als materialisierte Hauptachsen von Mobilität oder Atomkraftwerke erst einmal gebaut sind, dann werden damit Produktions- und Konsumweisen verankert und spezifische ökonomische und politische Interessen verbunden. Entsprechend sind der Zugang zu und die Kontrolle über Natur bzw. „Ressourcen“ entscheidend für die gesellschaftlichen Verhältnisse.

Insofern ist der zu untersuchende Gegenstand weniger „die Umwelt“ oder „der Umweltraum“ oder übernutzte Ressourcen und Senken, sondern der Gegenstand sind die *sozialen Verhältnisse*. Diese reproduzieren und verändern sich auf komplexe Weise, etwa durch die gesellschaftlichen Formen der Arbeitsteilung, Produktion und Konsum, Geschlechter- und rassifizierte Verhältnisse, Subjektivitäten und politische Verhältnisse. Die Verbindung von regulationstheoretischen

und politisch-ökologischen Einsichten – und hier liegt eine Differenz zu den Arbeiten Altvaters (vgl. Dietz/Wissen 2009) – führt zu dem Argument, dass die tendenziell ihre materiellen Grundlagen zerstörende kapitalistisch dominierte Gesellschaft stabilisierte Formen der Naturaneignung entwickeln kann. Eine gesellschaftliche Regulation der Naturverhältnisse ist möglich, findet real statt und hier liegt eine zentrale Dynamik von Politik (Görg 2003; Brand et al. 2008; Brand/Wissen 2011a). Regulation bedeutet nicht die Aufhebung der tendenziell zerstörerischen Aneignung von Natur. Doch Naturzerstörung wird zum einen nicht zum aktuellen Problem kapitalistischer Entwicklung insgesamt – gefährdende negative Konsequenzen werden also zeitlich in die Zukunft verschoben – und kann zum anderen räumlich externalisiert werden. Das sehen wir etwa beim Klimawandel, dessen Wirkungen sich trotz aller Unsicherheit bekanntlich in der Zukunft zeigen werden bzw. sich heute schon an einigen für die negativen Auswirkungen des Klimawandels besonders anfälligen Orten auswirken. Es wird insbesondere auf lokaler und regionaler Ebene zu Krisen kommen bzw. ist das heute schon der Fall. Aber es werden damit nicht per se die grundlegenden kapitalistischen Strukturen und Entwicklungsdynamiken infrage gestellt. Hinsichtlich der möglichen Knappheit von Ressourcen können wir zudem beobachten: In einer Gemengelage globaler Knappheitserwartungen und lokaler Inwertsetzungsstrategien impliziert die Regulation der Naturverhältnisse heute neue Explorationen über Ölsand oder Gas aus Schiefergestein, Treibstoffe aus Biomasse und die damit einhergehende Kontrolle und Nutzung von Land oder auch den partiellen Umstieg auf Solarenergie.

Ein derart angereicherter kritischer Transformationsbegriff nimmt die komplexen gesellschaftlichen und sozialökologischen Verhältnisse und insbesondere ihre dominante Entwicklungsdynamik in den Blick. Er fokussiert unter anderem die Strukturen und Prozesse, mittels derer die Gesellschaft ihre materielle Grundlage – inklusive ihres Metabolismus mit der Natur – sozioökonomisch, politisch, kulturell und subjektiv organisiert. Ein hegemonie- und regulationstheoretischer Transformationsbegriff ist also konkreter als jener der sozialen Ökologie. Er ist kapitalismustheoretisch grundiert, jedoch nicht blind gegenüber nicht- oder postkapitalistischen Vergesellschaftungsformen (in der Sprache der politischen Ökologie: die Pluralität gesellschaftlicher Naturverhältnisse).¹⁴

14 Peter Newell (2011) nennt in der Diskussion um globale Umweltveränderungen und Umweltpolitik „Kapitalismus“ *the elephant in the room*. Es ist so offensichtlich, dass die aktuellen Umweltzerstörungen mit kapitalistischer Dynamik zu tun haben,

Im Anschluss an diese theoretischen Überlegungen komme ich nun zu knappen zeitdiagnostischen Bemerkungen. Die Begriffe Transition und Transformation sollen auf die aktuelle Konstellation bezogen werden.

„Grüne Ökonomie“ als Transitionsstrategie – „grüner Kapitalismus“ als mögliche neue Entwicklungsweise

In der aktuellen multiplen Krise gibt es viele Strategien (vgl. Forschungsgruppe Staatsprojekt Europa 2012, Brand 2011; Brand 2014; Candeias 2011; Brie 2009 und den Beitrag von Dieter Klein in diesem Band), die zuvorderst von der Finanz- und Wirtschaftskrise, aber eben auch von der ökologischen Krise angetrieben werden. Insbesondere den politisch und ökonomisch herrschenden Kräften geht es darum, ihre gesellschaftlichen (Macht-)Positionen abzusichern. Selbstverständlich ist nicht jede Strategie Bestandteil eines umfassenden gesellschaftlichen Projekts. Und dennoch können sich auch solche Projekte herausbilden, die dann dominant oder gar hegemonial werden, wenn die sie tragenden ökonomischen, politischen und kulturellen Kräfte entsprechende Kompromisse und Konsense ausformulieren. Als umfassende Projekte wären denkbar: neoliberaler business as usual, eventuell verbunden mit einer politisch und territorial autoritäreren Absicherung der Verhältnisse, keynesianisch-unökologische, ökokeynesianische oder ökoautoritäre bis hin zu ökofaschistischen Varianten. Und natürlich eine Vielzahl emanzipatorischer Strategien. Diese artikulieren sich mit Strategien der Entwicklung einer wissensbasierten Ökonomie (Jessop 2012), der finanzgetriebenen Akkumulation (McNally 2009; Sablowski 2009), der nachholenden Industrialisierung in Schwellenländern und des Ressourcenextraktivismus in sich industrialisierenden Ländern wie Brasilien oder eben weitgehend auf Ressourcenrenten basierenden Ökonomien wie Russland, die Ölstaaten, Venezuela oder Bolivien (Gudynas 2011).

Im Hinblick auf eine hier nicht in der gebotenen Konsistenz durchführbare Zeitdiagnose ist mir an dieser Stelle eine Unterscheidung wichtig: Auf der einen Seite gibt es Strategien wie jene einer grünen Ökonomie (im Sinne von Transition), die seit einigen Jahren von bestimmten Apparaten des internationalisierten Staates (UNEP, OECD, neuerdings auch die ILO), von europäischen grünen Parteien und von Thinktanks ausgearbeitet werden, um mit unterschiedlichen Mitteln die wirtschaftliche, politische und sozialökologische Krise bzw. die ver-

aber fast niemand benennt das als solches in den sich als wissenschaftlich führend verstehenden Zeitschriften.

schiedenen Krisenmomente zu bearbeiten. Es geht zuvorderst darum, für Wirtschaft und Gesellschaft geeignete politische Rahmenbedingungen zu entwickeln, damit technologische Prozess- und Produktinnovationen ermöglicht werden (Brand 2012). Der UNO-Generalsekretär fasste in einem Zentraldokument hinsichtlich der Rio+20-Konferenz im Juni 2012 die politischen Strategien hin zu einer Green Economy exemplarisch folgendermaßen zusammen:

- „(a) Getting prices right [...] in order to internalize externalities, support sustainable consumption and incentivize business choices;
- (b) Public procurement policies to promote greening of business and markets;
- (c) Ecological tax reforms;
- (d) Public investment in sustainable infrastructure and natural capital, to restore, maintain and, where possible, enhance the stock of natural capital;
- (e) Targeted public support for research and development on environmentally sound technologies;
- (f) Strategic investment through public sector development outlays;
- (g) Social policies to reconcile social goals with existing or proposed economic policies“ (U.N. Secretary General 2010, 15 f.).

Von diesen politischen Strategien wären zu unterscheiden die Elemente eines sich eventuell herausbildenden grünen Kapitalismus im Sinne komplexer *Transformationsprozesse*. Gramscianisch-regulationstheoretisch betrachtet entwickeln sich gegenwärtig „grüne“ Elemente als Teil sich verändernder Akkumulations- und Produktionsstrategien, Lebensweisen, Konsummustern etc. (einige Elemente sind etwa genannt bei Kaufmann/Müller 2009; Wichterich 2011). Politische Strategien einer grünen Ökonomie können ein Teil davon sein, etwa über die Förderung erneuerbarer Energien oder die Einrichtung des Emissionshandels, doch die Transformationsprozesse sind umfassender. Ob und wie sich Elemente eines grünen Kapitalismus durchsetzen und welchen Stellenwert dabei Strategien einer grünen Ökonomie spielen, kann heute niemand sagen. Wir können solchen offensichtlichen wie untergründigen Transformationspotenzialen und realen Prozessen aber eine gewisse Aufmerksamkeit entgegenbringen (Brand/Wissen 2013).

Aus meiner Sicht spricht einiges dafür, dass die *Strategie* einer grünen Ökonomie oder hierzulande eines Green New Deal (der in der internationalen Diskussion keine Rolle spielt, auch nicht als European Green New Deal; vgl. Fücks 2013) *an ihren eigenen Ansprüchen*, nämlich der Bearbeitung der sozialökologischen und der Wirtschaftskrise *scheitern wird*. Es ist zudem fraglich, ob es durch diese Strategien zu einem Aufbrechen der neoliberalen Produktions- und Entwicklungsweise kommt, die Mario Candeias (2004) als Zusammenhang der zunehmend hoch technologischen Organisation von Arbeit und Arbeitsteilung, als transnationales finanzkapitalistisches Akkumulationsregime und als

an Wettbewerb und Workfare orientierter Regulationsweise unter neoliberaler Hegemonie analysiert hat. Manche Beiträge zur grünen Ökonomie postulieren die Notwendigkeit eines anderen ökonomischen Paradigmas, andere bleiben eher unkritisch gegenüber dem neoliberalen Kapitalismus.

Und dennoch könnten die Strategien hin zu einer grünen Ökonomie wirkungsmächtig werden. Denn hier werden Elemente formuliert, die de facto zur Herausbildung eines grünen Kapitalismus beitragen können. Dieser würde eine neue Phase der Regulation der Naturverhältnisse einleiten, die nicht grundlegend die Degradation stoppen wird. Er wird, wie alle gesellschaftlichen Verhältnisse unter Bedingungen der kapitalistischen Produktionsweise, selektiv sein, vielen Menschen zu mehr Einkommen und einem höheren materiellen Lebensstandard verhelfen, andere Menschen und Regionen ausschließen oder gar ihre materiellen Lebensgrundlagen zerstören.

Die aktuellen Dynamiken bestehen in einer verstärkten Inwertsetzung der Natur, die durch aktuell hohe und tendenziell steigende Rohstoffpreise, geopolitische und geoökonomische Konkurrenz sowie mächtige Finanzmarktakteure (z.B. Landkauf und Infrastrukturentwicklung) nochmals intensiviert wird (zu den wichtiger werdenden Diskussionen um Naturkapital und um die monetäre Valorisierung von Ökosystemen bzw. ökosystemaren Dienstleistungen vgl. Tercek/Adams 2013; kritisch: Robertson 2006; McAfee 2012; Vadrot 2014). Ein relativ stabiles grün-kapitalistisches Entwicklungsmodell wäre notwendigerweise eine exklusive und nur für einige wenige Regionen mögliche Perspektive. Konkurrenz- und Ausschlussmechanismen sowie Dynamiken der Inwertsetzung und Landnahme werden damit nicht aufgehoben. Die „imperiale Lebensweise“ in den Ländern des globalen Nordens wird sich zwar ausweiten, sie ist aber nicht verallgemeinerbar (siehe unten).

Insbesondere in Ländern wie Deutschland oder Österreich könnten sich mittelfristig jedoch grün-kapitalistische Entwicklungsmodelle durchsetzen, wenn sich unterschiedliche Kräfte um dieses Projekt gruppieren: Dieses könnte unter anderem grüne Kapitalfraktionen, Teile der Dienstleistungsgewerkschaften sowie Umwelt- und Konsumentenverbände umfassen, die sich auch über Parteien artikulieren und zunächst in bestimmten staatlichen Apparaten präsent sind. In den USA und China deuten staatliche Krisenpolitiken darauf hin, dass auch hier Interessen an ökologischer Modernisierung wichtiger werden. In Großbritannien wiederum ist eine Diskussion um eine grüne Ökonomie eng mit dem Finanzsektor und der Frage von Finanzdienstleistungen – etwa im Bereich des Emissionshandels – verbunden. Diese Strategien und die sie tragenden Kräftekonstellationen könnten „Staat werden“ dahingehend, dass die verdichteten

Kräfteverhältnisse unter Führung bestimmter ökonomischer und politischer Machtgruppen zuvorderst ein solches Projekt vorantreiben und staatlich absichern (Gramsci 1996, 1560 u. 1567).

Grün-ökonomische Strategien sind begrenzt, wenn man sie an den eigenen Ansprüchen misst. Und dennoch könnten sie ein Element sein, um die Wachstums- und Akkumulationskrise zu bearbeiten. Dadurch werden Kompromisse möglich und wird sich die Zustimmung der Lohnabhängigen und Gewerkschaften unter Bedingungen der industriekapitalistischen Moderne und ihrer Globalisierung gesichert. Doch viele Fragen schließen sich an, die genauer zu analysieren wären: Ob ein Projekt im Sinne einer Entwicklungsweise umgesetzt werden kann, hängt nicht nur an technologischen und ökonomischen Faktoren sowie an der Wirtschaftspolitik, sondern auch an den gesellschaftlichen Kräfteverhältnissen sowie an den gewünschten und gelebten Alltagspraktiken (inklusive der Formen der Arbeitsteilung entlang multipler Linien). Grün-kapitalistische Projekte könnten sich in autoritären Varianten durchsetzen, aber auch – etwa in Ländern wie Deutschland oder Österreich – als grüner Korporatismus wirkungsvoll werden und darüber die größeren Teile der Lohnabhängigen und ihrer Interessengruppen einbinden. Die Menschen würden darauf verwiesen, dass sie weiterhin zuvorderst enge ökonomische Interessen (an Gewinnen, Einkommen, Wirtschaftswachstum) haben sollten und dass entsprechende „grüne Innovationen“ Wachstum, Wohlstand und Jobs bringen. Damit würden Subalternität und Herrschaft reproduziert. Eine grün-kapitalistische Entwicklungsweise würde allerdings mit einer höheren Lebensauffassung und mit Versprechungen und Erfahrungen von Fortschritt einhergehen.

Es müssten – in der Regulationstheorie immer unterschätzt – Mechanismen der Externalisierbarkeit von negativen Aspekten wirken (etwa über die „dirty industries“ in anderen Ländern, Mülllexporte nach Osteuropa und Afrika), um die Oligarchisierung der globalen Lebensweisen abzusichern. Hinsichtlich der energetischen Basis wäre zu untersuchen, inwieweit eine Dominanz fossiler Energieträger erhalten bleibt, es zu einem Ausbau der Solarenergie kommt oder zu einer „Rückkehr zur Biomasse“, etwa über die Produktion von Agrartreibstoffen zur „nachhaltigen“ Energieerzeugung. Auch wenn die Strategien einer grünen Ökonomie einen *grundlegenden* Umbau der Wirtschaft und insbesondere ihrer Energiebasis postulieren, werden sie sich an den existierenden nicht-nachhaltigen Produktions- und Lebensweisen brechen. Es kommt höchstens zu *partiellen* Veränderungen (vgl. hierzu auch Klein 2013). Die realen Entwicklungen bleiben dabei umkämpft und in sich widersprüchlich. Dennoch kann davon ausgegangen werden, dass sich in den kapitalistischen Zentren eine wenig nachhaltige

Lebensweise als breit praktizierte und akzeptierte, als bewusste und gewollte herausgebildet hat – und dass sie sich weiterhin global in den Ober- und Mittelschichten anderer Länder ausbreitet. Markus Wissen und ich haben den Begriff der imperialen Lebensweise vorgeschlagen, der in knappen Worten Folgendes meint: Produktions- und Konsummuster, die in bestimmten Regionen oder Ländern hegemonial werden, können sich „kapillar“ und gebrochen sowie mit erheblichen raumzeitlichen Unterschieden global verallgemeinern. Das hängt mit konkreten Unternehmensstrategien, Handels-, Investitions- und Geopolitiken, aber auch mit Kaufkraft und Vorstellungen einer attraktiven Lebensweise in den Gesellschaften zusammen, in die die Produktions- und Konsummuster über den Weltmarkt diffundieren. Die imperiale Lebensweise verallgemeinert sich vermittelt über räumlich spezifische Klassen- und Geschlechterverhältnisse sowie entlang von ethnischen bzw. ethnisierten Linien. Sie prägt sich deshalb räumlich unterschiedlich aus. Mit „Verallgemeinerung“ ist nicht gemeint, dass alle Menschen gleich leben, sondern dass bestimmte Vorstellungen von „gutem Leben“ und gesellschaftlicher Entwicklung existieren, die tief verankert sind. Neben räumlichen Unterschieden in der Ausprägung der imperialen Lebensweise (etwa zwischen dem globalen Süden und dem globalen Norden) existieren folglich auch erhebliche soziale Unterschiede (ausführlich Brand/Wissen 2011b).

Der Staat und das internationale politische Institutionensystem sichern – trotz aller Ausnahmen, die in Richtung starke Nachhaltigkeit weisen – diese Verhältnisse tendenziell ab. Mit dem Begriff der imperialen Lebensweise ist ein Bestimmungsfaktor benannt, warum politisch recht wenig passiert (neben weiteren Gründen wie einer einseitigen medialen Berichterstattung bis hin zu Manipulation, offenen Machtstrategien bis hin zur Repression gegenüber Kritikerinnen und Kritikern und Menschen, die für politische Alternativen eintreten, sowie Strategien der Kooptation). Dass Menschen politisch passiv bleiben, öffnet gleichzeitig autoritären und damit meist rechten politischen Strömungen den öffentlichen Raum. Zudem gerät damit in den Blick, dass die aktuellen Krisenstrategien unzureichend sind. Und dennoch: Wenn die Verschiebungen im Block an der Macht signifikant sind, können grün-kapitalistische Strategien integraler Bestandteil staatlicher Politik werden.

Ausblick

Theoretische Arbeiten und Zeitdiagnosen können niemals die Mannigfaltigkeit sozialer Realität abbilden. Doch sie können über plausible Argumente Aufmerksamkeiten schaffen, können auf Sachverhalte hinweisen, die in anderen Ansätzen

ausgeblendet werden. Das Ziel dieses Beitrages bestand darin, über die Unterscheidung von Transition und Transformation den Wert dieser beiden Begriffe für gehaltvolle theoriegeleitete Zeitdiagnosen anzudeuten.

Die Zeitdiagnose hinsichtlich des Stellenwerts der Strategien hin zu einer grünen Ökonomie bzw. den möglichen Konturen eines grünen Kapitalismus ist analytisch voller Fragen und realhistorisch unsicher. Mit diesem Beitrag sollte lediglich aufgezeigt werden, dass auch Strategien, die an ihren formulierten Ansprüchen – hier: dem grundlegenden Umbau der Energie- und Ressourcenbasis – scheitern, dennoch historisch wirkungsvoll werden können.

Staatliches Handeln ist weiterhin Politik zur Absicherung bzw. zur herrschaftlichen Veränderung der bestehenden gesellschaftlichen Verhältnisse. Das Versprechen der vielfältigen politischen Strategien – im Sinne des hier entwickelten Transitionsbegriffs – hin zu einer grünen Ökonomie ist nicht zuletzt ein Versprechen, angesichts der multiplen Krise die Krise des Krisenmanagements zu bearbeiten. Linke Vorschläge und Kräfte sind daher wichtig. Das wurde auch in den Diskussionen im Rahmen der Bundestag-Enquete-Kommission deutlich. Diese Vorschläge sind Teil und Ausdruck einer Politik der Kräfteverhältnisse und -verschiebungen sowie einer pluralen gesellschaftlichen Linken, in der sich durchaus unterschiedliche politische Strömungen versammeln. Einige bestehen darauf, dass die Linke in diesem Land aufgrund der zunehmenden und ungerichteten Umverteilung von unten nach oben vor allem die Verteilungsfrage bei Einkommen und Vermögen stellen muss. Keynesianische wirtschaftspolitische Positionen gehen in diese Richtung und plädieren für staatliche Interventionen und Investitionen, insbesondere in der Krise. Sie sehen zu Recht weniger ein staatliches Schuldenproblem als vielmehr eines der zu geringen Einnahmen. Wirtschaftliches Wachstum wird hier weiterhin als wichtig erachtet. Feministische, sozialökologische und kapitalismuskritische Strömungen stehen eher für andere Modelle von Arbeit und Arbeitsteilung, für andere Produktions- und Lebensweisen. Insbesondere der gesellschaftlich umfassende Anteil unbezahlter Sorgearbeiten muss auch in Debatten über neue Verteilungsweisen und -kriterien systematisch eingebracht werden. Hier tut sich eine politische Spannung auf: Denn die radikale Kritik am Bestehenden ist auch vielen innerhalb der Linken verdächtig, wird als „utopisch“ oder weltfremd abgetan. Die unterschiedlichen Positionen schließen sich per se nicht aus, doch sie ergänzen sich auch nicht einfach. Die Differenzen müssen offengelegt und diskutiert werden. Der „Plan B – das rote Projekt für einen sozial-ökologischen Umbau“, den die Bundestagsfraktion der LINKEN in den letzten zwei Jahren ausgearbeitet hat, könnte hier ein interessanter Bezugspunkt sein, auch Arbeiten der Rosa-Luxemburg-Stiftung

und ihres Umfelds (vgl. Brangsch et al. 2012; Brie/Candeias 2012; Thie 2013; Brand/Pühl/Thimmel 2013).

Aus meiner Sicht könnte die analytische und normative Debatte über sozialökologische Transformation um ein progressives bzw. emanzipatorisches Wohlstandsverständnis stärker konturiert werden. Auf konservativer Seite wird Wohlstand unter Bedingungen ökologischer Probleme und angesichts des Aufstiegs der Schwellenländer mit Verzicht für die Massen und dem Rückbau des Sozialstaates gleichgesetzt (Miegel 2010). Dem gilt es etwas entgegenzusetzen. Daran anschließend stellt sich die Frage: Wie werden Beschäftigte und Gewerkschaften, soziale Bewegungen und kritische Umweltverbände, sowie progressive Unternehmer und kritische Wissenschaftlerinnen zu handelnden Akteuren und gleichzeitig eingebunden in ein plurales linkes Projekt und damit zu Akteuren einer „Mosaik-Linken“ (Urban 2009; Candeias 2010)?

Ein weiteres Spannungsfeld ergibt sich aus einer transnationalen Perspektive: Wie kann ein internationalistisches Projekt formuliert werden, das Wohlstand für alle Menschen ermöglicht, aber sich deutlich unterscheidet von dem als erfolgreich gepriesenen gegenwärtigen „Entwicklungsmodell“, das darin besteht, mit brachialen, destruktiven und undemokratischen Mitteln sowohl die Natur als auch die Arbeitskraft von Menschen vor allem für den Weltmarkt in Wert zu setzen? Unbestreitbar konnten viele Menschen in den Schwellenländern in den letzten Jahren der Armut entfliehen (das ist der Angelpunkt der apodiktischen grünen und technologieorientierten Position; vgl. Fücks 2013). Doch was ist der Preis der brutalen Industrialisierung – auch der Landwirtschaft –, wenn Menschen von ihrem Land vertrieben werden und sich in den Exportfabriken verdingen müssen? Was wäre angesichts dessen ein Internationalismus auf der Höhe der Zeit? Zuvorderst bestünde er offenbar in der sozialökologischen Transformation und veränderten Lebensweisen hierzulande, um den Druck von den globalen Ressourcenströmen zu nehmen und um Glaubwürdigkeit zu gewinnen gegenüber den Menschen in anderen Weltregionen.

Deutlich wurde: Auswege aus der Krise, die nicht neoliberal und/oder autoritär sind, aber auch nicht den möglicherweise falschen Versprechungen einer ökokapitalistischen Modernisierung auf den Leim gehen (Stichwort: Green Economy), müssen Visionen und Pfade einer attraktiven Produktions- und Lebensweise für die Mehrheit der Menschen entwickeln. Das hat viel mit marktvermittelter Produktion und Konsum zu tun, mit gesellschaftlichen Debatten, was produziert und wofür gearbeitet werden soll, welche Rolle den privaten Unternehmen und dem Staat beziehungsweise dem Öffentlichen zukommt, wo und wie emanzipatorische Selbstorganisation und Lernprozesse stattfinden und gefördert werden

können und welchen Stellenwert in diesem Zusammenhang Zeitwohlstand und Sorge um sich selbst und um andere Menschen einnehmen sollen.

Für linke Politik mit einem größeren Stellenwert zu versehen sind die vielen konkreten Projekte und Experimente, die mehr oder weniger erfolgreichen „Nischen“, in denen andere Produktions- und Lebensweisen bereits ausprobiert werden, in denen gelernt werden kann, Fehler gemacht, aber auch positive Erfahrungen – hoffentlich mit Unterstützung der Politik und nicht gegen sie – ausgetauscht und Ansätze auf Dauer gestellt werden können.

Schließlich geht es beim Nachdenken über analytische und normative Perspektiven der Transformation (inklusive Transition) auch um die Frage der demokratischen Gestaltung gesellschaftlicher (Natur-)Verhältnisse. Dies ist eine wichtige politische Aufgabe und Forschungsperspektive: Was sind etwa bereits existierende demokratische Formen der Ressourcenkontrolle, welche Konflikte waren und sind notwendig, um sie zu realisieren und wie stabilisieren sie sich institutionell? Welche Anforderungen gibt es in einem umfassenderen Sinne an die demokratische Gestaltung gesellschaftlicher Naturverhältnisse? Um es abschließend zuzuspitzen: Der entscheidende Beitrag eines kritisch-analytischen sowie normativen und strategisch emanzipatorischen Transformationsbegriffs liegt in seinem herrschaftskritischen Gehalt. Es geht eben nicht nur darum, die Übernutzung der ökologischen Systeme aufzuhalten oder Verteilungsrelationen zugunsten der Schwächeren zu verschieben – so wichtig das ist. Vielmehr ist zentral, auch in Zeiten der ökologischen Krise und der historisch einmaligen Macht des Kapitals am Projekt der Emanzipation festzuhalten. Das impliziert eine praktische Kritik der kapitalistischen sozialen Formen und ihrer Konsequenzen, etwa für die herrschenden Formen von Politik, der geschlechtsspezifischen Arbeitsteilung oder der immer rastloseren Inwertsetzung der Natur für die tauschwertorientierte Produktion von Waren. Ein attraktiver Horizont für die Orientierung alltäglichen Handelns ist zentral für politische Perspektiven wie die einer revolutionären Realpolitik, eines radikalen Reformismus oder eben einer doppelten Transformation. Und hier schreibt sich ein kritisches Verständnis sozialökologischer Transformation ein.

Literatur

- Aglietta, Michel (1979). *A Theory of Capitalist Regulation. The US Experience*, London: NLB
- Albritton, Robert/Itoh, Makoto/Westra, Richard/Zuege, Alain (2001). *Phases of capitalist development. Booms, crises, and globalizations*, Basingstoke u.a.: Palgrave
- Altvater, Elmar (1992). *Der Preis des Wohlstands oder Umweltplünderung und neue Welt(un)ordnung*, Münster: Westfälisches Dampfboot

- (2005). *Das Ende des Kapitalismus, wie wir ihn kennen. Eine radikale Kapitalismuskritik*, Münster: Westfälisches Dampfboot
- Atzmüller, Roland (2013a). *Der Wohlfahrtsstaat aus regulationstheoretischer Perspektive*, in: Atzmüller, Roland et al. (Hrsg.): *Fit für die Krise? Perspektiven der Regulationstheorie*, Münster: Westfälisches Dampfboot, 150–169
- Atzmüller, Roland et al. (Hrsg.) (2013b). *Fit für die Krise? Perspektiven der Regulationstheorie*, Münster: Westfälisches Dampfboot
- Becker, Egon/Hummel, Diana/Jahn, Thomas (2011). *Gesellschaftliche Naturverhältnisse als Rahmenkonzept*, in: Gross, Matthias (Hrsg.): *Handbuch Umweltsoziologie*, Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften, 75–96
- Becker, Egon/Jahn, Thomas (Hrsg.) (2006). *Soziale Ökologie: Grundzüge einer Wissenschaft von den gesellschaftlichen Naturverhältnissen*, Frankfurt am Main/New York: Campus
- Becker, Joachim (2002). *Akkumulation, Regulation, Territorium. Zur kritischen Rekonstruktion der französischen Regulationstheorie*, Marburg: Metropolis
- Biesecker, Adelheid/von Winterfeld, Uta (2004). *Wertlos? Zur Ausgrenzung natürlicher Produktivität und weiblicher Arbeit bei John Locke und Adam Smith*, in: Biesecker, Adelheid/Eisner, Wolfram (Hrsg.): *Bremer Diskussionspapiere zur Institutionellen Ökonomie und Sozial-Ökonomie*, Nr. 58, Bremen: Universität Bremen
- Boyer, Robert (1990). *The Regulation School. A Critical Introduction*, New York: Columbia University Press
- Brand, Ulrich (2011). *Post-Neoliberalismus? Aktuelle Konflikte und gegen-hegemoniale Strategien*, Hamburg: VSA
- (2012). *After Sustainable Development: Green Economy as the Next Oxymoron?*, in: GAIA – *Ecological Perspectives for Science and Society*, (1), 28–32
- Brand, Ulrich/Brunnengräber, Achim (2013). *Socio-ecological transformations in times of a multiple crisis. Common ground of the debate, divergences and open questions*, in: UNESCO/OECD/ISSC (Hrsg.): *World Social Science Report 2013*, Paris
- Brand, Ulrich/Görg, Christoph/Hirsch, Joachim/Wissen, Markus (Hrsg.) (2008). *Conflicts in environmental regulation and the internationalisation of the state: Contested terrains*, London/New York: Routledge
- Brand, Ulrich/Pühl, Katharina/Thimmel, Stefan (Hrsg.) (2013). *Wohlstand – wie anders? Linke Perspektiven*, Berlin: Rosa-Luxemburg-Stiftung
- Brand, Ulrich/Raza, Werner G. (Hrsg.) (2003). *Fit für den Postfordismus? Theoretisch-politische Perspektiven des Regulationsansatzes*, Münster: Westfälisches Dampfboot
- Brand, Ulrich/Wissen, Markus (2011a). *Die Regulation der ökologischen Krise. Theorie und Empirie der Transformation gesellschaftlicher Naturverhältnisse*, in: *Österreichische Zeitschrift für Soziologie*, (2), 12–34
- (2011b). *Sozial-ökologische Krise und imperiale Lebensweise. Zu Krise und Kontinuität kapitalistischer Naturverhältnisse*, in: Demirović, Alex/Düick, Julia/Becker, Florian/

- Bader, Pauline (Hrsg.): *Vielfachkrise. Im finanzmarktdominierten Kapitalismus*, Hamburg: VSA, 78–93
- (2013). *Strategien einer Green Economy, Konturen eines grünen Kapitalismus: zeitdiagnostische und forschungsprogrammatische Überlegungen*, in: Atzmüller, Roland et al. (Hrsg.): *Fit für die Krise? Perspektiven der Regulationstheorie*, Münster: Westfälisches Dampfboot, 132–148
- Brangsch, Lutz/Dellheim, Judith/Spangenberg, Joachim H./Wolf, Frieder Otto (2012). *Den Krisen entkommen. Sozialökologische Transformation*, Berlin: Karl Dietz
- Brenner, Neil/Peck, Jaimie/Theodore, Nik (2010). *After Neoliberalization?*, in: *Globalisation*, (3), 327–345
- Brie, Michael (1995). *Russland: Die versteckten Rationalitäten anomisch-spontaner Wandlungsprozesse*, in: Rudolph, Hedwig (Hrsg.): *Geplanter Wandel, ungeplante Wirkungen: Handlungslogiken und -ressourcen im Prozess der Transformation*, Berlin: Ed. Sigma, 44–61
- (2011). *Die Fähigkeit zur Transformation – Fortschrittskriterium heutiger Gesellschaften*, in: Thomas, Michael (Hrsg.): *Transformation moderner Gesellschaften und Überleben in alten Regionen. Debatten und Deutungen*, Münster u.a.: Lit, 61–84
- (2009). *Ways out of the crisis of neoliberalism*, in: *Development Dialogue*, Bd. 51, 15–31
- Brie, Michael/Candeias, Mario (Hrsg.) (2012). *Transformation im Kapitalismus und darüber hinaus. Beiträge zur Ersten Transformationskonferenz des Instituts für Gesellschaftsanalyse der Rosa-Luxemburg-Stiftung*, hrsg. von der Rosa-Luxemburg-Stiftung, Reihe Papers, Berlin
- Buckel, Sonja (2007). *Subjektivierung und Kohäsion. Zur Rekonstruktion einer materialistischen Theorie des Rechts*, Weilerswist: Velbrück
- (2011). *Jenseits des Problemlösungsbias – Diskussionspapier*
- Candeias, Mario (2004). *Neoliberalismus – Hochtechnologie – Hegemonie. Grundrisse einer transnationalen kapitalistischen Produktions- und Lebensweise. Eine Kritik*. Hamburg: Argument
- (2010). *Von der fragmentierten Linken zum Mosaik*, in: *LuXemburg*, (1), 6–16
- (2011). *Interregnum. Molekulare Verdichtung und organische Krise*, in: Demirović u.a. (Hrsg.): *VielfachKrise im finanzdominierten Kapitalismus*, Hamburg: VSA, 45–61
- Castree, Noel (2008). *Neoliberalising nature. The logics of deregulation and reregulation*, in: *Environment and Planning*, (2), 131–152
- CLC – Canadian Labour Congress (Hrsg.) (2005). *Just Transition For Workers During Environmental Change*, abrufbar unter: www.canadianlabour.ca/news-room/publications/just-transition-workers-during-environmental-change
- Das Argument (2001). *Schwerpunktheft Periodisierung des Kapitalismus*, Hamburg/Berlin
- Demirović, Alex (1992). *Regulation und Hegemonie. Intellektuelle Wissenspraktiken und Akkumulation*, in: Demirović, Alex/Krebs, Hans-Peter/Sablowski, Thomas (Hrsg.): *Hegemonie und Staat: kapitalistische Regulation als Projekt und Prozess*, Münster: Westfälisches Dampfboot, 128–157

- Demirović, Alex/Düeck, Julia/Becker, Florian/Bader, Pauline (Hrsg.) (2011). Vielfachkrise. Im finanzmarktdominierten Kapitalismus, Hamburg: VSA
- Demirović, Alex/Krebs, Hans-Peter/Sablowski, Thomas (Hrsg.) (1992). Hegemonie und Staat: kapitalistische Regulation als Projekt und Prozess, Münster: Westfälisches Dampfboot
- DESA – United Nations Department of Economic and Social Affairs (2011). The Great Green Technological Transformation. World Economic and Social Survey 2011, New York: DESA
- Dietz, Kristina/Wissen, Markus (2009). Kapitalismus und „natürliche Grenzen“. Eine kritische Diskussion ökomarxistischer Zugänge zur ökologischen Krise, in: Prokla, Bd. 159, 351–370
- Enquete-Kommission des Deutschen Bundestages (2013). Schlussbericht der Enquete-Kommission „Wachstum, Wohlstand, Lebensqualität – Wege zu nachhaltigem Wirtschaften und gesellschaftlichem Fortschritt in der Sozialen Marktwirtschaft. Drucksache 17/13300
- Esser, Josef/Görg, Christoph/Hirsch, Joachim (Hrsg.) (1994). Politik, Institutionen und Staat. Zur Kritik der Regulationstheorie, Hamburg: VSA
- Feiner, Georg/Wesely, Julia (2014). Sustainability Transitions and Transition Management: Ontologies and prospects for climate change research, Wien
- Fischer-Kowalski, Marina (2011). Analyzing sustainability transitions as a shift between socio-metabolic regimes, in: Environmental Innovation and Societal Transitions, (1), 152–159
- Forschungsgruppe ‘Staatsprojekt Europa’ (Hrsg.) (2012). Die EU in der Krise. Zwischen autoritärem Etatismus und europäischem Frühling, Münster: Westfälisches Dampfboot
- (Hrsg.) (2014). Kämpfe um Migrationspolitik. Theorie, Methoden und Analysen kritischer Europaforschung, Bielefeld: Transcript.
- Fücks, Ralf (2013). Öko-Biedermeier vs. Ökologische Moderne: Die grüne Revolution, in: Blätter für deutsche und internationale Politik, (8), 57–65
- Geels, Frank W. (2010). Ontologies, socio-technical transitions (to sustainability), and the multi-level perspective, in: Research Policy, (4), 495–510
- GEO 4 – Global Environmental Outlook (2007). Environment for Development, UNEP, abrufbar unter: www.unep.org/geo/geo4/report/GEO_4_Report_Full_en.pdf
- Görg, Christoph (2003). Regulation der Naturverhältnisse. Zu einer kritischen Theorie der ökologischen Krise, Münster: Westfälisches Dampfboot
- Gramsci, Antonio (1996). Gefängnishefte. Kritische Gesamtausgabe, Bd. 7, Hefte 12–15, Hamburg: Argument
- Gudynas, Eduardo (2011). Alcances y contenidos de las transiciones al post-extractivismo, in: Ecuador Debate, Bd. 82(April), 60–79
- Haberl, Helmut et al. (2011). A Socio-metabolic Transition towards Sustainability? Challenges for Another Great Transformation, in: Sustainable Development, Bd. 19, 1–14

- Hirsch, Joachim (1994). Politische Form, politische Institutionen und Staat, in: Esser, Josef/Görg, Christoph/Hirsch, Joachim (Hrsg.): Politik, Institutionen und Staat. Zur Kritik der Regulationstheorie, Hamburg: VSA, 157–211
- Huber, Joseph (2011). Ökologische Modernisierung und Umweltinnovation, in: Groß, Matthias (Hrsg.): Handbuch Umweltsoziologie, VS Verlag für Sozialwissenschaften, 279–302
- Jänicke, Martin (2008). Megatrend Umweltinnovation. Zur ökologischen Modernisierung von Wirtschaft und Staat, München: Oekom
- Jessop, Bob (2012). Beyond Finance-Dominated Capitalism? Critical Reflections on Growth Regimes, Ms.
- Kaufmann, Stephan/Müller, Tazio (2009). Grüner Kapitalismus: Krise, Klimawandel und kein Ende des Wachstums. Mit einem Beitrag zur Agenda des grünen Kapitalismus in den USA von Victor Wallis, Berlin: Dietz, abrufbar unter: <http://edoc.vifapop.de/opus/volltexte/2012/3604/>
- Klein, Dieter (2013). Das Morgen tanzt im Heute. Transformation im Kapitalismus und über ihn hinaus, Hamburg: VSA
- Krausmann, Fridolin/Fischer-Kowalski, Marina (2010). Gesellschaftliche Naturverhältnisse: Globale Transformationen der Energie- und Materialflüsse, in: Sieder, Reinhard/Langthaler, Ernst (Hrsg.): Globalgeschichte 1800–2010, Wien: Böhlau, 38–65
- Leach, M. et al. (2007). Understanding Governance: pathways to sustainability, Brighton: STEPS Centre
- Lipietz, Alain (1985). Akkumulation, Krisen und Auswege aus der Krise: Einige methodische Überlegungen zum Begriff „Regulation“, in: Prokla, Bd. 58, 109–137
- Loorbach, Derk/Rotmans, Jan (2010). The practice of transition management: Examples and lessons from four distinct cases, in: Futures, Bd. 42, 237–246
- Madlener, Reinhard/Alcott, Blake (2011). Herausforderungen für eine technisch-ökonomische Entkopplung von Naturverbrauch und Wirtschaftswachstum. Gutachten für die Enquete-Kommission „Wohlstand, Wachstum, Lebensqualität“, in: Kom-M 17(26)13
- Marx, Karl (1859/1975). Zur Kritik der Politischen Ökonomie. Vorwort, in: MEW, Bd. 13, Berlin: Dietz, 7–11
- (1890/1962). Das Kapital. Kritik der politischen Ökonomie. Erster Band, in: MEW, Bd. 23, Berlin: Dietz
- McAfee, Kathleen (2012). The contradictory logic of global ecosystem markets, in: Development and Change, (1), 105–131
- McNally, David (2009). From Financial Crisis to World-Slump: Accumulation, Financialisation, and the Global Slowdown, in: Historical Materialism, Bd. 17, 35–83
- Merkel, Wolfgang (2010). Systemtransformation. Eine Einführung in die Theorie und Empirie der Transformationsforschung, 2., überarb. und erw. Aufl., Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften

- Miegel, Meinhard (2010). *Exit. Wohlstand ohne Wachstum*, Berlin: Propyäen
- Millennium Ecosystem Assessment (Program) (2005). *Ecosystems and human well-being*, Washington: Island Press
- NEF – New Economics Foundation (2010). *The Great Transition*, London: NEF
- Newell, Peter (2011). The elephant in the room. Capitalism and global environmental change, in: *Global environmental change*, Bd. 21, 4–6
- O'Donnell, Guillermo A./Vargas Culle, Jorge/Iazzetta, Osvaldo Miguel (Hrsg.) (2004). *The quality of democracy. Theory and applications*, Notre Dame: University of Notre Dame Press
- OECD – Organization for Economic Cooperation and Development (2011). *Towards Green Growth*. Paris, abrufbar unter: www.oecd.org/greengrowth/48224574.pdf
- Paech, Niko (2005). *Nachhaltiges Wirtschaften jenseits von Innovationsorientierung und Wachstum. Eine unternehmensbezogene Transformationstheorie*, Marburg: Metropolis
- Polanyi, Karl (1995). *The Great Transformation. Politische und ökonomische Ursprünge von Gesellschaften und Wirtschaftssystemen [1944]*, Frankfurt am Main: Suhrkamp
- Raskin, Paul D./Electris, Christi/Rosen, Richard D. (2010). The Century Ahead: Searching for Sustainability, in: *Sustainability*, (2), 2626–2651
- Robertson, Morgan (2006). The nature that capital can see: science, state, and market in the commodification of ecosystem services, in: *Environment and Planning D: Society and Space*, Bd. 24, 367–387
- Rosen, Richard D./Electris, Christi/Raskin, Paul D. (2010). *The Century Ahead: Searching for Sustainability*, Boston: Tellus Institute, abrufbar unter: www.mdpi.com/2071-1050/2/8/2626/pdf
- Rotmans, Jan/Kemp, René/Asselt, Marjolein (2001). More evolution than revolution. Transition management in public policy, in: *Foresight*, (1), 15–31
- Sablowski, Thomas (2009). Die Ursachen der neuen Weltwirtschaftskrise, in: *Kritische Justiz*, (2), 116–131
- Santarius, Tilman (2012). Der Rebound-Effekt. Über die unerwünschten Folgen der erwünschten Energieeffizienz, in: *Wuppertal Impulse zur WachstumsWende* Nr. 5, Wuppertal
- Sauer, Birgit (2011). Governance als frauenpolitische Chance? Geschlechterkritik aktueller Debatten um Staatstransformation, in: *Demirović, Alex/Walk, Heike (Hrsg.): Demokratie und Governance: kritische Perspektiven auf neue Formen politischer Herrschaft*, Münster: Westfälisches Dampfboot, 106–130
- Shove, Elisabeth/Walker, Gordon (2007). Commentary. CAUTION! Transitions ahead: politics, practice, and sustainable transition management, in: *Environment and Planning*, Bd. A 39, 763–770
- Tercek, Mark R./Adams, Jonathan S. (2013). *Nature's Fortune. How Business and Society Thrive by Investing in Nature*, New York: Basic Books
- Thie, Hans (2013). *Rotes Grün: Mit Kooperation, Gleichheit und Planung zur ökologischen Gesellschaft*, Hamburg: VSA

- TUC – Trades Union Congress (Hrsg.) (2008). *A Green and Fair Future. For a Just Transition to a Low Carbon Economy*, London, abrufbar unter: www.tuc.org.uk/touchstonepamphlets
- UN Secretary-General (Hrsg.) (2010). *Progress to date and remaining gaps in the implementation of the outcomes of the major summits in the area of sustainable development, as well as an analysis of the themes of the Conference. Report for the Preparatory Committee for the United Nations Conference on Sustainable Development*, abrufbar unter: <http://daccess-ods.un.org/TMP/5751777.29129791.html>
- UNEP – United Nations Environment Programme (2011a). *Decoupling Natural Resource Use and Environmental Impacts from Economic Growth. Report by the International Resource Panel*, abrufbar unter: www.unep.org/resourcepanel/decoupling/files/pdf/decoupling_report_english.pdf
- (2011b). *Towards a Green Economy: Pathways to Sustainable Development and Poverty Eradication*, abrufbar unter: www.unep.org/greeneconomy/greeneconomyreport/tabid/29846/default.aspx
- Urban, Hans-Jürgen (2009). *Die Mosaik-Linke. Vom Aufbruch der Gewerkschaften zur Erneuerung der Bewegung*, in: *Blätter für deutsche und internationale Politik*, (5), 71–77
- Vadrot, Alice B. M. (2014). *The Politics of Knowledge and Global Biodiversity*, London/ New York: Routledge
- WBGU – Wissenschaftlicher Beirat der Bundesregierung *Globale Umweltveränderungen* (2011). *Welt im Wandel. Gesellschaftsvertrag für eine große Transformation*, Berlin: Wissenschaftlicher Beirat der Bundesregierung *Globale Umweltveränderungen*
- Wichterich, Christa (2011). *Kapitalismus mit Wärmedämmung. Feministische Kritik und Gegenentwürfe zur Green Economy*, in: *informationen für die frau*, (Oktober), 5–7
- Wijkman, Anders/Rockström, Johan (2012). *Bankrupting Nature. Denying our Planetary Boundaries* Rev. ed., Abingdon/New York: Routledge
- Wissen, Markus (2011a). *Gesellschaftliche Naturverhältnisse in der Internationalisierung des Staates. Konflikte um die Räumlichkeit staatlicher Politik und die Kontrolle natürlicher Ressourcen*, Münster: Westfälisches Dampfboot
- (2011b). *Transition and transition management from a political science perspective*, Ms.

Michael Thomas

Transformation und Regionalisierung – Versuch eines produktiven Umgangs mit inflationären Leitbegriffen

Vorbemerkung und Rahmung

„Transformation“ oder auch „Große Transformation“ sind heute weitgehend und nahezu übereinstimmend zu Leitbegriffen für den anstehenden gesellschaftlichen Umbau hin zu einer nachhaltigen, ökologisch (und sozial) sensiblen Entwicklung geworden. So ist von radikalem Paradigmenwechsel (BUND 2008), epochalem Umbruch (Institut Solidarische Moderne 2011) und einem erforderlichen „neuen Gesellschaftsvertrag“ (WBGU 2011) die Rede. Das 42. Weltwirtschaftsforum 2012 in Davos stand unter dem Thema „Die große Transformation“. Man kann es sich offensichtlich kaum mehr leisten, die Flagge „Transformation“ nicht aufzuziehen. Bei allem Streit im Detail und gravierenden Differenzen: Die diskursive Macht des neuen Leitbegriffs scheint weitergehende Fragen zu erübrigen, die neue Wahrheit heißt: *alles Transformation*.

Selbstverständlich gibt es immer wieder Versuche der Ordnung und Systematisierung (vgl. Schachtschneider/Adler 2010; Dellheim/Krause 2008; Reißig 2009, alle mit verschiedenen Zugängen) und etablieren sich unterschiedliche Schwerpunktsetzungen. Wird etwa stärker von Karl Polanyi ausgegangen, dann überwiegen Institutionenperspektive und Gesellschaftsvertrag, wird eher von Antonio Gramsci ausgegangen, dann Interessenkonstellationen und Prozessperspektive. Solche Setzungen und differente Ausgangspunkte lassen sich begründen und können ein eigenständiges Erklärungspotenzial entfalten. Als eher problematisch erscheint die oft beliebige, ja inflationäre Begriffsbildung. An diese ist mit Bezug auf eine naheliegende Vorgeschichte kurz zu erinnern.

Transformation war vor mehr als 20 Jahren relativ plötzlich zum gleichsam universellen Catch-Word für die Untersuchung und Konzeptualisierung der vielfältigen gesellschaftlichen Prozesse geworden, die dem raschen Zusammenbruch der sozialistischen Staaten in Europa folgten. Gerade in Deutschland versammelten sich über einen gewissen Zeitraum Sozial- und Wirtschaftswissenschaften unter diesem neuen Label. Allerdings zeigt die charakteristische Verlaufskurve

dieser Transformationsforschung und der verschiedenen Transformationsdiskurse, dass zunehmend weniger und letztlich nicht das erreicht wurde, was mit dem plötzlichen Auftritt des Transformationsbegriffs (etwa im Unterschied zu Transition)¹ damals versprochen wurde und was heute mit diesem Begriff assoziiert wird: *komplexe gesellschaftliche Veränderung und Entwicklung*. Transformation wurde zu einem Passepartoutbegriff bzw. wurde funktionalisiert und seines kritischen Potenzials beraubt. Es gibt aus aktuellem Interesse gute Gründe, eine solche Verlaufskurve aufzuklären und sie nicht in diffuser Vorgeschichte bzw. oberflächlicher Ablehnung verschwinden zu lassen.

Dies soll nachfolgend in einem ersten Teil geschehen. Anschließend an die Diskussion von verschiedenen Dimensionen sowie Herausforderungen aktueller Transformations- oder Umbruchprozesse (zweiter Teil) wird dann in einem dritten Teil versucht, den Transformationsbegriff aus seinem negativen Verlaufskurvenpotenzial² zu befreien und mittels einer stringenten Perspektive zugleich kritisches Potenzial und Lebendigkeit zu befördern. Dafür wird ein anderer Leitbegriff herangezogen, der aufgrund seiner diffusen Vorgeschichte als Reformbegriff für Umbaustrategien etwa im Ruhrgebiet der 1970er Jahre und der folgenden politisch-ideologischen Funktionalisierung im neoliberalen Marktradikalismus wohl einige Skepsis hervorrufen muss: der der Regionalisierung (Kröcher 2007; Krumbein et al. 2008). Dennoch wird behauptet, dass Regionalisierung dem Transformationsbegriff eine Eindeutigkeit geben kann, mit der sich sein zentraler Anspruch, nämlich den *Übergang* hin zu einem anderen gesellschaftlichen Entwicklungsmodell auszuzeichnen, *Prozess- und Handlungsebene* zu begründen, untersetzen lässt.

Mit dieser Vorgehensweise und These wird weder der Anspruch erhoben, den einzig möglichen Weg zu verfolgen. Ebenso können Begrenzungen einer so aufgemachten Perspektive nicht ignoriert werden; nicht jede gesellschaftliche Transformation hat mit Regionalisierung zu tun. Andererseits aber, und darum muss es gehen, lässt sich gerade mit einer solchen Begrenzung gegenüber dem anschwellenden „alles ist Transformation“ genauer sagen, *was* Transformation ist und *wie* sie beginnen könnte. Hierin liegt die Stärke des Regionalisierungsbegriffs. Zudem lässt sich eine klarere Sicht darauf gewinnen, was sich an den

-
- 1 Darauf wird nachfolgend noch eingegangen. Zudem verweise ich für diese Begriffsdiskussion auf andere Beiträge in diesem Band.
 - 2 Verlaufskurve und Verlaufskurvenpotenzial sind konzeptionelle Verweise auf die Biografieforschung, der Begriffsinhalt erschließt sich hier aus dem Kontext.

postsozialistischen Prozessen als praktizierte Transformation „aufheben“ lässt. Beides ist aktuell von beträchtlicher Relevanz.

Transformation – eine vergessene und leicht tragische Vorgeschichte³

Natürlich ist diese Geschichte umfassend nachgezeichnet (vgl. Hopfmann/Wolf 2001; Kollmorgen 2005; Reißig 1998; Wielgoß/Wiesenthal 1997) und sind auch die regional unterschiedlichen Kontexte untersucht (vgl. z.B. Bönker/Wielgoß 2008; Genov 2010). Insofern wird nachfolgend ganz bewusst und Pars pro Toto auf einen deutschen Strang der Debatte Bezug genommen.

Der Politikwissenschaftler Klaus v. Beyme fand für die grundlegenden Erschütterungen und Irritationen, welche die Sozialwissenschaften 1989 erfasst hatten, die historische Analogie des „schwarzen Freitags“. Und die Soziologin Renate Mayntz bediente sich einer ebenso starken Metapher und sprach vom „Sputnik-Schock“. In der Tat waren die Beobachtungs- und Prognosedefizite der Wissenschaften in Ost und West die eine Seite, eine damit einhergehende grundsätzliche Irritation oder offene wissenschaftliche Situation die andere. „Gründe genug, um nicht nur über die Situation der Sozialwissenschaften in der ehemaligen DDR, sondern auch in der bisherigen Bundesrepublik und somit dann im vereinten Deutschland nachzudenken“ (Zapf/Thurn 1990, 9).

Implementiert und zeitweise institutionalisiert wurde ein einmaliges und beeindruckendes sozialwissenschaftliches Forschungsprogramm; für dieses wurde „Transformation“ zum Dach und so auch zum Signal einer zugkräftigen Forschungsagenda. Die Wissenschaftsstatistik belegt dies insbesondere für die Jahre 1990 bis 1996 ausführlich. Wissenschaftshistorisch muss von einer Sondersituation gesprochen werden:

„Was jenseits theoretischer Ansprüche aber mit eindeutigem Zeitindex als Transformation bezeichnet wird, darf ohne Übertreibung als ein exzeptioneller Gegenstand der Sozialforschung gelten. Die annähernde Gleichzeitigkeit, die Ähnlichkeit von Ausgangsbedingungen und Zielen, und nicht zuletzt die beträchtliche Anzahl der sich transformierenden – oder zumindest sich gründlich wandelnden – Länder mar-

3 Angesichts vorliegender Datenmassen und umfassender Systematisierungen ist es natürlich eine Zuspitzung, von „vergessener Vorgeschichte“ zu reden. Hinsichtlich einer möglichen konzeptionellen Relevanz dieser Daten und Systematisierungen ist die Zuspitzung aber wohl legitim. Und insofern wird auch die weitere Anspielung auf Marx' bekannte Formulierung verständlich: Durchaus wäre es möglich, dass sich die Tragödie wiederholt, eben als Farce.

kieren einen historisch beispiellosen Forschungsgegenstand. [...] Nie zuvor hatten Sozialwissenschaftler Gelegenheit, ein ähnlich umfangreiches Sample simultaner Wandlungsprozesse zu studieren.“ (Wiesenthal 2008, 8)

Selbst in dieser nahezu 20 Jahre später erfolgenden Reflexion lässt sich noch etwas von der Faszination einer Belle Époque erahnen, deutlicher wird das mit Texten aus dem Zeitkontext 1990/91:

„Deutschland ist derzeit eines der größten sozialen Laboratorien der jüngsten Geschichte [...] Was bisher geschehen ist und jetzt folgt, lässt sich als gigantisches soziales Experiment auffassen. Sozialwissenschaftler müssten in jenen Fieberzustand geraten, der Naturwissenschaftler befällt, wenn eine experimentelle Überraschung ansteht. [...] Die DDR ist heute kein Randthema mehr für Experten. Die gesamte Zunft der Sozialwissenschaftler ist aufgerufen, das soziale Live-Experiment des ‘Zusammenwachsens’ genau zu beobachten und Stück für Stück mitzugestalten: Als Wissenschaft von der Gesellschaft und Politik muss sie zunächst ein *Reflexionsforum* der (nicht bloß staatsrechtlichen) Vereinigung werden. [...] die Reflexion dieses lokalen Prozesses (stößt) einen überfälligen und in der Luft liegenden generellen *Paradigmenwechsel* in den sozialwissenschaftlichen Disziplinen an.“ (Giesen/Leggewie 1991, 7)

Und die Autoren unterliegen nicht nur den Verlockungen sich ankündigender Hochzeit, sondern formulieren paradigmatische Erwartungen einer sich gegenüber den „erschlafte[n] Großparadigmen von Funktionalismus und Marxismus“ neu konstituierenden Soziologie: Es sei das Zwischenfeld von Makro- und Mikro, gleichweit entfernt von Gesellschaftstheorie und Psychologismus, es seien Strukturen sozialer Beziehungen, um deren widersprüchliche Konstitution es gehen müsse. „Im Abschied vom Gegensatz zwischen System und Wandel wird eine radikale *Prozessorientierung* sichtbar, die jede geschichtsphilosophische Vorgabe abgeschüttelt hat“ (ebd., 15). Und diese paradigmatische Orientierung sollte eben als *Transformation* (Theoriekonzept wie Praxis) ausgezeichnet werden.

Für erste Bestände einer international vergleichenden Untersuchung von post-sozialistischen Entwicklungen wählt der US-amerikanischen Soziologe David Stark eine ähnliche Fokussierung: „Thus, in place of transition we analyze transformations, in which the introduction of new elements most typically combines with adaptation, rearrangements, permutations and reconfigurations of existing organizational forms“ (Stark 1992, 300). Die Differenzziehungen bei Giesen/Leggewie und vor allem bei Stark sind relativ klar. Neben dem generellen Paradigmenwechsel, der die Großtheorien treffen soll, sind es solche zu den verschiedenen Ansätzen einer sich des Gegenstands bemächtigenden neoklassischen ökonomischen Statik sowie zum politikwissenschaftlichen und partiell soziologischen Neoinstitutionalismus. Mit beiden Ansätzen werden, ohne dies hier ausführlicher

zu diskutieren, Akteur- und Prozessperspektiven radikal verkürzt. Und es sind damit dezidiert auch Differenzziehungen zu den Vorstellungen bloßer Adaption und dem Vorbild „des „einen Kapitalismus“. Nicht zufällig kommt eben nahezu im zeitlichen Kontext die Diskussion zu den „varieties of capitalism“ auf – es gibt nicht die eine klare Zielfolie, sondern durchaus unterschiedliche institutionelle Kombinationen und Konfigurationen, relativ offene Suchprozesse. Nicht irgendwie auf ein „Ende“ wird orientiert, sondern auf offene Gestaltung. Oder noch zugespitzter: Transformation wird zu einem Teilschritt von Umbruchgestaltung, „die östlichen Umwälzungen erscheinen als Teilprozess im Gesamtverlauf [...] internationaler Umbruchprozesse, das Gelingen der deutschen Einheit hängt in erster Linie vom Wandel in den Altbundesländern ab“ (Klein 1994, 43 f.).

In diesen Differenzziehungen und den Orientierungen von Giesen/Leggewie und Stark finden sich alle Elemente für einen starken Transformationsbegriff, und ausdrücklich zu verweisen ist auf die Unterscheidung zwischen Transition und Transformation: Institutionenübertragung, Institutionennachbildung einerseits (Transition) und offene, verschiedene und komplexe Faktoren berücksichtigende Entwicklung andererseits (Transformation). Transformation ist notwendigerweise *nicht* Rationalität von Adaption oder Technik einer Institutionennachbildung, *sondern* Selbsttransformation und kreative Umwandlung. Daran ist nicht nur deshalb zu erinnern, weil die meisten Rückblicke sich an einem Mainstream-Verständnis von Transformation orientieren, das die Unterscheidung von Transition und Transformation wieder eingeebnet hat: Im deutschen Fall wird Transformation zur Inkorporation des westdeutschen Institutionensystems in Ostdeutschland. Eine solche Institutionenübertragung mag man dann ablehnen oder affirmativ aufnehmen; zu einer hinreichenden Begriffsbildung trägt beides nicht bei. Es ist weiter deshalb zu erinnern, weil sich in Ostdeutschland und besonders in anderen postsozialistischen Gesellschaften partiell Transformationen als eigenständige, eigensinnige Entwicklungen vollzogen haben. Diese sind gegenüber der dominierenden Logik verdeckt und marginal geblieben, dennoch sind damit verbundene Erfahrungen und vor allem Ergebnisse nunmehr durchaus Voraussetzungen heute anstehender Transformationen: Solche beginnen nicht im Nichts, es gibt auch jetzt (vgl. Stark 1992) keine „Stunde Null“.⁴

4 Dafür lassen sich hinreichend Beispiele aufzeigen (vgl. Thomas 2011), und auf solche Beispiele wird noch einzugehen sein. Mit Recht hat Kollmorgen (2009) auf entsprechende „Gegenlogiken“ verwiesen. In vergleichender Perspektive hatte Frank Dobbin solche thematisiert: „On the other hand, close studies of nations' efforts to adopt common programs often show considerable diversity in institutionalization. In studying the privatization wave among developed nations, Paul Starr (1989)

Und schließlich ist daran zu erinnern, weil genau diese Verkürzung und Uminterpretation von Transformation, letztlich deren deutliche Funktionalisierung, im Doppelsinn aufschlussreich und relevant sind. Einmal mit Blick auf Diskurse, Diskurswahrheiten und die erforderlichen Fragen von Macht und Hegemonie. Weshalb und wie gelang diese rasche Funktionalisierung? Dann mit Blick darauf, dass sich ein im Mainstream etabliertes einseitiges Verständnis von Transformation eben wiederum im aktuellen Diskurs und in aktueller Programmatik aufzeigen lässt. Was ist gemeint, wenn von Transformation die Rede ist? – Also zurück zur Vorgeschichte.

Gegenüber Euphorie und Aufbruchsstimmung eines „fälligen Paradigmenwechsels“, wie beispielsweise von Giesen/Leggewie gefordert, gab es früh skeptische Stimmen. So betonte etwa der Soziologie Heinz Hartmann für die deutschen Entwicklungen, dass man es eben nicht mit „Vereinigung“ zu tun haben würde, sondern mit „Verwestlichung“ – weshalb *Prozessorientierung* eine falsche Erwartung befördere: „Der Druck der Verwestlichung würde etwa im Osten eine konformistische Anschlusshaltung erzeugen, die nicht mehr will als Einordnung, Unterordnung“ (Hartmann 1991, 101). Mir selbst schien 1991 der Transformationshype ein zeitlich *wie* inhaltlich begrenztes Phänomen, zu deutlich zeigten sich schon Einseitigkeiten.⁵ So oder so waren Erwartungen an Theoriefortschritte begrenzt. Wirkungsvoller waren zweifellos politische und ideologische Restriktionen. Erwin Scheuch stellte den Transformationsbegriff unter den Verdacht, eine Erfindung „der SED-Sozialwissenschaftler für den politisch geleiteten sozialen Wandel“ zu sein (zitiert nach Ziegler 2005, 36). Und

found that diverse countries adopted the rhetoric of privatization, but that in practice they used it to describe entirely different kinds of activity. In practice, they used ‘privatization’ to justify their very different, traditional approaches to industry. [...] Studies of post-socialist transition have uncovered some of the same sort of resistance to economic models promoted via ‘coersive’ measures that earlier studies found in developed nations“ (Dobbin 1999, 68).

- 5 „Rasch aufzutauchen und treffend einen sozialen Sachverhalt zu bezeichnen, ist geradezu eine ‘ideale’ Voraussetzung, um Mode zu werden, in aller Munde zu kommen – und konsequent zerredet zu werden. Vor erreichter begrifflicher Präzision, einem Konsens auf fachwissenschaftlich akzeptablem, identifizierbarem Niveau und also dem Begreifen der Sache wird sie schon wieder zugedeckt und verstellt: Man tauscht nur noch untereinander die Etiketten aus – und bleibt konsequent in diesem Tauschgeschäft. Formal, oder abstrakt, leer; behauptet wird aber ‘die Sache selbst’. ‘Transformation’ – ‘Transformationsprozess’ – partizipiert bereits wenige Monate nach seinem signalsetzenden Einzug in die aktuelle sozialwissenschaftliche Diskussion an diesem Schicksal“ (Thomas 1992, 7).

die Unantastbarkeit bestehender Institutionen wurde bekanntlich zum Leitmotiv konzeptioneller Rahmensetzungen und praktizierter Vereinigungspolitik.

So oder so ist die Messlatte einer neuen paradigmatischen Orientierung sowie die einer dem Transformationsproblem angemessenen Konzeptionalisierung sozialen Wandels speziell im (ost-)deutschen Transformationsdiskurs verfehlt worden. Insofern sind theoretische Erkenntnisse in der Tat marginal. Statt Übergänge und Transformationsprozesse wurden Adaption und Institutionenübertragung zur dominierenden Praxis. Helmut Wiesenthal (1999, 43) nannte das markant „übergangslose Systemtransformation“. War eine solche für den ostdeutschen Fall besonders zutreffend, so fanden allerdings auch die anderen postsozialistischen Länder ihre übergreifende Zielfolie im „Weg nach Europa“. Erst mit dieser Zielfolie sollte sich auch für sie – das relativiert die Unterschiede zum ostdeutschen Fall – stringent von Transformationen sprechen lassen. Zielvorgaben und systematische Gründe für deren Erreichen machen die Konzepte aus (vgl. Wagener 2008). Systematisch festzuhalten sind etwa holistisch-institutionelle Dominanzen und die besondere Macht starker Akteure. Der Prozess selbst hat einen klaren Anfang und ein klares Ende, sei es die Inkorporation in die Bundesrepublik, sei es die in Europa. Damit ist die Transformation abgeschlossen.⁶

Das Ergebnis wurde zumeist als Erfolg gefeiert, etwa als „Ende der Geschichte“. Verbleibt man aber nicht in einer solch offensichtlichen Naivität, so zeigt sich durchaus das Janusgesicht dieses Erfolgs. Zwar sei, so Wiesenthal, für den Typ postsozialistischer Transformation der intentionale Wandel herauszustellen und die Vorbildrolle Europas festzuhalten.

„Wenn aber die postsozialistische Transformation nicht Ende tief greifender Anpassungsprozesse in Europa ist, sondern eher deren besonders markanter Auftakt, dann ergeben sich neue Probleme. Die europäischen Wohlfahrtsstaaten sind dann nicht mehr Vorbild oder Entwicklungshelfer, sondern selbst Objekt und Subjekt tief greifender Anpassungsprozesse.“ (Wiesenthal 2011, 95)

Für diese und unter diesen Bedingungen fehlender Vorbilder gebe es nur eine skeptische Prognose: „Folglich hat die erfolgreiche Transformation der postsozialistischen Länder gute Chancen, ein unwiederholbarer Fall des intentionalen

6 Die offenen Probleme sind höchstens die einer sich selbst, auf ihren Grundlagen stabilisierenden Posttransformation, der gesetzte Zielkorridor wird gerade nicht verlassen: „Es gibt ein tertium datur *nach* der Transformation. [Dieses steht] im Falle des geeinten Deutschland unter den Vorzeichen der Bewahrung, Bewährung und Gewöhnung [...] Dieses Stadium bezeichnen wir als Phase der Posttransformation“ (Holtmann 2009, 23).

Gesellschaftswandels zu bleiben“ (ebd.). Man kann es auch so sagen, ohne damit alle offenen Fragen und Probleme zu berühren: Ein Transformationsbegriff; der vor allem⁷ den intentionalen Charakter des Wandels betont – und diese Betonung durchzieht nahezu alle Systematisierungen –, taugt offensichtlich nicht für die aktuell anstehenden Herausforderungen, wie sie auch Wiesenthal in den Blick nimmt. *Systemwechsel* lässt bzw. ließ sich noch als Adaption oder Inkorporation theoretisch begreifen und praktisch konzeptualisieren, nicht aber der erforderliche *Wechsel im gesellschaftlichen Entwicklungsmodell*. Genau diese Dimension und so seine durchaus zunächst gesetzten Ansprüche hat der Transformationsbegriff in seiner kurzen Karriere als Leitbegriff für den postsozialistischen Wandel verloren. Es ist insofern schon kurios, dass er nunmehr wiederum eine Belle Époque einzuläuten scheint.⁸

Umbruch, Krise und Herausforderungen in Übergangszeiten

Für die heute anstehenden Frage nach dem neuen, dem anderen (globalen) Entwicklungsmodell ist also die umrissene Transformationsperspektive wenig tauglich. Insofern wäre die Einführung anderer Begriffe verständlich, zumindest aber bleibt der Transformationsbegriff klärungsbedürftig. Aus der Sicht einer *Umbruchperspektive* (vgl. etwa Baethge/Bartelheimer 2005; Bericht 2006; Busch/Land 2013; Land 2005) ist der skizzierte Falltypus postsozialistischer Transformation ein fehlgeschlagenes Projekt: Mit der gesetzten Zielperspektive – die Bundesrepublik oder Europa – ergab sich nahezu alternativlos die existierende kapitalistische Marktwirtschaft, also der „Nachbau West“. Transformation fand darin ihr Erfolgskriterium, eben als Systemwechsel bzw. als „Ende der Geschichte“. Mit der Umbruchperspektive wird demgegenüber davon ausgegangen, dass die modernen kapitalistischen Marktwirtschaften sich seit etwa den 1970er Jahren in so erheblichen Funktions- und Regulationsproblemen befinden, dass von deren Umbruch zu sprechen ist. Ein bis dahin stabiles (fordistisches) Wirtschafts- und Sozialmodell funktioniert nicht mehr – es kann also auch nicht Zielfolie sein, sondern ist selbst Problem. Auch im „erfolgreichen“ Fall muss also eine Trans-

7 Um diese Absolutsetzung geht es, nicht etwa darum, dass soziales Handeln auf seinen verschiedenen Aggregatebenen immer auch intentionales Handeln ist. Mit der Verabsolutierung bleibt die Fixierung des Handelns auf Adaption. Bloße Nachahmung ist aber selbst ein einseitiges Konzept von Intentionalität.

8 Auf eher frühe und parallele Verwendungen des Transformationskonzepts in regulationstheoretischen Ansätzen wird hier nicht eingegangen.

formation als nachholende Integration (in dieses Wirtschafts- und Sozialmodell) fehlschlagen, und in der Regel wird sie zudem in den Transformationsgesellschaften zusätzliche Probleme generieren. Der ostdeutsche Fall ist dafür besonders aufschlussreich (vgl. Bericht 2006). Worum es geht, ist der Umbruch zu bzw. die Suche nach einem neuen Entwicklungsmodell. Der Systemwechsel ist nicht Ziel, ein „Ende der Geschichte“ nicht angesagt.

„Kapitalismus wie Sozialismus waren in den Jahrzehnten nach dem II. Weltkrieg eingebunden in ein typologisch weitgehend vergleichbares, gemeinsames Entwicklungsmodell. Der Zusammenbruch des einen Systems und dessen Transformation zu dem anderen ändert nichts an den Grenzen dieses Entwicklungsmodells. Spätestens seit den 1970er Jahren ist es erodiert, befindet es sich im Umbruch. Es war eben gerade die Ressourcenproblematik, mit der sich insbesondere diese Erosion vollziehen musste. Der fordistische Teilhabekapitalismus geriet in den 1970er Jahren in eine existenzielle Krise, die durch die neoliberalen Bewältigungsstrategien verlängert und verschlimmert wurde. Fundamentale Ursache des Niedergangs⁹ scheinen die negativen Skaleneffekte der hinter der Entwicklung der Arbeitsproduktivität zurückbleibenden Ressourceneffizienz zu sein.“ (Land 2010, 86)

Auch wenn Umbruchkonstellation und Parameter eines sozialökologischen Umbaus durchaus sehr unterschiedlich beschrieben werden können, so ist es doch unstrittig genau diese Zäsur, aus der sich die Ansprüche nach einer „neuen Transformation“, einer „Transformation des 21. Jahrhunderts“ oder einer „Großen Transformation“ herleiten.

Erosion des fordistischen Teilhabekapitalismus wie misslungene (Finanzialisierung) bzw. ausbleibende Anpassungen (Strategie der „gekauften Zeit“ – Streeck) führen zu einer Komplexität von Problemlagen und Krisenprozessen, einem ersichtlichen Handlungsnotstand:

„Es sind Systemkrisen eines unökologisch ausgerichteten Industrialismus, relativ unabhängig von den jeweiligen Wirtschaftsordnungen, sowie eines entfesselten Beschleunigungskapitalismus, der alle natürlichen, staatlichen und gesellschaftlichen Grenzen – ohne die eine humane Zivilisation nicht denkbar ist – zu sprengen begonnen hat.“ (Ypsilanti/Scheer 2010, 3; vgl. auch Institut Solidarische Moderne 2011)

In Deutschland ist angesichts von „Handlungsnotstand“ und fehl laufenden Anpassungsstrategien eine umfassende politische, wissenschaftliche und gesellschaftliche Debatte entbrannt, die auf einen „radikalen Wandel“, auf einen „grundlegenden Paradigmenwechsel“ oder auf „einen neuen Gesellschaftsver-

9 Das ist umstritten und so sicher sehr zugespitzt, stellt aber den besonderen Bezug zur erforderlichen Umgestaltungsperspektive dar. Insofern wird auf eine ausgewogene und vollständige Erklärung verzichtet.

trag“ zielt. Gefragt wird nach einer *neuen* oder eben *großen* Transformation. Die anstehenden Anforderungen gehen nämlich weit über technologische und technokratische Reformen hinaus. „Die Gesellschaften müssen auf eine neue ‘Geschäftsgrundlage’ gestellt werden. Es geht um einen neuen Gesellschaftsvertrag für eine klimaverträgliche und nachhaltige Wirtschaftsordnung“ (WBGU 2011, 2). Mit „Gesellschaftsvertrag“ und „Großer Transformation“ wird bewusst an Karl Polanyi (1944) erinnert, der so die epochale Herausbildung der modernen kapitalistischen Marktwirtschaft, des Industriekapitalismus, charakterisierte. Nunmehr wird auf eine nicht weniger epochale Bruchstelle verwiesen, auf das erforderliche andere gesellschaftliche Naturverhältnis, auf eine „Einbettung“ gesellschaftlicher Innovation in Ressourceneffizienz und Umweltkompatibilität.

Mit dieser Bruchstelle werden Konturen und auch Komplexität der Herausforderungen schon erkennbar. Die Begründung ist als Konsequenz eines zu seinem Ende gekommenen Entwicklungsmodells (Ulrich Beck: „Weltuntergangsmodell“) einleuchtend und kaum strittig: *alles Transformation*. Zugleich aber lässt sich kein Umkehrschluss ziehen auf tatsächlich eingeschlagene Pfade hin zu einem anderen Entwicklungsmodell – nicht jede Art einer durchaus erfolgreichen Energiewende muss zu einem Bruch mit dem Wachstumsmodell führen. Auch ein ökologischer Wirtschafts- und Gesellschaftsumbau bedeutet das nicht unbedingt; das Gegenteil ist möglich. Den „Beweis“ liefern seit einigen Jahren die globalen Energie-, Rohstoff- und Agrarkonzerne. Es gibt eben Strategien, die auf zentralistische und auf Großlösungen orientieren und so nicht nur alle Macht in die Energiekonzerne legen, sondern mit diesen Großlösungen zugleich Folgekosten generieren und wirkliche Einsparungen unmöglich machen. Zentralistische Anlagen, extreme Monokulturen sowie lange Transport- und Leitungswege verhindern den Bruch mit der Wachstumslogik (es ist ein Unterschied, ob 4.500 Kilometer neue Leitungen erforderlich sind wie bei zentralen Offshore-Anlagen, welche die deutsche Politik favorisiert, oder höchstens 450 Kilometer wie bei den dezentralen Onshore-Anlagen). Kosten, Zentralismus und Interessenskartelle machen diese Art von Energiewende zu einer extrem unsozialen und ungerechten Perspektive. Ähnlich sieht es mit den desaströsen Folgen zentralistischer bzw. großindustrieller und großagrarischer Ökologie aus – Rodung des Regenwalds in Südamerika, Aufkauf landwirtschaftlicher Flächen in Afrika etc. Allein die Absage an fossile Energien reicht nicht.

Eine eher zentralistische Energiewende, wie sie hier umrissen wurde, setzt modifiziert lediglich mit der Logik eines „grünen Kapitalismus“ (Institut Solidarische Moderne 2011, 3 f.) den neoliberalen Umbau der letzten Jahrzehnte fort. Während mit diesem neoliberalen Umbau bzw. dem „nachfordistischen

Landnahmezyklus“ (Dörre 2011) und insbesondere mit der Ausbildung des Finanzmarktkapitalismus radikal Natur und Arbeit nur noch als Störfaktoren erschienen, läuft auch dieser „grüne Kapitalismus“ auf eine *herrschaftsförmige Bearbeitung* der ökologischen Probleme hinaus (Institut Solidarische Moderne 2011). Damit sind zweifellos nicht zu unterschätzende Anpassungsleistungen gegenüber dem ökologisch blinden Neoliberalismus der vergangenen Jahrzehnte verbunden, dennoch trägt dieser gesellschaftliche Umbau inhaltlich starke Züge einer „restaurativen Transformation“ (Reißig 2011) und begrifflich die einer „Transformation ohne Entwicklung“.¹⁰

Mit diesen Tendenzen wird keine wirkliche Änderung der gesellschaftlichen Entwicklungslogik, gerade kein Ausstieg aus dem Wachstumsmodell zu erreichen sein. „Wird ein Grüner Kapitalismus neoliberal dominiert, wird der potenziell schon breit getragene Konsens über einen Wandel der Produktions- und Lebensweisen und der gesellschaftlichen Naturverhältnisse nicht zustande kommen“ (Institut Solidarische Moderne 2011, 4). Über die möglichen Pfade in dieser eventuell sehr langen „Übergangssituation“ ist noch nicht entschieden, aktuelle politische Entscheidungen und wirtschaftliche Trends gerade auch in Deutschland sprechen eher für dieses neoliberal dominierte Projekt eines einseitigen gesellschaftlichen Umbaus. Zugleich aber kann hinsichtlich wesentlicher Parameter dieses „capitalism (re)turn“ völlig zu Recht von Transformation gesprochen werden – als einem Wandel, der Top-down determiniert ist, sich an bestehenden Institutionen orientiert und durch die Macht starker wirtschaftlicher und politischer Akteure exekutiert wird. Und zweifellos handelt es sich zum bestimmenden Teil um einen intendierten Wandel, dessen Ziele Erhalt und Festigung etablierter Macht- und Herrschaftsstrukturen im Kern klar sind. All diese Charakteristika aber waren, wie im ersten Teil dargestellt wurde, für den politischen und wissenschaftlichen Mainstream essenzielle *Parameter einer erfolgreichen Transformation*, letztlich generell von Transformation. Insofern zeigt sich mit der skizzierten Umbaustrategie nur wiederum eine einseitige Auslegung bzw. Funktionalisierung des Transformationskonzepts. Wird dies offen oder unter der Hand zur hegemonialen Diskursfigur, so besteht in der Tat die berechtigte Chance, die Wiederkehr der oben skizzierten Verlaufskurve als Farce zu erleben: Im Gerede über Transformation verabschiedet sich jede wirkliche Transformation.

10 Will man den Transformationsbegriff aus einer solchen Doppeldeutigkeit befreien, so müsste man hier statt von Transformation von *Deformation* sprechen. Damit wird eine Unterscheidung aufgenommen, die Waldenfels (1985) bezogen auf Modi sozialen Handelns getroffen hat.

Festzuhalten ist aber darüber hinaus und vor allem für diesen Landnahmezyklus, dass sich so die Voraussetzungen für eine tatsächliche Transformation oder Transformationsfähigkeit der Gesellschaft verschlechtern haben. Mit der herrschaftsförmigen Bearbeitung der ökologischen Probleme werden sich diese Voraussetzungen noch mehr verschlechtern. Insofern ist Michael Brie zuzustimmen, wenn er schreibt, dass „die Erhöhung der Transformationsfähigkeit der Gesellschaften [...] die wichtigste Aufgabe jeder Politik [ist], die angesichts der Großprobleme der Gegenwart Transformationen einfordert“ (Brie 2011, 75). Erst unter diesen Voraussetzungen – Brie nennt zum Beispiel die „Erhöhung der Freiheitsgrade“, „wachsende Gleichheit“ und „Steigerung von Solidarität“ – wären wirkliche Lern- und Veränderungsprozesse möglich, also Transformationen.

Die Schwierigkeiten der erforderlichen Transformation bestehen nicht nur in den technischen bzw. technologischen oder den wirtschaftlichen und finanzwirtschaftlichen Aspekten, sie bestehen nicht weniger in den sozialen und kulturellen Gegebenheiten moderner Gesellschaften. Genau diese würde, wie oben zitiert, ein „grüner Kapitalismus“ blockieren. Während sich technisch-technologisch, wirtschaftlich und finanzwirtschaftlich Transformation „machen“ lässt, *ohne* die Gesellschaft zu verändern, ist eben gesellschaftliche Veränderung das *Einstiegstor* in die erforderliche „Große Transformation“. Diese kann offensichtlich nicht in der Logik bestehender Herrschaft, institutioneller Leitplanken und per Verordnung von oben erfolgen, sondern setzt – um bei diesen drei Parametern zu bleiben – den Bruch mit bestehende Machtkonstellationen voraus, verlangt institutionelle Umorientierungen und offene Suchprozesse von unten. Insofern geht die aktuelle Auseinandersetzung vor allem um die Art und Weise, wie Energiewende und ökologischer Umbau betrieben werden. Das ist eben nicht beliebig, sondern entscheidend (vgl. Scheer 2010; Thie 2011). Genau aus diesem Gegensatz heraus lässt sich ein stringenter und kritischer Transformationsbegriff begründen: Transformation sind die Umbau- und Suchprozesse in Richtung eines neuen gesellschaftlichen Entwicklungsmodells. Transformation ist notwendigerweise politische, ökonomische und vor allem soziale und kulturelle Selbsttransformation.¹¹

11 Damit kann dann wiederum der *andere* Faden der Vorgeschichte aufgenommen werden, ein kritisches, Prozess orientiertes Verständnis von Transformation. Oder man gewinnt die Souveränität, das Transformationskonzept neu und dem Kontext adäquat zu setzen – ohne den lastenden Alb der Vorgeschichte.

Transformation: den Umbau machen – regional und lokal!

Helmut Wiesenthal hat aus seinem Verständnis von Transformation als intentionalem Wandel die nüchterne Konsequenz gezogen – wo Vorbilder fehlen, ist Skepsis angesagt. Dies ist gegenüber den blinden Machbarkeitsfantasien neoliberaler Provenienz die überzeugendere Einsicht. Überzieht man aber nicht Adaption und Intentionalität als eherne Leitprinzipien, gewinnt man mit einer evolutionären Perspektive eine angemessene Sicht auf Kreativität und soziale Innovation, so lässt sich genau die andere Konsequenz ziehen – wo Vorbilder fehlen, ist Neues möglich!

„Evolution ist grundsätzlich offen, es entsteht Neues, die in der Zukunft liegenden Resultate sind unbestimmt und unbestimmbar. Aber sie ist hinsichtlich der Entwicklungsrichtungen nicht beliebig – was nur scheinbar ein Widerspruch ist. Welche Resultate bleiben, welche untergehen, hängt von Entwicklungsrichtungen ab, die durch selektive Rekombination vieler Millionen einzelner Innovationen zustande kommen.“ (Land 2010, 83)

Fragen nach einer solchen Art von Kreativität oder sozialer Innovation haben sich häufig mit regionalen und lokalen Kontexten verbunden.¹² Dies war nicht unbedingt erfolgreich, wie die reformorientierten Regionalisierungsansätze in den 1960er und 1970er Jahren gezeigt haben, und es war später mit einer neoliberalen Regionalpolitik verbunden, die mit ihrer einseitigen Wachstums- und Wettbewerbsorientierung die Potenziale vieler Regionen eher beschnitten hat. Insofern wird einer solchen *Verschiebung* auf regionale und lokale Kontexte als gewichtige Handlungsarenen bzw. eben einer *Regionalisierung* vielfach mit Skepsis begegnet. Dies hat vor dem Hintergrund gesellschaftskritischer Ansätze eine gewisse Berechtigung. Denn weder können die globalen Zusammenhänge ignoriert werden noch die politischen Rahmenbedingungen in Europa. Technisch-technologische Determinanten übersteigen ebenso die lokalen und regionalen Kontexte, wie dies für politische oder vor allem auch wirtschaftliche Macht- und Entscheidungskonstellationen der Fall ist. In diesem Sinne wäre Regionalisierung schlicht naiv oder würde sich wiederum zur Funktionalisierung in einem anderen Konzept anbieten.

12 Für das Brandenburg-Berliner Institut für Sozialwissenschaftliche Studien (BISS e.V.) ließe sich auf programmatische Orientierungen und vor allem Ausarbeitungen seit etwa Mitte der 1990er Jahre verweisen (vgl. auch die Reihe Texte aus dem BISS, seit 2004 herausgegeben von Rolf Reißig und Michael Thomas). Diese sind dann auch mit in die neue Ostdeutschlandforschung eingegangen und haben ihren Niederschlag gefunden (vgl. Thomas/Busch 2008; Bericht 2006; Kollmorgen et al. 2011; Nölting et al. 2011).

Mit der hier verfolgten Konzeption einer zeitweiligen und relativen Verschiebung der Aufmerksamkeit auf regionale und lokale Kontexte als Handlungsarenen wird aber die eine wie die andere Falle vermieden und rücken erst die erforderlichen Selbsttransformationen in den Blick. Wie wäre sonst auszubrechen?

Der sozialökologische Umbau kann die regionale Perspektive so stark machen, dass sich – gleichsam umgekehrt – die These einer *Regionalisierung von Transformation* vertreten lässt. Mit diesem Umbau wird die Region – entgegen sowohl zu den gescheiterten Reformstrategien wie der neoliberalen Regionalisierung – zur *möglichen* Handlungsarena: Es sind die Chancen solch neuer Entwicklungen wie ökologischer Anbau, lokale Energieerzeugung, regionale Produktion und Vermarktung, mit denen auch viele der scheinbar „überflüssigen“ oder abgehängten Regionen wieder sehr vielfältige und eben eigenständige Ressourcen finden können. Sie erlangen so, wie noch aufzuzeigen ist, wieder ein *Handlungspotenzial*. Schwächen der Reformansätze aus den 1970er Jahren können behoben werden, an die vielfältigen Ansätze neuer und innovativer Planungsverfahren („Planung durch Projekte“) oder komplexerer politischer und wirtschaftlicher Steuerungsverfahren („local governance“, „new governance“) lässt sich systematisch anschließen. Regionen können im produktiven Sinn, nicht als Appendix am Wachstumspfad klebender Stärkepole, zu „Selbstverantwortungsräumen“ (Aring 2012) werden. Man übernimmt selbst Verantwortung für die wieder ersichtlichen bzw. selbst geschaffenen Stärken und Möglichkeiten.

Mit den inhaltlichen Bestimmungen des Umbaus, nämlich als einem wirklichen gesellschaftlichen Pfadwechsel und damit umfassenden sozialen und kulturellen Transformationen, werden Region oder lokaler Kontext mehr noch zu *notwendigen* Handlungsarenen: Statt etablierte Regelsysteme lediglich zu exekutieren oder zu verfeinern, wie es Top-down-Ansätzen oder einem grünen Kapitalismus immanent ist, kann deren vielmehr erforderlicher Umbau zur Beförderung einer neuen Entwicklungslogik eben nur mit entsprechenden Spielräumen und so zunächst „von unten“ und „im Kleinen“ erfolgen. Ebenso lässt sich auch die Transformationsfähigkeit steigern. Es gibt gute Gründe zur Annahme, dass es – bei aller gebotenen Skepsis gegenüber Lokalismus und Regionalismus – tatsächlich *nur so* geht (vgl. auch Institut Solidarische Moderne 2011; Klein 2011; Wright 2010). Wir selbst können auf viele diesbezügliche Beispiele verweisen (vgl. Thomas/Busch 2008; Links/Volke 2009; Nölting et al. 2011; Thünen-Institut/BISS e.V. 2010) und so die Annahme untersetzen. Festzuhalten ist zudem, dass diese begriffliche Verschränkung jedem der beiden Begriffe zugleich einen eindeutigen Inhalt gibt und dass sie Konsequenzen hat für die Analyse (Theorie) wie für die Gestaltung (Praxis).

Mit Blick auf den gesellschaftlichen Umbau werden in einem so erreichten Transformationsverständnis Beginn und Einstieg (regional, lokal, praktische Projekte) gleichsam zur „*differentia specifica*“, denn nur so lassen sich die „generativen Mechanismen“ einer Selbsttransformation oder Evolution finden. Ohne diese aber ist die Rede von Transformation hohl. Die erforderliche soziale und kulturelle Umstellung, die lebensweltliche Veränderung, welche notwendigerweise ein postfossiles Akkumulations- und Regulationsmodell „unterfüttern“ muss, lässt sich beispielsweise schwerlich in politischen Konstellationen und zwischen etablierten politischen Akteuren aushandeln. Sie kann nur in sehr basalen Praktiken erfunden, erprobt werden (vgl. auch Welzer 2013). Regionalisierung bringt eben solche Praktiken, Gemeinschaften und Räume in den Blick.

Nur beispielhaft sollen das einzelne Bezüge auf lokale bzw. regionale Projekte und Initiativen unterstreichen. Mit ihnen lässt sich die erforderliche Komplexität von Transformationen fassen (vgl. hierzu auch Leggewie/Welzer 2009). Es liegt an der Durchsetzung von *Einstiegsprojekten*, ob ein Umbau in den erforderlichen Dimensionen gelingt (vgl. hierzu generell Scheer 2010), eine Utopie real werden kann (vgl. Wright 2010). Das macht Erfahrungen interessant. Einige einschlägige Erkundungen und Inventarisierungen wurden schon angeführt, nachfolgend und abschließend werden diese kurz diskutiert.

Lokale Projekte, beispielsweise solche im Bereich regenerativer Energien – Bürgerwindparks, Solaranlagen oder vor allem Bioenergieidörfer – bieten wirtschaftlichen Akteuren außerhalb der vier großen Energiekonzerne in Deutschland Chancen. Das lässt sich gerade für die ostdeutsche Erfolgsgeschichte der bisherigen Energiewende zeigen (vgl. Nölting et al. 2011), wenngleich sich diese zunehmend eintrübt. Es sind lokale Ansätze, die organisatorische und technologische Lösungen in kleineren Bereichen (als „Nischeninnovationen“) ausprobieren und zum Teil umsetzungsreif machen. Sie bieten damit die Chance, technologische Pfadabhängigkeiten – die ehernen „Argumente“ geschaffener Großlösungen – zu durchbrechen und zu neuen Lösungen zu kommen.

Die Energiewende konnte schon wirtschaftliche Anreize setzen und in regionalen und lokalen Vernetzungen lässt sich Wertschöpfung mit den kleineren und mittleren Unternehmen vor Ort wie dem lokalen Handwerk verbinden. Unternehmen können durchaus verdienen, geschaffene Arbeitsplätze sind ebenso ein wichtiges Argument. Die heute schon beachtliche lokale Wertschöpfung im Bereich der erneuerbaren Energien (etwa 7 Milliarden Euro) lässt sich bis 2020 auf über 13 Milliarden Euro steigern. Projekte sind auch für Finanzanlagen attraktiv, es geht um ein beträchtliches Erneuerungspotenzial. Dieses kann zudem stärker auf die Qualität regionaler Entwicklung ausgerichtet sein (eine Region

lebenswert machen) und auf deren Widerstandskraft oder Überlebensfähigkeit (Resilienz). Denn in den regionalen Kreisläufen erhalten solche qualitativen Argumente gegenüber einer abstrakten Gewinnorientierung mehr Gewicht; ebenso gilt das gegenüber einem regional unsensiblen Wachstum mit Folgekosten für Mobilität, Transport etc. Ökologie muss also überhaupt nicht gegen Ökonomie oder soziale Ansprüche ausgespielt werden, vielmehr lässt sich mit dem Aufbau einer umweltkompatiblen Wirtschaft beginnen und lassen sich mit Rekommunalisierung und Ansätzen einer Gemeinwohlökonomie diese Trends stärken.¹³ Innovationsrichtung und Innovationsdynamik stehen für den möglichen Beginn einer Pfadänderung.

Neben diesen Interessen von regionalen Unternehmen oder auch von Finanzinstituten, die die Energiewende und den sozialökologischen Umbau unterstützen können, bieten lokale Ansätze vor allem auch neue, direkte Aushandlungsmöglichkeiten für „öffentliche Güter“ und für die breite Nutzung der Energiesysteme – Leitungen, Abwasser etc. Es erweitern sich, wie schon angedeutet, mit den materiellen Möglichkeiten die Chancen für Rekommunalisierungen und vor allem die einer Vervielfältigung und Modifizierung von Eigentumsstrukturen (Genossenschaften, Bürgerstiftungen, Varianten solidarischen Wirtschaftens etc.). Die Rückführung öffentlicher Güter in kommunale Regie und die Ausbreitung von genossenschaftlichen Formen sind praktische Schritte hin zu einer Demokratisierung und Stärkung politischer Teilhabe. Sie verlangen aber ebenso einen Ausbau dieser Teilhabe, eine Stärkung und Ausweitung lokaler Demokratie.

Sowohl die positiven Effekte einer politischen Intervention für die dezentrale Energiewende (vom Erneuerbare-Energien-Gesetz/EEG bis zur wirtschaftlichen Betätigung von Kommunen) wie die offensichtlichen Blockaden durch eine bürokratische Förderpraxis, standardisierte Vorschriften, zentralistische Lösungen etc. machen Druck auf eine Veränderung von lokaler bzw. regionaler Governance, von politischer Rahmensetzung und Steuerung. Ersichtlich sind diesbezüglich Reformen angesagt. Nicht aber solche zu einer Freisetzung des Marktes (so etwa die Ideen einer „Agenda 2020“), sondern zu einer besseren und effektiveren Integration von Bürgerbeteiligung. Es geht um Stärke und um Entscheidungsmacht für die Ermöglichung der Energiewende – das war ja immer auch der rote Faden beim Initiator des EEG, Hermann Scheer. Und es geht

13 Damit werden mögliche Grenzen und ersichtliche Schwierigkeiten nicht ignoriert. Da es sich bei diesen aber weniger um akademische Debatten handeln kann, sondern um Erfahrungen der entsprechenden Suchprozesse, wird hier eine etwas glatte Formulierung gewählt.

um eine entsprechende Offenheit und Lernfähigkeit politischer Macht, die an Solidarität und sozialer Integration ausgerichtet ist (Veld 2011). Diese „Erdung“ von Politik in einer schwierigen und unübersichtlichen lokalen/regionalen Praxis könnte eine Antwort sein auf die vereinfachte Orientierung am „Wutbürger“ oder eine ebenso vereinfachte Delegation „nach unten“, wie sie sich eventuell in der neuen Förderstrategie der Europäischen Union (CLLD – Community Led Local Development) manifestiert. Darin liegt eine erhebliche Herausforderung. Aber nur so (und genau so) lassen sich die Einstiege mit umfassenderen strukturellen Transformationen verbinden, können neue Regulationen gefunden und durchgesetzt werden, wird ein weitergehender und sich stabilisierender Transformationsprozess fassbar. Es ist hier nicht die Frage, das Lokale oder die kleinen Projekte zu isolieren, sondern umfassendere Brückenbildungen und Institutionalisierungen sind erforderlich. Freilich spricht einiges für die skizzierte Rang- und Reihenfolge; umgekehrt geht es wohl eher nicht.

Bürgerbeteiligung, praktizierte Teilhabe an lokalen Projekten und Entscheidungen ist nicht nur essenziell für die offenen, suchenden Governance-Formen oder die aufgeführten Projekte der Energiewende. Bürgerbeteiligung und praktizierte Teilhabe werden vielmehr in einem umfassenderen, sozialen und kulturellen Sinn zu entscheidenden „Mechanismen“ von Lern-, Such- und Evolutionsprozessen. Für die Grenzen des fordistischen Teilhabekapitalismus wurde darauf verwiesen, dass kulturell gewachsene Teilhabeansprüche nicht mehr mit dem Modell von Massenkonsum befriedigt werden konnten (Busch/Land 2013), dass sie aber nicht primär auf ein Mehr an abstraktem Gewinn (Nutzenmaximierung) orientieren, sondern auf Partizipation und Mitentscheidung, dass sie Raum lassen für gemeinschaftliche Ansprüche und solidarisches Verhalten. Darin liegt eine kulturelle Innovation oder das Individualitätsentwicklungsprinzip einer dynamischen Sozialität. Mit der skizzierten Art der Energiewende und dem sozialökologischen Umbau wird genau dieses Individualitätsprinzip befördert. Andererseits wird es eben zum entscheidenden Treiber von Energiewende und Umbau. Was sich im fordistischen Kapitalismus nicht mehr einlösen ließ und mit dem Finanzmarktkapitalismus zu einer Zerstörung und Deformation des Sozialen führte, kann hier als progressiver Sozialmodus, als Evolutionsprinzip gesehen werden.

Dabei geht es neben den Formen von aktiver lokaler Demokratie und Governance – mit Ansprüchen nach Selbstermächtigung und ihrer adäquaten Institutionalisierung – vor allem um die erforderliche kulturelle Neujustierung des Sozialen, um die Ausbildung von Präferenzen und Lebensformen, die den ökologischen Wandel untersetzen. Das ist mit progressivem Sozialmodus gemeint, und dafür

gibt es viele Anregungen und Beispiele. Der neuere Subsistenz- und Suffizienzdiskurs hat sich erheblich aus einer bloßen Verzichtsrhetorik gelöst und zeigt Perspektiven für Glück, gelingendes und gutes Leben. Auf die sehr unmittelbar mögliche Reduzierung von Transportaufwendungen wurde schon hingewiesen.

Vielfache Beobachtungen weisen nach, dass wiederum die praktische Teilhabe an solchen Umbauprojekten – einer Genossenschaft, einer Bürgerwindanlage, einem Bioenergiedorf – die entscheidende Voraussetzung für eine Änderung von Präferenzen ist. Das ist schwerlich möglich über politische Aufklärung, auch nicht allein über das Vorbild kultureller Eliten: Der Schlüssel liegt in der eigenen praktischen Erfahrung. Mit der „gemeinsamen Interaktion in der Wirk-Welt“, wie es sozialphänomenologisch heißt (vgl. Srubar 1988), also dem Engagement in praktischen Projekten, eröffnen sich neue Handlungsregulative. Es ist eine kreative, praktische Konstellation, die sowohl den Ausstieg aus dem Gewohnten (etwa einem Habitus bloßer Folgsamkeit) ermöglicht als auch aus den fatalen Statusansprüchen reiner Nutzenmaximierung. Genau das aber macht Neues möglich, gemeinsames Agieren im gesellschaftlichen Umbau. Insofern zeigt sich gerade in dieser Hinsicht, dass die lokalen Projekte und Initiativen nicht so singular sind, sie haben vielmehr eine beachtliche Bedeutung für den *Einstieg in den Umstieg*: „Wenn es dort geht, dann geht es vielleicht auch bei uns!“

Einstiegsprojekte in die Energiewende und in den sozialökologischen Umbau zeigen die Region als relevante Handlungsarena und decken emanzipatorische Potenziale auf. In beiderlei Hinsicht stellen die aktuelle Politik, die eindeutig große Unternehmen und zentralistische Ansätze bevorzugt, und die aggressiven Strategien der großen Unternehmen selbst nicht zu unterschätzende Gefährdungen dar. Dennoch gibt es keine Alternative. Die „Große Transformation“ wird zu einem wesentlichen Teil eher eine „kleine Transformation“ sein, und der großen Veränderung auf der Ebene der Gesellschaft – einem anzustrebenden Gesellschaftsvertrag – wird die kleine Veränderung auf der individuellen Ebene, der lokalen etc. partiell vorausgehen. Dass damit keinem bloßen Gegeneinander das Wort geredet wird und es nicht um die eher fruchtlosen Debatten um Rang- und Reihenfolge geht, muss eigentlich nicht noch einmal wiederholt werden. Da aber doch ein beträchtlicher Spagat oder gar Perspektivenwechsel für Theorie wie Politik verlangt wird, bleibt die Akzentuierung unerlässlich. Darin zeichnet sich der Zugang zu einem zeitgemäßen Transformationskonzept aus; so lässt sich auch produktiv mit der eingangs umrissenen Geschichte umgehen. Andernfalls bliebe es bei einer Transformation, mit der – unabhängig von rhetorischer Brillanz und diskursiver Ausbreitung – gerade eines verhindert wird: der erforderliche gesellschaftliche Pfadwechsel.

Literatur

- Adler, Frank /Schachtschneider, Ulrich (2010). *Green New Deal, Suffizienz oder Ökosozialismus?: Konzepte für gesellschaftliche Wege aus der Ökokrise*, München: Oekom
- Aring, Jürgen (2012). Selbstverantwortungsräume – Mehr Handlungsoptionen vor Ort schaffen, in: Binas, Eckehard (Hrsg.): *Die Neue Region. Gesellschaftliches Labor für gelingendes Leben*, Frankfurt am Main, 139–150
- Baethge, Martin/Bartelheimer, Peter (2005). *Berichterstattung zur sozioökonomischen Entwicklung in Deutschland*, Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften
- Bericht (2006). *Zur Lage in Ostdeutschland. Bericht des Netzwerkes und Innovationsverbundes Ostdeutschlandforschung*, in: *Berliner Debatte Initial*, (5), 3–96
- Bönker, Frank/Wielgoß, Jan (Hrsg.) (2008). *Postsozialistische Transformation und europäische (Des-)Integration: Bilanz und Perspektiven*, Marburg: Metropolis
- Brie, Michael (2011). *Die Fähigkeit zur Transformation – Fortschrittskriterium heutiger Gesellschaften*, in: Thomas, Michael (Hrsg.): *Transformation moderner Gesellschaften und Überleben in alten Regionen. Debatten und Deutungen*, Münster u.a.: Lit, 61–84
- BUND – Bund für Umwelt und Naturschutz Deutschland (2008). *Zukunftsfähiges Deutschland in einer globalisierten Welt. Ein Anstoß zur gesellschaftlichen Debatte. Eine Studie des Wuppertal Instituts für Klima, Umwelt und Energie*, Frankfurt am Main: Fischer
- Busch, Ulrich/Land, Rainer (2013). *Teilhabekapitalismus. Aufstieg und Niedergang eines Regimes wirtschaftlicher Entwicklung am Fall Deutschland 1950 bis 2010*, Norderstedt: Books on Demand, abrufbar unter: <http://nbn-resolving.de/urn:nbn:de:101:1-201301241231>
- Dellheim, Judith/Krause, Günter (Hrsg.) (2008). *Für eine neue Alternative. Herausforderungen einer sozialökologischen Transformation*, Berlin: Karl Dietz
- Dobbin, Frank Richardson (1999). *A market is a market is a market? Institutional conditions for the construction of market mechanisms*, in: *BISS public* (Brandenburg-Berliner Institut für Sozialwissenschaftliche Studien), (27), 53–72
- Dörre, Klaus (2011). *Landnahme und die Grenzen kapitalistischer Dynamik. Eine Ideenskizze*, in: *Berliner Debatte Initial*, (4), 56–72
- Genov, Nikolai (2010). *Global trends in Eastern Europe*, Farnham/Burlington: Ashgate
- Giesen, Bernhard/Leggewie, Claus (Hrsg.) (1991). *Experiment Vereinigung. Ein sozialer Großversuch*, Berlin: Rotbuch
- Hartmann, Heinz. (1991). *Für alles gerüstet? Die deutsche Vereinigung als Herausforderung für die Soziologie*, in: Giesen, Bernhard/Leggewie, Claus (Hrsg.): *Experiment Vereinigung. Ein sozialer Großversuch*, Berlin: Rotbuch, 100–110
- Holtmann, Everhard (2009). *Transition, Transformation, Posttransformation – zur Heuristik des Systemwandels in longitudinaler Perspektive*, in: Holtmann, Everhard/Wiesenthal, Helmut: *Transformationstheorie. Stand, Defizite, Perspektiven*, Jena, 21–37

- Holtmann, Everhard/Wiesenthal, Helmut (2009). *Transition, Transformation, Posttransformation*, Jena
- Hopfmann, Arndt/Wolf, Michael (Hrsg.) (2001). *Transformationstheorie. Stand, Defizite, Perspektiven*, Münster: Lit
- Institut Solidarische Moderne (2011). *Umriss eines sozialökologischen Gesellschaftsumbaus auf dem Weg in eine solidarische Moderne. Der Erinnerung Hermann Scheers gewidmet*, hrsg von der Rosa-Luxemburg-Stiftung, Standpunkte, (33), Berlin
- Klein, Dieter (1994). Eine mehrdimensionale, kritische Deutung der ostdeutschen Transformation, in: *BISS public* (Brandenburg-Berliner Institut für Sozialwissenschaftliche Studien), (13), 33–44
- (2011). *Das Viereck – Nachdenken über eine zeitgemäße Erzählung der Linken*, hrsg. von der Rosa-Luxemburg-Stiftung, Standpunkte, (34), Berlin
- Kollmorgen, Raj (2005). *Transformation als Typ sozialen Wandels. Postsozialistische Lektionen, historische und interkulturelle Vergleiche*, Münster: Lit
- (2009). *Umbruch ohne Revolution? Beitritt statt Transformation? Zur Deutung des ostdeutschen Wandels seit 1989 im mittelosteuropäischen Kontext*, in: *Berliner Debatte Initial*, (4), 90–103
- Kollmorgen, Raj/Koch, Frank Thomas/Dienel, Hans-Liudger (Hrsg.) (2011). *Diskurse der deutschen Einheit. Kritik und Alternativen*, Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften
- Kröcher, Uwe (2007). *Die Renaissance des Regionalen: zur Kritik der Regionalisierungseuphorie in Ökonomie und Gesellschaft*, Münster: Westfälisches Dampfboot
- Krumbein, Wolfgang/von Frieling, Hans-Dieter/Kröcher, Uwe/Sträter, Detlev (Hrsg.) (2008). *Kritische Regionalwissenschaft: Gesellschaft, Politik, Raum-Theorien und Konzepte im Überblick*, Münster: Westfälisches Dampfboot
- Land, Rainer (2005). *Paradigmenwechsel in der Ostdeutschlandforschung*, in: *Berliner Debatte Initial*, (2), 69–75
- (2010). *Ressourceneffizienz und die Grenzen des fordistischen Typs sozialökonomischer Entwicklung*. Ms.
- Leggewie, Claus/Welzer, Harald (2009). *Das Ende der Welt, wie wir sie kannten. Klima, Zukunft und die Chancen der Demokratie*, Frankfurt am Main: Fischer
- Links, Christoph/Volke, Kristina (Hrsg.) (2009). *Zukunft erfinden. Kreative Projekte in Ostdeutschland*, Berlin: Ch. Links
- Nölting, Benjamin/Thomas, Michael/Land, Rainer (2011). *Energie im Osten: Die Energiewende als Chance für einen zukunftsfähigen Entwicklungspfad in Ostdeutschland*, in: *Kepler, Dorothee/Nölting, Benjamin/Schröder, Carolin (Hrsg.): Neue Energie im Osten – Gestaltung des Umbruchs. Perspektiven für eine zukunftsfähige sozialökologische Energiewende*, Frankfurt am Main: Peter Lang, 15–36
- Reißig, Rolf (1998). *Transformationsforschung: Gewinne, Desiderate und Perspektiven*, in: *Politische Vierteljahresschrift*, (2), 301–328

- (2009). *Gesellschafts-Transformation im 21. Jahrhundert. Ein neues Konzept sozialen Wandels*, Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften
- (2011). Die neue „Große Transformation“. Der Übergang zu einem sozialökologischen und solidarischen Entwicklungspfad, in: *vorgänge*, (3), 79–88
- Reißig, Rolf/Thomas, Michael (Hrsg.) (2004). *Texte aus dem Brandenburg-Berliner Institut für Sozialwissenschaftliche Studien (BISS e.V.)*, Münster u.a.: Lit
- Scheer, Hermann (2010). *Der energetische Imperativ: 100 Prozent jetzt. Wie der vollständige Wechsel zu erneuerbaren Energien zu realisieren ist*, München: Kunstmann
- Strubar, Ilja (1988). *Kosmion. Die Genese der pragmatischen Lebenswelttheorie von Alfred Schütz und ihr anthropologischer Hintergrund*, Frankfurt am Main: Suhrkamp
- Stark, David (1992). *The Great Transformation? Social Change in Eastern Europe*, in: *Contemporary Sociology*, Bd. 21, 299–304
- Thie, Hans (2011). *Exit statt Exitus. Das rote Projekt für den grünen Umbau in 16 Leitsätzen*, hrsg. von der Rosa-Luxemburg-Stiftung, Standpunkte, (9), Berlin
- Thomas, Michael (Hrsg.) (1992). *Abbruch und Aufbruch: Sozialwissenschaften im Transformationsprozess: Erfahrungen, Ansätze, Analysen*, Berlin: Akademie
- (2011). *Ostdeutsche Zukunftspotenziale – oder: Wie man das Rad doch noch einmal neu erfinden muss*, in: *Kollmorgen, Raj/Koch, Frank Thomas/Dienel, Hans-Liudger (Hrsg.): Diskurse der deutschen Einheit. Kritik und Alternativen*, Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften, 361–384
- Thomas, Michael/Busch, Ulrich (Hrsg.) (2008). *Akteure in Ostdeutschland – Zwischen Adaption und Innovation. Schwerpunktheft*, in: *Berliner Debatte Initial*, (3), 2–76
- Thünen-Institut/BISS e.V. (Hrsg.) (2010). *Im Osten was Neues – Kreativer Aufbruch in den vom demografischen Wandel betroffenen Regionen in den neuen Bundesländern. Projektbericht (unveröffentlicht)*,
- Veld, Roeland J. in 't (2011). *Transgovernance: The quest of governance of sustainable development*, Potsdam: IASS
- Wagener, Hans-Jürgen (2008). *Von der Transformation zur Integration. Eine Bilanz*, in: *Bönker, Frank/Wielgoths, Jan (Hrsg.): Postsozialistische Transformation und europäische (Des-)Integration: Bilanz und Perspektiven*, Marburg: Metropolis, 259–270
- Waldenfels, Bernhard (1985). *In den Netzen der Lebenswelt*, Frankfurt am Main: Suhrkamp
- Welzer, Harald (2013). *Selbst denken. Eine Anleitung zum Widerstand*, Frankfurt am Main: Fischer
- WBGU – Wissenschaftlicher Beirat der Bundesregierung *Globale Umweltveränderungen* (2011). *Welt im Wandel: Gesellschaftsvertrag für eine große Transformation*, Berlin: Wissenschaftlicher Beirat der Bundesregierung *Globale Umweltveränderungen*
- Wielgoths, Jan/Wiesenthal, Helmut (Hrsg.) (1997). *Einheit und Differenz. Die Transformation Ostdeutschlands in vergleichender Perspektive*, Berlin: Berliner Debatte, Wissenschaftsverlag

- Wiesenthal, Helmut (1999). Erntezeit der Sozialwissenschaft? Die Transformationsprozesse in Osteuropa stellen ein politikwissenschaftliches Paradigma in Frage, in: *humboldt spectrum*, (2), 44–50
- (2008). Transformation oder Wandel? Beitrag auf der Sprechertagung der Sozial- und Geisteswissenschaftlichen Sonderforschungsbereiche, 17.–18.10.2008 in Wittenberg, in: SFB 580 Jena: Transition – Transformation – Posttransformation. Mitteilungen, Bd. 31, 8–20
- (2011). Ambivalente Ergebnisse – Impressionen aus zwei Jahrzehnten Transformationsforschung, in: Thomas, Michael (Hrsg.): *Transformation moderner Gesellschaften und Überleben in alten Regionen. Debatten und Deutungen*, Münster u.a.: Lit, 85–98
- Wright, Erik Olin (2010). *Envisioning real utopias*, London/New York: Verso
- Ypsilanti, Andrea/Scheer, Hermann (2010). *Der Weg aus der Systemkrise des Wirtschaftens*, Schriftenreihe Denkanstöße (3), Frankfurt am Main: Institut Solidarische Moderne
- Zapf, Wolfgang/Thurn, Georg (Hrsg.) (1990). *Zur Lage der sozialwissenschaftlichen Forschung in der ehemaligen DDR. Wissenschaftliche Interessen, Forschungserfahrungen, Strukturprobleme, Kooperationswege*. Konferenzbericht, Berlin: WZB
- Ziegler, Hans-Volker (2005). *Sozialwissenschaften und Politik bei der deutschen Wissenschafts-Vereinigung*, Berlin: WZB

Mario Candeias

Szenarien grüner Transformation

In organischen Krisen zerfällt das spezifische Verhältnis der Verhältnisse zueinander, das eine Gesellschaft zusammenhält. Das führt zu einer Folge von scheinbar unverbundenen Krisen auf den unterschiedlichsten Feldern. Die Krise des Ganzen mäandert, verschiebt sich. So auch nach 2007: Die Finanzkrise wurde zur Weltwirtschaftskrise, dann zur Schuldenkrise, zur Repräsentationskrise. Der nächste Akt des Dramas folgte: eine weitere Rezession in Europa. Denn schon die grundlegenden ökonomischen Ursachen der Krise werden nicht angegangen – von den anderen Dimensionen der multiplen Krise (Demirović et al. 2011) ganz zu schweigen. Krisenmanagement soll die Verdichtung der Krisen verhindern, Zeit verschaffen. Doch wie erwartet *bereitet die Form der Bearbeitung der Krise jeweils die nächste Krisenkonjunktur vor.*

Die Verschärfung ökologischer Krisen ist dabei noch gar nicht erwähnt – drängt sich aber, wie im Falle Fukushima oder anderer Katastrophen konjunkturell immer wieder auf. Ökologische Fragen sind nicht nur Fragen politischer Legitimation, angesichts eines wachsenden „bizarren“ Umweltbewusstseins, sondern auch Fragen der Sicherung ökonomischer Verwertungs- und Reproduktionsbedingungen von Ressourcen, (Energie-)Sicherheit etc.

Entscheidend ist der Zusammenhang der Krisen. Der Verknüpfung der aufbrechenden Krisenerscheinungen – von Finanz-, Wirtschafts-, und Beschäftigungskrisen, Krisen der Reproduktion und dramatischer Prekarität, ökologischer Krise und schwelender Repräsentationskrise – dieser „multiplen Krise“ hat der alte neoliberale Machtblock keine produktiven Lösungen mehr entgegenzusetzen, die die Interessen der Subalternen und damit den aktiven Konsens zum neoliberalen Projekt wieder herstellen könnten. *Der Neoliberalismus ist erschöpft, verstärkt seine autoritäre Form der letzten zehn Jahre – doch weder ein neuer Akkumulationsschub noch ein neuer gesellschaftlicher Konsens sind von ihm zu erwarten. Nichtsdestoweniger: Die Neoliberalen sitzen nicht zuletzt in Deutschland fest im Sattel und bauen in Europa und den USA ihre institutionelle Macht aus. Ihre Position mag keine „führende“ mehr sein, aber nach wie vor eine „herrschende“* (Gramsci 1991b, 354).

Es zeichnet sich ein Interregnum ab, eine Übergangsperiode der Transformation, in der sich die Krise über längere Zeit, vielleicht ein Jahrzehnt, hinziehen kann, bis sich aus der Konkurrenz von durchaus starken Beharrungs- und Erneuerungskräften, der unterschiedlichen Bearbeitungs- und Lösungsversuche eine hegemoniale Richtung herauskristallisiert. Kämpfe um die Neuzusammensetzung und Führung des Machtblocks werden geführt.

Dabei hat sich die gesellschaftliche Situation gegenüber eigenen Analysen 2007 bis 2009 verändert. Einige der in den frühen Analysen des Instituts für Gesellschaftsanalyse (2009) noch für möglich gehaltenen Szenarien oder Trends, etwa eines sozialdemokratischen Public New Deal unter Obama, haben sich nicht realisiert, bzw. es traf zu, dass sie als zu schwach eingeschätzt wurden. Überraschend war für viele, wie erfolgreich das Krisenmanagement in Deutschland wirkte. Die Situation hat sich teilweise geschlossen, der Handlungsspielraum für bestimmte Projekte wurde eingeschränkt. Offen bleibt, inwiefern die Krise Möglichkeitsräume wieder aufreißt.

Im Folgenden daher der Blick auf vier im Entstehen begriffene, konkurrierende strategische Projekte – kein Szenario, wie es künftig aussehen könnte, sondern ein Versuch der Bestimmung empirischer Tendenzen. Gestreift werden sollen ihre wesentlichen politischen Momente mit Blick auf Bearbeitung der organischen Krise, im Besonderen mit Blick auf die ökologische Krise. Wer sind die gesellschaftlichen Kräfte oder Träger der Projekte, welche Koalitionen gruppieren sich darum? Welches sind aber auch die jeweiligen sozioökologischen Konsequenzen, welches die ökonomischen Widersprüche, welche politischen Implikationen – also welche Szenarien ergeben sich daraus? Die Projekte sind relativ klar voneinander zu unterscheiden, allerdings ist leicht erkennbar, dass sich zwischen den Projekten Überschneidungen ergeben, die unterschiedliche Koalitionen ermöglichen – die wiederum andere Widersprüche mit sich brächten. Selbstverständlich bewegen sich die Projekte nicht im luftleeren Raum, sondern vor dem Hintergrund konkreter Kräfteverhältnisse, von Kämpfen und gesellschaftlichen Entwicklungen. Insofern ist auch eine Aussage darüber zu treffen, wie wahrscheinlich das jeweilige Projekt ist.

Transformation kapitalistischer Gesellschaften meint dabei zunächst einen Prozess der Veränderung aller gesellschaftlichen Verhältnisse. Ein so umfassender Prozess vollzieht sich ohne steuerndes Subjekt, jedoch nicht subjektlos. Innerhalb einer solchen Konstellation entwickeln sich je nach gesellschaftlichen Bedingungen und Kräfteverhältnissen unterschiedliche Absatz- und Suchbewegungen, die sich zum Teil ergänzen, sich wechselseitig beeinflussen, aber auch konkurrieren oder sogar antagonistisch bekämpfen. Unterschiedliche gesellschaftliche

Gruppen und Klassenfraktionen formieren sich in der Auseinandersetzung mit anderen zu neuen gesellschaftlichen Blöcken, das heißt zu einer Konvergenz von gesellschaftlichen Gruppen oder von Fraktionen bestimmter Gruppen um konkrete strategische Projekte herum. Gemeinsame Interessen sind dabei nicht objektiv gegeben, sondern müssen erst systematisch erarbeitet werden. Solche gesellschaftlichen Blöcke versuchen, ihre politischen Projekte hegemoniefähig zu machen, Bündnisse und Koalitionen zu bilden. Die unterschiedlichen Interessen und Strategien sind dem Kampf nicht vorausgesetzt, sondern werden vor dem Hintergrund bestehender geschichtlicher Formen, Regulationsweisen, Individualitätsformen und Alltagspraxen in der Auseinandersetzung mit anderen erst konstituiert. Damit ein bestimmtes Projekt hegemoniefähig werden kann, müssen sich die Bedürfnisse und Interessen der Subjekte darin mit Aussicht auf Realisierung redefinieren lassen, damit es von den Subjekten gewollt und aktiv angestrebt wird. Ohne das aktive Element der Zustimmung würde sich Hegemonie auf Zwang und Gewalt reduzieren. Entsprechend handelt es sich bei Hegemonie nicht nur um die Fähigkeit einer Klasse oder eines Bündnisses, ihr „Projekt als das der gesamten Gesellschaft darzustellen und durchzusetzen“ (Lipietz 1998, 160; vgl. auch Marx/Engels 1974, 47), sondern um einen realen „Prozess der Verallgemeinerung von Interessen in einem instabilen Kompromissgleichgewicht“ (Demirović 1992, 154) in Form einer passiven Revolution. Ein hegemoniales Projekt als Artikulation der vielen gesellschaftlichen Praxen und Interessen in einem Kompromiss wird also getragen von einem geschichtlichen Block gesellschaftlicher Kräfte, der Herrschende und Beherrschte mit einschließt. Es ist Resultat der konkreten Kräfteverhältnisse im Kampf um Hegemonie.

Während das Projekt eines autoritären, postdemokratischen Neoliberalismus den Versuch einer Reartikulation des alten Blocks an der Macht darstellt, gehen die Projekte eines grünen Kapitalismus oder eines sozialliberalen Green New Deal über die gegenwärtige Konstellation hinaus und verweisen auf eine innerkapitalistische Transformation. Vor allem bei Letzterem ergeben sich zahlreiche Berührungspunkte für eine sozialökologische Transformation als Projekt einer breiten Mosaiklinken. Aufgabe einer Transformationslinken ist es dabei, auf Widersprüche, Verkürzungen, Leerstellen hinzuweisen und sie im Sinne revolutionärer Realpolitik zu bearbeiten – mit Blick auf eine sozialistische Transformationsperspektive. Es geht also um eine „doppelte Transformation“ (Klein 2013; Candeias 2009) innerhalb und jenseits des Kapitalismus. Dabei geht es von links nicht um die strategische Wahl zwischen einer Reformperspektive eines postneoliberalen Kapitalismus einerseits und einer sozialistischen Überwindung des Kapitalismus andererseits. Transformation findet bereits statt, ist

notwendige Folge organischer Krise mit offenem Ergebnis. Sozialistische Transformationspolitik ist die „wirkliche Bewegung“ (Marx/Engels 1848/1977, 475), die in den gegenwärtigen Auseinandersetzungen um Transformation praktisch interveniert, so wie es hier am Beispiel des „grünen Sozialismus“ kurz skizziert wird. Transformation zielt also nicht auf einen zu erreichenden gesellschaftlichen Endzustand, sondern auf einen umkämpften Prozess ohne steuerndes Subjekt.

Das Projekt eines autoritären Neoliberalismus

Das Projekt eines *autoritären Neoliberalismus* begegnet der Krise (wie in vorangegangenen großen Krisen) mit einer Intensivierung der alten Regulationsmechanismen: Finanzialisierung, Kürzungsdiktate, Privatisierung, Flexibilisierung, Prekarisierung, Entdemokratisierung. Fast weltweit wurde eine austeritätspolitische Wende durchgesetzt. In Europa treiben Finanzmärkte, IWF und die Regierung Merkel (zusammen mit den skandinavischen Regierungen sowie denen der Niederlande und Österreichs) *gleichgerichtet* eine Radikalisierung von Kürzungsmaßnahmen und ihre Verstetigung durch Institutionalisierung voran – eine EU-weite Schuldenbremse. Mit dieser institutionellen Blockade werden die veränderten Kräfteverhältnisse genutzt und die Möglichkeiten für andere politische Optionen eingeschränkt – freilich ohne dass es gelingt, die Krise zu bändigen.

1. Autoritärer Neoliberalismus/Restauration

- Stabilisierung der Finanzmärkte durch strikte Austeritätspolitik und neue Regulationen der Finanzmärkte
- Symbolische Politiken
- Freiwillige Vereinbarungen
- End-of-pipe-Technologien, neue Technologie-Fixierungen wie CCS oder Desertec, fossile „xtreme energy“
- Marktförmige Regulation und Inwertsetzung (GATS, TRIPS, Zertifikate)

Akteure: alter Machtblock, getragen durch Finanz- und fossilistische Kapitalfraktionen, bestrebt, unter Bedingungen wachsender Desintegrationen einen passiven Konsens aufrechtzuerhalten

Was bedeutet das ökonomisch, vor allem mit Blick auf die Bundesrepublik Deutschland? Drei unterschiedliche ökonomische Szenarien sind zu erwarten:

- a) Möglich ist, dass die globale Nachfrage trotz Rückgang keinen tiefen Einbruch erleidet. In diesem Fall könnten deutsche Exporterfolge aufkleinerer Flamme weiterhin ein geringes Wachstum in Deutschland gewährleisten, ohne dass

ein Wechsel des Modells notwendig würde, allenfalls werden – getrieben von Akzeptanzverlusten und Ereignissen wie Fukushima – kleine und graduelle Änderungen in Richtung Energiewende und ökologische Modernisierung unternommen. Auch bei insgesamt schwacher globaler Dynamik könnten eine abgeschwächte Nachfrage aus den neuen kapitalistischen Zentren wie China, Indien und Brasilien und eine halbherzige ökologische Modernisierung ausreichend sein, um die Vorteile des deutschen Exportmodells auf Kosten anderer vorläufig zu bewahren. Gerade die Schwäche der Eurozone führt zu einer relativen Unterbewertung des Euro und verbessert so die deutsche Position gegenüber Konkurrenten. In den USA scheinen selbst moderate Veränderungen einer ökologischen Modernisierung verbaut, zumindest wird der Kampf dagegen von rechts scharf geführt. In der Debatte um die Kürzungspolitiken werden sämtliche ökologische Reformen und Förderprogramme als Jobkiller bekämpft, der Spielraum für Investitionsprogramme ist durch Krise und Kürzungspolitik deutlich eingeschränkt.

- b) Denkbar ist auch, dass die Konjunktur stagniert, sich gar Stagflation entwickelt, und sich ein langfristiger Trend zum „Null-Wachstum“ stabilisiert. Dies würde, um Wirtschaft, Sozialsysteme und Staatshaushalte zu sichern, härteste Verteilungskonflikte um Steuern, soziale Leistungen, Löhne und Arbeitsstandards sowie ökologische Maßnahmen mit sich bringen. Dies ist ein Szenario eines von oben durchgesetzten Postwachstums, wie es der Konservative Meinhard Miegel (2010) beschreibt. Die soziale Spaltung würde sich verschärfen, die politische Form würde deutlich autoritärer werden.
- c) Angesichts der vielfältigen Ungleichgewichte und der sich wieder aufbauenden finanziellen Überakkumulation ist ein weiterer tiefer Finanz- und Wirtschaftscrash wahrscheinlich. Dies verweist auf Ähnlichkeiten mit der phasenförmigen Krisenentwicklung in den Jahren nach 1929. Große Krisen und entsprechende Transformationen innerhalb des Kapitalismus verlaufen in einer Reihe von Brüchen und ziehen sich über eine ganze Reihe von Jahren hin. In Europa ist seit Ende 2012 eine Rezession eingetreten, deren Ende nicht absehbar ist. So wie die Ereignisse in Fukushima als Katalysator der Energiewende in Deutschland wirkten, ist offen, wie eine solche Krise sich auf die politischen Verhältnisse insgesamt auswirken wird bzw. ob es gelingt, die Krise ohne größere Modifikationen der Regulation zu managen. Wahrscheinlicher ist, dass die Ungleichgewichte weiter zunehmen werden.

Im Kapitalismus ist auch ein stagnatives Szenario gleichbedeutend mit Krise. Treten Kürzungspolitiken hinzu, bedeutet dies die Vorbereitung der kommenden Rezession. Dies bedeutet drastische Einschränkung der Verteilungsspielräume

bzw. verschärfte Umverteilung von unten nach oben. Sicherlich wird es minimale Angebote für moderate Wachstumspolitiken und Investitionshilfen geben. Ohne entsprechende ernst zu nehmende Konsensangebote an die Subalternen ist ein solches Szenario aber untrennbar mit wachsendem Autoritarismus verbunden, mit zumindest protofaschistischen Integrationsangeboten samt Ausgrenzung von schwächeren Gruppen und scharfer Repression; Alex Demirović würde sagen: Herrschaft durch Kontingenz. Kein stabiles Szenario – aber das aktuelle.

Sozioökologische Konsequenzen

- Natur wird zur Ware
- Fortschreitende ökologische Zerstörung
- Steigende Preise für Ressourcen
- Ressourcenkriege

Ökonomische Widersprüche

- Austeritätspolitik führt zu sinkenden Wachstumsraten
- Wachsende Überakkumulation von Geldvermögen
- Fast keine Investitionsimpulse

Politische Konsequenzen

- Sinkende Umverteilungsmöglichkeiten und fortgesetzte Umverteilung von unten nach oben
- Einschränkung der Demokratie und autoritäre Politiken
- Protofaschistische Anrufungen, um Konsens zu erzielen
- Unterdrückung von Unruhen und Revolten

Projekt 2: Grüner Kapitalismus

Das Projekt eines grünen Kapitalismus zielt anders als die Strategie der Restauration auf Erneuerung im Sinne einer passiven Revolution (Gramsci 1991a, 102): Im Rahmen einer solchen passiven Revolution erfolgt Herrschaftssicherung nicht durch Konservierung der gegebenen Ordnung, sondern durch Revolutionierung aller Verhältnisse, die Gesellschaft *vorantreibend*. Das passive Element besteht darin, Interessen der Subalternen zwar herrschaftsförmig zu integrieren, die untergeordneten Gruppen aber in einer subalternen Position fern der Macht zu halten, zugleich ihre Intellektuellen und Führungsgruppen in den Machtblock zu absorbieren, die Subalternen damit ihrer Führung zu berauben. In Anlehnung an entsprechende Entwicklung Italiens im ausgehenden 19. und frühen 20. Jahrhundert kann eine solche Politik auch als Transformismo bezeichnet werden.

Der schillernde Begriff Green Economy verbindet die allgemeine Umorientierung von Investitionen in Richtung Energiewende und ökologischer Modernisierung mit der Schaffung von Millionen Arbeitsplätzen auf der Basis einer neuen Investitions- und Akkumulationswelle, die die technologische Struktur erneuert. Befördert wurden diese Vorstellungen insbesondere durch den Stern-Report zum Klimawandel 2006, die Analysen des IPCC und transnationaler Forschungsgruppen sowie durch die populären Aktivitäten des Nobelpreisträgers Al Gore und die UN. Sie sprechen vor allem ökologisch sensibilisierte, marktwirtschaftlich orientierte, liberale Gruppen an, die über starke öffentliche Repräsentation verfügen und skeptisch gegenüber den Auswüchsen des Finanzmarktkapitalismus sind. Diese Verbindung von Antworten auf Finanz- und Wirtschaftskrise, Beschäftigungs- und Klimakrise ist zurzeit die konsistenteste und diskurspolitisch wirkungsvollste Antwort auf Krise und Restauration des Neoliberalismus.

Hinter einem grünen Kapitalismus stehen Kapitalgruppen wie die Branche der regenerativen Energien (einschließlich der großen Energieversorger und des Maschinenbaus), die großen Versicherungskonzerne, Anlagenbauer wie Siemens, Automobilkonzerne, die sich von „green cars“ und E-Autos ein neues Geschäftsfeld erhoffen, auch Internet- und IT-Unternehmen, die Aufträge bei der Effizienzoptimierung und neuen Verkehrssystemen erwarten, Bio- und Gentech-Unternehmen, Nanotech- und Chemieunternehmen wie BASF, die neue, leichte und energieeffiziente Werkstoffe entwickeln, selbst Ölkonzerne wie BP, der sich in „Beyond Petrol“ umbenannt hat, sowie Venture-Capital und Private-Equity-Fonds oder die kleine, aber wachsende Branche der ethischen Investoren (einschließlich großer Pensionsfonds).

Der Markt für Investitionen in emissionsarme Energieerzeugung und grüne Technologien wird auf etliche Billionen US-Dollar jährlich anwachsen. Der Weltmarkt für Greentech war laut Roland Berger mit einem Volumen von 1,4 Billionen Euro bereits 2007 größer als der für Maschinenbau. Bis 2020 wird sich der Umsatz vorsichtig geschätzt auf 3,2 Billionen mehr als verdoppeln. Wenn Investitionen getätigt werden, dann hier: Drei von vier Firmen in Deutschland legen nach einer Umfrage von Siemens Financial Services ihren Investitionsschwerpunkt der nächsten Jahre in den Bereich Greentech. Schon jetzt hat sich bei erneuerbaren Energien hierzulande seit 2004 die Beschäftigung mehr als verdoppelt (340.000 Beschäftigte, IMU Institut 2011). Greentech-Firmen bieten in Deutschland Beschäftigung für über eine Million Menschen und erbringen gut acht Prozent der Wirtschaftsleistung, Solar-*Investitionen* sollen sich bis 2015 verdoppeln. Private-Equity-Fonds wie Blackstone investieren mehrere Milliarden Euro in Offshore-Parks vor der deutschen Küste – eine Energieeinspeisevergütung

von 150 Euro pro Megawattstunde, Übernahme der Kosten des Netzausbaus durch den Netzbetreiber, direkte Förderung durch die Bundesregierung und vergünstigte KfW-Kredite sollen eine Rendite von zehn bis 20 Prozent ermöglichen. Der Markt für grüne Technologien ist schwer abgrenzbar. Zusammengefasst haben die unterschiedlichen Bereiche aber unbestreitbar ein Potenzial wie kaum ein anderer.

Ein grüner Kapitalismus weist durchaus Kontinuitäten zum Neoliberalismus auf: Dazu gehören die Fortführung und Intensivierung einer globalen „Akkumulation durch Enteignung“ (Harvey 2005) im Bereich natürlicher Ressourcen bis hin zu Landgrabbing und „xtreme energy“, auch die Individualisierung von Umweltproblemen (der „aufgeklärte Konsument“) zeugt ebenso von Kontinuitäten wie der Emissionshandel mit seiner Ausweitung der Marktlogik auf die Bekämpfung von Umweltverschmutzung. Insofern wird nicht nur eine begrenzte Finanzmarktregulierung angestrebt, vielmehr werden neue Instrumente der Finanzialisierung entwickelt. Favorisiert werden marktförmige und technische Lösungen („techno fixes“), einschließlich großtechnischer Projekte wie Desertec, riesige Offshore-Windparks, monopolisierte Netze und – trotz allem – die Atomkraft, wenn nicht hierzulande, dann doch als Exportgut. Wie die IT-Revolution die technische Basis für die Globalisierung bereitstellte, soll Greentech die Grundlage für einen ökologischen Umbau der gegenwärtigen Produktionsweise liefern.

Dafür braucht es jedoch einer klaren und bindenden ökologischen Regulierung, möglichst marktförmig, um Investitionssicherheit zu gewährleisten und neue Anlagesphären zu eröffnen, etwa im Zertifikatehandel, der bislang kaum funktioniert. Ein so weitgehender Umbau wird allein durch die Marktkräfte nicht zu bewerkstelligen sein, sodass auch Kapitalgruppen, wie der Energiekonzern Eon, öffentliche Investitionen fordern, um etwa die Energie- und Verkehrsinfrastrukturen umzubauen. Auch eine begrenzt höhere Besteuerung von Vermögen und eine Reregulierung der Finanzmärkte wird durchaus befürwortet, um die nötigen Mittel für Investitionen zu sichern und ökonomische Ungleichgewichte zu dämpfen. An eine direkte Umverteilung von oben nach unten ist nicht wirklich gedacht. Sozialökologische Ungleichheiten werden nicht thematisiert und auf die individuelle Ebene verschoben.

Auch das Projekt des grünen Kapitalismus bringt Widersprüche und „false solutions“ mit sich. Ein Beispiel: Die Produktion der E-Autos kann den Verbrauch an Stahl senken. Die Autos werden teilweise kleiner. Zugleich werden Materialien mit einem noch höheren Veredelungsgrad sowie zusätzliche Elektronik eingesetzt. Die Produktion der Batterien ist, wie generell die Akku-Produktion, energie- und ressourcenintensiv und belastet die Umwelt zusätzlich mit einer ganzen Reihe

2. Grüner Kapitalismus

- Verbindliche Vereinbarungen
- Marktförmige Regulierung und Inwertsetzung
- (Groß)technologische Lösungen wie CCS, Desertec und „xtreme energy“
- Begrenzte Finanzmarktregulierung, neue Finanzinstrumente
- Öffentliche Investitions- und Förderprogramme
- Keine Umverteilung nach unten, „Bastard“-Keynesianismus
- Übergang zu ökokapitalistischer Produktions- und Lebensweise

Akteure: öko-kapitalistischer Elitenkonsens mit Integration subalternen Gruppen (wie Grüne und Gewerkschaften), Spannungen mit dem fossilistischen Kapital

hochgiftiger Substanzen. Darüber hinaus ändert eine Orientierung auf E-Autos nichts an dem enormen Flächenverbrauch und der Versiegelung der Landschaft durch Straßen. Eine Umorientierung auf einen massiven Ausbau öffentlicher Verkehrssysteme wäre zweifelsohne die billigere, effizientere, schnellere und ökologischere Methode. Aber darum geht es bekanntlich nicht. Die Konversion, wenn man sie so nennen will, erfolgt möglichst ohne Veränderung der Produktlogik. Es ist eine Modernisierung ohne Pfadwechsel.

Zentraler ist jedoch: Die Erfahrungen mit Klimaverhandlungen und Zertifikatehandel zeigen: Es dauert zu lange. Der Widerstand der fossilistischen Kapitalfraktionen ist außerordentlich stark. Erfolgt der ökologische Umbau zu langsam, droht die Verschärfung von Umwelt- und sozioökonomischen Folgekrisen. Die Begrenzung der Erderwärmung um zwei Grad ist laut IPCC bereits jetzt nicht mehr zu erreichen. Wird der Umbau wirklich konsequent betrieben, werden zum Beispiel Emissionsrechte drastisch reduziert, ist eine Vernichtung alter Branchen und Kapitale (und entsprechende Gegenwehr) unvermeidlich. Es gibt keinen sanften Übergang. Die gewaltige Aufgabe, bis 2050 die Treibhausmission um 80 Prozent zu reduzieren, also die gesamte Wirtschaft binnen dreier Jahrzehnte vom über 250 Jahre alten fossilistischen Zeitalter in eine solare Zukunft zu katapultieren, wird nicht ohne Brüche und Krisen möglich sein.

Es ist außerdem zu erwarten, dass unter dem zeitlichen Druck die imperiale Absicherung der Aneignung von Öl und Ressourcen wesentliches Ziel der alten und neuen kapitalistischen Kernländer bleiben wird. Auch die ungleiche Verteilung der unvermeidlichen Folgen der Weltwirtschaftskrise wie insbesondere des Klimawandels auf die gesellschaftlichen Klassen und Gruppen spricht für eine Betonung von Sicherheitspolitiken aufseiten der Herrschenden. 2008 lebten schon über eine Milliarde Menschen in Slums. Mitte des Jahrhunderts wird es wahrscheinlich die Hälfte der Weltbevölkerung sein. „Niemand hat eine Ahnung,

wie sich ein Planet voller Slums mit wachsenden Ernährungs- und Energiekrisen an die zukünftigen Gegebenheiten anpassen soll“, noch wie diese Menschen reagieren werden (Davis 2008, 8). Davis geht denn auch eher von einer „selektiven Anpassung“ aus, die „den Erdenbewohnern der ersten Klasse auch weiterhin einen komfortablen Lebensstil ermöglicht“, in „grünen, streng eingezäunten Oasen des permanenten Überflusses auf einem ansonsten unwirtlichen Planeten“ (ebd., 7).

Der grüne Kapitalismus ist also nicht die Lösung der ökologischen Krise. Er stellt vielmehr ihre Bearbeitung im Sinne der Wiederherstellung von erweiterter kapitalistischer Akkumulation und Hegemonie unter Einbeziehung ökologischer Interessen dar – ein Elitenkonsens, garniert mit der Hoffnung der Subalternen auf neue Jobs und der Erwartung der Mittelschichten auf eine sichere und saubere Umwelt in ihren Ghettos.

Sozioökologische Konsequenzen

- Natur wird zur Ware, während nicht profitable Bedürfnisse unbefriedigt bleiben
- Erhöhtes Wachstum, mehr Jobs
- Erhöhter Ressourcenverbrauch
- Fortschreitende ökologische Zerstörung

Ökonomische Widersprüche

- Übergangskrise durch Entwertung von fossilistischem Kapital
- Ressourcenkämpfe und steigende Preise
- Finanzblasen im Sektor der grünen Technologien
- Einseitige Exportorientierung, globaler Wettbewerb, wachsende Ungleichgewichte
- Angesichts der Austeritätspolitik begrenzte Dynamik

Politische Konsequenzen

- Die Machtverhältnisse behindern die schnelle (ökologisch notwendige) Transition
- Die Klimaziele werden nicht erreicht
- Elitenkonsens, ökologische versus soziale Politiken, Autoritarismus

Führungskämpfe im Machtblock: Die Grünen versus CDU/CSU oder schwarz-grüner (Atom-)Konsens?

Es ist wohl keine Frage, ob es zu einer ökologischen Modernisierung kommt oder nicht, sondern welcher Art sie sein wird. Dies ist Teil der Führungskämpfe im Machtblock: Konzepte eines sozialliberalen Green New Deal, die soziale und ökologische Fragen zu verbinden suchen, konkurrieren mit Vorstellungen eines grünen Kapitalismus (Fücks 2013) bzw. eines Kapitalismus 3.0 (Barnes 2008), der nach der zeitweise erfolgreichen „sozialen Zivilisierung“ im 20. Jahrhundert nun die ökologische Zivilisierung zu vollziehen sucht. Es geht um die zukunftsfähige Form des Kapitalismus, seine Überwindung ist von gestern. In der Bundesrepublik bildet ein sozial-libertärer Green New Deal den programmatischen Kern eines rot-grünen Lagers – international vielleicht vergleichbar mit einer „blue-green alliance“. Der grüne Kapitalismus dagegen ist Gravitationspunkt eines schwarz-grünen Lagers, international den Green-Economy-Kräften verbunden. Die Linke ist in keinem dieser Lager vorgesehen. Beide verstehen sich als Antipoden zu einem business as usual neoliberaler Art. Die Grünen haben es (vorläufig) geschafft, sich als führend für beide Varianten einer ökologischen Erneuerung in der öffentlichen Debatte zu etablieren. Die CDU/CSU versucht sich sowohl als Hüterin stabilitätsorientierter, konservativer (lies: neoliberaler) Werte wie als Protagonistin einer maßvollen ökologischen Modernisierung. Grüne und CDU/CSU erklärten beide den Konflikt zwischen ihnen zum zentralen parteipolitischen Konflikt bis 2013, betrachteten sich als Hauptkonkurrenten. Nach der Wahl aber wurden die engen Überschneidungen in den strategischen Ansätzen beider Parteien deutlich. Die Situation ist von einem schwarz-grünen Post-Fukushima-Atomkonsens geprägt (Christoph Spehr) und der damit verbundenen Dynamik des Übergangs auf einen postnuklearen und postfossilen, grün-kapitalistischen Akkumulationspfad. Bislang bleibt die Bildung beider Projekte ökologischer Modernisierung blockiert. Die Grünen wurden bei den letzten Wahlen 2013 zurechtgestutzt, gerade deshalb auch, weil sie die für die Umsteuerung notwendige Umverteilung thematisierten. Die SPD begnügt sich mit einer Teilhabe an der Macht, will mit dem Superminister Gabriel die Energiewende wirtschaftsfreundlich „neu starten“, während die CDU sich weiterhin auf das Krisenmanagement konzentriert.

Projekt 3: Green New Deal

Doch was unterscheidet bei allen Gemeinsamkeiten einen sozial-libertären Green New Deal (GND) vom grünen Kapitalismus? Das GND-Projekt wurde unter anderem von der Green New Deal Group, einem Zusammenschluss von Publizisten, Partei- und NGO-Funktionären vorgeschlagen. Verfechter sind neben den europäischen Grünen-Parteien große NGOs wie der WWF, transnationale Netze von Umweltwissenschaftlern, die New Economics Foundation etc. (vgl. u.a. Green New Deal Group 2008; Überblick in Schachtschneider/Adler 2010). Der GND ist deutlich stärker als der kapitalgetriebene grüne Kapitalismus zivilgesellschaftlich getragen. Er trägt der Dramatik der ökologischen Krise deutlicher Rechnung. Ein GND schließt die soziale Komponente in sein Projekt systematisch ein. Die Rolle des Staats, die Ausweitung des Öffentlichen und Umverteilungspolitiken sind zentral. Die Integration von dezentralen, kommunalen Lösungen und Großtechnologien ist offen. Die Anrufung von Eigeninitiative wird mit dezentralen Energielösungen verbunden, in der jede und jeder mit alternativer Energieerzeugung zu Hause zum Energieproduzenten und -konsumenten werden kann. Im großen Netz aus zentralisierten und dezentralisierten Einheiten werden die Einzelnen zu Prosumenten und energetisch selbstbestimmt – so das Bild. Ein GND fördert den ökologischen Konsum (Bio-Lebensmittel, ökologischer Hausbau, umweltfreundlichere Autos etc.), zielt auf die Schaffung völlig neuer Infrastrukturen und den Umbau der Städte als Lebensraum.

Vor allem aber ist das Projekt stark verbunden mit einer Perspektive und der Produktion und Vermittlung von *Sinn*: Der Green New Deal greift Unsicherheiten, Bedürfnisse und Interessen auf, die neben Beschäftigung, wirtschaftlicher Entwicklung und Innovation von Bedeutung sind. Dazu gehören eine ökologischere Lebensweise und mehr demokratische Mitbestimmung ohne Verlust von Eigenverantwortung und bürgerlichen Freiheitsrechten. Betriebliche Demokratisierung spielt keine Rolle. Der GND bietet insgesamt das grundlegende Potenzial für einen neuen gesellschaftlichen Konsens und für eine Relegitimierung der Marktwirtschaft.

Allerdings ist ein solcher sozial-libertärer GND von zahlreichen Widersprüchen und Spannungen durchzogen. Ziele des GND sind Wachstums- und Exportförderung, was letztlich den Ressourcenverbrauch nicht begrenzt. Tatsächlich haben sich Verbrauch und Ausstoß von Emissionen trotz 30 Jahren Umwelt- und Klimapolitiken noch beschleunigt. Jede Steigerung der Ressourcen- und Umwelteffizienz wurde bislang noch vom Wachstum überkompensiert – nicht nur in China – der sogenannte Rebound-Effekt. Eine *konsequente* ökologische

Modernisierung ohne Änderung des Wachstumsmodells würde durch die komplette Erneuerung der Produktions- und Infrastrukturen nicht zuletzt auch zu industriellem Wachstum führen. Sollen bei einer Wachstumsrate von 2,5 Prozent jene Minderungsziele erfüllt werden, die beim Verbrauch von Rohstoffen und bei Emissionen als ökologisch erachteten werden – die Wissenschaft spricht, wie bereits angeführt, von Einsparung bis 2050 um 80 bis 90 Prozent gegenüber 1990 –, so wären die Verbräuche der Industriestaaten pro Einheit Sozialprodukt auf bis zu einem Siebenunddreißigstel zu senken. Optimisten wie Weizsäcker sprechen vom Faktor fünf – nicht 37.

Eine ökologische Transformation reduziert sich nicht auf eine technische Modernisierung, sondern berührt gesellschaftliche Ungleichheiten: klassenförmige Macht- und Herrschaftsverhältnisse, Geschlechter- und Produktionsverhältnisse sowie unsere konsumorientierte Lebensweise. Umweltpolitik selbst wirft immer wieder Gerechtigkeitsprobleme auf, da Folgen und Kosten sich ungleich verteilen, etwa bei Ökosteuern und Preisen. Wie bei jeder Dividende profitieren von der propagierten Nettodividende einer ökologischen Transformation vor allem bestimmte Gruppen und Klassen. Ausgeblendet wird, welche Branchen schrumpfen sollen, welche Bedürfnisse eingeschränkt werden und vor allem, wer betroffen ist. So bleibt ökologische Politik eine Ein-Punkt-Politik für gut situierte, urbane Mittelklassen. Die Berücksichtigung von Interessen der unteren Klassen oder von Beschäftigteninteressen bleibt nachrangig. Deshalb verwundert es nicht, dass die ökologische Bewegung seit 30 Jahren bei Gewerkschaften nur beschränkt als politischer Bündnispartner anerkannt wird, im Prekariat keine Rolle spielt.

3. Sozial-libertärer Green New Deal

- Verbindliche Mengenbegrenzungen und CO₂-Zertifikate
- Staatliche Regulierung durch Ge- und Verbote (wie das Vorreiterprinzip)
- Dezentralisierung und Rekommunalisierung
- Öffentliche Investitions- und Förderprogramme
- Finanztransaktionssteuer und Begrenzung des freien Kapitalverkehrs
- Stärkung von Binnenökonomie, insbesondere der Dienstleistungen
- Ausbau des Öffentlichen
- Arbeitszeitverkürzung
- Umverteilung, Industriepolitik und Ansätze für gerechte Übergänge
- Übergang zu ökosozialer Wachstumsökonomie
- Keine Infragestellung von Konsumismus und Erwerbsarbeitszentrierung

Akteure: sozial-libertärer keynesianischer Reformismus, der sich auf ökologisch orientiertes Industrie- und Dienstleistungskapital stützt, starke Spannungen im Machtblock

Fragen globaler sozialer Gerechtigkeit wurden über Jahre kaum adressiert oder sie wurden genutzt, um überzogenes Anspruchsdenken im Norden anzuprangern. Ein sozial-libertärer GND wäre von starken internen Spannungen und Zielkonflikten zwischen ökologischen und sozialen Zielen durchzogen.

Angesichts der bestehenden Kräfteverhältnisse setzen die Befürworter des GND vor allem auf Kompromisse mit (progressiven) Kapitalfraktionen oder auf die „Kreativität“ der Unternehmen. Es ist fraglich, ob eine Strategie der Zähmung und Einbindung des Kapitals durch eine ökologisch orientierte Fraktion der Mittelklasse ohne breites Mitte-unten-Bündnis Erfolg haben kann, zumal jede konsequente sozialökologische Transformation mit einer massiven Kapitalvernichtung einhergeht. Letzteres betrifft die mächtigsten Kapitalfraktionen: die fossilistischen Konzerne vom Öl bis zum Auto. Was dies für die gesellschaftlichen Auseinandersetzungen, Kräfteverhältnisse, Krisen bedeutet, wird kaum thematisiert (vgl. aber den Beitrag von Judith Dellheim in diesem Band). Wobei eben die fossilistischen Fraktionen nicht einheitlich sind, da vor allem die großen Energie-, Chemie- oder eben Autokonzerne selbst mit zu den größten Greentech-Investoren gehören. Eine kontrollierte Entwertung und Vernichtung des alten fixen Kapitals wird aber extrem schwierig. Industriepolitische Abfederung oder Konversionspolitiken werden bisher kaum entwickelt.

Sozioökologische Konsequenzen

- Die steigende Ressourcen- und Energieeffizienz wird durch steigendes Wachstum überkompensiert
- Fortschreitende ökologische Zerstörung
- Zielkonflikte zwischen Arbeitsplatzertand und Ökologie

Ökonomische Widersprüche

- Übergangskrise durch Entwertung von fossilistischem Kapital, kein Konzept für eine gerechte Konversion alter Industrien
- Konsistente ökologische Regulation und die Umverteilung führen zu sinkenden Profiten
- Grenzen des Reformismus und Etatismus
- Angesichts der institutionalisierten Austeritätspolitik begrenzte wirtschaftliche Dynamik

Politische Konsequenzen

- Widerstand fossilistischer und Finanzkapitalgruppen
- Kaum Initiativen für reale Partizipation, technokratische Politik
- Sozioökologische Protestbewegungen, prekärer Konsens

Eine Umwälzung der gesamten Produktionsstruktur, die Schaffung einer neuen produktiven Basis und die Veränderung der Konsummuster, der Struktur unserer Städte sowie der gesellschaftlichen Naturverhältnisse, ohne die kapitalistische Produktionsweise als solche anzutasten, reproduzieren deren Widersprüche, zum Beispiel die Gefahren einer grünen Finanzblase oder eben die Überkompensation der Ressourcen- und Energieeffizienz durch eine neue Welle der erweiterten Kapitalakkumulation.

Wahrscheinlichkeiten

Unabhängig davon, welchem politischen Lager es gelingt, unter seiner Führung andere Gruppen in eine Neuordnung des Machtblocks zu integrieren, kapitalgetrieben findet die Entwicklung zu einem grünen Kapitalismus bereits statt. In der Bundesrepublik bringen sich dabei gerade jene in Stellung, eine führende Rolle zu übernehmen, die bislang eine Energiewende mit Macht blockiert haben: die Oligopolisten der Stromversorgung und andere fossilistische Gruppen.

Noch gibt es weder einen stabilen grün-kapitalistischen Block noch den eines Green New Deal. Auch das ist nicht ungewöhnlich für Transformationen in der organischen Krise. Bestimmte Kapitalgruppen und politische Formationen gehen voran. Eine vorsichtige Analogie: Auch die fordistische Produktionsweise setzte sich in den 1920er Jahren in bestimmten Bereichen der Industrie und der Dienstleistungen durch, lange bevor eine entsprechende fordistische Lebens- und Regulationsweise verallgemeinert wurde. Nun entwickelt sich eine grün-kapitalistische Produktionsweise, ohne dass die Regulation, Lebens- und Konsumweise bereits ähnlich deutlichen Veränderungen unterworfen ist. Es mangelt noch an einer klaren politischen Führungsgruppe, vor allem international. Doch erst bei einem Entsprechungsverhältnis von Produktions- und Lebensweise ergibt sich auch ein funktionierender Kapitalkreislauf.

Vor dem Hintergrund der gegebenen gesellschaftlichen Kräfteverhältnisse und der institutionellen Vertiefung neoliberaler Haushalts- und Fiskalpolitik ist zurzeit die Durchsetzung eines sozialliberalen Green New Deal eher unwahrscheinlich – besser stehen die Chancen für die Fortentwicklung des grünen Kapitalismus. Die Green Economy war auch der zentrale Orientierungspunkt des Rio+20-Gipfels im Jahr 2012. Doch auch ein grüner Kapitalismus ist durch austeritätspolitische Blockaden in seiner Dynamik behindert. Ohne massive staatliche Investitionsprogramme wird auch eine konservative, durch die Energiekonzerne kontrollierte Energiewende nicht realisiert werden. Einen sanften

Übergang wird es nicht geben, schon aufgrund der Notwendigkeit der Schrumpfung der Produktion fossilistischer Kapitalgruppen nicht.

Perspektivisch kann es sich bei diesen parallel konkurrierenden Ansätzen und Strategien auch um eine Abfolge von Konjunkturen handeln, um einen Übergang vom autoritären Neoliberalismus in der Krise zur Akkumulationswelle eines grünen Kapitalismus, der erst durch einen sozial-libertären Green New Deal verallgemeinert wird und so seine volle ökonomische Dynamik entfalten kann, die aktive Zustimmung organisiert. Das muss aber nicht so kommen. Ein grün-autoritärer Kapitalismus, globale Konkurrenzen und gewaltsame Auseinandersetzungen sind mindestens ebenso wahrscheinlich.

Umso wichtiger ist es, von links eine eigene Position für ein „rotes Projekt eines sozialökologischen Umbaus“ zu formulieren oder dem grünen Kapitalismus Ideen für einen „grünen Sozialismus“ entgegenzustellen.

Projekt 4: Grüner Sozialismus

Gegen den grünen Kapitalismus positioniert sich der grüne Sozialismus. Nicht im Sinne der einfachen Negation, vielmehr als Kompass für sozialistische Interventionen in transformatorischer Perspektive. Es geht um die Formulierung einer eigenständigen Position in einem breiten Projekt der Mosaiklinken für eine sozialökologische Transformation. Dabei gilt es an die realen Widersprüche und Bedingungen anzuknüpfen, an die realen Kräfte und Bewegungen, die sich bereits an den unterschiedlichen Punkten engagieren und konkrete experimentelle Praxen entwickeln. Der Begriff des grünen Sozialismus versucht die unterschiedlichen Interessen und Bewegungen im Sinne „revolutionärer Realpolitik“ so zu verknüpfen, dass sie „durch alle ihre Teilbestrebungen in ihrer Gesamtheit über den Rahmen der bestehenden Ordnung“ hinausgehen (Luxemburg 1903/1979, 374). Kämpfe oder Einzelreformen müssen in den Zusammenhang einer grundlegenden gesellschaftlichen Umgestaltung gestellt werden, sonst droht den Kämpfenden letztlich eine noch verschärfte Unterordnung: Ihre vereinzelt Interessen werden kompromissförmig in den herrschenden Block integriert. Dabei werden alte sozialistische Problematiken wie Macht- und Eigentumsfragen, Umverteilung, Planung und Demokratie aktualisiert und mit neuen Problemstellungen verknüpft. Im Folgenden also der Versuch, wesentliche Elemente eines grünen Sozialismus zu benennen:

Umverteilung ist wesentliche Voraussetzung jeder linken Politik. Sie kommt in der grünen Ökonomie nicht vor, im Green New Deal spielt sie eine Nebenrolle,

die in Zeiten von Kürzungspolitik nicht ernst gemeint ist – „ehrlich machen“ nannte die Partei Bündnis 90/Die Grünen deren Relativierung. In der Krise wurden Banken und Konzerne auf Kosten der Allgemeinheit gerettet, doch die Schuldenkrise soll erneut von jenen beglichen werden, die am wenigsten dafür können. Aus neoliberaler Sicht muss der Schuldendienst an jene, eben noch vom Staat geretteten Finanzinstitutionen geleistet werden. Auch Sozialdemokraten und Grüne halten sich daran, um das „Vertrauen der Märkte“ zu sichern. Sie stimmten europaweit der Ratifizierung des Fiskalpaktes zu. Dies ist nicht nur eine neue Welle der Umverteilung von unten nach oben, sondern verschärft die Wirtschaftskrise, treibt ganze Länder in die Depression, ohne dass Schulden nachhaltig abgebaut werden könnten.

Über diese illegitimen Schulden wäre in demokratischen Konsultations- und Entscheidungsprozessen zu beraten, ein *Schuldentribunal* einzurichten, ähnlich wie in Ecuador 2010: Welche Schulden und in welcher Höhe sind zu bedienen? Wie viel soll für den Schuldendienst oder Investitionen frei bleiben und für welche? Dies ist kein Problem nur peripherer Staaten. Benötigen wir nicht generell einen Schuldenschnitt (nicht nur für Griechenland), einer Währungsreform vergleichbar? In Verbindung mit einer *gerechteren Steuerpolitik*, die Kapital und Vermögende wieder stärker zur Finanzierung des Öffentlichen heranzieht, also das gesellschaftliche Mehrprodukt wieder der Allgemeinheit zurückführt, könnte so Umverteilung gestoppt und umgekehrt könnten Spielräume für eine andere Politik überhaupt wieder eröffnet werden, auch für eine sozialökologische – dazu schweigen die Vertreter der grünen Ökonomie. Die Bereitschaft für eine solche Politik in der Bevölkerung gründet auf der Entlastung von erdrückenden (finanziellen) Existenznöten. An diesem Punkt treffen sich zahlreiche zivilgesellschaftliche Gruppen, wie die Europäische Kampagne für ein Schuldenaudit (Redaktion 2012) und linke Parteien wie Syriza und die Izquierda Unida, die im Rahmen der europäischen Krisenproteste für Schuldenaudits, Vermögensbesteuerung, Finanztransaktionssteuern, Bankenabgabe etc. streiten.

Zur Durchsetzung des Projekts einer sozialökologischen Transformation wäre eine *schrittweise Sozialisierung der Investitionsfunktion* notwendig – übrigens eine alte Position von Keynes: Denn wer entscheidet eigentlich über den Einsatz der Ressourcen in der Gesellschaft und darüber, welche Arbeiten gesellschaftlich notwendig sind? Der Markt als vermeintlich effizientester Allokationsmechanismus für Investitionen hat sich blamiert. Das neoliberale Kredit- und Finanzsystem sammelt zwar noch die vereinzelt (latent produktiven Geld-)Kapitale ein, es gelingt jedoch nicht mehr, sie in ausreichend produktive Investitionen zu lenken, geschweige denn in die ökologische Modernisierung oder den Ausbau der öffent-

lichen sozialen Infrastrukturen. Stattdessen produziert die Überakkumulation von Kapital Wellen spekulativer Blasen, gefolgt von Kapital- und Arbeitsplatzvernichtung, während immer größere Bereiche gesellschaftlicher Reproduktion (z.B. Erziehung und Ausbildung, Umwelt, Hungerbekämpfung, Infrastrukturen und öffentliche Dienstleistungen) unterfinanziert sind bzw. kaputt gespart werden. Die grüne Ökonomie setzt nichtsdestoweniger auf marktförmige Lösungen wie Zertifikatehandel.

Wenn weder die Märkte ihre Investitionsfunktion wahrnehmen noch demokratische Entscheidungen über die Richtung der Entwicklung getroffen werden können, muss auch die Investitionsfunktion stärker zur öffentlichen Aufgabe werden, etwa über die Vergesellschaftung von „systemrelevanten“ Banken, den Ausbau eines Netzes öffentlicher Banken und die breite Einführung partizipativer Haushalte auf allen Ebenen. Sozialisierung von und partizipative Entscheidung über Investitionen sind Voraussetzungen eines linken und sozialistischen Projekts der gesellschaftlichen *Umgestaltung*. Ohne sie lassen sich Verteilungspolitiken auch rasch wieder rückgängig machen. Es geht um strukturelle Veränderungen.

Beim ökologischen Umbau der Produktion und der Beschäftigungssicherung hat die private Wirtschaft versagt, insbesondere im Verkehrs- und Energiesektor. Jetzt ist sie dabei, dies nachzuholen, indem die ökologische Modernisierung innerhalb der maßlosen Verwertungs- und Wachstumslogik erfolgt. Der Natur wird ein Preisschild angeheftet, während nicht-profitable Bereiche vernachlässigt werden. Daher bedarf es einer sozialökologischen *Transformation der Produktions- und Lebensweise* insgesamt, nicht durch Inwertsetzung und damit Privatisierung von natürlichen Ressourcen, sondern durch Erhalt des allgemeinen und öffentlichen Charakters der natürlichen „commons“ und anderer grundlegender Reproduktionsbedingungen („public goods“) und den Ausbau kollektiver kostengünstiger, perspektivisch kostenloser öffentlicher Leistungen (z.B. Ausbau eines kostenloser ÖPV statt einfacher Stützung der Autokonzerne). Ein grüner Sozialismus stellt *das Öffentliche* in den Mittelpunkt, rekommunalisiert zentrale Infrastrukturen und garantiert demokratische Entscheidungen über den Umbau von Produktions- und Konsumweise. Mit dem Ausbau des kollektiven Konsums durch Stärkung sozialer und anderer Infrastrukturen sowie allgemeiner solidarischer Sicherungssysteme kann der auch in Teilen der gewerkschaftlichen Linken verbreiteten Fixierung auf Lohnerhöhung und stofflichen Warenkonsum entgegengearbeitet werden – ohne sich in Verzichtsdebatten zu verkämpfen. Mit einem solchen (nicht-warenförmigen) Ausbau des Öffentlichen werden zugleich Märkte und Privatisierung zurückgedrängt.

4. Sozialökologische Transformation/grüner Sozialismus

- Globale Stoff- und Ressourcenplanung und Vorgabe von Mengenbegrenzungen
- Wirtschaftsdemokratie und dezentrale partizipatorische Planung
- Dezentralisierung, Kommunalisierung, Deglobalisierung
- Unterschiedliche Formen der Vergesellschaftung
- Ausweitung des Öffentlichen (der sozialen Infrastrukturen)
- Globale Umverteilung, Industriepolitiken und gerechte Übergänge
- Sozialisierung der Investitionsfunktion (Keynes)
- Umverteilung der gesellschaftlichen und geschlechtlichen Teilung der Arbeit (vgl. die Vier-in-einem-Perspektive)
- Übergang zu einer grün-sozialistischen Reproduktionsökonomie jenseits des Wachstums

Akteure: Mosaiklinke (Einheit in der Differenz) bei starkem Widerstand von Kapital und alten Eliten

Die grüne Ökonomie hingegen favorisiert privat-kapitalistische technische Lösungen („techno fixes“) einschließlich großtechnischer Projekte wie Desertec, riesige Offshore-Windparks, monopolisierte transkontinentale Supergrid-Netze für den großräumigen Stromexport. Entsprechend stehen starke Kapitalfraktionen hinter einem grün-kapitalistischen Projekt. Dazu gehören die Oligopolisten der Stromversorgung und andere fossilistische Gruppen – zusammen mit Mega-Fonds wie Blackstone etwa bei Offshore-Windparks. Alle wollen ihren Anteil am wachsenden Multibillionen-US-Dollar-Weltmarkt für Greentec. Das dezentralisierende *Potenzial* der neuen Technologien wird konterkariert. „False solutions“ (falsche Lösungen) – so werden sie in den globalen Gegenbewegungen bezeichnet – produzieren eine Vielzahl sozialökologischer Konflikte. Hier berühren sich zahlreiche Bewegungen und lokale Initiativen mit linken Landes- und Kommunalpolitikern. Gegen eine von oben verordnete, konzerngetriebene Energiewende streiten sie für dezentrale und kommunale Lösungen: Rekommunalisierungen, Energiegenossenschaften, Bioenergiedörfer etc., um nur einige Beispiele zu nennen. Mit dem Begriff der Energiedemokratie versuchen in diesem Bereich unterschiedliche Bewegungen und Gruppen, auf eine gemeinsame Orientierungen hinzuarbeiten (Müller 2012 und die Beiträge des Schwerpunkts 1/2012 der Zeitschrift LuXemburg).

Die Reorientierung auf *reproduktive Bedürfnisse* wäre zentral für eine sozialökologische Transformation. Das hieße, unsere wachstumsorientierte kapitalistische Ökonomie in eine „*Reproduktionsökonomie*“ zu transformieren, die sich

Sozioökologische Konsequenzen

- Sozialökologische Konflikte innerhalb der Mosaiklinken, Zielkonflikte
- Kämpfe um neue Lebens- und Konsumtionsweisen
- Zeitdruck

Ökonomische Widersprüche

- Übergangskrise
- Fehlende Routinen in der Wirtschaftsdemokratie und partizipatorischen Planung
- Grenzen des Reformismus und Etatismus
- Konflikte zwischen Entwicklung neuer Bedürfnisse und Produktivkräfte und dem Zwang, die Ressourcen- und Energiekonsumtion nicht zu steigern, sondern mittelfristig zu senken

Politische Konsequenzen

- Ungünstige Kräfteverhältnisse, starker Widerstand von Kapital und alten Eliten
- Keine konstituierte Mosaiklinke, dauerhafte Spaltungen
- Eingeschränktes Interesse von wesentlichen Machtgruppen in der Sozialdemokratie, den Grünen oder Gewerkschaften

zu beschränken weiß und zugleich neuen Reichtum schafft. Es ginge darum, jene Bereiche *ins Zentrum* einer Transformation zu stellen, die gemeinhin unter einen (weiten) Begriff der Reproduktions- oder Sorgearbeiten fallen: das heißt Ausbau der bedürfnisorientierten sozialen Infrastrukturen öffentlicher Gesundheit, Pflege, Erziehung und Bildung, Forschung, soziale Dienste, Ernährung und Ernährungssouveränität und Schutz unserer natürlichen Umwelten. Denn das sind zentrale Bedürfnisse, bei denen alle seit Jahren Mangel beklagen. Es ist zentral, diese Bereiche öffentlich zu halten und nicht dem Markt preiszugeben. Und es sind die einzigen Bereiche, in denen die Beschäftigung in Industrieländern wächst. Dies wäre zugleich ein Beitrag zur Ökologisierung unserer Produktionsweise (da diese Arbeit mit Menschen selbst wenig Umweltzerstörung mit sich bringt), zur Bearbeitung der Krisen von Arbeit und Reproduktion als auch zur emanzipativen Gestaltung von Geschlechterverhältnissen durch den zentralen Blick auf reproduktive Funktionen. Ein grüner Sozialismus ist also feministisch. Wachstumskritische Bewegungen, feministische Politiken und Dienstleistungsgewerkschaften wie Verdi können an solchen Punkten zusammenkommen.

Diese Reorientierung auf reproduktive Bedürfnisse geht einher mit einer Orientierung auf Binnenmarkt und Binnenproduktion. Globale Produktionsketten

wurden überdehnt, führen zur Verschwendung von Ressourcen. Der Transport, einer der Hauptverursacher von CO₂-Emissionen, muss verringert und die Produktion ökologisch reorganisiert werden: kein „naiver Antiindustrialismus“ (Hans-Jürgen Urban), vielmehr eine *alternative Produktion*. Das E-Auto zur Fortschreibung der Exportstrategie deutscher Automobilkonzerne entspricht sicher keiner alternativen Produktion. Stattdessen wäre über die Konversion der betreffenden Unternehmen hin zu ökologisch orientierten Dienstleistern für öffentliche Mobilität nachzudenken, die von der Region ausgehend integrierte Mobilitätskonzepte realisieren (vgl. den Schwerpunkt Heft 3/2010 der Zeitschrift LuXemburg). Auf diese Art könnten die im Exportismus und Krisenkorporatismus fixierten Gewerkschaften wie die IG Metall eigenständige Perspektiven entwickeln, die sie nicht immer wieder in Gegensatz zu den anderen Teilen der Mosaikklücken bringen oder als Krisengewinnler gegenüber den europäischen Partnergewerkschaften positioniert. Eine solche Tendenz zu *Deglobalisierung* und Regionalisierung der Wirtschaft trägt gleichzeitig auch zum Abbau der Leistungsbilanzungleichgewichte und der Exportfixierung bei. Sie nimmt im globalen Süden den Druck zur Einschreibung in globale Produktionsketten, in extraktivistische Politiken und Rohstoffströme sowie eine imperiale Lebensweise, sie eröffnet Raum für eigenständige Entwicklung. Anstelle einer imperialen Politik des grünen Kapitalismus wäre die Transformation in Nord und Süd solidarisch zu verknüpfen. Ein konsequenter Technologietransfer von Nord nach Süd wäre zu ergänzen durch einen Erfahrungstransfer ökologischerer Lebensweisen von Süd nach Nord. Die Schonung natürlicher Ressourcen erfordert darüber hinaus die Entwicklung einer *globalen Stoff- und Ressourcenplanung*, die eine gerechte Verteilung sichert, den Verbrauch begrenzt, reproduktive Bedürfnisse stärkt.

Eine solche Reproduktionsökonomie bedeutet mittelfristig, dass sich Bedürfnisse und Ökonomie *qualitativ entwickeln, aber nicht mehr quantitativ bzw. stofflich wachsen*. Ein gerechter Übergang bedeutet kurzfristig, dass bestimmte Bereiche schrumpfen (etwa die industrielle Produktion stofflicher Waren), während andere zunächst wachsen (etwa die gesamte Care-Ökonomie), bei relativer Entkopplung vom stofflichen Wachstum. Ein solches *qualitatives Wachstum* ist übergangsweise nicht zuletzt aufgrund der Defizite in vielen Bereichen der Reproduktion notwendig – dies gilt vor allem für Länder des globalen Südens. Hier ist ein simpler Gegensatz von Wachstums- versus Postwachstumspositionen kontraproduktiv. Debatten um Buen Vivir (Gutes Leben) und sozialökologische Entwicklungsweisen weisen jenseits westlicher Lebensweisen im globalen Süden über Wachstums- und Modernisierungsvorstellungen hinaus. Auch dabei wäre es notwendig, falsche Gegensätze zu vermeiden: Nicht „Entwicklung“ an sich

ist das Problem, nicht die „moderne“ Zivilisation, sondern eine spezifische Form kapitalistischer (oder auch staatssozialistischer) herrschaftsförmiger Entwicklung und bestimmter gesellschaftlicher Naturverhältnisse. Hier muss eine politische Übersetzung der jeweiligen Erfahrungen erfolgen, dann bieten sich zahlreiche Verknüpfungsmöglichkeiten zwischen sozialökologischen und transformatorischen Kämpfen im globalen Süden und Norden.

Dringend bedarf es dabei der Entwicklung *gerechter Übergänge* („just transition“), die auch den von der Klimakrise am stärksten Betroffenen und den von steigenden Kosten (etwa der Energiewende) und dem Umbau (etwa dem Strukturwandel durch industrielle Konversion) bedrohten Beschäftigten, Gemeinden und Ländern eine Perspektive bieten. In diesem Sinne versuchen Just-transition-Initiativen Klimagerechtigkeits- und Arbeiterbewegung zusammenzubringen. Andernfalls werden immer wieder soziale gegen ökologische Interessen ausgespielt. Die Berücksichtigung von Interessen der unteren Klassen (Entprekariisierung, verbesserter Konsum) oder von Beschäftigteninteressen (mehr Jobs) bleibt sonst äußerlich. Versuchsweise könnten *Kriterien* für einen solchen gerechten Übergang zu einem grünen Sozialismus so formuliert werden: Alle zu treffenden Maßnahmen müssten daran gemessen werden, ob sie a) zur Reduzierung von Armut und Vulnerabilität führen, b) zur Senkung von CO₂-Emissionen beitragen, c) Einkommens- und andere Ungleichheiten verringern, d) Beschäftigung und Gute Arbeit befördern und e) demokratische Partizipation der Einzelnen und von lokalen Gemeinschaften befördern. Sicher kann die Liste der Kriterien beliebig fortgeführt werden. Für eine erste, interventionsfähige Methode zur quantitativen Beurteilung von Politik wären dies jedoch wesentliche Punkte. Ohne Umverteilung von oben nach unten und von privat zu öffentlich kann es keine Umgestaltung geben. Aber auch umgekehrt: Ohne sozialökologische Umgestaltung wird es keine wirkliche Verbesserung der Lage des Unten in der Gesellschaft über Almosen hinaus geben. Dies alles kann aber nicht elitär und autoritär erfolgen, sondern nur durch starke demokratische Partizipation. Zugleich bedarf es der globalen Solidarität (zum Zusammenhang dieser vier Momente einer „linken Erzählung“ vgl. Klein 2011).

Der Ausbau des Öffentlichen im Sinne einer vorsorgenden Wirtschaft muss zugleich eine radikale *Demokratisierung des Staates* sein. Weder der „wohlmeinend“ paternalistische und patriarchale fordistische Wohlfahrtsstaat noch der autoritäre Staatssozialismus, schon gar nicht ein neoliberaler Umbau von öffentlichen Diensten auf Wettbewerb und reine betriebswirtschaftliche Effizienz waren besonders emanzipativ. Ein linkes Staatsprojekt muss also die von den neuen (Demokratie-)Bewegungen geforderte Erweiterung von Partizipations-

möglichkeiten und Transparenz realisieren – und in sozialistischer Perspektive auf die Absorption des Staates in der Zivilgesellschaft hinarbeiten, wie es bei Gramsci heißt (vgl. beispielhaft Zelik 2014). Partizipation heißt nicht, seine Meinung äußern zu dürfen, sondern wirkliche Entscheidungen beeinflussen zu können. Das autoritär-neoliberale Krisenmanagement läuft in entgegengesetzter Richtung. Dieses Krisenmanagement blockiert sogar die Dynamik der grünen Ökonomie. Vielleicht werden auch die Vertreter eines grünen Kapitalismus sich entscheiden müssen: Für eine weitere Verschärfung der autoritären Wendung innerhalb des Neoliberalismus mit eingeschränkten Expansionsmöglichkeiten oder gar für eine sozial-libertäre Variante eines Green New Deal?

Die Notwendigkeit, schnelle strukturelle Veränderungen „unter Zeitdruck“ (Harald Schumann in Schumann/Urban 2011, 84 f.) herbeizuführen, macht Elemente partizipativer *Planungsprozesse*, „consultas populares“ und „peoples planning processes“, dezentraler demokratischer Räte erforderlich (regionale Räte waren in der Auseinandersetzung um die Krise in der Automobil- und Exportindustrien bereits in der Diskussion; vgl. IG Metall Esslingen 2009; Lötzer 2010; Candeias/Röttger 2009). Unabdingbar rasche Veränderungsprozesse wurden auch in der Vergangenheit mittels Planung vollbracht (z.B. in den USA in den 1930er und 1940er Jahren). Von der „Überlegenheit des sozialistischen Plans“ sprach selbst Joseph Schumpeter (1980, 310), der glühende Anhänger der von ihm selbst gefeierten „schöpferischen Zerstörung“ im Kapitalismus. In der Problematik schneller Übergänge verfügen sozialistische Positionen über ein starkes Argument – doch dieses Mal sollte es sich um partizipative Planung handeln (Williamson 2010). Nur so kann Vergesellschaftung im Wortsinn mit überkommenen Macht- und Eigentumsverhältnissen des Kapitalismus brechen, ohne in die Falle des autoritären Staatssozialismus zu geraten. Angesichts negativer Erfahrungen mit zentraler Planung können Experimente auf regionaler Ebene einen Einstieg ermöglichen. Die Demokratisierung und Dezentralisierung vorhandener überregionaler Planungsprozesse im Gesundheitssystem, bei Netzplanungen im Energie- und Bahnbereich, im Bildungswesen etc. können weitere Ansatzpunkte sein. Schwieriger ist es mit der globalen Stoff- und Ressourcenplanung – die gigantischen Planungsprozesse transnationaler Konzerne sind kaum unmittelbar demokratisierbar.

Die Repräsentations- und Legitimationskrise des politischen Systems hat viel damit zu tun, dass wesentliche Bedürfnisse der Bevölkerung nicht berücksichtigt werden, die Menschen selbst nicht mitwirken können. Daher geht es um die Neudefinition und Neuverteilung dessen, was wir als gesellschaftlich notwendige Arbeit verstehen (Vier-in-einem-Perspektive – vgl. dazu den Beitrag von Frigga

Haug in diesem Band) – nicht durch immer weitere Ausdehnung warenförmiger Lohnarbeit, sondern durch Verkürzung der Erwerbsarbeitszeit, Ausdehnung kollektiver, öffentlich finanzierter Arbeit, orientiert an der Reduktion von Stoff- und Energieverbrauch, an der Effizienz zum Beitrag menschlicher Entwicklung, dem Reichtum allseitiger Beziehungen, nicht an der Produktion von Mehrwert. Wofür wollen wir unsere gesellschaftlichen Ressourcen einsetzen, was halten wir für eine unverzichtbare Grundlage, die jeder und jedem kostenlos oder preisgünstig zur Verfügung gestellt werden sollte, gemeinschaftlich genutzt werden müsste etc. – darüber sollte möglichst alltagsnah gemeinsam debattiert und entschieden werden. Hier verbindet sich das Gefühl derer, die unten sind, die erfahren, dass fremd und gegen sie über sie verfügt wird, mit dem starken Bedürfnis nach Partizipation der solidarisch-libertären Mittelschichten. Hier treffen sich zum Beispiel die Bewegung gegen Stuttgart21 mit Occupy und der Bewegung der Empörten. Nicht nur ein bisschen grüne Bürgerbeteiligung, sondern „Real Democracy Now“.

Dabei geht es nicht nur um das Öffentliche des Staates, sondern auch um die *Demokratisierung der Wirtschaft*: Die Politik sollte sich aus der Wirtschaft weitgehend heraushalten, hieß es jahrelang. Doch die „Leistungen“ von Management und Shareholder-value-Konzepten in der Unternehmensführung sind angesichts von Kurzfristdenken, Finanzkrise, exorbitanten Managergehältern, Steuerhinterziehung, Pleiten und Massenentlassungen sowie wachsender ökologischer Zerstörung in Zweifel geraten. Auch die klassische betriebliche Mitbestimmung konnte dem Druck transnationaler Konkurrenz und finanzdominierter Kontrolle nicht ausreichend begegnen, geriet manchmal selbst in Verwicklungen von Kollaboration und Korruption. Es ist also Zeit für eine über die klassische Mitbestimmung hinausgehende Demokratisierung der Wirtschaft (vgl. den Schwerpunkt der Zeitschrift LuXemburg, Heft 3/2012), für eine echte Partizipation der Beschäftigten, Gewerkschaften, Bevölkerung, Konsumenten und anderer Stakeholder an Entscheidungen in Betrieben (und zwar entlang der gesamten, transnationalen Produktionskette). Denn Unsicherheit, Kurzfristigkeit und mangelnde Mitsprache blockieren Produktivität, Kreativität und Entwicklung der Einzelnen und damit der Gesellschaft. Sie erschweren die Konversion der Wirtschaft hin zu einer sozialökologischen Produktionsweise. Nur eine sozialistische Linke will mit der Wirtschaftsdemokratie die Demokratisierung aller gesellschaftlichen Bereiche voranbringen.

Entscheidend ist, dass alle genannten Elemente auf die Erweiterung der gemeinsamen Handlungsfähigkeit ausgerichtet sind, die Einzelnen befähigen, Protagonisten ihrer eigenen Geschichte zu werden. Denn es ist „Sache eines jeden von uns, das Divergierende zu einer Einheit zu bringen“ (Weiss 1983, 204).

Table 1: Szenarien grüner Transformation – Widerstrebende Strategien im Vergleich

<p><i>Autoritärer Neoliberalismus</i></p> <ul style="list-style-type: none"> - kurzfristiges Krisenmanagement mit dem Ziel der Bewahrung der grundlegenden Strukturen - intensivierte Austeritätspolitik - autoritäre Politiken und Repression von Protest - symbolische soziale und ökologische Modifikationen - Fortsetzung der fossilistischen Produktions- und Lebensweise - Primat marktformiger Regulation - sinkende Wachstums- und Investitionsraten - starke Krisentendenzen <p><i>Akture:</i> alter Machtblock, getragen durch Finanz- und fossilistischste Kapitalfraktionen, bestrebt, unter Bedingungen wachsender Desintegrationen einen passiven Konsens aufrechtzuerhalten</p>	<p><i>Grüner Kapitalismus</i></p> <ul style="list-style-type: none"> - verbindliche Vereinbarungen - marktformige Regulierung und Inwertsetzung - (groß-)technologische Lösungen wie CCS, Desertec und „xtreme energy“ - begrenzte Finanzmarktregulierung, neue Finanzinstrumente - öffentliche Investitions- und Förderprogramme - keine Umverteilung nach unten, „Bastard“-Keynesianismus - Übergang zu öko-kapitalistischer Produktions- und Lebensweise <p><i>Akture:</i> ökokapitalistischer Elitenkonsens mit subalternen Integration der Beherrschten (wie Grüne und Gewerkschaften), Spannungen mit dem fossilistischen Kapital</p>	<p><i>Sozial-libertärer Green New Deal</i></p> <ul style="list-style-type: none"> - verbindliche Mengenbegrenzungen und CO₂-Zertifikate - staatliche Regulierung und Dezentralisierung - Rekommunalisierung - öffentliche Investitions- und Förderprogramme - Finanztransaktionssteuer und Begrenzung des freien Kapitalverkehrs - Stärkung von Binnenökonomie, insbesondere der Dienstleistungen - Ausbau des Öffentlichen - Arbeitszeitverkürzung - Umverteilung, Industriepolitik, Übergang zu ökosozialer Wachstumsökonomie - keine Infragestellung von Konsumismus und Erwerbsarbeitszentrierung - gegenwärtig ökonomisch und politisch blockiert <p><i>Akture:</i> sozial-libertärer keynesianischer Reformismus, grünes und binnewirtschaftlich orientiertes Kapital, starke Spannungen im Machtblock</p>	<p><i>Sozialökologische Transformation/grüner Sozialismus</i></p> <ul style="list-style-type: none"> - Wirtschaftsdemokratie - Stoff- und Ressourcenplanung und Vorgabe von Mengenbegrenzungen - Dezentralisierung, Kommunalisierung, Deglobalisierung - Primat des Öffentlichen und Sicherung von individueller Sicherheit und Freiheit - Sozialisierung der Investitionsfunktion - globale Umverteilung, Industriepolitiken und gerechte Übergänge - Vier-in-einem-Perspektive - Übergang zu einer grün-sozialistischen Reproduktionsökonomie - gegenwärtig nur eine Strategie der politischen Intervention <p><i>Akture:</i> Mosaiklinke (Einheit in der Differenz) bei starkem Widerstand von Kapital und alten Eliten</p>
--	--	--	---

Literatur

- Barnes, Peter (2008). *Kapitalismus 3.0. Ein Leitfaden zur Wiederaneignung der Gemeinschaftsgüter*, Hamburg: VSA
- Candeias, Mario (2009). *Geschichte und Strategien – der Rat für radikale Realpolitik*, abrufbar unter: www.rosalux.de/index.php?id=19808
- Candeias, Mario/Röttger, Bernd (2009). *Ausgebremste Erneuerung? Gewerkschaftspolitische Perspektiven in der Krise*, in: *Argument*, (284), 894–904
- Davis, Mike (2008). *Wer wird die Arche bauen? Das Gebot zur Utopie im Zeitalter der Katastrophen*, in: *Telepolis*, abrufbar unter: www.heise.de/tp/r4/artikel/29/29329/!.html
- Demirović, Alex (1992). *Regulation und Hegemonie. Intellektuelle Wissenspraktiken und Akkumulation*, in: Demirović, Alex/Krebs, Hans-Peter/Sablowski, Thomas (Hrsg.): *Hegemonie und Staat: kapitalistische Regulation als Projekt und Prozess*, Münster: Westfälisches Dampfboot, 128–157
- Demirović, Alex/Dück, Julia/Becker, Florian/Bader, Pauline (Hrsg.) (2011). *Vielfachkrise. Im finanzmarktdominierten Kapitalismus*, Hamburg: VSA
- Fücks, Ralf (2013). *Öko-Biedermeier vs. Ökologische Moderne: Die grüne Revolution*, in: *Blätter für deutsche und internationale Politik*, (8), 57–65
- Gramsci, Antonio (1991a). *Gefängnishefte. Kritische Gesamtausgabe*, Bd. 1, Heft 1, Hamburg: Argument
- (1991b). *Gefängnishefte. Kritische Gesamtausgabe*, Bd. 2, Heft 2–3, Hamburg: Argument
- Green New Deal Group (2008). *A Green New Deal. Joined-up policies to solve the triple crunch of the credit crisis, climate change and high oil prices*, London: new economics foundation, abrufbar unter: www.neweconomics.org/page/-/files/A_Green_New_Deal.pdf
- Harvey, David (2005). *Der neue Imperialismus*, Hamburg: VSA
- IG Metall Esslingen (2009). *Treuhandfonds für die Region*, Esslingen: IG Metall
- IMU Institut (2011). *Greentech im Maschinen- und Anlagenbau Baden-Württembergs*, Stuttgart: IMU Institut
- Institut für Gesellschaftsanalyse (2009). *Die gesellschaftliche Linke in den gegenwärtigen Krisen*, abrufbar unter: www.rosalux.de/fileadmin/rls_uploads/pdfs/kontrovers_02-09.pdf
- Klein, Dieter (2011). *Das Viereck – Nachdenken über eine zeitgemäße Erzählung der Linken*, hrsg. von der Rosa-Luxemburg-Stiftung, Standpunkte, (34), Berlin
- (2013). *Das Morgen tanzt im Heute. Transformation im Kapitalismus und über ihn hinaus*, Hamburg: VSA
- Lipietz, Alain (1998). *Nach dem Ende des „Goldenen Zeitalters“. Regulation und Transformation kapitalistischer Gesellschaften. Ausgewählte Schriften*, Berlin: Argument
- Lötzer, Ulla (2010). *Industriepolitische Offensive – Konversion, Zukunftsfonds, Wirtschaftsdemokratie*, in: *LuXemburg*, (3), 86–93

- Luxemburg, Rosa (1903/1979). Karl Marx, in: dies.: Gesammelte Werke, Bd. 1.2, Berlin: Dietz, 369–377
- Marx, Karl/Engels, Friedrich (1848/1977). Manifest der Kommunistischen Partei, in: MEW, Bd. 4, Berlin: Dietz, 459–493
- (1974). Die deutsche Ideologie [1845/46], in: MEW, Bd. 3, Berlin: Dietz, 9–530
- Miegel, Meinhard (2010). Exit. Wohlstand ohne Wachstum, Berlin: Propyläen
- Müller, Tazio (2012). Von Energiekämpfen, Energiewenden und Energiedemokratie, in: LuXemburg, (1), 6–15
- Redaktion LuXemburg (2012). Griechische Kampagne zum Schuldenaudit, in: LuXemburg, (2), 34–35
- Schachtschneider, Ulrich/Adler, Frank (2010). Green New Deal, Suffizienz oder Ökosozialismus? Konzepte für gesellschaftliche Wege aus der Ökokrise, München: Oekom
- Schumann, Harald/Urban, Hans-Jürgen (2011). Gespräch über Konversion und Mosaiklinke, in: LuXemburg, (1), 84–89
- Schumpeter, Joseph Alois (1980). Kapitalismus, Sozialismus und Demokratie [1942], 5. Aufl., München: Francke
- Weiss, Peter (1983). Die Ästhetik des Widerstands, Frankfurt am Main: Suhrkamp
- Williamson, Thad (2010). Democratic Social Planning and Worker Control, in: LuXemburg, abrufbar unter: www.zeitschrift-luxemburg.de/thad-williamson-democratic-social-planning-and-worker-control/
- Zeitschrift Luxemburg (2010). Auto. Mobil. Krise, (3)
- (2012). Energiekämpfe, (1)
- (2012). Den Betrieb übernehmen, (3)
- Zelik, Raul (2014). Sozialdemokratie unter radikalen Vorzeichen: Südamerikas „Sozialismus des 21. Jahrhunderts“, in: Brie, Michael (Hrsg.): „Wenn das Alter stirbt ...“ Die organische Krise des Finanzmarktkapitalismus. Zweite Transformationskonferenz der Rosa-Luxemburg-Stiftung, hrsg. von der Rosa-Luxemburg-Stiftung, Manuskripte – Neue Folge 8. Berlin, 190–197

Politisierung und Dynamik

Judith Dellheim

Kapitaloligarchien und Transformation Zur Entwicklung der Europäischen Union

Seit Beginn der globalen Finanz- und Wirtschaftskrise spitzen sich die politischen Debatten über anstehende Gesellschaftstransformationen zu. UN-Konferenzen und G20-Treffen stellten die Frage in den Mittelpunkt. Euro-Krisengipfel und demokratische Proteste gegen die herrschende Krisenpolitik setzten sich damit auseinander. Sehr verschiedene politische Kräfte und Interessen, gesellschaftspolitische Konzeptionen und theoretische Schulen prallen aufeinander, teilweise erbitterte Hegemoniekämpfe finden statt. Sie beginnen mit der Auseinandersetzung um die Verteilung der Krisenlasten, gehen um die Zukunft der globalen Finanzarchitektur und der Europäischen Union und führen hin zur Transformation, die ins Auge zu fassen ist.

„Gesellschaftstransformationen“ werden hier – im Unterschied zu Veränderungen, verschiedenen Umbau-Projekten und Transitionsvorschlägen – als tiefgreifende Wandlungen gesehen, in denen die gesellschaftliche Produktion und Reproduktion und der gesellschaftliche Alltag auf neuer Grundlage reorganisiert werden. Die Akteure, ihre Verhältnisse untereinander und ihre Stoffwechselprozesse mit der Natur verändern sich so gravierend, dass auch gesellschaftlicher und individueller Alltag, Leben in den Familien, Geschlechterverhältnisse strukturell verändert werden (vgl. Wolf 2008). „Neue Grundlage“ meint, dass eine gesellschaftliche Entwicklung eingeleitet wird, die ein neues Ziel verfolgt und die zunehmend in veränderter Art und Weise verläuft. Dabei können soziale Ungleichheiten, Spaltungen, Hierarchien und Antagonismen reproduziert oder aber strukturell zurückgedrängt und letztendlich überwunden werden.

Wer sich für eine sozialökologische Transformation engagiert, die sich an der Vision einer Gesellschaft der Freien und Gleichen, der solidarisch und ökologisch Handelnden orientiert, weiß sich in struktureller gesellschaftspolitischer Defensive. Das spricht sowohl gegen einfache und abstrakte Antworten als auch gegen die Hinnahme des scheinbar Unlösbaren bzw. die Beschränkung auf das kurzfristig Lösbare. Drei Fragen stellen sich: (1) Welche Kräfte können bisher den Beginn sozialökologischer Transformation immer wieder verstellen? (2) Warum

vermögen sie es, einen gesellschaftlichen Konsens zu erneuern, der die Zerstörung menschlicher Lebensbedingungen und fortwährende Gewalt gegen Menschen einschließt? (3) Was heißt das für jene, die hier und heute, im EU-Mitgliedstaat Deutschland um den Einstieg in eine sozialökologische Transformation ringen? Welche Alternativen gibt es?

Oligarchien und Kapitaloligarchien

Bis zum Ausbruch der jüngsten globalen Finanzkrise wurden im wissenschaftlichen und politischen Mainstream Oligarchien im Allgemeinen mit enormem Reichtum und Eigentum an Naturressourcen, vor allem an Erdöl und Erdgas im arabischen Raum, in Nordafrika und in Lateinamerika verknüpft. Fokussiert wurde auf die Macht einer kleinen feudalen Personengruppe, deren Mitglieder meist persönlich voneinander abhängig sind, auf den internationalen Märkten Preise diktieren und über ihre Gesellschaften herrschen (Bertelsmann-Stiftung 2003), gesellschaftliches Leben kontrollieren, Willkür walten lassen, manipulieren und spekulieren. Seit 2007/2008 werden nun zunehmend „Finanzoligarchen“, so an der Wall Street, thematisiert (vgl. etwa Gloger 2009). In der Finanzkrise wurde deutlich, in welchem Maße kleine Gruppen von Entscheidungsträgern in Finanzfonds, Banken und der Politik über das Schicksal selbst der größten und mächtigsten Staaten entscheiden. Ein Beispiel dafür ist die sogenannte Euro-Krise. Sie brach aus, nachdem die US-amerikanischen Ratingagenturen Standard&Poor's, Moody's und Fitch (in der öffentlichen Diskussion vielfach „Big 3“ genannt) konkreten Staatsanleihen jede Sicherheit als Geldanlagen absprachen. Das begann mit den griechischen Anleihen, kurz nachdem die Medien von Öl- und Gasvorkommen vor der Landesküste berichteten und nachdem eine wachsende Bedeutung des Euro als Reservewährung ausgemacht wurde. Hinter der „modernen Oligarchiefrage“ bzw. der Kapitaloligarchie-Problematik stehen also die realen Spannungsverhältnisse zwischen den gegenwärtigen kapitalistischen Formen unpersönlicher Herrschaft und der Macht einer kleinen Akteursgruppe, die über die gesellschaftliche Entwicklung bestimmen kann.

Einer der wichtigsten Vertreter der Oligarchiekritik ist Jeffrey A. Winters. Er will die gesellschaftlichen Ursachen für Oligarchien und Wege ihrer Überwindung aufzeigen. Die Oligarchietheorie erklärt seiner Ansicht nach, warum Einkommens- und Vermögensunterschiede wachsen und zu politischen und sozialen Unterschieden werden. „*Oligarchie* bezieht sich auf die Verteidigung des Reichtums durch materiell privilegierte Akteure [...]. Oligarchie beschreibt,

wie diese Verteidigung erfolgt – ein Prozess, der hochgradig variiert über die politischen Kontexte und historischen Perioden hinweg“ (Winters 2011a, 7).

Winters' Definition fokussiert „auf die Macht von Akteuren, die *politisch* materielle Ressourcen mit wichtigen ökonomischen Wirkungen einsetzen“ (ebd., 9). Er wirft die Frage danach auf, wer die gesellschaftliche Entwicklung diktiert, welche Bündnisse dabei geschlossen werden und wie große Mehrheiten dazu gebracht werden, für die Mehrung des Einkommens, Vermögens, Eigentums und der Macht einer kleinen Gruppe der Gesellschaft zu wirken. Winters sieht den Unterschied seiner Position zu Marx darin, dass dieser „auf die Macht der Akteure, materielle Ressourcen *ökonomisch* mit wichtigen sozialen und politischen Wirkungen einzusetzen, fokussiert“ (ebd.). Marx, der sich auf die Analyse der kapitalistischen Produktionsweise konzentriert habe, habe Fragen der komplexen Machtausübung und Konflikte in der Gesellschaft wie der Kohärenz und Fragmentierung unter den Kapitalisten eher vernachlässigt. Winters hingegen will das theoretische Erbe von Marx und Weber zusammenführen (ebd., 10).

In einer solchen „ökonomischen“ Lesart wird das Erbe Marx' aber nur sehr eingengt rezipiert. Marx war dezidiert Politökonom, hat Wirtschaft und Politik in ihrer Einheit analysiert. Winters negiert zudem den „inhärenten Konflikt zwischen Demokratie und Oligarchie [...]. Oligarchie ist ein materielles Projekt, keine Herrschaftsmethode oder Regierungssystem“ (ebd., 281). Er identifiziert Demokratie mit repräsentativer Demokratie und mit Verwaltung der Angelegenheiten und Beziehungen unter sozial Ungleichen (vgl. auch Winters 2011b).

Marx hatte sich insbesondere in den 70er Jahren des 19. Jahrhunderts mit jenen Strukturen und Akteuren auseinandergesetzt, die Kapitaloligarchien begründen. Das war keineswegs ausschließlich wissenschaftliche Weitsicht, denn 1870 wurde das Konzessionssystem für Aktiengesellschaften abgeschafft und das Normativsystem eingeführt.¹ Die Gesetzesänderung begünstigte eine Gründungswelle derartiger Aktiengesellschaften. Marx konstatiert: „Ungeheure Ausdehnung der Stufenleiter der Produktion und Unternehmungen, die für Einzelkapitale unmöglich waren. Solche Unternehmungen, die früher Regierungsunternehmungen waren, werden gesellschaftliche“ (Marx 1973, 452). Die Entwicklung der Produktivkräfte hatte in den damaligen Zentren der kapitalistischen Pro-

1 Damit bedurfte es nur noch der amtlichen Eintragung einer Aktiengesellschaft in das Handelsregister. Diese war zwar an konkrete Bedingungen gebunden, aber setzte das wesentlich kompliziertere Zulassungs- bzw. Genehmigungsverfahren für Aktiengesellschaften außer Kraft. Damit wurden Gründungen wesentlich erleichtert und staatliche Aufsicht relevant eingeschränkt.

duktionsweise ein Niveau erreicht, auf dem die Eigentümer der Einzelkapitale nicht mehr in der Lage waren, das für neue Vorhaben erforderliche Kapitalminimum zu mobilisieren. Mit der Aktiengesellschaft wurde der fungierende Kapitalist zu einem „bloßen Dirigenten, Verwalter fremden Kapitals“ und der einzelne Eigentümer fremden Kapitals wurde zu einem „bloßen Eigentümer, bloßen Geldkapitalisten“ (ebd.). Beide erhalten für das „Dirigieren“ bzw. für den Geldeinsatz Dividenden in Form von Unternehmergewinn und Zins – Resultate von realisierten durch Andere erbrachten Arbeitsergebnissen, die diese Anderen aufgrund ihrer untergeordneten Stellung im gesellschaftlichen Arbeitsprozess nicht vergütet bekommen.

Die dynamische Kooperation der Dividendenbezieher bei der Schaffung der neuen groß dimensionierten Unternehmungen hat de facto gemeinsames Kapital – „Gesellschaftskapital“, „Kapital direkt assoziierter Individuen“ (ebd.) – hervorgebracht. Die Organisation der produktiven Arbeit wurde zunehmend zur Lohnarbeit von Managern. In diesem Prozess wandelten sich die Akteure, Dimensionen und Bedingungen einer Kapitalakkumulation, die Lebens- und Konsumweisen änderten sich. Ende des 19. Jahrhunderts wurde industriebedingte Klimaerwärmung festgestellt und wissenschaftlich diskutiert. Profitmaximierende Kapitalakkumulation, Raubbau der Natur und Kolonialpolitik begründeten den Drang nach neuer Landnahme (Luxemburg) und damit Rüstung und Krieg.

Diese Prozesse und Zustände wurden vor dem Ersten Weltkrieg insbesondere von Luxemburg, Lenin und Hilferding analysiert. Sie setzten bei den Ausführungen von Marx zur Aktiengesellschaft an. „Ich nenne das Bankkapital, also Kapital in Geldform, das [...] in Wirklichkeit in industrielles Kapital verwandelt ist, das Finanzkapital [...]. Ein immer größerer Teil des in der Industrie verwendeten Kapitals ist Finanzkapital, Kapital in der Verfügung der Banken und in der Verwendung der Industriellen“ (Hilferding 1947, 305 f.). Mit der zunehmenden Konzentration des Eigentums würden die „Besitzer des fiktiven Kapitals, das die Macht über die Banken, und desjenigen, das die Macht über die Industrie gibt, immer mehr identisch [...]. Dies umso mehr, als [...] die Großbank immer mehr auch die Verfügungsgewalt über das fiktive Kapital gewinnt“ (ebd., 306). Dies erfolgt und findet besonderen Ausdruck in der „Personalunion“ (ebd.; Lenin 1960, 304) der Manager des Finanz- und Industriekapitals. So sei „das Finanzkapital in seiner Vollendung“ gleichbedeutend mit der „Konzentration der ökonomischen Macht in den Händen weniger Kapitalmagnaten oder Magnatenvereinigungen und [...] deren Herrschaft über die Staatsmacht“ (Hilferding 1947, 518). Das „bedeutet die höchste Stufe ökonomischer und politischer Machtvollkommenheit in der Hand der Kapitaloligarchie“ (ebd.). Die Kapitaloligarchie war zu dieser

Zeit konkret auszumachen, ihre Angehörigen waren namentlich bestimmbar. Anders als von Hilferding behauptet, zeigen konkrete Analysen, dass es in diesem Prozess eher zur Verflechtung zwischen derartigen „Magnaten“ und staatlichen Akteuren kam als zur bloßen Unterordnung der Staatsmacht unter diese. Beide sind wechselseitig aufeinander angewiesen und haben je eigene Funktionen.

Wird also Marx und dann Lenin wie Hilferding kritisch gefolgt, kann das Finanzkapital als ein spezifisches Wechselverhältnis zwischen dem Kapitaleigentümer, der zinstragendes Kapital mobilisiert und dem Kapitaleigentümer, der gesellschaftliche (Mehr-)Arbeit in der gesellschaftlichen Warenproduktion organisiert, verstanden werden. Die wirtschaftlichen Unternehmungen haben eine derartige Dimension erlangt, dass sie nur in dieser dynamischen Kooperation betrieben werden können. Das erforderliche Kapitalminimum kann nur gemeinsam aufgebracht und verwertet werden. Es ist eine neue Funktionsteilung in der vergesellschafteten Kapitalakkumulation, in der sich die Kapitaleigentümer-Kooperationspartner ohne Äquivalent Arbeitsergebnisse von Dritten aneignen, über diese Macht ausüben. Diese Dritten arbeiten sowohl in der Finanzsphäre als auch vor allem in der gesellschaftlichen Warenproduktion, die letztendlich Energie und stoffliche Ergebnisse produziert. Die konkurrierenden Kapitaleigentümer-Kooperationspartner können die Organisation des zinstragenden Kapitals bzw. der gesellschaftlichen (Mehr-)Arbeit in der Finanzsphäre und in der Produktion auch auf Manager delegieren, diese sogar zu ihren Teilhabern machen. Ihre Kooperation muss auch nicht unbedingt über eine Bank/ein Finanzinstitut einerseits und einen Produktionsbetrieb andererseits erfolgen. Sie kann auch als Funktionsteilung innerhalb eines transnationalen Konzerns mit eigenem Finanzinstitut erfolgen. Zwischen den Partnern wird es immer, ganz unabhängig von der spezifischen Form ihrer Kooperation, Interessenwidersprüche geben. Entscheidend ist, dass (1) hochkonzentriertes, hochzentrales Kapital bzw. Finanzkapital² in Kooperation von Kapitaleigentümern/Kapitalfunktionären mit gemeinsamen und unterschiedlichen Interessen akkumuliert wird, (2) die einen fortwährend zinstragendes Kapital und dabei (Mehr-)Arbeit in der Finanzsphäre und die anderen in der Produktion zu erbringende (Mehr-)Arbeit organisieren und Arbeitsergebnisse aneignen und (3) dass sich Kooperationspartner die Profite – keineswegs konfliktfrei – teilen. Die Konflikte können selbst als „zwei Seelen in einer Brust“ im Denken und Handeln von Individuen wirken.

2 Schwer verständlich ist, wieso Lapavitsas das Finanzkapital als etwas Vergangenes versteht (Lapavitsas 2013, 48–49).

Da die zu organisierenden Unternehmungen so komplex und umfassend sind, sind sie auf die Kooperation mit staatlichen Akteuren bzw. mit dem Staat angewiesen. Auch hierbei treten unentwegt Interessenwidersprüche auf, aber die Akkumulation von Finanzkapital im großen Stil ist ohne diese Kooperation nicht realisierbar. Oft sind es suprastaatliche Institutionen, nicht zuletzt der EU, die als Partner des modernen Finanzkapitals auftreten.

Das dynamische Kooperationsverhältnis zwischen dem jeweils widersprüchlich mit dem Staat verknüpften, zinstragendes Kapital/(Mehr-)Arbeit in der Finanzsphäre organisierenden Kapitaleigentümer/Manager und dem in der gesellschaftlichen Warenproduktion (Mehr-)Arbeit organisierenden Kapitaleigentümer/Manager ist eine Symbiose. Sie liegt jeder Kapitaloligarchie zugrunde und ist auf die Kooperation mit anderen gesellschaftlichen Herrschaftsgruppen angewiesen. Von Kapitaloligarchien soll gesprochen werden, wenn sich gesellschaftliche Gruppen bilden, deren Kern das Finanzkapital bildet, die aber zugleich Funktionäre „der Politik“, „der Verwaltung“, „des Militärs“, „der Kultur und Wissenschaft“, „der Medien“, „des Rechts“, „der Beratung und Buchführung“ und „der Zivilgesellschaft“ umfassen, die für das Funktionieren des Finanzkapitals von zentraler Bedeutung sind. Durch technisch-technologische Innovationen, veränderte Unternehmensstrategien, politische Reformen, Gesetzesänderungen und neue Gesetze, internationale und transnationale Vereinbarungen, Verschiebung weltwirtschaftlicher und politischer Konstellationen, Krisen und Kriege sind die Verhältnisse zwischen den verschiedenen Gruppen der Kapitaloligarchien im ständigen Fluss. Im modernen Kapitalismus bestimmen diese Kapitaloligarchien die Richtung der gesellschaftlichen Entwicklung und die Art und Weise, in der diese verläuft. Sie diktieren den anderen Lebens- und Arbeitsbedingungen, nötigen der Gesellschaft ständig einen Tribut ab, verteilen mit ihrer Kapitalakkumulation Ressourcen, Eigentum, Vermögen und Einkommen um. Ökonomie und Politik sind untrennbar. Es sind die US-amerikanischen Kapitaloligarchien, die seit dem Zweiten Weltkrieg die globale Entwicklung wesentlich geprägt haben und bis heute prägen.

Transformation von US-amerikanischen Kapitaloligarchien und US-amerikanischer Gesellschaft

Der US-amerikanische Gesandte George F. Kennan schrieb 1946 in seinem berühmten langen Telegramm an das Finanzministerium in Washington: „Wir haben mehr als 50 Prozent des Reichtums der Welt, aber nur 6 Prozent ihrer

Bevölkerung.³ Diese Disparität ist vor allem zwischen uns und [...] Asien besonders gewaltig [...]. Unsere Aufgabe in der kommenden Periode besteht darin, eine Struktur von Verhältnissen auszuhecken, die es uns ermöglicht, diese [...] Disparität ohne zunehmende Beeinträchtigung unserer nationalen Sicherheit aufrecht zu halten“ (Kennan, hier zitiert nach Bhagwat 2010). Dieser Imperativ spiegelt eine mit dem Zweiten Weltkrieg erfolgte Neugruppierung der Machteliten wider, die in Eisenhowers viel zitierten Worten vom Januar 1961 einen kulminierten Ausdruck fand: „Wir in den Regierungsräten müssen uns vor dem unbefugten Einfluss – beabsichtigt oder unbeabsichtigt – durch den militärisch-industriellen Komplex schützen. Das Potenzial für die katastrophale Zunahme fehlgeleiteter Kräfte ist vorhanden und es wird fortbestehen“ (Eisenhower 1961).

Hinter beiden Zitaten steht eine Entwicklung, die entscheidend mit dem staatlich koordinierten und finanzierten Aufbau großer Forschungs-, Entwicklungs- und Produktionskapazitäten für die Kriegführung verbunden war. Das Militärische war tief im gesellschaftlichen Leben und seiner Wirtschaftssphäre verankert. Die Löhne und Einkommen weiter Teile der Bevölkerung hingen davon ab (Reich 2008, 63). Der militärisch-industrielle Komplex (MIK) konnte sich auf breite gesellschaftliche Akzeptanz bzw. Zustimmung stützen.

Der MIK ist zunächst mit drei Wirtschaftsbereichen verknüpft, die das wirtschaftliche und gesellschaftliche Leben in den USA prägen: (1) die Energiewirtschaft, insbesondere die Erdöl- und Erdgasindustrie sowie die Nuklear- und Kohlewirtschaft mit ihren Produzenten, Dienstleistern und Kunden; (2) die Transportwirtschaft, vor allem die Automobil- und Luftfahrtindustrie sowie die ihr vor- und nachgelagerten Bereiche; (3) das globalpolitisch motivierte Agrobusiness. Der MIK bzw. der Sicherheitsbereich ist nicht nur gewaltiger Kunde der anderen drei Bereiche, sondern sorgt für deren Sicherheit und ermöglicht bzw. begünstigt das globale Agieren der Konzerne.

Zusammen bilden sie ein Quartett, das die gesamten Produktions- und die Konsumtionsstrukturen stofflich wie energetisch prägt. Dieses Quartett ist der größte Flächen- und Ressourcenverbraucher, der größte Verursacher von Verschmutzung der Luft, des Wassers und der Böden, der Belastungen und Überlastungen der Ökosysteme.⁴ Es bestimmt die Produktions- und Lebensweisen

3 Mittlerweile beträgt der Anteil der USA an der Weltbevölkerung 4,5 Prozent. Auf die USA entfallen ca. 30 Prozent des globalen Rohölverbrauchs.

4 Die energiebezogenen Aktivitäten bewirken weltweit ca. 63 Prozent der globalen klimaschädigenden Emissionen, darunter 77 Prozent aller Kohlendioxidemissionen. Ca. 28 Prozent der klimaschädigenden Emissionen und 36 Prozent der Kohlendioxy-

– Ernährung, Wohnen, Mobilität, Arbeit, Freizeit, Zusammenleben – und bildet die Grundlage für einen sozial und ökologisch verheerenden gesellschaftlichen Konsens. Seine produktive wie zerstörerische Dynamik wird durch die großen Geld-, Finanz- und Wertpapierflüsse angefacht. Staatshaushalt, Staatsaufträge, Finanzindustrie, „Finanzinnovationen“ und das Quartett gehören zusammen. Sie alle sind zudem wechselseitig mit dem Hightech-Bereich verbunden. Mikroelektronik, moderne Informations- und Kommunikationstechnologien, Bio- und Nanotechnologien sind nur einige Stichworte für die Umwälzung von Technik sowie Infrastrukturen und von Prozessen, die vielfach auf Reproduktionsbedürfnisse des genannten Quartetts zurückgehen, es neu antreiben, die anderen Bereiche des gesellschaftlichen Lebens durchdringen. Man kann deshalb auch von einem Vier-plus-zwei-Zusammenhang sprechen. Das Quartett aus Energiewirtschaft, Transport, Agrobusiness und MIK/Sicherheitsbereich organisiert den stofflich-energetischen Zusammenhang. Die öffentlichen Finanzen wie die Finanzindustrie dominieren den Gesamtprozess der Kapitalverwertung, und der Hightech-Bereich stellt jene Technologien, die zur Grundlage der globalisierten Produktions-, Reproduktions- und Lebensweisen geworden sind. Die Eigentümer der größten drei Ratingagenturen, der Big 3, sind „an allen Investmentbanken und an allen US-Unternehmen beteiligt, die zum Index der 500 wichtigsten Unternehmen gehören, der von S&P erstellt wird“ (Rügemer 2012, 62). Das sind vor allem Konzerne im Vier-plus-zwei-Zusammenhang, die auch die höchsten Wertpapier-Renditen garantieren. Die Ratingagenturen agieren als „der verlängerte Arm ihrer Eigentümer“ (ebd.: 10). Diese wiederum sind „Miteigentümer der anderen Miteigentümer“ (ebd.: 61). Die Agenturen, ihre Eigentümer und die an diesen beteiligten Unternehmen sind zugleich Kunden bei den vier größten Wirtschaftsprüfern, den großen Wirtschaftskanzleien und Unternehmensberatern und haben ihre rechtlichen Sitze in Finanzoasen (ebd.: 62 f.).

Akteure, die sozialökologische Transformation anstreben, sind zwangsläufig mit diesem Vier-plus-zwei-Zusammenhang konfrontiert. Er ist der Stützpfiler der Kapitaloligarchien und ihres gesellschaftlichen Bündnisses und mit diesem

demissionen rühren von Elektrizität und Heizung her. Auf die Transportwirtschaft entfallen über ein Viertel der klimaschädigenden Emissionen. Sie hängt energetisch zu 96 Prozent am Erdöl, das über 95 Prozent der Transportemissionen bewirkt. Die Landwirtschaft verursacht ca. 14 Prozent der Kohlendioxidemissionen. Wird die durch Waldrodung zerstörte CO₂-Bindung addiert, erhöht sich der klimarelevante Wert auf 32 Prozent. Hinzu kommen CH₄- und N₂O-Emissionen. Trotz dieser enormen Aufwendungen leiden fast eine Milliarde Menschen unter Hunger, Unterernährung und viele Millionen mehr unter Energiearmut.

wechselseitig verquickt. Zu diesem Bündnis gehören die Kapitaleigentümer und -repräsentanten in anderen, mit dem Vier-plus-zwei-Zusammenhang verflochtenen Wirtschaftsbereichen und die Eliten, die für Zins- wie Profitmaximierung, für funktionierenden gesellschaftlichen Alltag, Ressourcen-, Betriebs- und Absatzsicherheit entscheidend sind.

Will man die heutigen Kapitaloligarchien und Herrschaftsverhältnisse verstehen, muss man sich zumindest kurz jene Entwicklungen vor Augen führen, die sich in den USA seit Anfang der 1970er Jahre vollzogen. Sie haben im weiteren und im wörtlichen Sinne die Welt und damit auch Europa verändert.

Unter dem Druck des verlorenen Vietnam-Krieges, einer tiefgreifenden Haushalts-, Währungs-, Finanz- sowie Gesellschaftskrise sowie einer neuen, durch die Erdölkrise symbolisierten globalen Machtkonstellation wurden von widersprüchlichen, auf dem Vier-plus-zwei-Zusammenhang gestützten Elitenkooperationen drei Innovationen ausgelöst: Erstens wurden die zu militärischen Zwecken entwickelten, mikroelektronikgestützten Technologien im Leben der Gesellschaft schrittweise verallgemeinert. Sie wälzten zunächst das Finanzwesen um. Große Banken und Kreditinstitute setzten zunehmend neue elektronische Zahlungssysteme und computerisierte Datenabfragesysteme zur Einzahlung und Kreditvergabe ein. Damit erfuhr das Kreditgeschäft Wachstumsimpulse. Die Renten- und Investmentfonds sowie Versicherungsgesellschaften folgten. Zweitens gestattete der Employee Retirement Income Security Act von 1974 es den Pensions- und Versicherungsgesellschaften, nun auch am Aktienmarkt zu agieren. Damit wuchs der Finanzsektor rasant, und aus Sparern wurden Anleger mit veränderten Interessen (Reich 2008, 93 ff.). Es wurde drittens zur allgemeinen Praxis, dass nicht mehr die Anleger und Wertpapierkäufer, sondern die Verkäufer der Wertpapiere – also zunächst die Banken und neuen Finanzmarktakteure – für Ratings zahlen. Mit expandierenden Wertpapiertransaktionen wuchs die Rolle der Ratings jener Finanzdienstleister, die aufgrund ihrer Geschichte und über Ratings hinausgehend im Finanzdienstleistungsmarkt hochgradig relevant waren: Standard&Poor's, Moody's und Fitch (Big 3), die von nun an enorm und rasant an Größe, Geschäftsbereichen und -volumen zugenommen haben. Seit Mitte der 1970er Jahre ist es in den USA gesetzlich geregelt, dass Börsenmakler ihre Kapitalrückstellungen danach richten müssen, ob sie von Ratingagenturen als „investment grade“ oder „non investment grade“ bewertet werden. Seitdem wurden die Experten der Big 3 unter den Ratingagenturen zu Beratern und Partnern von Regierenden, Parlamentariern, staatlichen und staatsnahen öffentlichen wie privaten Institutionen (Rügemer 2012, 20). Im Gefolge dieser drei Prozesse entstand der harte Kern des neuen „Finanzmarkt-Kapitalismus“.

Mit der Expansion der Kapitalmärkte, der Entgrenzung von Betriebsabläufen dank der durch die Mikroelektronik umgestalteten Betriebsweise in den Unternehmen vollzogen sich gewaltige Konzentrationsprozesse. „Die 20 größten Fonds besitzen im Durchschnitt 40 % des Aktienkapitals der 1000 größten US-Aktiengesellschaften. Sie bilden eine ‘kleine Gruppe’, die ihr Verhalten koordinieren kann. Als Kollektiv kontrollieren die Fonds die Hauptversammlungen der US-Aktiengesellschaften, und sie können Vetorechte bei der Besetzung von Führungspositionen ausüben“ (Windolf 2008, 518). Die entstandenen Allianzen und Netzwerke sind beeindruckend. Schweizer Wissenschaftler haben aufgezeigt, dass es weltweit nur 737 Firmen sind, die rund 80 Prozent des Marktes kontrollieren (Vitali et al. 2011). „Eine hoch vernetzte Kerngruppe von 147 Firmen kontrolliert allein sogar fast 40 Prozent“ (Hesse/Strehle 2011). Werden von diesen wiederum die „Top 50 control-holders“ aufgelistet, entfallen 22 auf die USA, acht auf Großbritannien und insgesamt 17 auf die EU, davon vier auf Frankreich, je zwei auf die Niederlande und Deutschland (die Deutsche Bank AG und die Allianz SE). Die Top 50 sind fast ausschließlich Finanzinstitutionen, die die Sonderrolle der schon erwähnten drei führenden Ratingagenturen akzeptieren. „Einige wenige Finanzinstitute könnten, wenn sie wollten, starke Kontrolle ausüben“ (ebd.). Mit expandierendem Invest- und Schattenbanking, mit fortschreitender Sekurisierung und einhergehender Finanzialisierung veränderten sich dann auch die wirtschaftlichen und politischen Kräfteverhältnisse. Dies manifestierte sich in dem 1999 vom US-Kongress beschlossenen Financial Services Modernization Act (Gramm-Leach Bliley Act). Er hob den vorher schon immer wieder abgeschwächten Glass-Steagall Act von 1933 auf, der ein Pfeiler des New Deal war und für Transparenz auf den Finanzmärkten gesorgt hatte.

Diese Umwälzungen stellen einen zweifachen Transformationsprozess dar: Einerseits haben sich die Kapitaloligarchien transformiert und andererseits haben sie die Gesellschaft transformiert. Die Folgen sind:

- a) ein neues über Medien kommuniziertes gesellschaftliches Leitbild – die Gesellschaft von Kapitaleigentümern, die mit ihren Arbeits- und Geldvermögen ihr Leben unabhängig, unternehmerisch und attraktiv gestalten;
- b) Finanzmarktinnovationen und neue Formen für den Umgang mit den Schulden als Grundlagen für die Finanzierung von privaten Haushalten;
- c) entsprechende Infrastrukturen, die ein flexibles und mobiles Konsumverhalten fördern;
- d) Forderungen nach besonderen Fähigkeiten, Fertigkeiten, Verhaltens- und Lebensweisen der Arbeitskräfte bzw. der Bürgerinnen und Bürger, um jene Flexibilität und Mobilität zu bewältigen, die dieser Kapitalismus braucht;

- e) die Privatisierung von sozialen Leistungen, öffentlichen Unternehmen bzw. des Öffentlichen;
- f) ein neuer Typ von Manager, der die Unternehmensführung am Interesse von Rentiers ausrichtet – den Inhabern von Unternehmensanteilen – und damit an einer Profitmaximierung, die zu Spekulation stimuliert (Toporowski 2008, 13–16).

Europäische Kapitaloligarchien, Gesellschaftstransformation in Westeuropa, Kämpfe um die EU

Beginnend mit der Europäischen Investitionsbank (EIB) im Jahre 1967 haben die Institutionen der Europäischen Union bzw. ihrer Vorgänger das Rating der Big 3 zum Maßstab für Sicherheiten im Kredit- und Wertpapiergeschäft erhoben. Dies gilt auch und insbesondere für den Haushalt der Europäischen Union und der Europäischen Kommission, den Europäischen Investmentfonds und die Euro-Rettungsinstitutionen. Zum Ausbruch der globalen Finanzkrise in den USA im Jahre 2007 wurde im Regelwerk der Europäischen Zentralbank festgeschrieben, dass Staatsanleihen von der EZB nur dann als Sicherheiten akzeptiert werden, wenn sie von den Big 3 und der wesentlich weniger relevanten kanadischen Dominion Bond Ratings Services (DBRS) als „investment grade“ eingeschätzt werden. Das Bankenregulierungsabkommen Basel II schrieb mit europäischer Zustimmung die Monopolstellung der Big 3 fest (Rügemer 2012, 33–37).

Mit einerseits an den USA orientierten und andererseits eigenständigen gesellschaftlichen Entwicklungen schritt im Rahmen der Europäischen Union bzw. ihrer Vorgängerinnen eine hoch widersprüchliche – zunächst wirtschaftliche – Integration voran. Die Transformation zur Europäischen Union, die auch die politische Integration ermöglichte, erfolgte vor dem Hintergrund sich dynamisch verändernder Produktivkräfte und widersprüchlich fortschreitender Vergesellschaftung, dramatischer politischer und sozialer Umbrüche in Ost- und Mitteleuropa, der Stärkung und des Wandels von Kapitaloligarchien in Nord- und Westeuropa, wachsender sozialer Ungleichheiten und demografischer Disproportionen, der drastischen Mehrung bzw. Zuspitzung menschheitlicher Existenzprobleme, des Erscheinens und Erstarkens neuer globaler Mächte, des Ringens um politischen Konsens über die Zukunft des Europäischen Staatenbundes.

Wie in den USA begann die Transformation Westeuropas ebenfalls in den 1970er Jahren, als die Regierungen der Rom-Vertragsstaaten unter dem Schock der Erdölkrise ihre Außen- und Außenwirtschaftspolitik zunehmend an Ressourcensicherheit ausrichteten. Die Erdölkrise brachten zusätzlich Petrodollar

von OPEC-Staaten nach Westeuropa. Strukturkrisen und zyklische Wirtschaftskrisen verstärkten sich wechselseitig. Die Kapitaloligarchien nutzten die Situation für politische Forderungen nach wirtschaftspolitischer Liberalisierung und Privatisierung des staatlichen Bereichs. Sie konnten sich dabei auf Korruption und Ineffizienz berufen. Ihre politischen wie wirtschaftlichen Erfolge schlugen sich Anfang der 1980er Jahre im Finanzsektor nieder (Frangakis 2013). Die Kapitaloligarchien erlangten den Zugang zu neuen Ressourcen, Märkten und Macht. Sie brachten neue Regulierungs- bzw. Deregulierungsbedürfnisse hervor – ausgerichtet an den Kapital- und Warenmärkten, an der Nachfrage nach „Humankapital“ für ihre Unternehmen im flexibilisierten und globalisierten „Hightech-Kapitalismus“, an den Erfordernissen des Vier-plus-zwei-Zusammenhangs von Energie- und Transportwirtschaft, Agrobusiness und MIK in ihrer Verquickung mit der Finanzsphäre, insbesondere mit der Finanzindustrie und mit den Hightech-Konzernen.

Die europäischen Kapitaloligarchien und ihre Kooperationspartner in den Regierungen und EU-Institutionen arbeiteten intensiv an einem diesen Bedürfnissen entsprechenden gesellschaftlichen Konsens im Staatenbund, der die herrschende Politik stützen sollte. Sie nahmen Kurs auf ein größeres wirtschaftliches und politisches Gewicht in Europa und der Welt. Ihre Interessen fanden ihren Ausdruck in Rechtsakten, die als Katalysatoren für weitere Integrationsfortschritte und das Ringen um „Globalisierungsgewinne“, „Sicherheit“ und „globale Handlungsfähigkeit“ wirkten. Dazu gehören die Einheitliche Europäische Akte von 1986, die Richtlinie zur Verwirklichung des freien Kapitalverkehrs von 1988 und der Maastrichter Vertrag von 1992. An ihrem Zustandekommen hatte der Europäische Runde Tisch der Industriellen (ERT) großes Interesse und hohen Anteil. Auf ihn soll hier kurz eingegangen.

Der ERT⁵ basiert auf dem gewachsenen Interesse der Spitzenmanager transnationaler Konzerne und leitender Funktionäre der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft an Abstimmung und Kooperation. Seine Gründung ging auf die Initiative des Binnenmarktkommissars Davignon und des Chefs von CB Volvo Gyllenhammar zurück. Sie wollten wirtschafts- bzw. industriepolitische Regeln zugunsten von europäischen Konzernen erwirken und dafür einen Raum der Konsenssuche privilegierter Akteure schaffen. Der ERT berät seit 1982/83 nicht

5 Der ERT, geschaffen 1982/83, bringt Vorsitzende, Chefs, Chefmanager der 50 wichtigsten europäischen transnationalen Unternehmen zusammen. Diese Unternehmen tätigen fast 20 Prozent aller Investitionen in Forschung und Entwicklung in der EU (vgl. weiter unter: www.ert.eu).

nur die EU-Institutionen, sondern organisiert zugleich die Kooperation zwischen den involvierten Konzernen. Die Macht der beteiligten Kapitaloligarchien wird politisch wie ökonomisch gestärkt.

Die Einheitliche Europäische Akte (EEA) war die erste weitreichende Änderung der Römischen Verträge.⁶ Sie zielte auf die Realisierung des Binnenmarktes bis zum 31.12.1992 und die Entwicklung der Europäischen Union.⁷ Die Akte modifizierte die Funktionsweise der europäischen Institutionen und erweiterte die Zuständigkeiten der Gemeinschaft, insbesondere in den Bereichen Forschung und Entwicklung, Umwelt und gemeinsame Außenpolitik. Sie definierte den Binnenmarkt als „Raum ohne Binnengrenzen, in dem der freie Verkehr von Waren, Personen, Dienstleistungen und Kapital gemäß den Bestimmungen dieses Vertrags gewährleistet ist“ (Europäische Union o. J.). Sie führte einige weitere Bestimmungen zu den währungspolitischen Befugnissen ein. Die Konvergenz der Wirtschafts- und Währungspolitiken war bereits geregelt.

Von Beginn an war der Binnenmarkt von der Europäischen Kommission, den Regierenden, ihren Partnern in den Konzernen des Finanzwesens und der Industrie als ein Hauptweg konzipiert, um westeuropäische Positionen an den Weltmärkten bzw. in der Weltwirtschaft zu stärken, „Ressourcensicherheit“ und größere „globale Handlungsfähigkeit“ zu ermöglichen. Seine Entwicklung schuf neue Aktionsfelder und Akkumulationsmöglichkeiten für die Symbiosen der Kapitaloligarchien, insbesondere im Vier-plus-zwei-Zusammenhang.

Dass sich der ERT der Industriellen für die Direktive des Europäischen Rates zur Liberalisierung der Kapitalverkehrskontrollen engagierte, ist eine Konsequenz aus der Umsetzung der EEA und den damit verbundenen Akkumulationsmöglichkeiten für konkrete Kapitaloligarchien bzw. für ihre Symbiosen. Im Juni 1988 hatte der Rat die entscheidende Richtlinie 88/361/EWG beschlossen. Sie beinhaltet die vollständige Liberalisierung des Kapitalverkehrs zwischen den Mitgliedstaaten ab dem 1. Juli 1990.⁸ Die Richtlinie zielte darauf, die Beschränkungen des gesamten Kapitalverkehrs zwischen den Gebietsansässigen

6 Die Ausführungen zur Geschichte der Europäischen Union stützen sich auf das 1999 erschienene Buch von Jörg Hufschmid „Politische Ökonomie der Finanzmärkte“ (Hufschmid 1999).

7 Der Entwurf eines Vertrages zur Ersetzung der Europäischen Gemeinschaften durch die Europäische Union wurde 1984 durch die Europäischen Gremien angenommen. 1985 wurde eine Regierungskonferenz zu seiner Aushandlung vereinbart.

8 Für Spanien, Griechenland, Irland und Portugal war bis zum 31. Dezember 1992 eine Übergangsregelung vorgesehen. Sie durfte für Portugal und Griechenland um bis zu drei Jahren verlängert werden.

der Mitgliedstaaten abzuschaffen. (Der Begriff Kapitalverkehr bezieht sich auf alle für den Kapitalverkehr erforderlichen Geschäfte, die durch natürliche oder juristische Personen getätigt werden.) Das betrifft Direkt- und Immobilieninvestitionen, Wertpapier-, Kontokorrent- und Termingeschäfte, Darlehen und Finanzkredite. Die Richtlinie enthält auch eine Schutzklausel, die bei wirtschaftlichen Turbulenzen eine zeitweise Aussetzung erlaubt (Europäische Union o. J.). Der Gebrauch dieser Schutzklausel ist nicht automatisch, sondern setzt den politischen Willen dazu voraus.

Mit der Realisierung der Richtlinie konnten die europäischen Kapitaloligarchien ihre Aktions- und Akkumulationsmöglichkeiten erneut ausdehnen. Dies galt vor allem für jene Kapitaleigner/Manager, die zinstragendes Kapital mobilisieren. Sie bauten ihre Aktivitäten auf dem Feld des Investmentbanking aus und engagierten sich verstärkt auf globalen Märkten. Mit der Umsetzung der EEA wurden zugleich die Bereiche der stofflich-energetischen Warenproduktion zunehmend europäisiert. Wegen der fortschreitenden Produktionskonzentration und -zentralisierung wurden die Warenzirkulation und Warenrealisierung stärker noch als die Produktion europäisiert. Der Intra-Handel zwischen den zwölf EU-Staaten dieser Zeit stieg zwischen 1988 und 1992 von rund 50 auf über 60 Prozent an, um in den folgenden zehn Jahren wieder auf 50 Prozent zu fallen. Damit einher ging eine Stärkung der exportierenden Unternehmen. Zwar fiel der Anteil am Export, der in die EU-Länder ging, am Gesamtexport über den betrachteten Zeitraum, zugleich wuchs aber der Anteil der Intra-EU-Verflechtungen bezogen auf das Bruttoinlandsprodukt (König/Ohr 2012, 799) wieder (vgl. dazu die folgenden Tabellen). Darüber hinaus sank die Intra-EU-Verflechtung der „Kernstaaten“ in Bezug auf die außenwirtschaftlichen Verflechtungen insgesamt (Tabelle 1, ebd., 798). Damit war eine Zunahme von wirtschaftlichen Disparitäten verbunden, insbesondere nach der „Ost-Erweiterung“ der EU (vgl. dazu detailliert Zarek 2006).

Aus dem Zusammenspiel von Finanzmarktakteuren, Akteuren im Hightech- und anderen wirtschaftlichen Bereichen entstanden neue Bedürfnisse nach wirtschaftlicher Liberalisierung und Privatisierung des Öffentlichen, aber auch nach konkreten, koordinierten, staatlichen wie suprastaatlichen Investitionen und Interventionen. Solche Forderungen und Bedürfnisse wurden wiederum intensiv am ERT der Industriellen diskutiert. Dies hatte Einfluss auf jene staatlichen und europäischen Akteure, die an den insgesamt drei Regierungskonferenzen zum Maastrichter Vertrag über die Europäische Union (EUV) beteiligt waren (Carroll et al. 2010; Pijl/Holman 2013).

Tabelle 1: Intra-EU-Verflechtungen in Relation zu den gesamten außenwirtschaftlichen Verflechtungen

1999			2010		
<i>Rang</i>	<i>Land</i>	<i>Index-Punkte</i>	<i>Rang</i>	<i>Land</i>	<i>Index-Punkte</i>
1	Belgien	72,61	1	Belgien	65,79
2	Irland	71,05	2	Portugal	54,28
3	Portugal	60,88	3	Schweden	52,92
4	Niederlande	59,92	4	Niederlande	51,94
5	Spanien	57,37	5	Frankreich	51,15
6	Schweden	56,78	6	Irland	48,20
7	Frankreich	53,52	7	Dänemark	48,19
8	Dänemark	53,05	8	Spanien	48,16
9	Österreich	51,37	9	Österreich	48,04
10	Finnland	49,72	10	Deutschland	44,60
11	Deutschland	49,09	11	Finnland	43,78
12	Großbritannien	47,10	12	Italien	39,14
13	Italien	45,12	13	Großbritannien	38,81
14	Griechenland	41,59	14	Griechenland	32,29

Quelle: König/Ohr 2012

Tabelle 2: Intra-EU-Verflechtungen von EU-Mitgliedsländern in Relation zum jeweiligen Bruttoinlandsprodukt

1999			2010		
<i>Rang</i>	<i>Land</i>	<i>Index-Punkte</i>	<i>Rang</i>	<i>Land</i>	<i>Index-Punkte</i>
1	Belgien	64,65	1	Belgien	81,66
2	Irland	51,31	2	Irland	60,75
3	Niederlande	35,44	3	Niederlande	44,33
4	Schweden	24,73	4	Schweden	33,71
5	Österreich	22,21	5	Österreich	32,45
6	Deutschland	22,14	6	Dänemark	28,52
7	Frankreich	21,26	7	Deutschland	26,91
8	Dänemark	19,64	8	Frankreich	42,15
9	Großbritannien	17,79	9	Spanien	22,23
10	Portugal	16,91	10	Großbritannien	21,89
11	Finnland	15,16	11	Portugal	21,52
12	Spanien	15,08	12	Finnland	20,65
13	Italien	10,02	13	Italien	11,55
14	Griechenland	9,20	14	Griechenland	7,97

Quelle: König/Ohr 2012

Der Maastrichter Vertrag ermöglichte nach der wirtschaftlichen nun auch die politische Integration. Die mit ihm begründete Europäische Union stützte sich zunächst auf drei Pfeiler: die Europäischen Gemeinschaften, die Gemeinsame Außen- und Sicherheitspolitik (GASP) und die polizeiliche wie justizielle Zusammenarbeit in Strafsachen (JI). Der Vertrag hat die Wirtschafts- und Währungsunion (WWU) eingeführt, und aus der Europäischen Gemeinschaft (EG) wurde die Europäische Union (EU). Der Vertrag eröffnete Gemeinschaftsaktivitäten in sechs neuen Politikbereichen: transeuropäische Netze, Industriepolitik, Verbraucherschutz, allgemeine und berufliche Bildung, Jugend, Kultur. Den Interessen der Führenden im Vier-plus-zwei-Zusammenhang bzw. der Kapitaloligarchien wurde im besonderen Maße Rechnung getragen. Dies drückte sich in den Schwerpunkten aus, die mit dem Ausbau der transnationalen Netze von Verkehr und Kommunikation, der Industriepolitik und dem „Humankapital“ festgelegt wurden. Allerdings bieten die Politikbereiche Verbraucherschutz, Bildung, Jugend und Kultur auch einige Ansatzpunkte für die gesellschaftspolitische Auseinandersetzung mit den Interessen der Kapitaloligarchien.

Die Wirtschafts- und Währungsunion entwickelte das Binnenmarktkonzept weiter. Es wurden eine Koordinierung der Wirtschaftspolitiken, deren multilaterale Überwachung und die Wahrung einer spezifischen „Finanz- und Haushaltsdisziplin“ beschlossen. Ziel war die Einführung einer einheitlichen Währung in größeren Teilen der EU zum 1.1.1999, einer Bedingung für das Ja der Partner und Konkurrenten zur deutschen Einigung. Dass man dabei vom Europäischen Währungssystem mit seiner Ankerwährung Deutsche Mark ausging, war rational. Nachvollziehbar ist auch, dass man daher den deutschen Forderungen nach den Währungsstabilitäts-Kriterien für die Koordinierung der Wirtschaftspolitiken zustimmte. Gleichfalls folgerichtig ist, dass die deutschen Kapitaloligarchien ihre wirtschaftlichen Erfolgsbedingungen stabilisieren und verbessern wollten. So verlangt der „deutsch geschriebene“ Stabilitäts- und Wachstumspakt die dauerhafte Einhaltung der Konvergenzkriterien. Auch die als Reaktion auf die Euro-Krise beschlossenen Six- und Two-Packs wie der Fiskalpakkt sind „deutsch geschrieben“. Sie hatten und haben das Ziel, Wirtschafts- und Haushaltspolitik auf Währungs- bzw. Preisstabilität zu fixieren, mittels monetärer Zielkriterien die Ausrichtung der Wirtschafts- und Gesellschaftspolitik festzuschreiben. Die Haushaltspolitik wirkt so als Disziplinierungsinstrument, als Hebel für die Kürzung öffentlicher Ausgaben und für Privatisierungen. Sie wie die Koordinierung der Wirtschaftspolitik insgesamt dienen den wirtschaftlich Stärkeren. Deutsche Konzerne, deutsche Kapitaloligarchien bzw. Konzerne und Kapitaloligarchien mit relevanten deutschen Finanzkapitalanteilen bzw.

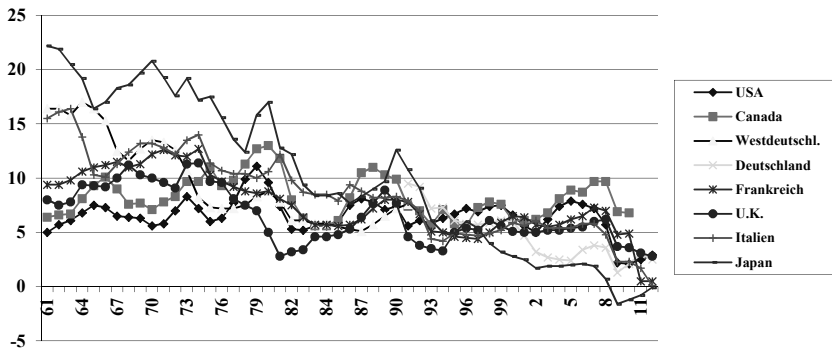
Finanzkapitalrepräsentanten in ihrer Symbiose haben damit Vorteile. Sie sind Gewinner am Binnenmarkt.

Der Maastrichter Vertrag orientiert auf die Stärkung der Stärkeren, um aus einer solchen Position heraus die globale Entwicklung effektiver mitbestimmen zu können. Das scheint plausibel, wenn man als Faktor für den potenziellen globalen Einfluss der EU ihren Anteil an der Weltwirtschaft, an den globalen Exporten und Investitionen und an der Weltbevölkerung ansieht. Plausibel scheint dann auch, dass der EU-Vertrag auf militärisch flankierte „Sicherheit und globale Handlungsfähigkeit“ orientiert. Ohne die Partnerschaft mit den USA infrage zu stellen, soll die globale Rolle der EU gestärkt werden.

Der Maastrichter Vertrag hat die Unionsbürgerschaft eingeführt und die Rechte des Europäischen Parlaments erweitert. Mit seiner Realisierung wurden die Bürgerinnen und Bürger der Mitgliedsländer der EU zugleich Bürgerinnen und Bürger der EU; die Vertragsstaaten waren zu Mitgliedstaaten der Europäischen Union geworden. Mit der Transformation von Staaten zu EU-Mitglied- und weiter zu Euroraum-Ländern haben die Staaten wesentliche Kompetenzen an die EU-Ebene delegiert. Die Entscheidungen auf kommunaler Ebene sind zu 60 bis 70 Prozent durch das EU-Recht beeinflusst, bei Umweltbelangen sind es fast 100 Prozent. Der Alltag der Bürgerinnen und Bürger ist also relevant durch die EU geprägt, was bei aller Widersprüchlichkeit bisher noch von der Mehrheit begrüßt wird (Eurostat 2012).

Mit den EU-Erweiterungen traten nicht nur neue Mitgliedstaaten – die mittel- und ost- sowie südosteuropäischen Länder (die sogenannten MOE-Staaten) – der EU bei, sondern auch neue Widersprüche zutage: In diesen Ländern war das Potenzial für eine sich selbst tragende Wirtschaftsentwicklung weitgehend zerstört. Mit der Wirtschafts- und Währungsunion wurde es für die strukturschwachen Regionen noch komplizierter, gesellschaftlichen Alltag zu sichern, denn die gewachsene Konkurrenz ruinierte Unternehmen – nachdem die umgesetzten Auflagen für Weltbank-Kredite und den EU-Beitritt schon ganze Wirtschaftszweige und -bereiche zum Erliegen gebracht hatten. Trotz neuer EU-Mitgliedsländer, wachsender sozialer und ökologischer Probleme und trotz zunehmender Zahl vergemeinschafteter Politiken blieb der EU-Haushalt auf ein Minimum beschränkt. Die ohnehin geringen rechtlichen Spielräume wurden nicht annähernd ausgeschöpft. Dadurch wurden die sozialen und ökologischen Probleme noch zusätzlich zugespitzt und die Überakkumulation von Finanzkapital forciert. Zum Zeitpunkt des Ausbruches der globalen Finanz- und Wirtschaftskrise hatten sich qualitativ stark veränderte Kapitalverwertungsbedingungen herausgebildet. Die Grafik illustriert in den vergangenen Jahrzehnten

sowohl stark abgemilderte Akkumulationsraten in den G7-Staaten als auch ihre Annäherung.



Grafik 1: Anteil der Nettoanlageinvestitionen am Bruttoinlandsprodukt in Prozent in den G7-Staaten

Eigene Berechnungen zur Akkumulationsrate der G7 (Net Fixed Capital Formation at current prices: total economy (UNIT) zu Gross Domestic Product at current market prices (UVGD) auf der Grundlage von AMECO für die Jahre 1961 bis 2014, wobei die Daten für das Jahr 2012 noch Präzisierungen erfahren werden (http://ec.europa.eu/economy_finance/db_indicators/ameco/index_en.htm). Siehe auch Zeller (2011, 68).

Die Eigentümer und Funktionäre von überakkumuliertem Kapital suchen neue Verwertungsmöglichkeiten, insbesondere auf den Finanzmärkten und durch die Privatisierung des Öffentlichen. Es schreitet Finanzialisierung fort, durch Kapitaloligarchien betriebene Expansion von Finanzmarktoperationen und deren Internalisierung in die gesellschaftliche Reproduktion, in Vergesellschaftungsprozesse. Das prägt individuellen und gesellschaftlichen Alltag.

Die zinstragendes Kapital organisierenden Eigentümer/Funktionäre in der Symbiose von Kapitaloligarchien partizipieren zunehmend an den globalen Märkten, die (Mehr-)Arbeit in der gesellschaftlichen Warenproduktion organisierenden Kapitaleigentümer/Manager produzieren vorrangig für den gemeinsamen Markt, wo die Konkurrenz härter wird. Zinsen und Kredite müssen an den Kreditgeber gezahlt bzw. rückgezahlt werden. Werden die Kredite und Zinsen über globale Finanzmärkte bewegt, wächst das Interesse, an diesen Finanzmärkten Geschäfte zu machen, zu spekulieren, auf die globalen Märkte zu exportieren und aus Kosten- und Profitgründen Betriebsabläufe zu entgrenzen. Aber neben den Kapitaloligarchien agieren andere wirtschaftliche Akteure, die hier nicht mittun können und wollen und damit vielfach konkrete Finanzkapitalakkumulation und

die Stärkung der globalen Konkurrenzfähigkeit von Konzernen beeinträchtigen. Dies wird von besonderen Kapitaleliten bzw. Kapitaloligarchien zum Anlass genommen, um politische Forderungen nach neuer Deregulierung bzw. ihren Interessen entsprechender Regulierung zu erheben.

Die Kapitaloligarchien des Euroraums wandeln sich weiter. Es erweitern sich ihre Kooperations- und Beteiligungs- sowie die Akkumulationsmöglichkeiten im Euroraum selbst, in der EU als auch über diese hinaus: Die einen konnten nicht nur billiger produzieren, sondern auch billiger exportieren (Brangsch 2011). Die anderen konnten billiger Kredite nehmen. Beide konnten intensiver an gewachsenen europäischen und globalen Finanzmärkten partizipieren. Einst nationale Kapitaloligarchien wurden zunehmend europäisch, ihr globaler Aktionsradius wuchs: Während die Intra-EU-Handelsintensität zwischen 1992 und 2012 von ca. 12 Prozent auf 22 Prozent des BIP anwuchs, stiegen die Extra-EU-Exporte stärker. Das spiegelt sowohl den globalen Trend als auch die Entwicklung globaler Konkurrenzfähigkeit der exportorientierten Unternehmen in den alten EU-Mitgliedsländern (Deutsche Bank Research 2013, 9).

Damit haben sich die europäische und die globale Konkurrenz weiter verschärft. Die in Großbritannien verorteten Kapitaloligarchien hatten einerseits kein Interesse an einer vollen Teilnahme an der Wirtschafts- und Währungsunion, andererseits trachteten sie sehr wohl danach, sich mit deren Gründung und innerhalb der EU neue Profit- und Akkumulationsmöglichkeiten zu erschließen. „Die EU ist der größte Wirtschaftsblock der Welt,⁹ die Hälfte unserer Exporte fließt in diesen Block“ (Grimstone 2013, 5), sagt exemplarisch der Vorsitzende des britischen Unternehmerverbandes TheCityUK.

Die EU hat ihr wirtschaftliches und politisches Gewicht in Europa insgesamt erhöht. Dabei nahm das wirtschaftspolitische Gewicht Deutschlands in der Europäischen Union zu (Crome 2013; Pijl/Holman 2013). Schließlich waren aus deutschen Konzernen transnationale Unternehmen (TNC) geworden, die den gemeinsamen Markt zu nutzen verstanden und weiter expandierten. Sie konnten erfolgreich kleine und mittlere Unternehmen in ihre Geflechte integrieren, die dadurch selbst zu Exporteuren wurden.

Insbesondere deutsche Finanzinstitute hatten hohen Anteil an der Entwicklung großer, liquider Security-Märkte in der EU, mit denen US-amerikanischen Finanzmarktakteuren Macht entgegengesetzt wurde. Allerdings spitzten sich

9 Die Europäische Union zählt ca. 502 Millionen Einwohner. Das sind 7,3 Prozent der Weltbevölkerung. Ihr Anteil an der Weltproduktion, gemessen am Bruttoinlandsprodukt, beträgt fast 26 Prozent (Eurostat 2013).

aufgrund des fehlenden integrierten gemeinsamen Marktes für Finanzdienstleistungen in der EU Interessenwidersprüche unter den Kapitalfraktionen zu. Der 1999 in der EU vereinbarte Aktionsplan für Finanzdienstleistungen (Europäische Kommission 1999) erwies sich als schwer realisierbar. Er sollte das US-amerikanische Finanzmarktmodell imitieren (Frangakis 2013, 30 f., 50). Der gemeinsame Finanzdienstleistungsmarkt sollte insbesondere Privatkunden und kleine wie mittlere Unternehmen (KMU) erfassen (Europäische Kommission 1999a). Diese wollten jedoch vielfach eher innerhalb des nationalen Finanzdienstleistungsmarktes verbleiben. Mit der schleppenden Realisierung des Aktionsplans wurden gerade für die KMU die Finanzierung von Eigenkapital und der Zugang zu Risikokapital erschwert.

Vor diesem Hintergrund wurde der schon erwähnte Pehr Gustaf Gyllenhammar erneut initiativ. Er war von Volvo in die Finanzsphäre gewechselt und organisierte in Kooperation mit Partnern bei der Europäischen Kommission den Runden Tisch für Finanzdienstleistungen – European Financial Services Round Table (EFR).¹⁰ In der Literatur wird der EFR vielfach unterbewertet (zum Beispiel von Carroll 2010). Während der Runde Tisch der Industriellen (ERT) 45 Mitglieder hat, sind am EFR nur 21 Partner beteiligt. Auch ist sein Einfluss auf die Legislative weniger gut belegbar. Aber diese Unterschätzung ist schwer erklärbar, wenn man die schon erwähnte Studie Schweizer Wissenschaftler heranzieht: Vergleicht man die genannte Liste der global wichtigsten 50 Firmen, die große Teile der internationalen Märkte kontrollieren („control holders“) (Vitali et al. 2011, 33) mit der Liste der EFR-Teilnehmer, so zeigt sich, dass allein acht am EFR vertretene Unternehmen unter den Top 50 zu finden sind: sechs aus EU-Ländern und zwei Unternehmen aus der Schweiz: AXA (Rang 4) und Credit Suisse Group (Rang 14). Die sechs aus EU-Ländern sind: BNP Paribas (Rang 30) aus Frankreich, Deutsche Bank AG (Rang 12) und Allianz aus Deutschland (Rang 28), ING Groep (Rang 41) und Vereinigung AEGON (Rang 45) aus den Niederlanden, AVIVA PLC (Rang 31). Alle sechs haben ihren Stammsitz in Ländern des Euroraums. Die zu den Top 50 gehörenden Finanzgiganten mit Unternehmenssitz in Großbritannien dagegen sind nicht am EFR vertreten.

Werden die beiden runden Tische mit ihren Unternehmensverflechtungen und erst recht die Repräsentanz von EU-Unternehmen unter den weltgrößten 500 Konzernen (G500) analysiert (CNN 2012), zeigt sich das hohe Gewicht

10 Der EFR, geschaffen 2001, vereinigt rd. 20 Vorsitzende und Chefmanager von internationalen Finanzinstitutionen mit Sitz in Europa. Sie verweisen auf ca. 944 Kunden, vgl. www.efr.be.

von Energiekonzernen und Akteuren der Finanzsphäre, von Unternehmen in den Hightech- und Transportbereichen, aber auch der mit dem Agrobusiness, dem Grundstoff- und dem Sicherheitsbereich verquickten Unternehmen. Der Vier-plus-zwei-Zusammenhang prägt das Profil der europäischen Unternehmen unter den G500. Die Wertpapiere der hier verorteten Unternehmen garantieren die höchsten Renditen.

Interessenkämpfe um die EU-Entwicklung und um eine Transformation der Europäischen Union

Die am ERT der Industriellen vertretenen transnationalen Konzerne eint das Interesse an einer EU als globaler Akteur und Wirtschaftsstandort, der sich auf global konkurrenzfähige Unternehmen mit Schwerpunkt im produktiven Sektor stützt. Nach der von mehrheitlich sozialdemokratisch geführten Regierungen beschlossenen Lissabonstrategie vom März 2000 sollte die EU bis zum Jahre 2010 zur dynamischsten und konkurrenzfähigsten, wissensgestützten Weltregion geworden sein und ihren Bürgerinnen und Bürgern attraktive Lebensbedingungen bieten. Die Zielstellung war nicht zuletzt eine Reaktion auf Veränderungen in der Weltwirtschaft wie auf den demografischen Wandel, rasche Alterung der EU-Bevölkerung, ihr schwindender Anteil an der Weltbevölkerung. 2010 musste festgestellt werden, dass Kernziele dieser Strategie (eine Beschäftigungsquote von 70 Prozent und ein Anteil der Ausgaben für Forschung und Entwicklung am Bruttoinlandsprodukt von drei Prozent) nicht erreicht wurden und dass der Abstand zu den führenden Industrieländern nicht geschrumpft ist.

Interessant sind dabei drei Momente: (1) Obwohl die Finanzmarktintegration im Rahmen der Wirtschafts- und Währungsunion eine strategische Priorität besitzt, war sie nicht Bestandteil der Lissabonstrategie. (2) Die Strategie setzte sich auch nicht mit Problemen auseinander, die zu den Ursachen der Finanzkrise wurden: „Mangelhafte Aufsicht und systemische Risiken in den Finanzmärkten, Spekulationsblasen (z.B. im Immobilienmarkt) und kreditgetriebener Konsum, die in manchen Mitgliedstaaten zusammen mit hinter den Lohnzuwächsen zurückbleibenden Produktivitätsgewinnen hohe Leistungsbilanzdefizite befeuerten. Makroökonomische Ungleichgewichte und mangelnde Wettbewerbsfähigkeit“ (Europäische Kommission 2010: 5) waren nicht Gegenstand der wirtschaftspolitischen Koordinierung. Es gab weder ein notwendiges Zusammenspiel der Mitgliedsländer noch der Europäischen Institutionen und noch weniger gab es ein koordiniertes Zusammenspiel aller Stakeholder. (3) Die mangelnde Verbindlichkeit betraf gerade die Realisierung jener vereinbarten Maßnahmen, die für

eine Steigerung der globalen Konkurrenzfähigkeit wichtig wären: Innovationen, Gemeinschaftspatente, „Beseitigung von Hemmnissen für den Binnenmarkt, der Verbesserung des freien Flusses von (digitalen) Inhalten, der Förderung von Arbeitsmobilität, raschere Festlegung interoperabler Normen“ (Europäische Kommission 2010, 5–6). Offensichtlich konnten die Interessen an diesen Zielen nicht nachhaltig artikuliert werden oder es war nicht gelungen, den notwendigen Konsens unter den Akteuren zu stiften.

Die Probleme und Misserfolge der Lissabonstrategie haben die Interessenwidersprüche unter den Kapitalfraktionen zugespitzt. Die globale Konkurrenz hat zugenommen. Die Realisierung der Strategie war mit Freihandelsaktivitäten und einer Entwicklungspolitik verknüpft, die vom Interesse an eigener Ressourcensicherung und an Weltmarktpositionen ausgeht und die menschheitlichen Existenzprobleme wie die Nöte der global Schwächsten mehrt. Die proklamierte Transformation der EU-Wirtschaft zur kohlenstoffarmen Ökonomie wurde de facto kaum in Angriff genommen.

In den letzten zehn Jahren haben die Interessenwidersprüche auch innerhalb der europäischen Kapitaloligarchien zugenommen. Gerade für die transnationalen Konzerne im vorrangig produktiven Bereich könnte die EU insgesamt unattraktiver werden. Sie sind auf den Produktionsstandort angewiesen und richten daher sehr umfassende wirtschaftspolitische Forderungen nach verbesserten Produktions- und Verwertungsbedingungen an die Regierungen und Staaten der Mitgliedsländer wie an die EU-Institutionen insgesamt. Sie sind auf mehr Engagement der staatlichen und EU-Institutionen und insbesondere auf eine Zentralisierung von Regulierungsentscheidungen in den EU-Institutionen angewiesen. Sie haben ein starkes Interesse an berechenbaren Finanzmärkten, an der Finanzmarktintegration in der EU, an der Kontrolle und Regulierung der Finanzmarktakteure. Solche Ziele kollidieren zumindest teilweise mit den Interessen von Eigentümern/Funktionären des zinstragenden Kapitals.

Die widersprüchlich nach „mehr Staat“ und mehr EU-Intervention verlangenden transnationalen Konzerne sind insbesondere in Frankreich und Deutschland angesiedelt und haben zahlreiche Geschäftsbeziehungen zu kleinen und mittleren Unternehmen. Neben dem Interesse an zuverlässiger Finanzierung sind sie an geeignetem „Humankapital“, garantierter Ressourcenversorgung, wissenschaftlichen und technisch-technologischen Weltspitzenleistungen sowie an einer funktionierenden Infrastruktur interessiert – an Leistungen, die ohne eine entsprechende regionale, nationale und europäische Intervention nicht erbracht werden. Die Konzerne erwarten, dass die öffentlichen Verwaltungen sich vor allem auf die für sie wesentlichen Leistungen orientieren. Die Steuer-

lasten zur Erbringung der öffentlichen Leistungen sollen nicht vorrangig von den Unternehmen selbst erbracht werden. Das Interesse an mehr Behördenhandeln erklärt auch das gesteigerte Engagement des ERT der Industriellen bei der Arbeit zur Strategie „EU2020“, der Nachfolgerin der Lissabonstrategie. Vor ihrer Annahme durch den Europäischen Rat (3.3.2010) war der Lissabonner Vertrag in Kraft getreten (1.12.2009). Er schreibt die mit der Gründung des Europäischen Wirtschaftsraums und dem Maastrichter Vertrag beschlossene und den Verträgen von Amsterdam und Nizza bekräftigte bzw. forcierte Entwicklung fort. Er verstärkt noch die Orientierung auf den globalen Akteur Europäische Union und auf „Sicherheit“. Allerdings enthält der Vertrag auch Festlegungen zu neuen Mitspracherechten für das Europäische Parlament wie für die Bürgerinnen und Bürger. Darüber hinaus sieht der Vertrag vor, „dass die Europäische Union und ihre Mitgliedstaaten gemeinsam und solidarisch handeln, wenn ein Mitgliedstaat Opfer eines terroristischen Anschlags oder einer Naturkatastrophe bzw. einer vom Menschen verursachten Katastrophe wird. Dasselbe gilt im Falle von Problemen im Energiebereich“ (Europäische Union o. J.).

An der Diskussion zum Verständnis und Umgang mit „vom Menschen gemachten Katastrophen“ sind auch die Autorinnen und Autoren der Studie „Global Europe 2050“ beteiligt. In der Publikation spielt der Begriff „Europäische Renaissance“ eine Schlüsselrolle. Er steht für ein Positivszenario, das an die Strategie „EU 2020“ anknüpft und zu einem „völlig neuen Herangehen der EU an die Unterstützung von Forschung und Innovation führt“ (Europäische Kommission 2012, 3). Es zielt zum einen auf die politische Europäische Union, die gemeinsam und koordiniert wirkt und nach außen mit „einer Stimme spricht“. Der Grundgedanke ist die Mobilisierung der akkumulierten geistigen und kulturellen Potenziale, der ausgebildeten Fertigkeiten und der Lernfähigkeit – die Stimulierung und intelligente Nutzung des Humankapitals. Das Szenario geht von der Einschätzung aus, zum einen besser als die USA und Japan auf die Konkurrenz aus China geantwortet zu haben, zum anderen Chancen aus „einem durchgängigen Schlüsselmerkmal der Transformation“ (ebd., 110) nutzen zu können. Dies sei die Tendenz, dass jede neue Wertschaffung, wo immer sie auch erfolgt, auf Dienstleistungen zurückgehe (ebd., 111). Nach dem Positivszenario könnte die EU im Jahre 2050, gemessen am Bruttoinlandsprodukt, einen Anteil an der Weltwirtschaft haben, der etwa dem der USA entspräche. Beide Anteile gemeinsam wären noch immer größer als jener von China und Indien zusammengenommen (ebd., 99). „Global Europe 2050“ setzt auf Erfolg in der globalen Konkurrenz, eine eigenständige Entwicklung der EU im Konsens mit ihren Bürgerinnen und Bürgern.

Das in „Global Europe 2050“ entwickelte Verständnis von „Renaissance“ geht nur teilweise mit den Vorstellungen des Vorsitzenden des ERT, Johansson, Chef von Ericsson, zusammen. Dieser hatte auf dem European Business Summit vom Mai 2013 zu einer „Europäischen Industrierenaissance“ aufgerufen und resümiert: „Die Wirtschaftskrise hat uns die Chance gegeben, die Dinge in die richtige Richtung verändern zu können. Da ist keine Zeit zu verlieren. Ich bin optimistisch für Europas Zukunft, aber wir müssen die notwendigen Reformen ausführen, um das Investitionsklima zu vervollkommen“ (ERT 2013). Für die Zukunft Europas ist nach Ansicht der Akteure am ERT die globale Konkurrenzfähigkeit entscheidend und für diese die Qualität des Humankapitals. Aber sie wollen nur sehr bedingt für dessen Bildungs- und Reproduktionskosten aufkommen.

Die kurz nach dem Business Summit stattgefundene Europäische Ratstagung hat die Förderung von Konkurrenzfähigkeit zur obersten Priorität für Regierungs- und EU-Politik erhoben bzw. als solche bestätigt: „Vor dem Hintergrund der derzeitigen Wirtschaftslage müssen wir all unsere politischen Möglichkeiten zur Förderung der Wettbewerbsfähigkeit, der Beschäftigung und des Wachstums mobilisieren“ (Europäischer Rat 2013a, 1). Zugleich hat der Europäische Rat die sichere Energieversorgung zu „erschwinglichen und wettbewerbsfähigen Preisen“ zur obersten Priorität für die Energiepolitik in der Europäischen Union erklärt (ebd.). Dass damit Klimawandel und ökologische Zerstörung forciert werden, ist den Regierenden bewusst. Ein jüngst erschienener Weltbank-Bericht warnt vor der anhaltenden Tendenz zur Erwärmung des globalen Klimas auf vier Grad Celsius, was vor allem für die Menschen in den globalen Armutsregionen unbedingt vermieden werden müsse (Potsdam Institute for Climate Impact Research and Climate Analytics 2013, V, VII, 1–14).

Genau eine Woche nach der Europäischen Ratstagung vom Mai 2013 haben Merkel und Hollande den Bericht der deutsch-französischen Unternehmer-Arbeitsgruppe zu Wachstum und Wettbewerbsfähigkeit der Industrie entgegengenommen. In ihrer gemeinsamen Antwort heißt es dann: „Die Kommission und die EIB [Europäische Investitionsbank, J. D.] sollten gebeten werden, im Rahmen des Berichts an die Juni-Tagung des Europäischen Rates, einen ‘Investitionsplan’ für die Europäische Union zu unterbreiten, der auf Folgendem beruht, auf:

- der Nutzung aller auf europäischer Ebene vorhandenen Ressourcen,
- den Instrumenten, die als beste Hebel zur Ankurbelung privater Investitionen genutzt werden können,
- den wichtigsten industriepolitischen Prioritäten, darunter Infrastruktur, Energieeffizienz und erneuerbare Energie, Innovation, digitale Wirtschaft

und die gezielte Einbeziehung kleiner und mittlerer Unternehmen“ (Presse- und Informationsamt der Bundesregierung 2013, 4).

Die nur wenig später stattgefundenene Europäische Ratstagung vom Juni 2013 ist den deutsch-französischen Regierungsvorschlägen gefolgt. Sie hat entsprechenden Initiativen von Projektanleihen als groß angelegte Wirtschaftsförderung bekräftigt und weitergeführt (Europäischer Rat 2013b, 6 f.).

Die Europäische Kommission folgt den deutsch-französischen Regierungsvorschlägen auch in Sachen „Sicherheit“. Man pflegt das Zusammenspiel. Ende Juli 2013 erklärte der Präsident der Europäischen Kommission: „Ohne gemeinsame Verteidigungspolitik werden wir nicht das nötige Gewicht in der Welt haben. Dazu müssen wir unseren Verteidigungs- und Sicherheitssektor stärken. In Zeiten knapper Ressourcen müssen wir unbedingt kooperieren und unsere Ambitionen und Ressourcen aufeinander abstimmen“ (EuActiv 2013). Die Kommissionsmitteilung 542 vom 24. Juli 2013 zielt auf einen neuen Konsens im militärischen Bereich: Dabei würden die Mitgliedstaaten „Zeit und Geld sparen“. Die Rüstungskonzerne und die mit ihnen kooperierenden kleinen und mittleren Unternehmen würden von einem „besseren Zugang zu anderen Märkten, [...] großenbedingten Vorteilen durch mehr Normung und Zertifizierung und besserem Zugang zu EU-Finanzmitteln profitieren. Die europäischen Steuerzahler werden von effizienteren Verteidigungsausgaben, weniger Doppelarbeit in der zivilen und militärischen Forschung und Entwicklung und effizienterer Nutzung der Weltrauminfrastruktur profitieren. Auch der Umwelt wird die bessere Energiebilanz der europäischen Streitkräfte zugutekommen“ (Europäische Kommission 2013, 4).

Die in Deutschland, Frankreich und in der Europäischen Kommission Führenden wie ihre Partner in den industriellen Exportregionen der EU betreiben zum einen Finanzialisierung – Integration und Aufwertung – von Finanzmarktakteuren im gesellschaftlichen Reproduktions- und Vergesellschaftungsprozess, zum anderen Industriepolitik. Die widersprüchlichen Tendenzen gehören zusammen. Das Eurosystem spart den Exporteuren, vor allem den transnationalen Konzernen, Transaktionskosten und verbilligt ihre Ausfuhren. Eine Politik, die an „Globalisierungsgewinnen“ orientiert ist, lässt die Kombination von Industriepolitik und „Sicherheitspolitik“ – als Sicherung von Ressourcenversorgung und Betriebsabläufen, als militärische Verteidigung und militärische Intervention, als Abschottung vor unliebsamer Migration, als Überwachung der Bevölkerung und Kontrolle möglicher Protest- und Alternativbewegungen – „selbstverständlich“ erscheinen.

Die beiden Tendenzen in den Kapitaloligarchie-Symbiosen, gestützt auf den Finanzsektor wie auf den produktiven Bereich, haben ihre Aktionsfelder in

Europa und weltweit ausgedehnt und ihre wechselseitigen Beteiligungen intensiviert. Zugleich haben sie die Kooperation mit den EU-Institutionen und den staatlichen Partnern verstärkt. Produktivkraftentwicklung, Vergesellschaftung in Finanzkapitalhülle und Finanzialisierung sind weiter fortgeschritten.

Dennoch bestehen Interessenwidersprüche fort. Diese betreffen insbesondere das Verständnis und den Umgang mit „Sicherheit“, den Anforderungen an das Humankapital, die Berücksichtigung von Erfordernissen der gesellschaftlichen Reproduktion – die konkrete Gestaltung von Privatisierung in verschiedenen Formen, Haushaltspolitik, Deregulierung sowie Finanzialisierung und Freihandelspolitik. Das kulminiert im Streit um das Verhältnis zu den USA, um das Eurosystem und die Zukunft der EU. Die Interessenwidersprüche gehen vielfach auf Effektivitätserwägungen zurück, denn für beide Tendenzen in den Symbiosen, für die, die auf mehr Finanzialisierung und Freihandel drängen, wie für die, die mehr auf wissenschaftsgetriebene Industrientwicklung zielen, ist die EU nicht effektiv genug. Insgesamt aber überwiegen die „Globalisierungsgewinne“ der EU gegenüber nationalstaatlichen Formen.

Eine Freihandelszone und Investitionspartnerschaft zwischen der EU und den USA (die Transatlantic Trade and Investment Partnership TTIP) verspricht neue Attraktivität. Sie wird gesehen „vor dem Hintergrund (i) erodierender Wettbewerbsfähigkeit der Industriestaaten gegenüber Schwellenländern wie China oder Indien, (ii) dem langjährigen Stillstand bei der multilateralen Handelsliberalisierung im Rahmen der WTO, und (iii) der in der Krise verstärkt hervortretenden Notwendigkeit wachstumsstärkender struktureller Reformen“ (ifo Institut 2013, 10). Für Deutschland und die EU komme laut Wirtschaftsforschungsinstitut ifo noch hierzu, dass die projektierte Freihandelszone zwischen den Anrainerstaaten des pazifischen Ozeans (USA und zehn weitere Länder) an Konturen gewinnt. Durch diese könnten die Pazifikanrainer Zugang zum amerikanischen Markt erhalten, während „europäische Anbieter ins Hintertreffen gelangen könnten“ (ebd.).

Mit der Orientierung auf die neue transatlantische Partnerschaft bei Handel und Investitionen mit den USA wächst die Gemeinsamkeit von Kapitaloligarchien der Eurozone mit britischen Kapitaloligarchien, für deren Interessen Cameron steht. Er fordert die stärkere Zentralisierung von Entscheidungs- und Durchsetzungsmacht dort, wo es um Privatisierung, Marktentgrenzung und Absenkung sozialer Standards geht. Umgekehrt wehrt er sich vehement dagegen, dass über globale Konkurrenz und „Sicherheit“ hinausgehende Anliegen realisiert werden (Dellheim et al. 2013, 3 f.). So gibt es für die EU drei mögliche Hauptszenarien:

1. Beim Festhalten an den gegenwärtigen politischen Prioritäten wird schrittweise die noch fehlende Basis für eine funktionsfähige Wirtschafts- und Währungsunion geschaffen – eine Wirtschaftsregierung, eine Banken- und Finanzunion wie eine Sozialunion mit Mindeststandards mehr oder weniger deutlich unterhalb der Armutsgrenze. Diese Transformation würde den Vier-plus-zwei-Zusammenhang reproduzieren, forciert auf „Globalisierungsgewinne“ orientieren, Kapitaloligarchien in „Kerneuropa“ stärken, die Spaltungen in der EU vertiefen, die Realisierung der Grundrechte behindern und letztendlich die sozialen, ökologischen und globalen Probleme zuspitzen.
2. Auch der Übergang zu einer von Großbritannien forcierten Freihandels- und Sicherheitgemeinschaft würde die sozialen und ökologischen Probleme zuspitzen. Eine solche Gemeinschaft hätte nur im Kontext mit einem EU-US-amerikanischen Freihandels- und Sicherheitsraum eine rationale Begründung.
3. Eine sozialökologische Transformation wäre vor allem im Interesse der sozial Schwachen sowie der Bevölkerungsmehrheiten in der EU, in Europa, in den USA und weltweit so erforderlich wie wünschenswert: Zunächst wäre die Wirtschafts- und Währungsunion, fortschreitend die gesamte EU um eine Wirtschaftsregierung, die nachhaltig soziale und ökologische Lebensbedingungen verbessern will, zu erweitern. Diese Wirtschaftsregierung würde helfen, eine Sozialunion mit armutsfesten Mindeststandards, gesicherten Grundrechten und eine sozial gerechte Banken- und Finanzunion zu schaffen. Der Vier-plus-zwei-Zusammenhang wäre um- und abzubauen, Gewalt gegen Menschen und Naturzerstörung wären konsequent zu bekämpfen, globale Solidarität zu stiften.

Perspektiven einer sozialökologischen Transformation

Eine sozialökologische Transformation, eine menschheitliche Existenzprobleme lösende Gesellschaftstransformation, scheint chancenlos angesichts der Herrschaft von Kapitaloligarchien, der gesellschaftspolitischen Kräfteverhältnisse, der Entwicklungstendenzen in der EU wie angesichts der Verfasstheit ihrer möglichen Akteure. Zugespitzt können die Hauptprobleme wie folgt gefasst werden. Erstens: Kapitaloligarchien sind die Hauptakteure der Produktivkraftentwicklung, der Entwicklung von Verhältnissen zwischen den Menschen im gesellschaftlichen Arbeitsprozess, der Vergesellschaftung in der Hülle des (Finanz-)Kapitals. Da folgerichtig Globalisierungsgewinne – Profitmaximierung, „Sicherheit und globale Handlungsfähigkeit“ – die treibenden Motive der Kapitaloligarchien sind, kann gesellschaftliche Reproduktion nicht als Reproduktion der Gesellschaft in ihrer

Ganzheit erfolgen. Noch weniger kann Reproduktion der Menschheit in ihrer Gesamtheit stattfinden. Im Gegenteil, die enormen sozialen und ökologischen Probleme, die dramatischen menschheitlichen Existenzfragen spitzen sich weiter zu. Zweitens: Da die Entwicklung der Europäischen Union zwischen ihrer Transformation zur Freihandels- und Sicherheitsgemeinschaft mit den USA und ihrer Transformation zum globalen Akteur, der auf „Globalisierungsgewinne“ fixiert ist, pendelt, werden in der EU primär Interessen der Kapitaloligarchien realisiert und das ohnehin schwache Problemlösungspotenzial weiter zerstört. Drittens: Aufgrund der Schwäche und Verfasstheit der Akteure sozialökologischer Transformation schwinden die Möglichkeiten, soziale und ökologische Zerstörung zu verlangsamen und zu stoppen, sozial und ökologisch nachhaltige gesellschaftliche Entwicklung einzuleiten.

Die emanzipativ-solidarischen Akteure sehen sich zumindest drei zusammengehörenden Dilemmata gegenüber: Sie sind genötigt, Abwehrkämpfe gegen die Herrschenden zu führen, die die Krise nutzen wollen, um ihre Reproduktionsbedingungen zu verbessern und ihre gesellschaftlichen Machtpositionen auszubauen. Die Subalternen sind genötigt, für ein Dagegen-Sein zu mobilisieren, das unattraktive Nein-Sagen zu praktizieren. Weiterhin kann es keine Problemlösungen im Rahmen des geltenden EU-Rechts und der vorhandenen Institutionen geben. Aber diese dominierenden Akteure nutzen nicht einmal die vorhandenen rechtlichen Möglichkeiten aus, die Probleme zu mindern. Weder können die Institutionen zerstört werden noch würde ihre Zerstörung das Problemlösungspotenzial mehren. Im Gegenteil, sie würde dieses Potenzial forciert vernichten. Emanzipativ-solidarische Akteure müssen sich für die umfassende Nutzung der vorhandenen Möglichkeiten einsetzen und dürfen nicht auf einen Kurs gegen die europäischen bzw. EU-Institutionen an sich einschwenken. Schließlich ist klar, dass es kurzfristig nicht möglich ist, auf der EU-Ebene eine sozial und ökologisch nachhaltige Entwicklung einzuleiten. Noch weniger ist dies auf der globalen Ebene möglich.

Wenngleich dieses Resümee ausweglos anmuten mag, birgt es transformativische Potenzen in sich: Es muss folgerichtig um politische Strategien gehen, die Abwehrkämpfe gegen die Angriffe der Herrschenden mit der Erschließung von Handlungsmöglichkeiten im Rahmen der bestehenden Institutionen miteinander verbinden und auf eine sozial und ökologisch nachhaltige Entwicklung zielen. Damit könnte „Dagegen-Sein“ eine positive Ausrichtung erhalten. Interessenwidersprüche in den Institutionen könnten angesprochen und genutzt werden, um eigene Positionen zwecks Problemmilderung und -lösung zu stärken. Bündnismöglichkeiten könnten erschlossen werden. Die Auseinandersetzung

mit den eigenen Dilemmata könnte also eine Bewegung stärken, die auf sozial-ökologische Transformation gerichtet ist. Dabei wäre die „Messlatte“ für jede europapolitische Initiative eine Verbesserung der Bedingungen, die geeignet sind, einen Richtungswechsel der Europäischen Union zu erwirken. Gemessen an den Problemen wären zwar zunächst ein Stopp, eine Verhinderung, eine Atempause oder ein Moratorium nur ein kleiner Schritt. Aber allein dies würde den politischen Willen und die Möglichkeit zu solch einem Wechsel symbolisieren und wäre damit ein hoch zu schätzender Erfolg. Es wäre ein Einstieg, sodass die notwendigen und möglichen Folgeschritte sichtbar werden.¹¹

Ein solches Herangehen hat vier sehr praktische Konsequenzen. Erstens: Bei den Abwehrkämpfen gilt es, demokratische, soziale und ökologische Standards zu verteidigen und weitere Privatisierungen des Öffentlichen sowie neue Schübe der Finanzialisierung zu verhindern. Zugleich geht es darum, (Groß-) Projekte einer Industriepolitik zu stoppen, die auf globale Konkurrenzfähigkeit, „Sicherheit“, „globale Handlungsfähigkeit“ fixiert und Militarisierung forciert. Große Bedeutung hat die Abwehr neuer Freihandelsabkommen, durch die die Kräfteverhältnisse weiter zugunsten der Kapitaloligarchien verschoben werden.

Zweitens: Ein solches Agieren setzt Analysen zu den bestehenden Machtverhältnissen und ihren Zusammenhängen mit den Wirtschafts-, Reproduktions- und Gesellschaftsstrukturen voraus. Da kann es nicht einfach um „die Herrschenden“, „das Kapital“, „den Staat“ oder die „Kapitalistenklasse“ gehen, sondern es ist zu fragen, wer warum was sehr konkret im Zusammenspiel mit wem tut. Es gibt tiefe Widersprüche zwischen den Kapitaloligarchien und größeren Teilen der Unternehmerschaft, deren soziale Lage vielfach denen der Lohnabhängigen näher ist. Werden diese Differenzierungen nicht gesehen, wird die Arbeit an Strategien für einen Politikwechsel erschwert: Potenzielle Partner für eine sozialökologische Transformation würden nicht gesehen und vielleicht den Kapitaloligarchien zusätzliche Einflussräume überlassen.

Drittens: Akteure sozialökologischer Transformation sollten konkrete Alternativen einer zivilen Industrie- und Infrastrukturpolitik sowie einer Handelspolitik ausarbeiten. Sie sollten klären, wie dabei sowohl realer Handlungsnotwendigkeit als auch realistischer Machbarkeit entsprochen werden könnte. So wären Aufgaben zu formulieren, die sowohl vom zeitlichen Horizont als auch von den Interessen und Machtpositionen der Akteure sowie den Steuerungspotenzen her lösbar sind und tatsächlich sozial und ökologisch nachhaltige Entwicklungen einleiten könnten. Das gilt insbesondere für Problemlösungen, die lokal und

11 Vgl. dazu den Beitrag von Lutz Brangsch in diesem Band.

regional beeinflusst werden können wie in der Energieversorgung und in der Transportwirtschaft oder in der Bau- und Agrarwirtschaft. Sie betreffen unmittelbar den Alltag der Bürgerinnen und Bürger. Die Akteure sozialökologischer Transformation können als Beschäftigte, Einwohner, als Kunden, als Sachverständige, als sozial, ökologisch, politisch Engagierte über ihre Organisationen und Zusammenschlüsse Einfluss nehmen (Dellheim/Wolf 2013, 9).

Viertens: Wer in der gesellschaftspolitischen Defensive ist und an der Organisation solidarisch-emanzipativer Gegenmächte arbeitet, sollte mit jenen zusammenarbeiten, die aktiv nach Möglichkeiten suchen, um hier und heute selbstbestimmter, solidarischer und ökologisch vernünftiger zu handeln. Es sollte die Kooperation mit jenen ausgebaut werden, die am dringlichsten auf Hilfe angewiesen sind, sowie mit allen, die sich gegen Großprojekte der Kapitaloligarchien einschließlich von Militarisierung, Deregulierung, Kommerzialisierung, Privatisierung und Finanzialisierung des Öffentlichen, gegen den Abbau demokratischer, sozialer und ökologischer Standards wenden. Derartige Kämpfe finden vor allem am konkreten Ort und in der Region statt, wo tragfähige Bündnisse entstehen können.¹²

Weil es in diesen Auseinandersetzungen immer um die Demokratisierung und den solidarischen Ausbau des Öffentlichen geht, könnte dem radikalen Oligarchie-Kritiker Winters zugestimmt werden, wenn er sagt: „Es gibt keinen Automatismus, der mit der Annahme freier und partizipativer Regierungsformen die Oligarchie beenden würde. Das kommt daher, dass der Umstand, wer die Gesetze macht oder wie die Gesetze für die Gesellschaft gemacht werden, nichts mit der Quelle der Oligarchie zu tun hat [...]. Die Oligarchie zu beenden, ist unmöglich, ohne die Machtressource, die die Oligarchie bestimmt – den konzentrierten Reichtum –, zu zerstreuen“ (Winters 2011a, 284 f.). Aber Winters übersieht, dass die Tatsache, „wer die Gesetze macht und wie die Gesetze für die Gesellschaft gemacht werden“, Ausdruck von gesellschaftspolitischen Kräfteverhältnissen ist. Die Quelle der Oligarchie liegt nicht im „konzentrierten Reichtum“ selbst, sondern in den Ursachen für jene Prozesse, die diesen Reichtum hervorbringen. Reichtum ist letztendlich zugleich ein Ergebnis und Moment von Aneignung.

„Aneignung“ wird hier als ein gesellschaftlicher Prozess verstanden, in dem gesellschaftliche Arbeit organisiert und realisiert wird. Dieser Prozess findet seinen vorläufigen Abschluss darin, dass jemand sich Arbeitsergebnisse anderer ohne adäquate Gegenleistung aneignet. Das vermager, nicht weil er reich ist, sondern er ist reich, weil er dies vermag und er vermag es, weil er über die Produktionsmittel

12 Vgl. dazu den Beitrag von Michael Thomas in diesem Band.

verfügt. Die Kapitaloligarchie ist nicht dieser Jemand schlechthin. Sie ist eine Kooperation der stärksten Jemande und ihrer engsten Partner in den wichtigsten gesellschaftlichen Machtzentren. Dabei sind auf der heutigen Entwicklungsstufe der Produktivkräfte diese Kapitaloligarchien nicht für die Organisation und Realisierung des gesellschaftlichen Arbeitsprozesses erforderlich, sondern sie wirken im Gegenteil zerstörerisch auf Mensch, Natur und Gesellschaft. Demokratisierung der Wirtschaft und Gesellschaft würde die Voraussetzungen dafür schaffen, dass die Vorherrschaft der Kapitaloligarchien überwunden werden kann, dass ihre Position im gesellschaftlichen Arbeits- und Aneignungsprozess zurückgedrängt und letztendlich zerstört wird. Um diese Auseinandersetzungen wirksam zu führen, müssen die solidarisch-emanzipativen Kräfte fähig sein, objektive Interessenwidersprüche zur Wirkung zu bringen.

So bringen die neuen Technologien und Finanzierungsmöglichkeiten neue Möglichkeiten individueller Unabhängigkeit und veränderte Bedürfnisse nach Selbstbestimmung hervor. Es wächst das Interesse an Gesundheit, Bildung, Selbstbestimmung sowie an vernünftiger Arbeit und gesichertem Einkommen, an intakter Natur, an einem friedlichen, funktionierenden Alltag. Akteure in der Verwaltung wirken auf Interessenübereinstimmung unter sozial und politisch sehr heterogenen Kräften hin. Die „Qualität des Humankapitals“ und der Ökosysteme bestimmt über Profite des Finanzkapitals, aber auch über die Lebensbedingungen der Subalternen (Dellheim et al. 2012, 15 f.). So kann das Konzept „Global Europe 2050“, das nach neuer Attraktivität der EU sucht und dabei auf das Engagement der Bürgerinnen und Bürger und zugleich auf einen starken öffentlichen Sektor im Forschungs- und Innovationsraum EU setzt, durchaus kritisch genutzt werden, um demokratische Alternativen und Bündnisse für eine sozialökologische Transformation zu entwickeln. Das gilt auch für die Auseinandersetzung mit den Ursachen und Verursachern der globalen Finanz- und Wirtschaftskrise, an der große Teile der Bevölkerung interessiert sind.

Alle diese Aktivitäten betreffen früher oder später die Haushalts- und Finanzpolitik, die Infrastruktur-, Industrie- und Handelspolitik. Akteure sozialökologischer Transformation sollten dazu beitragen, die hieran tatsächlich beteiligten Akteure wie die Betroffenen mit ihren Interessen und Kompetenzen, die Entscheidungs- und Machtstrukturen transparent zu machen und auf Problemlösungen gerichtete Handlungsmöglichkeiten aufzuzeigen. Es dreht sich bei diesen Politiken um Momente und Phasen gesellschaftlicher Reproduktion, um konkrete Bestimmung bzw. konkreten Einfluss auf die Lebensbedingungen von sozial ungleich gestellten Menschen, sozialen Gruppen und Klassen, um Kapitalakkumulationsbedingungen, insbesondere bzw. vor allem für das Finanzkapital,

um die Interessenrealisierung von Kapitaloligarchien. Es wäre also zu klären, wo wer was mit welchen gesellschaftlichen Konsequenzen entscheiden darf und ausgehend von den Interessen- und Kräftekonstellationen wären die Kämpfe um Demokratie und gegen die Vorherrschaft der Kapitaloligarchie zu organisieren.

Das wären wesentlich konkrete Auseinandersetzungen um die staatlichen und EU-Institutionen. Schließlich wäre „Sicherheit“ anders zu interpretieren und politisch umzusetzen, den transnationalen Konzernen wäre die Wirtschaftsförderung zu entziehen. Sie müssten steuerpolitisch, handelspolitisch, wirtschaftsrechtlich am Spekulieren, Finanzialisieren, an strategischen Beteiligungen wie am zerstörerischen Investieren gehindert werden. In der Folge müssten die Netzwerke der Eliten demontiert, das Finanzkapital „seziert“ und tatsächlich vergesellschaftet werden. Das setzt deutlich veränderte Machtkonstellationen voraus, die in den EU-Mitgliedsländern Regierungs- und Politikwechsel bewirken. Sie wären die Bedingung dafür, dass koordiniert handelnde staatliche und EU-Institutionen zustande kommen, die eine sozialökologische Transformation befördern. Allerdings müssten zunächst die bisherigen zivilen Institutionen, die Wirtschafts- und Währungsunion erhalten und eine Wirtschaftsregierung geschaffen werden. Ein wirksamer Beitrag dazu wird den Akteuren sozialökologischer Transformation nur gelingen, wenn sie die Bürgerinnen und Bürger in der Union für eine attraktive EU motivieren und organisieren können – für eine EU als solidarischer globaler Akteur, der nicht auf Weltmarktkonkurrenz und globales Eingreifen zur Sicherung seiner Rohstoff- und Exportinteressen setzt.

Für eine konstruktive Wirtschaftsregierung wiederum müssten die Mitgliedstaaten der Europäischen Währungsgemeinschaft zusätzliche Kompetenzen und einige Mitgliedsländer müssten zudem (enorme) finanzielle Ressourcen für eine gemeinschaftliche Verfügung abgeben. Wegen der Umverteilung von Lasten über nationale Grenzen hinweg müssten die Rechte des Europäischen Parlaments erweitert und aufgewertet werden (Dellheim/Wolf 2013, 99–102). Im Ringen darum muss und kann auch EU-Recht genutzt werden, insbesondere der Lissabonner Vertrag. Er schließt ein zeitweises Aussetzen repressiver Direktiven wie der Regeln des Stabilitäts- und Wachstumspaktes und Moratorien zum Zeitgewinn für die Formierung demokratischer Gegenkräfte nicht aus und enthält die Möglichkeit, Europäische Bürgerinitiativen auszulösen. So könnte selbst dieser Vertrag zum Einfallstor für eine Politik werden, die seinen eigentlichen Intentionen widerspricht.

Die Europäische Union verfügt über eine Nachhaltigkeitsstrategie, auf deren Grundlage gegen die Finanzialisierung des wirtschaftlichen wie gesellschaftlichen Lebens und die Privatisierung des Öffentlichen vorgegangen werden kann. Diese Nachhaltigkeitsstrategie ermöglicht grundsätzlich auch Kapitalverkehrskontrol-

len, ein Abgehen vom US-Modell als Entwicklungsorientierung, insbesondere von den US-amerikanischen Ratingagenturen als Bewertungsgrundlage für die Sicherheit von öffentlichen Anleihen, die Bekämpfung von Steuerflucht und Spekulation mit Lebensmitteln, Rohstoffen, Währungen und Staatsschulden. Die EU-Nachhaltigkeitsstrategie ist nicht vereinbar mit einer Freihandels- und Sicherheitsgemeinschaft zwischen der EU und den USA. Hingegen kann sie die Einführung bzw. Hebung demokratischer, sozialer und ökologischer Mindeststandards, den demokratischen und solidarischen Ausbau des Öffentlichen, insbesondere der solidarischen Sozialsysteme und eine entsprechende Lokal- und Regionalentwicklung, begründen. Die Nachhaltigkeitsstrategie, die sehr wohl einen Umbau und Abbau des oligarchischen Vier-plus-zwei-Zusammenhangs erlaubt, sollte als ein Ausgangspunkt für den unverzichtbaren demokratischen EU-Verfassungsprozess dienen. Dieser darf jedoch keinesfalls vor allem als Forderung an Regierungen herangetragen werden, sondern kann nur dann wirksam werden, wenn er aus gesellschaftspolitischen Auseinandersetzungen hervorgeht. Er müsste einen realen sozialen Prozess begleiten, in dem sich politische Akteure verändern, die politischen Kräfteverhältnisse verschieben und den Einstieg in eine sozialökologische Transformation erwirken. Dabei geht es sowohl auf der Ebene der EU als auch ihrer Mitgliedstaaten insbesondere um einen Stopp, die Zurückdrängung und letztlich um die Auflösung herrschender Kapitaloligarchien. So könnte die Europäische Union die Fähigkeit und die Kraft erlangen, einen Beitrag zu leisten, globale Probleme zu lösen. Sie könnte ein solidarischer globaler Akteur werden, der für globale Bündnisse im Interesse der Weltbevölkerungsmehrheit attraktiv sein wird (ebd., 101 f.). Die lebendige Substanz dieser Veränderungen sind die politischen Kämpfe für eine sozialökologische Transformation, die anhaltend, nachhaltig und erfolgreich auch und insbesondere als Kämpfe um emanzipativ-solidarische, sozial gerechte und ökologisch verantwortungsvolle Lebensweisen geführt werden (Brand/Wissen 2011). Eine andere Welt und ein anderes Leben gehören genauso zusammen wie die Veränderung und Selbstveränderung zu einer transformativen Praxis.

Literatur

- Bertelsmann-Stiftung (2003). Bertelsmann Transformationsindex. Ländergutachten Venezuela, abrufbar unter: <http://bti2003.bertelsmann-transformation-index.de/46.0.html>
- Bhagwat, Vishnu (2010). The Weaponization of Space: Corporate Driven Military Unleashes Pre-emptive Wars, abrufbar unter: www.globalresearch.ca/the-weaponization-of-space-corporate-driven-military-unleashes-pre-emptive-wars/21432

- Brand, Ulrich/Wissen, Markus (2011). Sozial-ökologische Krise und imperiale Lebensweise. Zu Krise und Kontinuität kapitalistischer Naturverhältnisse, in: Demirović, Alex/Dück, Julia/Becker, Florian/Bader, Pauline (Hrsg.): Vielfachkrise. Im finanzmarktdominierten Kapitalismus, Hamburg: VSA, 78–93
- Carroll, William K. (2010). The making of a transnational capitalist class. Corporate power in the twenty-first century, London/New York: Zed
- Carroll, William K./Fennema, Meindert/Heemskerk, Eelke M. (2010). Constituting Corporate Europe: A Study of Elite Social Organization, in: Antipode, (4), 811–841
- Crome, Erhard (2013). Deutschland in Europa – eine neue Hegemonie. Beitrag auf der außenpolitischen Konferenz der Rosa-Luxemburg-Stiftung und der Zeitschrift WeltTrends am 12. Oktober 2012, abrufbar unter: www.rosalux.de/fileadmin/rls_uploads/pdfs/sonst_publicationen/Deutschland_in_Europa.pdf
- Dellheim, Judith/Brangsch, Lutz/Wolf, Frieder-Otto/Spangenberg, Joachim (2012). Den Krisen entkommen. Sozialökologische Transformation, Berlin: Karl Dietz
- Dellheim, Judith/Wolf, Frieder-Otto (2013). Das „wohlverstandene Eigeninteresse“ der Völker der Europäischen Union, eine Entgegnung auf Jürgen Habermas, in: Berliner Debatte Initial, (2), 91–103
- Dellheim, Judith/Wolf, Frieder-Otto/Zimmer, Gabi (2013). Offene Frage zu Europa, hrsg. von der Rosa-Luxemburg-Stiftung, Standpunkte, (4), Berlin
- Deutsche Bank Research (2013). Der EU-Binnenmarkt nach 20 Jahren. Erfolge, unerfüllte Erwartungen und weitere Potenziale, Frankfurt am Main: Deutsche Bank
- Eisenhower, Dwight D. (1961). Exit Speech, abrufbar unter: www.youtube.com/watch?v=8y06NSBBRtY
- ERT (2013). ERT meets with Merkel, Hollande and Barroso on Europe's Competitiveness, abrufbar unter: www.ert.eu/sites/default/files/ERT%20delegation%20meets%20with%20Merkel%2C%20Hollande%20and%20Barroso%20on%20Europe%27s%20competitiveness%20PRESS%20RELEASE%2018%20March%202013.pdf
- EuActiv (2013). EU-Rüstungssektor und Drohnen für mehr Souveränität, in: Euractiv.de, abrufbar unter: www.euractiv.de/druck-version/artikel/barnier-eu-drohnen-verteidigung-sicherheit-ruestung-007817
- Europäische Kommission (1999). Finanzdienstleistungen: Kommission legt Aktionsplan für Finanzbinnenmarkt vor, in: IP, (327), abrufbar unter: http://europa.eu/rapid/press-release_IP-99-327_de.htm?locale=en
- (1999a). Finanzdienstleistungen. Abstecken eines Aktionsrahmens, Brüssel: Europäische Kommission
 - (2010). EUROPA 2020 Eine Strategie für intelligentes, nachhaltiges und integratives Wachstum, abrufbar unter: <http://eur-lex.europa.eu/LexUriServ/LexUriServ.do?uri=COM:2010:2020:FIN:DE:HTML>
 - (2012). Global Europe 2050, Brüssel: Europäische Kommission
 - (2013). Auf dem Weg zu einem wettbewerbsfähigeren und effizienteren europäischen Verteidigungs- und Sicherheitssektor, Brüssel: Europäische Kommission

- Europäische Union (2013a). Der Vertrag von Lissabon, in: Europa. Zusammenfassung der EU-Gesetzgebung, abrufbar unter: http://europa.eu/legislation_summaries/institutional_affairs/treaties/lisbon_treaty/index_de.htm
- (2013b). Einheitliche Europäische Akte, abrufbar unter: http://europa.eu/legislation_summaries/institutional_affairs/treaties/treaties_singleact_de.htm
- (2013c). Verwirklichung des freien Kapitalverkehrs, abrufbar unter: http://europa.eu/legislation_summaries/internal_market/single_market_capital/125068_de.htm
- Europäischer Rat (2013a). Schlussfolgerungen der Tagung vom 22. Mai 2013, Brüssel: Europäischer Rat
- (2013b). Schlussfolgerungen des Europäischen Rates. Tagung am 27. und 28. Juni 2013, Brüssel: Europäischer Rat
- Eurostat (2012). Die Werte der EU-Bürger, Brüssel: Europäische Kommission
- (2013). Europe in the World 2013. A Statistical Portrait, Brüssel: Europäische Kommission
- Frangakis, Marica (2013). Europe's Financial Systems under Pressure – EU Financial Market Integration Policy, in: Grahl, John (Hrsg.): Global Finance and Social Europe, Cheltenham, England: Edward Elgar Publishing, abrufbar unter: <http://kapacc.blog.rosalux.de/files/2013/06/Chapters-3-4-final.pdf>
- Gloger, Katja (2009). „Was die Welt bewegt“: Obamas Pakt mit dem Teufel, in: stern.de, abrufbar unter: www.stern.de/politik/ausland/was-die-welt-bewegt-obamas-pakt-mit-dem-teufel-661052.html
- Grimstone, Gerry (2013). Außerhalb der Europäischen Union könnten wir unseren Wohlstand nicht halten. Interview von Sabine Seeger, in: VDI nachrichten, (1)
- Hesse, D./Strehle, R. (2011). Der Bund, abrufbar unter: www.derbund.ch: www.derbund.ch/wissen/natur/Too-connected-to-fail/story/21929302?track
- Hilferding, Rudolf (1947). Das Finanzkapital. Eine Studie über die jüngste Entwicklung des Kapitalismus, Berlin: Dietz
- Huffschmid, Jörg (1999). Politische Ökonomie der Finanzmärkte, Hamburg: VSA
- ifo Institut (2013). Dimensionen und Auswirkungen eines Freihandelsabkommens zwischen der EU und den USA, München: ifo Institut
- König, Jörg/Ohr, Renate (2012). EU-Binnenmarktintegration im Lichte des EU-Integrationsindex, in: ZBW-Leibniz – Informationen Wirtschaft, 795–800
- Lenin, Wladimir I. (1960). Der Imperialismus als höchstes Stadium des Kapitalismus, in: ders.: Werke, Berlin: Dietz, 189–309
- Marx, Karl (1973). Das Kapital. Kritik der politischen Ökonomie. Dritter Band, in: MEW, Bd. 25, Berlin: Dietz
- Pijl, Kees van der/Holman, Otto (2013). Transnationale Verflechtung und Stellung des deutschen Kapitals in der EU, in: Z, (93), 95–107
- Potsdam Institute for Climate Impact Research and Climate Analytics (2013). 4. Turn Down the Heat. Climate Extremes, Regional Impacts, and the Case for Resilience. A report to the World Bank, Washington: World Bank

- Presse- und Informationsamt der Bundesregierung (2013). Erklärung des Deutsch-Französischen Ministerrates anlässlich des 50. Jahrestags des Élysée-Vertrags, abrufbar unter: www.elysee50.de/Erklärung-des-Deutsch,8487.html
- Reich, Robert B. (2008). Superkapitalismus. Wie die Wirtschaft unsere Demokratie untergräbt, Frankfurt am Main: Campus
- Rügemer, Werner (2012). Rating-Agenturen. Einblicke in die Kapitalmacht der Gegenwart, Bielefeld: Transcript
- Toporowski, Jan (2008). The Economics and Culture of Financialisation, Department of Economics, in: Working Paper. London: School of Oriental and African Studies, Bd. 158
- Vitali, Stefania/Glatfelder, James B./Battiston, Stefano (2011). The Network of Global Corporate Control, Zürich: EHT Zürich, abrufbar unter: <http://ethz.focproject.net/viewer/tnc>
- Windolf, Paul (2008). Eigentümer ohne Risiko. Die Dienstklasse des Finanzmarkt-Kapitalismus, in: Zeitschrift für Soziologie, (6), 516–535
- Winters, Jeffrey A. (2011a). Oligarchy, Cambridge/New York: Cambridge University Press
- (2011b). Oligarchy and Democracy. The American Interest, in: Holidays, (November/December), 18–27
- Wolf, Frieder-Otto (2008). Umbau, Übergang, Transformation. Arbeitsthesen für einen begrifflichen Rahmen, in: Dellheim, Judith/Krause, Günter (Hrsg.): Für eine neue Alternative. Herausforderungen einer sozialökologischen Transformation, Berlin: Karl Dietz, 25–46
- Zarek, Brigitte (2006). Die Osterweiterung der Europäischen Union: Auswirkungen auf die Handelsstrukturen zwischen der EU-15 und den Ländern Mittel- und Osteuropas, in: Osteuropa-Wirtschaft, (2), 107–126
- Zeller, Christian (2011). Verschiebungen der Krise im globalen Rentierregime, Ungleichgewichte und Suche nach neuen Feldern, in: Zeitschrift für Wirtschaftsgeographie, (1–2), 65–83

Lutz Brangsch

Transformationsprozesse und ihre Politisierung in Einstiegsprojekten

In historischen Übergangssituationen interessieren immer vor allem die auflösenden Momente des Alten, die das Neue vorwegzunehmen scheinen. Diese Auflösung als eine Seite der Transformation ist mit der Entstehung einer Vielzahl von Projekten und Praxen verbunden, die mit dem Anspruch des Andersseins ins Leben treten. Manche existieren länger, manche kürzer, einige bestanden bereits früher, spielen aber unter transformatorischen Bedingungen eine neue Rolle. Wo lassen sich Maßstäbe finden, an denen deren Bedeutung wenigstens annähernd verstanden werden kann?

Georg Lukács führte für die Situation des Unsicheren, Fließenden die Kategorie des „Geradesoseins“ ein. Er betonte, dass bei den Klassikern des Marxismus das „Geradesosein gesellschaftlich-geschichtlicher Phänomene niemals methodologische Gegensätze, vielmehr [...] eine untrennbare dialektische Einheit“ bildeten. Geradesosein sei „eine gesellschaftlich-geschichtliche Kategorie, die notwendige Erscheinungsweise des widerspruchsvollen Zusammenspiels der [...] jeweils wirksamen ökonomisch-socialen Kräfte innerhalb eines gesellschaftlichen Kampfes auf einer bestimmten Stufe seiner [...] historischen Entwicklung. Für Theorie und Praxis ist also die Erkenntnis der besonderen Gesetzlichkeit des Geradesoseins (zumindest) ebenso [...] wichtig wie die der allgemeinen Bestimmungen und Gesetzlichkeiten“ (Lukács 1985, 23). Greg Sharzer knüpft hier inhaltlich in seinem 2012 erschienenen Buch „No local. Why small-scale alternatives won't change the world“ bei der Bewertung der Rolle von „kleinen Alternativen“ bzw. Reformen (small-scale alternatives) an: „Das ist der Grund, warum die Bewegungen für Reformen diese Bedeutung haben: nicht wegen ihrer Ziele allein, die der Neoliberalismus beständig versucht einzugrenzen, sondern wegen des Selbstvertrauens und des Wissens, das sie hervorbringen [...]. Lokale Bewegungen sind der Schlüssel in diesem Kampf, indem sie die sozialen Beziehungen im Kapitalismus herausfordern und für die Kontrolle über den Arbeitsprozess, die Ressourcen und gegen Umwelterstörung kämpfen“ (Sharzer 2012, 156). Dies ist zweifelsfrei wahr – verweist aber auf die Frage, auf welche

Weise sich in diesen Kämpfen Selbstvertrauen und Wissen herausbilden und wie sie in neues Handeln umschlagen. Anknüpfend an den Titel von Sharzers Buch sollte man sagen: Kleine Alternativen werden die Welt nicht verändern – aber ohne kleine Alternativen wird sich die Welt nicht ändern und es wird keine große Alternative geben.

Die Untersuchung der Beherrschung von Veränderungsprozessen in Unternehmen ist eines der wichtigsten Gebiete der Managementtheorien (Change Management). Hier steht aber nicht der gesellschaftliche Wandel im Mittelpunkt, wenn er auch als Bedingung durchaus Berücksichtigung findet. Die Frage, wie Innovationen sich aus dem „Kleinen“ in das „Große“ umsetzen und wie diese Prozesse gestaltet werden können, ist aber mit der wachsenden Komplexität von Gesellschaft, der Dynamik technologischer Entwicklungen und der Zuspitzung der sozialökologischen Krisen existenziell geworden. So wird die Rolle von Einstiegen in andere, vornehmlich nachhaltige Entwicklungslogiken heute aus verschiedenen Gesichtspunkten diskutiert. Ausdruck dessen sind zum Beispiel die Verleihung des Nobelpreises 2009 an Elinor Ostrom oder der Publikumserfolg der Bücher von Jared Diamond. Ostrom etwa geht es in ihrem Werk darum zu zeigen, dass eine kollektive, auf Nachhaltigkeit orientierte Bewirtschaftung von „Allmenderessourcen“ (von allgemeinen Reproduktionsbedingungen), wie sie in meist kleinräumigen Projekten und Praxen realisiert wird, möglich ist (vgl. Ostrom 1999, 37). Sie rechnet darauf, dass die Kraft des Beispiels und ihre theoretisch verallgemeinernde Erklärung Anstöße zur Lösung der Weltprobleme auf globaler Ebene geben können. Ostrom geht davon aus, dass das Erlernen von Fertigkeiten zur Problemlösung (und damit zu transformatorischem Handeln) in lokalen Kontexten die Menschen befähigt, auch ihnen eigentlich fernliegende Probleme zu bewältigen (vgl. Ostrom 2005, 288). Sie verweist an anderer Stelle in der praktischen Zuspitzung der Problematik auf das Zusammenwirken von unternehmerischem Handeln, Selbstverwaltung und partizipativer Demokratie (Kaelble/Ohanian 2011). Insofern sieht sie in den von ihr untersuchten Praxen keine Nischen, beantwortet aber die Frage nach dem Wie der praktischen Verbindung der „großen“ und „kleinen“ Transformationen nicht. Wesentlich ist für sie der Nachweis der Möglichkeit eines anderen, gesellschaftsverändernden Verhaltens. Erik Olin Wright folgt einem ähnlichen Gedanken, wenn er seine Transformationstheorie als „Theorie der strukturellen Möglichkeiten“ charakterisiert (Wright 2010, 107). Indem Praxen mit intendierten und nicht intendierten transformatorischen Effekten im Spannungsfeld von Staat, Wirtschaft und Zivilgesellschaft wirken, lösen sie den von ihm als „hybride“ Ordnung verstandenen Kapitalismus auf. Der Schlüssel dazu sei das „social empowerment“ (ebd., 128 f.).

Grin et al. werfen die Frage auf, wie die Potenziale „kleiner“ Veränderungen durch geeignete Formen der Governance erfolgreich gemacht werden können. Sie betrachten dabei die „kleinen“ Projekte vor allem auch als „Experimente“, aus denen verallgemeinerbare Praxen hervorgehen könnten (Grin et al. 2010, zusammenfassend 331 ff.).

Harald Welzer nähert sich schließlich der Frage nach transformatorischen Potenzialen von einer kulturwissenschaftlichen Seite und betont in seinem Projekt *Futurzwei* so auf andere Weise die Kraft des Beispiels (Welzer 2013). Schon Bertolt Brecht forderte als politischer Künstler in diesem Sinne in einem Brief an Karl Korsch, die „ganze Entwicklung“ und den Bruch, zu dem sie führte, zu sehen, „weil so viele neue Zeitalter entstehen, wenn alles beim alten bleibt“ (Brecht 1983, 366). Es ist bedenkenswert, dass die Betrachtung von Transformationsprozessen gerade in künstlerischer Hinsicht viel weiter entwickelt ist als in politischer oder auch theoretischer.¹ Die Kollision des Hergebrachten, meist in individuellen Schicksalen manifest, mit dem Neuen ist einer der klassischen Gegenstände künstlerischer Darstellung bzw. Erkenntnis.

Diese Grauzone des Werdens im Werden betrachte ich hier als Transformation (zu dem hier vertretenen Konzept von Transformation und Transformationsforschung vgl. Brangsch 2013). Häufig wird diese Seite der Gesellschaftsveränderung als Herausbildung *neuer Gewohnheiten* bzw. Revolution in der Kultur/Lebensweise charakterisiert. Damit stellt sich aber die Frage nach den Elementen im heutigen Gesellschaftszustand, die die Basis für *neue Gewohnheiten* bilden oder bilden könnten. Die qualitativen Sprünge/Umschläge in der gesellschaftlichen Entwicklung in ihrer Anhäufung von Quantitäten zu verstehen, ist eine sowohl theoretische wie auch praktische und politisch-konzeptionelle Herausforderung. Der Schlüssel muss in der täglichen Praxis gesucht werden, in den sich alternativ verstehenden Praxen genauso wie in denen, die ganz verbreitet auftreten und scheinbar völlig in der Logik des Gegenwärtigen liegen. Zu Beginn des 20. Jahrhunderts verschiebt sich in der sozialistisch orientierten Arbeiterbewegung der Fokus von der Einheit großer und kleiner Wandlungen (wie bei Marx noch selbstverständlich unterstellt) hin zu der Überbetonung der großen und einer entsprechenden Umbewertung der kleinen Veränderung. Diese Umbewertung, die

1 Verwiesen sei auf das Stück „Blaue Pferde auf rotem Gras“ von Michael Schatrow, Brechts Lehrstücke oder sein Tui-Fragment, auf Peter Weiss' „Die Ästhetik des Widerstands“ oder heute auf Dietmar Dath. Der bürgerliche Bildungsroman und die revolutionär-proletarische Literatur der 1920er Jahre sind in diesem Sinne gleichermaßen als „Transformationsliteratur“ zu verstehen.

man auch als Missachtung bezeichnen könnte, läuft in der kommunistischen wie in der sozialdemokratischen Strömung auf die Reduktion der alltäglichen Praxis auf taktische Aspekte und die Arbeit in „Vorfeldorganisationen“ hinaus. Hinter diesen scheinbar nur organisationspolitischen Veränderungen stand eine Veränderung der grundsätzlichen Sicht auf die Rolle der Individuen auf der einen und der „Apparate“ auf der anderen Seite in gesellschaftlichen Veränderungsprozessen.

In dem vorliegenden Beitrag wird es nicht um die Analyse alternativer Praxen als solche gehen. Dazu liegen aus verschiedenen Zeiten und Regionen ganz unterschiedliche Studien und Erfahrungsberichte vor (völlig willkürlich Elsen 2011b; Hille 2009; Krause 2013 [auch unter <http://tinyurl.com/qhh9dmw>]; Runge/Vilmar 1988). Der vorliegende Beitrag widmet sich der Frage, welche Anforderungen sich aus dem Bewegen in der hier skizzierten Grauzone, in der Reform und Revolution ineinander fließen, an soziale und politische Bewegungen in ihrem Handeln und in ihrer organisatorischen Verfassung stellen. Wir greifen damit die von Marx in der 3. Feuerbachthese formulierte, aber von ihm nicht beantwortete Frage nach dem Verhältnis von praktischem Handeln der Menschen als Individuen oder Gruppen mit bestimmten, praktisch greifbaren Zwecken und Intentionen auf der einen und ihren gesellschaftsverändernden Wirkungen auf der anderen Seite auf.²

Das Verhältnis von intendierten Zielen/Zwecken und der erreichten Veränderungen in der Gesellschaft ist oft nicht sichtbar. Mitunter scheinen die Veränderungen auf kurze Sicht auch den Intentionen der Handelnden entgegenzulaufen. Erfolge von Kämpfen um soziale und politische Rechte haben meist auch den Kapitalismus stabilisiert. Auch dann, wenn politische Kräfte sich vor allem mit langfristigen Erfolgen grundsätzliche Gesellschaftsveränderung legitimieren, so setzt dies doch den Erfolg in den Tageskämpfen voraus. Wie ist dieser transformatorische Widerspruch oder auch Grundwiderspruch jeglicher Transformation zu lösen? Welche Konsequenzen sind damit verbunden, wenn im Alten das Neue entsteht, aber im Neuen auch das Alte präsent bleibt? Wenn das Neue in den alten Praxen, Formen und Begriffen erkannt werden muss? Wenn das alternative Han-

2 „Die materialistische Lehre, dass die Menschen Produkte der Umstände und der Erziehung, veränderte Menschen also Produkte anderer Umstände und geänderter Erziehung sind, vergisst, dass die Umstände eben von den Menschen verändert werden und dass der Erzieher selbst erzogen werden muss. Sie kommt daher mit Notwendigkeit dahin, die Gesellschaft in zwei Teile zu sondern, von denen der eine über der Gesellschaft erhaben ist. (Z.B. bei Robert Owen.) Das Zusammenfallen des Änderns der Umstände und der menschlichen Tätigkeit kann nur als umwälzende Praxis gefasst und rationell verstanden werden“ (Marx 1958, 5 f.).

deln erst einmal nur *Anders-Sein-Wollen* ist? Habermann stellt dazu zutreffend fest: „In Räumen, die Halbinseln anderer Wirklichkeit darstellen, werden keine perfekten Alternativen gelebt, aber sie ermöglichen mehr als vereinzelt Handeln [...]. Neue Denk- und Handlungshorizonte entstehen nur im Zusammenspiel von materiell-ökonomischem Alltag und sich verändernden Identitäten, denn eine Veränderung von Strukturen und die Veränderung von Menschen bedingen und ermöglichen sich erst gegenseitig“ (Habermann 2009, 10 f.).

Das Neue ist so nicht auf einen utopischen Entwurf zu reduzieren, es muss im praktischen Handeln präsent und erlebbar sein. Nicht umsonst war und ist oft die Selbsthilfe der Ausgangspunkt derartiger Alternativen. Nur dann wird auch eine Utopie realistisch, wird zu einer sinnvollen Möglichkeit.

Offensichtlich setzt das einen bestimmten Typ von Erkenntnis-, Lern- und Organisationsprozessen voraus. Er gründet sich in Praxen, die sich alternativ oder als Widerstand verstehen bzw. auf veränderte Gestaltungsziele. Wichtig ist es, diese Lernprozesse selbst zu reflektieren. Mit Marx kann man dies zumindest zum Teil auch als „Erziehung der Erzieher“ bzw. deren „Selbst-Erziehung“, als Selbstveränderung fassen. Da die Interessen der Handelnden aus den gegebenen Strukturen resultieren, sind Veränderungs- und Selbstveränderungsprozesse nur dann möglich, wenn die gegebenen eigenen Interessen kritisch reflektiert und infrage gestellt werden.

Die meisten Untersuchungen zu konkreten Transformationsprojekten konzentrieren sich auf die sich alternativ verstehenden Projekte selbst. Die Rolle von Parteien, Gewerkschaften, Verwaltungen, Finanzierungswegen etc. wird erwähnt, selten aber werden sie als Elemente des transformatorischen Potenzials betrachtet. Das ergibt in der Wahrnehmung und Selbstwahrnehmung das Bild eines gesonderten Sektors, wo jenseits des Normalen etwas Neues geschieht. Diese „Gettoisierung“ bzw. Selbstbeschränkung von Alternativen ist letztlich eine Form ihrer Inkorporation oder Einhegung. Sie werden um ihr gesellschaftsveränderndes Potenzial gebracht bzw. bringen sich um dieses auch selbst.

Bei Einstiegsprojekten geht es aber gerade darum, diese Sektoren- bzw. Nischenmentalität aufzubrechen. In diesem Sinne wurde etwa auf einer Konferenz zur Rolle der solidarischen Ökonomie 2011 mit großem Selbstbewusstsein der Anspruch formuliert, dass es um die Transformation der Gesellschaft gehe und nicht um die Schaffung eines wie immer gearteten Sektors neben anderen: „Die solidarische Ökonomie als Prozess und Bewegung (Solidarity Economy Process and Movement) ist nicht [...] Teil einer mixed economy; kein Zusatz im bestehenden System oder ein Dritter Sektor. Die solidarische Ökonomie ist ein Prozess mit vielen Möglichkeiten der Größenordnung, Reichweite, an Orten und Tiefe.

Sie ist ein Mittel der Gesellschaftstransformation“ (COPAC 2011, 5).³ In diesem Sinne ist Susanne Elsen zuzustimmen, wenn sie eine Methodologie fordert, „die geeignet ist, Prozesse des geplanten sozialen Wandels und des kollektiven Lernens in kleinräumigen Einheiten einzuleiten und zu begleiten“ (Elsen 2011a, 21). Sie setzt fort: „Anzusetzen ist an den komplexen, lokal spezifischen Problemlagen und Entwicklungsoptionen und dieser Prozess zeitigt nur gemeinsam mit den Menschen vor Ort Wirkung. Ein solcher Ansatz setzt voraus, dass die lebensweltlichen Deutungen und Sinnstrukturen, die Bedürfnisse, Ressourcen und Restriktionen der Menschen und ihrer Lebensbedingungen vor Ort als Realität und Ausgangspunkt wahrgenommen werden“ (ebd.). Zu fragen ist allerdings, ob es zutreffend ist, dass das Konzept „community development“ tatsächlich diese Methodologie erschöpft, wie ihr Beitrag nahelegt. „Community development“ wie auch „organizing“ und andere Aktivierungs- und Beteiligungsverfahren sind mögliche Varianten der Einleitung von Veränderungsprozessen, die aber alle Anschlüsse zu anderen Verfahren, Praxen und Organisationsmodellen politischen Handelns wie auch zu den realen Praxen großer Mehrheiten erfordern.

Im Rahmen des Projekts „Lasst uns über Alternativen reden ...“ der Rosa-Luxemburg-Stiftung⁴ wurde der Versuch unternommen, die transformatorischen Potenziale verschiedener realer Projekte und Praxen – „größerer“ wie „kleinerer“ – zu beschreiben und daraus Schlussfolgerungen für die Formulierung politischer Strategien als Einstiegsprojekte (die diesen transformatorischen Praxen Raum schaffen) zu ziehen.

Erfasst wurden Projekte aus dem Bereich der solidarischen Ökonomie und der unmittelbaren Selbsthilfe, der Gemeinwohlökonomie, Protestaktionen, internationale Bewegungen, parlamentarisch durchgesetzte beschäftigungspolitische Interventionen (Öffentlich geförderter Beschäftigungssektor), Veränderungen im Patentrecht, kampagnenorientierte Projekte im Bereich des öffentlichen Personennahverkehrs (ÖPNV), der Energieautonomie, der Bildung, Formen der Sozialberichterstattung und langjährige erfolgreiche Konversionsprojekte.

Das gemeinsame transformatorische Potenzial der untersuchten Praxen lässt sich unter dem hier interessierenden Blickwinkel in folgenden Punkten charakterisieren:

- Alle Projekte betonen die kulturelle Dimension, die Dimension der Veränderung der Lebensweise. Gemeinsames Ziel ist die Überwindung von Entfremdung, die Wiederaneignung der eigenen Existenzbedingungen – als Einheit von Leben und Arbeit, im Sinne der Schaffung von humanen Arbeits- und/

3 Mehr zum Projekt unter: <http://tinyurl.com/pjpr2yd>.

4 Vgl. auch: <http://alternativen.blog.rosalux.de>.

oder Lebensbedingungen. Es geht um den Gewinn individueller Handlungsfähigkeit auf solidarischer Grundlage. Die Wurzel alternativer Projekte ist letztlich immer die Selbsthilfe. Diese solidarische Selbsthilfe bedeutet letztlich die Entwicklung „neuer Gewohnheiten“, jenseits bewusster Politisierung. „Wir tun es einfach“, antwortet jemand auf die Frage, inwieweit politische Debatten in dem Projekt eine Rolle spielen. Es kommt also nicht automatisch zu einer Politisierung – mitunter führt der Druck des Überlebenskampfes bei Projekten, die sich ursprünglich politisch definierten, auch zu einer Entpolitisierung – oder besser gesagt zu einer Form der Politisierung und des politischen Handelns, die sich im Gegensatz zur „Politik“ definiert.

- Die Projekte rechnen auf kulturelle Wirkungen, auf die Kraft des Beispiels. Dies erfordert, nach innen und nach außen eine gemeinsame Sprache zu finden bzw. die eigenen Anliegen in die Sprache der „anderen“ zu übersetzen. Die Suche nach der gemeinsamen Sprache im Prozess der Selbsthilfe hängt natürlich dann auch mit der sozialen Integrationswirkung gegenüber unterschiedlichen Milieus zusammen. Abhängig vom Gegenstand des Projekts ist das Maß der Beteiligung von Menschen aus verschiedenen Milieus ganz unterschiedlich. Sie stellt sich bei Protestaktionen wie etwa „Stuttgart 21“ oder „Freie Heide“ zum Teil völlig anders dar als bei Sozialticketinitiativen oder bei Urban-Gardening-Projekten.
- In ihren transformatorischen Konsequenzen sind die Projekte politikfeldübergreifend, politisch-integrativ. Ihre Logik und Wirkungsweise unterscheiden sich von denen der partei-, NGO- oder gewerkschaftsförmigen Organisationsformen. Das betrifft auch die Maßstäbe von Erfolg und Misserfolg. Untersuchungen zu Initiativen zum Recht auf Mobilität etwa verweisen auf die unbedingt notwendige Verknüpfung von verkehrs- und sozialpolitischen Maßnahmen – eine scheinbar banale Angelegenheit, die sich aber in diesen Initiativen aus dem Erleben ergibt und oft mit der Verwaltungslogik und mit der Arbeitsteilung innerhalb von Partei- oder Gewerkschaftsstrukturen kollidiert.
- Zu den Ansprüchen der Akteure gehören sehr oft innere Demokratie und die weitgehende Vermeidung von Hierarchien. Die Gestaltung der Entscheidungsprozesse zwischen Deliberation, informeller Hierarchisierung und Repräsentation ist auch mit entsprechenden Lernprozessen bezüglich des „Außen“ verbunden. Organisationen, die die Interessen anderer vertreten wollen (im lokalen wie auch im globalen Zusammenhang), problematisieren das Verhältnis der Repräsentierenden und des Repräsentierten. Sie stellen ihre eigene Rolle als „Interessenvertreter“ infrage.
- In allen Praxen laufen Prozesse „unbestimmten sozialen Lernens im Tun“ ab. „Unbestimmt“ bedeutet hier, dass die Akteure sich auf neue Heraus-

forderungen einlassen, ohne einen formalen Lernraum vorzufinden. Die erforderlichen Fähigkeiten und Fertigkeiten werden im Prozess selbst und im unmittelbaren Austausch von Erfahrungen innerhalb und zwischen den Projekten angeeignet. Diese Lernprozesse umfassen das Lernen des Umgangs untereinander, der Arbeitsorganisation, der Verwaltung, von handwerklichen Fertigkeiten bis hin zur Kosten- und Kapazitätsrechnung. Es geht um eine spezifische Form unternehmerischen Handelns unter den Prämissen von Solidarität und Nachhaltigkeit. Dieser Aspekt gewinnt vor allem unter dem Gesichtspunkt der Auseinandersetzungen um die Deprivatisierung ehemals öffentlicher Leistungen und Unternehmen und vor dem Hintergrund des erhöhten Stellenwerts ökologischer und sozialer Kriterien wirtschaftlicher Tätigkeit wachsende Bedeutung (ausführliches Material auch zu den dabei entstehenden Widersprüchen z.B. bei Azzellini et al. 2013; Hille 2009).

Diese gemeinsamen Merkmale der untersuchten Projekte sind mit einem interessanten Widerspruch verbunden. Parallel zu den Befragungen und Studien in den Projekten/Praxen wurden die Aktivitäten von Parteistrukturen auf relevanten Feldern von Gesellschaftstransformation analysiert. Die von den untersuchten Praxen verfolgten Ansätze, so das Ergebnis, werden auch innerhalb verschiedener Parteien verfolgt. Gleiches kann man sicher auch von anderen Organisationen, teilweise auch von parlamentarischen Gremien oder der Verwaltung sagen. Gleichzeitig aber wird vom überwiegenden Teil der Befragten die Position vertreten, dass von den Parteien (und Gewerkschaften, anderen Großorganisationen, Verwaltungen) keine wesentlichen Impulse für ihre Tätigkeit ausgehen, sie quasi in Parallelwelten arbeiten. Wohlgermerkt gilt das immer mit Bezug auf die Organisationen, nicht für Einzelpersonen aus diesen.⁵ Wichtiger ist für die Projekte die Kommunikation mit anderen Projekten, die vor allem über Personen, die in verschiedenen Projekten tätig sind, realisiert wird. Ausnahmen finden sich vor allem bei Projekten mit Kampagnencharakter wie etwa Sozialticket- und Rekommunalisierungsiniciativen.

Zu diesem Widerspruch gehört auch, dass die Existenz der jeweiligen Projekte auf den bürgerlichen Freiheiten und den täglich im Kapitalismus neu reproduzierten materiellen Bedingungen beruht. Und die werden durch das politische und rechtliche System gesichert. Diese Abhängigkeit von der gegebenen Gesellschaft

5 Insofern bedeutet das „Verschwinden“ von Parteimitgliedern aus Projekten, Vereinen etc., dass die Parteien aus der politischen Wirklichkeit der Projekte verschwinden, sie nicht mehr als Partner, sondern bestenfalls als behördenähnliche Dienstleister wahrgenommen werden.

und von der gegebenen Wirtschaftsordnung wird zwar an einigen Stellen reflektiert, ist aber ein unausweichlicher Teil des täglichen Überlebenskampfes. Wenn aber Akteure des politischen Systems nicht als Partner im Prozess der Gesellschaftsveränderung angesprochen werden oder dafür nicht zugänglich sind bzw. sich verweigern, können sich die transformatorischen Potenziale nicht entfalten. Dann werden solche Praxen tatsächlich zu „Nischen“ und können gegebenenfalls selbst den von Habermann beschriebenen Charakter der „Halbinsel“ nicht realisieren. Auf der anderen Seite bleiben emanzipatorische Forderungen von Parteien Rhetorik, wenn ihre Organisationsweise und ihre Politik gelebten Alternativen nicht zugänglich sind. Offensichtlich gibt es (neben real bestehenden Interessenunterschieden bzw. -widersprüchen) also ein Problem in der „Übersetzung“ zwischen den Sprachen der Projekte und der von politischen Großorganisationen. Beide Elemente sozialer Bewegung haben ihre Berechtigung und ihre Spezifik. Wie müssen sich beide Seiten verändern, um Gesellschaftstransformation gemeinsam voranzubringen, ohne dabei ihre jeweilige Spezifik zu verlieren?

Während das Verändern von Gesellschaft gerne als Aufgabe und Ziel angenommen wird, ist die Reflexion der damit zwangsläufig verbundenen Selbstveränderung wenig beliebt. Politisches Handeln in der bürgerlichen Demokratie orientiert sich eben darauf, sich und seine Interessen durchsetzen zu können. Die Fixierung auf die eigene Position, die Beharrlichkeit im Kampf für die eigenen Interessen gibt dem Blick auf deren Veränderung und auf die Wirkung des eigenen Handelns (der gewählten Mittel) wenig Raum. Jeder Erfolg und jede Niederlage verändert aber die Bedingungen und die Interessen selbst, verändert die Ändern-Wollenden. Projekte und Praxen, die die Einheit von Gesellschaftsveränderung und Selbstveränderung bewusst gestalten wollen und dafür Räume schaffen, bezeichne ich als Einstiegsprojekte (vgl. Brangsch 2009, 44 f.).⁶ Mit diesem Konzept soll versucht werden, Maßstäbe hinsichtlich der Alternativenfähigkeit und transformatorischen Qualität politischen Handelns und der Organisationspolitik vorzuschlagen.

Einstiegsprojekte sind politische Handlungsstrategien, die im Rahmen der gegebenen Grundqualität gesellschaftlicher Verhältnisse auf die Entwicklung von *anderem* gerichtet sind und dieses andere auch *sichtbar* machen.

Sie vermitteln zwischen transformatorischen Praxen und bewusst politischem, gesellschafts- und machteränderndem Handeln. Dieses *andere* zeichnet sich dadurch aus, dass es dazu beiträgt, Bedingungen für den Übergang zu einer anderen Gesellschaft zu schaffen und gleichzeitig Ansätze für das *andere* in diesen neuen gesellschaftlichen Zusammenhängen erlaubt. Die Qualität dieses Wandels

6 Vgl. auch: <http://tinyurl.com/pwrdrf5>.

ist durch die Anforderungen eines sozialökologischen Umbaus der Gesellschaft beschrieben.⁷

Einstiegsprojekte sind in diesem Sinne nicht geschlossen, sondern müssen als bewusste Schaffung neuer Möglichkeitsfelder verstanden werden. Damit sind sie Suchprozesse, die zwangsläufig das Selbstverständnis von Akteuren und ihre Handlungsstrategien infrage stellen. Es geht um die Praxis von Emanzipation unter antiemanzipatorischen Bedingungen. Es geht um „praktizierte Dialektik“, um bewusste Bewegung in Widersprüchen; es geht um den Umgang mit dem eigentlich Unmöglichen. In diesem Sinne ist die von Rosa Luxemburg in der Auseinandersetzung mit Bernstein geforderte Präsenz des „Endziels“ linker Bewegungen im tagtäglichen Kampf jenseits von Glaubenssätzen möglich. Im Mittelpunkt stehen die durch das Handeln geschaffenen, vorher nicht gekannten Möglichkeiten. Die Organisation von Einstiegsprojekten muss so angelegt sein, dass die Fähigkeit zur Reaktion auf diese neuen Möglichkeiten gegeben ist. Es bedarf des Raums für den Umgang auch mit dem Zufälligen.

Bezogen auf die Subjekte von Einstiegsprojekten bedeutet das vor allem, dass deren Akteure sich einen Raum schaffen, in dem sie ihre Einbindung in ihre gesellschaftliche Rolle als Marktteilnehmer, als Konkurrent verlassen können, sich bewusst durch die Entfaltung von Individualität und Solidarität gegen die dominanten Strukturen der bestehenden Gesellschaft vergesellschaften. In diesem Sinne sind Einstiegsprojekte Projekte von Widerstand und Wiederaneignung von Gesellschaft und eigenem Leben besonderer Art. Sie vereinigen Protest und Gestaltung dadurch, dass sie durch die Sichtbarkeit der Veränderungen im eigenen Verhalten, in neuen Regelungen und Institutionen dem Protest konstruktiven Inhalt und Nachhaltigkeit verleihen. Konstruktiver Protest bedeutet, dass nicht nur die bestehende Gesellschaft infrage gestellt, sondern auch die eigene Rolle zur Disposition gestellt wird.

Das damit verbundene Eingeständnis des eigenen Eingebundenseins in die eigentlich zu überwindenden Verhältnisse erfordert die Absage an die Vorstellung einer linearen Verbindung von Ziel, Mittel und Resultat. Auch eine scheinbare Niederlage kann ein gelungenes Einstiegsprojekt repräsentieren (vgl. dazu Punkt 2). Gleichzeitig ruft diese Konstellation Verunsicherung und Ängste bezüglich des eigenen Handelns hervor. Welchen Sinn hat Engagement, wenn die Überwindung von bedrückenden Verhältnissen am Ende nicht gelingt, obwohl man

7 Wir folgen hier der von Dellheim vorgeschlagenen Definition des sozialökologischen Umbaus der Gesellschaft als Beginn der sozialökologischen Transformation (vgl. Judith Dellheim in Brangsch et al. 2012, 159 f.).

in der Aktion erfolgreich war? Bewegen in Widersprüchen heißt, diese Angst vor der Dialektik als objektiver Dialektik (das bedeutet im Sein präsen- ter Widersprüchlichkeit) zu überwinden und die neu entstandenen Möglichkeiten in das Zentrum des Interesses zu stellen.

Die eingangs konstatierte Einheit von Veränderung und Selbstveränderung schließt notwendig drei Komponenten ein – gesellschaftsveränderndes kollektives Handeln, kulturelle (lebensweisebezogene und insoweit auch ganz subjektive) Selbstveränderung (auch im Sinne der Herausbildung „neuer Gewohnheiten“) und Fixierung dieser Veränderungen und Selbstveränderungen in einer adäquaten Organisationsweise. Alle drei Komponenten existieren dabei nicht getrennt voneinander, sie interagieren und bedingen sich gegenseitig.

Bei dieser Definition von Einstiegsprojekten ist zu berücksichtigen, dass es sich dabei nicht um intellektuelle Konstrukte handeln kann. Sie entstehen als Akt der Selbsthilfe und werden dadurch zu Einstiegsprojekten, wenn sie einen Raum finden, in dem sie über ihre eigenen ursprünglichen Begrenztheiten hinauswachsen können. Sie erfordern dann sehr wohl intellektuelle Durchdringung von Wirklichkeit, wissenschaftlichen Hintergrund und wissenschaftliche Begleitung.

Einstiegsprojekte erwachsen aus konkreten sozialen Kämpfen, ohne mit ihnen unmittelbar identisch zu sein. Sie sind „nur“ ein Teil dieser Kämpfe. Als Vermittlung müssen sie an den inneren wie äußeren Grenzen und Begrenztheiten alternativer Praxen ansetzen und es ihnen ermöglichen, diese zu überschreiten. Einstiegsprojekte schaffen nicht die Alternativen, sondern geben ihnen Raum und verstärken ihre Dynamik und gesellschaftliche Wirksamkeit.

Anknüpfend an Dieter Klein (Klein 2004) lassen sich folgende Anforderungen an politische Strategien formulieren, die sich als Einstiegsprojekte realisieren:

1. Einstiegsprojekte vermitteln zwischen Reform und Revolution sowie zwischen Protest und Gestaltung dadurch, dass sie nachhaltige Verschiebungen von Machtverhältnissen induzieren und insofern eine breite Neugruppierung, Neugewichtungen von Akteuren in der Gesellschaft nach sich ziehen.

Dabei kann Macht keinesfalls etwa mit Regierungsbeteiligung identifiziert werden. Gewerkschaften sind nie an Regierungen beteiligt, besitzen aber unbestritten Macht. Gleichfalls kann eine politische Kraft an der Regierung beteiligt sein, aber völlig machtlos, weil es keine Subjekte gibt, die bereit sind, die politischen Ziele dieser Kraft zu vermitteln, durchzusetzen.

Unter den gegebenen Bedingungen bedeuten Widerstand und Machtgewinn auch Kampf um die Reorganisation der bürgerlichen Demokratie und ihre Erweiterung. Teil des Gesellschaftsumbaus der vergangenen Jahrzehnte waren so-

wohl die Aushöhlung als auch der Ausbau der bürgerlichen Demokratie. Beide Prozesse liefen und laufen nicht einfach gleichzeitig ab, sie sind aber miteinander verschränkt. Die immer wieder erhobene Forderung nach der Stärkung des bürgerschaftlichen Engagements durch die herrschenden Eliten in Wirtschaft und Staat zwingt diese Eliten gleichzeitig auch zur Eröffnung von Möglichkeiten wenigstens formaler Mitentscheidung seitens der Bürger.

Einstiegsprojekte müssten dadurch gekennzeichnet sein, dass sie die gebotenen Möglichkeiten des bürgerlich-demokratischen Systems nutzen und sie gleichzeitig kritisieren, indem sie sie zu sichtbaren radikaldemokratischen Konsequenzen treiben. Insoweit verstehe ich Demokratisierung auch als „Achse der Transformation“.

Dabei geht es um alle Lebensbereiche umfassende Demokratisierung, es geht um die Verteidigung und Wiederherstellung der klassischen politischen Grundrechte und deren Erweiterung entsprechend den modernen Bedingungen (so etwa das Recht auf Zugang zu Informationen und Informationssystemen sowie auf informationelle Selbstbestimmung), um soziale Grundrechte, das Recht auf Bildung etc. In diesem Zusammenhang geht es auch um Änderungen im Verwaltungsrecht, in den politischen Entscheidungsprozessen in Verwaltungen und im parlamentarischen Bereich. Das betrifft in erster Linie die Zugänglichkeit und Transparenz dieser Entscheidungsprozesse, die Sprache, in der sie ablaufen, und die Maßstäbe, denen sie folgen. Insofern kann man auch von „alternativenorientierter Gestaltung“ sprechen. Dies lässt sich gut mit Projekten partizipativer Haushaltspolitik (Bürgerhaushalte, Beteiligungshaushalte) illustrieren. „Der Begriff partizipativer Haushalt beschreibt eine bestimmte Qualität von Haushaltspolitik sowie ein eigenes Verfahren bei der Aufstellung, Durchführung und Abrechnung eines (bisher meist kommunalen) Haushaltes, der dann auch als BürgerInnenhaushalt oder Beteiligungshaushalt bezeichnet wird“ (Brangsch 2012, 202). Erfolgreiche und nachhaltige Projekte (wie z.B. in Porto Alegre oder Berlin-Lichtenberg) beginnen immer mit einer verständlichen Darstellung des Haushalts, der Einnahmen und Ausgaben und einer öffentlichen Diskussion darüber, wie die Bewohner einer Kommune oder eines Wohnviertels eigentlich leben wollen. Schon dieser Diskussionsprozess erfordert Veränderungen in der Arbeitsweise der Verwaltung und der Parlamentarier. Sie müssen sich unmittelbar den Fragen der Bürger stellen, müssen ihre Entscheidungen erklären. Bürger ihrerseits werden mit den Erfahrungen und Interessen der Verwaltungsmitarbeiter und anderer Einwohner konfrontiert und müssen lernen, selber Diskussionsprozesse zu organisieren. Der so entstehende Prozess des Lernens über- und voneinander kann Grundlagen schaffen, um Spielräume für weitergehende Forderungen, etwa

hinsichtlich der Aufgabenadäquatheit der Finanzausstattung der Kommune zu schaffen (vgl. ausführlich Brangsch/Brangsch 2008).⁸

Die damit entstehenden Anforderungen an parlamentarische Arbeit und gegebenenfalls auch Regierungsbeteiligung sind weitreichend. Sie machen einen anderen Blick auf politische Sprache, Verwaltungs- und Gebietsreformen sowie vor allem auf haushaltspolitische Entscheidungen nötig. In besonders grundsätzlicher Form zeigt sich dieses Problem in den Fällen der Regierungsbeteiligung Linker (vgl. Reißig 2005; Brie 2011).

Staatliche Regulierungsmaßnahmen sollten vor diesem Hintergrund auf ihre transformatorischen Qualitäten hin bewertet werden (Brangsch 2010, 33 f.). Wenn schon nicht unmittelbar, so können staatliche Regulierungsmaßnahmen als Reaktion auf bestimmte Machtkonstellationen und Reproduktionserfordernisse (soziale Sicherheit, Umweltprobleme etc.) Voraussetzungen für die Entstehung von Einstiegsprojekten schaffen. Sie können durchaus auch eine Rolle bei der Nutzbarmachung der gewaltigen Innovationspotenziale der Gesellschaft für Einstiegsprojekte spielen. Ein Beispiel dafür sind die im Rahmen des Alternativen-Projekts der Rosa-Luxemburg-Stiftung untersuchten Auseinandersetzungen um das Patentrecht mit Bezug auf Malariamedikamente in Afrika. Viele lebenswichtige Medikamente erreichen heute nicht diejenigen, die sie brauchen. Sie sind einfach zu teuer und durch Patente vor preisgünstigeren Nachahmungen geschützt. Im Falle des Malariamedikaments ASAQ wurden diese Hürden gezielt umgangen: „ASAQ ist das erste Medikament, das gezielt ohne Patentschutz entwickelt und auf den Markt gebracht wurde. Damit steht es im Widerspruch zum vorherrschenden Paradigma, ohne Patentschutz gebe es keine Innovation [...]. Das Projekt orientiert sich am gesundheitlichen Bedarf und nicht am potenziellen Umsatz“ (Wagner-Ahlf 2011, 3). Staatliche Regulierung, internationale und lokale Aktionen fließen hier ineinander und verändern so die elementaren Voraussetzungen für soziales Handeln. Das Medikament ist Produkt des Netzwerkes DNDi (eines „virtuellen Unternehmens“) verschiedener Akteure, NGOs, Forschungseinrichtungen und Pharmakonzerne, also durchaus heterogener Interessenlagen. Gleichzeitig wurden Fragen des geistigen Eigentums, der Finanzierung von Forschung sowie Forschungskonzepte zum Thema. Die DNDi hält die Nutzungsrechte, um tatsächlich die allgemeine Zugänglichkeit zu gewährleisten (ebd., 16–18). Arzneimittel wurden so als öffentliches Gut sichtbar, wirksam und erlebbar, nicht nur rhetorisch als öffentlich thematisiert.

8 Auch unter: <http://tinyurl.com/or9lvjb>.

Mit der genannten Vermittlung bewegen sich Einstiegsprojekte in einem komplizierten Widerspruchsfeld, wie etwa die Untersuchung zum öffentlich geförderten Beschäftigungssektor (ÖBS)⁹ zeigt (Lindemann 2011). Dieses von der PDS durchgesetzte beschäftigungspolitische Instrument stand wie bekannt unter Kritik von links wie auch unter Beschuss von rechts (Medien, Parteien, auch Teile der Verwaltung). Die Befragungen in ÖBS-Projekten ergaben aber generell eine hohe Zustimmung und Wertschätzung des Projekts seitens der Betroffenen. Neben der Stärkung des Selbstwertgefühls stand aber auch das Empfinden, vom „Amt“ abhängig zu sein. Zustimmung und Wertschätzung, die sich in ihrem Ausmaß wesentlich von denen bei anderen beschäftigungspolitischen Maßnahmen positiv unterschieden, waren vor allem mit der Bedeutung der Arbeit selbst verbunden, wie auch andere Untersuchungen bestätigen (Lehnhart/Wagner 2010, 72 ff.). Obwohl mit dem ÖBS ein ganzes Bündel an Problemen aber auch Potenzialen aktiver Beschäftigungspolitik für die Weiterentwicklung öffentlicher Leistungen sichtbar wurde, fehlte in der politischen Landschaft die Fähigkeit, diese in wirksame politische Veränderungen umzusetzen.

2. Einstiegsprojekte müssen nicht nur auf Erfolg ausgelegt sein, sondern sie müssen auch zum Umgang mit Erfolg und Niederlagen befähigen.

Dabei tritt neben den notwendigen Realismus vor allem die Fähigkeit zum Umgang mit Perspektivoptionen. Es muss in Rechnung gestellt werden, dass sich mit dem Erfolg auch Bedingungen für das eigene Handeln verändern, sich eventuell wesentliche Seiten des Projekts völlig neu darstellen. Dieses beständige Sich-selbst-infrage-Stellen der Träger eines Einstiegsprojekts ist wichtige Voraussetzung, um zu verhindern, dass die wirklich Handelnden ausgeschlossen werden, das Projekt keine breite soziale Basis erhält und sich die Bündnisoptionen und das Möglichkeitsfeld einengen. Ein aktuelles Beispiel ist die Tendenz zur Rekommunalisierung ehemals öffentlichen Eigentums. Während Kampagnen zur Rekommunalisierung breit begleitet werden, ist die Debatte darüber, wie mit den erfolgreich rekommunalisierten Unternehmen umgegangen werden soll, über öffentliche Einflussnahme auf deren Geschäftspolitik etc. wesentlich weniger intensiv. Diese Diskussion wäre aber eine wichtige Voraussetzung, um Rekommunalisierung zu einem Einstiegsprojekt zu machen. Rekommunalisie-

9 Durch den ÖBS in Berlin wurden verschiedene beschäftigungspolitische Instrumente kombiniert, um die Schaffung von sozialversicherungspflichtigen Arbeitsplätzen für Arbeitslose mit der Realisierung wichtiger öffentlicher Leistungen zu verbinden. Eine ausführliche Darstellung zum Projekt unter: www.von-arbeit-leben.de.

rung muss, will sie mehr als Wechsel des Eigentümers, mehr als ein juristischer Akt sein, ein Laboratorium für Neues, für neue Formen und Wege der gesellschaftlichen Aneignung werden. Dazu gehören die Entwicklung neuer Formen der Beteiligung der Öffentlichkeit an der Formierung der Unternehmenspolitik und die Erweiterung der Mitbestimmung der Beschäftigten.

Mit dieser Herausforderung waren und sind grundsätzlich auch alle anderen Projekte solidarischer Ökonomie konfrontiert. Ein wichtiger Aspekt ist dabei, davon sprechen Erfahrungen aus Genossenschaftsprojekten aus verschiedenen Teilen der Welt, die Verbindung von Formen repräsentativer mit solchen direkter Demokratie innerhalb der Bewegungen selbst wie auch im Umfeld öffentlicher Unternehmen. Latza führt in einer Analyse eines öffentlichen Energieversorgers in den USA drei Faktoren für einen bis dahin einmaligen Vorgang, die Abschaltung eines Atomkraftwerkes nach einer Abstimmung der Bevölkerung, an:

- „1. die öffentlichen Eigentumsverhältnisse, die es ermöglichten, dass die Bewohner über die Nutzung ihres Eigentums abstimmen konnten;
2. die direktdemokratischen Formen der Volksabstimmung und der Vorstandswahl, mit denen die Bewohner ihren Einfluss geltend machen konnten;
3. die politische (Basis-)Initiative, die in der Krise der Atomenergienutzung diese Instrumente mit Leben füllte“ (Latza 2012, 128).¹⁰

Dieser erzwungene Strategiewechsel führte unter anderem dazu, dass sich in der Region das Verhältnis zu Fragen der Nachhaltigkeit grundlegend änderte und auch zahlreiche „grüne“ Arbeitsplätze in Forschung und Industrie entstanden.

Hier dürfte auch der Kern für die Beantwortung der Frage liegen, wie Einstiegsprojekte ihre Dynamik bewahren: Sie müssen beständig über sich hinauswachsen und neue Ziele finden können. Einstiegsprojekte müssen Schutz bieten, um Niederlagen wie auch Erfolge zu verarbeiten; sie sollten Fähigkeit sein, Schwäche zu ermöglichen und in Stärke zu verwandeln. Denn den Erfolgen steht eine sicher viel größere Zahl von Misserfolgen und Niederlagen wie etwa im Falle des ÖBS gegenüber. In klassischer Weise beschrieb Karl Liebknecht angesichts der Niederlage der linken Sozialdemokratie 1914/1918 mögliche Wirkungen:

„Erfolgreiche Aktionen können nachteilig wirken – aber nur, wenn sie den Angegriffenen zeigen, dass der Angreifer schwächer ist, als sie bis dahin voraussetzten [...]. Dann werden die herrschenden Klassen von nun an eine geringere Macht des Feindes in ihre Berechnungen einsetzen als bisher und darnach ihr Verhalten, sei es in der Defensive, sei es in der Offensive, einrichten [...]. Aber dieser Nachteil der erfolglosen Aktion ist nur ein scheinbarer. Er bedeutet nur das Zerplatzen einer Seifenblase, die Zerstörung eines Wahns, eine schreckende Gefahr nur für überlebte Parteien und

¹⁰ Vgl. auch: <http://tinyurl.com/nhcedxy>.

Kastraten der Scheinopposition. Ganz anders, wenn die Einzelaktion trotz ihrer Erfolglosigkeit eine Offenbarung nicht der Schwäche, sondern der Stärke ist, keine falsche Größe zerbricht, sondern wahre Größe zeigt“ (Liebknecht 1982, 460f.).

Scheitern als Moment eines Suchprozesses und Ausdruck der Fähigkeit des Suchens und Lernens zu verstehen bzw. verständlich zu machen setzt wiederum Sichtbarkeit voraus. Der von Liebknecht hier benutzte Begriff der „wahren Größe“ schließt freilich eine starke kulturelle Komponente ein (vgl. Punkt 4). Meuler beschreibt die Bedeutung von Niederlagen bzw. (in diesem Fall persönlicher) Krisen als Einheit sozialer und individueller Probleme. Insoweit dürfte diese Sichtweise auch für Niederlagen alternativer Versuche Gültigkeit haben: „Krisen sind Phasen und Formen der Konfliktbewältigung auf psychischer wie sozialer Ebene. Sie können als Chance interpretiert werden, angesichts der Bedrohung der ‚Normalität‘ durch das Erleben und bewusste Verarbeitung der Verunsicherung zu einer neuen Standortbestimmung und Zukunftsperspektive zu gelangen [...]. Sie sind der Preis persönlichen und sozialen Wachstums, das nicht nur Fortentwicklung von Selbstvertrauen, sozialer Kompetenz, Widerstandskraft und Genußfähigkeit bedeutet, sondern vor allem zu vertieften Einsichten in die Voraussetzungen und Bedingungen des Lebens, die Reichtümer und die Begrenzungen seiner selbst wie der sozialen Umwelt führt“ (Meuler 1999, 18). Als Voraussetzungen für die erfolgreiche Bewältigung von Krisen führt er die Auseinandersetzung mit den in der Niederlage zutage tretenden Konflikten und dem Geflecht ihrer Ursachen, die Entwicklung neuer Handlungskonzepte sowie die Überwindung jener Isolation, die in solchen Situationen aus der Selbstbeschäftigung resultiert (ebd., 45).

3. Einstiegsprojekte vermitteln zwischen Lokalität, Regionalität und Globalität.¹¹

Ein wesentlicher Eckpfeiler der Realisierung von Macht und gesellschaftlicher Hegemonie ist die Globalität der Aneignung. Globalität bzw. Globalisierung werden heute gelebt. Das tägliche Leben ist durch Waren, Arbeitsorganisation, Konsum, Kommunikationsbeziehungen und Kultur beständig mit dem Globalen verbunden. Politische Macht konstituiert sich heute in diesem Rahmen und stellt die Fähigkeit in den Mittelpunkt jeglichen Handelns, sich gegenüber der globalen Konkurrenz zu behaupten. Das Lokale erscheint als Funktion des Globalen, und so wird Anpassung an globale Konkurrenz gefordert. Tatsächlich jedoch ist es auch so, dass sich das Globale nur im Lokalen manifestieren und realisieren kann. Globales und Lokales stehen in einem klassischen widersprüchlichen Verhältnis. Strategisch ausgelöste Einstiegsprojekte werden diesen Widersprüchen vor allem dann gerecht, wenn sie:

11 Vgl. dazu ausführlich Michael Thomas im vorliegenden Band.

- mit Veränderungen der Lebensweise und Kultur verbunden sind und lokale Borniertheit ohne Zerstörung lokaler Identität überwinden,
- Vernetzungs-/Netzwerkorientierung in sich tragen,
- auf die Zivilisierung von Konfliktlösungen orientieren.

In diesem Sinne verkörpern sie tätige Solidarität nicht primär als einzeln für sich stehende Aktion, sondern als natürliches und konstituierendes Element der gesamten Praxis; sie müssen sie lebbar machen. Ansatzpunkte dafür finden sich etwa in der Clean Clothes Campaign (CCC). Die CCC ist eine Vereinigung von Organisationen in 15 europäischen Ländern, die sich der Verbesserung der Arbeitsbedingungen und dem Empowerment der Beschäftigten in der globalen Textilindustrie widmet (CCC 2012).¹² Mit dem Gegenstand – der Bekleidungsindustrie – wird nicht nur ein globalisierter Industriezweig thematisiert, sondern auch einer, der im täglichen Leben greifbar ist. Die Ausbeutung von Beschäftigten in entfernten Weltregionen findet in sichtbarer Weise ihre Fortsetzung und Entsprechung in den Arbeitsbedingungen des Einzelhandels und in dem Zwang für ärmere Menschen, genau diese billig produzierten und gehandelten Waren zu kaufen. Zudem spielt hier schon vom Gegenstand her die globalisierte Genderperspektive eine große Rolle, die wiederum auch die innere Struktur und die politische Kultur dieses Projekts prägt (Musiolek 2011, 8).

4. Einstiegsprojekte vermitteln die Ganzheitlichkeit von Lebensweise, kultureller und geschichtlicher Identität.

Einstiegsprojekte sind Veränderungsprozesse, die a) nicht nur zu punktuellen Veränderungen in den Lebensbedingungen, sondern zu Veränderungen in der Lebensweise von Menschen führen und die sich b) auf eigene Wertesysteme, ein eigenes Menschenbild berufen und es weitertreiben. Gerade bezüglich der Lebensweise und des Menschenbildes besitzen sie Visionsfähigkeit, einen utopischen Gehalt. In diesem Sinne sind Einstiegsprojekte ganzheitlich orientiert und durch diese Ganzheitlichkeit (in der sachlichen wie in der historischen Dimension) legitimiert. Insbesondere betrifft dies die Geschlechter- und Generationengerechtigkeit, insofern sie nicht äußerlich neben andere Aspekte gestellt, sondern als Momente betrachtet werden, die der Handlungsstrategie als Ganzem inhärent sind. Sie werden damit fassbarer, sie werden sichtbar nicht als von außen gesetzte Restriktion, sondern als aus den Auseinandersetzungen um das tägliche Leben erwachsende Notwendigkeit. Ähnliches lässt sich von der Einordnung zentraler

¹² In Deutschland unter dem Namen Kampagne für saubere Kleidung. Vgl.: www.saubere-kleidung.de.

Werte wie Leistung, Verantwortung, Konflikt- und Konsensfähigkeit oder Solidarität sagen. Das äußert sich auch in dem Stolz auf das selbst Produzierte. Es wird erlebt, dass Veränderung Spaß machen kann, und es wird ein Gegengewicht gegen das Angstregime in der heutigen Gesellschaft geschaffen. Vor allem wird Fähigkeit zu Solidarität erzeugt, indem Verluste durch Emanzipation gegen Gewinne aus Emanzipation abgewogen werden können. Genauer: Vorgebliche Verluste wie vorgebliche Gewinne werden anders wahrgenommen, nämlich als Veränderung, die Neues schafft, als etwas, in dem Solidarität nicht mehr Verzicht bedeutet.

Dies gilt insbesondere für die Konsequenzen aus der oben genannten Einheit von Lokalität und Globalität. Die Lebensweise des Westens wird nicht aufrecht zu erhalten sein, wenn diese Einheit realisiert werden soll. Die Veränderung der Lebensweise ist hier das entscheidende vermittelnde Element (zum Begriff der imperialen Lebensweise vgl. Brand 2008). Die bewusste Entwicklung einer veränderten kulturellen Identität, die sich nicht in Abschottung auf der einen oder deklariertem Verzicht auf Eigenes auf der anderen Seite darstellt, ist dabei ein wichtiges Moment, das auch Angst vor dieser Veränderung nehmen kann.

Einstiegsprojekte zeichnen sich weiter dadurch aus, dass sie diese kulturschöpfende Seite mit den Traditionen des Widerständigen zu verbinden suchen. Widerstand nicht als Kampf um Privilegierung, sondern als Kampf um Neubestimmung des Solidarischen, Neubegründung des Gemeinschaftlichen im Gesellschaftlichen, gegen die Versuche der Verdrängung dieses Gemeinschaftlichen durch die Privatisierung des Gesellschaftlichen. Dies wäre zu verbinden mit einem eigenen Sicherheitskonzept auf lokaler und globaler Ebene. Zivilisierung von Innen- wie Außenpolitik, von Konfliktlösungen sollte übergreifendes Merkmal von Einstiegsprojekten sein.¹³

5. Einstiegsprojekte sind Prozesse bewussten sozialen Lernens in Einheit von Veränderung und Selbstveränderung.

Einstiegsprojekte schaffen zum einen Räume zum Lernen – nicht vorrangig im Sinne akademischer Veranstaltungen oder Schaffung von Lerninstitutionen, sondern vor allem in der Integration von Handeln und Lernen in den Prozessen selbst. Zum anderen müssen sie Zeiten des Lernen und der Selbstreflexion ermöglichen. Lernen ist, und hier sei an die von Rosa Luxemburg formulierten Ansprüche an politisches Handeln erinnert, ein wesentliches Moment der Selbstvergewisserung, der Präsenz des Ziels in den tagtäglichen Kämpfen. Dies ist unter den Bedingungen des heute üblichen Bildungsniveaus wie auch des

13 Vgl. dazu den Beitrag von Erhard Crome in diesem Band.

akkumulierten sozialen Erfahrungswissens mehr denn je möglich und nötig. Vor diesem Hintergrund erhält der simple Sachverhalt, dass Menschen schon immer zuerst in ihrem Handeln lernten, sich in der Gesellschaft zu bewegen, und erst dann das bewusste Lernen aus Büchern und in institutionalisierten Räumen wirksam wurde, ein völlig neues Gewicht. Bezugspunkt ist somit nicht (mehr) vorrangig die Entwicklung einer Organisationsidentität im Sinne des alten Ansatzes von politischer Bildung, der von einer Entgegensetzung von Lehrenden und Lernenden ausgeht. Dazu gehört, kulturelle Identität mit der Akzeptanz und Aufnahme kultureller Vielfalt (sodann der Aufnahme kultureller Vielfalt in eigene kulturelle Identität) zu verbinden.

Dieser Perspektivenwechsel mag auf den ersten Blick unwesentlich erscheinen, zieht aber bei näherer Betrachtung weitreichende methodisch-didaktische und organisationspraktische Konsequenzen nach sich: „Politische Bildung im Kontext von Bürgerbeteiligung darf sich deshalb nicht dafür hergeben, herkömmliche partikuläre Elemente des Politischen oberflächlich nachzuvollziehen oder die Akzeptanzbeschaffung für Verkrustungen politischer Strukturen im Allgemeinen und Regierungsleistungen im Besonderen zu übernehmen. Sie muss eine Instanz der Problematisierung der gesellschaftlichen Widersprüche bleiben, die sich dem Anspruch stellt, Politik zu entschlüsseln, Zusammenhänge durchschaubar zu machen sowie den kritischen Umgang mit ihnen zwecks Ermöglichung von Partizipation zu garantieren. Das heißt vor allem, beständige Arbeit an der (Weiter-)Entwicklung von Selbstverfügungs-Fähigkeit der Menschen als Individuen und Mitglieder sozialer Gebilde zu leisten. Bildung lässt sich nicht reduzieren auf etwas Besonderes, Partikulares. Aus dem Besonderen muss das Allgemeine entwickelt werden. Nur so zerfällt die Gesellschaft nicht in Erlebniswelten. Denn die Summe der Erlebniswelten ist keineswegs bereits die Gesellschaft“ (Schlönvoigt 2004). Organisationen, die natürlich als Akteure von gesellschaftlicher Veränderung und auch von Einstiegsprojekten nötig bleiben, müssen sich entsprechend selbst verändern, müssen lernen, die Option ihrer Infragestellung und Selbstveränderung als reale Möglichkeit zu akzeptieren. Lernprozesse sollten offen gestaltet werden, oft jenseits institutionalisierter Räume. Die Entwicklung von Sprache und Kategorien wie auch die Entwicklung zur Fähigkeit im Umgang mit beidem stellt durchaus eigene neue Anforderungen an die Konzeption der Einstiegsprojekte selbst wie auch an die in ihrem Rahmen ablaufenden Lernprozesse. Ein Beispiel für eine derartige Verbindung von Lernen, politischer Standpunktbildung und politischer Intervention sind die „consulta popular“ oder die Bildungspraxis der Landlosenbewegung MST in Brasilien.

6. Einstiegsprojekte entstehen und entwickeln sich in deliberativen Prozessen.

Der Luxemburg'sche Ansatz zum Verhältnis von Ziel und Bewegung bzw. Ziel und Mittel (denn Bewegung ist aus Sicht der sich Bewegenden immer auch Mittel) schließt notwendig die Frage nach dem Charakter der mit einem politischen Projekt verbundenen Entscheidungsprozesse ein. Ist der Einstieg in „eine andere Welt“ über tradierte Entscheidungsprozesse möglich? Können Einstiegsprojekte, wie sie bisher charakterisiert wurden, primär durch repräsentative und Mehrheitsentscheidungen konzipiert und realisiert werden?

Bereits die dargelegten Gedanken zum Charakter von Einstiegsprojekten als Projekte sozialen Lernens legen nahe, dass Organisationen sich auf neue Art und Weise zu sozialen Prozessen verhalten müssen, wenn es um die Formulierung von Einstiegsprojekten geht. Organisationen werden durch ihre Entscheidungsstrukturen geprägt. In Entscheidungsprozessen konzentrieren sich politisches Profil und Kultur einer Bewegung. Eine Bewegung oder Organisation „ist“, wie in ihr entschieden wird. Die in den Krisenprotesten entstandenen Entscheidungsstrukturen wie auch die in den haushaltspolitischen Beteiligungsverfahren vom Porto-Alegre-Typ¹⁴ zeigen dabei unterschiedliche Wege.

Veränderung von Organisationen bedeutet Veränderung der Art und Weise, wie Entscheidungen vorbereitet, getroffen und durchgesetzt werden. Lorey beschreibt das als Veränderung des Verhältnisses von Horizontalität und Vertikalität in Organisationen: „Horizontalität ist [...] kein Instrument des Gleichmachens aller Anwesenden, sondern schafft einen sozialen Raum, in dem jede und jeder sich als verschiedene und ähnliche Singularität ermächtigt fühlt zu sprechen und sich den gemeinsamen Herausforderungen zu stellen. Das heißt auch, bewusst mit Privilegien und Ungleichheiten umzugehen und Heterogenität in der Weise des Sprechens und den Meinungen auszuhalten. In diesem Sinne handelt es sich nicht um ein Programm, das Hierarchien und Vertikalitäten sofort ausschaltet und beendet. Vielmehr eröffnet Horizontalität einen Prozess, in dem Vertikalitäten gerade nicht negiert, sondern zuallererst erkannt werden müssen, um sie zu verändern“ (Lorey 2012, 104 f.). Unter dem Druck der durch die kapitalistischen Reproduktionserfordernisse geprägten Ausformung der „Ökonomie der Zeit“ sind Repräsentation und Mehrheitsprinzip in den meisten alternativen Bewegungen beherrschendes Merkmal der Entscheidungsprozesse. Langwierige Konsensbildung und Selbstvergewisserung erscheinen als Ablenkung vom We-

14 Zur Bedeutung inhaltlichen Beschreibung des deliberativen Ansatzes in der entsprechenden Diskussion vgl. Avritzer (2012) sowie zur Abgrenzung zum Habermas'schen Verständnis von Deliberation vgl. Blondiaux/Sintomer (2012, 91 f.).

sentlichen, wie in der Wirtschaft Demokratie als Hindernis der Produktion von Wohlstand erscheint. Diese Sicht prägt oft auch das Verhältnis von Organisationen zu jenen, die nicht oder anders organisiert sind. Beide Prinzipien, Repräsentation und Mehrheitsprinzip, produzieren Hierarchien nicht nur bezüglich der Handlungsmöglichkeiten (etwa zwischen Repräsentanten und Repräsentierten), sondern auch Hierarchien des Wissens. In diesen Hierarchien reproduziert sich eine bestimmte Kultur, eine Form des Umgangs miteinander und mit anderen. Der Zugang anderer zur Organisation wird dadurch oft erschwert. Wie aber will man vernetzen, wenn aus den gegebenen Organisationsstrukturen „Hierarchien des Wissens“ produziert werden? Eine Selbstreflexion des Handelns innerhalb derartiger Organisationen ist sehr kompliziert, da diese eng mit Statusfragen verknüpft ist: Wer Fehler, Unkenntnis in bestimmten Fragen, Unsicherheit zugeht, stellt seine Position in einer Hierarchie infrage. Die Furcht davor erschwert Denken in Szenarien – unerlässlich für zukunftsfähiges Handeln. Streng hierarchische Organisationen können schnell auf politische Entwicklungen reagieren, allerdings um den Preis der Verengung der in der politischen Praxis präsenten Interessen und meist auch unter Vernachlässigung der langfristigen Wirkungen.

Stellt man dies in Rechnung, muss für die Erarbeitung wie die Realisierung von Einstiegsprojekten offensichtlich ein anderer Weg der Entscheidungsfindung entwickelt werden. Einstiegsprojekte müssen

- a) durch deliberative Entscheidungsprozesse geprägt sein, die das Primat (nicht absolut zu verstehen) auf die direkte Beteiligung der Repräsentierten und auf die Suche von Konsenslösungen anstatt rascher Mehrheitsentscheidungen setzen, und
- b) durch deliberative Wissensproduktion (als Fundament politischen Handelns) charakterisiert sein; traditionelle hierarchische Beziehungen zwischen Experten und Laien müssen durch andere Formen der Kooperation ersetzt werden. In diesem Zusammenhang erweisen sich militante Befragungen, Sozialberichterstattung,¹⁵ Analysen im Rahmen partizipativer Haushaltspolitik oder andere Monitoringprozesse als wesentliche Momente von Einstiegsprojekten, obwohl sie auf verschiedene Weise entstanden sind und sich Selbstverständnis und Habitus der Akteure oft sehr unterscheiden.

Solche Prozesse nehmen damit bewusst in Kauf, dass sie einer anderen „Ökonomie der Zeit“ folgen.

15 In den Jahren 2000 bis 2006 hatte die Rosa-Luxemburg-Stiftung ein Projekt zu diesem Thema unterstützt. Zu den Projektergebnissen <http://tinyurl.com/ptm4krh> sowie Ferchland 2007.

Die Darlegungen werfen die Frage auf, ob denn überhaupt Projekte denkbar sind, die allen hier angeführten Maßstäben in gleichem Maße gerecht werden können. Das ist unwahrscheinlich und wahrscheinlich sogar unmöglich. Ziel war es zu skizzieren, in welcher Weise kleine und große Veränderungen sich in tatsächlichen Praxen miteinander verbinden können. In diesem Sinne geht es an erster Stelle nicht darum, Einstiegsprojekte zu erfinden, sondern Praxen in der Wirklichkeit aufzuspüren, die transformatorisches Potenzial in sich tragen, und diesen Praxen Räume zu geben. Transformation und die als Einstiegsprojekte identifizierten Praxen überlagern Revolution und Reform, verbinden sie und gehen zeitlich über sie hinaus. Sie gehen tiefer, weil sie an dem unmittelbaren Handeln und dem Alltag der gesellschaftlichen Akteure ansetzen. Wie die Geschichte zeigt, konnten die bisherigen sozialistischen Revolutionen diesem Anspruch nicht gerecht werden. Die in ihnen trotzdem errungenen Emanzipationsgewinne konnten den Konservatismus der Lebensweise nicht brechen. Der Reformismus erwies sich als unfähig, den Bruch mit dem Alten zu vollziehen, und verlängerte das Reifen der Bedingungen ins Unendliche, immer aus Angst vor dem Unberechenbaren. Das Konzept der Einstiegsprojekte soll die Idee der Transformation operationalisieren. Es geht um eine bestimmte Art und Weise der Verbindung von Theorie, sozialer Erfahrung und praktischem Handeln. Nur in diesem Sinne können Einstiegsprojekte „entwickelt“ und gesellschaftliche Veränderungsprozesse „geführt“ werden.

Literatur

- Avritzer, Leonardo (2012). Neue Öffentlichkeit in Brasilien: Lokale Demokratie und deliberative Politik, in: Herzberg, Carsten et al. (Hrsg.): Hoffnung auf eine neue Demokratie. Bürgerhaushalte in Lateinamerika und Europa, Studien zur Demokratieforschung. Frankfurt/New York: Campus, 177–201
- Azzellini, Dario/Hoffrogge, Ralf/Tuckman, Alan (2013). workerscontrol.net, abrufbar unter: www.workerscontrol.net/
- Blondiaux, Loïc/Sintomer, Yves (2012). Der deliberative Imperativ, in: Herzberg, Carsten et al. (Hrsg.): Hoffnung auf eine neue Demokratie, Studien zur Demokratieforschung. Frankfurt am Main/New York: Campus, 83–105
- Brand, Ulrich (2008). „Umwelt“ in der neoliberal-imperialen Politik. Sozial-ökologische Perspektiven demokratischer Gesellschaftspolitik, in: Widerspruch, Bd. 54, 139–148
- Brangsch, Lutz (2009). „Der Unterschied liegt nicht im Was, wohl aber im Wie“. Einstiegsprojekte als Problem von Zielen und Mitteln linker Bewegungen, in: Brie, Michael (Hrsg.): Radikale Realpolitik. Plädoyer für eine andere Politik, Berlin: Karl Dietz, 39–51

- (2010). Die „sichtbare Hand“ – Regulierung als Einstiegsprojekt?, in: Dellheim, Judith/Krause, Günter (Hrsg.): Sichtbare Hände – Staatsinterventionismus im Krisenkapitalismus, hrsg. von der Rosa-Luxemburg-Stiftung, Manuskripte Bd. 86, 24–34,
 - (2013). Entwicklung, Revolution, Reform und Transformation – ideengeschichtliche Skizze, abrufbar unter: <http://brangsch.de/blog/wp-content/uploads/2013/02/ideengeschichtliche-skizze.pdf>
 - (2012). Staat in der Transformation – Transformation des Staates. Ein Problemaufriss, in: Brie, Michael/Candeias, Mario (Hrsg.): Transformation im Kapitalismus und darüber hinaus. Beiträge zur Ersten Transformationskonferenz des Instituts für Gesellschaftsanalyse der Rosa-Luxemburg-Stiftung, hrsg. von der Rosa-Luxemburg-Stiftung, Reihe Papers, Berlin, 195–215
- Brangsch, Lutz/Dellheim, Judith/Spangenberg, Joachim H./Wolf, Frieder Otto (2012). Den Krisen entkommen. Sozialökologische Transformation, Berlin: Karl Dietz
- Brangsch, Petra/Brangsch, Lutz (2008). Weshalb? Wieso? Warum? Argumente für den Bürgerhaushalt, Berlin: kommunalpolitisches forum (berlin)
- Brecht, Bertolt (1983). Briefe 1913–1956, Bd. 1: Texte, Berlin/Weimar: Aufbau
- Brie, Michael (2011). Der Fall Millerand – Regierungsbeteiligung der Sozialisten als Testfall marxistischer Staatstheorie, in: Brie, Michael/Haug, Frigga (Hrsg.): Zwischen Klassenstaat und Selbstbefreiung. Zum Staatsverständnis von Rosa Luxemburg, Baden-Baden: Nomos
- CCC (2012). Who we are — Clean Clothes Campaign, abrufbar unter: www.cleanclothes.org/about/who-we-are
- COPAC (2011). Beyond the Social Economy. Capitalism's Crises an the Solidarity Economy Alternative, Johannesburg: COPAC
- Elsen, Susanne (2011a). Jane Addams: Demokratie, soziale Teilhabe und gesellschaftliche Entwicklung, in: Elsen, Susanne (Hrsg.): Ökosoziale Transformation. Solidarische Ökonomie und die Gestaltung des Gemeinwesens. Perspektiven und Ansätze von unten, Neu-Ulm: AG SPAK, 21–46
- (2011b). Ökosoziale Transformation. Solidarische Ökonomie und die Gestaltung des Gemeinwesens. Perspektiven und Ansätze von unten, Neu-Ulm: AG SPAK
- Ferchland, Rainer (2007). Sozialberichte: Was sie benennen und was sie verschweigen. Studie des Instituts für Sozialdatenanalyse e.V. Berlin – isda, Berlin: Karl Dietz
- Grin, J./Rotmans, J./Schot, J.W. (2010). Transitions to Sustainable Development: New Directions in the Study of Long Term Transformative Change, New York/London: Routledge
- Habermann, Friederike (2009). Halbinseln gegen den Strom. Anders leben und wirtschaften im Alltag, Königstein/Ts.: Ulrike Helmer
- Hille, Kristina (2009). Die empresas recuperadas in Argentinien: Selbsthilfe von Erwerbslosen in Krisenzeiten, Marburg: Tectum
- Kaelble, Martin/Ohanian, Mathias (2011). Friede den Schildkröten. Vor zwei Jahren bekam Elinor Ostrom als erste Frau überhaupt den Wirtschaftsnobelpreis, in: Financial Times Deutschland, 15. April 2011, S. 27

- Klein, Dieter (2004). Einstiegsprojekte in einen alternativen Entwicklungspfad, abrufbar unter: www.rosalux.de/fileadmin/rls_uploads/pdfs/KleinBrangsch_Einstiegsprojekte_d.pdf
- Krause, Stefan (2013). „Geiles Label sucht cooles Kollektiv“. Abschluss der DA-Kollektivreihe: Entwurf eines gewerkschaftlichen Angebots an KollektivistInnen, in: Direkte Aktion, abrufbar unter: www.linksnet.de/de/artikel/29366
- Latza, Jan (2012). Demokratischer Strom? Das Beispiel Sacramento, in: LuXemburg, (4), 124–129
- Lehnhart, Karin/Wagner, Alexandra (2010). Abschließender Bericht der wissenschaftlichen Bestandsaufnahme zur Umsetzung des ÖBS-Programms in Berlin, Berlin: Forschungsteam Internationaler Arbeitsmarkt GmbH (FIA)
- Liebkecht, Karl (1982). Theoretisches über die Wirkung erfolgloser politischer Aktionen, in: ders.: Gesammelte Reden und Schriften, Bd. IX, Berlin: Dietz, 460–462
- Lindemann, Constanze (2011). Wie über öffentliche Förderung Menschen in komplizierter Lebenslage ermutigt werden, ihre Kreativität so zu mobilisieren, dass sie ihrem Ringen um soziale Absicherung und Teilhabe am gesellschaftlichen Leben sich selbst sinnvolle Beschäftigung organisieren und die Zivilgesellschaft stärken – Der öffentlich geförderte Beschäftigungssektor (ÖBS) in Berlin, Berlin: Rosa Luxemburg Stiftung
- Lorey, Isabell (2012). Praktizierte Demokratie in den Besetzungen: Eine konstituierende Macht, in: LuXemburg, (5), 102–109
- Lukács, Georg (1977). Scholochow: „Der stille Don“. Epos des Bürgerkriegs im Kosakenland, in: Kunst und objektive Wahrheit, Leipzig: Philipp Reclam jun., 478–521
- (1985). Demokratisierung heute und morgen. Budapest: Akadémiai Kiadó
- Marx, Karl (1958/1978). [Thesen über Feuerbach] [1845], in: MEW, Bd. 3, Berlin: Dietz, 5–7
- Meuler, Erhard (1999). Wie aus Schwäche Stärke wird. Vom Umgang mit Lebenskrisen, Berlin/Milow: Schibri
- Musiolek, Bettina (2011). Clean Clothes Campaign – Mit neuen Akteuren für andere Unternehmenspraktiken in globalen Lieferketten von Bekleidung, Studie im Auftrag der Rosa-Luxemburg-Stiftung (unveröffentlicht)
- Ostrom, Elinor (1999). Die Verfassung der Allmende, Tübingen: Mohr Siebeck
- (2005). Understanding institutional diversity, Princeton: Princeton University Press
- Reißig, Rolf (2005). Mitregieren in Berlin. Die PDS auf dem Prüfstand, Berlin: Karl Dietz
- Runge, Brigitte/Vilmar, Fritz (1988). Handbuch Selbsthilfe. Gruppenberichte, 900 Adressen, Gesellschaftliche Perspektiven, Frankfurt am Main: Zweitausendeins
- Sharzer, Greg (2012). No local. Why small-scale alternatives won't change the world, Winchester/Washington: zero books
- Wagner-Ahlf, Christian (2013). Arzneimittel als Gemeingut: Wie das patentfreie Malariamedikament ASAQ die Forschung verändert hat, hrsg. von der Rosa-Luxemburg-Stiftung, Reihe Studien, Berlin, 18–29
- Welzer, Harald (2013). Futurzwei. Stiftung Zukunftsfähigkeit, abrufbar unter: <http://futzurzwei.org/#index>
- Wright, Erik Olin (2010). Envisioning Real Utopias, London/New York: Verso

Erhard Crome

Transformationsperspektive und die Frage der Gewalt

Gesellschaftstransformation im Sinne der in diesem Band diskutierten Perspektive ist ausdrücklich nicht als ein revolutionärer Prozess (im Sinne eines historischen Bruches, wie ihn die Französische Revolution 1789 und die Russische Revolution 1917 darstellten) gedacht. Allerdings ergeben sich rasch Dilemmata von weitreichender Bedeutung, die zumeist ausgeblendet werden. Zunächst: Unter den Voraussetzungen der Existenz des kapitalistischen Weltsystems sowie der EU-Verträge und der Nato ist ein Neuansatz gesellschaftlichen Fortschritts qua Transformation – der in der Endkonsequenz auf einen Systembruch hinausläuft – im Grunde nicht in einem Lande denkbar, heute noch weniger als zu Beginn des 20. Jahrhunderts. Das gilt zumindest für die eng untereinander verflochtenen Länder des reichen Nordens bzw. Westens, in Bezug auf die alten Zentren des weltkapitalistischen Systems in Westeuropa und Nordamerika. Die Stalin'sche Idee des „Sozialismus in einem Land“ – selbst in einem von der Größe Russlands – muss nach 1989 als historisch widerlegt angesehen werden. Und die von Trotzki antizipierte „proletarische Weltrevolution“ ist ausgefallen.

Zugleich ist zu erinnern, dass im Grunde alle Revolutionen in der Weltgeschichte nicht planvoll von revolutionsorientierten Eliten gemacht wurden, wie diese – so die Revolution zu ihrer Machtübernahme führte – oft hinterher darzustellen bestrebt waren, sondern im Gefolge gesellschaftlicher Auseinandersetzungen ausbrachen, die wiederum auf Hungersnöte, verlorene Kriege bzw. soziale, politische oder konstitutionelle Krisen folgten. Insofern ist die allgemeine Ankündigung, das „Zeitalter der Revolutionen“ sei vorüber, gewiss zu früh und zumindest nicht sachlich begründet. Jähe Wendungen sind möglich. Umgekehrt aber lässt sich nicht selbstgewiss darauf bauen, dass „die Revolution“ notwendig und zeitnah vor der Tür steht. Sie kommt nicht aus der Himmelsmechanik historischer Gesetzmäßigkeiten, sondern dann, wenn die Herrschenden nebst ihren Regierenden und Ideologen die gesellschaftlichen Widersprüche nicht mehr zu beherrschen vermögen und die bisher Herrschaftsunterworfenen die Dinge satt haben. Geschichte ist auch künftighin offen. Gleichwohl soll die Revolutions-

frage – auch wenn sie unausgesprochen hinter jeglicher modernen Geschichte steht – hier außerhalb der Betrachtung bleiben.

Das Problemfeld

Der Rahmen für gesellschaftliche Veränderungen ist nach wie vor durch die Verfasstheit der staatlich organisierten Gemeinschaften gesetzt. Der Staat und die Nation, die jeweilige Verfassungs- oder Rechtsordnung bieten den Rahmen für gesellschaftliche Entwicklung oder Veränderung. Ein Transformationsprozess ist nicht denkbar ohne eine Veränderung der gesellschaftlichen Hegemonie; dann aber auch nicht ohne Veränderung der Verfassungs- und Rechtsordnung und ihres normativen Selbstverständnisses. Verfassungen sind stets der geronnene Ausdruck gesellschaftlicher Kräfteverhältnisse. Insofern ist die Veränderung in einem je innerstaatlichen Rahmen zu denken, der zugleich ein internationales und globales Umfeld hat, das im weitesten Sinne das Weltsystem ist. So ist Transformation stets in ihren regionalen (EU) und globalen Kontexten bzw. Voraussetzungen zu fassen.

Damit ergeben sich insbesondere vier Problemkomplexe:

(1) Was ist das internationale Umfeld für einen (nationalstaatlichen oder regionalen) Transformationsprozess mit sozialistischer oder zumindest partizipativer Ausrichtung? Wie kann ein möglichst günstiges internationales Umfeld für einen solchen Prozess geschaffen werden? Hier wird ein gesellschaftlicher Transformationsprozess als einer unterstellt, der auch die Macht des Staates zur gesellschaftlichen Veränderung benötigt und nutzt und zu diesem Zwecke Regierungsverantwortung anstrebt. (Nicht im Sinne der Staatsfixiertheit der Sozialdemokraten und Kommunisten vergangener Zeiten, aber doch ausgehend davon, dass eine Transformation nur in staatsfernen, zivilgesellschaftlichen Strukturen keinen Bestand haben wird. Deshalb muss die politische Linke des 21. Jahrhunderts auch die Staatsfrage neu stellen.) In diesem Prozess spielt auch eine politische Partei oder spielen politische Parteien eine wichtige Rolle. (Ebenfalls nicht im Sinne des früheren Avantgarde-Verständnisses einer „Partei der Arbeiterklasse“, aber als Akteur im politischen Raum, der den Transformationsprozess vorantreibt.) Das bedeutet in dem hier zu behandelnden Zusammenhang, dass jede relevante Transformationspartei, so sie sich anschickt, die staatliche Macht für ihre Zwecke zu nutzen, ein eigenständiges außenpolitisches Konzept benötigt. Dies darf weder eine Nachbildung der außenpolitischen Linien anderer politischer Kräfte sein, die ihrem Wesen nach nicht für die Ingangsetzung eines Transformationsprozesses stehen, auch wenn sie sich als zeitweilige Koalitionspartner

erweisen, noch reduziert es sich auf das Schwenken roter Fahnen und das laute Rufen internationalistischer Losungen. Gerade weil mit einer Ungleichzeitigkeit und damit mit einem Umfeld zu rechnen ist, das sich nicht auf einen gleichartigen Transformationspfad begeben hat, braucht es klare Konzepte zur Außenpolitik, aus einer deutschen Perspektive etwa, wie in der UNO zu agieren und mit den Nato- und EU-Verträgen, den Positionen in Weltbank, IWF und WTO, den globalen Handelsbeziehungen der überkommenen „geoökonomischen Macht mit globalen Interessen“ (Crome 2013) etc. umzugehen ist und wie die Beziehungen zu den Nachbarn weiter auszugestalten sind. Und dies unter der Voraussetzung, dass auch eine Transformationsregierung in Folgewahlen der Bestätigung ihrer Wählerinnen und Wähler bedarf, zuerst den Bürgerinnen und Bürgern des Landes verpflichtet ist und erst danach der Idee der globalisierten Weltveränderung. Dabei geht es im Kern darum, die internationalen Voraussetzungen für Frieden und Wohlfahrt der „eigenen“ Bevölkerung zu gewährleisten, ohne der sozialdemokratischen Illusion zu verfallen, wonach bei einer weiteren Stärkung der Hegemonialposition Deutschlands in EU-Europa und seiner Stellung im kapitalistischen Weltsystem nach der Logik sozial-imperialistischer Machtentfaltung auch für die abhängig Beschäftigten ein paar Brosamen abfallen. Ein eigenständiges außenpolitisches Konzept sollte, wenn die Schicksalsstunde der Übernahme politischer Verantwortung geschlagen hat, zumindest im Grundriss vorliegen; wer da erst zu debattieren beginnt, hat bereits verloren.

(2) Mit dem Beginn gesellschaftlicher Veränderung und Transformation stellt sich sofort die Frage der Gegenkräfte. Sowohl im Verlaufe der französischen Revolution von 1789 ff. als auch der russischen Revolution von 1917 ff. bildete sich recht frühzeitig ein antirevolutionäres Bündnis der Kräfte des Ancien Régime im Innern mit den Kräften und Mächten der Gegenrevolution von außen. Insofern stellt sich auch für einen Transformationsprozess das Problem der relativ rasch sich formierenden Gegenkräfte und ihres Agierens. Der Militärputsch gegen die Allende-Regierung in Chile 1973, die jahrzehntelange Boykottpolitik der USA gegen Kuba und die anhaltende Intriganz des Westens gegen das chavistische Venezuela zeigen, dass dies keine akademische, sondern eine sehr praktisch-politische Transformationsfrage ist. Der Druck der Kapitaleseite gegen die Reformmaßnahmen der ersten sozialistisch-kommunistischen Regierung unter Präsident Mitterrand in Frankreich (1981–1984), bis diese praktisch aufgegeben wurden, machte deutlich, dass dies nicht nur Länder des Südens, sondern auch vergleichsweise große und entwickelte Länder trifft, sobald sie die Kapitaldominanz zu reduzieren oder gar aus ihr auszubrechen versuchen sollten. Dies unterstreicht nochmals die Notwendigkeit eines tragfähigen und zugleich realistischen außenpolitischen Konzeptes.

(3) Das verbindet sich unmittelbar mit der Frage nach der Unumkehrbarkeit von gesellschaftsverändernden Entwicklungen, die den oligarchischen Interessen der herrschenden Eliten zuwiderlaufen, auch dann, wenn sie weit davon entfernt sind, den Rahmen des Neoliberalismus verlassen zu wollen. Selbst auf dem Feld der Schuldenreduktion in den USA zum Beispiel – und da ging es in keiner Weise um Gesellschaftsveränderung, sondern um schlichte Sanierung des Staatshaushaltes – wurden die Ergebnisse der Konsolidierungs-Bemühungen der Clinton-Administration (1993–2001) durch die Politik der Steuersenkung für die Reichen und der exzessiven Hochrüstung im Zuge des „war on terror“ von Bush II rasch wieder rückgängig gemacht und der neoliberale Schuldenstaat wieder hergestellt.

(4) In der Konsequenz stellt sich unweigerlich die Gewaltfrage in der jeweiligen Gesellschaft und in ihrem Verhältnis zu anderen Gesellschaften bzw. Staaten. Wie können friedliche Bedingungen eines Transformationsprozesses gesichert werden? Der Sturz der Allende-Regierung durch den blutigen Pinochet-Putsch 1973 hat gezeigt, dass die alten herrschenden Kräfte auch auf einen friedlichen Wandlungsprozess mit Blutvergießen und unmittelbarer militärischer Gewalt antworten, wenn sie dies für angezeigt halten.

Im Endeffekt geht es maßgeblich um den engeren Bereich der Friedens- und Sicherheitspolitik. Er kann nicht als Transformationsthema wie Wirtschafts-, Sozial- oder Gesundheitspolitik bearbeitet werden. Der Transformationsprozess, der in einem Land unter den in ihm obwaltenden Bedingungen entsteht, kann nicht als selbstverständlich voraussetzen, dass ein gleichartiger Transformationsprozess auch in den anderen, umliegenden Ländern möglich wird. Die ihn politisch tragenden Kräfte können nicht versuchen, analoge Prozesse in den Nachbarländern zu initiieren, wenn solche dort nicht ihrerseits gewachsen sind – dass sich die politischen Entwicklungen in sich politisch, wirtschaftlich und kulturell nahestehenden Ländern gegenseitig beeinflussen, ist als gegeben vorauszusetzen. Jeglicher „Export der Revolution“ oder ein „Anpeitschen der Revolution“ – hier: eines entsprechenden Transformationsprozesses – dagegen bleibt auch im 21. Jahrhundert ausgeschlossen. Zugleich kann ein einmal begonnener politischer Transformationsprozess nicht warten, bis es auch in anderen Ländern so weit ist, ohne Gefahr zu laufen, die Chance der Veränderung der Verhältnisse im eigenen Land zu verspielen. Für die Außenpolitik eines Landes, in dem ein Prozess der Transformation begonnen wurde, steht damit die Aufgabe, die günstigsten äußeren Bedingungen für einen solchen Prozess zu schaffen.

Damit stellen sich die Fragen der friedlichen Koexistenz, die im 20. Jahrhundert unter unterschiedlichen Bedingungen vielfach diskutiert worden sind, und

die des Völkerrechts auf neue Weise. Es bedarf einer alternativen Außenpolitik, die auf Frieden, Abrüstung, friedliche Konfliktlösung und Konfliktvorbeugung, Durchsetzung und Weiterentwicklung des Völkerrechts sowie eine gerechte Weltwirtschaftsordnung gerichtet ist. Vor diesem Hintergrund gewinnen die Schaffung eines Systems gegenseitiger kollektiver Sicherheit in Europa, die Stärkung der UNO und des Völkerrechts besondere Bedeutung. Die Berufung auf die UN-Charta, das Prinzip der Nichteinmischung in die inneren Angelegenheiten eines Staates – hier des in der Transformation befindlichen –, des Gewaltverbots etc. stellen eine wesentliche Grundlage dar, ein friedliches Umfeld für die Transformation im eigenen Land zu schaffen, und dies auch unter der Voraussetzung, dass die fraglichen anderen Länder dem (noch) nicht folgen.

Gewaltbegriff und Politik

Das Wort *Gewalt* meint im Althochdeutschen zunächst rohe Kraft, Wucht, Macht und Zwang; in Verbindung mit dem Verb *walten* dann vorwiegend im Sinne von Macht, Herrschaft und Vollmacht. Im ausgehenden Mittelalter war der *Gewalthaber* dann der, der die Macht hat und ihre legitime Ausübung für sich beanspruchen kann, der Herrscher, bzw. im Rechtsverkehr der mit einer Vollmacht Ausgestattete (Pfeifer 1989, 563). Hier wäre anzumerken, dass auch im *Verwalten* die Gewalt noch nachklingt. Gewalt und Macht sind zunächst nicht weit auseinander, Gewalt nicht auf Gewalttätigkeit im Sinne von Anwendung physischen oder psychischen Zwanges reduziert. Die Doppeldeutigkeit der Gewalt wird im Lateinischen mit zwei verschiedenen Worten ausgedrückt: *violentia* im Sinne der rohen Einwirkung auf Personen, die gegen Sitte und Recht verstößt, und *potestas* als Durchsetzungsvermögen in Macht- und Herrschaftsbeziehungen. Diese Unterscheidung setzt sich im Englischen (*violence, power*), Französischen (*violence, pouvoir*) oder Spanischen (*violencia, poder*) fort, während im Deutschen die Doppeldeutigkeit des Wortes *Gewalt* nicht nur zu Zweideutigkeiten, sondern auch zu vielfältigen Wortverbindungen und Ausdrucksmöglichkeiten führt, etwa der Differenzierung zwischen legitimer und illegitimer bzw. legaler und nicht legaler Gewalt (Brockhaus 1989, 453).

Machen wir uns vom Wort ausgehend auf die Suche nach dem Begriff! Während der Brockhaus von 1989 das Stichwort „Gewalt“ als einen „Schlüsselbegriff“ aufführt und in verschiedenen Facetten, von der Gewaltkriminalität bis zur Friedensforschung, behandelt, taucht es im Meyer von 1888 als Stichwort nicht auf – dort gibt es nur den Verweis auf die „Schlüsselgewalt“ und das Stichwort „Gewalthätigkeit“ im Sinne des Strafrechts (Bibliographisches Institut 1888,

279)¹. „Pipers Wörterbuch zur Politik“ von 1989 kennt übrigens ebenfalls keine Gewalt, sondern nur: „Gewaltenteilung“, „Gewaltlosigkeit“ und „Gewaltverzicht“ (Nohlen 1989, 289 ff.). Dies in trauer Übereinstimmung mit dem Band „Kleines Politisches Wörterbuch“ aus der DDR von 1985, der ebenfalls Gewalt nicht kennt, sondern nur „Gewaltenteilung“ (die es im Sozialismus nicht gab) und „Gewaltverbot“ (Schütz 1985, 339 ff.).

In der Soziologie wird versucht, sich der Gewaltfrage zu stellen. So heißt es in einem einführenden Band zu soziologischen Grundbegriffen unter „Gewalt“: „Ausübung physischen oder psychischen Zwanges. Alle Macht- und Herrschaftsverhältnisse sind gekennzeichnet durch den Besitz und die Anwendung von Gewalt. Max Weber (1864–1920) definiert den Staat als denjenigen Verband, der ‘das Monopol legitimer Gewaltsamkeit’ besitzt. Die Staats-Gewalt äußert sich als gesetzgebende Gewalt (Legislative), ausführende oder vollziehende Gewalt (Exekutive) und rechtsprechende oder richterliche Gewalt (Judikative).“ Es folgen ein Lob des Rechtsstaates und eine Darstellung von Grundbegriffen der Konflikt- und Friedensforschung (Schäfers 1986, 114 ff.). Das heißt, auch hier läuft die Perspektive am Ende auf Staat, Macht und Herrschaft hinaus. In der klassischen Soziologie-Einführung von Fürstenberg erscheint Gewalt sogar nur als Deformationsgestalt legitimer Herrschaft (Fürstenberg 1978, 134). In einem populärwissenschaftlichen Philosophie-Wörterbuch heißt es unter dem Stichwort „Gewalt“: „Die Frage nach der Legitimität von Gewalt ist seit der Antike mit der Idee des Rechts und der Handlungsfreiheit des Individuums verknüpft. Im Mittelalter wurde obrigkeitliche Gewalt als Bestandteil der göttlichen Seinsordnung legitimiert. Die neuzeitlichen Vertragstheorien rechtfertigten bzw. erklärten die staatliche Gewalt als Folge der Abtretung individueller Rechte zum Schutz der eigenen Person. Kant ging von der faktischen Existenz staatlicher Gewalt aus und betrachtete sie als Bedingung für die Wirksamkeit des öffentlichen Rechts. Der Marxismus kritisierte die Gewalt als Unterdrückungsinstrument des Bürgertums. Die reaktionäre Gewalt der bürgerlichen Klasse rufe die revolutionäre Gewalt des Proletariats hervor“ (Elsner 1992, 129 f.).²

-
- 1 Die Schlüsselgewalt im damaligen Sinne war das Recht der Ehefrau, selbstständig Kauf- und andere Verträge im Rahmen der Haushaltsführung schließen zu dürfen, während dies sonst dem Mann vorbehalten war.
 - 2 Hier ist besonders interessant, dass nur der Satz: „Im Mittelalter wurde obrigkeitliche Gewalt als Bestandteil der göttlichen Seinsordnung legitimiert“, als klarer Aussagesatz dasteht, alle späteren Erörterer der Gewaltfrage dagegen „rechtfertigen“, „erklären“ oder „kritisieren“ nur. Wenn man also den Weltbild-Verlag, der der katholischen Kirche gehört, für diese nimmt, geht sie dem Grunde nach auch weiterhin davon

Das Fazit lautet: Wie immer man es betrachtet, die Gewaltfrage ist nicht zu trennen von den Fragen nach Macht, Herrschaft und Legitimität. (Wobei der wechselseitige Bezug von Soziologie, Politikwissenschaft und Philosophie darauf verweist, dass wir es hier nicht mit einem im engeren Sinne fachwissenschaftlichen, sondern mit einem allgemeineren sozialtheoretischen bzw. sozialwissenschaftlichen Problem zu tun haben. Dazu gehören auch feministische und postkoloniale Perspektiven.) Hier ist zunächst dem Hinweis auf Max Weber zu folgen. Sein Vorzug besteht darin, dass er stets bemüht war, alle von ihm verwendeten und für die Soziologie relevanten Begriffe klar zu definieren. In diesem Sinne heißt es bei Weber: „*Macht* bedeutet jede Chance, innerhalb einer sozialen Beziehung den eigenen Willen auch gegen Widerstreben durchzusetzen, gleichviel worauf diese Chance beruht“ (Weber 1972, 28, Hervorheb. im Orig.). Diesen Machtbegriff bezeichnet Weber allerdings als „soziologisch amorph“, denn: „Alle denkbaren Qualitäten eines Menschen und alle denkbaren Konstellationen können jemand in die Lage versetzen, seinen Willen in einer gegebenen Situation durchzusetzen“ (ebd., 28 f.). Die neueren Debatten um diesen Machtbegriff haben darauf abgezielt, seinen relationalen – nicht substanzialen – Charakter zu betonen. So meinte Luhmann, der Machthaber sei nicht einfach als Ursache im Machtverhältnis zu beschreiben, sondern „mit der komplexen Funktion eines Katalysators“ zu vergleichen. Insofern sei das Alltagsleben der Gesellschaft im Sinne der Systemtheorie stärker durch eine nach Rechtsregeln „normalisierte“ Macht als durch brutale und eigensüchtige Machthaber bestimmt (Luhmann 1975, 12 u. 17). Dies mag für den modernen bürgerlichen Rechtsstaat gelten; doch auch in den Rechtsregeln verbirgt sich Macht, deren Kern am Ende Gewalt ist.

In diesem Sinne definiert Weber *Herrschaft* als „die Chance, für einen Befehl bestimmten Inhalts bei angebbaren Personen Gehorsam zu finden“ (Weber 1972, 28). Dies wiederum verbindet sich mit der *Disziplin* als „die Chance, kraft eingeübter Einstellung für einen Befehl prompten, automatischen und schematischen Gehorsam bei einer angebbaren Vielheit von Menschen zu finden“ (ebd.). In diesem Sinne heißt es an anderer Stelle, Herrschaft sei die Chance, für „Befehle bei einer angebbaren Gruppe von Menschen Gehorsam zu finden. Nicht also jede Art von Chance, ‘Macht’ und ‘Einfluss’ auf andere Menschen auszuüben. Herrschaft (‘Autorität’) in diesem Sinn kann im Einzelfall auf den verschiedensten Motiven der Fügsamkeit: von dumpfer Gewöhnung angefangen bis zu rein zweckrationalen Erwägungen, beruhen. Ein bestimmtes Minimum an

aus, dass nur jene Gewalt legitimiert ist, die sich obrigkeitlich von der „göttlichen Seinsordnung“ herleitet.

Gehorchenwollen, also: *Interesse* (äußerem oder innerem) am Gehorchen, gehört zu jedem echten Herrschaftsverhältnis.“ Herrschaft kann sich wirtschaftlicher Mittel bedienen, aber nicht jede Herrschaft dient wirtschaftlichen Zwecken. Zu materiellen und zweckrationalen Motiven und Interessen kommen Sitte und wertrationale Motive hinzu. Für verlässliche Grundlagen einer Herrschaft ist jedoch ein weiteres Moment unerlässlich: „der *Legitimitäts*glaube. Keine Herrschaft begnügt sich [...] freiwillig mit den nur materiellen oder nur affektuellen oder nur wertrationalen Motiven als Chancen ihres Fortbestandes. Jede sucht vielmehr den Glauben an ihre ‘Legitimität’ zu erwecken und zu pflegen“ (ebd., 122, Hervorheb. im Orig.). Keine Herrschaft ohne Legitimitätsanspruch und keine Legitimität, die am Ende nicht auf Herrschaft hinausläuft.

Folgerichtig ist der *Staat* als Anstaltsbetrieb definiert, der „das *Monopol legitimen* physischen Zwanges für die Durchführung der Ordnungen in Anspruch nimmt“ (ebd., 29). (Bei Weber hat der moderne Staat drei Charakteristika: den „Monopolcharakter der staatlichen Gewaltherrschaft“, seinen „Anstalts“-Charakter im Sinne rationaler Zweckbestimmungen und den „Betriebs“-Charakter im Sinne seines fortlaufenden Funktionierens.) Das heißt, für den modernen Staat sind eine Verwaltungs- und Rechtsordnung sowie ein „Verbandshandeln“ charakteristisch, das für alle „Verbandsgenossen“ (das sind im heutigen Sinne die Staatsangehörigen) und alles, was auf dem Territorium des Staates geschieht, verbindlich ist. „Legitime“ Gewalt gibt es in einem funktionierenden Staat nur noch in dem Maße, als die staatliche Ordnung sie zulässt oder vorschreibt, selbst wenn die Differenz zwischen „legitim“ und „legal“ oft in einer Grauzone verbleibt, die auch der Staat nicht immer allein zu bestimmen vermag. In diesem Sinne ist für einen „politischen Verband“, also auch den Staat, „selbstverständlich die Gewaltsamkeit weder das einzige, noch auch nur das normale Verwaltungsmittel. Ihre Leiter haben sich vielmehr aller überhaupt möglichen Mittel für die Durchsetzung ihrer Zwecke bedient. Aber ihre Androhung und, eventuell, Anwendung ist allerdings ihr spezifisches Mittel und überall die ultima ratio, wenn andre Mittel versagen.“ Das heißt, was immer die Mittel und Wege staatlichen Handelns sind, am Ende steht stets der mögliche, weil legitime und monopolisierte Einsatz von Gewalt. Wenn der Staat dieses Monopol oder diese Legitimität verliert – wie im Winter 2013/14 in der Ukraine – büßt er seine Staatsqualität ein. Es öffnet sich dann der Weg in den „gescheiterten Staat“, der durch diffundierende Gewalt unterschiedlicher, ja konkurrierender Gewalthaber charakterisiert ist. Deshalb bindet Weber den *politischen* Charakter des politischen Verbandes oder Staates nicht an die Zwecke des Verwaltungshandelns, sondern an das „unter Umständen zum Selbstzweck gesteigerte“ Mittel, das „für sein Wesen *unentbehrlich* ist: die

Gewaltsamkeit“ (ebd., 30). Gewalt ist so „des Pudels Kern“ von Macht wie von Herrschaft, das letzte Mittel, das noch zur Verfügung steht, wenn alle anderen versagt haben sollten.

Auch Hannah Arendt (1906–1975) besteht auf Klarheit der Begriffe: „Für die Beschreibung politischer Phänomene hängt viel davon ab, dass so entscheidende Kategorien politischen Denkens wie Autorität, Macht und Gewalt klar voneinander geschieden werden. Die gängige Einebnung dieser drei Grundbegriffe erfolgt zumeist dadurch, dass man sie auf den vermeintlich gemeinsamen Nenner ihrer Funktion in einem Gemeinwesen bringt und meint, es handele sich nur um verschiedene Worte für das Verhältnis zwischen Befehlenden und Gehorchenden. Nun ist es aber keineswegs dasselbe, ob man eine übergeordnete Autorität anerkennt, der man Gehorsam schuldet, oder ob die Glieder eines Machtverbands sich auf etwas geeinigt haben und nun einmütig handeln, wobei die Gliederung in Befehlende und Gehorchende rein technischer Natur ist, oder ob schließlich jemand ‘gehört’ und die Brieftasche zieht, weil ihm einer die Pistole auf die Brust gesetzt hat“ (Arendt 1986, 232).

Vor diesem Hintergrund verglich Arendt die Französische Revolution (von 1789 ff.) und die US-amerikanische Unabhängigkeitsrevolution (1763–1783) und betonte, dass in Frankreich vor der Revolution niemand Macht hatte, aber der König und der absolutistische Staatsapparat hatten Gewalt über das Volk, „und diese Gewalt sollte nun durch die Revolution auf das Volk übertragen werden“. Mit der Folge: „Wenn also die Männer der Französischen Revolution sagen, dass alle Macht beim Volk liegt, so verstehen sie unter Macht eine Art Naturkraft außerhalb des politischen Bereichs, deren ungeheure Gewalt erst durch die Revolution entbunden wird, um dann wie ein Orkan alle Institutionen des Ancien Régime wegzufegen. Die Gewalt dieser Kraft wurde als etwas Übermenschliches erfahren, und sie entstammte offenbar dem gewalttätigen Ausbruch einer Menge zutiefst geschädigter Menschen, die Gesetze nicht anerkannten und politische Organisationen nicht kannten. Die Erfahrungen, die die Französische Revolution mit einem Volke im ‘Naturzustand’ gemacht hat, haben zweifelsfrei erwiesen, wie unter gewissen Bedingungen und unter dem Druck von Massenelend der Volksaufstand sich mit einer Gewaltsamkeit entladen kann, die keine Macht von Institutionen mehr aufzuhalten vermag.“ Diese Erfahrungen jedoch hätten gezeigt, „dass aus schierer Gewalt keinerlei Macht entspringt, dass diese Art von Volksaufständen, selbst als bewaffneter Aufstand zu nichts führt.“ Die Männer der Französischen Revolution unterschieden nicht zwischen Gewalt und Macht und glaubten, so weiter Arendt, „dass auch diese ‘prä-politischen Naturkräfte’ der Menge zu der legitimen Macht des Volkes gehörten, und der Erfolg war, dass sie

von ihnen genauso hinweggefegt wurden wie das Ancien Régime.“ Die Männer der Amerikanischen Revolution dagegen verstanden „unter Macht das genaue Gegenteil einer politischen Naturkraft; sie meinten die Institutionen und Organisationen, die nur auf wechselseitigen Versprechen, gegenseitigen Verpflichtungen und Abkommen beruhen“ (ebd., 233 u. 235). Hier geht es nicht darum, ob die heutige Verfassungswirklichkeit der USA diese Annahmen noch einlöst. Es geht vielmehr darum zu verstehen, was diese beiden entscheidenden Revolutionen des 18. Jahrhunderts ausgemacht hat.

Dick Howard kritisiert deshalb die einseitige Sicht Arendts in Bezug auf die Hochschätzung der Amerikanischen und die pejorative Behandlung der Französischen Revolution. Der erste derartige Vergleich stammte von Friedrich von Gentz (1764–1832), der zuvor Edmund Burkes Schrift gegen die französische Revolution ins Deutsche übersetzt hatte und später als Sekretär des Fürsten Metternich arbeitete. Sein Buch „Der Ursprung und die Grundsätze der Amerikanischen Revolution, verglichen mit dem Ursprung und den Grundsätzen der Französischen“ erschien im Jahre 1800 und wurde von John Quincy Adams, dem späteren 6. Präsidenten der USA, sofort ins Englische übertragen. Es wurde von dessen Vater, dem 2. Präsidenten John Adams, im Wahlkampf gegen Thomas Jefferson benutzt. Howard betont, dass diese Art Vergleich stets den Kräften der politischen Reaktion diene (Howard 2001, 31). Im Kern geht es um das Verhältnis zwischen dem Politischen und dem Gesellschaftlichen. In diesem Sinne interpretiert Howard den Unterschied der beiden Revolutionen so: „Die Amerikaner waren in der Lage, die Freiheit in einem (relativ) friedlichen revolutionären Prozess zu institutionalisieren, weil die ehemaligen Kolonisten nicht eine zuvor existierende feudale politische Ordnung umstürzen mussten, um krasse gesellschaftliche Ungleichheiten zu beseitigen, die der Möglichkeit, alle am gesellschaftlichen Leben zu beteiligen, entgegenstanden. Die Franzosen dagegen mussten die Macht des Staates benutzen, um auf gesellschaftliche Spaltungen einzuwirken und so die egalitären Vorbedingungen für die Ausübung der Freiheit zu schaffen, die die Amerikaner als selbstverständlich voraussetzen konnten, sobald einmal die Kolonialmacht beseitigt war. So waren die ‘natürlichen Rechte’, die beide Revolutionen zu verwirklichen suchten, für die Amerikaner eine empirische Tatsache, die es zu verteidigen galt, während sie für die Franzosen ein normativer Imperativ waren, der gegen den Widerstand einer abergläubischen und ungerechten Menschheit durchgesetzt werden musste. Die Vorstellungen von der Rolle des Politischen, die in jedem der beiden Fälle entstanden, waren daher radikal verschieden: Die eine war defensiv, die andere offensiv“. Die Folge ist in den USA ein Grundverständnis, wonach die Regierung beschränkt sein und

den Individuen wie der Gesellschaft Spielraum geben soll, ihre eigenen Interessen zu verfolgen, während in Frankreich die Notwendigkeit der Einmischung der Regierung akzeptiert wird. „Die französische Politik erhebt den Anspruch, im Namen des Wohls des Ganzen zu handeln, dem sich das Individuum und selbst die Gesellschaft unterordnen müssen“ (ebd., 17 f.).

In einem späteren Text hat Dick Howard den hier identifizierten Unterschied als einen zwischen einer „demokratischen Republik“, in der die vereinte Souveränität der Gesellschaft in ihren politischen Institutionen ausgedrückt wird, und einer „republikanischen Demokratie“ benannt, deren institutionelle Struktur ermutigt, sich in die Politik einzubringen und an der Selbstbestimmung teilzunehmen, um so die ererbte Republik zu erhalten. Howard rückbezieht sich schließlich – mit Blick auf das zwei Jahrzehnte zurückliegende Ende des Realsozialismus und auf das Ende von acht Jahren Präsidentschaft von Präsident Bush II – auf das, was Hannah Arendt „die Probleme unserer Zeit“ nannte. Jeder politische Akteur behauptete, „dass seine politischen Programme die Verkörperung des vereinten Willens der Nation sind und dass seine Plattform den Weg in eine sonnige Zukunft weist. Die Tür zur Anti-Politik aber wird geöffnet, wenn die symbolische – und daher umstrittene und plurale – Natur des souveränen Volkes auf seine temporäre Realität reduziert wird.“ Deshalb sei es ein schwerwiegender Fehler zu meinen, „die ‘Demokratie’, die 1989 triumphierte, sei die *Lösung* für die ‘Probleme der Zeit’ gewesen. Die beinahe zwei Jahrzehnte, die diesen Ereignissen folgten, machten – wieder einmal – klar, dass Demokratie ein gefährliches Spiel ist, das allzu leicht vom Wege abkommen kann, wenn Demokraten vergessen, wie man politisch *denkt*; das heißt, was es bedeutet, das Paradox anzuerkennen, dass es notwendig ist, die Grenzen eines politischen Prozesses zu finden, der seiner ureigenen Natur nach unbegrenzt ist“ (Howard 2008, 91 f., Hervorheb. im Orig.).

Transformationspolitik, die sich im Spannungsfeld von Gewalt, Macht und Herrschaft bewegt, darf nicht aufhören, Politik zu sein. Der Prozess der gesellschaftlichen Veränderung ist nicht abgeschlossen, nie abgeschlossen, nicht abschließbar und muss immer wieder neu seine Resultate und sich selbst überprüfen. Und dabei darf auch die plurale Natur des politischen Subjekts, der Nation nicht vergessen werden, dessen vereinter Wille immer wieder neu empirisch herzustellen ist. Das heißt, Politik ist auch in einer postkapitalistischen oder postbürgerlichen Gesellschaft weiter Politik, weil die Individuen, Gruppen, Parteien, Gewerkschaften sowie Frauen-, Umwelt- und Produzentenverbände, Pensionärs- und Sportvereine, Jugendorganisationen etc. stets je eigene, mal unterschiedliche, mal einander näherkommende Interessen, Vorstellungen und Absichten haben, die nur und nicht einmal in erster Linie abgeleitete von Eigentumsinteressen sind.

Insofern war der Abschied vom „realen Sozialismus“ 1989 auch ein Abschied von der Vorstellung, es gebe eine und nur die eine „richtige Politik“. Schon August Bebel meinte erwartungsfroh, die Menschheit werde „in der neuen Gesellschaft [...] mit Kenntnis der Gesetze ihrer eigenen Entwicklung bewusst und planmäßig handeln. Der Sozialismus ist die auf allen Gebieten menschlicher Tätigkeit angewandte Wissenschaft“ (Bebel 1913, 508). Der Generalsekretär, der immer recht hatte, war denn auch nicht nur eine Kreatur des Stalinismus, sondern ebenso ein Kind dieses Fortschrittsglaubens, den die Arbeiterbewegung aus dem 19. Jahrhundert mitgebracht hatte. Das heißt, je entwickelter und fortgeschrittener, auch „transformierter“ eine Gesellschaft ist, desto pluraler ist sie, und deshalb bedarf sie stets politischer Räume, in denen Positionen artikuliert, Interessen aggregiert und Entscheidungen getroffen werden können, und zwar unter der Voraussetzung bekannter, vereinbarter und berechenbarer, rechtlich fixierter Regelwerke, institutioneller Arrangements und einklagbarer Rechte. Das allgemeine Mitbestimmungsrecht – zunächst das allgemeine Wahlrecht – aller, der „Freien und Gleichen“, ungeachtet des Geschlechts, der Hautfarbe, der Religion, der sexuellen Orientierung und des Bildungsstandes, ist eine Grundvoraussetzung dessen, ist unhintergebar, kein bürgerlicher Schein, der einfach abgetan werden kann.

Ein unterstellter politischer Gemeinwille dagegen, den eine selbst ernannte politische Elite zur eigenen Handlungsermächtigung anruft, führt nur zu Anti-Politik. Und zur Freisetzung elementarer Gewalt, wie sie Hannah Arendt bei der französischen Revolution ausgemacht hat. Sie führt am Ende und unweigerlich zu Diktatur, Terror und Liquidierung Andersdenkender.

„Gewaltstheorie“ nach Marx und Engels

Die ursprüngliche Vorstellung des Marxismus-Leninismus, staatliche Gewalt in einer nicht kapitalistischen Gesellschaft (im „Sozialismus“) sich als einheitliche vorzustellen, die die Interessen der herrschenden Arbeiterklasse und ihrer Verbündeten umsetzt, geht bereits auf Marx zurück. Gewaltenteilung auszuschließen unterstellt, diese als Organisationsprinzip des „bürgerlichen Staates“ solle lediglich die Illusion der Klassenindifferenz dieses Staates wecken, während er in der Tat nur der kapitalistischen Ausbeutung diene. Schon der junge Marx hatte 1843 in seiner „Kritik der Hegelschen Rechtsphilosophie“ betont: „Die politische Verfassung in ihrer höchsten Spitze ist also die *Verfassung des Privateigentums*. Die höchste *politische Gesinnung* ist die *Gesinnung des Privateigentums*.“ Während Hegel darstellt, so Marx weiter, es ginge um „die *Macht des politischen Staates über das Privateigentum*“, sei die Konsequenz vielmehr „die Macht des *abstrakten*

Privateigentums über den politischen Staat“ (Marx 1843/1981, 303 f., Hervorheb. im Orig.). Daraus folgert er: „Wenn also das ‘unabhängige Privateigentum’ im politischen Staat, in der gesetzgebenden Gewalt, die *Bedeutung der politischen Unabhängigkeit* hat, so ist es die *politische Unabhängigkeit* des Staats. Das ‘unabhängige Privateigentum’ oder das ‘*wirkliche Privateigentum*’ ist dann nicht nur die ‘Stütze der Verfassung’, sondern die ‘*Verfassung selbst*’. Und die Stütze der Verfassung ist doch wohl die Verfassung der Verfassungen, die primäre, die wirkliche Verfassung?“ (ebd., 312, Hervorheb. im Orig.) Damit reduziert sich die Verfassung auf das Eigentum. Die Revolution, die das Proletariat durchführt, um die Eigentumsordnung umzustürzen, kommt wie der „Blitz des Gedankens“: „Wie die Philosophie im Proletariat ihre *materiellen*, so findet das Proletariat in der Philosophie seine *geistigen* Waffen“ (Marx 1844/1981, Hervorheb. im Orig.). Damit entsteht eine demokratische Republik, in der die Gesellschaft über sich selbst herrscht, allerdings ohne dass diese als politische zu verstehen wäre. Diese Gesellschaft wird als nicht politische vorgestellt, sie bedarf nicht der Vermittlung der Politik (ebd., 391).

Es ist dies der Zusammenhang, vor dem das ambivalente Verhältnis des Marxismus zur Gewalt zu problematisieren ist. Ein viel zitierter Satz von Marx lautet: „Die Gewalt ist der Geburtshelfer jeder alten Gesellschaft, die mit einer neuen schwanger geht. Sie selbst ist eine ökonomische Potenz“ (Marx 1890/1962, 779). Aber ist das wirklich eine Aussage über die Gewalt? Textexegetisch wäre anzumerken: Diese Sätze stehen im „Kapital“ in dem sehr zentralen 24. Kapitel über „Die sogenannte ursprüngliche Akkumulation“, jenem Abschnitt, der sich mit der „Genesis des industriellen Kapitalisten“ befasst. Konkret geht es hier um die koloniale Eroberung der Welt durch die europäischen Seemächte Spanien, Portugal, Holland, Frankreich und England und die Kriege, die diese am Beginn der Neuzeit unablässig gegeneinander führen, gleichsam um die Aufteilung der kolonialen Beute. Vor dem zitierten steht folgender Satz: „Alle aber benutzten die Staatsmacht, die konzentrierte und organisierte Gewalt der Gesellschaft, um den Verwandlungsprozess der feudalen in die kapitalistische Produktionsweise treibhausmäßig zu fördern und die Übergänge abzukürzen“ (ebd.). Das ist in Bezug auf die Geschichte des kapitalistischen Weltsystems zutreffend (und wird von den neueren Forschungen zum Weltsystem, etwa Braudel oder Wallerstein, bestätigt).

Die beiden Sätze über die Gewalt aber hat Marx über Gebühr verallgemeinert; sie haben außerhalb dieses weltkapitalistischen Kontextes keine verallgemeinerungsfähige Geltung. Außerdem ist Gewalt nicht immer Geburtshelfer, sondern sehr oft Mörder oder Totengräber – von der Zerstörung Karthagos durch die

Römer, die Verwüstung Irans durch Timur Lenk bis zu den Großverbrechen des 20. Jahrhunderts: Auschwitz, das Gulag-System und den Atombombeneinsatz gegen Hiroshima und Nagasaki. Und dann ist sie auch keine „ökonomische Potenz“, sondern eine letale. Spätestens seit technisch die Möglichkeit besteht, die Menschheit in einem thermonuklearen Weltkrieg zu vernichten, kann es nicht Sache linker Hoffnungen in Bezug auf Gesellschaftsveränderung sein, bewusst auf unmittelbare Gewalt zu hoffen oder gar auf sie zu setzen. Der Sieg der russischen Oktoberrevolution 1917 und die Ausdehnung des „sozialistischen Weltsystems“ (hier soll der Einfachheit halber die damalige Selbstbezeichnung zur Anwendung kommen) nach 1945 waren sozusagen Nebenwirkungen der beiden imperialistischen Weltkriege des 20. Jahrhunderts, nicht Ausdruck einer Strategie der sozialistischen Bewegungen – die hier gerade nicht mit der staatlichen Politik der Sowjetunion in eins zu setzen sind. Der so entstandene Realsozialismus hatte keine hinreichende „ökonomische Potenz“, um in der Systemkonkurrenz zur bürgerlich-kapitalistischen Welt zu bestehen. Zugleich hatte der Stalinismus oder das kommunistische Herrschaftssystem den Menschen zu einer Sache gemacht; der Einzelne wurde zum Rädchen oder zum Werkzeug der großen kommunistischen Sache. Die Kommunisten formten sich selbst um in „bloße Mittel der Politik bis hin zur Selbstvernichtung“. Das war das Bruch mit Marx und dem Erbe der Aufklärung, wonach der Mensch dem Menschen das höchste Wesen ist (Brie 2014, 147). Das Ethos der Transformation dagegen muss in dieser Tradition stehen.

Es war aber Friedrich Engels, der bereits 1878 unter der Rubrik „Gewaltstheorie“ im „Anti-Dühring“ die Zentralität der zitierten Position im Marx’schen Denken hervorhob: „Für Herrn Dühring ist die Gewalt das absolut Böse, der erste Gewaltsakt ist ihm der Sündenfall, seine ganze Darstellung ist eine Jammerpredigt [...]. Dass die Gewalt aber noch eine andre Rolle in der Geschichte spielt, eine revolutionäre Rolle, dass sie, in Marx’ Worten, die Geburtshelferin jeder alten Gesellschaft ist, die mit einer neuen schwanger geht, dass sie das Werkzeug ist, womit sich die gesellschaftliche Bewegung durchsetzt und erstarrte, abgestorbene politische Formen zerbricht – davon kein Wort bei Herrn Dühring. Nur unter Seufzen und Stöhnen gibt er die Möglichkeit zu, dass zum Sturz der Ausbeutungswirtschaft vielleicht Gewalt nötig sein werde – leider! Denn jede Gewaltsanwendung demoralisire den, der sie anwendet. [...] Und diese matte, saft- und kraftlose Predigerdenkweise macht den Anspruch, sich der revolutionärsten Partei aufzudrängen, die die Geschichte kennt?“ (Engels 1884/1975, 171) Engels analysiert die Gewalt als Moment der Gesellschaftsgeschichte und der Politik und verurteilt das Moralisieren. Das war ein wichtiger Beitrag zum Verständnis

des Gewaltproblems. Zugleich ist es Engels nicht gelungen, die Ausarbeitungen aus dem „Anti-Dühring“ weiter zu vertiefen. Seine beabsichtigte Broschüre zur Gewaltfrage – das Fragment wurde posthum veröffentlicht (Engels 1962) – führte zu einer luziden Analyse der Bismarckschen Reichseinigungspolitik, mit der dieser die deutsche Bourgeoisie gegen ihren Willen zu der Politik führte, die ihren eigenen Interessen entsprach, nicht aber zu einer weitergreifenden marxistischen Grundlegung zur Politik (vgl. Balibar 2001).

Zugleich findet hier die Position ganz klar ihren Ausdruck, dass gegebenenfalls auch Gewalt für notwendig erachtet werden kann, wenn es um die Abschaffung des Kapitalismus, die Revolution geht. Mit Friedrich Engels schrieb das allerdings jemand, der selbst aktiv, „als Soldat der Revolution“ in den Revolutionskämpfen 1848/49 gekämpft hatte. Zugleich befinden wir uns in einer Zeit, da Krieg noch ein übliches Mittel der Politik war. Und wenn die Herrschenden dies nutzten, warum sollten diejenigen, die gegen diese Herrschaft kämpften, es nicht ihrerseits tun? Das völkerrechtliche Gewaltverbot und Friedensgebot in den internationalen Beziehungen ist eine Errungenschaft des 20. Jahrhunderts, eine Konsequenz aus den beiden Weltkriegen und eine Folgerung daraus, dass die Atombombe das Clausewitz'sche Diktum vom Krieg als „Fortsetzung der Politik mit anderen Mitteln“ obsolet gemacht hat, weil es keinen politischen Sinn geben kann, der mit der Zerstörung der Erde in einem Nuklearkrieg verwirklicht werden könnte.

Insofern ist Engels' Perspektive aus ihrer Zeit heraus zu verstehen. Gleichwohl ist die Gewaltfrage in einem marxistischen Sinne nicht hinreichend beantwortet. Balibar spricht von einer „Paradoxie“, die darin bestehe, dass der Marxismus „einen entscheidenden und unverzichtbaren Beitrag zum Verständnis der 'Rolle der Gewalt in der Geschichte' geleistet hat – genauer: zur Analyse des Zusammenhangs zwischen den Herrschafts- und Ausbeutungsformen (in erster Linie des Kapitalismus) und den strukturellen Modalitäten der gesellschaftlichen Gewalt, der Notwendigkeit von Klassenkämpfen und der revolutionären Prozesse –, dass er auf diese Weise dazu beigetragen hat, die Bedingungen und Einsätze moderner Politik zu definieren, dass er aber nichtsdestoweniger von Grund auf unfähig war, die 'tragische' Beziehung zu denken [...], die Politik und Gewalt in einer selbst wiederum höchst 'gewaltsamen' Einheit der Gegensätze innerlich verbindet“. Einer der Gründe liege darin, dass die marxistische Theorie eine bestimmte Herrschaftsform, die Ausbeutung der Arbeit, bevorrechtigt, wodurch andere Herrschaftsformen als deren Epiphänomene erscheinen. Die Pointe bei Balibar ist, dass eine „Zivilisierung der Revolution“ und zugleich eine „Zivilisierung der Politik“ und des Staates auf die Tagesordnung gerückt sind (ebd.). Übertragen wir diese Perspektive auf die Transformationsfrage, so muss es um

eine „zivilisierte“ Transformation gehen, die auf Veränderungen auf friedlichem Wege setzt, nicht aus moralisierenden – um Engels zu paraphrasieren –, sondern aus grundsätzlichen, strategischen und praktischen Erwägungen heraus. Das schließt das Ringen um „Zivilisierung“ der Politik auch der Gegenseite mit ein, deren Resultat zugleich eine fortschreitende Zivilisierung des Staates nach innen und außen sein muss. Mit anderen Worten: Ein Pinochet-Putsch muss präventiv verunmöglicht werden, vor allem auch dadurch, dass eine gesellschaftliche Hegemonie von „Keine Gewalt“ geschaffen wird (analog den Umbrüchen in der DDR und Ost-Mittleuropa 1989), in deren Folge niemand einem derartigen Putschbefehl Folge leistet, sondern der Geber des Befehls der Staatsanwaltschaft überantwortet wird.

Hier ist allerdings auf die verschiedenen Gestalten der Gewalt zu verweisen. So berechtigt es ist, Gewalt im Sinne bewusster und absichtsvoller physischer und psychischer Verletzung des Menschen durch Menschen zu verurteilen und auszuschließen (Brie 2008, 105 ff.), so ist es analytisch doch bedeutsam, die unterschiedlichen Gewaltformen zu problematisieren. Johan Galtung hat bei seinen Analysen zur Friedensforschung herausgearbeitet, dass zwischen sichtbarer und unsichtbarer, direkter und indirekter Gewalt unterschieden werden muss. Zu der direkten Gewalt ist die physische (oder auch verbale) Gewalt zu rechnen. Die wichtigsten unsichtbaren Gewaltformen sind die strukturelle und die kulturelle Gewalt (Galtung 1997, 171). Gewalt nur auf die unmittelbare physische oder psychische Verletzung von Menschen zu beziehen, greift zu kurz, weil dann die Übergänge verschwinden, die mit der Gewalt verbunden sind. Direkte Gewalt verstärkt oft strukturelle und/oder kulturelle Gewalt – zum Beispiel: Der Krieg der Nato in Kollaboration mit der kosovarischen UÇK gegen Jugoslawien (direkte Gewalt) hat zur Abtrennung des Kosovo von Jugoslawien bzw. Serbien geführt (die Grenzziehung ist strukturelle Gewalt) und zu einem gewachsenen Druck auf die serbische und Roma-Minderheit (Sprache als Bedingung für Arbeit und Bildungserwerb ist kulturelle Gewalt). Umgekehrt führt Hoffnungslosigkeit unter obwaltenden Bedingungen struktureller Gewalt (wegen der sozialen Lage, Diskriminierung aus Gründen der Sprache oder Hautfarbe etc.) oft zu der Forderung, die Verhältnisse ließen sich nur gewaltsam verändern, man müsse zur unmittelbaren, direkten Gewalt greifen und damit zur Selbstermächtigung selbst ernannter „Vorkämpfer“ – wofür auch immer: Das kann die erhoffte „proletarische Weltrevolution“, der „islamische Gottesstaat“, die nationale Selbstständigkeit oder Lostrennung oder der Sturz der Regierung unter der Voraussetzung eines erhofften EU-Beitritts sein, wie jetzt in der Ukraine. Das gilt auch für gefühlte oder imaginierte Umstände, etwa im Falle der RAF in der BRD, die

dort in den 1970er Jahren „den Faschismus“ am Werke sah. Eine Politik, die auf die Realisation von Transformationsprozessen zielt, ist gut beraten, von einem weiten Gewaltbegriff auszugehen, weil auch die wechselseitigen Übergänge der Gewaltformen politische Probleme zur Folge haben oder zu nicht intendierten Zerfallsprozessen führen.

Zum Stabilitätsproblem

Ist der Staat nur „Machtinstrument der herrschenden Klasse“, oder ist er doch mehr? Soll eine Transformationsstrategie eher auf eine Schwächung der Staatsmacht setzen? Oder hat eine solche Schwächung negative Folgen für die Bevölkerung, die auch die Bedingungen eines Transformationsprozesses hindernd beeinflussen? Dann müsste eine Transformationsstrategie auf eine gesteuerte Veränderung setzen, die auch eine Transformation des Staates und seiner Einrichtungen mit einschließt. Oder anders gesagt: Die Aufrechterhaltung von Grundfunktionen gesellschaftlicher Ordnung, Stabilität und Sicherheit für die Menschen im Lande ist Bedingung und Voraussetzung einer Transformation.

Das sind schwierige Fragen, die nur auf einer rein theoretischen Ebene kaum zu beantworten sind. Nehmen wir ein – zugegeben besonders gravierendes – Beispiel aus der Geschichte: die Ukraine. Die russische Revolution von 1905, der Erste Weltkrieg, der den Revolutionen von 1917 folgende Bürgerkrieg und schließlich die Stalin'sche Kollektivierung der Landwirtschaft hatten Millionen Menschen in Tod und Verderben gestürzt. Eine nähere Untersuchung zeigt jedoch, dass nur zum Teil der Staat oder staatliche Organisationen Träger der Gewalt waren, in hohem Maße jedoch nicht staatliche Akteure: Banden, paramilitärische Verbände und staatliche Einheiten, die von der Zentrale nicht mehr kontrollierbar waren (die folgenden Darstellungen fußen auf Schnell 2012). Der soziale Wandel in Russland brachte insbesondere seit der Bauernbefreiung 1861 eine Fülle von Problemen mit sich, die mit Modernisierung und Industrialisierung, Arbeitsmigration, Bevölkerungswachstum etc. verbunden waren. Zugleich war der Staat strukturell schwach und auf dem Lande „allenfalls symbolisch präsent, seine Vertreter physisch aber meistens abwesend. Wo das Gewaltmonopol zwar beansprucht, aber konkret nicht realisiert werden konnte, mussten im Alltag andere Gestalten an seine Stelle treten. Daraus resultierte ein Potenzial der bäuerlichen Gesellschaft, mit kollektiver Gewalt für Ordnung zu sorgen, die sich im Grenzfall aber auch gegen die Rechtsordnung des Staates selbst wenden konnte“ (ebd., 12 f.).

Gelegenheitsstrukturen erklären für sich genommen jedoch noch nichts, die Akteure sind das eigentliche Problem. Der erste Pogrom fand 1903 in Kischin-

jow statt, es folgte eine Welle der Gewalt während der Revolution von 1905. Opfer waren vor allem Juden, aber auch Angehörige der sozialen Eliten und Intellektuelle. Täter war ein Mob, dessen Kern junge Männer aus den städtischen Unterschichten bildeten. Der Staat und seine Vertreter waren teils in die Untaten verwickelt, zum Teil waren sie parteiisch zugunsten der „Pogromhelden“ oder „verbrecherisch neutral“. Der Erste Weltkrieg führte zu weiterer Entwurzelung der Bevölkerung, Untergrabung der Staatlichkeit und war insgesamt eine „Schule der Gewalt“. Millionen Bauern lernten das Kämpfen, wurden dem friedlichen Leben entfremdet und kehrten oft schwer bewaffnet in ihre Dörfer zurück. Es gab nicht nur Dörfer, die als bewaffnete Einheiten „ihre“ Gutsherren enteigneten, wie oft in den sozialistischen Geschichtsbüchern zu lesen war, sondern es bildeten sich auch ganz ordinäre Räuberbanden, die die Abwesenheit staatlicher Macht zu nutzen verstanden. Nach dem Abzug der deutschen Truppen Ende 1918 entstanden „Warlord“-Strukturen, die sich verstetigten. Insgesamt kamen im Bürgerkrieg mehr Menschen durch Gewalt gegen Schwächere und Wehrlose, Mord und Folter, bei Raub und Plünderung ums Leben als in den Kämpfen der militärischen Verbände. Der Sieg der Bolschewiki beendete den Bürgerkrieg, aber in den 1920er Jahren war der Staat auf dem Dorf nicht präsenter als zur Zarenzeit. So dienten die Stalin'sche Kollektivierung der Landwirtschaft ab 1928 und der „Große Hunger“ 1932/33 nicht nur dazu, den Widerstand der Bauern zu brechen, sondern den Staat bis „nach unten“ durchzusetzen.

Gewalt in einem Gewaltraum wie diesem ist nicht nur als Mittel zur Durchsetzung rational identifizierbarer politischer, ideologischer oder ökonomischer Ziele zu interpretieren, die wiederum Resultat bestimmter Ursachen sind. Einmal in Gang gesetzt, entwickeln Gewaltprozesse vielmehr eine Eigendynamik, die sich von den ursprünglichen Ausgangspunkten, Absichten und Motiven löst, und sie verlaufen nicht nach vorher gemachten Plänen. Träger der Gewalt sind zumeist junge, gewaltbereite Männer. Gewalträume fördern die „militante Vergemeinschaftung“, wobei die Gewaltbereitschaft nicht notwendig instrumentell und zweckrational zu begründen ist. Die Folge sind „Gewaltkulturen“ und „Raubökonomien“. Sie verlängern die Dauer von Gewalt und stabilisieren die Gewaltverhältnisse. Dennoch kommt die Gewalt in aller Regel zu einem Ende, kollabieren Gewalträume schließlich: „durch Übermächtigung von außen, durch den Sieg einer der konkurrierenden Konfliktparteien oder schließlich auch durch ökonomische Erschöpfung des umkämpften Gebietes, seiner Bevölkerung und der Kämpfer“ (ebd., 24 f.). (In Bezug auf die Ukraine wäre es jetzt interessant zu untersuchen, inwiefern sich die ukrainischen Freiwilligen, die sich im Zweiten Weltkrieg den deutschen SS-Truppen zur Verfügung stellten, aus Personal

rekrutierten, die solchen vorhergehenden Gewaltstrukturen entstammten. Dann wiederum wäre es ein Thema, welche Traditionslinien geistig-ideologisch, generational und mythenbildend von dort bis zu den faschistischen Gruppierungen von heute geführt haben, die auf dem Kiewer Maidan aktiv und gewaltsam zum Zusammenbruch der gewählten Regierung beitrugen.)

Festzuhalten bleibt, dass sich die Voraussetzungen für die Entstehung jener Gewalträume in der Ukraine mit der Krise der gesellschaftlichen Verhältnisse und des zaristischen Staates in Russland Anfang des 20. Jahrhunderts ausformten. Woran sieht man, dass der Staat schwächer wird? In der Wissenschaft von den internationalen Beziehungen entstanden ganze Bibliotheken voller Bücher über gescheiterte oder scheiternde Staaten (im Fachjargon: „failing states“ oder „failed states“). Dort gibt es dann keine Sozialsysteme mehr, keine öffentliche Daseinsvorsorge. Der Staat kümmert sich nicht mehr um Schule oder Universität und auch nicht mehr um das Gesundheitswesen. Schließlich gibt es auch keine Sicherheit des täglichen Lebens mehr, also keine korruptionsfreie Polizei, niemanden, bei dem man Anzeige erstatten könnte, wenn man von Mord und Totschlag, Raub oder Vergewaltigung betroffen ist. Der Westen benutzt dieses Phänomen, das in vielen Ländern des Südens dieser Welt erst durch die wirtschaftspolitischen Zwangsbedingungen entstand, die die Staaten des Westens nebst Weltbank und Internationalem Währungsfonds oktroyiert haben, um sich gegebenenfalls zur militärischen Intervention zu ermächtigen. Die Schwächung des Staates ist aber kein Phänomen ferner Zeiten oder ferner Orte, sondern findet, veranlasst durch den Neoliberalismus auch „mitten in Europa“ statt.

Und: Solche Entwicklungen sind nicht erst feststellbar, wenn ihre Wirkungen bereits jenseits jeden Zweifels offensichtlich sind. Sollte nicht eher nach den scheinbar unmerklichen Anfängen geschaut werden? Auf dem Berliner S-Bahnhof Plänterwald gab es eine große, schön gerade gewachsene Tanne. Irgendwann, nach einem Jahreswechsel, war zu sehen, dass die Spitze des Baums fehlte. Jemand hatte den oberen Teil abgesägt und mitgenommen. Er hat sich bestimmt gut gemacht als Weihnachtsbaum in einer Wohnstube. War es ein Bedürftiger, der nur so zu einem schönen Baum kommen konnte, oder eine Wette Jugendlicher? Außer den Beteiligten kann das wohl niemand mehr in Erfahrung bringen. Früher gab es einen Stationsvorsteher auch auf jedem S-Bahnhof in Berlin. Den haben Herr Mehdorn und der Neoliberalismus bekanntlich eingespart. Das Abfertigen der Züge geht auch elektronisch, ohne Menschen, legten sie fest, bzw. der Fahrer muss sich selbst abfertigen. Aber der Stationsvorsteher hatte immer auch eine menschliche Funktion neben der technischen: Er konnte Fahrgästen am späten Abend Sicherheit geben im Falle von Belästigung oder kriminellen

Übergriffen, man konnte ihn nach dem nächsten Zug fragen, weil wieder mal einer ausgefallen war, oder nach dem Weg. Heute fallen alle diese Funktionen weg. Die Reisende steht heute abends oder am frühen Morgen auf vielen Bahnhöfen allein, blickt sich ängstlich um, ob auch keine pöbelnden Rowdies oder Betrunkene in der Nähe sind, und überlegt es sich, ob es immer noch eine gute Idee ist, mit öffentlichen Verkehrsmitteln zu fahren. „Failing states“ beginnen dort, wo Bürger sich solche Fragen zu stellen genötigt sehen.

Nun könnte man natürlich sagen: Alle haben ein Handy, sie können die Polizei rufen. Die aber wird ja auch eingespart. Brandenburgs Regierung ließ eine „Polizeireform“ der anderen folgen. Danach sollte es dann bis zum Jahre 2020 rund 1900 Polizisten weniger geben und insgesamt nur noch 7000. Lediglich 16 Polizeiwachen in Brandenburg sollten „rund um die Uhr“ besetzt sein. Vorher waren es 50. Wie lange wird ein Polizeiwagen brauchen, wenn von einem Bahnhof ein Notruf kommt? Und in welchem Maße können Polizisten dann noch eingreifen? Die Zahl der Polizisten bezogen auf die Zahl der Bevölkerung zu reduzieren und nicht die Fläche des Landes zu berücksichtigen – und ohne Berücksichtigung der Grenzsituation – führte zu einer Zunahme der Kriminalität und damit zu wachsender Unsicherheit.

Zu den aktuellen Tatvorgängen gehört vermehrt das Stehlen von Kupferdraht von den Oberleitungen der Bahn. Der Kupferpreis sei explodiert, und da mehrten sich eben diese Vorfälle, heißt es. Die Täter wissen, wie man den Strom ausschaltet, und stehlen dann flugs möglichst viele Meter Draht. Bei den zentralen Verbindungen der Deutschen Bahn wird man vielleicht die technischen und polizeilichen Kontrollen verstärken und die höheren Kosten auf die Fahrpreise umschlagen. Bei einer kleinen Strecke dagegen im Osten Brandenburgs, die von einem Heimatverein betrieben wird, wurde vor wenigen Jahren zum dritten Mal der Draht gestohlen. Die Polizei kommt, schon wegen ihrer eigenen Überlastung, kaum noch zur Protokollaufnahme. „Ist ja nichts passiert. Niemand ist zu Tode gekommen.“ Die Versicherung zahlt nicht mehr. Das bedeutet, der Heimatverein wird seine Tätigkeit einstellen, die Kleinbahn, die gerade für Kinder und Touristen reizvoll war, fährt nicht mehr. Das ist ein Verlust an „zivilgesellschaftlichem Engagement“, wie es immer so schön heißt, und ein Verlust an Lebensqualität.

Gerade diese „kleinen“, scheinbar abseitigen Beispiele zeigen: Das Problem liegt nicht nur in dem Moment der Gefahr oder des nicht verfolgten Verbrechens. Es geht auch um das Rechtsbewusstsein in der Öffentlichkeit. Mit großem Aplomb wurde gefeiert, dass Nichtraucheraktivisten in Bayern ein strenges Rauchverbot per Volksentscheid erwirkt haben. Auch aus Berlin gab es Berichte, wie Vereine militanter Nichtraucher gruppenweise abends durch Kneipen zogen, um den Wir-

ten wegen unerlaubten Rauchwesens mit Strafe zu drohen. Inzwischen wird aber in Berlin, auch am helllichten Tage, auf den S-Bahnhöfen offen und offensichtlich geraucht, obwohl es ein seit Jahren bestehendes Rauchverbot gibt. Die Bürger, die so forsch in Gruppen auftretend den Wirten drohten, schauen hier weg, weil sie befürchten, von den Rauchern, die meist eher den arbeitenden „Unterschichten“, den Armen oder den „bildungsfernen Schichten“ angehören, nicht nur gesagt zu bekommen: „Willste 'n paar auf's Maul“, sondern dies gegebenenfalls auch bekommen. Es gibt aber weder einen Bahnbeschäftigten (Stichwort wieder: der fehlende Stationsvorsteher) noch einen Polizisten, der sich damit befasst. Kurzum, wir haben eine Regel: „Niemand darf auf dem Bahnhof rauchen, und wer dem zuwiderhandelt ...“, aber es gibt niemanden, der diese tatsächlich durchsetzt. Das aber ist der Beginn des Endes der Rechtsstaatlichkeit. Hier sei noch einmal an die Ausgangssituation in der Ukraine am Beginn des 20. Jahrhunderts erinnert: „Wo das Gewaltmonopol zwar beansprucht, aber konkret nicht realisiert wird, treten im Alltag andere Gestalten an seine Stelle.“ Das beginnt im Kleinen. Beim Rauchen. Und setzt sich im Größeren fort, etwa der Steuerbegünstigung der „höheren Stände“.

Der Staat ist Machtinstrument der herrschenden Klassen, so die vielfach benutzte und zugleich verkürzte Begriffsbestimmung. Indem der bürgerliche Staat Existenz- und Entwicklungsbedingung der kapitalistischen Produktion ist, muss er zugleich Träger und Durchsetzer einer Rechtsordnung sein, Steuerstaat, um gesellschaftliche Funktionen wahrnehmen zu können, die sich nicht nur aus der Kapitalverwertung ergeben, und Durchsetzer einer öffentlichen Ordnung, die auf einem staatlichen Gewaltmonopol beruht. In seiner konkreten Ausgestaltung ist der Staat auch Ausdruck von Klassenverhältnissen, Klassenbewegungen und sozialer bzw. politischer Auseinandersetzungen. Insofern handelt es sich stets um einen Doppelcharakter: Der bürgerliche Staat ist Klassenstaat, indem er das Interesse der Kapitalbesitzer realisiert, und er ist Staat aller Bürger, indem er Willkür und Gesetzlosigkeit unterbindet und ihnen politische sowie soziale Rechte garantiert.

In diesem Sinne ist der Unterschied zwischen einer zaristischen Despotie, einer faschistischen Diktatur oder einer bürgerlich-parlamentarischen Demokratie, die zugleich Rechtsstaat ist, ein Unterschied aufs Ganze für jeden Bürger: Er hat verfassungsrechtlich verankerte und staatlich realisierte Grundrechte, die einklagbar und zu gewährleisten sind, oder er hat sie nicht. In diesem Sinne war die sozialistische Arbeiterbewegung bzw. die politische Linke historisch Verfechterin einer Rechtsordnung für alle, weil diese stets auch die Verteidigung von Menschen- und Bürgerrechten einschloss, Vorkämpferin des Wahlrechts

und der weitesten Garantie auch sozialer und kultureller Rechte. Der europäische Kommunismus hat mit der von Marx und Engels kommenden Einheit des Kampfes um die soziale Revolution und um garantierte, einklagbare politische Rechte gebrochen; das Scheitern des Realsozialismus hat diese Einheit wieder auf die Tagesordnung gesetzt.

Auch der schärfste Kritiker eines bürgerlichen Staates, der die Kapitalinteressen begünstigt, ruft nach der Polizei ebendieses Staates, wenn er Opfer eines Raubüberfalls geworden ist. Insofern bleibt dieser Doppelcharakter konstitutiv. Auch von links muss es ein Rechtsstaatskonzept geben. Und das ist mehr, als eine sozialdemokratische Polizeireform zu erdulden. Es geht um einen „starken Staat“ für alle Bürger, der die Gesetze und Regeln des täglichen Miteinanders auch durchsetzt. Und der stark genug ist, bei den Reichen die Steuern einzutreiben.

Noch einmal zur Gewaltfrage

Eine landläufige Behauptung lautet, „Terror“ lohne sich nicht. Stimmt das historisch? Im CD-Player läuft gerade eine CD mit den *Old Dubliners*. Die Titel sind eine harte Konfrontation der irischen Wahrnehmung mit der britischen Unterdrückung. Und diese reicht zurück bis in das 12. Jahrhundert. In gewissem Sinne kann man sagen, dass England seine Kolonialpolitik, die ihm immerhin im 19. Jahrhundert das größte Imperium der Welt eingebracht hat, in Irland begonnen und „ausprobiert“ hat. Aus irischer Perspektive ist die Geschichte des Widerstandes dagegen die Geschichte der eigenen Identität. Da wird dann in einem Song die Zeit des Zweiten Weltkrieges, die der großen „Verblüffung“, wie es heißt, beschrieben, während in der ganzen übrigen Welt dies der Große Weltkrieg war: Es sei dies die Zeit gewesen, so weiter im Text des Liedes, da Iren Großbritannien erstmals als einen Platz erlebten, an dem auch sie als gleichberechtigt akzeptiert wurden. Historischer Einschnitt war der „Osteraufstand“ in Dublin am 24. April 1916. Er zielte darauf, zentrale Punkte in Dublin zu besetzen, um Großbritannien dazu zu zwingen, die Besatzung Irlands aufzugeben. Militärischer Aufstand und Bombenattentate waren Teil der Aktion. Der Aufstand wurde niedergeschlagen, etliche Verantwortliche erschossen. Das Endergebnis aber war die Unabhängigkeit der Republik Irland von Großbritannien, die schließlich zwischen 1919 und 1922 erreicht wurde.

Oder ein anderer Fall: Im Nahen Osten wurde seit der Endphase des Zweiten Weltkrieges die Auseinandersetzung um die Zukunft des früheren britischen Mandatsgebiets „Palästina“ geführt. Die Haupttendenz der internationalen Politik ging in Richtung einer Zwei-Staaten-Lösung, das heißt, es sollte auf diesem

Territorium zwei Staaten geben: den Staat Israel und einen arabischen Staat Palästina. Die radikal-zionistische Untergrundorganisation Irgun und ihr Anführer Menachem Begin verstanden sich als Vorkämpfer gegen das britische Mandat, verstärkt dann auch gegen die Palästinenser, und organisierten Sprengstoffanschläge auf Marktplätze, Restaurants und britische Einrichtungen. Einer, der international besonderes Aufsehen erregte, war der Bombenanschlag am 22. Juli 1946 auf das „King David Hotel“ in Jerusalem. Das Hotel beherbergte damals einige Abteilungen der britischen Mandatsverwaltung und Büros des Generalstabs der britischen Armee für Palästina; der größte Teil des Komplexes wurde aber weiter als Hotel genutzt. Dennoch wurde der Anschlag unternommen, um ein Zeichen gegen die britische Mandatsmacht zu setzen; Es kostete 91 Menschen das Leben, darunter 28 britische Staatsangehörige, 41 Araber und 17 Juden.

Am 9. April 1948 fand das Massaker in dem arabischen Dorf Deir Yassin, nördlich von Jerusalem statt. Die Schockwirkung des Massakers war groß, auch weil Deir Jassin als „kooperatives“ Dorf galt, dessen Einwohner versucht hatten, sich mit der wachsenden jüdischen Präsenz in Palästina zu arrangieren. Über 100 Menschen waren umgebracht worden, darunter Frauen und Kinder. Dass ausgerechnet hier eine solche Bluttat verübt wurde, hat gewiss zur Radikalisierung unter der arabisch-palästinensischen Bevölkerung beigetragen. Inwiefern diese Reaktion wiederum von den Verantwortlichen des Massakers vorhergesehen und womöglich bewusst angestrebt wurde, ist unter Historikern umstritten. Der Hauptverantwortliche hieß wiederum Menachem Begin. Der Gewaltakt löste Panik unter der arabischen Bevölkerung aus. Innerhalb von 35 Tagen, bis zum 14. Mai 1948, dem Ende des britischen Mandats und der Gründung des Staates Israel, flohen zahlreiche arabische Palästinenser, die Zahlen schwanken zwischen 250.000 und 300.000, aus ihren angestammten Wohngebenden. Der nachfolgende „erste Nahostkrieg“ hatte die Flucht von fast einer Million arabischer Palästinenser zur Folge. Israel konstituierte sich auf einer territorialen Grundlage die deutlich größer war, als die zuvor von der UNO beschlossene. Um den palästinensischen Staat dagegen geht es heute noch. Begin war dann von 1977 bis 1983 israelischer Ministerpräsident. Da er mit Ägyptens Präsidenten Muhammad Anwar as-Sadat 1978/79 auf Druck der USA den israelisch-ägyptischen Friedensvertrag abgeschlossen hatte, erhielt er mit diesem zusammen den Friedensnobelpreis – für einen ehemaligen gesuchten „Terroristen“ eine beachtliche Entwicklung.

Ein drittes Beispiel: In Südtirol kam es zwischen 1956 und 1969 aus Frustration über die Südtirol-Politik Italiens zu einer Serie von Bombenattentaten. Die Anschläge der ersten Serie (bis 1961) richteten sich nicht gegen Menschen,

sondern sinnbildlich gegen Hochspannungsmasten, über die elektrischer Strom in italienische Industriegebiete geliefert wurde. Die zweite Serie ab 1961 war hingegen sehr viel gewalttätiger und blutiger; dabei kamen auch Menschen ums Leben. Die Auseinandersetzungen eskalierten, die italienisch-österreichischen Beziehungen verschlechterten sich. Im November 1961 kam der Streit vor die UNO. Am Ende jedoch wurde ein „Paket“ von Gesetzes- und Verfassungsänderungen in Italien erreicht, die ein Autonomiestatut für Südtirol zur Folge hatten.

Das Fazit lautet: Ohne die Anschläge in Dublin 1916 hätte es die unabhängige Republik Irland nicht gegeben, ohne die terroristischen Aktionen in Palästina 1948 nicht den Staat Israel, wie wir ihn kennen, und ohne die Anschläge in Südtirol nicht seine Autonomie. Die Aussage, „Terrorismus“ lohne sich nicht, ist historisch nicht richtig, oder, genauer gesagt: Es gibt Fälle, da er zu dem geführt hat, was seine Anwender bezweckten. Während in anderen Fällen, etwa der „RAF“ in Deutschland, der „Roten Brigaden“ in Italien oder der „Tupamaros“ in Uruguay, seine Protagonisten auf ganzer Linie scheiterten und das Gegenteil erreichten: in der milderen Variante den Abbau der bürgerlichen Freiheitsrechte in Deutschland oder Italien bzw. die Beseitigung des demokratischen Staates und den Staatsterrorismus in Uruguay.

Diejenigen, die die meist durch Selbstmordattentäter zur Explosion gebrachten Bomben in Irak und Afghanistan, in Israel, der Türkei und Algerien einsetzen lassen, wissen das und setzen auf den Erfolg des Terrors. Nun tauchten Leute in Westeuropa, auch in Deutschland auf, die sich als Kriegsgegner, oft als „links“ bezeichneten und der Öffentlichkeit weismachen wollten, es handle sich in Afghanistan und im Irak um „legitimen“ Widerstand.

Die völkerrechtliche Grundlage in Bezug auf Afghanistan und die dort geführten Kriege des Westens war in der Tat zumindest fragwürdig. Nachdem in Afghanistan 1978 eine Gruppe jüngerer Offiziere eine linke Regierung errichten und das Land modernisieren wollte und die sowjetische Führung sich dazu hinreißen ließ, dabei ab Ende 1979 militärischen Flankenschutz zu geben, nutzten die USA diese Gelegenheit, um die UdSSR in „ihren Vietnam-Krieg“ zu verwickeln, den sie nur verlieren konnte. Zbigniew Brzezinski, damals Sicherheitsberater des US-Präsidenten Jimmy Carter, rechnete es sich später als großes Verdienst an, dadurch das „Ende des Kommunismus“ herbeigeführt zu haben. Die regierungsfeindlichen Kräfte, die Mudschaheddin, wurden durch die USA, Saudi-Arabien und Pakistan militärisch geschult, mit modernen Waffen ausgerüstet und finanziert. Da man den überkommenen Nationalismus als ideologischen Kitt für nicht ausreichend hielt, kam ein verschärfter Islamismus bzw. Dschihadismus hinzu, der aus Saudi-Arabien importiert wurde. Als die sowjeti-

schen Truppen 1989 geschlagen abziehen mussten, hatte das afghanische Volk eine bis eineinhalb Millionen Tote zu verzeichnen, fünf Millionen Flüchtlinge hatten das Land verlassen. Der Westen hätte die Entwicklung natürlich auch aussitzen und abwarten können, bis das Experiment scheitert, wie alle anderen sozialistischen Projekte in Asien und Afrika außerhalb Chinas und Vietnams. Aber die Entscheidungsträger in Washington wollten den Krieg als Revanche für die Niederlage in Vietnam.

Danach folgten aber nicht Demokratie, Freiheit und Glück, sondern ein blutiger Bürgerkrieg, der bis Ende der 1990er Jahre nochmals Hunderttausende Opfer kostete. Allein der Kampf um die Hauptstadt Kabul, den die verschiedenen Mudschaheddin-Gruppen untereinander austrugen, kostete zwischen 1992 und 1996 etwa 50.000 Menschen das Leben, 150.000 wurden verletzt. Die Stadt wurde zerstört, ihre Bevölkerungszahl sank von zwei Millionen auf 500.000. Am Ende errichteten die Taliban ihre Terrorherrschaft, die auf einem extremen, vor allem frauenfeindlichen Islamismus beruhte. Nach dem Angriff auf das World Trade Center in New York am 11. September 2001 eroberten die USA und ihre Verbündeten Afghanistan, installierten eine neue Regierung und führen seither einen Krieg unter Nato-Ägide. Dieser dritte Afghanistankrieg ist auch 2014 noch nicht beendet. Die Zahl der durch direkte Kriegseinwirkung Getöteten liegt nach Berechnungen der IPPNW (Internationale Ärzte für die Verhütung des Atomkrieges) zwischen 70.000 und 100.000 Todesopfern (in der Zeit vom 7. Oktober 2001 bis 31. Dezember 2011). Die Zahl der durch Folgewirkungen des Krieges Getöteten bzw. Verstorbenen ist hier nicht erfasst. Die Kriegskosten werden mit etwa 143 Milliarden US-Dollar pro Jahr angegeben, das heißt, die beteiligten westlichen Länder haben bisher etwa 1.800 Milliarden US-Dollar für diesen Afghanistan-Krieg ausgegeben, aus dem sie jetzt faktisch geschlagen wieder abziehen müssen. Und in Afghanistan wurde keines der anfangs großmäulig erklärten Ziele erreicht. Die afghanische Bevölkerung hatte bisher ein Drittel Jahrhundert Krieg, ganze Generationen kennen gar nichts anderes. Von Frieden und Menschenrechten, gar Frauenrechten ist das Land weit entfernt.

Der Krieg der USA und ihrer Willigen gegen den Irak war ein eindeutig völkerrechtswidriger Angriffskrieg, was auch durch im Nachgang erwirkte Beschlüsse des UN-Sicherheitsrates nicht aus der Welt geschafft werden konnte. Der Irak hatte vor Kriegsbeginn 27 Millionen Einwohner. Dieser Krieg (einschließlich der Bürgerkriegsauseinandersetzungen bis zum Abzug der USA und ihrer Föderaten Ende 2011) kostete etwa einer halben Million Iraker das Leben; die Zahl der Flüchtlinge lag bei 2,5 Millionen Binnenflüchtlingen innerhalb des Landes und weiteren etwa zwei Millionen Menschen, die ins Ausland flohen. Während

die Bush-Regierung am Beginn des Krieges davon ausging, er werde 50 bis 60 Milliarden US-Dollar kosten, waren es am Ende 2.200 Milliarden US-Dollar. Der irakische Staat wurde zerstört, die berühmten Kulturgüter geplündert, Folterungen durch die westlichen Besatzungstruppen waren an der Tagesordnung. Zugleich fanden ethnische Säuberungen riesigen Ausmaßes statt, und bürgerkriegsähnliche Zustände halten bis heute an, besonders von Al-Kaida-nahen Kräften immer wieder gegen die schiitische Bevölkerungsmehrheit entfacht. Allein 2013 waren über 9.400 Opfer des anhaltenden Krieges zu verzeichnen. Die Regierung versucht mühsam, die Verhältnisse im Lande zu stabilisieren und ein Abrutschen in einen „gescheiterten Staat“ zu verhindern.

Aber all dies ist kein Grund, sich mit Bombenlegern zu solidarisieren. Die sowjetischen und jugoslawischen Partisanen im Zweiten Weltkrieg oder die Kämpfer der französischen Résistance haben die Truppen Nazi-Deutschlands und seiner Helfer bekämpft, feindliche Soldaten und Kollaborateure erschossen, aber doch nicht gezielt Bomben gegen die eigene Bevölkerung gelegt! Wer die Zivilbevölkerung, Frauen, Kinder und Greise, zur Zielscheibe von Terrorangriffen macht, kämpft nicht für deren Interessen, was auch immer die vorgeschobenen Argumente sein mögen. Der Westen hat die Kriege in Irak und Afghanistan verloren. Die Bombenleger aber dürfen nicht die Gewinner sein. So paradox es für die Ohren der willfähigen Helfer der heutigen Kriegspolitik klingen mag: Eben deshalb muss rasch abgezogen und müssen Bedingungen geschaffen werden, damit die real existierenden Bevölkerungen ihr Schicksal selbst in die Hände nehmen können. Falsche Solidarität diskreditiert diejenigen, die für einen solchen Frieden eintreten.

Literatur

- Arendt, Hannah (1986). *Über die Revolution*, München: Piper
- Balibar, Étienne (2001). Art. Gewalt, in: *Historisch-kritisches Wörterbuch des Marxismus*, hrsg. von Wolfgang Fritz Haug, Hamburg: Argument, Bd. 5, 693–696
- Bebel, August (1913). *Die Frau und der Sozialismus*, Stuttgart: J. H. W. Dietz Nachf.
- Bibliographisches Institut (1888). Art. Gewaltthätigkeit, in: *Meyers Konversations-Lexikon*, Siebenter Band: Gehirn – Hainichen, Leipzig: Verlag des Bibliographischen Instituts 1888, S. 279
- Brie, Michael (2008). Gewalt und Befreiung. Solidarische Emanzipation unter den Bedingungen des neoliberalen Kapitalismus, in: Rilling, Rainer (Hrsg.): *Eine Frage der Gewalt. Antworten von Links*, Berlin: Karl Dietz, 101–137
- (2014). Die kommunistischen Opfer kommunistischer Herrschaft, in: *Berliner Debatte Initial*, (1), 144–148

- Brockhaus (1989). Art. Gewalt, in: Brockhaus Enzyklopädie in vierundzwanzig Bänden, Achter Band: FRAU – GOS, Mannheim: Brockhaus, 453
- Crome, Erhard (2013). Deutschland in Europa. Eine neue Hegemonie, in: Crome, Erhard/Krämer, Raimund (Hrsg.): Hegemonie und Multipolarität. Weltordnungen im 21. Jahrhundert, Potsdam: WeltTrends, 165–205
- Elsner, Michael (Hrsg.) (1992). Enzyklopädie der Philosophie. Von der Antike bis zur Gegenwart, Augsburg: Weltbild
- Engels, Friedrich (1884/1975). Herrn Eugen Dührings Umwälzung der Wissenschaft (Anti-Dühring), in: MEW, Bd. 20, Berlin: Dietz, 1–303
- (1962). Die Rolle der Gewalt in der Geschichte, in: MEW, Bd. 21, Berlin: Dietz, 405–461
- Fürstenberg, Friedrich (1978). Soziologie. Hauptfragen und Grundbegriffe, 3. Aufl., Berlin/New York: de Gruyter
- Galtung, Johan (1997). Der Preis der Modernisierung. Struktur und Kultur im Welt-system, Wien: Promedia
- Howard, Dick (2001). Die Grundlegung der amerikanischen Demokratie, Frankfurt am Main: Suhrkamp
- (2008). Hannah Arendt und die Probleme unserer Zeit“, in: Berliner Debatte Initial, (6), 83–94
- Luhmann, Niklas (1975). Macht, Stuttgart: Enke
- Marx, Karl (1843/1981). Zur Kritik der Hegelschen Rechtsphilosophie. Kritik des Hegelschen Staatsrechts, in: MEW, Bd. 1, Berlin: Dietz, 203–333
- (1844/1981). Zur Kritik der Hegelschen Rechtsphilosophie. Einleitung, in: MEW, Bd. 1, Berlin: Dietz, 378–391
- (1890/1962). Das Kapital. Kritik der politischen Ökonomie. Erster Band, in: MEW, Bd. 23, Berlin: Dietz
- Nohlen, Dieter (Hrsg.) (1989). Pipers Wörterbuch zur Politik, München: Piper
- Pfeifer, Wolfgang (Hrsg.) (1989). Art. Gewalt, in: Etymologisches Wörterbuch des Deutschen, Bd. 1: A–G, Berlin: Akademie, 563
- Schäfers, Bernhard (Hrsg.) (1986). Grundbegriffe der Soziologie, 2. Aufl., Opladen: Leske + Budrich
- Schnell, Felix (2012). Räume des Schreckens. Gewalt und Gruppenmilitanz in der Ukraine 1905–1933, Hamburg: Hamburger Edition
- Schütz, Gertrud u.a. (Hrsg.) (1985). Kleines politisches Wörterbuch, 5. Aufl., Berlin: Dietz
- Weber, Max (1972). Wirtschaft und Gesellschaft. Grundriss der verstehenden Soziologie, mit Textkritischen Erläuterungen hrsg. von Johannes Winckelmann, 5., rev. Aufl., Studienausg., Tübingen: Mohr

Alex Demirović

Transformation und Ereignis

Zur Dynamik demokratischer Veränderungsprozesse der kapitalistischen Gesellschaftsformation

Die große und multiple Krise seit 2007 erinnert daran, dass die bürgerliche Gesellschaft sich nicht krisenfrei reproduzieren kann. Auch wenn sie sich darum bemüht, ihre Normalität zu erhalten, bricht die Kontingenz herein, das, was scheinbar nichts mit den gesellschaftlichen Prozessen zu tun hat und diese wie von außen bedroht. Seit dem Ausbruch der Krise hat es eine Vielzahl von Protesten an vielen Orten der globalisierten kapitalistischen Gesellschaftsformation gegeben, die den inneren Zusammenhang der Krise herausstellten. Darüber hinaus legen diese Proteste offen, dass die Gesellschaft sich in der bisherigen Form nicht weiter erhalten kann und stellen den Versuch dar, die gesellschaftliche Entwicklungslogik auf andere Prinzipien umzustellen: soziale Gerechtigkeit, solidarische Ökonomie, Demokratie, Nachhaltigkeit, Frieden, Beseitigung von Sexismus und Rassismus. Von diesen Prinzipien wird erwartet, dass sie sowohl dem hohen Maß an globaler Vergesellschaftung als auch der Autonomie der lokalen Lebensformen eher gemäß sind als Mechanismen, die die Profitmaximierung eines winzigen Teils der Menschheit befördern sollen.

Die überraschend großen Proteste, obwohl zeitlich in einem engen Zusammenhang mit der Krise, fanden dennoch räumlich und zeitlich verschoben statt (in Spanien oder Griechenland, in Tunesien oder Ägypten). Viele Proteste konnten nicht auf Dauer gestellt werden (die Bewegung des 15. Mai 2011 in Spanien) oder blieben unmittelbar erst einmal wirkungslos (Occupy Wall Street, Krisenproteste in Deutschland). In diesem Sinn waren sie in doppeltem Sinne kontingent, sie entstanden unerwartet heftig, und auf verblüffende Weise vergingen sie, ohne dass sie für eine gesellschaftliche Opposition die Grundlage für eine langfristig angelegte Politik gelegt hätten. Der mangelnde Erfolg der Linken in der Krise wird häufig damit erklärt, dass sie sich in ihrer Ohnmacht, in Bemühungen um lokale Verbesserungen eingerichtet habe oder abstrakt radikal oder revolutionär orientiert sei – „eine Mischung aus distanzierter Ohnmacht und emphatischen Weltverbesserungsvorschlägen“ (Birke/Henninger 2012, 27).

Doch es gibt auch die Bemühungen um eine Perspektive der Transformation. Damit ist nicht nur ein nicht-intentional stattfindender, untergründig wirksamer Prozess gesellschaftlicher Entwicklung gemeint, sondern auch eine umfassende Praxis auf allen Ebenen der Gesellschaft, die Natur, Ökonomie, Politik und Kultur betreffen (vgl. Brie/Candeias 2012). Die folgenden Überlegungen wollen dazu beitragen, den Begriff der Kontingenz auch für die Analyse von Transformationsprozessen zu reklamieren. So wie gesellschaftliche Prozesse selbst derart begriffen werden müssen, dass sie sich durch ihre Widersprüchlichkeit und durch soziale Auseinandersetzungen hindurch bewegen, also ihre Anordnungen und Regelmäßigkeiten selbst eine ordnungspolitische und herrschaftliche Leistung darstellen, die immer wieder infrage steht, so muss auch der Prozess der Transformation als ein widersprüchlich verlaufender Prozess begriffen werden.

In seinem Buch „Das wilde Denken“ argumentiert Claude Lévi-Strauss, dass Gesellschaften nicht einfach in der physikalischen Zeit existieren, sondern ein bestimmter Typ von Gesellschaft mit einem bestimmten Typ von Zeitlichkeit verbunden ist. Demnach gibt es Gesellschaften, die er kalt, und andere, die er warm nennt. Kalte Gesellschaften versuchen, mittels ihrer Institutionen die „Wirkungen zu annullieren, die die historischen Faktoren auf ihr Gleichgewicht und ihre Kontinuität haben könnten“, warme Gesellschaften hingegen „interiorisieren das historische Werden, um es zum Motor ihrer Entwicklung zu machen“ (Lévi-Strauss 1973, 270). Kalte Gesellschaften ohne Geschichte sind Veränderungen ausgesetzt, doch das Temporalitätsmuster – Zyklus der Jahreszeiten – ist rekursiv und ändert die Struktur nicht; die zeitliche Aufeinanderfolge von Ereignissen soll ihren Inhalt so wenig wie möglich beeinflussen. Die bürgerlich-kapitalistische Gesellschaft gehört nach dieser Unterscheidung zu den warmen Gesellschaften. Sie erfährt sich als eine Gesellschaft, deren Zeitlichkeit durch entfesselten und progressiv beschleunigten Wandel charakterisiert ist (vgl. Rosa 2009).

In der bürgerlich-kapitalistischen Gesellschaft verändert sich fortwährend und mit immer schnelleren Umschlagszeiten alles. Doch trotz dieser rasanten Veränderungen kommt es zu Stillstand: Alles ändert sich, damit es so bleibt, wie es ist. Marx und Engels haben, worauf häufig hingewiesen wird, die Dynamik der kapitalistischen Produktionsweise eindrucksvoll beschrieben. „Die fortwährende Umwälzung der Produktion, die ununterbrochene Erschütterung aller gesellschaftlichen Zustände, die ewige Unsicherheit und Bewegung zeichnet die Bourgeoisepoche vor allen anderen aus. [...] Alles Ständische und Stehende verdampft, alles Heilige wird entweiht, und die Menschen sind endlich gezwungen, ihre Lebensstellung, ihre gegenseitigen Beziehungen mit nüchternen Augen anzusehen“ (Marx/Engels 1974, 465). Die kapitalistische Produktionsweise ist

also weniger durch bestimmte Institutionen, durch bestimmte Arbeitsverhältnisse und Lebensformen als vielmehr durch eine Logik der Veränderung gekennzeichnet. Diese selbst ist statisch. Auch die bürgerliche Gesellschaft kann „kalt“ werden. Doch damit kommt die bürgerliche Gesellschaft selbst nicht zurecht. „Wie Statik gesellschaftliche Bedingung des Dynamischen ist, so terminiert die Dynamik fortschreitender rationaler Naturbeherrschung teleologisch in Statik. [...] Die der gesellschaftlichen Dynamik immanente Statik ist Index ihres Fal-schen, beharrender Irrationalität“ (Adorno 1972, 231).

Die Autoren des „Kommunistischen Manifests“ haben nicht vollständig recht behalten. Ganz nüchtern ist die bürgerliche Gesellschaft nicht geworden, es gelingt ihr nicht, immanent zu werden. So wie sie sich über sich selbst aufklärt, so verzaubert sie sich auch ständig von Neuem: Gott, Familie, Nation, Volk, Staat, Markt, Geld oder Natur sind solche Begriffe, die gegen jede Entwei-hung verteidigt werden und zur Grundlage bürgerlich-konservativer Reaktion werden können. Im Anschluss an Hegel wurde immer wieder davon gesprochen, dass das Ende der Geschichte erreicht sei. Das Gewordene soll nicht weiter und ganz anders werden, sondern in den Zustand des sich abschließenden Systems übergehen. Das, was empirisch der Moderne noch nicht entspricht, gilt als ein irrationaler Rest und soll rationalisiert und modernisiert werden, sodass es eingefügt und beherrscht werden kann. Dass dieser „Rest“ von der Gesellschaft selbst ständig erzeugt wird und bewältigt werden muss, rechnet sich die Gesellschaft nicht oder nur mit Mühe zu. Die Externalisierungsprozesse sind zahlreich: Proteste kommen von „Krawallmachern“ und „Chaoten“, Streiks, zu denen die „Gewerkschaften“ aufrufen, stören die Bürger, religiöse Fundamentalisten finden sich nur bei den anderen, die Migranten kommen als „Wirtschaftsflüchtlinge“ von außen, der Klimawandel ist nicht menschengemacht, die Nazis sollen „raus“.

Marx' und Engels' Analyse des bürgerlichen Zeitlichkeitsmusters muss ergänzt werden. Denn zwar gehört zum bürgerlichen Selbstverständnis tatsächlich ein Prozess des permanenten revolutionären Wandels. Er wird als ein Prozess der Modernisierung entworfen, in dem die überlieferten Gewohnheiten und eingespielten Denkweisen durch wissenschaftliche und technische Neuerungen aufgestört und durch kritische rationale Argumente verflüssigt werden. Zum einen findet sich also das rasende Tempo einer Veränderung, die alle Verhältnisse ständig umwälzt, sodass die Menschen, die in ihnen leben, nicht hinterherkommen, auf sie nicht Einfluss nehmen, sie nicht bestimmen können und auf den Kontrollverlust mit Ressentiments reagieren. Zum zweiten soll alles eine Richtung haben, aufgeklärter und moderner, schlicht: kapitalistischer werden, damit es zu keiner Asynchronität und nicht zu Reibungen zwischen den verschiedenen Momenten

des kapitalistischen Reproduktionsprozesses mit möglichen Krisenfolgen kommt, sondern sich alle Momente wechselseitig ergänzen, verstärken und beschleunigen.

Es soll aber auch einen Fortschritt geben, weil die Menschen als vernünftige Wesen ansonsten nicht ertragen könnten, was ihnen an Veränderungen, Verunsicherungen und Krisen zugemutet wird. Kant hat das Unbehagen an der Kultur früh formuliert. Er vermutet eine Absicht der Natur, die sich hinter dem Rücken der Menschen in ihren Bestrebungen durchsetzt. Das höchste Ziel der Natur sei wohl, dass die Menschen durch alle Antagonismen hindurch, durch Ehrsucht, Habsucht, Herrschsucht, durch kriegerische Rüstung und Verwüstung und „manche Revolutionen der Umbildung“ am Ende doch als vernünftige Weltbürger nach einem verabredeten Plan im Ganzen verfahren und in der vollkommenen Vereinigung aller Menschen friedlich miteinander leben, also die Vernunft der Gattung sich in der konkreten Menschheit verwirklicht (Kant 1988, 208). Die Mehrheit der intellektuellen Vertreter der bürgerlichen Gesellschaft folgt wohl Kant und ist davon überzeugt, dass das Ziel wenn nicht die Verwirklichung, dann doch wenigstens die permanente Annäherung an die Normen von Freiheit und Gleichheit ist. Insofern scheint das Ende der Geschichte schon längst erreicht zu sein. Nichts Neues kann sich ereignen, vielmehr geht es aus dem Blickwinkel der bürgerlichen Gesellschaft nur darum, alle weiteren traditionellen Hindernisse zu beseitigen, die der endgültigen Verwirklichung ihrer Versprechen von Wohlstand, Glück und Freiheit entgegenstehen. Dabei entgeht ihr, dass das, was als traditionell gilt, selbst schon lange das Resultat ihrer Modernität und sie ständig mit sich selbst konfrontiert ist. Sie erwartet für die Zukunft noch alles vom Fortschritt, der doch schon längst stattgefunden hat und ständig sein Versprechen bricht.

Mit dem Versprechen auf Wohlfahrt, Glück, Freiheit oder Modernität werden die Individuen unter die vermeintlichen Sachzwänge von Wachstum, Innovation, Wettbewerb und Leistung gezwungen, die die Gesellschaft antreiben. Die Ergebnisse sind schillernd: Selbsterhaltung vieler Menschen auf hohem Niveau der stabilen Versorgung mit Lebensmitteln, Wohnraum, Bildung, öffentlicher Kommunikation oder medizinischer Hilfe; gleichzeitig ist aber alles auf widersprüchliche Weise durchdrungen von Zerstörung der Natur und der Individuen, von Flucht und Vertreibung, Krieg, Arbeitslosigkeit und Armut, Krankheit und Depression, sexueller Ausbeutung und kulturindustrieller Verdummung. Die Moderne ist noch nicht modern, die Aufklärung erweist sich bislang als Betrug. Deswegen lässt sich auch nicht ohne Weiteres erwarten, dass alles gut ausgehen wird. „Darum hat in der Marxischen Dialektik eine Invariantenlehre ihre Stelle, die einer negativen Ontologie der antagonistischen Gesellschaft. Ihr Dynamik-

ches, die energiegeladene Dissonanz, der Antagonismus, ist ihr Statisches, das, woran bis heute nichts sich änderte und was jedes gesellschaftliche Produktionsverhältnis ins Verderben riss. Statisch invariant war bislang der Drang, sich auszubreiten, immer neue Sektoren zu verschlucken, immer weniger auszulassen. Damit reproduziert sich erweitert das Verhängnis. Um nicht unterzugehen, arbeitet bewusstlos jegliche Gestalt der Gesellschaft auf ihren Untergang hin und auch den des Ganzen, das in ihr am Leben sich erhält. Das war ihre Ewigkeit. Fortschritt, der die Vorgeschichte beendete, wäre das Ende solcher Dynamik“ (Adorno 1972, 233).

In die Logik und Dynamik des Fortschreitens will sich der Reformismus einschreiben, er tritt nicht nur gegen die als statisch angesehene Tradition – und dazu gehört auch durchaus die Tradition, die weit in die Moderne reicht – und für den Fortschritt ein, sondern möchte sich die Dynamik des stetigen Wandels derart zunutze machen und sie beeinflussen, dass ihr Schwung die negativen Folgen der kapitalistischen Produktionsweise beseitigt, die Lebenslage aller verbessert und – im anspruchsvolleren Fall – auch über die kapitalistische Vergesellschaftung hinaus trägt. Die bürgerlich-kapitalistische Gesellschaft hat historisch die Idee des Fortschritts freigesetzt. Aufklärung wollte von der Natur lernen, um sie zu beherrschen, sie anzuwenden und stetige Verbesserung zu bewirken. In diese Logik des durch wissenschaftliche Erkenntnis erschlossenen Fortschrittsprozesses wollten reformorientierte Strömungen der Arbeiterbewegung hineinwirken, um die sich bietenden Möglichkeiten zu nutzen. Doch waren sie blind gegenüber der Dialektik der Aufklärung und glaubten an eine objektivistische Beherrschbarkeit der Gesellschaft. Das Modell der Gesetzeserkenntnis wurde von der Natur auf die Gesellschaft übertragen; in solchen Gesetzen wurde das schlechthin Allgemeine gesehen. Mit der wachsenden Einsicht in die Gesetze der ökonomischen Entwicklung sollte sich, so Eduard Bernstein, die Fähigkeit entwickeln, die verselbstständigte Gesellschaftsdynamik der bewussten Kontrolle zu unterwerfen und die weitere Entwicklung zu leiten. Die ökonomische Naturmacht sollte in dem Maße von der Herrscherin zur Dienerin der Menschen gemacht werden, als ihr Wesen erkannt würde (Bernstein 1991, 24). Verhindert werde diese Anwendung des theoretischen Wissens von partikularistischen Interessen. Solche Interessen – insbesondere die der Privilegierten – könnten jedoch von der Sozialdemokratie durch einen stetig geführten Kampf um die Demokratie zurückgedrängt werden. Es solle nicht auf die Katastrophe und den Zusammenbruch spekuliert, sondern gehandelt werden, um in einem „stetigen Vormarsch“ die Arbeiterklasse politisch zu organisieren und für Reformen im Staate zu kämpfen, die die Arbeiterklasse heben und das Staatswesen im Sinne der Demokratie umgestalten (ebd., 10).

Demokratische Reformen versprechen mehreres: a) Es wird gehandelt, gegen einen revolutionären Attentismus befreien sich die Individuen von ihrer Opferhaltung und Passivität. b) Da Reformen in einem stetigen Prozess stattfinden und zu konkreten Verbesserungen führen, knüpfen sie, so wird erwartet, an alltägliche Erfahrungen an und nehmen die Menschen mit. c) Reformen sind getragen von Gesetzeserkenntnis und werden entsprechend den der Gesellschaft zugrunde liegenden Entwicklungsgesetzen rational gesteuert. Damit entsprechen sie, anders als die herrschenden Partikularinteressen, dem allgemeinen gesellschaftlichen Interesse, das nicht mehr durch Bestrebungen von Minderheiten verzerrt, sondern vom Willen des größten Teils des Volkes vertreten wird und die gesetzmäßige Entwicklungslogik der Gesellschaft selbst ausdrückt. d) Die durch Erkenntnis vermittelte Steuerung der Wirtschaft wird von den demokratischen Institutionen ausgeübt, die das Allgemeininteresse vertreten. e) Eine reformorientierte Strategie bemüht sich darum, die politischen Kräfteverhältnisse derart zu verändern, dass sie mittels der Erkenntnis der ökonomischen Gesetzmäßigkeiten eine Vielzahl von kleineren und größeren Randverschiebungen bewirken kann, die in der Folge zu einer Art qualitativem Sprung führen, die also strukturelle Veränderungen und evolutionäre Sperrklinkeneffekte auslösen, die es dem Prinzip nach unmöglich machen sollen, dass die Profitorientierung in der Wirtschaft erneut das Primat erlangt, sich die Lage der Arbeiterklasse verschlechtert und demokratische Institutionen von innen ausgehöhlt und politische Steuerungsmöglichkeiten begrenzt werden.

Diese Überlegungen von Bernstein entsprechen nicht nur einem bestimmten historischen Stand der Diskussion, sondern einer in der Linken bis heute verbreiteten objektivistischen Haltung, die die kollektive Praxis und zumal die demokratische Willensbildung nicht als ein Moment der Wirklichkeit und ihrer Entwicklung begreift. In einer transformationstheoretischen Perspektive will ich dreierlei gegen jene Überlegungen einwenden.

1) Es wird unterstellt, dass es eindeutige Gesetzmäßigkeiten der gesellschaftlichen Entwicklung gebe, die erkannt und in deren Namen gehandelt werden könne. Die Ereignishaftigkeit der Emanzipation wird domestiziert durch einen rationalistisch gedachten Prozess der stetigen Reform. Dass sich im Emanzipationsprozess selbst die Ziele, die Praktiken, die Zusammensetzung der Akteure ändern könnten, wird nicht bedacht. Demokratie dient letztlich nur dazu, dass das rousseauistisch konzipierte Allgemeininteresse verwirklicht werden kann und Partikularinteressen keine Rolle mehr spielen. Das Allgemeininteresse steht im Prinzip fest, es ist nicht das Ergebnis sich immer neu ergebender Koordination zwischen den kooperativen Individuen, die im Emanzipationsprozess

neue Identitäten und Präferenzen sowie andere Handlungsmuster ausbilden. In der Konsequenz deutet sich im Namen der Verwirklichung der Demokratie die aufgeklärte technokratische Herrschaft einer staatlichen Planungsbürokratie an.

2) In der reformorientierten Politik wird kaum bedacht, dass die Gegenseite dem Reformprozess nicht passiv zuschauen wird. Es wird oft und durchaus rationalistisch der Eindruck erweckt, als hänge alles davon ab, dass die Linke gute oder noch bessere Konzepte benötige, die auf die Gesellschaft, die Öffentlichkeit, die Lohnabhängigen oder auch bürgerliche Kräfte gewinnend und überzeugend wirken. Dabei wird tendenziell übersehen, dass es keine faire Diskussion über gesellschaftliche Alternativen, keinen Wettstreit der verschiedenen Gesellschaftsmodelle gibt: Aktiengesellschaften oder Genossenschaften, Markt, Staat oder Selbstverwaltung. Die Überzeugungskraft von Konzeptionen ist selbst Gegenstand einer sozialen Auseinandersetzung. Die Konzepte dienen unter anderem vielleicht auch dazu, gesellschaftspolitische Konkurrenten oder Gegner durch gut durchdachte Vorschläge zu überzeugen. Vor allem aber dienen sie dazu, die eigenen jeweiligen Handlungsperspektiven kohärent zu machen und sich jeweils von Neuem vorzubereiten auf veränderte gesellschaftliche Konstellationen. Kapitaleigner, sie stützende Politiker und viele weitere gesellschaftliche Kräfte werden sich bemühen, emanzipatorische Ziele und die sie vertretenden Gruppen als bloß partikular zu diskreditieren, ihre politische und Steuerungskompetenz infrage stellen und alle Erfolge wenn nicht zu verhindern, dann zu behindern oder zu unterlaufen. Jede Reform ist bedroht davon, enteignet zu werden oder sogar Gegenmaßnahmen hervorzurufen; jede reformorientierte Partei muss damit rechnen, dass nicht nur ihre Ziele, sondern am Ende sie selbst Teil des Herrschaftskomplexes und Moment einer Strategie der Herrschenden wird, die Gramsci als Transformismus bezeichnet: dass das Führungspersonal alternativer und emanzipatorischer sozialer Kräfte von den herrschenden Kräften absorbiert wird und auf diese Weise zwar gesellschaftskonstitutive Kompromisse zustande kommen, aber die gesellschaftlichen Gegensätze verdrängt und sozial, räumlich sowie zeitlich verschoben werden. Die politische Frage ist, ob dieser Transformismus selbst noch im Sinne positiver Zielerreichung genutzt werden kann: was bedeutet, einen „langen Marsch durch die Institutionen“ zu verfolgen, offizielle Verantwortung und Aufgaben zu übernehmen, an den kleinen Schrauben der Macht hier und dort zu drehen. In der Phase des keynesianischen Wohlfahrtsstaates konnten sich positive Erwartungen ausbilden. Denn tatsächlich haben Reformen und mit ihnen verbundene Perspektiven seit den 1960ern viele Jahre die politische Agenda bestimmt. Die reformorientierte Erwartung ging dahin, dass das Evolutionsniveau des demokratischen Wohlfahrtsstaates wie eine Art

Sperrklinke wirken würde. Das erwies sich als Irrtum. Auch wenn die neoliberale Strategie nicht in allen OECD-Staaten in gleicher Weise hart durchgesetzt wurde, kann doch von gravierenden Maßnahmen zur Veränderung der Reproduktionsmuster der kapitalistischen Produktionsweise und der Funktion des Staates gesprochen werden. Der Abbau sozialer und demokratischer Rechte wurde seit den 1970er Jahren zu einer geplanten und strategisch verfolgten Konzeption, um die Erfolge der Protestbewegungen seit Mitte der 1960er Jahre zurückzudrängen (vgl. Boltanski/Chiapello 2003). Stark daran beteiligt waren auch sozialdemokratische Parteien und ihnen nahestehende Sozialwissenschaftler.

3) Für die weitere Überlegung will ich mich drittens auf ein Argument von Adorno beziehen. Entsprechend der Zeitlichkeit der bürgerlichen Gesellschaft ändern sich die Verhältnisse ständig; und es gibt keine Möglichkeit zum Innehalten und zur Muße. Die Gesellschaft erfährt sich als arm, wenn sie ökonomisch nicht wächst; die Krise, die den Wachstumsprozess verlangsamt oder in sein Gegenteil verkehrt, wird Anlass zu einer Vielzahl hektischer Gegenmaßnahmen. Doch trotz aller Dynamik herrscht die Statik des Immergleichen. Denn es geht um die Verwertung von Kapital, die Aneignung des lebendigen Arbeitsvermögens und die profitgetriebene Akkumulation. Dies bedingt, dass keine der großen historischen Herausforderungen gelöst wird. Vielmehr kehren die zentralen Probleme der Herrschaft und Ungerechtigkeit, die die bürgerliche Gesellschaft von Anfang an prägen, regelmäßig wieder, auch wenn immer wieder nahegelegt wird, die Aufklärung, der Fortschritt, würde sie alsbald wenn nicht beseitigen, doch ihnen eine erträgliche Form geben. Diese Probleme sind seit Jahrhunderten Ausbeutung, Armut und Arbeitslosigkeit, staatliche Gewalt, die Störung des Metabolismus mit der Natur, Sexismus und Rassismus; sie bestimmen seit dem 18. Jahrhundert mal mehr, mal weniger die Agenda des gesellschaftlichen Lebens und der Politik. Deswegen kann Adorno (1977, 623) davon sprechen, dass in dem Ganzen alles fortschreitet, „nur bis heute das Ganze nicht“. Dies berührt unmittelbar die Frage der Zeitlichkeit der gesellschaftlichen Entwicklung. Der eigentliche Fortschritt wäre einer, der die Logik des ständigen rasanten Wandels selbst betrifft. „Fortschritt heißt: aus dem Bann heraustreten, auch aus dem des Fortschritts, der selber Natur ist, indem die Menschheit ihrer eigenen Naturwüchsigkeit innewird und der Herrschaft Einhalt gebietet, die sie über Natur ausübt und durch welche die der Natur sich fortsetzt. Insofern ließe sich sagen, der Fortschritt ereigne sich dort, wo er endet“ (ebd., 625). Aber wie aus dem Bann des Fortschritts heraustreten, damit er sich endlich einmal ereignen kann? Wie dieses Ereignis denken, das mit der Zeitlichkeit der kapitalistischen Vergesellschaftung selbst bricht. Walter Benjamin hat in seinen Thesen über den

Begriff der Geschichte Überlegungen dazu angestellt. Gegen die sozialdemokratische Vorstellung von stetigen Verbesserungen durch Reformen innerhalb eines linearen Zeitkontinuums plädiert er für einen „Tigersprung unter dem freien Himmel der Geschichte“ (Benjamin 1974, 701). Mit ihrer revolutionären Aktion sollen die revolutionären Klassen das Kontinuum der Geschichte aufsprengen. Aber Benjamin stellt sich mit dieser Überlegung mehr oder weniger auch dem zeitgenössischen kommunistischen Selbstverständnis entgegen. Zwar wollte auch diese mit der Zeitlichkeit, der Entwicklungslogik der Klassengesellschaften brechen, wie Majakowski es formulierte: „Brecht das Gesetz aus Adams Zeiten, Gaul Geschichte, Du hinkst!“ Aber das Ziel war es, den Gaul Geschichte anzutreiben, um im Galopp der gesellschaftlichen Modernisierung mit den bürgerlichen Normen Ernst zu machen. Es sollte unter der Führung der Partei der Arbeiterklasse jener bürgerliche Zustand hergestellt werden, der, um mit Kant zu sprechen, mittels vernünftiger Planung und Gesetz „so wie ein Automat sich selbst erhalten kann“, zu dessen Einrichtung jedoch die irrational gewordene bürgerliche Klasse aus partikularistischen Gründen den Willen, die Vernunft und die Kraft nicht mehr zu haben schien. Offenkundig befürchtete Benjamin, dass gerade dieses Projekt der Aufklärung, die Gesellschaft wie einen vernünftigen Automaten einzurichten, Gefahr lief, in jenem stählernen Gehäuse der Hörigkeit zu enden, das Max Weber als sozialistische Vollendung des bürgerlichen Zeitalters antizipierte, um sich das Argument für die Verteidigung der irrationalen Freiheit des Unternehmers zunutze zu machen.

Gegen eine verbreitete Tradition in der Linken geht Walter Benjamin einen ungewöhnlichen Weg. Er stellt sich einem Fortschritt entgegen, der die kontinuierliche Zeit unaufhaltsam in die Zukunft treibe und die Trümmerhaufen der Barbarei bis in den Himmel wachsen lasse. „Der Begriff des Fortschritts ist in der Idee der Katastrophe zu fundieren. Dass es ‘so weiter’ geht, *ist* die Katastrophe“ (Benjamin 1982, 592). Daraus folgt ein verändertes Verhältnis zum bürgerlichen Zeitregime, nämlich nichts vom Fortschreiten zu erwarten – die Formel von der passiven Revolution wird umgekehrt: nichts mehr zu ändern, damit alles anders wird, als es ist. Gegen Marx formuliert Benjamin: „Marx sagt, die Revolutionen sind die Lokomotive der Weltgeschichte. Aber vielleicht ist dem gänzlich anders. Vielleicht sind die Revolutionen der Griff des in diesem Zuge reisenden Menschengeschlechts nach der Notbremse“ (Benjamin 1974, 1232). Benjamins Überlegungen beinhalten drei Herausforderungen für jede emanzipatorische Konzeption gesellschaftlicher Veränderung: Sie sollte weniger eine Aktion sein, die die Geltung der Vernunft durchsetzt, um dann ihrem Licht und ihren Regeln zu folgen, sondern eher ein Vorgang, die Weltgeschichte anzuhalten und den Aus-

nahmezustand, in dem sie sich bisher befindet, zu beenden. Sie ist, zweitens, das Ereignis schlechthin, weil sie in der Kontinuität des Fortschritts und des rasenden Stillstands einer sich permanent selbst überholenden bürgerlichen Gesellschaft der Ereignishaftigkeit des Ereignisses überhaupt erst einen Raum gibt, sodass die Kontinuität, die Dauer, die Barbarei aller bisherigen Kultur unterbrochen werden können. Es wird damit auf die Notwendigkeit verwiesen, nicht durch Wandel innerhalb einer homogenen Zeit bestimmte Ziele zu erreichen, sondern die Logik der Zeitlichkeit, die Logik des Wandels und des Fortschritts selbst infrage zu stellen. Drittens: Da alle bisherigen Ziele, die sich die Linke gestellt hat, noch immer zutiefst davon geprägt waren, was im Rahmen der linearen Zeit zu verwirklichen ist, weil alle Begriffe, in denen notwendigerweise auch die Linke denkt, aus Klassenherrschaft hervorgegangen sind, müssen auch die Ziele selbst aus einer grundlegenden Kritik und Revision der Vergangenheit – auch der eigenen Vergangenheit – und der Aktualisierung vergangener Alternativen gewonnen werden. „Die Daseinsform der klassenlosen Gesellschaft uns nach dem Bilde der Kulturmenschheit zu denken, wäre widersinnig“ (Benjamin 1982, 583).

Benjamin denkt grundlegende gesellschaftliche Veränderungen in Begriffen der Revolution: Wie ist Revolution möglich? Anders als andere Vertreter der revolutionären Tradition denkt er auch daran, was danach kommen könnte. Aber er denkt dies nur negativ, denn es schreckt ihn die Vorstellung, es könnte einfach so weitergehen wie zuvor. Er denkt theologisch und nicht dialektisch. Benjamin will der gesellschaftlichen Veränderung die Würde des Ereignishaften wieder geben, sie soll nicht rationalistisch diszipliniert und ihre autoritären Folgen sollen vermieden werden. Aber dieser Moment des Stillstands beinhaltet die Gefahr eines Vakuums, in dem die Macht von den Falschen und für Falsches genutzt werden kann. Adornos oben erwähnte Überlegungen zum Fortschritt wenden sich implizit gegen Benjamin, denn dieser sieht nicht das Gute, das der Fortschritt auch ermöglicht. Selbst der Gedanke an den ereignishaften Einbruch der Revolution in den weltlichen Lauf der Dinge ist noch an den Fortschritt gebunden. Benjamin kann auf diese Weise nicht denken, dass die entscheidenden Veränderungen nicht in der Form eines gesellschaftlichen Moratoriums vorgenommen werden können, sondern, um es metaphorisch zu sagen, der Umbau des Schiffes auf hoher See stattfindet. Claus Offe hat in den 1980er Jahren den Grünen Benjamins Konzeption des Griiffs nach der Notbremse empfohlen und sich für eine Politik der rationalen Selbstbeschränkung, für eine Utopie der Null-Option ausgesprochen, sodass die Notwendigkeit zu immer weiterer Modernisierung und damit einhergehenden Externalisierungen vermieden werden können. Letztlich hat dies die Grünen als Partei im politischen Alltag handlungsunfähig gemacht und sie

auf die Lösungen zurückgeworfen, vor denen Offe seinerzeit warnte, nämlich die der Steigerung von subsystemischen Optionen, sei es des Marktes, sei es des Staates (vgl. Offe 1986, 164 ff.).

Begriffe wie Reform oder Revolution waren im anspruchsvollen Sinn mit dem Ziel der Beseitigung bestehender Unrechts-, Herrschafts- und Ausbeutungsverhältnisse verbunden. Aber sie haben offensichtlich ihre inneren Grenzen und haben den Horizont für eine langfristige und radikal gedachte Emanzipation nicht weit genug geöffnet. Den Begriff der Transformation verstehe ich als einen Versuch, der sich sowohl auf Reform als auch Revolution bezieht, aber auch auf die inneren Grenzen jener Konzepte und ihre widersprüchliche Beziehung reflektiert. Er hat in den vergangenen Jahren eine enorme Anreicherung erfahren und sich zu einem Paradigma weiterentwickelt, das gesellschaftstheoretische, zeitdiagnostische und politisch-strategische Aspekte umfasst (vgl. Demirović 2012). Er weist auf eine Tendenz zur grundlegenden Veränderung in der Logik des gesellschaftlichen Wandels hin, die die kapitalistische Gesellschaftsformation kennzeichnet. Denn zunächst meint die Transformation, dass sich nicht allein die staatssozialistischen Gesellschaften transformieren und Elemente der kapitalistischen Marktökonomie und des parlamentarischen Systems übernehmen, sondern dass dieser Transformationsprozess in eine Gesamttendenz zur Transformation auch der kapitalistischen Gesellschaften eingeschrieben ist und diese verstärkt (vgl. Reißig 2009). Diese nämlich verändern sich von einem wohlfahrtsstaatlich-fordistischen Gesellschaftstyp hin zu einem neoliberalen Typ, der bereits vorhandene generische Krisenelemente verschärft und neue erzeugt, grundlegende Lösungen für gesellschaftliche Probleme aber aufschiebt: also Probleme der gesellschaftlichen Gewalt, der Zerstörung der natürlichen Umwelt, der Ausbeutung und Arbeitslosigkeit, der Armut und des Hungers, des Rassismus. Es bedarf also eines anspruchsvollen Transformationsbegriffs, der an diese Prozesse des gesellschaftlichen Wandels anschließt und dabei Lösungen entwirft, sodass ein nachhaltiger Entwicklungspfad beschritten werden kann, der aus der kapitalistischen Vergesellschaftung heraus- und zu einer friedlichen, nachhaltigen und demokratischen Weltgesellschaft hinführt. Dies legt nahe, dass Transformation nur oder vorwiegend als politisches Projekt verstanden wird, das mit starken Rationalitätsansprüchen und Vorstellungen von gesamtgesellschaftlicher politischer Steuerung verbunden wird. Doch diese Erwartung könnte den Transformationsbegriff zu eng fassen, einseitig überfordern und ihm eine Bedeutung geben, von der er sich abgrenzen lässt.

Transformation ist der Versuch, Prozesse des Wandels und langfristige Veränderungen und radikale, revolutionäre Brüche zusammenzudenken. Transforma-

tion ist die Bemühung, nicht allein bis zu einer kommenden Revolution zu denken, sondern die negative historische Erfahrung mit der zentralen politischen Planung des Staatssozialismus, ihren Selbstillusionierungen und den autoritären Folgen ernst zu nehmen und der Frage nachzugehen, was „am Tag danach“ kommt. Das ist folgenreich, denn der Blickwinkel auf das Problem der langfristigen Übergänge verändert sich insofern, als sich die Zeitperspektiven verschränken und das Morgen schon im Heute beginnt (vgl. Klein 2013) – und dies nicht einfach nur als eine Verbesserung, was auch der Fall sein kann, auch nicht als eine Antizipation der Zukunft in der Gegenwart, sondern als eine Verschiebung der gegenwärtigen Dynamiken durch aktives Handeln – was jeweils in einem offenen Prozess die Konstellationen ebenso wie die Akteure verändert.

Die Prozesse der Transformation setzen an den Erfahrungen und den Kompetenzen an, die heute bestehen, erwarten die Lösung der Probleme aber nicht erst in einem „Danach“ und gleichsam wie von selbst, sondern begreifen die Gegenwart als einen Prozess der nicht-linearen, nicht-homogenen Verschiebungen der gesellschaftlichen Reproduktionsmuster. Dies lässt sich unterscheiden von der Vorstellung gradualistischer Veränderungen, die sich in hohem Maße auf die Vorstellung der Bildung von betroffenen Mehrheiten stützt, deren Interessen und Bedürfnisse parlamentarische Politik dann umsetzt; ebenso von einer hegelianisierenden Vorstellung, wonach die Transformation ein Prozess wäre, in dem die unmittelbare sinnliche Erfahrung und Gewissheit der Einzelnen allmählich zur Allgemeinheit des Ganzen unter der Führung wohlmeinender Politiker und Intellektueller gelangt, die auf der Grundlage wissenschaftlicher Gesetzeskenntnis und demokratischer Willensbildung die Gesellschaft in die richtige Richtung steuern. Ein solches Verständnis entspricht der reformistischen Tradition und diszipliniert die Ereignishaftigkeit der Widerstände, der Proteste und ihrer Übergänge in emanzipatorisches und autonomes Handeln.

Die Prozesse der Transformation unterscheiden sich aber auch von der Vorstellung einer revolutionären Praxis. Ihr zutiefst ist die Krise eine alltägliche Erfahrung und zieht in einer enormen Dynamik immer mehr Menschen in einen Prozess der beschleunigten Veränderung und Umwälzung der Verhältnisse. Eine Revolution wird nicht vorbereitet und gemacht, allenfalls können sich kleine Gruppen in einem gewissen Umfang auf entsprechende gesellschaftliche und politische Krisen vorbereiten. Da eine Revolution mit einer tiefen Krise verbunden ist, handelt es sich um eine Situation der Entscheidung, wie die Krise gelöst werden soll. Das überfordert alle hinsichtlich des Wissens, der Ressourcen, der Zeit, mit der Entscheidungen getroffen und umgesetzt werden können. Zwangsläufig muss dies zu Konflikten über die zu wählenden Wege führen. Konflikte ergeben sich

auch deswegen, weil „am Tag danach“ die vorher bestehenden Probleme, die zu revolutionären Ausbrüchen geführt haben, weiterhin bestehen. Sie sind nicht verschwunden, vielmehr müssen Lösungen gefunden werden. Aber es bestehen nicht nur die bereits vorhandenen Probleme, sondern es kommen viele neue hinzu: solche der Produktion und Verteilung, der Einrichtung neuer Routinen und Institutionen, die aktive und unterstützende Beteiligung vieler Menschen, für die geeignete Formen gefunden werden müssen. Die Schwierigkeiten werden nun vielfach der Revolution und denjenigen Personen und Maßnahmen zugerechnet, die den Bruch symbolisieren, also auch die Verschlechterung der gesellschaftlichen Situation. Der Konsens kann schnell verspielt werden, denn auch einer Revolution schließen sich viele mit Lippenbekenntnissen an, die es konformistisch mit der Macht halten oder eine Chance wittern, sich private Vorteile zu verschaffen. Das legt wiederum anderen Akteuren nahe, den Prozess nicht als sicherlich konfliktreichen, aber gemeinsamen Prozess zur Lösung gesamtgesellschaftlicher Probleme zu begreifen, sondern auf das Mittel der Gewalt zurückzugreifen oder die Exit-Option (Passivität und stille Verweigerung, Flucht, Auswanderung) zu wählen.

Demgegenüber verbindet sich mit dem Begriff der Transformation auch ein Begriff der Kontingenz in der Entwicklung. Nach diesem Verständnis unterläuft der Prozess der Transformation den starren Gegensatz und die zeitliche Abfolge von kontinuierlicher Reform und radikalem Bruch und impliziert den Versuch, beides zu verbinden. Horkheimer und Adorno haben auf diesen internen Zusammenhang hingewiesen, ohne dafür den Namen der Transformation zu verwenden, wenn sie schreiben, dass Aufklärung sich vollende und aufhebe, „wenn die nächsten praktischen Zwecke als das erlangte Fernste sich enthüllen“ (Horkheimer/Adorno 1987, 66). Es geht demnach nicht um abstrakte radikale Ziele, sondern um derartige Verschiebungen, dass aufgrund der gesellschaftlichen Bearbeitung konkreter Probleme das Fernste selbst zu einem unmittelbaren, konkreten Problem wird, also gleichsam die umfassende Allgemeinheit sich in einer konkreten Partikularität verdichtet. Dieser Vorgang kann nicht anders als in ungewissen Konstellationen stattfinden. Denn revolutionäre Aktivitäten und Momente können sich in der Folge als bloße Fortsetzung des früheren Herrschaftszusammenhangs erweisen; Reformen hingegen können radikale Dynamiken freisetzen. „Man kann im Voraus niemals sicher wissen, ob etwas, das (nach Maßgabe und innerhalb des Sichtbarkeitsraums der herrschenden Ideologie) als ‚geringfügige‘ Maßnahme erscheint, nicht einen Prozess in Gang setzen wird, der zu einer radikalen (ereignishaften) Transformation des gesamten Feldes führt. Es gibt Situationen, in denen eine minimale soziale Reformmaßnahme weitaus weitreichendere Folgen haben kann

als selbsternannte ‘radikale’ Veränderungen“ (Žižek 2009, 192 f.). Geringfügige Gesetzesreformen können demnach aufgrund einer inhärenten Unberechenbarkeit subversiver sein als die offene Infragestellung der Grundvoraussetzung des Systems. Die revolutionäre Orientierung erwartet solche Ereignisse nicht, der Reformismus lässt im Unterschied zur Konzeption der Transformation solche subversiven Ereignisse nicht zu. Denn sobald sie stattfinden, werden sie in die Ordnung zurückgerufen und gebannt. Die Ereignishaftigkeit wird diszipliniert und normalisiert durch staatliche Gewalt, durch mediale Berichterstattung und Kommentierung oder durch wissenschaftliche Sozialtechniken. Für solche Fälle ist transformatorische Kompetenz und Vorbereitung notwendig, die dazu beitragen kann, Spaltungsmomente und konzeptionelle Schwächen zu erkennen, anstatt angesichts der zu erwartenden Hindernisse die Emanzipationsperspektiven einfach aufzugeben (vgl. Demirović 2011).

Als eine zweite Konsequenz des Transformationsbegriffs betrachte ich, dass er Strukturveränderungen in einer gerichteten Abfolge denkt, da sie rekursiv auch ihre eigenen Voraussetzungen einholen müssen. Dies geschieht nicht auf der Grundlage einer homogenen, linearen Zeit, die Benjamin kritisiert, auch nicht des einmaligen, radikalen Bruchs, von dem aus die Zeitählung neu beginnt, sondern einer ‘strategischen Zeit’. Die Transformation impliziert die Öffnung von Räumen für gesellschaftliche Suchprozesse und eine Serie von Brüchen und Verschiebungen, denen jeweils auch eine eigene Zeitlichkeit zukommt. Dies bedeutet, dass die Transformation ereignishaft verläuft und nicht auf bestimmte Stadien festgelegt werden kann. Michael Brie schlägt dafür das Bild von Spiralen vor, die sich verflechten und Knotenpunkte bilden.

Es gibt eine dritte Konsequenz aus dieser Überlegung zum Begriff der Transformation, die ich noch einmal hervorheben will. Das bürgerliche politische Denken unterscheidet zwischen dem allgemeinen Willen des Staates und dem partikularistischen Interesse der Einzelnen in der Gesellschaft. Diejenigen, die für Reformen, ebenso wie diejenigen, die für Revolution eintreten, nahmen und nehmen oftmals in Anspruch, unmittelbar das Allgemeine zu kennen. Erstere beziehen sich dabei auf die vorhandenen staatlichen Institutionen und wollen der unterstellten Mehrheit helfen, sich gegen Partikularinteressen durchzusetzen. Der Mehrheitswille, so wird ideologiekritisch unterstellt, hat aber kein Bewusstsein von sich selbst, sondern muss durch einen ganz langsamen Prozess der Bewusstseinsbildung von unten her erst entwickelt werden. Demgegenüber erwarten diejenigen, die sich als Revolutionäre verstehen, von der revolutionären Krise, dass sie in einem Nu Erfahrung und Lernfähigkeit bei der Vielzahl von Menschen, den Willen zur Veränderung und die entsprechende Organisationsfähigkeit er-

zeugen soll, Neuorientierungen der Individuen also, die es ermöglichen, durch einen Akt konstituierenden Handelns die neuen Institutionen der wirklichen Allgemeinheit hervorzubringen (vgl. kritisch Luxemburg 1979, 354). Damit wird die Mikro- gegen die Makroebene ausgespielt. Im Unterschied dazu stellt die Transformation demokratiepolitisch eine neue Perspektive dar, sie zielt auf Zusammenhänge. Aufgrund der Ereignishaftigkeit der Prozesse rechnet sie nicht damit, dass das, was als allgemein gelten kann, auf einer bestimmten Ebene zu finden ist, also entweder unten oder oben, unmittelbar bei den Leuten oder in den staatlichen Institutionen. Vielmehr kann der Transformationsprozess auf völlig verschiedenen Ebenen und durch Verknüpfung in Gang kommen: durch die Ausbildung transformatorischer Kompetenzen und Praktiken, durch eine Serie von Gesetzesinitiativen, durch eine Demonstration oder durch Aktivitäten einzelner, die aufgeladen sind mit allgemeinverbindlicher Symbolkraft (wie die Selbstverbrennung jenes verzweifelten jungen Gemüsehändlers Mohamed Bouazizi am 17. Dezember 2010 in Sidi Bouzid, der damit gegen Armut und staatliche Schikanen protestierte und das Fanal für den arabischen Frühling gab).

Reformen sollen sich in den Bahnen von gesellschaftlichen Gesetzmäßigkeiten und institutionellen Regeln bewegen und an der Logik des Wandels selbst wenig oder nichts ändern. Sie werden von wohlmeinenden Parteiliten verwaltet, die die demokratische Beteiligung der vielen als eine Art Vorfeldaktivität für den eigenen Erfolg missverstehen. In Revolutionen werden die gesellschaftlichen Routinen grundlegend infrage gestellt. Kleine, darauf vorbereitete Gruppen haben in solchen Entscheidungssituationen einen Vorsprung an Organisation und Erfahrung, sie werden sich das Erreichte und die erlangten Entscheidungskompetenzen nicht nehmen lassen wollen, auch wenn sie sich um die Partizipation der vielen bemühen, die nach wenigen Tagen oder Wochen wieder ihren alltäglichen Geschäften nachgehen wollen oder müssen. Es kommt demnach notwendigerweise zu einem Mangel an demokratischer Koordination (ebd., 347 u. 354 ff.). Die Räume, in denen demokratische Aktivitäten irreduzible Ereignisse erzeugen können, schließen sich. Die politische Theorie der Transformation berücksichtigt dies. Denn in der Logik der Transformation werden die gesellschaftlichen Regelmäßigkeiten derart verändert, dass es zu Verschiebungen und Brüchen kommt, die eine Beteiligung zulassen, um weitere Verschiebungen und Brüche zu ermöglichen. Dabei handelt es sich nicht um einmalige Formen der Partizipation oder um Partizipationen, die auf eine Ebene der Gesellschaft begrenzt werden. Vielmehr impliziert die Transformation eine solche Demokratisierung, in der die demokratische Beteiligung selbst die Institutionen schafft, die demokratische Beteiligung und bindendes Entscheiden ermöglichen. Dies kann nur gelingen durch eine Transformation

der Lebens- und Arbeitsverhältnisse, in denen die materielle Reproduktion und die kollektiven Entscheidungsprozesse eine Einheit bilden.

Literatur

- Adorno, Theodor W. (1977). Fortschritt [1962], in: ders.: Gesammelte Schriften, Bd. 10.2, Frankfurt am Main: Suhrkamp, 617–638
- (1972). Über Statik und Dynamik als soziologische Kategorien, in: ders.: Gesammelte Schriften, Bd. 8, Frankfurt am Main: Suhrkamp, 217–237
- Benjamin, Walter (1982). Das Passagen-Werk, in: ders.: Gesammelte Schriften, Bd. V, Frankfurt am Main: Suhrkamp
- (1974). Über den Begriff der Geschichte, in: ders.: Gesammelte Schriften, Bd. I, Frankfurt am Main: Suhrkamp, 691–704, 1223–1266
- Bernstein, Eduard (1991). Die Voraussetzungen des Sozialismus und die Aufgaben der Sozialdemokratie [1899], Berlin: Dietz
- Birke, Peter/Henninger, Max (2012). Krisen und Proteste – Eine Annäherung an ihre jüngste Geschichte, in: dies.: Krisen Proteste. Beiträge aus Sozial.Geschichte Online, Berlin: Assoziation A, 7–38
- Boltanski, Luc/Chiapello, Ève (2003). Der neue Geist des Kapitalismus, Konstanz: UVK
- Brie, Michael/Candeias, Mario (Hrsg.) (2012). Transformation im Kapitalismus und darüber hinaus. Beiträge zur Ersten Transformationskonferenz des Instituts für Gesellschaftsanalyse der Rosa-Luxemburg-Stiftung, hrsg. von der Rosa-Luxemburg-Stiftung, Reihe Papers, Berlin
- Demirović, Alex (2012). Reform, Revolution, Transformation, in: Brie, Michael/Candeias, Mario (Hrsg.): Transformation im Kapitalismus und darüber hinaus. Beiträge zur Ersten Transformationskonferenz des Instituts für Gesellschaftsanalyse der Rosa-Luxemburg-Stiftung, hrsg. von der Rosa-Luxemburg-Stiftung, Reihe Papers, Berlin, 33–48
- (2011). Wirtschaftsdemokratie nach ihrem Scheitern, in: Birsl, Ursula/Schley, Cornelius/Wilke, Petra (Hrsg.): Zukunft der Demokratie – Demokratie der Zukunft, Hannover: Friedrich-Ebert-Stiftung, Landesbüro Niedersachsen, 46–65
- Horkheimer, Max/Adorno, Theodor W. (1987). Dialektik der Aufklärung [1947], in: Horkheimer, Max: Gesammelte Schriften, Bd. 5, Frankfurt am Main: Fischer
- Kant, Immanuel (1988). Idee zu einer allgemeinen Geschichte in weltbürgerlicher Absicht, in: Rechtslehre. Schriften zur Rechtsphilosophie, hrsg. von Hermann Klenner, Berlin: Akademie, 193–211
- Klein, Dieter (2013). Das Morgen tanzt im Heute: Transformation im Kapitalismus und über ihn hinaus, Hamburg: VSA
- Lévi-Strauss, Claude (1973). Das wilde Denken, Frankfurt am Main: Suhrkamp
- Luxemburg, Rosa (1979). Karl Marx, in: dies.: Gesammelte Werke, Bd. 1.2, Berlin: Dietz, 369–377

- Marx, Karl/Engels, Friedrich (1974). Manifest der Kommunistischen Partei, in: MEW, Bd. 4, Berlin: Dietz, 459–493
- Offe, Claus (1986). Die Utopie der Null-Option. Modernität und Modernisierung als politische Gütekriterien, in: Koslowski, Peter/Spaemann, Robert/Löw, Reinhard (Hrsg.): *Moderne oder Postmoderne? Zur Signatur des gegenwärtigen Zeitalters*, Weinheim: Acta Humaniora, VCH, 143–172
- Reißig, Rolf (2009). *Gesellschafts-Transformation im 21. Jahrhundert. Ein neues Konzept sozialen Wandels*, Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften
- Rosa, Hartmut (2009). Kapitalismus als Dynamisierungsspirale – Soziologie als Gesellschaftskritik, in: *Soziologie – Kapitalismus – Kritik: eine Debatte*, Frankfurt am Main: Suhrkamp, 87–125
- Žižek, Slavoj (2009). *Auf verlorenem Posten*, Frankfurt am Main: Suhrkamp

Autorinnen- und Autorenverzeichnis

Ulrich Brand, geb. 1967, Politikwissenschaftler, Professor für Internationale Politik an der Universität Wien, Mitglied u.a. im Wissenschaftlichen Beirat von Attac, im Institut Solidarische Moderne, in der Bundeskoordination Internationalismus.

Lutz Brangsch, geb. 1957, Dr. oec. und Dipl. oec., Politökonom, Wissenschaftlicher Referent Staat und Demokratie am Institut für Gesellschaftsanalyse der Rosa-Luxemburg-Stiftung.

Michael Brie, geb. 1954, Prof. Dr. habil., Sozialphilosoph, Wissenschaftlicher Referent am Institut für Gesellschaftsanalyse der Rosa-Luxemburg-Stiftung für Geschichte und Theorie sozialistischer Transformation, Mitglied im Wissenschaftlichen Beirat von Attac und im Kuratorium des Instituts Solidarische Moderne sowie in der Leibniz-Sozietät.

Mario Candeias, geb. 1969, Dr. rer. pol., Politikwissenschaftler, Direktor des Instituts für Gesellschaftsanalyse und Redakteur der Zeitschrift *Luxemburg*.

Erhard Crome, geb. 1951, Dr. rer. pol. habil., Politikwissenschaftler, Referent für Friedens- und Sicherheitspolitik am Institut für Gesellschaftsanalyse der Rosa-Luxemburg-Stiftung.

Judith Dellheim, geb. 1954, Dr. oec., Politökonomin, Wissenschaftliche Referentin der Rosa-Luxemburg-Stiftung auf dem Gebiet sozialökologischer Transformation.

Alex Demirović, geb. 1952, apl. Prof. Dr., Sozialwissenschaftler, Senior Fellow am Institut für Gesellschaftsanalyse der Rosa-Luxemburg-Stiftung.

Frigga Haug, geb. 1937, Prof. Dr. habil, Dipl. soz., Soziologin und Sozialpsychologin; Herausgeberin und Redakteurin des „Historisch-Kritischen Wörterbuches des Marxismus“ (HKWM), der Zeitschrift *Das Argument*, Mitglied des Wissenschaftlichen Beirats der Rosa-Luxemburg-Stiftung, von Attac und im Kuratorium des Instituts Solidarische Moderne

Bob Jessop, geb. 1946, Dr. phil., Soziologe, Politökonom, Distinguished Professor für Soziologie an der Lancaster University, Ko-Direktor des Cultural Political Economy Research Centre der Lancaster University.

Dieter Klein, geb. 1931, Prof. Dr. habil, Sozialwissenschaftler, Senior Fellow am Institut für Gesellschaftsanalyse der Rosa-Luxemburg-Stiftung, Mitglied der Rosa-Luxemburg-Stiftung und des Willy-Brandt-Kreises.

Horst Müller, geb. 1945, Dr. phil., Soziologe, Ökonom und Sozialphilosoph, Arbeiten zu Marxismus und Philosophie, Politischer Ökonomie und Systemalternativen seit den 1980ern, Entwicklung eines kommunalen Sozialinformationssystems, daneben zehn Jahre im Sprecherrat der Ernst-Bloch-Assoziation, seit 2001 Initiator und Redakteur des Portals praxisphilosophie.de.

Rolf Reißig, geb. 1940, Prof. Dr. habil., Sozial- und Politikwissenschaftler, Mitarbeiter am Brandenburg-Berliner Institut für Sozialwissenschaftliche Studien (BISS e. V.), Gastdozent an der FU Berlin, regelmäßige öffentliche Vorträge, Mitglied der Rosa-Luxemburg-Stiftung und des Willy-Brandt-Kreises.

Rainer Rilling, geb. 1945, apl. Prof. Dr., Soziologe, Senior Fellow am Institut für Gesellschaftsanalyse der Rosa-Luxemburg-Stiftung und Mitglied des Wissenschaftlichen Beirats der Rosa-Luxemburg-Stiftung.

Michael Thomas, geb. 1951, Dr. phil., Philosoph und Soziologe, Mitarbeiter im Brandenburg-Berliner Institut für Sozialwissenschaftliche Studien (BISS e.V.); Mitglied des Wissenschaftlichen Beirats der Rosa-Luxemburg-Stiftung, Mitglied der Alexander von Humboldt-Stiftung und der Leibniz-Sozietät.



PROKLA

Zeitschrift für kritische Sozialwissenschaft

Einzelheft € 14,00

ISSN 0342-8176

Eine der wichtigsten theoretischen Zeitschriften der parteiunabhängigen Linken, deren Beiträge noch nach Jahren lesenswert sind. Keine Tageskommentare, kein Organ einer Partei, kein journalistisches Feuilleton: eher eine Anregung zum gründlichen Nachdenken über den eigenen Tellerrand hinaus.

Die PROKLA erscheint viermal im Jahr und kostet im Abo jährlich € 38,00 (plus Porto) statt € 56,00. AbonnentInnen können bereits erschienene Hefte zum Abo-Preis nachbestellen. Das Abo kann jeweils bis acht Wochen vor Jahresende schriftlich beim Verlag gekündigt werden.

PROKLA 175
Klassentheorien

PROKLA 174
Materialistischer Feminismus

PROKLA 173
Familie und Staat

PROKLA 171
Demokratie und Herrschaft,
Parlamentarismus und Parteien

PROKLA 170
Soziale Kämpfe in Afrika

PROKLA 169
Finanzierung, Konzentration,
veränderte Unternehmensformen

PROKLA 168
Die EU und der Euro in der Krise

PROKLA 167
Perspektiven der
Gesellschaftskritik heute

PROKLA 163
Sparen und Herrschen

PROKLA 162
Nie wieder Krieg?

PROKLA 160
Kulturkämpfe

**WESTFÄLISCHES
DAMPFBOOT**



e-mail: info@dampfboot-verlag.de
<http://www.dampfboot-verlag.de>

Zu lange hat die Linke sich in innere Auseinandersetzungen verstrickt, statt ihre Außenwirkung zu stärken. Zu oft lässt sie sich auf fruchtlose Gegensätze ein: Reform oder Revolution, Protest oder Gestaltung, Bewegung oder Parteien, Staat oder Zivilgesellschaft, Soziales oder Ökologisches, von Oben oder von Unten. Daher vermochte sie auch in der jüngsten Krise nicht, die Wirkung nach außen zu entfalten, die sie inhaltlich aufweisen kann. Dieser Band gibt Einblicke, wie mit diesen Gegensätzen produktiv umgegangen und an gemeinsamen konzeptionellen Grundlagen einer transformatorischen Linken gearbeitet werden kann. Es schreiben u.a. Ulrich Brand, Alex Demirović, Frigga Haug, Bob Jessop, Rainer Rilling.



ISBN 978-3-89691-969-4